URSULA RATZ

GEORG LEDEBOUR 1850—1947

Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin

BAND 31







VERÖFFENTLICHUNGEN DER
HISTORISCHEN KOMMISSION ZU BERLIN
BEIM FRIEDRICH-MEINECKE-INSTITUT
DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN

BAND 31

PUBLIKATIONEN ZUR
GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG
BAND 2



Walter de Gruyter & Co.

---

vormals G. J. Göschen'sche Verlagshandlung
J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung · Georg Reimer · Karl J. Trübner · Veit & Comp.

Berlin 1969

URSULA RATZ

GEORG LEDEBOUR
1850—1947

Weg und Wirken eines sozialistischen Politikers

Mit einer Einführung von

PAUL KLUKE



Walter de Gruyter & Co.

vormals G. J. Göschen'sche Verlagshandlung
J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung · Georg Reimer · Karl J. Trübner · Veit & Comp.

Berlin 1969

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Klassenlotterie Berlin. Die Schriftenreihe der Historischen Kommission zu Berlin erscheint mit Unterstützung des Senators für Wissenschaft und Kunst, Berlin.

Archiv-Nr. 475 969/1

Satz und Druck: Thormann & Goetsch, Berlin 44

D 30

EINFÜHRUNG

Georg Ledebour ist seit seiner Wahl in den Reichstag zu Beginn unseres Jahrhunderts schnell in die sozialdemokratische Führungsschicht vorgestoßen, und er hat in den Geburtswehen der deutschen Republik mit dem Anlauf zur revolutionären Fortführung des Novemberumbruchs in den Januartagen 1919 eine noch größere Rolle zu spielen unternommen. Wenn er gleichwohl bisher noch keine eingehende monographische Behandlung gefunden hatte, so ist dies auf den ersten Blick verwunderlich, aber dann doch auch wieder leicht erklärlich: Es liegt kein eigener Nachlaß Ledebours vor, wie er sonst gerade im Lager des europäischen Sozialismus so beglückend oft und reichhaltig der Nachwelt überliefert ist. Darum ist nicht in der Korrespondenz mit politischen Freunden, in vertraulichen Entwürfen und internationaler Arbeit die Tätigkeit des Politikers zu verfolgen, sondern wir können ihn nur durch sein äußeres Wirken als Journalist, als Redner auf Parteiveranstaltungen und im Parlament beobachten. Auch hierfür mußte in der Zusammentragung des Materials erst Pionierarbeit geleistet werden, die nun aber mit der Erstellung der vorliegenden Ledebour-Bibliographie ein sehr schönes, vorläufig abschließendes Ergebnis erzielen konnte.

Auf solchem Quellenmaterial aufbauend, wird uns vor allem auch das politische Weltbild eines deutschen Sozialisten in seinem Wandel vorgeführt. Der Sohn eines mittleren, hannoveranischen Beamten kommt erst nach anfänglichem kaufmännischem Beruf, der ihm in mehrjährigem England-Aufenthalt eine gute Kenntnis des englischen Parlamentarismus in der Epoche des reifen, radikal werdenden Liberalismus der späten Gladstonezeit vermittelt, und sodann über die „gelben“ Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften in fortschreitender Linksentwicklung zur deutschen Sozialdemokratie. Als Publizist, als gewandter Redner stößt er in deren Führung vor, vertritt in festem sozialdemokratischem Besitz einen Berliner Wahlkreis und wird zu einem anerkannten Redner seiner Partei im Reichstage. Während er hier, im Fortwirken seines England-Erlebnisses energisch und geschickt einige Grundfragen westeuropäischen und demokratischen Denkens besonders hinsichtlich der Parlamentsrechte und der Nationalitäten- und Minderheiten-Politik, immer be-

ruhend auf dem Selbstbestimmungsrecht freier Menschen, vertritt, wird er andererseits immer radikaler in den programmatischen sozialistischen Forderungen. So trägt er wesentlich zur Spaltung der Partei im Weltkriege bei, wie er dann auch im Novemberumsturz mit der Politik der sozialdemokratischen Führung sich nicht zufrieden geben will und mit Revolutionären Obleuten und Kommunisten die Revolution weiterzutreiben sucht.

Sicherlich ist Ledebour's nachdrückliche Herausstellung des Nationalitäten- und Minderheiten-Problems und die Klarheit seiner dazu gewonnenen Einsichten der wesentlichste Beitrag, den die deutsche Sozialdemokratie diesem Mann für die Festigung ihrer Haltung zu verdanken hat. Es hat zu diesem Problem höchster politischer Aktualität und Sprengkraft also nicht nur von Österreich her, von Karl Renner und Otto Bauer, sondern auch aus Einsichten des englischen Liberalismus, die Ledebour in seinen englischen Entwicklungsjahren aufgenommen hatte, einen bedeutsamen Einstrom gegeben. Das wird man auch künftig zu beachten haben.

Die Wochen nach dem Novemberumsturz und der Januarerhebung 1919 hätten diesem Leben im revolutionären Handeln den letzten Sinn gegeben. Nun aber sehen wir, wie Ledebour in dem eigensinnigen Beharren auf ganz bestimmten Meinungen, die im Moment gar nicht entscheidend sind, jede Möglichkeit eines Zusammenwirkens mit benachbarten Gruppierungen selbst zerschlägt. In diesem Verhalten offenbart sich, wie überzeugend dargelegt wird, nun doch auch die Frustration eines langen Lebens in der reinen Negation, in der Opposition. So trägt der Mann, der der große Revolutionär werden möchte, selbst das meiste zum Mißlingen des eigenen Handelns bei.

Die ersten Fragen zu dieser Untersuchung wurden im Frankfurter Historischen Seminar gestellt und dann aus den dokumentarischen Beständen zur Geschichte des Sozialismus, vor allem in Amsterdam, beantwortet. Umso dankbarer wird die Übernahme in die Schriftenreihe der Historischen Kommission zu Berlin begrüßt, die nun allerdings auch die „örtliche Zuständigkeit" für Ledebours Wirken in Anspruch nehmen kann. Auch ihrem Vorsitzenden, Professor Herzfeld, sei an dieser Stelle für seine Entscheidung bestens gedankt.

Frankfurt/Main,
im Februar 1969

Paul Kluke

INHALT

ERSTES KAPITEL
Entwicklung und Wirksamkeit bis 1890

ZWEITES KAPITEL
In den Reihen der deutschen Sozialdemokratie (1891—1900)

DRITTES KAPITEL
Parlamentarier und Parteipolitiker vor dem Ersten Weltkrieg (1900—1914)

VIERTES KAPITEL
Weltkrieg und Parteispaltung

FÜNFTES KAPITEL
Novemberrevolution und Januaraufstand

SECHSTES KAPITEL
Tätigkeit in der Weimarer Republik



ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SAPD	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
PPS	„Polnische Sozialistische Partei in Preußen“
Prot.	Protokoll
PT	Parteitag
Sten. Ber. RT	Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags



VORBEMERKUNGEN

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 1968 von der Philosophischen Fakultät der Universität Frankfurt am Main als Dissertation angenommen. Ihre Abfassung hat Herr Prof. Dr. Paul Kluke angeregt. Er begleitete die Untersuchung mit Rat und Kritik. Dafür weiß ich mich ihm zu großem Dank verpflichtet. Ebenso danke ich Herrn Prof. Dr. Klaus Zernack für seine Bereitschaft zu methodischer und inhaltlicher Diskussion des Themas. Der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gilt seit langem mein besonderes Interesse. Zur Vertiefung in dieses wichtige Teilgebiet deutscher Geschichte trug die Bearbeitung der Edition von Korrespondenzen Karl Kautskys mit russischen Sozialdemokraten bei, mit der mich Herr Prof. Dr. Dietrich Geyer (Tübingen) im Auftrage des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte in Amsterdam betraut hatte. Auf diese Förderung blicke ich dankbar zurück.

Für die finanzielle Unterstützung meiner Arbeit danke ich insbesondere der Stiftung Volkswagenwerk, die mir ein einjähriges Stipendium gewährte. Das Kuratorium der Universität Frankfurt am Main hat mir mit einer großzügigen Beihilfe mehrere Reisen zu in- und ausländischen Archiven ermöglicht. Die Untersuchung hätte nicht durchgeführt werden können ohne die Hilfe der Damen und Herren des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte in Amsterdam. Ihnen gilt mein besonderer Dank; ebenso der Leitung des SPD-Archivs in Bonn; dem Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin-Dahlem und dem Landesarchiv in Berlin; dem Bundesarchiv in Koblenz und Frankfurt am Main; dem Hauptstaatsarchiv in Stuttgart; dem Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden und dem Stadtarchiv in Hannover. Ferner danke ich all denen, die mir durch Hinweise, Auskünfte und bibliothekarische Unterstützung hilfreich zur Seite gestanden haben.

Gelnhausen,
im Juni 1968

Ursula Ratz




MEINEN ELTERN GEWIDMET



EINLEITUNG

Georg Ledebour war ein Politiker, der sowohl in den neueren als auch in den zeitgenössischen Darstellungen und Abrissen zur allgemeinen politischen Geschichte kaum beachtet wird.[1] In einigen Handbüchern der Zwischenkriegszeit wird er gelegentlich im Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Oppositionsbewegung im Ersten Weltkrieg und den revolutionären Ereignissen von 1918/19 genannt.[2] Sein Wirken in den Jahren vor 1914 bleibt so gut wie unerwähnt.

Wenn der Einfluß, den Ledebour in der deutschen Sozialdemokratie ausgeübt hat, von den Zeitgenossen so wenig gewürdigt worden ist, so mag dies vor allem in der Tatsache begründet liegen, daß Ledebour nicht zum ersten Glied der politischen Front gehörte und niemals die Richtung der offiziellen Politik bestimmt hat. Selbst im Weltkrieg, als einer der Repräsentanten der USPD, stand er im Schatten Hugo Haases. Die Novemberrevolution in Berlin, auf die er zusammen mit den „Revolutionären Obleuten" hingearbeitet hatte, fand ohne sein Zutun

[1] Die einzige neuere, wenn auch knappe Würdigung Ledebours, die mehr als nur Lebensdaten bietet, stammt von Georg Kotowski, Artikel *Ledebour, Georg, 1850—1947; deutscher linksradikaler Politiker*, in: *Geschichte in Gestalten*, hrsg. von Hans Herzfeld, Bd. 3, Frankfurt/Main 1963, S. 24.

In der Literatur der „DDR" zur Geschichte der Arbeiterbewegung wird Ledebour öfter zitiert. Entsprechend der Leninschen Klassifizierung wird der Name Ledebour dort meist nur als Synonym für „Zentrismus" oder „Sozialpazifismus" gebraucht. Neuerdings scheint man sich hinsichtlich seiner politischen Zuordnung nicht mehr so sicher zu sein. Im Zusammenhang mit dem Bemühen um eine differenziertere Beurteilung des „Zentrismus"-Phänomens erlebt auch Ledebour eine Aufwertung zum „widerspruchsvollen Zentristen", dessen Biographie als ein Desiderat bezeichnet wird, vgl. *Neue Probleme der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 14. Jg. (1966), Heft 8, S. 1388. In der neuen *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* wird Ledebour sogar als „linksorientierte[r] Arbeiterführer" apostrophiert, der, „wenn auch mit Elementen des Opportunismus behaftet", dennoch für eine Politik im Interesse der Arbeiterklasse eingetreten sei, vgl. *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 2, Berlin 1966, S. 309.

[2] Vgl. Bruno Gebhardt, *Handbuch der deutschen Geschichte*, 7. Aufl., Bd. 2, Berlin 1931, S. 496, 498. *Politisches Handwörterbuch*, hrsg. von Paul Herre unter redaktioneller Mitwirkung von Kurt Jagow, Bd. 2, Leipzig 1923, S. 33.

statt. Der Januaraufstand von 1919 trug Ledebour zwar für kurze Zeit an die Spitze des zur Ablösung der SPD-Regierung eingesetzten Revolutionsausschusses, doch ist der Gang der Aufstandsbewegung nicht von ihm gelenkt worden. Ledebour wurde niemals zum Symbol einer bestimmten Politik, wie etwa Vollmar, Bebel, Rosa Luxemburg, Ebert oder Scheidemann. Trotzdem hat er an zahlreichen Beschlüssen der SPD und später der USPD maßgebend mitgewirkt, ihre Politik beeinflußt und im Reichstag, vor dem Forum der Parteitage und in der breiten Öffentlichkeit, insbesondere vor der Berliner Arbeiterschaft, vertreten.

In ihrem Urteil über Ledebour gehen die Meinungen der sozialdemokratischen Zeitgenossen auseinander. Überprüft man die sozialistische Memoirenliteratur, so stößt man auf zwei sich diametral gegenüberstehende Ansichten. Philipp Scheidemann, zeitlebens politischer Kontrahent Ledebours, schreibt in seinen Erinnerungen, daß Ledebour — ebenso wie Karl Liebknecht — „hervorragend veranlagt" gewesen sei, „alles zu zerstören oder kaputt zu machen". Bar jeder Fähigkeit, „etwas Positives zu schaffen", habe er neben Liebknecht und Rosa Luxemburg vor allem in den kritischen Tagen nach dem Staatszusammenbruch das deutsche Volk und den Sozialismus „aufs schwerste geschädigt und die Republik in furchtbare Schwierigkeiten gebracht". Scheidemann identifiziert sich schließlich mit der Feststellung Emil Barths, Ledebour müsse zu den Vätern der Reichswehr gerechnet werden.[3]

Diese Aussage, die zu einem Gutteil als polemischer Reflex der von Ledebour während der Novembertage von 1918 und danach geförderten Anti-Scheidemannhetze zu verstehen ist, muß zusammen mit einer Würdigung aus dem Kreis der unmittelbaren Parteigänger Ledebours gesehen werden. Keine Persönlichkeit der jüngsten Vergangenheit, meint Anna Siemsen, sei so wie Georg Ledebour beispielhaft für das, „was hätte sein können und nicht wurde". Er habe der Freiheit und Gerechtigkeit den Weg gewiesen, sei aber unterlegen, da seine Zeitgenossen die falsche Richtung gewählt hätten.[4]

Ob Huldigung oder Verdikt der tatsächlichen politischen Leistung

[3] Vgl. Philipp Scheidemann, *Memoiren eines Sozialdemokraten*, Bd. 1, Dresden 1928, S. 356 f. Ähnlich äußerte sich Scheidemann auf der Reichskonferenz der Sozialdemokratie am 5. Mai 1920: „Die Linksunabhängigen und die Kommunisten haben damals [im Januar 1919] in ihrer Torheit den reaktionären Offizieren einen Teil der damals völlig verlorenen Macht in die Hände gespielt. Ohne Januar-Putsch von 1919 kein März-Putsch von 1920, ohne Ledebour kein Lüttwitz", zitiert nach Georg Ledebour, *Scheidemanns und Noskes Geschichtsfälschung*, in: *Freiheit*, Nr. 163 vom 7. 5. 1920.

[4] Vgl. Anna Siemsen, *Georg Ledebour*, in: *Georg Ledebour. Mensch und Kämpfer*, zusammengestellt von Minna Ledebour, Zürich 1954, S. 7, 8, 11, 28 f.

dieses Mannes gerecht werden, darüber kann erst am Schluß der Analyse ein Urteil gefällt werden. Um die Antriebskräfte seines Handelns in den verschiedenen Phasen seines Lebens, insbesondere in der Novemberrevolution, zu verstehen, wird sich die Untersuchung vor allem auf die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg konzentrieren müssen. Denn Ledebours Entschluß vom 9. November 1918, nicht in die Regierung einzutreten, sondern den Weg der bedingungslosen Opposition einzuschlagen, wird nur verständlich, wenn man diese Option im Zusammenhang mit seiner Entwicklung in den Jahren vor 1914 sieht, in denen sich die für ihn charakteristischen Denk- und Verhaltensweisen ausbildeten. —

Es ist jüngst die Behauptung aufgestellt worden, die Biographie sei hierzulande in Vergessenheit geraten, Schriftsteller und Historiker seien kaum noch in jenen „Erregungszustand" zu versetzen, in dem in ihnen der Plan zur Beschreibung eines fremden Lebens heranreife.[5] Diese Kritik läßt bedeutende Leistungen auf diesem Gebiet unerwähnt. Es sei hier nur auf Wittrams Peter-Biographie, Braubachs Prinz Eugen, Wandruszkas Leopold II., Hausherrs Hardenberg und nicht zuletzt auf Kotowskis Ebert hingewiesen. Die Biographie ist demnach auch in Deutschland eine noch immer gepflegte Form der Geschichtsschreibung. Allerdings kann eine bei vielen Historikern feststellbare Zurückhaltung gegenüber der Biographie nicht geleugnet werden. Das mag zum Teil darin begründet liegen, daß eine „sichere Vorstellung über die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte" verlorengegangen ist, daß es den Verfassern von Lebensbeschreibungen bisweilen an Darstellungskraft, Imagination und Kongenialität mangelt.[6] Sicher mag auch das Bedürfnis nach besonderer Beachtung konkreter Tatbestände, die man unter klare, prüfbare Lehrsätze subsumieren kann, und die stärkere Orientierung an wirtschaftlichen und sozialen Faktoren[7] dazu beigetragen haben, daß das Interesse an der Biographie abgenommen hat. Doch kann — wie Werner Conze kürzlich feststellte — selbst die Sozialgeschichte die Biographie der „Großen" wie der „kleinen, unbekannten" Menschen nicht entbehren, da in dieser „Sozialgeschichte beispielhaft individuell oder gruppentypisch sichtbar" wird.[8]

[5] Carola Stern, *Die Biographie — ein Brachland,* in: *Die Zeit,* Nr. 51 vom 16. 12. 1966.

[6] *Ebda.*

[7] Vgl. Lewis J. Edinger, *Politische Wissenschaft und politische Biographie,* in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie,* 17. Jg. (1965), S. 478.

[8] Werner Conze, *Sozialgeschichte,* in: *Moderne deutsche Sozialgeschichte* (= Neue

Bei der Suche nach möglichen Motiven für die Scheu vor der Biographie darf ein ganz triviales Hemmungsmoment nicht übersehen werden: die häufig fragmentarische und für eine Lebensdarstellung unzureichende Quellenbasis. Gerade der mit den Viten sozialistischer Politiker befaßte Historiker macht oft die bittere Erfahrung, daß die quellenmäßige Voraussetzung für sein Vorhaben höchst unbefriedigend ist. Die Folgen des Krieges und der nationalsozialistischen Herrschaft sowie der Streit der Nachlaßverwalter des marxistischen Erbes in beiden Teilen Deutschlands werden hier besonders deutlich spürbar. Nicht jeder befindet sich in der glücklichen Lage des Rosa-Luxemburg-Biographen Peter Nettl, den ein reicher Fonds an verfügbarem Quellenmaterial instand gesetzt hat, nicht nur das Wirken dieser bedeutenden Politikerin auf den verschiedensten Ebenen nachzuzeichnen, sondern gleichsam auch bis in den innersten „Ring" ihrer Persönlichkeit vorzustoßen. Wer sich der Gestalt Georg Ledebours widmet, wird auf diese Gunst der Quellen verzichten müssen. Ein eigentlicher Nachlaß ist nicht auffindbar.[9] Bei seinem fluchtartigen Weggang aus Berlin Anfang 1933 war Ledebour gezwungen, Korrespondenzen und Aufzeichnungen zurückzulassen. Ob diese Aktenstücke zusammen mit seiner schon vor dem Ersten Weltkrieg auf einen Wert von über 150 000 Mark geschätzten Bibliothek ein Opfer der Bombenangriffe oder der nationalsozialistischen Inquisition geworden sind, läßt sich nicht mehr feststellen. Zwar können die publizistischen Arbeiten Ledebours und die in den Nachlässen anderer Sozialdemokraten gesammelten Dokumente die Lücke weitgehend schließen, ein Ersatz für das Fehlen des Nachlasses bieten sie nicht. Dem Bemühen, die Gestalt Ledebours in all ihren Facetten auszuleuchten, sind demnach Grenzen gesetzt, wiewohl es auf Grund des vorhandenen Materials möglich ist, die spezifischen Merkmale seines Charakters zu erfassen und die wechselseitige Bedingtheit von Persönlichkeit und politischem Handeln erkennbar zu machen. Wo — wie im vorliegenden Falle — ein solcher äußerer „Notstand" vorliegt, wird der Autor zwangsläufig vor der Frage stehen, entweder das Fehlende durch eigene Interpretation zu ergänzen oder streng in der Nähe des von den Quellen her Gebotenen zu bleiben und auf manche farbigen Akzente zu verzichten. Ich habe bei der Untersuchung den letzteren Weg eingeschla-

wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 10), hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Köln—Berlin 1966, S. 25.

[9] Einige literarische Erinnerungsstücke werden als „Restnachlaß Ledebour" vom SPD-Archiv in Bonn verwahrt.

gen, da meine Skrupel vor möglichen Fehlschlüssen stärker waren als der Mut zum Hypothetischen. Manchem Leser wird diese Entscheidung zweifelhaft erscheinen, sicher wird er sie aber respektieren.

ERSTES KAPITEL

Entwicklung und Wirksamkeit bis 1890

Herkunft und erste Tätigkeit

Die Frühzeit

Mit dem Führer der bayrischen Sozialdemokratie und seinem späteren politischen Antipoden, Georg von Vollmar, hatte Georg Ledebour nicht nur den Vornamen und das Geburtsdatum gemeinsam, sondern auch das soziale Milieu, dem er entstammte. Georg Theodor Ledebour war der vierte Sohn des damaligen Kanzleiexpedienten beim Obergericht Hannover, Ernst Remigius Ledebour, und seiner Frau Caroline, geb. Lübrecht, deren Vater es bis zum Hoftheaterfriseur gebracht hatte.[1] Die Familie, in die Georg hineingeboren wurde, stand in einer streng protestantischen Tradition. Sein Großvater, Johann Friedrich Ledebour, bekleidete das Amt eines Konsistorialkanzlisten, eine Schwester des Vaters war Vizepriorin im Schwesternhaus zu Hannover.[2] Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Ledebours konnten zumindest bei Georgs Geburt als gesichert gelten. Die Verwandten der Familie scheinen recht wohlhabend gewesen zu sein. Georgs Taufpate und Onkel wird im Taufregister als „Fabrikant" aufgeführt. Eine Schwester des Großvaters, Sophia Luise, hatte den aus Schwaben stammenden Weinschenk Remigius Anton Sonderegger geheiratet; ihre Kinder sollen vermögende Hotelbesitzer in Hannover gewesen sein.[3]

Der Vater Georgs (1809—1859), der um 1852 zum Kanzleiinspektor avanciert war und seit 1857 als Träger der silbernen Verdienstmedaille

[1] Vgl. die Eintragung im Taufregister der Gartengemeinde Hannover, Jg. 1850, Nr. 56.

[2] Mitgeteilt in einem Schreiben des Stadtarchivs Hannover vom 28. 3. 1966. Vgl. ferner *Adreßbuch der Königlichen Haupt- und Residenzstadt Hannover und ihrer Vorstädte für 1853* u. ff.

[3] So in einer Mitteilung der Paul-Neumann-Stiftung Bonn vom 12. 2. 1966.

erwähnt wird,[4] gehörte zum Gemeindevorstand der 1859 an die Königliche Residenzstadt angegliederten Vorstadt Hannover.[5] Seinen Söhnen ließ er eine angemessene Ausbildung angedeihen. Während der Älteste das Polytechnikum in Hannover absolvierte, diente der Zweitgeborene als Offizier in der hannoverschen Armee; der dritte Sohn wurde zum Kaufmann bestimmt und ist in jungen Jahren nach Amerika ausgewandert, wo er bis zum Konsul aufstieg.[6] Bereits mit neun Jahren verlor Georg seinen Vater, der im Mai 1859 in der Leine ertrank.[7] Obwohl dessen plötzlicher Tod offiziell als Unglücksfall bezeichnet wurde,[8] liegt die Vermutung nahe, daß er durch Selbstmord endete.[9] Offensichtlich setzte er damit eine Familientradition fort; denn auch sein Vater hatte — 45jährig — 1816 in der Leine den Tod gefunden.[10]

Ein Jahr nach dem Ableben des Vaters verstarb auch Georgs Mutter infolge eines Lungenschlags,[11] so daß der Junge bereits mit zehn Jahren Vollwaise geworden war. Die Versorgung und Erziehung des Kindes scheint der ältere Bruder, der Premier Lieutenant Alwin Ledebour, übernommen zu haben.[12] Bis zum Abschluß seiner Schulausbildung an der Realschule in Hannover erhielt Ledebour eine kleine staatliche Erziehungsbeihilfe. Sein sehnlich gehegter Wunsch, Jurist zu werden, ließ sich infolge der fehlenden finanziellen Mittel nicht realisieren. So übte er für kurze Zeit — wenn auch widerstrebend und ohne innere Befriedigung — den Beruf eines Kaufmanns aus.[13] Am Beginn seines Lebensweges stand ein doppeltes Hindernis künftiger Wirkungsmöglichkeit.

[4] Vgl. *Adreßbuch ... 1857,* S. 176.

[5] Vgl. Heinrich Ahrens, *Geschichte der Garten-Gemeinde in der Königlichen Residenzstadt Hannover,* Hannover 1883, S. 43.

[6] Mitgeteilt in einem Schreiben des Stadtarchivs Hannover vom 10. 5. 1965. Ungenau A. Siemsen, *Georg Ledebour ...,* S. 9.

[7] Vgl. die schlichte Todesanzeige in der *Neuen Hannoverschen Zeitung,* Nr. 226 vom 17. 5. 1859, S. 772.

[8] Vgl. die Eintragung im Kirchenbuch der Neustädter St. Johanneskirche zu Hannover, Jg. 1859, Nr. 51, B 20573 g (Stadtarchiv Hannover).

[9] Der am 15. 5. 1859 tot Aufgefundene galt schon seit Tagen als vermißt, vgl. *Hannoversche Tagespost,* Nr. 132 vom 15. 5. 1859.

[10] So in einer Mitteilung des Stadtarchivs Hannover vom 28. 3. 1966.

[11] Vgl. die Eintragung im Kirchenbuch der Aegidienkirche zu Hannover, Jg. 1860, Nr. 109, Zweitschrift B 20463 g (Stadtarchiv Hannover).

[12] Vgl. A. Siemsen, *Georg Ledebour ...,* S. 17. Genaueres über seinen Vormund läßt sich nicht ermitteln, da die Vormundschaftsakten beim Amtsgericht Hannover verlorengegangen sind.

[13] *Ebda.*

Zu der durch die materielle Lage verursachten Beschränkung seiner beruflichen Chancen trat noch ein seine Persönlichkeitsentfaltung unmittelbar beeinträchtigendes Ereignis. Der Sechzehnjährige erkrankte an Knochentuberkulose, die durch falsche Behandlung zu einer Krümmung und Steifheit des rechten Knies führte. Trotz eiserner Willensanspannung, eifrigen Schwimmens und regelmäßiger Wanderungen — eine Gewohnheit, an der er durch alle politischen Stürme hindurch bis ins hohe Alter festgehalten hat —[14] konnte er dieses körperliche Gebrechen nicht beseitigen. Bei der Militärmusterung des Jahres 1870 wurde er deshalb für „dauernd unbrauchbar" erklärt.[15] Damit waren nicht nur dem stürmischen Temperament des jungen Ledebour deutliche Grenzen gewiesen. Die Beinerkrankung hemmte auch die Ausbildung seiner künstlerischen Anlagen. Zwar läßt sich die um die Jahrhundertwende aufgekommene und nach der Novemberrevolution aufgefrischte Behauptung, Ledebour habe in frühester Jugend den „Thespiskarren" gezogen,[16] quellenmäßig nicht belegen. Doch mag der Wunsch nach Betätigung auf der Bühne in ihm sehr stark gewesen sein. Die Krankheit setzte jedenfalls dieser Neigung ein schnelles Ende. Künftighin mußte er sich auf Feder und Zeichenstift beschränken.[17]

Nachdem Ledebour am deutsch-französischen Krieg als Sanitätsfreiwilliger teilgenommen hatte,[18] erteilte er Engländern, die in Hannover lebten, eine Zeitlang Privatunterricht. Den Kaufmannsberuf übte er nicht mehr aus.[19] Die lehrende Tätigkeit war für ihn in doppelter Hin-

[14] Vgl. Benedikt Kautsky, *Georg Ledebour. Persönliche Erinnerungen*, in: *Volksrecht*, Nr. 94 vom 23. 4. 1947. Otto Krille, *Georg Ledebour 96jährig am 7. März*, in: *Volksrecht*, Nr. 56 vom 7. 3. 1946.

[15] Konskriptionsliste der Stadt Hannover, Jg. 1850, Nr. 1081, B 20851 üg (Stadtarchiv Hannover).

[16] Vgl. Gottfried Zarnow, *Der 9. November. Die Tragödie eines großen Volkes.* Unter Mitarbeit von Ernst Drahn, Hamburg 1933, S. 121. Johannes Fischart, *Das alte und das neue System. Die politischen Köpfe Deutschlands*, Berlin 1919, S. 65.

[17] Für Ledebours zeichnerisches Talent vgl. die von ihm angefertigten Portraitskizzen (Restnachlaß Ledebour). Von Ledebours amüsanten Karikaturen berichtet Leo Trotzki, *Mein Leben. Versuch einer Autobiographie*, o. O. 1961, S. 202.

[18] In seinem Prozeß sagte er aus: „Ich habe gar keine militärische Erfahrung. Meine ganze militärische Erfahrung besteht darin, daß ich 1870 ganz kurze Zeit bei einem freiwilligen Sanitätshilfskorps Verwundete nach den Schlachten bei Metz verbunden habe", vgl. *Der Ledebour-Prozeß. Gesamtdarstellung des Prozesses gegen Ledebour wegen Aufruhr etc. vor dem Geschworenengericht Berlin-Mitte vom 19. Mai bis 23. Juni 1919, auf Grund des amtlichen Stenogramms bearbeitet und mit einem Vorwort versehen von Georg Ledebour*, Berlin 1919, S. 120.

[19] Vgl. A. Siemsen, *Georg Ledebour . . .*, S. 17. Die Angabe von Franz Josef Furt-

sicht fruchtbar: Sie brachte ihn in Berührung mit Sprache, Wesen und Eigenart der Engländer, die er während seines sechsjährigen Aufenthalts in England noch kennen- und bewundern lernen sollte. Ferner bedeutete dieser Unterricht, der sich sicher nicht nur auf die Vermittlung der deutschen Sprache beschränkt haben wird, daß Ledebour seine Weiterbildung auf verschiedenen Wissensgebieten vorantreiben konnte. Ledebour war Autodidakt. Durch umfangreiche Studien auf sprachlichem, historischem und juristischem Gebiet, erwarb er sich ein umfangreiches Wissen, mit dem er die Lücken seiner Bildung weitgehend zu schließen verstand. In bestimmten Fachbereichen brachte er es zu einer solch detaillierten Sachkenntnis, daß ihn viele seiner Zeitgenossen für einen Akademiker mit abgeschlossenem Hochschulstudium hielten.[20] Indes entging es aufmerksamen Beobachtern nicht, daß das Fehlen eines systematisch-methodischen Fundaments bei der Ausübung seiner journalistischen und rednerischen Tätigkeit einen Negativposten darstellte.[21] Es ist verständlich, daß Ledebour, dessen Stärke weniger auf theoretischem als auf praktischem Gebiet lag, sich zu der zum Pragmatisch-Empirischen neigenden Denkweise der Engländer sehr hingezogen fühlte. Während seines Umgangs mit den Engländern in Hannover scheint in ihm der Wunsch herangereift zu sein, die englischen Verhältnisse an Ort und Stelle zu studieren. So verließ er Anfang 1876 seine Heimatstadt,[22] um sich in England anzusiedeln.

wängler, *Männer, die ich sah und kannte,* Hamburg 1951, S. 138, Ledebour sei Volksschullehrer gewesen, läßt sich nach den Quellen nicht halten. Sein Name fehlt im Stände- und Gewerberegister der Adreßbücher der 70er Jahre. Das Adreßbuch des Jahres 1874 erwähnt einen „Studenten" Georg Ledebour.

[20] Der konservative Abgeordnete Schrempf meinte 1901 scherzend, daß „Herr Ledebour ... wahrscheinlich auf der Universität auch nicht immer reinen Bohnenkaffee getrunken" habe, vgl. *Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags,* Berlin (im folgenden *Sten. Ber. RT* zitiert), Bd. 181, S. 2540 (Rede vom 3. 5. 1901). Als „Mann von bedeutenden historischen Kenntnissen" rechnete ihn Robert Michels in seiner Untersuchung über die soziale Herkunft der 1903 in den Reichstag gewählten sozialdemokratischen Abgeordneten zu den dreizehn Akademikern in der Fraktion, vgl. Robert Michels, *Die deutsche Sozialdemokratie. I. Parteimitgliedschaft und soziale Zusammensetzung,* in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik,* Bd. 23 (1906), S. 528. Der holländische Sozialist van Kol nannte Ledebour einen „Mann der Wissenschaft", vgl. *Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart, 18. bis 24. August 1907,* Berlin 1907, S. 36.

[21] Vgl. dazu unten S. 41.

[22] Im Januar 1876 läßt sich Ledebour ein Duplikat seines Ausmusterungsscheins ausstellen, vermutlich als Unterlage für seinen neuen Wohnsitz.

England

Über die nachhaltige Wirkung des Englanderlebnisses — Ledebour lebte in England von 1876 bis 1882 — geben Äußerungen aus den 80er Jahren sowie spätere Stellungnahmen aus der Abgeordnetenzeit Aufschluß.[23] Die Reminiszenzen zeigen, was Ledebour diesem Aufenthalt verdankt hat. Der englische Parlamentarismus scheint ihn besonders beeindruckt zu haben. Als Abgeordneter hat er stets, sobald im Reichstag Verfassungsfragen angeschnitten wurden, den englischen Parlamentarismus, der sich „in jahrhundertelangen Kämpfen zur höchsten Machtvollkommenheit" entwickelt habe, als „Muster" gepriesen.[24] Dabei lobte er vor allem die in England herrschende Bindung des Kabinetts an das Parlament, das englische Zweiparteiensystem, das sich „wohltuend" von den „Parteikonglomeraten" Frankreichs und Deutschlands abhebe, und das dualistische Verhältnis von Regierung und Opposition. Die Tatsache, daß sich die englische Parlamentspraxis mit ihrem dualistischen Verfahren (Regierung-Opposition) weitgehend an der Gerichtsverfassung, also am Modell zweier nach bestimmten Regeln um einen gemeinsamen Gegenstand streitenden Parteien orientierte, mag Ledebour veranlaßt haben, das parlamentarische System als „die Anwendung des kontradiktorischen Verfahrens auf die politischen Körperschaften" zu bezeichnen.[25]

Mit den parlamentarischen Gepflogenheiten Englands hatte er sich durch häufige Besuche im Unterhaus vertraut gemacht und war auf diese Weise zu einer guten Kenntnis des dortigen Verfassungslebens gelangt. Als der Reichstag in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch die Verbesserung der Geschäftsordnung beriet, legte Ledebour Berichte des englischen Unterhauses vor, um die Bedeutung eines gut ausgebildeten Interpellationsrechts hervorzuheben. Die Tatsache, daß England zum „Fokus der Weltpolitik" geworden sei, führte er hauptsächlich darauf zurück, daß „alle wichtigen Fragen der Weltpolitik im englischen Parlament sofort durch Anfragen angeschnitten" werden könnten.[26] Zur

[23] Unmittelbare Zeugnisse aus seiner Englandzeit fehlen. Es existieren nur zwei Alben mit Bleistiftskizzen aus den Jahren 1877 und 1881 (Restnachlaß Ledebour). Hierbei handelt es sich vornehmlich um Studien von Charakterköpfen, die Ledebour bei seinen Besuchen in der Londoner Discussion Hall portraitiert hat.

[24] *Sten. Ber. RT,* Bd. 259, S. 1427 (Rede vom 19. 2. 1910). Georg Ledebour, *Der Entwicklungsgang des deutschen Parlamentarismus,* in: *Vorwärts,* Nr. 289 vom 20. 10. 1916, 1. Beilage.

[25] *Sten. Ber. RT,* Bd. 229, S. 2466 (Rede vom 16. 1. 1908).

[26] *A. a.* O., Bd. 285, S. 1659 (Rede vom 3. 5. 1912).

Unterstreichung seiner Feststellung verwies Ledebour auf die Tagesordnung *(Notice Paper)* einer Unterhaussitzung, die er aus England mitgebracht hatte und die nicht weniger als 84 *questions* enthielt.[27]

Ledebour erblickte in dem bei den Engländern fest verankerten Gedanken der Volkssouveränität und ihrem ausgebildeten Rechtsempfinden, das ihm als Produkt ihres ausgeprägten Freiheitssinnes erschien, den Hauptgrund für die im Vergleich zu Deutschland fortschrittlichere staatspolitische Entwicklung.[28] Wenn der englische Kaufmann und Kolonisator ins Ausland gehe — so äußerte er sich einmal im Reichstag —, dann nehme er „die Tradition eines sich selbst regierenden Volkes“ und das „Selbstbewußtsein eines freien Mannes“ mit in die Fremde. Daher rührten der Erfolg der Engländer und die Größe des englischen Besitzstandes.[29]

Starke Sympathien empfand Ledebour für den englischen Liberalismus, die vor allem aus seiner Bewunderung für Gladstone erwachsen sein dürften. In den von ihm in den 80er Jahren redigierten *Demokratischen Blättern* wird Gladstone als der „größte parlamentarische Staatsmann der Jetztzeit“ gefeiert.[30] Vermutlich hatte er Gladstone während seines Englandaufenthaltes häufig reden hören und war von dessen Agitation gegen die Politik der konservativen Regierung beeindruckt worden. Ledebour will selbst Zeuge jener Vorgänge gewesen sein, als zu Beginn des russisch-türkischen Krieges in der Londoner Music Hall das politische Schlagwort vom „Jingoismus“ aus der Taufe gehoben wurde.[31]

[27] *A. a. O.*, Bd. 259, S. 1056 (Rede vom 4. 2. 1910). Das englische Vorbild wurde von Ledebour bei vielen verfahrenstechnischen Fragen, etwa bei der Ausgestaltung der parlamentarischen Kommissionsarbeit, als nachahmenswert empfohlen. Beispielsweise verlangte er für die vom Reichstag eingesetzten Sonderkommissionen das Recht zeugeneidlicher Vernehmung, wie es englischen Gepflogenheiten entspreche, vgl. seine Reden in der Budgetkommission vom 7. 2. 1905 und vom 17. 2. 1910, Gesandtschaft Berlin, E 74 I, XII 13 (Hauptstaatsarchiv Stuttgart).

[28] Für die feste Verwurzelung des Gedankens der Volkssouveränität sprach nach Ledebours Ansicht beispielsweise die Tatsache, daß in England der Majestätsbeleidigungsprozeß nicht existiere. Daher hätten Thackeray *(Four Georges)* und Byron *(Vision of Judgement)* ungestraft das Königshaus angreifen können, vgl. *Sten. Ber. RT*, Bd. 285, S. 2237 (Rede vom 22. 5. 1912). In der strafrechtlichen Konstituierung des Begriffs der Beleidigung bei den Engländern sah Ledebour ein Beispiel gesunder Rechtsauffassung, *a. a. O.*, Bd. 285, S. 1927, 1945 (Rede vom 13. 5. 1912).

[29] *A. a. O.*, Bd. 231, S. 4063 (Rede vom 18. 3. 1908).

[30] *Gladstone als Redner und Staatsmann*, in: *Demokratische Blätter*, Nr. 27 vom 8. 7. 1885, S. 211.

[31] Vgl. *Sten. Ber. RT*, Bd. 285, S. 2107 (Rede vom 18. 5. 1912).

Gegen die Politik des „Jingoismus" oder „Chauvinismus", als deren Urheber er Disraeli ansah, empfand er seitdem eine tiefe Abneigung.

In die Englandzeit fällt Ledebours erstes politisches Engagement. Wie er später stolz bekannte, war er 1879 und 1880 „als einziger Deutscher" neben Iren, Buren und Engländern Mitglied des „Transvaal Independent Committee", das für „die Befreiung der Irländer und Buren von der englischen Herrschaft gekämpft" habe.[32] Aus dieser Zeit datiert sein unvermindertes Wohlwollen gegenüber den Buren und sein stets waches Interesse für das Minderheitenproblem überhaupt. Hier in England, wo sich Ledebour für die nationale Selbständigkeit der Buren und Iren engagierte und ihm der Wert des ungehinderten Gebrauchs der Muttersprache, die er als das entscheidende Merkmal der Nationalität definierte,[33] deutlich zum Bewußtsein kam, wurden die Wurzeln zu einer Tätigkeit gelegt, die er selbst später als Kampf „gegen die Unterdrükkung aller Fremdvölker" und für die Verwirklichung des Grundsatzes der Nationalitätentoleranz umschrieben hat.[34]

Agitator bei den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen

Kurz nach seiner Rückkehr aus England Ende 1882 entfaltete Ledebour eine lebhafte Aktivität bei den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen. In zahlreichen Artikeln und Vorträgen vor den Berliner Ortsvereinen des Verbandes widmete er sich der Darstellung der englischen Gewerkvereine, ihrer Organisation und ihrer Bedeutung für die deutschen „Schwestervereine".[35] Wie der Begründer und damalige Anwalt der Gewerkvereine, Dr. Max Hirsch, hatte auch Ledebour die Anregung zu dieser Tätigkeit durch seinen Englandbesuch erhalten. Neben den Erfahrungen, die er durch unmittelbare Berührung mit den Lebens- und Wohnverhältnissen der englischen Arbeiter gesammelt hatte,[36] brachte er gute Kenntnisse über das Verwaltungs- und Kassenwesen der engli-

[32] *A. a.* O., Bd. 309, S. 2431 (Rede vom 28. 2. 1917), ferner *a. a.* O., Bd. 183, S. 4570 (Rede vom 3. 3. 1902).

[33] Vgl. unten S. 25, 86 f., 172.

[34] Vgl. *Sten. Ber. RT*, Bd. 314, S. 6234 f. (Rede vom 24. 10. 1918).

[35] Vgl. die im Verbandsorgan *Der Gewerkverein* abgedruckten Versammlungsberichte, insbesondere Nr. 49 vom 8. 12. 1882, S. 195; *a. a.* O., Nr. 23 vom 8. 6. 1883, S. 92; *a. a.* O., Nr. 38 vom 21. 9. 1883, S. 152.

[36] Nach dem Bericht des *Gewerkvereins* vom 8. 12. 1882 soll der „Schriftsteller" Ledebour in einem Vortrag vor dem Ortsverein der Berliner Tischler ein fesselndes Bild von den englischen Arbeiterverhältnissen entworfen haben.

schen *trade unions* mit nach Deutschland.[37] In Zielsetzung und Forderungen stimmte Ledebour mit der von den Statuten des Verbandes abgesteckten und von den rührigsten Vereinsvertretern verfolgten Generallinie überein.[38] Schutz der Rechte und Interessen der Arbeitnehmer durch sozialpolitische und arbeitsrechtliche Sicherung sowie Herstellung einer auf dem Weg gewerkschaftlicher Selbsthilfe zu erreichenden wirtschaftlichen Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Arbeitgebern — so läßt sich Ledebours damals in Wort und Schrift vertretene Auffassung umreißen.

Von den Fragen einer möglichen Verbesserung der allgemeinen Arbeitsbedingungen beschäftigte Ledebour vornehmlich das Problem der Arbeitszeit. Unter Hinweis auf die positiven Ergebnisse der Arbeitszeitverkürzung in England und Amerika forderte er eine „mäßige und allmähliche Kürzung der Arbeitszeit" durch freie Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und den in den Gewerkvereinen organisierten Arbeitnehmern. Von der Einführung einer gesetzlich festgelegten Arbeitszeit glaubte er dringend abraten zu sollen. Ihn leitete dabei die Sorge, ein von „oben" diktierter „Normalarbeitstag" werde zu einer Ausweitung der Omnipotenz des Staates auf den Bereich der privaten Wirtschaft führen. Der Triumph der „Zwangsmittel des Polizeistaates" über die „freie Selbsttätigkeit" der Arbeiter schien ihm ein unerträglicher Gedanke. Für die Praxis empfahl Ledebour den Gewerkvereinen, sich an dem erfolgreich durchgeführten Experiment des Mühlhausener Fabrikanten Dollfus zu orientieren, der bei gleicher Entlöhnung die Arbeitszeit von 12 auf 11 Stunden verkürzt hatte und dabei sogar eine Mehrleistung von 5% hatte erzielen können.[39] Mit diesem Versuch, so meinte er, würden die Bedenken derer entkräftet, die von einer Arbeitszeitverkürzung einen Leistungsrückgang befürchteten. Auch Ledebour hielt eine Verminderung der Arbeitsleistung im Interesse der Gesamtproduktion

[37] Vgl. Georg Ledebour, *Wie hoch sind die Verwaltungskosten der englischen Gewerkvereine?*, in: *Der Gewerkverein*, Nr. 24 vom 15. 6. 1883, S. 93; ders., *Die Gründe der Kassentrennung bei den Gewerkvereinen der Bauhandwerker in England, a. a. O.*, Nr. 26 vom 29. 6. 1883, S. 101—102, mit verhaltener Kritik an Brentano und seinem Bemühen, englische Vorbilder mechanisch auf Deutschland zu übertragen.

[38] Von den zeitgenössischen Darstellungen vgl. insbesondere Hugo Polke, *Die deutschen Gewerkvereine*, Stuttgart 1879, Karl Walcker, *Die Arbeiterfrage mit besonderer Berücksichtigung der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker)*, Eisenach 1881.

[39] Vgl. Georg Ledebour, *Die Kürzung der Arbeitszeit auf Grund des Dollfus-Vertrages*, in: *Der Gewerkverein*, Nr. 13 vom 30. 3. 1883, S. 49. Vgl. ferner Ledebours Vortrag vor dem Ortsverein der Klempner und Metallarbeiter Berlins, *a. a.* O., Nr. 46 vom 17. 11. 1882, S. 183.

des Landes für inakzeptabel. Bei der ohnehin starken Belastung durch Steuern und Militärdienst werde eine wirtschaftliche Rezession Deutschland auf dem Weltmarkt „hoffnungslos ins Hintertreffen" bringen.[40]

Die Arbeitnehmer bedurften nach Ledebours Ansicht unbedingt der Verkürzung des Arbeitstages, um sich in der freien Zeit ihrer persönlichen und geistigen Entfaltung und Weiterbildung widmen zu können. Die Bildungsbemühungen der Gewerkvereine hat er deshalb mit verschiedenen Vortragszyklen, in denen er sich mit historischen und literarischen Themen befaßte, tatkräftig unterstützt.[41] Einen weiteren Nutzen der Arbeitszeitverkürzung sah Ledebour darin, daß sie mehr Möglichkeiten eröffne, „eine große Anzahl geeigneter Personen aus dem Arbeiterstande für die Selbstverwaltung heranzubilden".[42] Auf diese Aufgabe müßten die Gewerkvereine noch stärker als bisher ihr Interesse konzentrieren. Über das Ziel eines Hilfskassenverbandes und eines Instituts zur Regelung von Lohnfragen hinaus sollten sich die Gewerkvereine um mehr Mitbestimmungsrecht in den kommunalen und parlamentarischen Körperschaften bemühen.[43]

Ledebour betrachtete die Entwicklungsmöglichkeiten der Berufsgenossenschaften als noch nicht erschöpft. Sein damals mit großem Beifall aufgenommener Vorschlag der Begründung von „Frauengewerkvereinen" — er dachte dabei an eine berufsgenossenschaftliche Organisation der in den handwerklich ausgerichteten Betrieben tätigen Frauen (Weißzeugnäherinnen, Konfektionsarbeiterinnen) —[44] ist ein Beweis dafür. Auch dem Gedanken der Schaffung von Produktivgenossenschaften, deren Gründung jedoch nur das Ergebnis einer langen, vertrauensvol-

[40] *Ebda.* Ähnliche Bedenken wurden damals auch von den maßgebenden Gewerkvereinsmitgliedern vorgebracht, vgl. K. Walcker, *Die Arbeiterfrage* . . ., S. 85—87.

[41] Er hielt Dichterlesungen und Vorträge über Themen wie die Urgeschichte des deutschen Volkes und die Entstehung der deutschen Stämme, vgl. *Der Gewerkverein,* Nr. 50 vom 15. 12. 1882, S. 200; *a. a.* O., Nr. 14 vom 6. 4. 1883, S. 56; *a. a.* O., Nr. 18 vom 4. 5. 1883, S. 72.

[42] *A. a.* O., Nr. 46 vom 17. 11. 1882, S. 183.

[43] Vgl. Ledebours Vortrag vor dem Ortsverein der Tischler Berlins, *a. a.* O., Nr. 41 vom 12. 10. 1883, S. 163.

[44] Georg Ledebour, *Ein Vorschlag zur Begründung von Frauengewerkvereinen, a. a.* O., Nr. 29 vom 20. 7. 1883, S. 113; *a. a.* O., Nr. 35 vom 31. 8. 1883, S. 136—137; *a. a.* O., Nr. 37 vom 14. 9. 1883, S. 146. Erst 1902 wurde dem Verband ein Gewerkverein der Frauen und Mädchen angegliedert, vgl. Wilhelm Kulemann, *Die Berufsvereine,* 1. Abteilung: *Geschichtliche Entwicklung der Berufsorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aller Länder,* 2., völlig neu bearbeitete Aufl. der Gewerkschaftsbewegung, Bd. 2: *Deutschland II,* Jena 1908, S. 209 f.

len Zusammenarbeit der in den Gewerkvereinen wirkenden Arbeiter sein könne,[45] hat Ledebour sich aufgeschlossen gezeigt. Von einer „energischen, aber doch vorsichtigen Arbeiterpolitik“, die zu Kampfmaßnahmen wie der Anwendung von Streiks „nur in äußersten Notfällen“ greifen dürfe,[46] erwartete er, daß sie den Gewerkvereinen zunehmend zu Macht und Bedeutung verhelfe und ihre organisatorische Entwicklung vorantreibe. So erscheint Ledebour damals als ein gemäßigter Sozialreformer, der auf dem Weg der kleinen Schritte[47] und durch eine gegenüber den anderen „Klassen“ versöhnliche Haltung im Rahmen des vom nationalen und ökonomischen Gesamtinteresse her Vertretbaren dem Streben der Arbeiter nach wirtschaftlicher und sozialer Gleichberechtigung Geltung zu verschaffen suchte.

Demokratische Lehrjahre

Der Demokrat

Obzwar Ledebour die evolutionäre und verfassungsimmanente Zielsetzung der Gewerkvereine bejahte, hat ihn doch deren apolitische und nur-pragmatische Tendenz veranlaßt, sich innerlich allmählich von der Bewegung zu lösen und stärkeren Kontakt mit den politisch ausgerichteten Kräften seiner Zeit zu suchen. So näherte er sich der Fortschrittspartei, der er für kurze Zeit auch als Mitglied angehörte.[48]

Bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen vom Oktober 1883 unterstützte er die Fortschrittler gegen die Kandidatur Paul Singers. Der Züricher *Sozialdemokrat* schrieb damals: „Die Fortschrittler suchen

[45] Ähnlich vorsichtig-zurückhaltend gegenüber der Bildung von Produktivassoziationen äußerte sich Hermann Schulze-Delitzsch, *Schriften und Reden,* hrsg. im Auftrage des Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, e. V., von Friedrich Thorwart unter Mitwirkung von Hans Crüger u. a., Bd. 1, Berlin 1909, S. 805.

[46] Vgl. G. Ledebour, *Ein Vorschlag . . .,* in: *Der Gewerkverein,* Nr. 35 vom 31. 8. 1883, S. 136; *a. a. O.,* Nr. 37 vom 14. 9. 1883, S. 146.

[47] Ledebour warnte davor, „auf einmal die ganze soziale Frage“ lösen zu wollen, anstatt „Hand anzulegen an die Bewältigung einer engumschriebenen Aufgabe“. Es sei förderlicher für das Gemeinwohl, „eine einzige wohnliche Hütte auf fester Erde zu erbauen, als eine ganze Stadt von Palästen in der Luft“, *Ein Vorschlag . . ., a. a. O.,* Nr. 35 vom 31. 8. 1883, S. 136.

[48] Vgl. Eduard Bernstein, *Die Geschichte der Berliner Arbeiter-Bewegung. Ein Kapitel zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie,* Bd. 2, Berlin 1907, S. 146. Vgl. ferner *Sten. Ber. RT,* Bd. 230, S. 3420 (Rede Ledebours vom 26. 2. 1908).

sich mit süßsaurer Miene in das Unabwendbare zu schicken, einige Sitze an die Arbeiterpartei abtreten zu müssen. Bezeichnend ist dabei, daß ein Agitator der Fortschrittler, der Schriftsteller Ledebour, in einer Versammlung die Erklärung abgab, gegen die aufgestellten Arbeiter habe er nichts, wohl aber gegen die Kandidatur des Herrn Singer, denn bei der handle es sich um Grundsätze."[49]

Gleichwohl war das Verhältnis Ledebours zur Partei Richters nicht sonderlich intim, was angesichts der bestehenden Reibereien zwischen „Fortschritt" und Gewerkvereinen[50] nicht verwundern kann. Bei der im März 1884 vorgenommenen Verschmelzung der nationalliberalen Sezessionisten mit der Fortschrittspartei konnte Ledebour das ihn mit den Liberalen verknüpfende Band ohne inneren Schmerz zerschneiden.

Die Fusion veranlaßte einige Reichstagsabgeordnete wie den Lüdenscheider Rechtsanwalt Julius Lenzmann, den Chefredakteur der Berliner *Volkszeitung* Adolf Phillips, den Hamburger Lehrer Wendt und den Leipziger Baumeister Eduard Kämpffer, dem neuen deutsch-freisinnigen Parteigebilde fernzubleiben. Die *Dissenters* lehnten die Verbindung mit den Sezessionisten ab, da sie eine scharfe Trennung von den Nationalliberalen wünschten und befürchteten, die Partei werde in Fragen der Sozialpolitik zu weit nach rechts abgedrängt werden.[51] Sie versuchten deshalb, die „im Volke vorhandenen demokratischen Elemente" zu sammeln und in einer Demokratischen Partei zu organisieren.[52] Zur Vorbereitung einer solchen Parteigründung, die zunächst auf Norddeutschland beschränkt bleiben sollte — eine Verschmelzung mit der Süddeutschen Volkspartei war für einen späteren Zeitpunkt vorgesehen —, wurde in Berlin die Wochenschrift *Demokratische Blätter* ins Leben gerufen, für die zunächst Phillips und Lenzmann verantwortlich zeichneten. Für literarische Brillanz und Originalität der Leitartikel sorgte Franz Mehring, der bis Ende 1885 ständiger Mitarbeiter des Organs blieb. Ab Juli 1885 übernahm Ledebour die Chefredaktion des Blattes, das er von Januar 1886 an bis zur Einstellung im Jahre darauf auch herausgab.

Die in den *Demokratischen Blättern* erschienenen Leitartikel, Notizen und Stellungnahmen geben ein gutes Bild von der Tätigkeit und Wir-

[49] *Der Sozialdemokrat,* Nr. 41 vom 4. 10. 1883, S. 3.

[50] Vgl. W. Kulemann, *Die Berufsvereine . . .,* Bd. 2., S. 5 ff.

[51] Vgl. Felix Rachfahl, *Eugen Richter und der Linksliberalismus im Neuen Reiche,* in: *Zeitschrift für Politik,* Bd. 5 (1912), S. 331.

[52] Vgl. den Gründungsaufruf *An die Demokraten Norddeutschlands!,* in: *Demokratische Blätter,* Nr. 25 vom 13. 12. 1884, S. 202.

kungsbreite sowie den Zielvorstellungen und dem Selbstverständnis dieser kleinen Splitterpartei.[53] Die Blätter waren die wichtigste Informationsquelle und das einzige Bindeglied zwischen den vorerst nur auf lokaler Ebene organisierten Demokratischen Vereinen.[54] Der für die abgespaltenen Fortschrittler ungünstige Ausgang der Reichstagswahlen vom Oktober 1884, bei denen nur Lenzmann wiedergewählt worden war, gab die Initialzündung für die Schaffung einer selbständigen Organisation, die in den verschiedenen Zentren, vor allem in Dortmund, Hamburg, Leipzig und Berlin, mit der Bildung Demokratischer Vereine vorbereitet wurde. In Berlin konstituierte sich im November 1884 ein Demokratischer Verein mit dem Ziel, „für die Verbreitung der demokratischen Grundsätze und für politische und soziale Reformen im Sinne der Freiheit und Selbstbestimmung des Volkes mit allen gesetzlichen Mitteln zu wirken".[55] In dem provisorischen Ausschuß des Vereins saß neben einem Ingenieur, einem Fabrikanten, einem Kaufmann und einem Arzt auch der „Schriftsteller" Georg Ledebour, der seit Juni 1885 als Geschäftsführer fungierte.[56]

Wie in anderen Sammelpunkten der norddeutschen Demokraten hatte auch die Berliner Bewegung hart zu kämpfen, um nicht zwischen den Deutsch-Freisinnigen und der Sozialdemokratie erdrückt zu werden. Trotz tatkräftiger Werbearbeit der Vereinsmitglieder — neben Guido Weiß bestritt vor allem Ledebour das Versammlungsprogramm der Berliner Demokraten —, ständiger Kontaktnahme mit der demokratischen Anhängerschaft in anderen Städten und eifriger Pflege der Beziehungen zu den Sympathisierenden der Volkspartei konnte es der Berliner Verein nicht zu nennenswerter Bedeutung bringen.[57]

[53] Eine Untersuchung darüber steht noch aus. Für eine informative Zusammenfassung vgl. Thomas Höhle, *Franz Mehring. Sein Weg zum Marxismus 1869—1891* (= Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte an der Karl-Marx-Universität Leipzig, Bd. 1), Berlin 1956, S. 175 ff.

[54] Besonderes Interesse am Wirken der norddeutschen Demokraten zeigte die *Frankfurter Zeitung*. Ihre Redakteure Sonnemann und Stern standen der demokratischen Bewegung sympathisch gegenüber; sie plädierten auch für eine Fusion der Demokraten mit der Süddeutschen Volkspartei. Der von dem Volksparteiler Carl Mayer redigierte Stuttgarter *Beobachter* beurteilte die Bestrebungen der Norddeutschen meist kritisch-ablehnend.

[55] *Demokratische Blätter*, Nr. 23 vom 29. 11. 1884, S. 186.

[56] *A. a. O.*, Nr. 25 vom 24. 6. 1885, S. 200.

[57] Ein frühes Eingeständnis politischer Schwäche lag in dem Mitte Oktober 1885 gefaßten Beschluß, bei den bevorstehenden Landtagswahlen in Preußen für die Freisinnigen zu votieren, vgl. *a. a. O.*, Nr. 43 vom 28. 10. 1885, S. 343.

Selbst die im September 1885 erfolgte offizielle Gründung der Demokratischen Partei[58] führte weder in Berlin noch anderswo zu einem Anwachsen der Mitgliederzahlen.[59] Im Gegenteil — Meinungsverschiedenheiten über das zu verabschiedende Programm veranlaßten sogar einige als „sicher“ geltende Anhänger der Partei, sich ihr nicht anzuschließen.[60]

Trotz der Schwierigkeiten, mit denen die Demokratische Partei in der kurzen Zeit ihres Bestehens zu kämpfen hatte, haben sich die Initiatoren und Leiter der Bewegung, zu denen Ledebour gehörte, mit entsagungsvoller Hingabe und selbst um den Preis einer materiell sicheren Existenz[61] für die selbstgesteckten Ziele eingesetzt. Ledebour hatte sich damals sowohl als Publizist wie als Redner ganz der demokratischen Sache verschrieben, so daß selbst politische Kontrahenten den tüchtigen Journalisten und guten Demokraten bewunderten.[62] Auf Grund seiner — im Gegensatz zu später — vermittelnden und um Ausgleich bemühten Art war er nicht nur allgemein beliebt, sondern hatte auch bei fast allen wichtigen Entscheidungen der Partei ein maßgebendes Wort mitzureden. So gehörte er neben Phillips, Weiß und Kämpffer zur Programmkommission der Partei[63] und hat als Referent auf dem Gründungsparteitag die Auffassungen der Parteiführung vertreten. Dort wurde er in den mit der Leitung der Parteigeschäfte beauftragten „weiteren Ausschuß“ gewählt,[64] nicht zuletzt deshalb, weil er sich durch geschickte Verhandlungsführung bei den Delegierten Sympathien und Ansehen erworben hatte.

[58] Für die Parteitagsverhandlungen in Hamburg vgl. die Berichte der *Frankfurter Zeitung*, Nr. 257—260 vom 14.—17. 9. 1885.

[59] Es ist bezeichnend für die numerische Schwäche der Partei, daß sich auf dem Gründungsparteitag nur insgesamt sechzehn Delegierte einfanden. Zusammen mit dem stattlichen Aufgebot des Hamburger Vereins brachte es der Parteitag auf eine Teilnehmerzahl von siebzig Personen.

[60] Der über eine ansehnliche Mitgliederschaft verfügende Hamburger Demokratische Verein nahm infolge abweichender programmatischer Vorstellungen an der Konstituierung der Partei nicht teil, vgl. *Frankfurter Zeitung*, Nr. 260 vom 17. 9. 1885, S. 2.

[61] Über Ledebours bescheidene Lebensweise berichtet Bruno Wille, der als Hilfsredakteur der *Demokratischen Blätter* öfter Ledebours Gastfreundschaft genoß, vgl. Bruno Wille, *Aus Traum und Kampf. Mein 60jähriges Leben* (= Wie ich wurde. Selbstbiographien volkstümlicher Persönlichkeiten), Berlin 1920, S. 23.

[62] Vgl. Carl Mayer, *Sendschreiben an Herrn Guido Weiß in Berlin*, in: *Der Beobachter*, Nr. 193 vom 23. 8. 1885.

[63] Vgl. *Frankfurter Zeitung*, Nr. 257 vom 14. 9. 1885, Beilage.

[64] *A. a. O.*, Nr. 259 vom 16. 9. 1885, S. 2.

Mitwirkung am Programm der Demokratischen Partei

In der zeitgenössischen Memoirenliteratur wird Ledebour mitunter als Nachfahre der 48er Revolutionäre bezeichnet.[65] In der Tat hat sich Ledebour in seiner Zeit als Demokrat als ein in der radikal-demokratischen 48er Tradition stehender Politiker betrachtet. Dieses Selbstverständnis findet sich auch bei den übrigen Mitgliedern der Demokratischen Partei, die sich sowohl im politischen wie im sozialen Bereich als Testamentsvollstreckerin Waldecks, Zieglers und Robert Blums apostrophierte. Im Gefühl, deren Erbe fortzuführen, setzte sich die Partei folgendes Ziel: „Durchführung des freien Volksstaates" und „Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse dahin, daß der Einzelne gegen die Ausbeutung und Unterdrückung geschützt wird".[66] Der Katalog der Gegenwartsforderungen sah unter anderem vor: bestimmende Mitwirkung der Volksvertretung bei Gesetzgebung und Staatsverwaltung, Einführung der Ministerverantwortlichkeit, allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht im Reich, in den Einzelstaaten und in den Kommunen, Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit, Revision der Strafgesetzgebung und Strafprozeßordnung auf „demokratischer Grundlage", vollkommene Durchführung der Selbstverwaltung auf allen Gebieten, Verkürzung der militärischen Dienstzeit, Anbahnung allgemeiner Abrüstung, Aufhebung militärischer Privilegien, „Befreiung der Lebensbedürfnisse des Volkes von jedweder Steuer, in letzter Linie die progressive Einkommensteuer mit Selbsteinschätzung", Trennung von Kirche und Staat, Unentgeltlichkeit des Unterrichts. Auf sozialem Gebiet distanzierte sich die Partei von einer „Sozialreform", die „die Arbeiter von der Staatsverwaltung abhängig macht", verlangte dagegen eine „wirksame Arbeiterschutzgesetzgebung" und „volle, allseitige Wahrung der Bewegungsfreiheit" der in Vereinen, Genossenschaften und Kassenverbänden „selbsttätig" um die Verbesserung ihrer Lage bemühten Arbeiter.[67]

[65] Vgl. Emil Unger, *Politische Köpfe des sozialistischen Deutschlands. Skizzen*, Leipzig 1920, S. 93.

[66] *An die Demokraten ...*, in: *Demokratische Blätter*, Nr. 25 vom 13. 12. 1884, S. 202. Ähnlich Guido Weiß in einem Vortrag, *a. a.* O., Nr. 29 vom 22. 7. 1885, S. 232. Ein Leitartikel *Über Demokratie und Verwandtes* sieht in der Demokratischen Partei das natürliche Sammelbecken für Handwerker, Bauern und städtischen Mittelstand, da diese Schichten seit dem Tod des „westfälischen Bauernkönigs" Waldeck und des „städtischen Kleinbürgers" Robert Blum ohne sozialpolitische Interessenvertretung existiert hätten, *a. a.* O., Nr. 1 vom 3. 1. 1885, S. 1.

[67] *A. a.* O., Nr. 25 vom 13. 12. 1884, S. 202.

Die Grundgedanken dieses Manifests, das Ende 1884 der Öffentlichkeit vorgelegt wurde, fanden im wesentlichen in das endgültig verabschiedete Programm Eingang. Mit diesen Richtlinien glaubten die Demokraten, sich deutlich von den übrigen Parteien, insbesondere von den Zielsetzungen der Freisinnigen und der SPD abgehoben zu haben, mit denen sie vorrangig in ihren tagespolitischen Auseinandersetzungen zu kämpfen hatten.

Die angebliche sozialpolitische Selbstgenügsamkeit der Freisinnigen bildete einen Hauptangriffspunkt der Demokraten nach rechts. Was die Partei Richters immer mehr zur „Versimpelung" verdamme und ihre Entwicklung zur „reinen Bourgeoispartei" fördere, erklärte Ledebour in einer Versammlung vor Berliner Demokraten, das sei ihre bloße Konzentrierung auf Zoll- und Steuerfragen. Bei der „manchesterlichen Einseitigkeit" des Freisinns könne es nicht verwundern, daß „die Bevölkerung Berlins an der gepfefferten Kost, welche die Sozialdemokratie bietet, ja selbst an dem Hautgout der Stöckerlinge[68] mehr Gefallen gefunden hat, als an den ewigen Kartoffelsuppen dieses modernen Zoll- und Budgetliberalismus ohne Saft und ohne Kraft".[69] Der fehlerhaften Politik der Freisinnigen gab Ledebour die Schuld daran, daß der Liberalismus in die Defensive gedrängt sei und sich weiten Bevölkerungskreisen entfremdet habe. „Nur eine rein demokratische Partei" könne „eine Vereinigung aller Volksklassen" herbeiführen und „das tiefe Bedürfnis des Volkes nach politischen und sozialen Reformen" befriedigen.[70] Hier liege die große Aufgabe der kleinen, aber hoffnungsvollen Demokratenpartei.

Die Frage, was unter tatkräftiger, maßvoller Sozialpolitik zu verstehen sei, beschäftigte zahlreiche Mitglieder der Bewegung, schon bevor sich die Partei konstituiert hatte. Viele Demokratische Vereine hielten die Formel von der „wirksamen Arbeiterschutzgesetzgebung", mit der das provisorische Programm aufwartete, nicht für ausreichend.[71] Sie verlangten die Aufnahme von Bestimmungen über Arbeitszeitregelung und Sonntagsarbeit in das Programm, um Anziehungskraft auf die der Sozialdemokratie zuneigenden Arbeiter auszuüben.

[68] Gemeint sind die Anhänger des Hofpredigers Stöcker.

[69] *Die Sonntagsruhe und ihre Gegner im Parlament, a. a.* O., Nr. 23 vom 10. 6. 1885, S. 183.

[70] *Ebda.* Vgl. ferner Ledebours Referat über die *Ziele der deutschen Demokratie, a. a.* O., Nr. 49 vom 12. 12. 1885, S. 392.

[71] *A. a.* O., Nr. 22 vom 4. 6. 1885, S. 176 (Hamburg); *a. a.* O., Nr. 40 vom 7. 10. 1885, S. 320 (Dortmund); *a. a.* O., Nr. 34 vom 26. 8. 1885, S. 272 (Berlin).

Auch Ledebour hat sich mit dem Problem der Arbeitszeit befaßt und versucht, mit konkreten Vorschlägen die Diskussion voranzutreiben. Mit Rückgriff auf das schon früher von ihm zitierte Dollfus'sche Experiment empfahl er die stufenweise Einführung des zehnstündigen Maximalarbeitstages sowie die Abschaffung der Sonntagsarbeit, was in England auf der Basis gesetzlicher Regelung schon seit langem verwirklicht sei.[72] Für die Praxis sollte dies bedeuten: gesetzliche Festlegung einer nicht zu niedrigen Maximalgrenze der Zahl der Arbeitsstunden — 12 Stunden ab 1. 7. 1886, 11 Stunden ab 1. 7. 1888 und vom 1. 7. 1890 an Beginn des Versuchs mit dem zehnstündigen Arbeitstag[73] — bei Fortzahlung desselben Arbeitslohnes. Selbstverständlich müsse bei der Durchführung der Bestimmungen auf besondere Industriezweige Rücksicht genommen werden, bei denen solche Verkürzungen zu schweren Produktionsschäden führen könnten. Die Überwachung der Gesetze wollte Ledebour in die Hände der „bedeutend vermehrten Fabrikinspektoren" gelegt wissen.[74]

In Auseinandersetzung mit der damals auf dem 22. Kongreß deutscher Volkswirte diskutierten Frage des „Normalarbeitstages"[75] hat Ledebour diese Gedanken an Hand der zeitgenössischen sozialpolitischen Literatur zu stützen versucht.[76] Neben Friedrich Albert Langes *Arbeiter-*

[72] Vgl. Ledebours Vortrag über den Normalarbeitstag, *a. a.* O., Nr. 17 vom 29. 4. 1885, S. 136; Zuschrift Ledebours an die Redaktion der *Demokratischen Blätter a. a.* O., Nr. 23 vom 10. 6. 1885, S. 184.

Vor den Berliner Hausdienern hatte Ledebour unter „lebhafter Zustimmung der Versammlung" ausgeführt: „Wir wollen den englischen Sonntag, aber ohne dessen konfessionelle Auswüchse!", *a. a.* O., Nr. 39 vom 30. 9. 1885, S. 311. Diese Äußerung läßt vermuten, daß sich Ledebour zu diesem Zeitpunkt von der religiösen Tradition seiner Familie gelöst hatte. Ob er damals schon aus der Kirche ausgetreten war, läßt sich an Hand der Zeugnisse aus den 80er Jahren nicht feststellen.

[73] Eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden sollte einer späteren gesetzgeberischen Maßnahme vorbehalten bleiben, *a. a.* O., Nr. 23 vom 10. 6. 1885, S. 184.

[74] Vgl. *Ebda.*

[75] Vgl. *Bericht über die Verhandlungen des zweiundzwanzigsten Kongresses deutscher Volkswirthe in Nürnberg am 20., 21. und 22. September 1885.* Im Auftrage der ständigen Deputation hrsg. von Max Broemel, Berlin 1885, S. 116—141. Ludolf Grambow, *Die deutsche Freihandelspartei zur Zeit ihrer Blüte* (= Sammlung nationalökonomischer und statistischer Abhandlungen des staatswissenschaftlichen Seminars zu Halle a. d. S., Bd. 38), Jena 1903, S. 92—94.

[76] Vgl. die Artikelserie *Der Normalarbeitstag vor dem volkswirtschaftlichen Kongreß,* in: *Demokratische Blätter,* Nr. 41—44 vom 14. 10.—4. 11. 1885, S. 323—351. Diese Artikel, die — wie die meisten Beiträge — anonym erschienen sind, können auf Grund des Stils und der zum Teil wörtlichen Übereinstimmung mit gesicherten Stellen als literarische Äußerungen Ledebours ausgewiesen werden.

frage belegte er seine Ausführungen mit den Schriften von Rodbertus und Brentano und den nationalökonomischen Handbüchern von Gustav Cohn und Gustav Schönberg.[77] Auch Marx erscheint unter den von ihm angeführten Autoren. Wie weit er sich damals mit dessen ökonomischen Grundanschauungen auseinandergesetzt hat, läßt sich nicht genau sagen. Jedenfalls hatte er — wie aus verschiedenen Zitaten hervorgeht — das *Kapital* gelesen. Auch Lassalle war ihm kein Unbekannter. Sein ehernes Lohngesetz verwarf er jedoch als eine „monströse Verquickung von Wahrem und Falschem".[78]

Man spürt, daß sich Ledebour in dieser Zeit, wenn auch nicht ohne innere Not, von dem reinen Selbsthilfeprinzip abwandte und einer mehr auf staatlicher Ebene liegenden Lösung aufschloß. Allerdings sollte die staatliche Einmischung auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt bleiben. Staatshilfe und Selbsthilfe seien keine Gegensätze, versicherte er unter Berufung auf Langes *Arbeiterfrage*. Erst durch beide werde eine „wahre Sozialreform ... möglich und heilsam sein".[79] Von einer solchen Reform erwartete er, daß sie sich „tunlichst den gegebenen Formen anschmiegt".[80] Für das Problem des Normalarbeitstages — „überhaupt nur ein recht beschränktes Stück der sozialen Reform" —[81] hieß dies: Reduzierung der Arbeitszeit im Interesse des kostbarsten Gutes jeden Staates, der Arbeitskraft, aber ohne Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit der Industrie.[82] Die Befolgung dieser Leitlinien begriff er als den richtigen Mittelweg zwischen den Bestrebungen der Sozialdemokratie, die ihre Forderungen „ohne Rücksicht auf die konkreten Verhältnisse" und „sicherlich in der geheimen Nebenabsicht, dadurch die Axt an diese Ordnung zu legen", erhebe, und dem Kurs der prinzipiellen Gegner jeden Eingriffs in die bestehende Wirtschaftsordnung.[83]

[77] Vgl. Friedrich Albert Lange, *Die Arbeiterfrage. Ihre Bedeutung für Gegenwart und Zukunft*, 4. Aufl., Winterthur 1879. *Briefe und sozialpolitische Aufsätze von Dr. Rodbertus-Jagetzow*, hrsg. von Rudolph Meyer, Bd. 1 u. 2, Berlin o. J. Lujo Brentano, *Das Arbeitsverhältnis gemäß dem heutigen Recht. Geschichtliche und ökonomische Studien*, Leipzig 1877. Gustav Cohn, *System der Nationalökonomie. Ein Lesebuch für Studi[e]rende*, Bd. 1: *Grundlegung der Nationalökonomie*, Stuttgart 1885. *Handbuch der politischen Ökonomie*, hrsg. von Dr. Gustav Schönberg, 2., stark vermehrte Aufl., Bd. 1: *Volkswirtschaftslehre*, T. 1, Tübingen 1885.

[78] *Demokratische Blätter*, Nr. 42 vom 21. 10. 1885, S. 333.

[79] *A. a. O.*, Nr. 41 vom 14. 10. 1885, S. 324.

[80] *A. a. O.*, Nr. 41 vom 14. 10. 1885, S. 325.

[81] *A. a. O.*, Nr. 41 vom 14. 10. 1885, S. 324.

[82] *A. a. O.*, Nr. 44 vom 4. 11. 1885, S. 351.

[83] *A. a. O.*, Nr. 41 vom 14. 10. 1885, S. 325.

In dem für den Parteitag in Hamburg ausgearbeiteten Programmentwurf sucht man vergebens nach dem Maximalarbeitstag und der Forderung der Sonntagsruhe. Ledebour erklärte auf dem Parteitag, die Programmkommission habe auf die Einfügung konkreter Bestimmungen in das Programm verzichtet, um nach allen Richtungen hin „freie Hand" zu haben — ein Zeichen dafür, daß die Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage nicht hatten überbrückt werden können. Ledebour schlug vor, ganz allgemein die „gesetzliche Regelung der Arbeitszeit, insbesondere der Sonntagsarbeit", zu fordern. In dieser unverbindlichen Fassung wurde dann dieser Programmpunkt vom Parteitag verabschiedet.[84]

Hatten Ledebours Vorstellungen auf sozialpolitischem Gebiet im Programm nicht genügend Beachtung gefunden, so konnte er doch die Aufnahme eines die Nationalitätenfrage betreffenden Passus durchsetzen. Seitdem er die Redaktionsführung der *Demokratischen Blätter* übernommen hatte, erschienen regelmäßig unter der Rubrik *Streiflichter*, später unter der Spitzmarke *Russo-Borussen*, Notizen zu Maßnahmen der preußischen Regierung gegenüber den polnischen Bevölkerungsteilen. Als „Russo-Borussen" wurden all jene tituliert, die in Rußland und Preußen eine vom „Polizeigeiste" geprägte „Nationalpolitik" betrieben.[85] Die auf Grund der Ordre vom März 1885 erfolgten Massenausweisungen von Angehörigen polnischer Nationalität aus Preußen[86] veranlaßten Ledebour zu zahlreichen Protestreden vor den Berliner Demokraten. In einer Vereinsversammlung, in der Ledebour über die Ausweisung der Polen aus Preußen gesprochen hatte, wurde eine vom Referenten empfohlene Resolution angenommen, die die „durch die preußische Regierung veranstaltete Massenausweisung der Polen" scharf verurteilte. Diese „harte und ungerechtfertigte Maßregel", hieß es dort, widerstreite nicht nur „dem Geiste unserer Gesittung", sondern müsse auch „durch Erregung fremden Nationalhasses gegen Deutschland schweres Unheil über die zahlreich im Auslande angesiedelten Deutschen

[84] Vgl. *Frankfurter Zeitung*, Nr. 258 vom 15. 9. 1885, S. 1. Für den endgültigen Wortlaut vgl. *Programm der demokratischen Partei*, in: *Demokratische Blätter*, Nr. 51/52 vom 31. 12. 1885, S. 411.

[85] *A. a. O.*, Nr. 49 vom 12. 12. 1885, S. 389.

[86] Vgl. *Schulthess' Europäischer Geschichtskalender*, Neue Folge, 1885, S. 85 f. Eine zusammenfassende Würdigung dieses für die preußisch-deutsche Polenpolitik bedeutsamen Ereignisses bei: Helmut Neubach, *Die Ausweisungen von Polen und Juden aus Preußen 1885/86. Ein Beitrag zu Bismarcks Polenpolitik und zur Geschichte des deutsch-polnischen Verhältnisses* (= Marburger Ostforschungen, Bd. 27), Wiesbaden 1967.

heraufbeschwören". Es wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß sich das deutsche Volk „gegen die Mitschuld an diesem Akte der Intoleranz verwahren" und auf gesetzliche Restriktion ähnlicher Willkürakte drängen werde.[87]

Die Begründung der Resolution ist charakteristisch für Ledebours Einstellung zur Nationalitätenfrage. Sowohl der in der Ablehnung enthaltene humanitär-rechtsstaatlich begründete Protest als auch der Gedanke, daß eine Verschärfung der Polenpolitik in Deutschland Repressivmaßnahmen anderer Regierungen gegenüber dem Auslandsdeutschtum herausfordere, waren und blieben grundlegende Elemente Ledebourscher Argumentation. Um die zwischen seinen Auffassungen als Demokrat und als Sozialdemokrat bestehende Kontinuität in der Nationalitätenfrage zu verdeutlichen, sollen hier einige seiner damaligen Grundgedanken angeführt werden.

Eine Artikelserie in den *Demokratischen Blättern*,[88] in der sich Ledebour mit den Ansichten der Süddeutschen Volkspartei auseinandergesetzt hat, gibt in dieser Hinsicht einige wesentliche Anhaltspunkte. Ledebour wies dort in einem historischen Rückblick auf die Parallelentwicklung des „Nationalitätsgedankens" im 19. Jahrhundert und der Religionskämpfe des 16. und 17. Jahrhunderts hin. Wie hier der staatliche Obrigkeitszwang mit seinem Prinzip „cuius regio, eius religio" den früheren Glaubenszwang abgelöst habe, so sei der „Nationalitätsgedanke" nach der Zeit Arndts, Jahns und Fichtes pervertiert und in ein Werkzeug der Unterdrückung verwandelt worden. In dem von den „Chauvinisten" aller Länder verfochtenen Grundsatz „cuius regio, eius lingua" — „wer in einem Staat die Herrschaft hat, kann dessen Bürgern seine Nationalität aufzwingen" —[89] sah Ledebour das neuzeitliche

[87] *Demokratische Blätter*, Nr. 41 vom 14. 10. 1885, S. 327. Vgl. auch *Die Austreibung der Polen aus Preußen, a. a.* O., Nr. 35 vom 2. 9. 1885, S. 273.

[88] Vgl. *Offene Briefe an die Herren Mayer und Payer I—III; Menschentum und Volkstum; Sonne, du klagende Flamme, a. a.* O., Nr. 29—33 vom 22. 7.—19. 8. 1885, S. 225—258. Um Ledebours Verfasserschaft sicherzustellen, seien einige formale und inhaltliche Kriterien angeführt: 1. Der Verfasser spricht vom Stammesgefühl, das „wir Niedersachsen" haben. 2. Seine Ausführungen über die Entstehung der deutschen Einzelstaaten decken sich fast wörtlich mit der Begründung, die Ledebour für die Entstehung des preußischen Staatswesens gibt, vgl. *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Partei Preußens. Abgehalten zu Berlin vom 28. bis 31. Dezember 1904*, Berlin 1905 (im folgenden *Prot. PT SPD Preußen* zitiert), S. 93 f. 3. Der Hinweis auf die Analogie des Prinzips „cuius regio, eius religio" mit dem Grundsatz „cuius regio, eius lingua" findet sich in derselben Formulierung wieder in Ledebours Reichstagsrede vom 10. 12. 1901, vgl. *Sten. Ber. RT*, Bd. 182, S. 3108.

[89] *Offene Briefe ... III*, in: *Demokratische Blätter*, Nr. 31 vom 5. 8. 1885, S. 242.

Gegenstück zu dem alten „Staatsgrundsatz" aus der Zeit der Glaubenskämpfe. Da die meisten Kulturländer, so auch Deutschland, sich aus einer Vielzahl von Nationalitäten konstituieren, hielt er das Bestreben der in einem Staatsverband vorherrschenden nationalen Majorität, den übrigen Mitbürgern fremder Nationalität Volkstum und Sprache aufzuzwingen, für kulturfeindlich, verderblich und unklug im Interesse der im Ausland lebenden Volksangehörigen. „Verkündigen wir den Grundsatz der Nationalitätentoleranz!" rief er seinen Zeitgenossen zu. Von der Verwirklichung einer solchen Politik erhoffte er die Beseitigung einer der schlimmsten Kriegsursachen der Neuzeit.

Unter Nationalitätentoleranz verstand Ledebour, „daß einem jeden Bürger unbeschadet seiner sonstigen staatsbürgerlichen Pflichten das Recht zugestanden wird, seine eigene Nationalität frei [zu] entwickeln ... und seinen Kindern das hohe Gut seiner Muttersprache und seines Volkstums ungehindert [zu] überliefern".[90] Von den beiden seiner Meinung nach konstitutiven Elementen der Nationalität, dem Volkstum und der Sprache, bedeutete ihm ersteres etwas Sekundäres, Vergängliches.[91] Das Wesen des Volkstums stelle sich dar „als Gesamtheit volkstümlicher Sitten und Überlieferungen, welche von Geschlecht zu Geschlecht durch die Sprache vermittelt" würden.[92] Die Sprache, das „Ausdrucksmittel der höchsten menschheitlichen Ideale",[93] war für Ledebour das eigentliche Merkmal der Nationalität. Deshalb konnte er auch behaupten, daß das geistige Bindeglied zwischen den „Volksgenossen" nicht in der gemeinsamen Abstammung, sondern nur in der „Erziehung und Entwicklung zu einem gemeinsamen Volkstum durch eine gemeinsame Sprache" zu suchen sei. An Hand einer Passage aus einem Gedicht des von ihm sehr geschätzten und oft für Dichterlesungen ausgewählten Heinrich Heine[94] hat er dann die Repräsentanz von Volkstum, Fühlen und Denken in der Sprache zu verdeutlichen versucht.

Den Idealzustand friedlichen Nebeneinanders verschiedener Nationalitätengruppen sah Ledebour bereits in der Schweiz verwirklicht. Dort sei es möglich, daß „verschiedensprachliche Nationalitäten neben- und miteinander leben, der Pflege ihres eigenen Volkstums ergeben, die

[90] *Ebda.*

[91] *Menschentum und Volkstum, a. a.* O., Nr. 32 vom 12. 8. 1885, S. 249.

[92] *Ebda.*

[93] *Sonne ..., a. a.* O., Nr. 33 vom 19. 8. 1885, S. 258.

[94] Über Heine-Lesungen im Hause Ledebour um die Jahrhundertwende berichtet O. Krille, *Georg Ledebour ...*, in: *Volksrecht*, Nr. 56 vom 7. 3. 1946.

Rechte der anderen nicht zu verkümmern suchend, und doch zusammengehalten durch die Liebe zu dem gemeinsamen Staat und einträchtiglich zusammenwirkend an dem Ausbau von dessen Institutionen und an der Ausgestaltung der staatlichen Kulturaufgaben".[95] Dieses Bild vom friedlich-harmonischen Miteinanderexistieren aller Bevölkerungsgruppen eines Staates übertrug Ledebour auf das künftige Zusammenleben der europäischen Völkerfamilie. Von der Beseitigung der staatentrennenden Verkehrsschranken und der Schaffung einer Art „Erwerbsindigenat" für jeden Bürger in jedem anderen Staat erhoffte er den Beginn einer neuen Ära, die gekennzeichnet sein würde durch „die Vereinigung der europäischen Staaten zu einem Staatenbunde". Diese Zukunftsvorstellung von einem wirtschaftlich und politisch geeinten Europa, das wiederum der Kern einer Konföderation „sämtlicher Staaten der zivilisierten Welt" sein sollte,[96] hat auch den späteren Sozialdemokraten in Bann gehalten.[97]

Ledebours Gedanken zur Nationalitätenfrage fanden in das von ihm mit inspirierte Programm der Demokratischen Partei Eingang. Auf dem Parteitag empfahl er, folgenden Zusatz in das Programm aufzunehmen: „Die demokratische Partei erblickt das einzige Heilmittel für den die Staaten Europas zerrüttelnden Nationalitätenhader in der Durchführung des Grundsatzes der Nationalitätentoleranz und tritt deshalb unbedingt ein für das Recht einer jeden Nationalität, in jedem Staate frei und ungehindert sich entfalten und ihr Volkstum pflegen zu können."[98] Um die Notwendigkeit seiner Forderung zu unterstreichen, wies Ledebour darauf hin, daß hinsichtlich der Nationalitätenpolitik „augenblicklich von vielen Staaten schwer gesündigt werde. In Spanien, Frankreich, Rußland und Österreich gehe man gegen fremde Nationalitäten vor, und auch in Preußen zeige man sich jetzt gegen Angehörige verschiedener Nationalitäten höchst intolerant." Sein Antrag wurde von den Parteitagsdelegierten „nach kurzer durchweg zustimmender Diskussion" angenommen und als Schlußparagraph dem Gesamtprogramm angefügt.[99]

Mit dem Erlöschen der kleinen demokratischen Splitterpartei, die ihren Grundsätzen nicht einmal parlamentarisches Gehör verschaffen

[95] *Offene Briefe . . . III,* in: *Demokratische Blätter,* Nr. 31 vom 5. 8. 1885, S. 242.

[96] *Demokratische Blätter,* Nr. 33 vom 19. 8. 1885, S. 264.

[97] Vgl. unten S. 118.

[98] *Frankfurter Zeitung,* Nr. 258 vom 15. 9. 1885, S. 2.

[99] *Ebda.*

konnte,[100] erledigten sich diese und die übrigen Programmforderungen von selbst.

Der Übergang

Bis zu seiner Option für die SPD im Frühjahr 1891 hielt sich Ledebour noch für einige Jahre jenseits des Bannkreises auf, der um die Sozialdemokratie gezogen war. Es lag zunächst kein innerer oder äußerer Zwang für ihn vor, ins Lager der verfemten „Klassenkampfpartei" hinüberzuwechseln. Aus zahlreichen Äußerungen der 80er Jahre geht hervor, daß Ledebour durchaus nicht auf eine bestimmte Partei festgelegt war. Auch die Demokratische Partei betrachtete er nicht als eine fertige Größe, sondern als organisatorische Ausgangsbasis für eine große, alle Bevölkerungskreise einschließende demokratische Volkspartei. Der Gedanke einer Vereinigung aller „freiheitliebenden" Bevölkerungsteile unter Führung der demokratischen Zielsetzungen aufgeschlossenen Parteien der „Linken",[101] wobei er hauptsächlich an die liberalen Parteien dachte, war damals eine seiner liebevoll gehegten Wunschvorstellungen. Daß die Zusammenfassung aller demokratisch gesonnenen Kräfte in einer großen Volkspartei nicht verwirklicht wurde, hinterließ bei Ledebour eine tiefe Wunde und trug dazu bei, daß er sich schließlich der Sozialdemokratie verschrieb.

Zunächst jedoch trat Ledebour, nachdem die *Demokratischen Blätter* ihr Erscheinen eingestellt hatten, in engere Beziehung zur Berliner *Volkszeitung*. Dieses von Franz Duncker begründete liberale Organ stand nach dem Tod von Adolf Phillips (Januar 1886) *de facto* — nominell erst ab April 1889 — unter der Redaktionsführung von Franz Mehring. Zur Deutsch-Freisinnigen Partei nahm die *Volkszeitung* eine freundschaftlich-wohlwollende Haltung ein, versuchte jedoch auf dem bis dahin vertretenen „Standpunkt der fortschrittlichen Demokratie"[102] zu verharren. In sozialpolitischen Fragen war sie bestrebt, die „manchesterlichen Geleise" zugunsten einer „stärkeren Vertretung der Arbeiterschutzgesetzgebung" zu verlassen.[103] Wegen der betont arbeiterfreundlichen Tendenz ihrer Artikel und ihrer ablehnenden Ein-

[100] 1887 verlor sogar Lenzmann sein Abgeordnetenmandat.

[101] Vgl. Ledebours Vortrag im Berliner Demokratischen Verein, in: *Demokratische Blätter*, Nr. 48 vom 5. 12. 1885, S. 384.

[102] Achajus, *Der Werth der Berliner politischen Presse*, Berlin 1889, S. 70.

[103] Franz Mehring, *Kapital und Presse. Ein Nachspiel zum Falle Lindau*, Berlin 1891, S. 8.

stellung gegenüber dem vom Sozialistengesetz bestimmten Kurs der Regierung war die *Volkszeitung* ein in sozialdemokratischen Kreisen gern gelesenes Blatt. Die persönlichen Kontakte Mehrings zu Bebel und Singer trugen dazu bei, daß führende Sozialdemokraten — Wilhelm Hasenclever und Bruno Schönlank waren ständige Mitarbeiter der *Volkszeitung* —[104] dort öfter zu Wort kommen konnten.

Um ein zu starkes Abgleiten nach links zu verhindern, mußten die Redakteure bei ihrer Einstellung vor dem Aufsichtsrat der *Volkszeitung* das verpflichtende Versprechen ablegen, „politisch die ‚Volkszeitung' nach den Grundsätzen der alten Forschrittspartei zu leiten und in Fragen der sozialen Reform sich auf den Boden der heutigen Gesellschafts- und Staatsordnung innerhalb der Grenzen zu halten, welche durch die englische Arbeiterschutzgesetzgebung gezogen worden sind".[105]

Auch Ledebour hatte diesen Revers zu unterschreiben, als er Anfang 1889 zu einem der politischen Redakteure des Blattes bestellt wurde.[106] Im Frühjahr desselben Jahres mußte die *Volkszeitung* wegen eines Gedenkartikels zum 18. März 1848 vorübergehend ihr Erscheinen einstellen. Obwohl die Reichskommission, die von der Aktiengesellschaft der Zeitung als Beschwerdeinstanz angerufen worden war, keinen direkten Verstoß gegen die Bestimmungen des Sozialistengesetzes nachweisen konnte, fand sie, daß in zahlreichen Beiträgen der letzten Jahrgänge sozialdemokratische Bestrebungen spürbar seien.[107]

Nach der Aufhebung des Verbots zeichnete Mehring — für kurze Zeit vom 2. 7. bis 5. 8. 1890 sogar Ledebour — als verantwortlicher Redakteur des Blattes. Zwischen Mehring und Ledebour, der neben dem politischen Teil zeitweise auch das Feuilleton betreute,[108] scheint damals ein freundschaftlich-kollegiales Verhältnis bestanden zu haben. Dieses bewährte sich, als sich Mehring anläßlich eines Theaterskandals, der unter dem Namen „Lindau-Affaire" bekannt wurde, mit dem Auf-

[104] Vgl. E. Bernstein, *Die Geschichte der Berliner Arbeiter-Bewegung ...*, Bd. 2, S. 146. F. Mehring, *Kapital ...*, S. 37.

[105] *Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie in der Zeit des Sozialistengesetzes 1878—1890. Die Tätigkeit der Reichs-Commission. Quellenmaterial,* bearbeitet von Herbert Buck (= Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. von Leo Stern, Bd. 3), T. 1, Berlin 1956, S. 311.

[106] Zur Datierung vgl. F. Mehring, *Kapital ...*, S. 8. Da sämtliche Artikel der *Volkszeitung* ungezeichnet sind, kann man sich von Ledebours damaliger journalistischer Tätigkeit kein Bild machen.

[107] Vgl. *Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie ...* (= *Archivalische Forschungen ...*, Bd. 3), T. 1, S. 319.

[108] Vgl. F. Mehring, *Kapital ...*, S. 12.

sichtsrat überwarf, wodurch auch Ledebours weiteres Schicksal entschieden wurde. Mehring hatte sich bei einer Auseinandersetzung zwischen dem bekannten Theaterkritiker an Mosses *Berliner Tageblatt,* Paul Lindau, und der Schauspielerin Elsa von Schabelsky in den Spalten der *Volkszeitung,* dann auch in einer Broschüre,[109] des Schicksals der Schauspielerin angenommen und den ganzen Fall als ein Symptom bestimmter Dekadenzerscheinungen im Bereich von Theater und Presse dargestellt. Er kennzeichnete die Schabelsky als den sozialen Typus einer Theaterproletarierin und sah in der fast einhelligen Parteinahme eines großen Teils der Berliner Presse sowie der Ehrenerklärungen des Vereins Berliner Presse für Lindau ein Zeichen für die Existenz eines korrupten Theater- und Presseringes.

Mit dieser publizistischen Tätigkeit machte sich Mehring bei den Aktionären der *Volkszeitung,* vor allem bei dem tatsächlichen Besitzer, einem Schwager Mosses, zunehmend unbeliebt.[110] Mit Hilfe eines konstruierten Streites zwischen Mehring und dem Feuilletonredakteur versuchte der Aufsichtsrat, Mehring die verantwortliche Leitung des Blattes zu entziehen. Die Bemühungen der Leitung, Mehrings Artikel unter Zensur zu stellen, scheiterten am Widerstand Ledebours und seiner Kollegen. Inmitten der Auseinandersetzungen wurde Ledebour am 30. 9. 1890 „ohne jede Angabe eines Grundes“ vom Aufsichtsrat zum 1. 4. 1891 gekündigt.[111] Darauf reichte auch Mehring „mit wendender Post“ seine Kündigung ein. Mehring vermutete, daß das Vorgehen gegen Ledebour in Wirklichkeit ihn selbst treffen sollte. Denn die redaktionellen Leistungen Ledebours hatten niemals zu irgendeiner Klage Anlaß gegeben. Ein Mitglied des Aufsichtsrates hatte sogar vor Ausbruch des Konfliktes Mehring gegenüber geäußert, er halte Ledebour für fähig, die Zeitung politisch zu leiten.[112]

Am 18. November 1890 schied Mehring, der sich inzwischen vollständig mit seinen Vorgesetzten zerstritten hatte, aus der *Volkszeitung* aus. Kurz darauf — am 13. 12. 1890 — wurde Ledebour, „der sich wiederholt der weiteren Rechtsabschwenkung der Zeitung widersetzt

[109] Franz Mehring, *Der Fall Lindau.* Dargestellt und erläutert von Dr. Franz Mehring, Berlin 1890.

[110] Vgl. Adolf Damaschke, *Aus meinem Leben,* neue, durchgearbeitete Aufl., Berlin 1928, S. 198 ff.

[111] Vgl. F. Mehring, *Der Fall . . .,* S. 22.

[112] *Ebda.* Auch A. Damaschke, *Aus meinem Leben . . .,* S. 196, zählt Ledebour zu den begabten Redakteuren der *Volkszeitung.*

hatte“, von seiner Redaktionstätigkeit entbunden.[113] Mit ihm stellten die Redakteure Oldenburg, Harmening, Damaschke, Schönlank und Pernerstorfer ihre Mitarbeit ein.[114]

Knapp ein halbes Jahr später arbeiteten Mehring und Ledebour bereits in den Reihen der vom Bannstrahl des Sozialistengesetzes befreiten Sozialdemokratie. Während Mehring durch Vermittlung Wilhelm Liebknechts seit Juni 1891 regelmäßig für Kautskys *Neue Zeit* schrieb, hielt Ledebour zur gleichen Zeit Vorträge an der von Liebknecht begründeten Berliner Arbeiterbildungsschule. Zusammen mit Heinrich Braun, Leo Arons, Bruno Wille und Wilhelm Liebknecht gehörte er dem fünfköpfigen „Lehrausschuß“ an, dem Mitte Mai 1891 die pädagogische Leitung der Schule übertragen wurde.[115]

Der rasche Vorstoß Ledebours zu den zentralen Institutionen und den führenden Männern der Sozialdemokratie legt die Vermutung nahe, daß er von dem seit 1889 recht freundschaftlichen Verhältnis Mehring-Liebknecht profitierte.[116] Nach Vorstellungswelt und Wesensart waren sich Ledebour und Liebknecht nicht unähnlich. Beide zehrten von dem mehr oder weniger bewältigten bürgerlich-demokratischen Erlebnis, in ihrem Wohlwollen gegenüber der polnischen Nationalität standen sich beide um nichts nach. Die gute forensische Begabung des Jüngeren sowie dessen schriftstellerische Fähigkeiten haben den „Alten“ sicherlich beeindruckt. Daß sich Ledebour in seiner etwas unselbständigen Art bei der Führung von Redaktionsgeschäften und einer gewissen Naivität und Gutgläubigkeit gut lenken ließ und deshalb als Mittel zum Angriff gegen Dritte gut verwendet werden konnte, dürfte Liebknecht nicht entgangen sein. Er hat es in der Folgezeit verstanden, diese Schwächen Ledebours für sich zu nutzen.[117]

Der Übertritt Ledebours zur Sozialdemokratie kam nicht überraschend. Es war naheliegend, daß er nach dem Verlust literarischer und politischer Wirkungsmöglichkeiten in der bürgerlichen Bewegung und der materiellen Existenzgrundlage beraubt, den Weg zur SPD

[113] Vgl. F. Mehring, *Der Fall . . .*, S. 37. Anläßlich einer persönlichen Auseinandersetzung im Jahre 1892 hat Mehring Ledebour angekreidet, daß er nicht zur selben Stunde mit ihm die Redaktion verlassen habe, vgl. Franz Mehring, *Ein letztes Wort in Sachen der Freien Volksbühne,* in: *Die Neue Zeit,* 11. Jg. (1892/93), Bd. 1, S. 321.

[114] Vgl. A. Damaschke, *Aus meinem Leben . . .*, S. 200.

[115] Vgl. *Vorwärts,* Nr. 116 vom 22. 5. 1891, Beilage.

[116] Vgl. Th. Höhle, *Franz Mehring . . .* (= Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte . . ., Bd. 1), S. 266.

[117] Vgl. unten S. 45 f.

nehmen würde. Über das eigentliche Motiv für sein Überwechseln hat Ledebour selbst in einer Erklärung vom September 1891 Auskunft gegeben. Als Grund für seinen Schritt führte er dort an, daß er nach dem Scheitern der Bemühungen, „eine alle Bevölkerungsklassen vertretende demokratische Partei ins Leben zu rufen", zu der Erkenntnis gelangt sei, „daß von unserer Bourgeoisie kein aufopferungsvolles Eintreten für die Volksinteressen zu erwarten sei, daß vielmehr eine Revolutionierung unserer gesamten Gesellschaftsordnung im Sinne der Sozialdemokratie erforderlich sei zur Herstellung eines menschenwürdigen Zustandes aller Glieder unseres Volkes, und daß nur die Arbeiterklasse die Kraft und den Willen habe, diese Revolutionierung durchzuführen". Aus solcher Einsicht heraus habe er sich der SPD angeschlossen, mit deren Programm er „im Prinzip völlig einverstanden" sei und in dessen Rahmen er glaube, in Zukunft politisch und publizistisch wirken zu können.[118] Die tiefe Resignation, die aus diesen Worten spricht, ist unüberhörbar. Die bittere Enttäuschung über das Bürgertum, besonders über die das Bürgertum vertretenden liberalen Parteien, blieb zeitlebens virulent. Sie sollte für sein späteres politisches Verhalten gegenüber den bürgerlichen Parteien von entscheidender Bedeutung werden.

[118] Georg Ledebour, *Erklärung,* in: *Vorwärts,* Nr. 213 vom 12. 9. 1891, Beilage. Ferner Georg Ledebour, *Ein Staatsanwalt als Zeuge, a. a.* O., Nr. 2 vom 3. 1. 1892, 2. Beilage.

ZWEITES KAPITEL

In den Reihen der deutschen Sozialdemokratie (1891—1900)

Die Anfänge sozialdemokratischen Wirkens

In der Berliner Arbeiterbewegung

Ledebours Einbürgerung in die Sozialdemokratie vollzog sich rasch und fast reibungslos. Allerdings sorgten in der Anfangsperiode gelegentliche Äußerungen dafür, daß die „vorrevolutionäre" Vergangenheit nicht in Vergessenheit geriet. Die gegen die Führerschaft und Taktik der SPD rebellierenden „Jungen" nannten Ledebours und Mehrings publizistische Tätigkeit in den Parteiorganen ein verbrämtes Engagement für die Deutsch-Freisinnigen,[1] und Eugen Richter hielt in seiner *Freisinnigen Zeitung* die Erinnerung an die ehemaligen *Volkszeitungs*-Redakteure und „Renegaten" wach.[2] Ledebour wies solche Angriffe mit Recht entrüstet zurück. Denn einerseits mangelte es seinen literarischen Auslassungen im *Vorwärts* weder an Prinzipienfestigkeit, noch brauchte er sich seiner früheren Tätigkeit in den Reihen der Demokraten oder bei der *Volkszeitung* zu schämen. Obwohl die maßgebenden Parteiführer Ledebours Vergangenheit mit diskretem Schweigen übergingen und die vereinzelten kritischen Stimmen bald verstummten, war diese frühe Brandmarkung seine „Renegatentums" doch nicht ohne Bedeutung für sein späteres Verhalten. Sie förderte die Ausbildung seines intransigenten Radikalismus und steigerte sein Distanzierungsbedürfnis von den

[1] Vgl. Georg Ledebour, *Erklärung*, in: *Vorwärts*, Nr. 213 vom 12. 9. 1891, Beilage. Die „Jungen" wollten mit ihrer Polemik weniger Ledebour, der mit einem Teil von ihnen in einem guten persönlichen Verhältnis stand (vgl. Ledebours Zuschrift *Zur Krisis der Freien Volksbühne*, in: *Die Neue Zeit*, 11. Jg. [1892/93], Bd. 1, S. 287), treffen, sondern die angeblich verbürgerlichte Taktik der sozialdemokratischen Instanzen.

[2] Vgl. *In Sachen Eugen Richter*, in: *Vorwärts*, Nr. 109 vom 10. 5. 1892, 1. Beilage; *a. a.* O., Nr. 111 vom 13. 5. 1892, 1. Beilage.

bürgerlichen Parteien, was für seine künftige Politik in der Stichwahl- und Bündnisfrage wichtig werden sollte.

Ledebours Anfänge als freier Mitarbeiter des *Vorwärts* und als Versammlungsredner in den Berliner Vereinen fielen in die Zeit, als die Sozialdemokratie mit doppelter Frontstellung gegen die Opposition der „Jungen" nach links und die Vollmarsche Taktik nach rechts vorzugehen hatte.[3] Ledebour, der sich noch nicht von dem Ruf seiner Vergangenheit befreit hatte, hielt sich verständlicherweise aus diesen Diskussionen heraus. Er konzentrierte sein Interesse auf die praktische Parteiarbeit in den Berliner Vereinen. Mit zahlreichen Einzelvorträgen und Vortragszyklen historischen und naturwissenschaftlichen Inhalts[4] beteiligte er sich am Lehrprogramm der Berliner Arbeiterbildungsschule. Bei der ihm angeborenen Gabe zu plastischer und populärer Darlegung schwieriger Gedankengänge, die er durch rasch von eigener Hand angefertigte Skizzen seiner Zuhörerschaft nahezubringen wußte, erfreuten sich seine Kurse allgemeiner Beliebtheit bei der Arbeiterschaft. Auch in den Veranstaltungen der Gewerkschaften war er gern gesehen, da er für deren Interessenlage damals viel Verständnis aufbrachte. Trotz der Überzeugung, daß die gewerkschaftliche und die politische Bewegung eng miteinander koordiniert sein müßten, respektierte er das Bestreben der Gewerkschaften, gegenüber der Partei eine gewisse Selbständigkeit zu wahren.[5] Deshalb hielt er auch in der Maifeierfrage die Gewerkschaften „einzig und allein" für zuständig, „Beschlüsse über die absolute Arbeitsruhe am 1. Mai zu fassen".[6]

Auf Grund seiner Vortragstätigkeit in den verschiedenen Teilen Berlins war Ledebour mit den Problemen des damaligen Vereinslebens in Berührung gekommen. Bis zur Aufhebung des Verbindungsverbots für politische Vereine um die Jahrhundertwende standen sich in den Großstädten — so auch in Berlin — die offiziellen Wahlvereine und das aus der Zeit des Sozialistengesetzes übernommene System der Vertrauensmänner gegenüber. Diesen inoffiziellen Organisationen, den

[3] Siehe dazu allgemein Gerhard A. Ritter, *Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890—1900* (= Studien zur europäischen Geschichte aus dem Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Bd. 3), 2., durchgesehene Aufl., Berlin 1963, S. 79 ff.

[4] Vgl. den Vortragszyklus über *Rassenkunde und Urgeschichte,* in: *Vorwärts,* Nr. 150 vom 1. 7. 1891, 2. Beilage; *a. a.* O., Nr. 226 vom 27. 9. 1891, 2. Beilage.

[5] Vgl. Ledebours Vortrag vor dem Unterstützungsbund der Hausdiener, *a. a.* O., Nr. 274 vom 22. 11. 1891, 2. Beilage.

[6] Ledebours Rede im 2. Berliner Reichstagswahlkreis, *a. a.* O., Nr. 89 vom 16. 4. 1896, 2. Beilage.

Corpora, die bei etwaiger polizeilicher Auflösung der Wahlvereine sofort in Aktion treten konnten, fielen die Ausübung aller wichtigen Parteiangelegenheiten, die Vorbereitung von Aktionen, die Kandidatennominierung und die Besetzung der Führungsämter in den Wahlkreisorganisationen zu.[7] Die Wahlvereine dienten hauptsächlich der Werbung, der Wahlagitation und der Erörterung allgemeinpolitischer Fragen. Durch die Existenz des Vertrauensmännersystems übten die Wahlvereine weniger Anziehungskraft auf die Vereinsmitglieder aus.[8] Eine am 26. November 1893 im *Vorwärts,* später auch als Flugblatt veröffentlichte Denkschrift *Zur Reorganisation der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins* sollte diesem Übelstand abhelfen.[9] Im Reorganisationsentwurf, von Ledebour, Paul Böhm und Hermann Mattutat[10] unterzeichnet, wird einleitend konstatiert, daß die Wahlvereine bisher zu „keinem rechten Leben" hätten kommen können. Die Aktivität der Mitglieder sei zum Teil „vom politischen Leben" in gesellige Vereine abgedrängt worden, da das Vereinswesen nicht attraktiv genug sei. Um die Parteianhänger stärker für die Vereinsarbeit zu interessieren, hatten die Unterzeichner ein Probestatut für den 4. Wahlkreis ausgearbeitet, das auch für andere Kreise richtungweisend sein sollte. Das Neue an dem Entwurf bestand in der stärkeren Aufgliederung des Vereins in „Viertel"-Abteilungen und Bezirke. Während regelmäßige Versammlungen der „Viertel", die je zwei Beisitzer in den Vorstand des Wahlvereins entsenden konnten, für den ständigen Meinungsaustausch der Vereinsmitglieder über parteipolitische und „sonstige Fragen prinzipieller Natur" zu sorgen hätten, sollte die Aufteilung in Bezirke eine „weitere Dezentralisation der Verwaltung" sowie „Gelegenheit zum stetigen geselligen Verkehr der Mitglieder untereinander" schaffen.[11]

Der Reorganisationsvorschlag, der in seinen Grundzügen im 4. Berliner Wahlkreis durchgeführt wurde,[12] löste bei den leitenden Stellen

[7] Vgl. dazu Thomas Nipperdey, *Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918,* (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 18), Düsseldorf 1961, S. 316—318.

[8] Vgl. E. Bernstein, *Die Geschichte der Berliner Arbeiter-Bewegung* . . ., Bd. 3, S. 76. Vgl. auch Ledebours Rede vor dem Arbeiterbildungsverein Schöneberg, in: *Vorwärts,* Nr. 200 vom 26. 8. 1893, Beilage.

[9] *A. a.* O., Nr. 278 vom 26. 11. 1893, 3. Beilage.

[10] Böhm war Mitglied der Lokalkommission des 4. Berliner Wahlkreises, Mattutat Vertrauensmann desselben Kreises und Vorsitzender der Arbeiterbildungsschule seit Sommer 1892.

[11] *A. a.* O., Nr. 278 vom 26. 11. 1893, 3. Beilage.

[12] Vgl. E. Bernstein, *Die Geschichte der Berliner Arbeiter-Bewegung* . . ., Bd. 3, S. 78.

keine freudige Zustimmung aus. Von „beachtenswerter Seite" wurde betont, der „Ledebour-Entwurf" greife in die Kompetenz der Parteitage ein. Ignaz Auer vom Parteivorstand unterstellte den Initiatoren zwar die „allerbeste Absicht", glaubte aber aus „formalen Gründen" von der Realisierung des Projekts abraten zu müssen, da die Viertelversammlungen möglicherweise als verkappte politische Vereine angesehen werden könnten.[13] So kam es denn, abgesehen von einem stärkeren Ausbau des Bezirksführersystems, in den übrigen Wahlkreisen zu keiner Statutenänderung.

Ledebour hat mit diesem Organisationsplan gezeigt, daß er fähig war, einem offenkundigen Übelstand — der Müdigkeit und Erstarrung des lokalen Parteilebens — durch konstruktive und detaillierte Besserungsvorschläge abzuhelfen. An Originalität und Einfällen fehlte es ihm nicht. Allerdings ließen Mangel an Konzentration und Verbissenheit in die Sache, auch seine schnelle Ablenkbarkeit auf eine Vielzahl von Interessengegenständen diese fruchtbaren Ansätze nicht sehr häufig zum Durchbruch kommen. Seine schriftstellerische Arbeit war besonders von solchen Merkmalen gekennzeichnet.

Publizistische Tätigkeit

Bereits im Herbst 1891 schrieb Ledebour neben Bruno Geiser, dem Schwiegersohn Wilhelm Liebknechts, und Wilhelm Blos Leitartikel für das Zentralorgan der Partei. In einer brieflichen Klage August Bebels über das damals allgemein mit Unzufriedenheit betrachtete redaktionelle Gesicht des *Vorwärts*[14] tauchte auch der Name Ledebour auf. Die erste Voraussetzung zur Überwindung der Linienlosigkeit und Zerfahrenheit des Blattes, meinte Bebel gegenüber dem Chefredakteur Liebknecht,

Durch den Erlaß des preußischen Innenministers Köller wurde das Statut 1895 wieder außer Kraft gesetzt.

[13] Vgl. *Vorwärts*, Nr. 15 vom 19. 1. 1894, 2. Beilage.

[14] Vgl. den Brief Kautskys an Adler vom 5. 8. 1891, in: Victor Adler, *Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky sowie Briefe von und an Ignaz Auer, Eduard Bernstein, Adolf Braun, Heinrich Dietz, Friedrich Ebert, Wilhelm Liebknecht, Hermann Müller und Paul Singer,* gesammelt und erläutert von Friedrich Adler, hrsg. vom Parteivorstand der Sozialistischen Partei Österreichs, Wien 1954, S. 75. Ferner Kautsky an Engels am 26. 11. 1892 und Engels an Kautsky am 4. 12. 1892, in: *Friedrich Engels' Briefwechsel mit Karl Kautsky. Zweite, durch die Briefe Karl Kautskys vervollständigte Ausgabe von „Aus der Frühzeit des Marxismus"* (= Quellen und Untersuchungen zur Geschichte der deutschen und österreichischen Arbeiterbewegung, Bd. 1), hrsg. und bearbeitet von Benedikt Kautsky, Wien 1955, S. 371 f. und 373.

seien „scharfe korrekte Leitartikel, die weder Blos noch Geiser, noch Ledebo[u]r schreiben" könnten.[15] Über Ledebours journalistische Produkte schien Bebel nicht sonderlich entzückt. Er sprach von bedingter Brauchbarkeit der Artikel, die außerdem „so unsauber geschrieben" seien, daß man nicht begreife, wie solche Manuskripte dem Setzer geliefert werden könnten.[16]

Die offenkundigen Mißstände beim *Vorwärts* besserten sich auch in der Folgezeit nicht. Der zwitterhafte Status des Organs, das die Funktion eines sozialdemokratischen Tageblattes für Berlin und des Zentralorgans der Partei zu erfüllen hatte, ferner die häufige Abwesenheit seines vielbeschäftigten Chefredakteurs waren dem Niveau der Zeitung nicht zuträglich. Außer einer straffen Redaktionsführung und dem einheitlichen Gepräge vermißte Karl Kautsky damals am *Vorwärts* den „frischen Zug", der aber nur durch einen Wechsel in der personellen Zusammensetzung des Redaktionskollegiums herbeigeführt werden könne. Wenn etwa Franz Mehring und Max Schippel, beide von Kautsky geschätzte Mitarbeiter, nach einer eventuellen Umwandlung der *Neuen Zeit* von einem Wochenblatt in eine Monatsschrift Redaktionsposten beim *Vorwärts* bezögen, so würde das dem Blatt „vorteilhafter" sein, und dieses würde sich „nicht mehr vergeben, als wenn es von Dr. Quar[c]k und Ledebour und Geiser gespeist" werde.[17] Kautskys Kritik richtete sich offensichtlich mehr gegen die Verteilung der redaktionellen Aufgaben beim Zentralorgan als gegen die journalistischen Fähigkeiten der einzelnen Redakteure. Denn einige Zeit darauf forderte er Ledebour „in der liebenswürdigsten Weise" zur Mitarbeit an der *Neuen Zeit* auf. Doch Ledebour blieb von dem Angebot ungerührt.[18]

Die Gründe für seine Gleichgültigkeit gegenüber Kautskys Einladung sind nicht schwer zu erraten. Der zwischen Ledebour und Mehring damals um die Besetzung der Posten bei der Freien Volksbühne schwelende Streit[19] ließ Ledebour, der dazu neigte, jede sachliche Meinungsverschiedenheit durch die subjektive Brille persönlicher Feindschaft zu betrachten, vor einer Mitarbeit an der *Neuen Zeit* zurückschrecken. Außerdem dürfte Ledebour als der ausgesprochene Schützling des „Alten" bei den bestehenden Spannungen zwischen Liebknecht und

[15] Bebel an Liebknecht am 22. 8. 1891 (Nachlaß Liebknecht).
[16] *Ebda.*
[17] *Friedrich Engels' Briefwechsel* ... (= Quellen und Untersuchungen ..., Bd. 1), S. 375, Kautsky an Engels am 19. 12. 1892.
[18] Vgl. V. Adler, *Briefwechsel* ..., S. 180, Kautskys Brief an Adler vom 20. 6. 1895.
[19] Vgl. *Die Neue Zeit,* 11. Jg. (1892/93), Bd. 1, S. 284 ff.

Kautsky gern die Gelegenheit ergriffen haben, um sein Treueverhältnis zu Liebknecht zu beweisen und Kautsky die kalte Schulter zu zeigen. Die Kontroverse Ledebours mit Kautsky zwei Jahre später sollte deutlich machen, welche Vorteile aus einer solchen Entscheidung erwachsen konnten.

Zu diesen mehr subjektiven Motiven gesellte sich noch ein sachlicher Grund für Ledebours abweisende Haltung gegenüber der *Neuen Zeit.* Das führende theoretische Organ der Partei befand sich Anfang der 90er Jahre in einer ernsten Krise. Kautsky selbst war über die Entwicklung sehr unglücklich. In seinen Briefen an Engels und Adler schilderte er die herrschende Unzufriedenheit über die *Neue Zeit,* die für zu „schwer", für zu theoretisch und für zu wenig abwechslungsreich in ihren Beiträgen gehalten werde.[20] In den Redaktionen griff man damals lieber zu dem von Heinrich Braun herausgegebenen *Sozialpolitischen Centralblatt* anstatt zur *Neuen Zeit.* Braun ging bei der Diskussion sozialer Fragen in seinem Organ von dem Gedanken aus, daß die Sozialdemokratie nicht innerhalb der Grenzen des von ihr bereits errungenen geistigen Besitzstandes verknöchern dürfe. Er verlangte von der Partei nicht nur Selbstkritik der eigenen Anschauungen, sondern auch voraussetzungslose Prüfung der Ansichten ihrer Gegner. So gab er in seiner Zeitschrift einem Manne wie Brentano gern das Wort zur Darlegung sozialpolitischer Probleme. Kautsky war über die Haltung des *Centralblattes* höchst ungehalten, da es die zehnjährige Arbeit der *Neuen Zeit* vereitele, „den Leuten den Marxismus einzupauken und dem Kokettieren mit den Herrn Rodbertus, Dühring, Schäffle etc. ein Ende zu machen".[21] Von der Zeitschrift Brauns befürchtete er „die Einschmuggelung Brentanoscher Ideen in die Arbeitermassen".[22] Daß das Blatt „die wissenschaftliche Hauptlektüre unserer Redaktionen" bilde und von diesen „viel eifriger" gelesen werde als die *Neue Zeit,* hielt Kautsky für eine große Gefahr.[23]

Auch Ledebour war während zweier Jahre — vom Frühjahr 1893 bis Ende 1894 — korrespondierender Mitarbeiter des *Centralblattes.* Neben Beiträgen sozialpolitischen Inhalts, etwa Untersuchungen zur Handwerkerfrage,[24] unterzog er dort die Ergebnisse verschiedener Ge-

[20] Vgl. *Friedrich Engels' Briefwechsel* ... (= Quellen und Untersuchungen ..., Bd. 1), S. 371, Kautsky an Engels am 26. 11. 1892; vgl. auch *a. a.* O., S. 373 f.

[21] V. Adler, *Briefwechsel* ..., S. 92, Kautsky an Adler am 13. 6. 1892.

[22] *A. a.* O., S. 100, Kautsky an Adler am 19. 9. 1892.

[23] *A. a.* O., S. 108, Kautsky an Adler am 15. 10. 1892.

[24] Georg Ledebour, *Die Regierungs-Vorschläge zur Organisation des Handwerks,*

werkschaftsveranstaltungen einer kritischen Betrachtung.[25] Der Vorwurf theoretischer Rückgratlosigkeit, den Kautsky gegen das *Centralblatt* erhob, traf auf die Artikel Ledebours nicht zu. Seine Erörterungen zum Handwerkerproblem etwa zeigen trotz allen Wohlwollens gegenüber den Berlepschen Organisationsvorschlägen, daß er auf dem Boden der streng orthodoxen Erklärungsweise der ökonomischen Entwicklung stand.[26] Die Behauptung Kautskys, das „Brentanotum" könne im *Centralblatt* seine üppigsten Blüten treiben, hat Ledebour für seinen Teil Lügen gestraft. In einer Polemik mit Brentano und Max Hirsch attackierte er sehr scharf Entwicklung und Ziele der Hirsch-Dunckerschen Richtung, verschwieg allerdings geflissentlich, daß er sich einst in ihrem Sinne betätigt hatte. Er warf Hirsch völliges Mißverstehen des englischen Gewerkschaftswesens vor und bemühte sich, Hirsch und Brentano gegeneinander auszuspielen.[27]

Nach diesem Intermezzo beim *Centralblatt* wandte sich Ledebour wieder stärker der Arbeit am Zentralorgan zu. Nachdem Adolf Braun, der Bruder Heinrich Brauns, 1894 anstelle Bruno Schönlanks den Posten eines stellvertretenden Chefredakteurs angenommen hatte, erhielt Ledebour kurz darauf eine feste Anstellung als zweiter politischer Redakteur des *Vorwärts*.[28] Das Zusammenwirken innerhalb des Redaktionsteams scheint nicht sehr gedeihlich gewesen zu sein. Bereits am 1. Juli 1896 kündigte Ledebour seine Stellung.[29] An dem zwischen dem Chefredakteur Liebknecht und seinen Kollegen ausgebrochenen Streit um die Vorschläge Max Quarcks zur Gewerkschaftsfrage[30] hat er zwar keinen

in: *Sozialpolitisches Centralblatt*, 2. Jg. (1892/93), S. 569—572; ders., *Die Regelung des Lehrlingswesens*, *a. a. O.*, 3. Jg. (1893/94), S. 121—124; ders., *Ein Beitrag zur Arbeitslosenfrage*, *a. a. O.*, 4. Jg. (1894/95), S. 16—17.

[25] Georg Ledebour, *Der englische Gewerkvereins-Kongreß in Belfast*, *a. a. O.*, 2. Jg. (1892/93), S. 623—624; ders., *Nutzen und Lehren des 5. Internationalen Bergarbeiter-Kongresses*, *a. a. O.*, 3. Jg. (1893/94), S. 415—417.

[26] Vgl. die zahlreichen Hinweise auf die naturnotwendige Vernichtung des „Zwerges" Kleinbetrieb durch den „Goliath" Großbetrieb, in: *Die Regierungs-Vorschläge ...*, *a. a. O.*, 2. Jg. (1892/93), S. 569 f.

[27] Vgl. Georg Ledebour, *Die deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker)*, *a. a. O.*, 3. Jg. (1893/94), S. 30—31; ders., *Zur Beurteilung der deutschen Gewerkvereine*, *a. a. O.*, 3. Jg. (1893/94), S. 78—80 und S. 93 f., 103.

[28] Vgl. E. Bernstein, *Die Geschichte der Berliner Arbeiter-Bewegung ...*, Bd. 3, S. 402.

[29] Vgl. Georg Ledebour, *Erklärung*, in: *Vorwärts*, Nr. 212 vom 10. 9. 1896.

[30] Vgl. *In eigener Sache*, *a. a. O.*, Nr. 200 vom 27. 8. 1896; *An die Leser des Vorwärts*, *a. a. O.*, Nr. 203 vom 30. 8. 1896.

direkten Anteil genommen,[31] muß ihn aber im Sinne der frondierenden Redaktion mit vorbereitet haben.[32] Ledebour blieb weiterhin freier Mitarbeiter des *Vorwärts,* obgleich mit dem Eintritt des als revisionistisch geltenden Georg Gradnauer in die Redaktion und im Zuge der folgenden Taktikdebatten seine Beziehungen zum Zentralorgan zunehmend schlechter wurden und zeitweise in ein feindseliges Verhältnis umschlugen.

Am 1. Mai 1895 heiratete er die 17 Jahre jüngere gebürtige Brandenburgerin Minna Stamfuß, die eine seiner Schülerinnen in der Berliner Arbeiterbildungsschule war.[33] Minna Ledebour war eine mit außerordentlicher geistiger Unabhängigkeit, mit Mutterwitz und großem Einfühlungsvermögen begabte Frau. Den Ausgleich zu dem cholerischen Temperament ihres Mannes bildeten ihre Gelassenheit und Ruhe sowie die Fähigkeit, jederzeit überflüssige Härten und Schärfen mit Güte und Humor zu glätten. In Anspruchslosigkeit, Einfachheit und Geradheit der Gesinnung glich sie ihrem Weggefährten, auf dessen Tätigkeit sie stets mit Stolz und Ehrfurcht blickte.[34] Außer der agonalen Wesensart ihres Mannes, die sie in der 52jährigen Ehe mit mehr oder weniger großem Erfolg zu dämpfen hatte,[35] stellte die bescheidene wirtschaftliche Lage vor allem in den Jahren der freien Schriftstellerei ihres Mannes nicht geringe Anforderungen an ihre hausfrauliche Geschicklichkeit. Sie wird es begrüßt haben, als die Redaktionsmitglieder des Dresdener Parteiblattes im November 1898 an Ledebour herantraten, um ihm die infolge des Rücktritts von Rosa Luxemburg vakante Stelle eines Chefredakteurs anzubieten.

Ledebour war nach den Worten Rosa Luxemburgs sofort und „sehr gerne bereit", „unter allen Bedingungen in die Red[aktion] zu treten".[36]

[31] Die *Vorwärts*-Redaktion erklärte am 29. 8. 1896, daß sich der Kollege Ledebour zu Beginn der Auseinandersetzungen mit Quarck bereits im Urlaub befunden habe, *a. a.* O., Nr. 202 vom 29. 8. 1896.

[32] In einem Brief an Kautsky vom 26. 7. 1895 (Nachlaß Kautsky) spricht Richard Fischer vom „Antiquark-Ledebur", was darauf hindeutet, daß schon ein Jahr zuvor ein Spannungsverhältnis zwischen Ledebour und Quarck bestanden haben muß.

[33] Schreiben von Alida de Jager vom 28. 4. 1964. Ferner mündliche Auskunft des Leiters des SPD-Archivs, Paul Mayer. Vgl. auch A. Siemsen, *Georg Ledebour . . .*, S. 18.

[34] Vgl. B. Kautsky, *Georg Ledebour . . .*, in: *Volksrecht,* Nr. 94 vom 23. 4. 1947.

[35] Otto Krille berichtet, daß Minna Ledebour sehnlichst gewünscht habe, ihr Mann möge ins preußische Abgeordnetenhaus einziehen; dann habe er endlich eine Aufgabe für seine große Kampfeslust und sei infolgedessen „zu Hause recht zutunlich", vgl. O. Krille, *Georg Ledebour . . .*, in: *Volksrecht,* Nr. 56 vom 7. 3. 1946.

[36] Rosa Luxemburg an Bebel am 7. 11. 1898, in: Werner Blumenberg, *Einige Briefe*

Die Leitung einer in führenden Parteikreisen als prinzipienfest geltenden Zeitung übernehmen zu können, reizte Ledebour sehr. Da die Debatten um den Revisionismus damals bereits die Gemüter erhitzten, war ein Blatt wie die *Sächsische Arbeiter-Zeitung* ein brauchbares Instrument zur Einflußnahme auf die allgemeine Parteidiskussion. Rosa Luxemburg hinterließ ihrem Nachfolger Ledebour ein dorniges Erbe. Die durch die eigenartige Redaktionsführung ihres Vorgängers Parvus-Helphand[37] bei den übrigen Redaktionsmitgliedern aufgespeicherten Animositäten wirkten noch spürbar nach. Die Dresdener Pressekommission befürchtete, daß die nach dem Ausscheiden Rosa Luxemburgs erfolgte redaktionelle Veränderung nach außen hin, insbesondere bei der radikalen Dresdener Parteiorganisation, den Eindruck einer Kursschwenkung des Blattes erwecken könne. Sie hielt es deshalb für angebracht, der Bekanntgabe von Ledebours Redaktionsantritt die Erklärung beizufügen, daß die *Sächsische Arbeiter-Zeitung* auch in Zukunft nicht die Bahnen verlassen werde, „die sie so erfolgreich in den letzten Jahren eingeschlagen“ habe.[38]

Auch Ledebours Dresdener Redaktionstätigkeit stand unter einem unglücklichen Stern. Zusammen mit Emil Eichhorn, dem späteren Berliner Polizeipräsidenten, und dem seit Januar 1899 in Dresden wirkenden Konrad Haenisch schied er infolge eines Redaktionskrachs nach zwanzig Monaten wieder aus.[39] Der Weggang Ledebours aus Dresden wurde von Clara Zetkin lebhaft bedauert. In einem Brief an Kautsky schrieb sie: „Dass Ledebour aus Dresden geht, thut mir sehr leid. Einmal um seiner selbst wegen, es wird ihm bei seiner Schwerfälligkeit, seinem anständigen Karakter, seiner Auffassung und seiner etwas sonderlichen Natur sehr schwer werden, eine Stellung zu finden. Dann aber und vor allem weil ich fürchte, der Posten kann für die schärfere Strömung verloren gehen und einem Opportunisten in die Hände fallen.“[40]

Rosa Luxemburgs und andere Dokumente, in: *Bulletin of the International Institute of Social History Amsterdam*, vol. 7 (1952), S. 18.

[37] Vgl. Winfried B. Scharlau/Zbyněk A. Zeman, *Freibeuter der Revolution. Parvus-Helphand. Eine politische Biographie*, Köln 1964, S. 43 f.

[38] Zitiert nach *Vorwärts*, Nr. 268 vom 15. 11. 1898.

[39] *A. a. O.*, Nr. 52 vom 3. 3. 1900. Die Redaktionsstreitigkeiten resultierten aus einer Summe von persönlichen und sachlichen Meinungsverschiedenheiten: Schwierigkeiten Ledebours mit Schönlanks *Leipziger Volkszeitung* und dem *Vorwärts* sowie ein lädiertes Verhältnis zur sächsischen Parteiorganisation hatten zum endgültigen Bruch beigesteuert.

[40] Clara Zetkin an Kautsky am 4. 3. 1900 (Nachlaß Kautsky).

Mit dem Verlust der Dresdener Stellung fand Ledebours Redaktionstätigkeit einen vorläufigen Abschluß. Als Reichstagsabgeordneter und maßgeblicher Parteipolitiker hat er sich in der Folgezeit nur noch gelegentlich und in unregelmäßigen Abständen in verschiedenen Parteizeitungen vernehmen lassen. Seine Aktivität entfaltete er fortan auf der Reichstagstribüne und vor dem Forum der Parteianhängerschaft in Berlin und im Reich. Hier war er in seinem eigentlichen Element. Als Schriftsteller brachte er es zu keinen überdurchschnittlichen Leistungen. Er schrieb nicht den glänzenden Stil Mehrings und konnte sich nicht mit dem ihm in der polemischen Tonart verwandten Parvus messen. Bei aller Originalität und Eigenwilligkeit vergriff er sich nicht selten in Argument und Tonlage, so daß er sich bisweilen selbst um die Wirkung seiner Aussage brachte. Besonderes Geschick zeigte er bei der Charakterisierung bestimmter Tatbestände und Personen. Die von ihm geprägten Wortneuschöpfungen, Bilder und Vergleiche, von denen vor allem seine für den *Vorwärts* Mitte der 90er Jahre geschriebenen Rezensionen glänzten, erfreuten sich bei seinen Zeitgenossen allgemeiner Beliebtheit.[41] Neben den aktuelle Tagesfragen behandelnden Artikeln und Beiträgen bevorzugte Ledebour die polemische Stellungnahme, bei der er weder mit Ironie sparte, die leicht in beißenden Spott ausartete, noch vor kleinlicher Haarspalterei zurückscheute.

Eine treffende Charakteristik von Ledebours journalistischen Fähigkeiten entwarf Kautsky Mitte 1895 dem um einen Auslandskorrespondenten für die Wiener *Arbeiter-Zeitung* bemühten Victor Adler. Er lobte Ledebours Begabung und hielt ihn für einen brauchbaren Mitarbeiter einer Zeitung. Ledebour habe das Bedürfnis, „selbständig zu sein um jeden Preis, eigene Wege zu gehn. Da er ein gescheiter Kerl ist, kommt er so auf manchen guten originellen Gedanken; da ihm aber eine solide Grundlage fehlt, verliert sich die Originalität nicht selten bei ihm in Klugscheißerei, ja mitunter in direkter Konfusion und Albernheit. Das macht nicht viel, wenn er unter der Fuchtel einer guten Redaktion steht, die ihn kontrolliert. Aber zu einer selbständigen Stellung eines Chefredakteurs oder auswärtigen Korrespondenten taugt er meines Erachtens nicht."[42] Nichts bestätigt dieses Urteil besser als die Tatsache, daß Ledebour kein eigenständiges literarisches Werk hinterlassen hat. Dazu besaß er zu wenig Sitzfleisch, sein Interesse an einem Thema erlahmte schnell, während sein Fleiß sehr zu wünschen übrig

[41] Vgl. Carl Severing, *Mein Lebensweg*, Bd. 1, Köln 1950, S. 184.
[42] V. Adler, *Briefwechsel* . . ., S. 181, Kautsky an Adler am 20. 6. 1895.

ließ. Über seine sporadische Arbeitsweise hat Kurt Eisner einmal geäußert, er „produziere wie die ‚Königin der Nacht' alle fünf Jahre eine Blüte".[43] So bedauerte es niemand, am wenigsten Ledebour selbst, als er den Redaktionsstuhl gegen die Abgeordnetenbank eintauschte.

Die Parteidebatten bis zur Jahrhundertwende

Die Agrardiskussion in der SPD

Die Kontroverse Ledebour-Kautsky

Den Auftakt zu den theoretischen Auseinandersetzungen um die Revision des sozialdemokratischen Parteiprogramms bildete die Agrardebatte in den Jahren 1894/95. Die Erfordernisse einer praktischen Reformpolitik, insbesondere im Wirkungskreis der bayrischen Sozialdemokratie, veranlaßten die Partei zu einer genaueren Gewissenserforschung in ihrer Haltung zur ländlichen Bevölkerung. Der marxistische Glaubenssatz vom notwendigen Untergang des Kleinbetriebs war alles andere als ein Hoffnungsquell der von Verelendung — oder mit den Worten Vollmars —, von Verschuldung, langem Militärdienst und Steuerbelastung bedrohten Kleinbauern.[44] Das Fehlen einer sozialdemokratischen Agrartheorie, ja sogar jeglichen Studienmaterials über agrarische Verhältnisse, sowie die allgemeine Verständnislosigkeit der Industriearbeiterschaft für die speziellen Probleme der Bauernbevölkerung bedeuteten eine starke Erschwernis der vor allem in Bayern auf ländliche Wählerschaft angewiesenen Parteiagitation.

Um diesem Übelstand abzuhelfen, legte auf dem Frankfurter Parteitag von 1894 ein Teil der Delegierten, geführt von Vollmar und Bruno Schönlank, eine Resolution vor, die von einer Kommission die Ausarbeitung eines Programms zum Schutz der bäuerlichen Bevölkerung verlangte.[45] Noch ehe die Kommission ihre Arbeiten abgeschlossen hatte und die Ergebnisse bekanntgeworden waren, setzte unter Führung

[43] Zitiert nach E. Unger, *Politische Köpfe* . . ., S. 94.

[44] Vgl. *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1894*, Berlin (im folgenden *Prot. PT SPD* zitiert), S. 142 ff.; Reinhard Jansen, *Georg von Vollmar. Eine politische Biographie* (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 13), Düsseldorf 1958, S. 58 f.

[45] Vgl. *Prot. PT SPD 1894*, S. 134 f. Zu Verlauf und Ergebnis der Agrardebatte siehe die ausführliche Darstellung bei G. A. Ritter, *Die Arbeiterbewegung* . . . (= Studien zur europäischen Geschichte . . ., Bd. 3), S. 134 ff.

Kautskys, der sich auf den Beistand von Engels stützen konnte, die Opposition gegen die „Agrarier“ in der Partei ein. Nach erbitterten Wortgefechten in Versammlungen und Presse wurde das Agrarprogramm bereits vom nächsten Parteitag verworfen. Damit war zwar das Prinzip gerettet und die „Vollmarei“ in der Partei in Schranken gewiesen worden, aber man stand in der Agrarfrage wieder dort, wo die Diskussion begonnen hatte. Kautskys Freude über die Niederlage des „Agrariertums“ war nicht ungetrübt. Die Auseinandersetzung der Parteiorthodoxie mit den Vertretern eines positiven Agrarprogramms hatte sozusagen ein linkes Gegenstück in der Kontroverse zwischen Ledebour und Kautsky. Dieser zeitweise in grobe Beleidigungen ausartende Meinungsstreit ist nicht ohne biographisches Interesse für beide Kontrahenten. Zugleich bietet er eine gute Illustration dafür, wie sehr zu einem Gutteil Spannungen in der Partei das Resultat von Aufbauschungen relativ geringfügiger wirklicher Gegensätze darstellten.

Was war geschehen? In einer Berliner Parteiversammlung, die sich mit den Ergebnissen des Frankfurter Parteitages befaßt hatte, war von Ledebour festgestellt worden, daß sich die Ansichten Schönlanks und Vollmars in der Agrardiskussion mit den Erläuterungen Kautskys zum Erfurter Programm deckten, der dort behaupte, „daß in der sozialistischen Gesellschaft der kleinbäuerliche Besitz erhalten bleiben solle“.[46] Nun hatte Kautsky in seinem Programm-Kommentar ausgeführt, daß der Übergang zur sozialistischen Gesellschaft „keineswegs die Expropriation der Kleinhandwerker und Kleinbauern“ bedinge.[47] Ledebour sah darin ein Zugeständnis an die kleinbäuerliche Einzelwirtschaft, im Zukunftsstaat neben dem durch Expropriation der industriellen und landwirtschaftlichen Großbetriebe entstandenen sozialistischen Kollektivbetrieb weiterexistieren zu dürfen.[48] Seiner Meinung nach lag da bei Kautsky ein „grober Irrtum“ vor. Einerseits sei in der Praxis die Grenzziehung zwischen dem zu enteignenden bäuerlichen Großbetrieb und der erhaltungswürdigen Kleinwirtschaft nicht möglich. Zum anderen könne man nicht, wie es Kautsky versuche, über einen Teilaspekt der künftigen Gesellschaftsordnung Auskunft geben, ehe nicht Klarheit über ihre „Gesamtorganisation“ bestehe. Ledebour resumierte, Kautskys „agrarpolitische Spekulation“ stimme vollständig mit der

[46] *Vorwärts*, Nr. 268 vom 16. 11. 1894, 1. Beilage.

[47] *Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Theil erläutert von Karl Kautsky*, Stuttgart 1892, S. 150.

[48] Vgl. Georg Ledebour, *Zur Diskussion über den Frankfurter Parteitag*, in: *Vorwärts*, Nr. 272 vom 21. 11. 1894.

Vollmarschen Taktik überein. Auch dieser verfolge mit seiner Bauernpolitik das Ziel, „zu irgendeiner Zeit auf irgendeine undefinierbare Weise die kleinbäuerlichen Einzelwirtschaften schmerzlos in das bessere Jenseits einer sozialistischen Gesamtproduktion hinüberschlummern" zu lassen. Wenn Vollmar den Bauern schon heute zusichere, daß ihr Grundbesitz einmal unangetastet bleiben werde, so könne er sich „mit Fug und Recht auf Kautsky berufen". Ledebour schloß seine Betrachtungen mit dem wohlmeinenden Rat an Kautsky, sich erst einmal selbst über „sein widerspruchsvolles Werk[49] ... größere Klarheit" zu verschaffen und es dann einer „gründlichen Umarbeitung" zu unterziehen.[50]

Auf die „Anzapfungen" Ledebours in der oben erwähnten Berliner Versammlung antwortete Kautsky zunächst nur gnädig-herablassend mit einer kurzen Erklärung im *Vorwärts*.[51] Die Abwehr der Angriffe auf die marxistischen Grundsätze durch den „Bauernfänger" Vollmar beanspruchte Kautskys ganzes theoretisches Interesse. Für den Hüter des Marxschen Erbes in London, Engels, war Ledebours Äußerung in der Berliner Versammlung nichts weiter als eine „übermäßige Klugthuerei". Er betrachtete es als „Wortklauberei", wenn jemand aus der Ablehnung einer gewaltsamen Enteignung der Kleinbauern den Schluß ziehe, man wolle ihnen auch „die ökonomischen Bedingungen der fortgesetzten Einzelwirtschaft zur Verfügung stellen". Indes enthielt Engels' beiläufige Bemerkung, daß nach Lage der Dinge Kautsky heute sicher manche Stellen seines Kommentars anders fassen würde, auch eine verhaltene Kritik.[52]

Ledebours scharfe Herausforderung im *Vorwärts* — Kautsky sprach von einem „insolenten Angriff"[53] — nötigte den „Parteipapst" nun doch zu einer entsprechenden Replik.[54] Diese stellte sich als eine von übermäßigen Schärfen gereinigte Auflage einer weit handfester formulierten Erwiderung dar, mit der — wie Kautsky an Liebknecht schrieb — „die Verlogenheit des Lumpacius" gebührend gebrandmarkt werden sollte. Da dem „Manne" aber nicht zu viel Bedeutung beigemessen werden dürfe, hatte er sich nur für eine kurze Erwiderung ent-

[49] Gemeint ist Kautskys Programm-Kommentar.

[50] G. Ledebour, *Zur Diskussion ...*, *a. a.* O., Nr. 272 vom 21. 11. 1894.

[51] *A. a.* O., Nr. 271 vom 20. 11. 1894.

[52] Vgl. *Friedrich Engels' Briefwechsel* ... (= Quellen und Untersuchungen ..., Bd. 1), S. 414, Engels an Kautsky am 15. 11. 1894.

[53] *A. a.* O., S. 415, Kautsky an Engels am 23. 11. 1894.

[54] Vgl. *Vorwärts*, Nr. 275 vom 25. 11. 1894.

schieden.[55] Das Meinungsduell hätte somit ein schnelles Ende gefunden, wäre nicht Ledebour in der strategisch günstigen Position gewesen, sich als bevorzugter Schützling des „Alten" jederzeit in den Spalten des *Vorwärts* Gehör verschaffen zu können. So erschien kurze Zeit darauf ein neuer Artikel Ledebours, der in noch verletzenderer Form Kautsky Widersprüchlichkeiten nachzuweisen suchte. Von Kautsky seien schwerlich „nutzbringende Beiträge" zu erwarten, behauptete Ledebour dort, da dieser „die Tragweite seiner eigenen Worte so wenig zu ermessen vermag, daß er in dem krampfhaften Bemühen Unvereinbares zu verteidigen, aus einem Widerspruch in den anderen" gerate.[56]

Die von Kautsky daraufhin verfaßte Rechtfertigung mit dem Titel *Herr Ledebour*[57] wurde von der Redaktion des *Vorwärts* zurückgewiesen. Wilhelm Liebknecht lehnte die Veröffentlichung des Artikels mit folgender Motivierung ab: erstens habe die Reichstagsfraktion beschlossen, für die Dauer der Session den gegenwärtigen Streit in der Agrarfrage ruhen zu lassen; zweitens könne Kautsky ja seine Antwort in seinem eigenen Organ erscheinen lassen und drittens sei sein Ton ein „undemokratischer".[58] Damit war aus der Affaire Ledebour für Kautsky ein Fall Liebknecht geworden.[59] Das ohnehin gespannte Verhältnis zwischen Kautsky und dem *Vorwärts* wurde auf eine Zerreißprobe gestellt. Kautsky, der das Verhalten Liebknechts als ein Symptom der bei der „Literatenclique" des *Vorwärts* und der *Leipziger Volkszeitung* vorhandenen Machtgelüste wertete, appellierte an die Vermittlungstätigkeit des Parteivorstandes. Wie stark seine Erregung war, geht aus einem der Beschwerde beigefügten persönlichen Schreiben an Bebel hervor, in dem er für den Fall eines negativen Vorstandsentscheids seinen Übertritt in österreichische Parteidienste in Aussicht stellte.[60] Auf Beschluß des Vorstandes erhielt Kautsky das Recht zu einer die Polemik abschließenden Stellungnahme im *Vorwärts*. Seine am 19. 12. 1894 im Zentralorgan erschienene Erklärung büßte indes an Wirkungskraft ein,

[55] Vgl. den Brief Kautskys an Liebknecht vom 23. 11. 1894 (Nachlaß Liebknecht). In dem Artikel *Das Erfurter Programm und die Landagitation,* in: *Die Neue Zeit,* 13. Jg. (1894/95), Bd. 1, S. 278, behandelt Kautsky Ledebour als *quantité négligeable.*

[56] Georg Ledebour, *Zur Diskussion über den Frankfurter Parteitag,* in: *Vorwärts,* Nr. 282 vom 4. 12. 1894.

[57] Der Entwurf dieses dreiseitigen, stark redigierten Manuskripts vom 6. 12. 1894 liegt im Nachlaß Kautsky.

[58] Zitiert nach dem Brief Kautskys an den SPD-Parteivorstand vom 10. 12. 1894 (Nachlaß Bebel).

[59] Vgl. V. Adler, *Briefwechsel* . . ., S. 170, Brief Kautskys an Adler vom 13. 12. 1894.

[60] Kautsky an Bebel am 10. 12. 1894 (Nachlaß Bebel).

da sie von zwei Fußnoten der Redaktion und von einer ebenso langen Antwort Ledebours eingerahmt war.[61] Zur Sache stellte Kautsky fest, daß er vom Fortbestehen des Kleinbetriebs nur für die Übergangszeit von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft gesprochen habe. Die sofortige Expropriation der kleinhandwerklichen und kleinbäuerlichen Betriebe analog der Enteignung der Großbetriebe durchzuführen, sei überflüssig. Innerhalb kurzer Zeit werde das Vorbild der gesellschaftlichen Großwirtschaft solche Anziehungskraft ausüben, daß alle veralteten Betriebsformen wie die rückständigen Kleinbetriebe sich von selbst auflösen würden.[62] Mit einer gewissen Genugtuung verwies er dabei auf Engels, der sich in der *Neuen Zeit* ähnlich geäußert habe.[63]

Diese Darlegungen befriedigten Ledebour nicht. Auch für die Übergangszeit bezweifelte er die Möglichkeit, den sozialistischen Großbetrieb mit „eingesprengten kleinbäuerlichen Liegenschaften individualistisch" weiter zu bewirtschaften. Gerade deshalb müßten die Kleinbauern schon vor der Einführung der sozialistischen Wirtschaftsordnung „als Klasse" gewonnen werden, damit eine gewaltsame Expropriation, die auch er ablehne,[64] sich erübrige.[65]

Damit fand diese leidige Polemik ihren Abschluß. Victor Adler meinte in einem Brief an Kautsky, daß nach seiner zuverlässigen Information Ledebour „ganz zufällig" in die „dumme Geschichte" hineingeraten sei.[66] Aus der zeitlichen Distanz hat Kautsky dieses Urteil geteilt und in Ledebour nur das ausführende Organ Wilhelm Liebknechts gesehen.[67] Denn die in der Sache unerhebliche Meinungsdifferenz über die Gestaltung sozialistischer Agrarpolitik in der Phase des Übergangs

[61] Vgl. *Zur Diskussion über den Frankfurter Parteitag*, in: *Vorwärts*, Nr. 295 vom 19. 12. 1894.

[62] *Ebda.;* vgl. auch K. Kautsky, *Das Erfurter Programm* . . ., in: *Die Neue Zeit*, 13. Jg. (1894/95), Bd. 1, S. 278—281.

[63] Vgl. Friedrich Engels, *Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland, a. a. O.*, 13. Jg. (1894/95), Bd. 1, S. 301—302.

[64] Daß Ledebour kein Anhänger gewaltsamer Lösungen in dieser Hinsicht war, geht aus seinen Erörterungen über die Handwerkerfrage hervor. Für die Zeit des Übergangs von der handwerklichen Betriebsform zur Großbetriebswirtschaft verlangte er Erleichterungen und Anpassungshilfen, vgl. G. Ledebour, *Die Regierungs-Vorschläge* . . ., in: *Sozialpolitisches Centralblatt*, 2. Jg. (1892/93), S. 570.

[65] Vgl. *Vorwärts*, Nr. 295 vom 19. 12. 1894.

[66] V. Adler, *Briefwechsel* . . ., S. 179, Adler an Kautsky am 3. 6. 1895.

[67] *A. a. O.*, S. 180, Kautsky an Adler am 20. 6. 1895: „Wer sich damals niederträchtig benommen hat, war nicht Ledebour, sondern Liebknecht, der mich womöglich noch mehr liebt als ersterer."

von der kapitalistischen zur proletarischen Gesellschaft rechtfertigte den ungeheuren literarischen Kraftaufwand beider Seiten nicht.

In Hinblick auf die in der Gegenwart zu verfolgenden agrarpolitischen Ziele stimmten beide vollständig überein. Ausgehend von der Überzeugung der naturnotwendigen Aufsaugung des Kleinbetriebs durch den Großbetrieb verlangten beide von der Partei, daß sie weder die Kleinbauern im Sinne Vollmars schütze, noch aber ihren Untergang beschleunige.[68] Für die Taktik hieß dies nach den Worten Kautskys: „Wir müssen zu dem verzweifelnden Bauern gehen und ihm anknüpfend an seine Lage nachweisen, daß sie keine vorübergehende ist, sondern naturnotwendig aus der kapitalistischen Produktionsweise entspringt, und daß ihm nur die Verwandlung der Gesellschaft in eine sozialistische helfen könne."[69] Ledebour nannte dies Agitation für die „grundsätzlichen Forderungen" der Sozialdemokratie.[70]

Die Kritik am Agrarprogramm

Die Gegner des in mühevoller Kommissionsarbeit entstandenen Agrarprogramms hatten es nicht schwer, in diesem formal wie inhaltlich alle Zeichen einer Kompromißlösung tragenden Produkt Ansatzpunkte für ihre Kritik zu finden.[71] Nach Ledebour war das „Kommissions-Elaborat", das zunächst in den zweiten Teil des Erfurter Programms eingearbeitet worden war,[72] völlig „mißraten" und für die Parteigenossen enttäuschend.[73] Schon in seinen oberflächlichen und unpräzisen Formulierungen stelle sich der Entwurf ein schlechtes Zeugnis aus.[74] In einer Detailanalyse bemühte er sich nachzuweisen, daß

[68] Ähnlich F. Engels, *Die Bauernfrage ...*, in: *Die Neue Zeit*, 13. Jg. (1894/95), Bd. 1, S. 301.

[69] Vgl. *Prot. PT SPD 1895*, S. 125.

[70] Georg Ledebour, *Zum Agrarprogramm*, in: *Vorwärts*, Nr. 174 vom 28. 7. 1895.

[71] Vgl. *August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels* (= Quellen und Untersuchungen zur Geschichte der deutschen und österreichischen Arbeiterbewegung, Bd. 6), hrsg. von Werner Blumenberg, London—The Hague—Paris 1965, S. 803 f., Brief Bebels an Engels vom 17. 7. 1895. Bebel, der auf dem Frankfurter Parteitag noch zu den Gegnern der „Agrarier" zählte, billigte den Agrarentwurf insgesamt, wiewohl er wünschte, daß der kommende Parteitag verschiedenes davon „herauswerfen" solle.

[72] Auf Grund von Protesten in der Partei wurde auf diese Einfügung kurz vor Beginn des Parteitages wieder verzichtet. Die Agrarvorschläge sind abgedruckt in: *Prot. PT SPD 1895*, S. 212—216.

[73] Vgl. Georg Ledebour, *Zum Agrarprogramm*, in: *Vorwärts*, Nr. 174 vom 28. 7. 1895, vgl. auch Ledebours Vortrag im 6. Berliner Reichstagswahlkreis, *a. a.* O., Nr. 189 vom 15. 8. 1895, 2. Beilage.

[74] Die Fassung des Satzes: „Sachgemäße Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung

einige Sätze des Programms direkt antisozialistischen Charakter trügen. Der Hauptstoß seiner Kritik richtete sich gegen die in Aussicht gestellten staatssozialistischen Maßnahmen. Diese seien verwerflich, da sie „den Machtmitteln des heutigen Staates noch neue" hinzufügten. So müsse beispielsweise die im Entwurf anvisierte Übernahme der Kosten für Bau und Instandhaltung der öffentlichen Verkehrsmittel durch den Staat zurückgewiesen werden, da die Übertragung solcher Funktionen dem Staat auch Verwaltung und Disposition der Verkehrseinrichtungen in die Hände gäben.[75] Sehr gefährlich schien es Ledebour, agrarische Spezialforderungen zu einem Bestandteil sozialdemokratischer Grundsätze zu machen. Wenn die Landbevölkerung besondere Aufmerksamkeit finde, könnten andere Erwerbszweige, wie etwa das Handwerk, nicht unberücksichtigt bleiben. Ferner hielt er ein generelles Agrarprogramm bei der regionalen und entwicklungsmäßigen Verschiedenheit der ländlichen Verhältnisse in Deutschland für verfehlt. Besser sei es, bei Neuwahlen oder „sonstigen passenden Gelegenheiten" spezialisierte Aktionsprogramme auszuarbeiten, für die sich der Parteitag allerdings ein Verwerfungsrecht vorbehalten müsse.[76]

Mit der Ablehnung aller praktischen Maßnahmen für den Bauernschutz durch die Parteimehrheit verschob sich die Diskussion von der Frage der Agrarpolitik wieder auf das Gebiet der Landagitation. Anders als Kautsky, der seine auf dem Lande wirkenden Parteifreunde in eine gewisse Aporie entließ,[77] mußten die in der Praxis stehenden Agitatoren mit Ledebour fragen, wie sie denn künftighin ihre Werbearbeit unter der agrarischen Bevölkerung betreiben sollten. War die auf dem Breslauer Parteitag angenommene Resolution Kautskys schon in ihrer Motivierung sehr vage,[78] so erwies sie sich als „Leitfaden" für die praktische Tätigkeit als unbrauchbar. Für eine zweckentsprechende Agitation empfahl Ledebour eine genaue Prüfung der sogenannten „Besitz-

auf die Landwirtschaft" tadelte Ledebour als einen Pleonasmus. Die SPD habe von der „Arbeiterklasse" niemals die Landarbeiter ausgeschlossen, Ledebour, *Zum Agrarprogramm, a. a. O.*, Nr. 174 vom 28. 7. 1895.

[75] *Ebda.*

[76] *Ebda.*

[77] Vgl. Kautskys Kommentar zum Breslauer Parteitag: *Der Breslauer Parteitag und die Agrarfrage*, in: *Die Neue Zeit*, 14. Jg. (1895/96), Bd. 1, S. 108 ff.

[78] Vgl. Georg Ledebour, *Die Resolution des Parteitages zum Agrarprogramm*, in: *Vorwärts*, Nr. 258 vom 3. 11. 1895. Zu Kautskys Antwort vgl. *Und nochmals die Breslauer Resolution*, in: *Die Neue Zeit*, 14. Jg. (1895/96), Bd. 1, S. 209—213. Bebel war über die Resolution Kautskys ebenfalls nicht sehr glücklich, vgl. V. Adler, *Briefwechsel* . . ., S. 193—195, Brief Bebels an Adler vom 20. 10. 1895.

liebe“ des Bauern, an die die bürgerliche Seite appelliere und vor deren Ausmerzung durch die Sozialdemokratie sie in ihrer Propaganda warne. Zwei Elemente flössen in diesem sentimentgeladenen Begriff zusammen: der der Eigenart der kapitalistischen Wirtschaftsordnung entspringende Erwerbstrieb und der lebendige Wunsch eines jeden Bauern, für sich und seine Familie die eigene Heimstätte zu behaupten. Die sozialdemokratische Aufklärung müsse dem kleinen Bauern klarmachen, daß seine Lebensbedürfnisse in der sozialistischen Gesellschaft ebenso, ja noch besser gesichert seien als in der Gegenwart. In der Heimstättenfrage könne man jetzt schon „mit Sicherheit“ erklären, daß den in der kollektiven Landwirtschaft tätigen Personen die alte „Häuslichkeit“ und „ein Stück Gartenland zur privaten Benutzung“ erhalten bleiben werde.[79]

Von einer Aufklärungsarbeit in diesem Sinne erhoffte sich Ledebour für die Sozialdemokratie „zahlreichere, überzeugtere und zuverlässigere Anhänger unter der Landbevölkerung ... als durch noch so fein ausgeklügelte Programmsätze, die auf die Begünstigung der bäuerlichen Besitzinteressen im Gegenwartsstaate berechnet sind“.[80] Charakteristisch an Ledebours Darlegungen ist die sparsame Verwendung des Ausdrucks „Kleinbauer“. Lieber sprach er vom „kleinen Bauern“, der kurz vor dem Absinken in ein proletaroides Dasein stehe, oder noch häufiger vom „Landproletarier“. Damit blieb sein Blick ebenso wie die Orientierung der Mehrheit seiner Parteifreunde auf den hauptsächlich von den Interessen des landwirtschaftlichen Arbeiters bestimmten Bereich Ostelbiens fixiert. In diesem Raume mochte der von Ledebour vorgeschlagenen Agitationsmethode ein gewisser Erfolg beschieden sein, ein Weg zu einer praktischen sozialdemokratischen Agrarpolitik war damit jedoch nicht gefunden worden.

Die Frage der Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen

Die Sozialdemokratie hatte von der 1893 beschlossenen Ablehnung einer Wahlbeteiligung in Preußen bis zur uneingeschränkten Teilnahme an den preußischen Dreiklassenwahlen im Jahre 1903 schwere innere Kämpfe zu bestehen, die bezeichnend sind für die auf diesem Neuland der Parteitätigkeit zu überwindenden Schwierigkeiten.[81] Kurz vor den

[79] Georg Ledebour, *Was sollen wir dem Landproletarier sagen?*, in: *Vorwärts*, Nr. 183 vom 8. 8. 1895, 2. Beilage.

[80] *Ebda.*

[81] Für einen zusammenfassenden Überblick über die sozialdemokratische Haltung

Landtagswahlen von 1893 hatte Eduard Bernstein unter Hinweis auf die politische Bedeutung des preußischen Abgeordnetenhauses die Partei für eine Wahlbeteiligung zu gewinnen versucht.[82] Das Echo auf Bernsteins Anregung war im allgemeinen negativ. Neben praktischen Hindernissen wurde in der Parteipresse vor allem auf die demoralisierende Wirkung von Abmachungen zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien hingewiesen. Auf Grund der Besonderheit des preußischen Wahlsystems konnte die SPD nur mit Erfolgen rechnen, wenn sie mit anderen Parteien Bündnisse einging. Die Scheu vor solchen Kompromissen war jedoch zunächst größer als die Verlockung, die Opposition im Landtag auf Kosten der konservativen Mehrheit zu verstärken.

Drei Jahre später griff Kautsky Bernsteins Idee wieder auf.[83] Das Ausbleiben der erhofften Wahlrechtsänderung in Preußen und das Bestreben der Regierung, mit Hilfe der preußischen Vereinsgesetzgebung die Sozialdemokratie niederzuhalten, verliehen dem Gedanken eines oppositionellen Kräftezuwachses im Landtag größere Attraktivität. Die Stimmung zugunsten einer sozialdemokratischen Wahlbeteiligung war nach Umfrageaktionen in Presse und Versammlungen so weit vorbereitet, daß der kommende Parteitag gegen eine starke Minorität die Teilnahme an den nächsten „Preußenwahlen" beschließen konnte. Dieser Sieg der Wahlbeteiligungsanhänger wurde jedoch durch den die praktischen Erfolgschancen erheblich vermindernden Entscheid gedämpft, daß „Kompromisse und Bündnisse mit anderen Parteien" verboten seien.[84]

Ledebours Nachbetrachtungen zum Parteitag offenbaren seine strikte Gegnerschaft gegen jede Wahlbeteiligung. Der Einfluß des preußischen Landtages auf den „Gang der allgemeinen deutschen und preußischen Politik", meinte er, sei so gering, daß sich ein Wahlengagement der SPD nicht lohne. Die Aussichten auf einen sozialdemokratischen Mandategewinn hielt er außerdem für unbedeutend. Obwohl er mit dem

in der Wahlbeteiligungs- und Stichwahlfrage siehe G. A. Ritter, *Die Arbeiterbewegung . . .* (= Studien zur europäischen Geschichte . . ., Bd. 3), S. 176 ff.

[82] Vgl. Eduard Bernstein, *Die preußischen Landtagswahlen und die Sozialdemokratie*, in: *Die Neue Zeit*, 11. Jg. (1892/93), Bd. 2, S. 772—778. Bernstein wurde wortkräftig von Parvus unterstützt, vgl. W. B. Scharlau/Z. A. Zeman, *Freibeuter . . .*, S. 37 f.

[83] Vgl. Karl Kautsky, *Umsturzgesetz und Landtagswahlen in Preußen*, in: *Die Neue Zeit*, 15. Jg. (1896/97), Bd. 2, S. 275 ff.

[84] *Prot. PT SPD 1897*, S. 217 f.

Parteitagsbeschluß nicht einverstanden war, empfand er eine gewisse Genugtuung über die dort ausgesprochene Verwerfung jeglicher Kompromisse.[85]

Die Vorbehaltsklausel für Wahlbündnisse löste bei den Befürwortern einer Wahlbeteiligung Unzufriedenheit aus. Schon vor dem Hamburger Parteitag war die Neigung zu Kompromissen unter den Parteigrößen recht stark gewesen. Während beispielsweise Ignaz Auer bei einer etwaigen Wahlbeteiligung an eine Wahl der Wahlmänner der nächstliegenden Parteien dachte,[86] wünschte Paul Hirsch die Aufstellung eigener Wahlmänner, die erst bei der Abgeordnetenwahl bürgerliche Kandidaten unterstützen sollten.[87]

Auf der Brandenburger Provinzialkonferenz vom 12. September 1897 gehörte Ledebour neben Fritz Zubeil und Delegierten des radikalen 6. Berliner Reichstagswahlkreises zu den Hauptgegnern einer Wahlbeteiligung und Bündnispolitik.[88] Die weitverbreitete Anschauung vom „Zug nach links" im deutschen Bürgertum wies Ledebour dort energisch zurück. Er bescheinigte den Vertretern der Freisinnigen, daß ihre Politik mit „entschiedener Demokratie" nichts gemein habe. In fast wörtlicher Übereinstimmung mit Wilhelm Liebknechts Ausführungen auf dem Parteitag[89] stellte Ledebour das Gesetz auf, daß die Freisinnigen für die Sozialdemokratie „wertvoller" seien, wenn sie sich in der Minorität befänden, als wenn sie Majorität und etwa Regierungspartei würden. Seine Beweisführung gegen die Wahlbeteiligung gipfelte in der Behauptung, daß durch sozialdemokratische Experimente in dieser Richtung die „Unberührtheit" der Partei verlorengehe. Da die Nachteile die Vorteile überwögen, plädiere er für strikte Wahlenthaltung.[90]

Obwohl eine im Sinne Ledebours formulierte Resolution auf der Konferenz abgelehnt worden war, neigte die Stimmung in den kurz danach gehaltenen Versammlungen der großen Berliner Wahlkreise der

[85] Vgl. Georg Ledebour, *Der Hamburger Parteitag und die preußischen Landtagswahlen*, in: *Sozialistische Monatshefte*, 1. Jg. (1897), S. 528 f.

[86] Vgl. *Die Sozialdemokratie und die preußischen Landtagswahlen. Eine Umfrage*, *a. a.* O., 1. Jg. (1897), S. 457 f. (Auer).

[87] Vgl. Paul Hirsch, *Die preußischen Landtagswahlen und die Sozialdemokratie*, *a. a.* O., 1. Jg. (1897), S. 317 ff.

[88] Vgl. den Bericht im *Vorwärts*, Nr. 214 vom 14. 9. 1897.

[89] Die Junkermajorität, so ließ sich Liebknecht auf dem Hamburger Parteitag vernehmen, treibe die erbitterten Massen in die Arme der Sozialdemokratie, während eine Fortschrittsmehrheit ein „gefährliches Übel" bedeute, vgl. *Prot. PT SPD 1897*, S. 181.

[90] Vgl. *Vorwärts*, Nr. 214 vom 14. 9. 1897.

Ledebourschen Anschauung zu.[91] Daher war der Gedanke nicht abwegig, der allgemeine Trend in Berlin und Preußen werde sich zugunsten einer Nichtbeteiligung entwickeln. Ledebour forderte deshalb das alleinige Entscheidungsrecht in der Beteiligungsfrage für die Delegierten Preußens. Die Mehrheit des Hamburger Parteitages wies indes dieses Ansinnen als Verstoß gegen den Parteizentralismus zurück,[92] was Ledebour zur Klage über die Verletzung des „fundamentalen demokratischen Grundsatze[s] des Selbstbestimmungsrechtes eines jeden Volksteiles in seinen speziellen Angelegenheiten" Anlaß gab.[93] Das Recht der Genossen in den Einzelstaaten und Gemeinden, über ihre besonderen Landes- und Kommunalangelegenheiten selbst zu bestimmen, nannte er „gesunde Dezentralisierung". Daß er sich mit diesem Argument in die Nähe Vollmars und der bayrischen Sozialdemokraten brachte, die eine solche Entscheidung als Präzedenzfall für ihre eigene Landespolitik begrüßt hätten,[94] kümmerte ihn in diesem Falle wenig. Was die Bayern längst „unbeanstandet" praktizierten, könne den Preußen nicht vorenthalten werden.[95]

Der Unwille der Berliner Sozialdemokraten über den Hamburger Beschluß wuchs im nächsten Jahr stark an. Begünstigt wurde diese Entwicklung dadurch, daß in Berlin eine Wahlbeteiligung ohne Abmachungen mit bürgerlichen Parteien praktisch aussichtslos war. In einer kurz vor dem Parteitag von 1898 im Berliner Feenpalast veranstalteten Massenversammlung bezeichnete es Ledebour im Sinne der Hamburger Resolution direkt als „Pflicht" der Berliner, sich an den bevorstehenden Landtagswahlen nicht zu beteiligen.[96] Die noch vor einem Jahr mancherorts gehegten Hoffnungen auf die bürgerlichen Parteien hätten sich als „trügerisch" erwiesen. Die Freisinnige Volkspartei sei sozialpolitisch rückständig und zu politischer Opposition „unfähig". „Schachergeschäfte" mit bürgerlichen Parteien seien gleichbedeutend mit dem „Aufgeben der bisherigen bewährten Taktik und Tradition".[97] Ledebours

[91] Vgl. E. Bernstein, *Die Geschichte der Berliner Arbeiter-Bewegung ...*, Bd. 3, S. 140: Im 4., 5. und 6. Wahlkreis wurden Resolutionen beschlossen, „die sich mehr oder minder schroff gegen die Wahlbeteiligung aussprachen".

[92] Vgl. *Prot. PT SPD 1897*, S. 216 f.

[93] G. Ledebour, *Der Hamburger Parteitag ...*, in: *Sozialistische Monatshefte*, 1. Jg. (1897), S. 526.

[94] Vgl. *Die Sozialdemokratie und die preußischen Landtagswahlen, a. a. O.*, 1. Jg. (1897), S. 380 (Vollmar).

[95] Vgl. G. Ledebour, *Der Hamburger Parteitag ...*, *a. a. O.*, 1. Jg. (1897), S. 526.

[96] Vgl. *Vorwärts*, Nr. 197 vom 24. 8. 1898.

[97] Ledebour in einer Versammlung in Charlottenburg, *a. a. O.*, Nr. 199 vom 26. 8. 1898.

Argumente wurden von den Berliner Genossen für „durchschlagend" befunden.[98] Sie sprachen sich deshalb in einer Resolution, die auch von anderen Berliner Wahlkreisen angenommen wurde,[99] gegen die Teilnahme an den Landtagswahlen aus.[100]

Indessen hatte sich Ledebour mit seiner polemischen Agitationsweise manche Sympathie verscherzt. Wegen einer Lappalie — einer angeblich unrichtigen Wiedergabe von Ausführungen während der Wahlbeteiligungskampagne — hatte er sich schon ein Jahr zuvor mit seinem Gesinnungsfreund Arthur Stadthagen überworfen, so daß ein Parteischiedsgericht zur Beilegung des Falles in Aktion treten mußte.[101]

Bei der Wahl der Delegierten zum Stuttgarter Parteitag erlebte Ledebour in seinem „Lieblingswahlkreis" Berlin VI eine bittere Enttäuschung: er fiel durch. Zwar behaupteten einige Wahlkreisvertreter, man müsse Ledebour nach Stuttgart entsenden, um der „Opportunitätspolitik" der führenden Kreise Einhalt zu gebieten. Gleichwohl führten Ledebours Anbiederungen, vor allem sein Anspruch, sich auf dem Parteitag persönlich rechtfertigen zu müssen, zu einem vernichtenden Abstimmungsergebnis für ihn.[102]

Der Stuttgarter Beschluß zur preußischen Wahlfrage genügte weder den Wahlbeteiligungsgegnern noch den -befürwortern. Nach Ansicht Ledebours brachte er nur einen „Waffenstillstand".[103] Angesichts der unmittelbar bevorstehenden Landtagswahlen hatte der Parteitag auf ein einheitliches Vorgehen verzichtet und die Entscheidung über die Beteiligung in das Ermessen der einzelnen Wahlkreise gestellt.[104] Für den Fall eines sozialdemokratischen Eintretens für bürgerliche Oppositionskandidaten hatte man einen Katalog von Bedin-

[98] Vgl. E. Bernstein, *Die Geschichte der Berliner Arbeiter-Bewegung* . . ., Bd. 3, S. 140.

[99] Vgl. *Vorwärts*, Nr. 199 vom 26. 8. 1898 (Charlottenburg); *a. a.* O., Nr. 202 vom 30. 8. 1898 (Teltow-Beeskow).

[100] *A. a.* O., Nr. 197 vom 24. 8. 1898.

[101] Das Schiedsgericht empfahl den beiden Kontrahenten, „in Zukunft mehr Duldsamkeit" an den Tag zu legen, *a. a.* O., Nr. 229 vom 1. 10. 1897; *a. a.* O., Nr. 220 vom 21. 9. 1897.

[102] *A. a.* O., Nr. 216 vom 15. 9. 1898, 1. Beilage. Ledebour erhielt ein Sechstel der abgegebenen Stimmen. Mit Recht wurde betont, der Parteitag sei nicht zu persönlichen Rechtfertigungen da.

[103] Georg Ledebour, *Der Parteitag in Stuttgart*, in: *Sozialistische Monatshefte*, 2. Jg. (1898), S. 445.

[104] Zur Resolution vgl. *Prot. PT SPD 1898*, S. 69 f.

gungen aufgestellt, die diese erfüllen mußten, um eine sozialdemokratische Unterstützung zu erhalten.

Erst zwei Jahre später wurde mit einer Resolution Bebels eine endgültige Entscheidung in dieser Frage getroffen. Danach waren die Sozialdemokraten in den Staaten mit Dreiklassenwahlrecht verpflichtet, an den Wahlen teilzunehmen. Bei Abmachungen mit bürgerlichen Parteien mußte in Preußen der Parteivorstand als Zentralwahlkomitee konsultiert werden.[105] Ledebour gehörte zu der agilen Minderheit, die auch jetzt noch trotz des allgemein nachlassenden Widerstandes aufbegehrte. Im Mittelpunkt seiner ablehnenden Stellungnahme stand wiederum die Warnung vor der korrumpierenden Wirkung von Bündnissen. „Wir glauben", so begründete er seine Absage, „daß bei der Wahlbeteiligung nichts für uns herauskommt, und selbst wenn etwas herausspringt, der Schaden für die Partei aus dem Bündnis mit bürgerlichen Parteien bedeutend größer ist als der Nutzen."[106]

Es ist nicht schwer, die eigentlichen Motive dieser Kompromißfeindlichkeit bloßzulegen, die sich auch bei seiner Haltung in der Stichwahlfrage zeigte. Als bei den Landtagswahlen von 1899 die bayrischen Sozialdemokraten mit dem Zentrum in einigen Wahlkreisen Absprachen trafen, fand diese Politik in Bebel einen warmherzigen Verteidiger, während Ledebour dieses Vorgehen verurteilte. Was in den Augen Bebels etwa als ein Gebot taktischer Klugheit im Interesse der Machtentfaltung der Partei erschien, betrachtete Ledebour als opportunistischen Prinzipienverrat. Er stellte gewissermaßen die Gleichung auf, daß in „zurückgebliebenen Parteiorten" Stimmung für eine Wahlbeteiligung herrsche, während die „vorgeschrittenen" Parteianhänger starken Widerstand dagegen leisteten.[107]

Sowohl bei seiner Einstellung zum Stichwahl- als auch zum Wahlbeteiligungsproblem offenbart sich Ledebour als Gefangener einer Auffassung, der auch ein großer Teil seiner Parteifreunde huldigte.[108] Die

[105] Vgl. *Prot. PT SPD 1900*, S. 241 f.

[106] *A. a. O.*, S. 219.

[107] Vgl. *Prot. PT SPD 1899*, S. 196. Für Bebel vgl. *a. a.* O., S. 126.

[108] Hauptgegner einer Kompromißpolitik waren Wilhelm Liebknecht und Paul Singer. Bebel zeigte sich in der Wahlbeteiligungs- und Stichwahlfrage zum damaligen Zeitpunkt flexibler, als es einem Teil der Radikalen lieb war, vgl. *Prot. PT SPD 1897*, S. 198; *Prot. PT SPD 1900*, S. 216 und 236.

Auch Kautsky hat damals die Politik der Wahlbündnisse ausdrücklich gebilligt, vgl. Hans-Josef Steinberg, *Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem I. Weltkrieg* (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung. B. Historisch-politische Schriften), Hannover 1967, S. 79. Allerdings

radikale Anti-Stellung gegen alle anderen Gruppen und Parteien resultierte bei Ledebour aus seinem negativen Vergangenheitserlebnis. Er hat dies bei den damaligen Auseinandersetzungen offen zugegeben: „Bei meiner früheren Tätigkeit innerhalb der bürgerlichen Demokratie habe ich die Überzeugung gewonnen, daß zwischen dieser und der Sozialdemokratie keinerlei Harmonie besteht und bin daher gegen jedes Zusammengehen unserer Partei mit irgendeiner anderen."[109] Diese „Erfahrung" erhob er fortan zum politischen Gesetz. Auf dem ersten Parteitag der Sozialdemokratie Preußens von 1904 gehörte der Nachweis von der Bündnisunfähigkeit der Liberalen in den Landtagswahlen von 1903 zum Kern seines Referates über das preußische Wahlrecht.[110] So hat er, auch nachdem das Thema Wahlbeteiligung als innerparteilicher Kontroversgegenstand längst abgeschrieben war, seine intransigente Haltung in der Bündnisfrage weitergepflegt[111] und auf seiner Theorie von der notwendigen sozialdemokratischen Isolation beharrt.

glaubt Verf. nicht, daß man aus Kautskys Bündnisbereitschaft in den 90er Jahren und dann wieder seit 1912 deduzieren kann, daß die Ideologie der klassenbedingten Selbstisolierung überhaupt Kautskys Vorstellungen widersprochen habe, *a. a.* O., S. 80. Zumindest für den Kautsky der Jahre 1900 bis etwa 1910 scheint diese Behauptung zweifelhaft. Schrieb doch Kautsky 1909: „Es heißt der Sozialdemokratie politischen Selbstmord zumuten, wenn man von ihr gerade jetzt die Teilnahme an einer Koalitions-, einer Blockpolitik verlangt, wo das Wort von der ‚reaktionären Masse' zur Wahrheit geworden ist. Es heißt, von der Sozialdemokratie moralischen Selbstmord verlangen, wenn man will, sie solle sich durch eine Blockpolitik mit bürgerlichen Parteien verbinden, eben jetzt, wo diese sich prostituiert und aufs tiefste kompromittiert haben", Karl Kautsky, *Der Weg zur Macht. Politische Betrachtungen über das Hineinwachsen in die Revolution,* Berlin 1909, S. 103.

[109] Ledebour auf der Brandenburgischen Provinzialkonferenz, vgl. *Vorwärts,* Nr. 214 vom 14. 9. 1898.

[110] Vgl. *Prot. PT SPD Preußen 1904,* S. 96.

[111] Vgl. Ledebours Ausführungen im 6. Berliner Wahlkreis aus dem Jahre 1907: „Die Entwicklung habe nun gezeigt, daß die Genossen, die die Freisinnigen überhaupt nicht für bündnisfähig mit der Sozialdemokratie hielten, recht hatten. Das sei schon bei der Landtagswahl von 1903 hervorgetreten, als die Freisinnigen Mandate preisgaben, die sie mit Hülfe der Sozialdemokratie hätten gewinnen können, und damit zeigten, daß sie schon alle demokratischen Instinkte verloren hatten. Nun, nachdem sie den berühmten Block geschlossen, versuchten ja die Freisinnigen nur noch durch Verhandlungen mit der Regierung die ‚liberalen' Interessen zu fördern, aber nicht etwa mit Hülfe der Sozialdemokratie, irgendwelche ihrer Forderungen durchzusetzen. Daraus gehe deutlich hervor, daß wir ausschließlich auf unsere eigene Kraft angewiesen sind, was aber keineswegs ein Nachteil, sondern vielmehr gut für die Partei sei, die, fest an ihren Grundsätzen haltend, ihr Ziel verfolgt", in: *Vorwärts,* Nr. 243 vom 17. 10. 1907, 1. Beilage.

Die Revisionismusdebatten

Ledebours Stellungnahme in der Bernstein-Diskussion

An den seit etwa 1897 beginnenden Auseinandersetzungen um die Grundanschauungen der Sozialdemokratie beteiligte sich Ledebour auf der Seite der in den orthodoxen Vorstellungen verharrenden Parteimajorität.

Einen gewissen Auftakt zur eigentlichen Bernstein-Debatte bildeten die Angriffe des Publizisten und Reichstagsabgeordneten Max Schippel auf die militärpolitische Dogmatik der Partei. Schippel versuchte auf dem Hamburger Parteitag den Delegierten klarzumachen, daß sich die SPD der Bewilligung bestimmter Militärforderungen nicht werde verschließen können. Solange es Kriege gebe, müsse man Anträge, wie die auf Einführung verbesserter Ausrüstungen für Soldaten, bewilligen, da man die Arbeiter doch nicht mit schlechten Kanonen ins Feld schicken könne.[112] Obwohl diese Ansicht vom Parteitag fast einmütig zurückgewiesen worden war, trat kurz darauf Wolfgang Heine in einer Berliner Versammlung mit einer ähnlichen Anregung hervor. Unter Verurteilung des Schlagwortes von der prinzipiellen Gegnerschaft gegen den Militarismus meinte Heine, daß man gewissen indifferenten Militärforderungen zustimmen könne, wenn die Regierung dafür „wertvolle Volksfreiheiten" gewähre.[113] Zwar nahm er den Gedanken, mit dem erstmalig der Grundsatz „diesem System keinen Mann und keinen Groschen" aufgegeben wurde, teilweise wieder zurück, indem er betonte, daß bei dem reaktionären Charakter der Regierung „in den nächsten Jahrzehnten" derartige Tauschgeschäfte nicht Gegenstand praktischer Erwägungen sein könnten. Gleichwohl genügten seine Andeutungen, um die „Prinzipienwächter" in der Partei auf den Plan zu rufen.

Ledebour, der neben Heine zu den Reichstagskandidaten des 3. Berliner Wahlkreises gehörte, war Zeuge der Geburt dieser Kompensationsthese. Sie paßte sehr gut in die Liste der *gravamina,* die zu bekämpfen er sich vorgenommen hatte. Die positive Einstellung eines Großteils der Partei zu einer Wahlbeteiligung, Max Schippels Ausführungen in der Kanonenfrage und die seit 1896 in der *Neuen Zeit* von

[112] Vgl. *Prot. PT SPD 1897,* S. 137. Ebenso Auer, *a. a.* O., S. 139. Vgl. auch G. A. Ritter, *Die Arbeiterbewegung* ... (= Studien zur europäischen Geschichte ..., Bd. 3), S. 187 ff.

[113] Vgl. *Die Berliner Sozialdemokratie und die nächsten Reichstagswahlen,* in: *Vorwärts,* Nr. 36 vom 12. 2. 1898, 1. Beilage.

Bernstein erschienenen Aufsätze über *Probleme des Sozialismus* — das waren in den Augen Ledebours Symptome eines zunehmenden „Opportunismus". Der mit der Kandidatenwahl betrauten Versammlung empfahl er sich mit den Worten, daß er als Abgeordneter seine Aufgabe darin erblicken werde, in Partei und Fraktion der „opportunistischen Richtung" Widerstand zu leisten.[114] Nach Ansicht Ledebours wohnte schon dem Gedanken an ein irgendwie geartetes Handelsgeschäft mit der bürgerlichen Gesellschaft ein die Aktionskraft der Partei lähmendes Moment inne. Mit der Bewilligung von Militärforderungen der fraglichen Art übernehme die SPD die „Mitverantwortung für den Fortbestand des bureaukratisch-militaristischen Regierungssystems". Außerdem sei die Kompensationstaktik ein „Korruptionsferment" für die revolutionäre Sozialdemokratie.[115] Ledebour warf Heine und der „opportunistischen Richtung" vor, daß sie praktische Politik mit unzweckmäßigen Mitteln betreibe. Damit führe sie die Partei in die Nähe der National-Sozialen um Naumann, d. h. in die „Versumpfung".[116]

Den Vorwurf, daß sich die „Opportunisten" in der Partei von einem allzu starken Glauben in die Stabilität der herrschenden gesellschaftlichen und staatlichen Zustände leiten ließen, hat er auch gegen Bernstein erhoben. Forderte doch gerade Bernstein unter Zurückweisung der Zusammenbruchstheorie die stufenweise Einführung des Sozialismus durch praktische Reformarbeit in den Bereichen des parteipolitischen, des gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Lebens.[117]

[114] *Ebda.* Bei der Kandidatenwahl fielen Ledebour und sein Mitbewerber Börner durch. Die spätere Aversion Ledebours gegen Heine, die sich seit der Novemberrevolution zu abgrundtiefem Haß ausweitete, war nicht zuletzt eine Nachwirkung der damaligen Niederlage.

[115] Vgl. Georg Ledebour, *Wie die Sozialdemokratie an den Opportunismus gewöhnt wird,* in: *Sozialistische Monatshefte,* 2. Jg. (1898), S. 173 f., 177.

Ledebour hatte einen ähnlichen Artikel an den *Vorwärts* gesandt, dessen Abdruck abgelehnt worden war. Nachdem die von Ledebour in dieser Sache angerufene Berliner Pressekommission diese Entscheidung des *Vorwärts* gebilligt hatte (vgl. *Erklärung,* in: *Vorwärts,* Nr. 100 vom 30. 4. 1898, 1. Beilage), wurde der Artikel von der *Sächsischen Arbeiter-Zeitung* gebracht. Seit dieser Zeit bestand ein starkes Spannungsverhältnis zwischen Ledebour und dem *Vorwärts.* Vgl. Ledebours Reden in den Berliner Versammlungen, in: *Vorwärts,* Nr. 99 vom 29. 4. 1898; *a. a.* O., Nr. 81 vom 6. 4. 1898; *a. a.* O., Nr. 191 vom 17. 8. 1898, Beilage. G. Ledebour, *Der Parteitag . . .,* in: *Sozialistische Monatshefte,* 2. Jg. (1898), S. 443.

[116] G. Ledebour, *Wie die Sozialdemokratie . . ., a. a.* O., 2. Jg. (1898), S. 177.

[117] Zusammenfassend zu Bernsteins Auffassungen und zur Bernsteindiskussion siehe

In diesem Sinne hatte er den von seinen Gegnern oft zitierten und angegriffenen Satz formuliert, daß ihm das Ziel nichts, die Bewegung alles sei. Da der Sozialismus nicht über Nacht hereinbrechen werde, sondern seine Einführung ein ständiger Prozeß sei, bei dem die Elemente der kapitalistischen Gesellschaft in seinem Sinne umgeformt würden, verlangte Bernstein die Verstärkung des wirklichen Einflusses der Partei, Preisgabe überlebter Phraseologien und offene Darlegung dessen, was die Sozialdemokratie sei — eine „demokratisch-sozialistische Reformpartei".[118]

In diesen Forderungen nach einem langsamen Hineinwachsen in die Zukunftsgesellschaft unter tatkräftiger Gegenwartsarbeit und unter Aufgabe der Isolationsstellung der Partei witterte Ledebour Prinzipienverrat. Auf dem Wege, den Bernstein zu beschreiten anbiete, komme man schließlich dahin — meinte er in einer Versammlung in Frankfurt —, daß man „mit den christlich socialen und anderen Parteien pactiren" müsse.[119] Die Befolgung der Ratschläge Bernsteins, schrieb er in der *Sächsischen Arbeiter-Zeitung*, würde die Partei „total umgestalten", so daß sie „aus einer selbständigen proletarischen Klassenkampfpartei zum unselbständigen Anhängsel irgend einer bürgerlichen Parteikombination werden müßte".[120]

Die Sorge, die Kluft zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien könne abgebaut werden, beherrschte alle seine Äußerungen. Sie bildete den Angelpunkt seiner Frontstellung gegen Bernstein. Die Bernsteinschen „Theorien" waren für Ledebour nicht das eigentlich „Wichtige". Seiner Meinung nach verbarg sich in den aus den Bernsteinschen Empfehlungen sich ergebenden taktischen Konsequenzen die große Gefahr. Die Bernsteinsche Taktik, erklärte Ledebour auf dem Parteitag in Hannover, laufe auf die „Anlehnung an die bürgerliche Gesellschaft" hinaus mit dem Argument, daß „diese doch mächtiger und gesunder sei als wir glauben". Gegen diese „Flaumacherei" müsse sich die Sozialdemokratie wehren und deshalb sollten „alle Versuche,

G. A. Ritter, *Die Arbeiterbewegung* ... (= Studien zur europäischen Geschichte ..., Bd. 3), S. 196 ff.

[118] Eduard Bernstein, *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*, Stuttgart 1899, S. 165.

[119] Ledebour in einer Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Frankfurt am 20. 6. 1899, Preußisches Polizeipräsidium Frankfurt/Main, Abteilung 407, Nr. 162, fol. 71 (Hauptstaatsarchiv Wiesbaden).

[120] Georg Ledebour, *Will Bernstein die Taktik unserer Partei umstürzen?*, in: *Sächsische Arbeiter-Zeitung*, Nr. 198 vom 27. 8. 1899, Beilage.

die Partei von ihrer revolutionären Klassenkampftaktik abzubringen", zurückgewiesen werden.[121]

Die Auseinandersetzung mit Bernsteins theoretischer Kritik am Marxismus überließ Ledebour Kautsky und den übrigen „Theoretikern". Wenn er gelegentlich die von Bernstein aufgeworfenen theoretischen Fragen berührte, dann waren seine Einwände oberflächlich, voller Polemik und Einseitigkeit. Der Gedanke der ideologischen Abgrenzung gegen das Bürgertum stand dabei immer im Mittelpunkt seiner Überlegungen. Charakteristisch dafür ist seine Reaktion auf Bernsteins kritische Äußerungen über die sozialistische Expropriation. Mit allen anderen sozialdemokratischen Forderungen, meinte Ledebour, könnten sich „bald diese, bald jene bürgerlichen Reformer einverstanden erklären". Indem Bernstein aber auf die Überführung der Produktionsmittel in den Gemeinbesitz verzichten wolle, um die Sozialdemokratie für das liberale Bürgertum „bündnisfähig" zu machen, versuche er, die Partei vom Endziel abzubringen und zu einem „Satellit des im Untergange begriffenen Liberalismus" zu degradieren.[122] Das Postulat von der Reinerhaltung der Partei und ihrer Grundsätze veranlaßte Ledebour auch zu der in der Schroffheit ihrer Begründung nur noch von Wilhelm Liebknecht geteilten Ablehnung eines Teils der Resolution Bebel, die ein *Pro-tempore*-Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien guthieß, soweit dies zu einer Stärkung der Partei bei den Wahlen, einer Erweiterung der politischen Rechte des Volkes oder zu sozialpolitischen Verbesserungen führe.[123]

Über das Ergebnis des hannoverschen Parteitags war Ledebour sehr ungehalten. Er fand die Resolution über die Grundanschauungen der Partei viel zu allgemein und unverbindlich formuliert und hätte gern eine Verurteilung der „ketzerischen" Richtung gesehen. Sein Versuch, auf dem Parteitag ein offizielles Verdikt über Bernstein herbeizuführen, war fehlgeschlagen.[124] Seine Intransigenz und sein Bestreben, die Rolle des Parteizensors zu spielen, hatten ihn sogar bei den führenden Radikalen Sympathien gekostet.

Mit dem Parteivorstand, insbesondere mit Ignaz Auer, hatte er sich in einer anderen Angelegenheit gänzlich zerstritten. Aus Rücksichtnahme auf den bestehenden „Zuchthauskurs" der Regierung hatte der

[121] *Prot. PT SPD 1899,* S. 196 f.

[122] G. Ledebour, *Will Bernstein ...? IV.* und *V.*, in: *Sächsische Arbeiter-Zeitung,* Nr. 203 und 205 vom 2. und 5. 9. 1899, Beilage.

[123] Vgl. *Prot. PT SPD 1899,* S. 67. Für Liebknecht vgl. *a. a.* O., S. 154.

[124] *A. a.* O., S. 239.

Vorstand die anläßlich der Arbeiterunruhen von Löbtau gefällten Zuchthausurteile nicht in seine „Opferliste" aufgenommen, die seit 1890 zur Registrierung von „Klassenkampfopfern" geführt wurde. Ledebour, gestützt auf Resolutionen sächsischer Wahlkreise, brandmarkte dies auf dem Parteitag in Hannover als „schweren Mißgriff", als Unterlassungssünde des Vorstandes, und verlangte, daß der Parteitag wegen dieses Vorgehens sein „Bedauern" ausspreche.[125] Da sich die Delegierten diesem Wunsch versagten, entleerte Ledebour das Füllhorn seines Unmutes in einer sächsischen Parteiversammlung. Seine ganze Unzufriedenheit mit dem Ergebnis des Parteitages und der Behandlung der Löbtauer Angelegenheit im besonderen faßte er in der Feststellung zusammen, daß das Verhalten des Vorstandes einen „äußerst charakteristischen Ausfluß des Opportunismus" darstelle.[126]

Es ist bezeichnend, daß in Ledebours damaligem Vokabular nur höchst undifferenzierte Ausdrücke wie „Opportunismus", „Flaumacherei", „Bernsteinerei" und ähnliche Formulierungen zu finden sind, die ganz einfach das Gegenteil von Prinzipienfestigkeit und klassenparteilicher Integrität bedeuten. Diese dehnbaren, buntschillernden, pejorativen Schlagworte enthoben ihn einerseits einer sachlich präzisen Stellungnahme, wie sie ihm andererseits eine schnelle und populäre Resonanz in den Parteiversammlungen sicherten. Mit dem feinen Gehör eines auf breite Massenwirkung ausgehenden Agitators hat es Ledebour in den damaligen Versammlungen und auch später als Reichstagsabgeordneter immer meisterhaft verstanden, sich dieser Klaviatur zu bedienen. Den Pfeffer zu dieser schon ausreichend gewürzten Kost boten seine persönlichen Gehässigkeiten, mit denen er Bernstein, Heine, Auer, Schippel und einen Teil der süddeutschen „Prinzipienverräter" bedachte.[127]

Mit dieser Verfahrensweise schuf sich Ledebour zahlreiche Feinde in der Partei, und auch viele seiner Freunde rückten von ihm ab. Kautsky fand Ledebour damals „widerlich". „Ich verkehre absolut nicht mit ihm", versicherte er Bernstein.[128] Auch Bebel hielt Ledebour für eine

[125] *A. a. O.*, S. 77—79, 80 f., 84.

[126] Vgl. den Bericht des *Vorwärts*, Nr. 250 vom 25. 10. 1899.

[127] Beispielsweise wies Ledebour auf dem Parteitag in Lübeck eine Resolution Heines zurück mit dem Bemerken, daß sie zu einem „Vertrauensvotum für Bernstein" werden könne, vgl. *Prot. PT SPD 1901*, S. 186. Verständlicherweise hegte auch Bernstein keine Neigungen für Ledebour, vgl. Bernsteins Briefe an Adler und Bebel vom 20. 10. 1898, in: V. Adler, *Briefwechsel . . .*, S. 253, 259.

[128] *A. a. O.*, S. 273.

entbehrliche politische Größe.[129] Daß sich der durch die damaligen Animositäten geschaffene Abstand zwischen Ledebour und dem offiziellen Radikalismus in der Folgezeit verringerte, verdankte Ledebour seiner schnell erworbenen Autorität als Reichstagsabgeordneter. Ferner kam die in der Dresdener Resolution von 1903 zum Ausdruck gebrachte ablehnende Haltung der Partei in der Koalitionsfrage[130] der Anschauung Ledebours von der Bündnisfähigkeit der bürgerlichen Parteien näher als die Beschlüsse wenige Jahre zuvor. —

In der um die Jahrhundertwende aufkommenden Diskussion um die parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften, die zum Teil parallel zur Bernstein-Debatte lief, aber vergleichsweise von geringerer Resonanz war, nahm Ledebour ebenfalls vom Standpunkt strenger Parteidogmatik aus Stellung. Das Bestreben der Freien Gewerkschaften, gegenüber religiös und politisch andersdenkenden Arbeitern tolerant, d. h. „neutral" zu sein, wurde in der Partei mit Skepsis beobachtet, wenngleich mit zunehmendem Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung nach 1895 dieser Grundsatz im großen und ganzen gutgeheißen wurde.[131] Während Rosa Luxemburg in den Gewerkschaften nur die „Rekrutenschule" für die Partei sah und von der „Sisyphusarbeit" der Gewerkschaften sprach, befürchtete Kautsky, daß die Gewerkschaften mit ihrer rein praktischen Gegenwarts- und Interessenpolitik ihr Stimmrecht an eine andere Partei verkaufen könnten.[132] Ledebour interpretierte die gewerkschaftlichen Neutralitätsbestrebungen als Versuch, „die sozialdemokratischen Ideen zu verschleiern". Die Neutralisten „steckten die rote Fahne in die Tasche und gucke ein roter Zipfel heraus, so heiße es, das sei ein Taschentuch und keine Fahne".[133]

In diesem Sinne agitierte der frischgebackene Reichstagsabgeordnete während einer Tournee durch das Ruhrgebiet. Zielscheibe seiner Attakken waren der Bergarbeiterverband und dessen führender Kopf Otto Hue. Er warf dem Verband fehlendes „Klassenkampfinteresse" vor, opponierte gegen die eingerissene „Versimpelungstaktik" und warnte

[129] *A. a. O.*, S. 270.

[130] Vgl. *Prot. PT SPD 1903*, S. 418 f.

[131] Siehe dazu G. A. Ritter, *Die Arbeiterbewegung* ... (= Studien zur europäischen Geschichte ..., Bd. 3), S. 171 ff.

[132] Vgl. Otto Hue, *Neutrale oder parteiische Gewerkschaften? Ein Beitrag zur Gewerkschaftsfrage zugleich eine Geschichte der deutschen Bergarbeiterbewegung*, Bochum 1900, S. 123 ff.

[133] Ledebour auf der Frauenkonferenz von 1900, in: *Prot. PT SPD 1900*, S. 257.

vor dem englischen „Nurgewerkschaftlertum“.[134] Zwar erklärte er die gewerkschaftlichen Bemühungen um Neutralität für legitim,[135] glaubte aber, daß die Tendenz, politische Tagesfragen aus der Gewerkschaftsarbeit zu verbannen, bedenklich sei.[136] Es ist nur allzu verständlich, wenn die Gewerkschaftsseite für diese Art des Querulierens, diese „Prinzipienreiterei“, keine Gegenliebe aufbrachte,[137] wie man überhaupt auf den Versuch, theoretische Streitigkeiten in die Tagesarbeit hineinzutragen, empfindlich-abwehrend reagierte. Die bürgerliche Presse benutzte Ledebours Differenzen mit den Gewerkschaften zur hämischen Feststellung, daß man bei Ledebour eben den Unterschied zwischen einem Proletarier von Geburt und einem „proletarischen Dilettanten“ bemerke.[138] Hofprediger Stöcker, eine beliebte Figur Ledebourscher Angriffe im Reichstag, meinte spöttisch: „Ein Salonproletarier bleibt er doch!“[139]

Obwohl Ledebour die Gewerkschaftsarbeit von seiner anfänglichen Parteitätigkeit her kannte und um die besondere Interessenlage der Gewerkschaften wußte, hatte er sich bis zur Jahrhundertwende in eine solche politische Starrheit hineingesteigert, daß seine Erklärung, Gewerkschaftsbewegung und Partei seien gleichberechtigt,[140] kaum mehr als ein Lippenbekenntnis war. Stets beherrschte ihn die Angst, die Gewerkschaften könnten mit zunehmender realer Macht der Partei das Recht auf die Bestimmung der politischen Richtlinien streitig machen und eines Tages mit einem Superioritätsanspruch gegenüber der Partei hervortreten. Deshalb hat er immer, wenn die Frage der Gewerkschaftspolitik in der allgemeinen Debatte auftauchte, vor einer möglichen Handlangerrolle der Partei gegenüber den Gewerkschaften gewarnt. Letztlich waren die Reibungen zwischen ihm und den führenden Ge-

[134] Vgl. den Bericht in der *Deutschen Bergarbeiter-Zeitung*, Nr. 44 vom 9. 11. 1901, S. 3; *a. a.* O., Nr. 45 vom 16. 11. 1901, S. 4.

[135] Vgl. Ledebours Reichstagsrede vom 25. 1. 1901, *Sten. Ber. RT*, Bd. 179, S. 896.

[136] *A. a.* O., Bd. 187, S. 8009 f. (Rede vom 18. 2. 1903). In einem Brief an Kautsky vom 10. 9. 1900 bezeichnete es Ledebour als „flach“, wenn die Gewerkschaften, wie etwa ihr Vertreter Adolph von Elm, aus ihren Veranstaltungen „solch anstößige Worte wie Sozialdemokratie, Revolution etc.“ verbannten (Nachlaß Kautsky).

[137] Vgl. die Artikel-Serie *Der deutsche Bergarbeiterverband und die sozialdemokratische Partei*, in: *Deutsche Bergarbeiter-Zeitung*, Nr. 45 vom 16. 11. 1901; *a. a.* O., Nr. 46 vom 23. 11. 1901.

[138] So die *Westdeutsche Arbeiterzeitung*, zitiert nach Ledebours Reichstagsrede vom 12. 2. 1903, *Sten. Ber. RT*, Bd. 187, S. 7899.

[139] *A. a.* O., Bd. 187, S. 7900.

[140] Vgl. Ledebours Zuschrift, in: *Vorwärts*, Nr. 262 vom 8. 11. 1899.

werkschaftlern in der Verschiedenheit des jeweiligen Aufgabenbereichs und der dadurch bedingten Taktik begründet.

Zur Frage der „Weltpolitik" um die Jahrhundertwende

Zur Zeit der Bernstein-Debatte stand England gegen die Buren im Krieg und Deutschland engagierte sich im ostasiatischen Raum. Diese Ereignisse blieben in der Partei nicht ohne Echo. In den Chor der Entrüstung über das englische Vorgehen in Südafrika stimmte Ledebour mit besonderem Nachdruck ein. Im Reichstag ging er scharf mit der deutschen Neutralität gegenüber England ins Gericht, die er als Zeichen der Solidarität des deutschen mit dem englischen Imperialismus wertete. Er prangerte die Tat- und Unterlassungssünden der deutschen Regierung an und forderte, daß Deutschland wenigstens dem Grundsatz der Humanität in der englischen Kriegführung zum Durchbruch verhelfe.[141] Aus der Verurteilung dieses „kapitalistischen Raubkrieges" und der warmen Anteilnahme für die gegen einen „übermächtigen" Feind kämpfenden Buren[142] sprach das Wohlwollen des schon während seines Englandaufenthaltes für die Buren begeisterten Ledebour, der es sich außerdem zur Aufgabe gesetzt hatte, für das Recht nationaler Selbstbestimmung einzutreten und gegen jede „Unterdrückungspolitik" anzugehen. In diesem Sinne hat er sich auf dem Mainzer Parteitag von 1900 dafür verwendet, daß eine Protestresolution gegen die deutsche China- und die englische Südafrikapolitik durch den Zusatz erweitert wurde, daß die Arbeiterklasse, „deren Sympathie stets auf Seiten aller Unterdrückten oder für ihre Selbständigkeit und Freiheit kämpfenden Völker" sei, auch bei dieser Gelegenheit ihre Stimme für Humanität, Kultur und das Selbstbestimmungsrecht der Völker erhebe.[143] Zwei Lehren zog Ledebour aus dem südafrikanischen Krieg: als Positivum habe sich die „Schlagfertigkeit" der Miliz „mit überwältigender Beweiskraft" herausgestellt, nach der negativen Seite hin sei die Verwerflichkeit jeder Kolonialpolitik zutage getreten.[144]

[141] Vgl. *Sten. Ber. RT*, Bd. 180, S. 1698 ff. (Rede vom 5. 3. 1901). Dort auch sein Vorschlag, Deutschland möge für die Evakuierung von Frauen und Kindern der Buren nach Europa oder Deutsch-Südwestafrika sorgen.

[142] Für Ledebours Reden vgl. *Vorwärts*, Nr. 226 vom 28. 9. 1900, 2. Beilage; *a. a. O.*, Nr. 250 vom 25. 10. 1901, 1. Beilage. *Sten. Ber. RT*, Bd. 183, S. 4550 (Rede vom 3. 3. 1902).

[143] Vgl. *Prot. PT SPD 1900*, S. 166.

[144] Vgl. den Bericht über Ledebours Rede in Verden, in: *Bremer Bürger-Zeitung*, Nr. 152 vom 3. 7. 1902. Vgl. ferner *Vorwärts*, Nr. 250 vom 25. 10. 1901, 1. Beilage.

Spätestens seit dem Mainzer Parteitag galt der Imperialismus allgemein in der Sozialdemokratie als ein zur Abwehr herausforderndes Faktum. Dort hatte man sich unter dem frischen Eindruck der Intervention in China Rechenschaft über das Wesen der „Weltpolitik" gegeben, nicht ohne in der Diskussion von den umstrittenen Äußerungen Bernsteins zu Imperialismus und Kolonialpolitik beeinflußt zu sein. Analog zu einer differenzierten Betrachtungsweise des Imperialismus war Bernstein, der dem englischen Imperialismus sogar einen „demokratischen, freiheitlichen Zug" nachsagte,[145] auch zu einer nuancierten Beurteilung der Kolonialpolitik gekommen. Indem er ein Recht der höheren gegenüber der niederen Kultur feststellte, ja sogar von der „Pflicht" der Unterwerfung der niederen Kultur durch die höhere sprach, empfahl er, die These von der grundsätzlichen Verwerflichkeit jeder Kolonialpolitik einer kritischen Prüfung zu unterziehen. „Sich der Kolonialpolitik rein negierend entgegenzustellen, heißt, sich gegen eine Entwicklung stemmen, die heute tatsächlich unvermeidlich ist."[146]

Obwohl Bernstein die Formen des deutschen Chinaabenteuers verurteilte und auch mit den Methoden des englischen Burenkrieges nicht einverstanden war, goß er doch in die parteigenössische Burenschwärmerei einen Schuß Wermut. Den dezidierten Burenfreunden gab Bernstein zu bedenken, daß in Südafrika doch Kapitalisten gegen Kapitalisten kämpften und beide eine Herrschaft unter kapitalistischem Vorzeichen anstrebten. Während aber die Buren die wirtschaftliche Expansion auf Grund eines veralteten Viehwirtschaftssystems wünschten, würde Afrika unter englischer Vorherrschaft unzweifelhaft wirtschaftlich und kulturell gewinnen. Außerdem vertrete England gegenüber der Negerbevölkerung die Sache der Humanität und des Kulturfortschritts.[147]

Dies waren bittere Pillen für die blinden Bureneiferer und Verfechter der überlieferten Glaubenssätze. Ledebour war entrüstet über Bernsteins kolonialpolitische Thesen, die auch in weiten Parteikreisen auf Widerstand stießen.[148] Er sprach von der „imperialistischen Seuche",

[145] Eduard Bernstein, *Sozialdemokratie und Imperialismus,* in: *Sozialistische Monatshefte,* 4. Jg. (1900), S. 245.

[146] Eduard Bernstein, *Der Sozialismus und die Kolonialfrage, a. a. O.,* 4. Jg. (1900), S. 551, 560.

[147] Vgl. Eduard Bernstein, *Der südafrikanische Krieg und die Sozialdemokratie, a. a. O.,* 5. Jg. (1901), S. 99 ff.

[148] Vgl. die Äußerungen Singers mit Distanzierung von Ledebours gegen Bernstein gerichteten persönlichen Gehässigkeiten, in: *Prot. PT SPD 1900,* S. 168.

die „einzelne Leute in unseren Reihen" befallen habe. Bernstein rede einer „imperialistischen Kolonialpolitik" das Wort, wenn er das Recht von der Herrschaft der höheren über die tiefer stehende Kultur verfechte. Mit Genugtuung verzeichnete Ledebour, daß bereits die bürgerliche Presse Bernstein reif für den Eintritt ins Auswärtige Amt halte.[149]

Der ökonomischen Ableitung der „Weltpolitik" aus Kapitalexpansion und Kapitalakkumulation[150] stimmte Ledebour zu. In seinen damals gehaltenen Versammlungsreden stellte er das Wesen der „Weltpolitik" folgendermaßen dar: Der „erpreßte Mehrwert" verleite ständig zur Überproduktion. Dem suchten die Kapitalisten zu begegnen, indem sie durch Eroberung neue Absatzgebiete in fremden Erdteilen schüfen, wobei sie als Gefangene der kapitalistischen Wirtschaftsweise im Innern wie draußen die Völker unterjochen müßten. Diese Politik führe einerseits zu Verrohung und konstitutionellen Beschränkungen, andererseits zu wirtschaftlichen Krisen, die sich notwendigerweise in bestimmten Abständen aus der „Natur des Kapitalismus" entwickelten.[151] Die „Weltpolitik" betrachtete Ledebour als eine welthistorische Erscheinung „im letzten Stadium des Kapitalismus".[152] Diese später von Lenin aufgegriffene Formel paßte auch in das Konzept Rosa Luxemburgs, die die imperialistische Entwicklung der Gegenwart als „Wendepunkt in der Geschichte des ganzen kapitalistischen Europa" deutete.[153] Ledebours Schlußfolgerung, daß die Aufhebung des Kapitalismus und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft „das notwendige Ergebnis" der weltwirtschaftlichen Entwicklung sein würden, war identisch mit der Prognose, die Kautsky in seiner Untersuchung *Handelspolitik und Sozialdemokratie* für die Zukunft stellte. Dort behauptete er, daß der Imperialismus als Ausdruck des Konkurrenzkampfes der Industrienationen um die Märkte der noch nicht monopolisierten Agrarländer nur die Alternative Weltkrieg oder sozialistische

[149] *A. a.* O., S. 167.

Eduard Bernstein, *Paris und Mainz,* in: *Sozialistische Monatshefte,* 4. Jg. (1900), S. 709—718, wies nach, daß schon im älteren Sozialismus der Grundgedanke des Rechts jüngerer aufstrebender Klassen gegenüber älteren überlebten Schichten vertreten wurde. Auf Ledebours Angriffe glaubte er gar nicht eingehen zu müssen.

[150] Vgl. *Prot. PT. SPD 1900,* S. 93 (Resolution), *a. a.* O., S. 154 ff. (Referat Singer).

[151] Vgl. die Reden Ledebours, in: *Vorwärts,* Nr. 226 vom 28. 9. 1900, 2. Beilage; *a. a.* O., Nr. 239 vom 13. 10. 1900.

[152] *Prot. PT SPD 1900,* S. 167.

[153] *A. a.* O., S. 117.

Gesellschaft anbiete.[154] Allerdings waren die Schöpfer solcher Zukunftsbilder über die Anwendung der dem Imperialismus adäquaten Mittel verschiedener Ansicht oder schwiegen sich darüber aus. Der Unterschied zwischen der von Ledebour-Kautsky und der von der künftigen Parteilinken anvisierten taktischen Linie wurde erst eine Dekade später deutlich, als die Frage erörtert wurde, ob die Sozialdemokratie in der internationalen Abrüstung ein entsprechendes Mittel zur Bekämpfung der „Weltpolitik" erblicken könne.[155]

[154] Vgl. Karl Kautsky, *Handelspolitik und Sozialdemokratie. Populäre Darstellung der handelspolitischen Streitfragen*, Berlin 1901, S. 91.
[155] Vgl. unten S. 114 ff.

DRITTES KAPITEL

Parlamentarier und Parteipolitiker vor dem Ersten Weltkrieg (1900—1914)

Der sozialdemokratische Kritiker der Wilhelminischen Ära

Die Verfassungszustände

Mit der im Oktober 1900 erfolgten Wahl in den Reichstag begann für Ledebour ein bedeutsamer Abschnitt politischer Tätigkeit.

Wie bereits dargestellt, hatte sich Ledebour schon 1898, wenn auch ohne Erfolg, um eine Reichstagskandidatur beworben. Durch seine damalige Niederlage gewitzigt, versuchte er, möglichst frühzeitig vor den nächsten Wahlen nach verschiedenen Seiten hin die Weichen für sich zu stellen. Schon im Frühjahr 1900 erklärte er sich zur Annahme einer Kandidatur in Halberstadt für die Reichstagswahl von 1903 bereit, verzichtete aber darauf, als ihm nach dem Tode Wilhelm Liebknechts die Vertretung des 6. Berliner Reichstagswahlkreises angeboten wurde.[1] Dieser von den Berliner Wahlkreisen neben Berlin IV bevölkerungsreichste „Riesenwahlkreis"[2] gehörte auf Grund seiner sozialen Struktur — in den Ortsteilen Schönhauser, Rosentaler, Oranienburger Vorstadt, Wedding, Gesundbrunnen und Moabit wohnten hauptsächlich Industriearbeiter — seit langem „zum eisernen Bestand der Sozialdemokratie".[3] Es war zu erwarten, daß auch bei der Ersatzwahl im Oktober 1900 der sozialdemokratische Kandidat des Kreises sofort in der Hauptwahl die erforderliche Stimmenmehrheit erlangen würde. In

[1] Vgl. *Die Einleitung der Wahlagitation im 6. Berliner Wahlkreis*, in: *Vorwärts*, Nr. 226 vom 28. 9. 1900, 2. Beilage.

[2] Nach E. Bernstein, *Die Geschichte der Berliner Arbeiter-Bewegung* . . ., Bd. 3, S. 91, wuchs die Bevölkerung in Berlin VI von 359 704 Personen im Jahre 1890 auf 786 873 im Jahre 1907 an, während etwa der Wahlkreis I eine Bevölkerungsabnahme von 91 397 auf 75 944 Personen zu verzeichnen hatte.

[3] *A. a.* O., S. 200. Seit 1877 wurde Berlin VI von Hasenclever, 1884 von Pfannkuch, von 1888—1900 von Wilhelm Liebknecht vertreten.

einer zweimonatigen intensiven Wahlkampagne unter dem Motto „Gegen Brotwucher, Hunnenpolitik, Ausbeutung und Unterdrückung" bemühte sich Ledebour, unter Anknüpfung an die politische Leistung und das persönliche Ansehen des alten Liebknecht diese sozialdemokratische Bastion für sich zu gewinnen.[4] Hauptangriffsziele seiner Kritik in den Wahlversammlungen waren das Bürgertum im allgemeinen und die Freisinnige Volkspartei im besonderen,[5] die als einzige ernst zu nehmende Konkurrentin der Sozialdemokratie in diesem Wahlkreis in Betracht kam. Nach dem Beschluß der Freisinnigen, angesichts der geringen Erfolgsaussichten Wahlenthaltung zu üben, stand dem sozialdemokratischen Sieg nichts mehr im Wege. Interessant ist die Begründung der Freisinnigen für ihre Wahlabstinenz. Man wolle verhindern, so erläuterte der Gesamtvorstand des freisinnigen Wahlvereins seinen Entscheid, daß bei einer etwaigen Stichwahl Freisinnige für Sozialdemokraten eintreten müßten, insbesondere da ein „Renegat" wie Ledebour „keinem freisinnigen Manne sympathisch" sein könne.[6]

Die Wahl war, wie erwartet, ein sozialdemokratischer Erfolg, jedoch mußte die SPD gegenüber den Wahlen von 1898 einen Stimmenrückgang von 58 778 auf 53 896 Stimmen hinnehmen.[7] Zwar konnten die Einbußen auf die allgemein bei Nachwahlen zu beobachtende Wahlmüdigkeit zurückgeführt werden. Gleichwohl dürfte der hauptsächlich durch eine relativ geringe Wahlbeteiligung verursachte Stimmenverlust[8] als ein Zeichen dafür gewertet werden, daß Ledebour, dessen Kandidatur zum Teil umstritten war,[9] noch nicht die Zugkraft bei den sozial-

[4] Vgl. die Versammlungsberichte in: *Vorwärts*, Nr. 231 vom 4. 10. 1900, 1. Beilage; *a. a. O.*, Nr. 233 vom 6. 10. 1900; *a. a. O.*, Nr. 239 vom 13. 10. 1900; *a. a. O.*, Nr. 245 vom 20. 10. 1900, 1. Beilage; *a. a. O.*, Nr. 249 vom 25. 10. 1900, 2. Beilage.

[5] Vgl. vor allem *a. a. O.*, Nr. 233 vom 6. 10. 1900.

[6] Zitiert *a. a. O.*, Nr. 236 vom 10. 10. 1900, 2. Beilage. Ähnlich äußerte sich die national-soziale *Welt am Montag* zur Person Ledebours: „Der sozialdemokratische Kandidat Ledebour gehört — bei aller Hochachtung seiner Person sei das gesagt! — zu jenen in ihrer Verbissenheit unbedingt schädlichen Doktrinärfanatikern, für die selbst ein verständiger Sozialdemokrat nur um der eisernen Parteidisziplin willen eintreten kann. Nichtsozialdemokraten wird man nur in verschwindender Zahl für ihn an die Wahlurne bringen können", zitiert nach *Vorwärts*, Nr. 241 vom 16. 10. 1900, 2. Beilage.

[7] *A. a. O.*, Nr. 254 vom 31. 10. 1900; ferner E. Bernstein, *Die Geschichte der Berliner Arbeiter-Bewegung . . .*, Bd. 3, S. 200 (mit geringen Abweichungen).

[8] 1898 beteiligten sich von 142 226 Wahlberechtigten 87 300 an den Wahlen, 1900 von 154 921 Wahlberechtigten 65 832, vgl. *Vorwärts*, Nr. 254 vom 31. 10. 1900.

[9] Bei der Kandidatenaufstellung in der Wahlkreisversammlung vom 26. 10. 1900 war von einem Teil der Versammelten der Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes

demokratischen Wählern besaß, über die sein Vorgänger Liebknecht verfügt hatte.

Ledebour betrat das parlamentarische Forum zu einem Zeitpunkt, als die innenpolitische Repressivpolitik — Zuchthauskurs und antiparlamentarische Reaktion — ihr Ende fand und unter der Kanzlerschaft Bülows eine allmähliche Unterwanderung des bestehenden Konstitutionalismus vor sich ging. Ledebour war Zeuge des langsamen Hineinwachsens in die parlamentarische Monarchie, der sich das Reich seit der Daily-Telegraph-Affaire, wenn auch nur asymptotisch, näherte.

In seiner Einschätzung des parlamentarischen Regierungssystems stimmte Ledebour mit Kautsky überein, der 1893 eine den Parlamentarismus grundlegend würdigende Studie unter dem Titel *Der Parlamentarismus, die Volksgesetzgebung und die Sozialdemokratie*[10] veröffentlicht hatte. Unter Hinweis auf die englische Erfahrung seit der 3. Wahlreform, die zeige, daß das parlamentarische Regierungssystem nicht an eine bestimmte Gesellschaftsschicht gebunden sei, glaubte Kautsky auch für Deutschland die Prognose stellen zu können, daß sich ein allmächtiges Parlament in ein „Werkzeug der Diktatur des Proletariats" verwandeln lassen werde.[11] Deshalb müsse sich das Bestreben des Proletariats einerseits auf die „Vermehrung der Macht des Parlaments" und andererseits auf die Verstärkung seiner Macht „im Parlament" richten,[12] wobei erstere Forderung für Länder mit Scheinkonstitutionalismus wie Deutschland bedeute — „Erringung eines völlig parlamentarischen Regimes".[13] „In einem wirklich parlamentarisch regierten Lande", so erläuterte Kautsky,[14] gerate „die Staatsverwaltung in völlige Abhängigkeit vom Parlament, das den Geldsack, das heißt die Seele des modernen Staates, wie jeder modernen Unternehmung, in der Hand hat". Nach Kautsky war das parlamentarische

Bömelburg als Kandidat vorgeschlagen worden, um dem Vordringen von „Akademikern" in der Fraktion Einhalt zu gebieten. Vor der Kandidatenwahl war es zu tumultartigen Szenen gekommen, vgl. *a. a.* O., Nr. 226 vom 28. 10. 1900, 2. Beilage.

[10] 1911 erschien die zweite, etwas erweiterte Auflage mit dem Titel *Parlamentarismus und Demokratie.*

[11] Vgl. K. Kautsky, *Der Parlamentarismus* ..., S. 104. Allgemein dazu siehe Peter Gilg, *Die Erneuerung des demokratischen Denkens im Wilhelminischen Deutschland. Eine ideengeschichtliche Studie zur Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert* (= Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte, Mainz, Bd. 37), Wiesbaden 1965, S. 60 ff.

[12] Vgl. K. Kautsky, *Das Erfurter Programm* ..., S. 221.

[13] K. Kautsky, *Der Parlamentarismus* ..., S. 119.

[14] K. Kautsky, *Das Erfurter Programm* ..., S. 221.

System westeuropäischer Prägung mit einem Parlament, das über die Finanzen verfüge, die Gesetzgebung bestimme und eine mißliebige Regierung stürzen könne, die der vorrevolutionären Phase gemäße Form der Demokratie, für deren Verwirklichung das Proletariat seine Kraft einsetzen müsse.

Ledebour hat es in seinen Reden zu Haushaltsvorlagen sowie bei den verfassungspolitischen Diskussionen besonders seit 1908 nie versäumt, die Einführung des Parlamentarismus englischen Musters in Deutschland zu postulieren. Deutschland besitze nur ein „bureaukratisches System mit parlamentarischem Aufputz“,[15] stellte er öfter im Reichstag fest. Das Hauptübel am deutschen Konstitutionalismus sah er im Fehlen der Ministerverantwortlichkeit. Die Tatsache, daß Bildung und Abberufung der Reichsleitung nicht Sache der Reichstagsmehrheit sei — über die „Ministerfabrikation“ in Deutschland hat er sich stets abfällig geäußert —,[16] wirkte seiner Meinung nach korrumpierend auf das gesamte deutsche Verfassungsleben. Bei der nur dem Kaiser verantwortlichen Regierung seien die Regierungsgeschäfte vollständig der Gewalt der Bureaukratie überantwortet, genauer gesagt, in die Hände der die preußische Bureaukratie lenkenden landwirtschaftlichen und großindustriellen „Interessencoterie“ gelegt.[17] Den so beschaffenen Zustand der Abhängigkeit des Reiches von Preußen hat Ledebour folgendermaßen charakterisiert: „Die Reichsregierung ist weiter nichts als ein Appendix des preußischen Ministeriums; die Reichsregierung steht zu der preußischen Landesverwaltung etwa in dem Verhältnis, wie zu dem Hauptetablissement eines Hotels die Dependance.“ In beiden Häusern würden „von dem nämlichen Oberkellner die Trinkgelder einkassiert“.[18] Aus der Tatsache, daß die Parteien in Deutschland als potentielle Träger der Regierungsgewalt nicht in Betracht kamen, leitete Ledebour zahlreiche Verfallserscheinungen des parlamentarischen Lebens ab. Dieser Zustand führe zu einer verminderten Verantwortungsfreudigkeit des Reichstages und zum Überwuchern von Interessengesichtspunkten. Er beklagte in den Budgetdebatten des Jahres 1904, daß bei den Verhandlungen über Regierungsvorlagen kein eigentlicher par-

[15] *Sten. Ber. RT*, Bd. 198, S. 1761 (Rede vom 12. 3. 1904); *a. a.* O., Bd. 260, S. 2118 (Rede vom 15. 3. 1910).

[16] *A. a.* O., Bd. 233, S. 5918 (Rede vom 2. 12. 1908).

[17] *A. a.* O., Bd. 179, S. 895 (Rede vom 25. 1. 1901); *a. a.* O., Bd. 260, S. 2118 (Rede vom 15. 3. 1910). Vgl. ferner Georg Ledebour, *Das Duell Bethmann-Heydebrand*, in: *Die Neue Zeit*, 30. Jg. (1911/12), Bd. 1, S. 309.

[18] *Sten. Ber. RT*, Bd. 233, S. 5921 (Rede vom 2. 12. 1908); vgl. auch *Prot. PT SPD 1909*, S. 292 f.

lamentarischer Kampf stattfinde, „nach dem die Regierung, wenn das Endresultat sich gegen sie entscheide, abzutreten“ habe, sondern daß man sich nach dem Prinzip des „do, ut des“ gegenseitig Zugeständnisse abhandele nach Regeln, die eher den Gepflogenheiten zweier feindlicher Mächte entsprächen. Als augenfälliges Beispiel für eine solche Praxis betrachtete er die Zustimmung des Zentrums zu einer Vorlage über die Vermehrung des Unteroffizierskorps als Gegenleistung für die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes durch die Regierung.[19] Dem Faktum der Unabhängigkeit der Regierung von parlamentarischen Mehrheiten schrieb er es auch zu, daß die Minderheitsparteien im Reichstag rücksichtslos unterdrückt würden, da die Regierung auf ihre Unterstützung nicht angewiesen sei.[20]

Der herrschende Verfassungszustand war nach Ansicht Ledebours schuld daran, daß der Gedanke der Volkssouveränität — „des Volkes Wille ist das höchste Gesetz“ —[21] in Deutschland nicht Fuß fassen könne. Zwar sei das Volk in der Lage, durch den Wahlakt seinem Willen Geltung zu verschaffen,[22] doch sei es ihm verwehrt, auch die politischen Kräfte seiner Wahl an die Macht zu bringen und unerwünschte politische Richtungen an der Machtausübung zu hindern. „Deutschland ist kein Volksstaat, in dem die Souveränität des Volkes zur Geltung kommt, sondern ein Staat, der noch vollständig von Beamten beherrscht und regiert wird.“[23] Den Hauptschuldigen am bestehenden „bureaukratischen System“ sah Ledebour im deutschen Bürgertum, das den Idealen von 1848 abgeschworen habe. Deshalb sei es Aufgabe der Sozialdemokratie als Vollstreckerin des 48er Erbes,[24] zunächst die vom Bürgertum nicht vollendete bürgerliche Revolution durchzuführen.[25] Es erwachse ihr daher der geschichtliche Gegenwartsauftrag, für die Errichtung eines völlig parlamentarischen Systems und vor allem für die Beseitigung des die moderne Entwicklung in Deutschland hemmenden Dreiklassenwahlrechts in Preußen zu sorgen.

[19] Vgl. *Sten. Ber. RT*, Bd. 198, S. 1760 f. (Rede vom 12. 3. 1904).

[20] *A. a.* O., Bd. 260, S. 2118 (Rede vom 15. 3. 1910).

[21] So Ledebour in einer Versammlung des 6. Berliner Wahlkreises, in: *Vorwärts*, Nr. 193 vom 19. 8. 1905. *Sten. Ber. RT*, Bd. 184, S. 5558 (Rede vom 10. 6. 1902).

[22] In dem bei den Wahlen kundwerdenden Volkswillen, so äußerte sich Ledebour in einer Volksversammlung in Verden, liege der „sittliche Wert der Parlamente“, in: *Bremer Bürger-Zeitung*, Nr. 152 vom 3. 7. 1902, Beilage.

[23] Ledebour in einem Vortrag im 6. Berliner Wahlkreis, in: *Vorwärts*, Nr. 100 vom 30. 4. 1903, 2. Beilage.

[24] Vgl. *Sten. Ber. RT*, Bd. 260, S. 2228 (Rede vom 17. 3. 1910).

[25] *A. a.* O., Bd. 292, S. 6780 (Rede vom 23. 1. 1914).

Da für Ledebour der bundesstaatliche Aufbau kein Tabu war[26] und da er als Hannoveraner dem preußischen Staatswesen keine besonderen Sympathiegefühle entgegenbrachte, konnte er ohne innere Not die Forderung stellen, „Preußen und die anderen Staaten aufzuheben und aus Deutschland ein einheitliches Staatswesen mit parlamentarischem Regime auf demokratischer Grundlage zu schaffen".[27] Den preußischen Staat betrachtete er als ein „Konglomerat" aus „ererbten, ergaunerten, erschacherten, erbettelten und ... eroberten" Besitzstücken,[28] als ein anomales Gebilde, das wegen seiner verfassungsmäßigen Antiquiertheit längst dem Untergang geweiht sei. Allerdings hatte sich diese „vorübergehende Erscheinung" Preußen länger gehalten, als von ihm und manchen seiner Parteifreunde erwartet worden war.

Die sozialdemokratische Taktik mußte diesem Umstand Rechnung tragen. So war denn der preußische Wahlrechtskampf seit dem Beschluß der SPD, sich an den Landtagswahlen in Preußen zu beteiligen, stärker in den Mittelpunkt der Agitation gerückt. Auch Ledebour stellte sich in den Dienst der Propaganda für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für Männer und Frauen vom 20. Lebensjahr an,[29] das die eigentliche Substanz der sozialdemokratischen Wahlrechtsbewegung vor allem in den Jahren 1908 und 1910 bildete. Als die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag anläßlich des Anfang 1910 im preußischen Abgeordnetenhaus eingebrachten Wahlgesetzentwurfs interpellierte,[30] hat Ledebour die Wahlrechtsbewegung

[26] Hätten wir einen „Idealstaat" aufzubauen, erklärte er schon 1885, dann könne man ihn nach dem „Muster des nordamerikanischen und schweizerischen Bundesstaates zusammensetzen aus einigen 20 einigermaßen gleichwertigen Gliedern", *Offene Briefe ... II,* in: *Demokratische Blätter,* Nr. 30 vom 29. 7. 1885, S. 239.

[27] Ledebour in der Budgetkommission am 14. 1. 1913, Gesandtschaft Berlin, E 74 I, XII 13 (Hauptstaatsarchiv Stuttgart).

So sehr sich Ledebour für ein Verschwinden Preußens von der deutschen Bildfläche aussprach, so sehr hat er andererseits das Überwiegen der preußischen, meist radikalen Delegierten auf den sozialdemokratischen Parteitagen begrüßt, das ein Resultat des den preußischen Verhältnissen angepaßten Organisationsprinzips darstellte.

[28] So auf dem preußischen Parteitag, vgl. *Prot. PT SPD Preußen 1904,* S. 94. *Sten. Ber. RT,* Bd. 259, S. 1428 (Rede vom 19. 2. 1910).

[29] Vgl. die auf dem preußischen Parteitag von Ledebour vertretene Resolution, *Prot. PT SPD Preußen 1904,* S. 128.

[30] SPD-Fraktionssitzung vom 15. 2. 1910: „Auf Antrag Ledebour wird betreffs der Äußerungen des Reichskanzlers über das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht eine Interpellation eingebracht", zitiert aus *Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918* (= Quellen zur Geschichte des Parlamen-

nicht bloß als „Preußenkampf", sondern als einen „Deutschenkampf" apostrophiert, in dem über die „Rechtsstellung, die Mündigkeit des deutschen Volkes" entschieden werde.[31] Er forderte in diesem Zusammenhang zu einer Volksabstimmung auf, die dem Reichstag die Möglichkeit geben solle, die Initiative zur Konstituierung wirklicher Volksvertretungen in den Einzelstaaten zu ergreifen.

Es entging einem wachen Kritiker wie Ledebour nicht, daß sich manche der verfassungsmäßigen Reformwünsche vor allem seit der Kanzlerschaft Bülows erfüllt hatten. Die Einführung der Wahlzelle und des Stimmcouverts im Jahre 1903[32] und die Gewährung von Diäten waren Fortschritte auf dem Weg zur Erweiterung der Rechte des Reichstages. Ledebour hat diese Neuerungen begrüßt, wenngleich er im einzelnen auch seine Bedenken und weitergehenden Forderungen anmeldete. Er hielt beispielsweise die Form der Diätenzahlung für verfehlt und hat sich vor allem seit 1912 für eine gesetzliche Änderung der bestehenden Regelung verwandt. Die Fälligkeit der letzten Diätenrate am Tage der Schließung des Reichstages bot nach Auffassung Ledebours einen Anreiz, möglichst schnell die Verhandlungen abzubrechen. Er sprach deshalb dem Diätengesetz die Rolle zu, als Mittel zur „Verkümmerung des Parlamentarismus" zu wirken.[33]

Zur Abschaffung der Ungerechtigkeiten der Wahlkreiseinteilung, die eine der wesentlichen Ursachen für die Unterrepräsentation der sozialdemokratischen Wählerschaft im Reichstag darstellte, legte Ledebour 1903 dem Hohen Haus einen detaillierten Entwurf mit einer Neueinteilung der Wahlkreise Berlin und Hannover vor, da er sich als Vertreter eines die siebenfache Zahl von Abgeordneten erfordernden Wahlkreises in besonderem Maße zur Beseitigung dieses gravierenden Übelstandes aufgefordert fühlte.[34]

Zur Anprangerung der bestehenden konstitutionellen Mißstände boten die Reichstagsdebatten im November und Dezember 1908 aus Anlaß der Daily-Telegraph-Affaire eine günstige Gelegenheit. Hier ent-

tarismus und der politischen Parteien, Reihe 1, Bd. 3), bearbeitet von Erich Matthias und Eberhard Pikart, T. 1, Düsseldorf 1966, S. 226.

[31] *Sten. Ber. RT,* Bd. 259, S. 1431 (Rede vom 19. 2. 1910).

[32] Vgl. dazu allgemein Julius Hatschek, *Das Parlamentsrecht des Deutschen Reiches.* Im Auftrage des Deutschen Reichstages dargestellt, T. 1, Berlin—Leipzig 1915, S. 365.

[33] Vgl. *Prot. PT SPD 1913,* S. 358. Georg Ledebour, *Reform des Diätengesetzes,* in: *Die Neue Zeit,* 32. Jg. (1913/14), Bd. 1, S. 728 ff. *Sten. Ber. RT,* Bd. 285, S. 2234 (Rede vom 22. 5. 1912).

[34] *A. a. O.,* Bd. 187, S. 7688—7692 (Rede vom 5. 2. 1903); vgl. auch *a. a. O.,* Bd. 184, S. 5202 (Rede vom 1. 5. 1902).

hüllte sich die radikale parlamentarische Position der SPD, die mit ihren Verfassungs- und Geschäftsordnungsanträgen die Forderungen der übrigen Parteien weit hinter sich ließ. Ledebour, der zusammen mit Heine und Singer von der Fraktion mit der Ausarbeitung verfassungsändernder Entwürfe beauftragt worden war,[35] konnte als Hauptsprecher der Sozialdemokratie in dieser seiner Ansicht nach für die parlamentarische Entwicklung bedeutsamen Stunde[36] die Verfassungswünsche der Opposition vortragen. Die Begründung des Antrages auf Einführung der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, die sich auch auf die politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers erstrecken sollte,[37] benutzte Ledebour dazu, um mit dem „persönlichen Regiment“ des Kaisers abzurechnen.[38] Hielt er doch — wie er schon früher betont hatte und ebenfalls zwei Jahre später mit Rückgriff auf die Ereignisse von 1908 wiederholte — die „offenkundige Betätigung und Verkündung des Gottesgnadentums“ Wilhelms II. für einen Schlag gegen den allgemeinen Kulturfortschritt und für eine Verhöhnung des hochausgebildeten Selbstbewußtseins des Volkes.[39] Ledebour war kein Freund der Monarchie. Mehrmals bekannte er sich so entschieden zur Republik, daß sich selbst in den Reihen der SPD einiges Unbehagen zu rühren begann.[40] Über die „selbstherrlichen“ Töne des Monarchen zeigte sich Ledebour wenig überrascht. Sie waren ihm nichts weiter

[35] Vgl. *Die Reichstagsfraktion* . . . (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus . . ., Reihe 1, Bd. 3), T. 1, S. 200.

[36] In einer Volksversammlung in Leipzig behauptete Ledebour, daß eine „gleich günstige Situation wie jetzt, ein wirklich parlamentarisch-demokratisches Regime zu schaffen . . . seit 1848 noch nicht wieder dagewesen sei“, vgl. *Vorwärts*, Nr. 264 vom 10. 11. 1908.

[37] Zu den Anträgen der SPD vgl. *Sten. Ber. RT*, Bd. 250 (Anlagen), S. 5831—5833. *Prot. PT SPD 1909*, S. 101 ff. Den zweiten Antrag der SPD, der die Mitbestimmung des Reichstages bei der Entscheidung über Krieg und Frieden forderte, wie es durch das Reichsgesetz vom 28. 10. 1918 festgelegt wurde, begründete Singer, vgl. *Sten. Ber. RT*, Bd. 233, S. 5953 (Rede vom 3. 12. 1908).

[38] *A. a. O.*, Bd. 233, S. 5916 (Rede vom 2. 12. 1908). Ledebours gesamte Rede wurde als Broschüre herausgegeben unter dem Titel *Bureaukratismus und Kamarillaregierung oder demokratischer Parlamentarismus? Rede des Reichstagsabgeordneten des 6. Berliner Wahlkreises Georg Ledebour in der Verfassungsdebatte am 2. Dezember 1908*, Berlin o. J., 16 Seiten.

[39] Vgl. *Sten. Ber. RT*, Bd. 262, S. 3168—3171 (Rede vom 26. 11. 1910).

[40] Im November 1910 kritisierte Hue, daß Ledebours republikanisches Pronunciamento eine vorzeitige Festlegung der Parteitaktik für die nächsten Reichstagswahlen gebracht habe, vgl. *Die Reichstagsfraktion* . . . (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus . . ., Reihe 1, Bd. 3), T. 1, S. 236.

als ein charakteristisches Symptom des gesamten „Scheinkonstitutionalismus“ in Deutschland, zu dessen Beseitigung er die Parteien vom Zentrum bis zu den Freisinnigen aufrief. Sein Appell, die bürgerlichen Parteien im Reichstag sollten eine „Treuga Dei“ auf drei bis fünf Jahre schließen und sich zur Durchführung von Verfassungsreformen zusammenfinden,[41] verband er aber sofort mit der Erklärung, daß die Sozialdemokraten nicht in ein dem Reichstag verantwortliches Koalitionskabinett eintreten würden. Damit enthüllte Ledebour zugleich die Grenzen der sozialdemokratischen Politik. Zwar trat die Partei für weitestgehende Verfassungsreformen ein, ihre Vorstellungen fanden jedoch in den Forderungen der Doktrin eine unüberwindbare Schranke.

Wenn auch die während der Daily-Telegraph-Debatten gestellten sozialdemokratischen Verfassungsanträge keine unmittelbaren Früchte trugen, so ist doch den gleichzeitig gestellten Geschäftsordnungsanträgen, die nach den Worten Ledebours ein wichtiger Weg waren, „um die Machtmittel des Reichstags zu stärken“,[42] in den folgenden Jahren entsprochen worden. Vor allem wurde das bisherige Interpellationsverfahren abgeändert. Um der Verschleppung von Antworten des Reichskanzlers und seiner Stellvertreter auf Interpellationen vorzubeugen, verlangten die Sozialdemokraten im Dezember 1908, daß auf Antrag von mindestens fünfzig Abgeordneten sofort in die Debatte über eine Interpellation eingetreten werden müsse.[43] In der Ende 1908 gebildeten Geschäftsordnungskommission, der seit Februar 1910 auch Ledebour angehörte,[44] setzten sich in langjährigen Beratungen schließlich die sozialdemokratischen Reformwünsche durch. Danach konnte über Interpellationen debattiert werden, auch wenn der Kanzler ihre Beantwortung verweigerte, und im Anschluß daran konnten Mißbilligungs- und Zustimmungsanträge gestellt werden.[45] Ledebour behauptete mit einigem Recht, daß die Beschlußfassung über eine Interpellation „die schärfste Waffe [sei], mit der die Regierung moralisch gezwungen werden könne, ihre Politik zu ändern oder abzudanken“.[46] Obzwar

[41] Vgl. *Sten. Ber. RT,* Bd. 233, S. 5918 (Rede vom 2. 12. 1908).

[42] *A. a.* O., Bd. 233, S. 5920.

[43] Vgl. *Prot. PT SPD 1909,* S. 101 f.

[44] Vgl. *Die Reichstagsfraktion* ... (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus ..., Reihe 1, Bd. 3), T. 1, S. 225.

[45] Dieser die Geschäftsordnung ändernde Beschluß wurde am 8. 5. 1912 im Reichstag angenommen, vgl. J. Hatschek, *Das Parlamentsrecht* ..., S. 82 f.

[46] Ledebour in der Geschäftsordnungskommission, zitiert nach *Vorwärts,* Nr. 285 vom 6. 12. 1912.

— wie die Zabernaffaire zeigte — das neue Interpellationsverfahren nicht zu ernsthaften politischen Konsequenzen führte, waren doch mit dem Ausbau dieses für den parlamentarischen Geschäftsgang bedeutsamen Instruments und der Einführung der Kleinen Anfragen[47] bescheidene Fortschritte auf dem Wege zu einer allmählichen Parlamentarisierung erzielt worden.

Der Parlamentarier

Abgeordneter

Ledebour gehörte der Gruppe sozialdemokratischer Berufsparlamentarier an, die sich neben einer nur noch gelegentlich betriebenen politischen Schriftstellerei „hauptamtlich" der Abgeordnetentätigkeit widmeten.[48] Sozialdemokratischer Parlamentstradition entsprechend betrachtete Ledebour die Plenarrede als wichtigstes Mittel parlamentarischer Propaganda. Seine von Selbstsicherheit und Selbstbewußtsein[49] getragenen, meist mit messerscharfer Polemik gespickten Reichstagsreden erfreuten sich in seiner Partei großer Beliebtheit und wurden auch von den Gegnern der Sozialdemokratie mit Interesse und Aufmerksamkeit verfolgt. Oft hatten sie den Charakter von „Generalabrechnungen" mit dem System, die seine Freunde euphemistisch als „goldene Rücksichtslosigkeiten" bezeichneten, während die bürgerliche Seite Ledebours Ausfälle als Exzesse sozialdemokratischer Kritiksucht betrachtete. Verbale Rücksichten waren von einem Manne, der die Aufgabe des sozialdemokratischen Abgeordneten darin erblickte, „bei allen Ge-

[47] Vgl. Bernhard Jungheim, *Die Geschäftsordnung für den Reichstag mit Anmerkungen,* Berlin 1916, S. 81 f. Die Einführung des in England bewährten „question day" hatte Ledebour schon in der Daily-Telegraph-Debatte gefordert, vgl. *Sten. Ber. RT,* Bd. 233, S. 5921 (Rede vom 2. 12. 1908). Vgl. auch *a. a.* O., Bd. 285, S. 1657 ff. (Rede vom 3. 5. 1912).

[48] Ledebours Stellung ist etwa der von Eduard David und Wilhelm Keil vergleichbar, die sich — David schon, nachdem er Landtagsabgeordneter geworden war — seit ihrer Zugehörigkeit zum Reichstag von der Redaktionsarbeit frei gemacht hatten, vgl. *Die Reichstagsfraktion* . . . (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus . . ., Reihe 1, Bd. 3), T. 1, S. LXII.

[49] Starkes rednerisches Selbstvertrauen zeigte Ledebour schon am Beginn seiner parlamentarischen Laufbahn. Obwohl gerade erst fünf Monate Mitglied des Reichstages, sprach er in der Debatte über den Etat des Auswärtigen Amtes sofort nach Bülow, was in der nachfolgenden Fraktionssitzung Gradnauer zu der Forderung veranlaßte, daß an sogenannten „großen Tagen" nur „alte, erfahrene Parlamentarier das Wort nehmen sollten", vgl. *a. a.* O., T. 1, S. 62.

legenheiten zu zeigen, wie schlecht in Deutschland regiert wird [und] welche Mißstände bestehen",[50] kaum zu erwarten.

Die den Abgeordneten zur Verfügung stehende unbeschränkte Redezeit hat Ledebour stets bis zum äußersten genutzt. Seine Reden waren oft langatmig, weitschweifig und verloren sich in Nebensächlichkeiten,[51] was bisweilen auf Kosten der zu erörternden Sachfragen ging. Besondere Vorliebe zeigte er für historische Exkurse; seine Exempel zur Illustration bestimmter Tatbestände fanden meist freundliche Resonanz bei den Zuhörern. Ledebours eigentliche Stärke lag auf dem Gebiet der extemporierten Rede. Hier sprühte er geistreiche Pointen, parierte schnell und treffsicher und verstand es, bald mit Humor, bald mit beißender Ironie rhetorische Glanzlichter aufzustecken. Es ist nur allzu verständlich, daß er auf Grund seiner Befähigung, aus dem Stegreif zu sprechen, der Auffassung huldigte, daß „die parlamentarische Tätigkeit in der Hauptsache aus einer Kette von Improvisationen" bestehe.[52] Ledebour zog bei seinen Reichstagsreden die allgemeine Kritik und die zusammenfassende Schlußfolgerung der detaillierten Stellungnahme zu Spezialfragen vor, wenngleich er sich auch dieser Aufgabe nicht verschloß. Daß er auch die analytische Seite der Parlamentsarbeit beherrschte, beweist seine langjährige, intensive Tätigkeit in den verschiedenen Reichstagsausschüssen.

Entsprechend der sozialdemokratischen Praxis, die verschiedenen Kommissionsmitglieder von der Fraktion bestimmen zu lassen, wurde Ledebour am 14. 11. 1900 in die Petitions-Kommission gewählt,[53] in deren Auftrag er in den nachfolgenden Jahren oft im Plenum Bericht erstattete.[54] Seit dem Fraktionsentscheid vom 9. Dezember 1903[55] gehörte Ledebour ununterbrochen bis zum Ende des Weltkrieges der Bud-

[50] *Prot. PT SPD 1904,* S. 205. Diese Auffassung wurde auch von der Mehrheit der Partei geteilt, *a. a.* O., S. 70.

[51] Darüber klagt besonders Ph. Scheidemann, *Memoiren* . . ., Bd. 1, S. 174; ebenso Bülow im Reichstag am 29. 3. 1909, *Sten. Ber. RT,* Bd. 236, S. 7833 f.

[52] Georg Ledebour, *Eine parlamentarische Improvisation,* in: *Die Neue Zeit,* 30. Jg. (1912), Bd. 2, S. 538. In seinem Artikel *Der Entwicklungsgang des deutschen Parlamentarismus* bezeichnet Ledebour die lebendige, aus der Situation geborene Wechselrede als das „eigentliche Merkmal parlamentarischer Verhandlungen", in: *Vorwärts,* Nr. 289 vom 20. 10. 1916, 1. Beilage.

[53] Vgl. *Die Reichstagsfraktion* . . . (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus . . ., Reihe 1, Bd. 3), T. 1, S. 47.

[54] Vgl. *Sten. Ber. RT,* Bd. 183, S. 4444 ff. (Rede vom 27. 2. 1902); *a. a.* O., Bd. 188, S. 8679, 8680 ff. (Rede vom 16. 3. 1903).

[55] Vgl. *Die Reichstagsfraktion* . . . (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus . . ., Reihe 1, Bd. 3), T. 1, S. 110.

getkommission an.[56] Nachdem er 1910 in die Geschäftsordnungskommission und Ende 1913 in den Seniorenkonvent delegiert worden war, hatte er die wichtigsten Fachkommissionen des Reichstages durchlaufen und war durch seine zusätzliche Zugehörigkeit zu verschiedenen *ad hoc* gebildeten Kommissionen, wie der 1902 konstituierten Zolltarifkommission, der Kommission zur Untersuchung der Landkonzessionen in Südwestafrika,[57] der Kommission zur Ausarbeitung der elsaß-lothringischen Verfassungsreform und der Bibliothekskommission,[58] zu einer intimen Kenntnis des parlamentarischen Betriebsmechanismus gelangt.

Wie die allgemeinen Reden im Plenum, so stand auch die sozialdemokratische Ausschußarbeit primär im Dienste der Agitation. Ledebour hielt die sozialdemokratische Teilnahme an den Kommissionsverhandlungen für notwendig, da es gelte, die bürgerlichen Parteien zu kontrollieren und in die korrupten Parteiverhältnisse hineinzuleuchten. Wenn wir uns nicht an den Kommissionsberatungen beteiligten, erläuterte er 1913 den Parteitagsdelegierten, „würden wir nicht erfahren, wie die Regierungsvertreter die bürgerlichen Abgeordneten eingeseift haben".[59] Aus dieser Perspektive heraus nahmen es die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder mit dem als ein wesentliches Merkmal der Ausschußarbeit betrachteten Prinzip der Vertraulichkeit[60] nicht allzu genau.[61] Es ist bezeichnend für die sozialdemokratische Behandlung des Vertraulichkeitsgrundsatzes, daß der *Vorwärts* in seinen Berichten über die Kommissionsverhandlungen entgegen dem in der übrigen Presse herrschenden Brauch die Namen der Kommissionsredner aufführte. Eine detaillierte Berichterstattung über die Kommissionsarbeit mit namentlicher Erwähnung der einzelnen Sprecher war nach Ledebour unbedingt erforderlich, da die Öffentlichkeit über die Ausschußberatungen wachen und gegen irgendwelche Anschläge

[56] Zur Nominierung vgl. *a. a. O.*, T. 1, S. 147, 180, 201, 221, 261; am 7. 12. 1910 wurde Ledebour als „ständiges Mitglied" in die Budgetkommission entsandt, *a. a. O.*, T. 1, S. 237.

[57] *A. a. O.*, T. 1, S. 155.

[58] *A. a. O.*, T. 1, S. 266.

[59] *Prot. PT SPD 1913*, S. 357 f.

[60] Vgl. Adolf Neumann-Hofer, *Die Wirksamkeit der Kommissionen in den Parlamenten*, in: *Zeitschrift für Politik*, Bd. 4 (1911), S. 59 ff.

[61] Zum Bruch der Vertraulichkeit durch Noske vgl. *Schulthess' Europäischer Geschichtskalender*, 1909, S. 46. *Die Reichstagsfraktion* ... (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus ..., Reihe 1, Bd. 3), T. 1, S. 206 f.

der Regierung möglicherweise eine Volksbewegung einleiten müsse.[62]

Dem mit dem Anwachsen der Parlamentsaufgaben sich verstärkenden Trend, die Kommissionsverhandlungen auf Kosten der Plenardebatten auszudehnen, suchte Ledebour mit allen Kräften entgegenzuwirken. Die Ansicht seines Fraktionskollegen Heinrich Schulz, daß die Verlagerung des parlamentarischen Schwergewichts auf die Kommissionsverhandlungen als Stärkung des parlamentarischen Lebens in Deutschland anzusehen sei,[63] glaubte er mit dem Hinweis auf England widerlegen zu können: „Ein starker Parlamentarismus hält die Kommissionsverhandlungen kurz, ein schwacher gibt ihnen mehr und mehr Raum und entfremdet sich dadurch seinem Nährboden, der allgemeinen Volksteilnahme, die nur in breitester Öffentlichkeit gedeihen kann."[64]

Ein Blick auf Ledebours Tätigkeit in der Budgetkommission zeigt, daß ihn Kolonial-, Marine- und Heeresfragen sowie Probleme der Außenpolitik in besonderem Maße zu Stellungnahmen, Anfragen und kritischen Bemerkungen reizten. Wie seine Plenarreden waren auch seine Äußerungen im Haushaltsausschuß von sehr unterschiedlicher Qualität. Soweit er Anträge im Auftrage der Fraktion begründete, hielt er sich im allgemeinen an den von der Sache her gesteckten Rahmen, während er die Generaldiskussionen über Haushaltstitel gern zum Vortrag privater, vom Thema wegführender Gedanken benutzte.[65] Nicht selten überraschte Ledebour die Kommission mit eigenwilligen, Verdruß erregenden kritischen Einflechtungen.[66] Die bisweilen dozierende Art sei-

[62] Vgl. *Sten. Ber. RT*, Bd. 235, S. 6986 f. (Rede vom 15. 2. 1909).

[63] Vgl. Heinrich Schulz, *Ein Rückblick auf die Reichstagsverhandlungen*, in: *Vorwärts*, Nr. 278 vom 18. 10. 1916, 1. Beilage.

[64] G. Ledebour, *Der Entwicklungsgang ...*, *a. a.* O., Nr. 289 vom 20. 10. 1916, 1. Beilage.

[65] Bei der Behandlung des Titels über die Besoldung des Gouverneurs von Kiautschou stellte Ledebour unvermittelt die Forderung nach einem deutschen Rückzug aus dem ostasiatischen Schutzgebiet. Obwohl sein Kollege Noske die Berechtigung der Forderung an sich nicht bestritt, mußte er doch zugestehen, daß die Behandlung einer solchen für den Budgettitel irrelevanten Frage ins Plenum gehöre, vgl. Sitzung der Budgetkommission vom 31. 1. 1911, Gesandtschaft Berlin, E 74 I, XII 13 (Hauptstaatsarchiv Stuttgart).

[66] So wollte Ledebour in der Sitzung vom 19. 2. 1913, die über die Bewilligung einer neuen kaiserlichen Jacht zu befinden hatte, wissen, ob denn der Kaiser auch über eine ihn zur Leitung von Seemanövern qualifizierende seemännische Ausbildung verfüge. Tirpitz und Graf Westarp faßten diese Bemerkung als eine Herabsetzung der Person des Kaisers auf, *a. a.* O.

nes Vortrags, die häufigen Wiederholungen seiner Argumente und die zum Teil im Ton persönlicher Beleidigungen gehaltenen Ausfälle gegen andere Kommissionsmitglieder waren nicht dazu angetan, ihn bei seinen Kollegen beliebt zu machen.

In seinem Bestreben, prinzipiell zu agitieren, hat er nicht selten die laufenden Verhandlungen erschwert.[67] Ein charakteristisches Beispiel hierfür bietet eine Sitzung der Budgetkommission über den Etat des Ostafrikanischen Schutzgebietes, in der die Bereitstellung einer erhöhten Summe zur Förderung der ostafrikanischen Baumwollkultur verlangt wurde. Ledebour lehnte trotz Zustimmung der übrigen sozialdemokratischen Fraktionsmitglieder die Etaterhöhung ab, da grundsätzlich nicht über den von der Regierung angeforderten Betrag hinausgegangen werden dürfe. Dem Antragsteller warf Ledebour außerdem vor, sich zum „Mundstück“ der Baumwollinteressenten gemacht zu haben. Der angesprochene Abgeordnete Semler verwahrte sich darauf gegen diese Unterstellung und kondolierte der sozialdemokratischen Fraktion zu ihrem stets mit lehrhafter Polemik und persönlichen Angriffen aufwartenden Kollegen Ledebour. Noske erklärte, daß die Sozialdemokraten den Ausbau der Baumwollkultur begrüßten und das Anliegen der Baumwollpetenten prinzipiell guthießen. Seine Übereinstimmung mit Ledebour reduzierte sich damit nur noch auf den formalen Einwand, der Antrag sei nicht genügend begründet gewesen.[68]

Es erstaunt nicht, daß die Mitglieder der Budgetkommission angesichts solcher Erfahrungen keinerlei Anstalten machten, Ledebour mit der Funktion eines Referenten oder Korreferenten zu betrauen. Allerdings muß dabei in Rechnung gestellt werden, daß vor 1912 Sozialdemokraten nur ausnahmsweise in den Genuß einer Referentenposition gelangten[69] bzw. daß sie von sich aus, entsprechend ihrer grundsätzlichen Oppositionsstellung, auf gewisse Ressorts verzichteten.[70] Erst nach den Reichstagswahlen von 1912 fand die Sozialdemokratie stär-

[67] Vgl. Gustav Noske, *Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie*, Offenbach 1947, S. 35.

[68] Vgl. Sitzung der Budgetkommission vom 28. 2. 1913, Gesandtschaft Berlin, E 74 I, XII 13 (Hauptstaatsarchiv Stuttgart). Diese Meinungsverschiedenheit mit Noske war auch Gegenstand einer Fraktionssitzung, vgl. *Die Reichstagsfraktion* ... (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus ..., Reihe 1, Bd. 3), T. 1, S. 290 f.

[69] Es darf als Ausnahme angesehen werden, daß Singer bereits 1910 als Korreferent für den Etat des Reichsamts des Innern und Hoch 1911 mit diesem Posten betraut wurden.

[70] Dies betonte Ledebour in der Budgetkommission am 12. 1. 1911, Gesandtschaft Berlin, E 74 I, XII 13 (Hauptstaatsarchiv Stuttgart).

kere Berücksichtigung bei der Besetzung von Referentenposten. Doch auch jetzt bekam Ledebour keine Chance eingeräumt, mochte er sich in den Ausschußsitzungen auch noch so sehr engagieren.

Fraktionsmitglied

Wiewohl Ledebour bis zum Sommer 1913 kein Amt im Fraktionsvorstand bekleidete, war sein Einfluß innerhalb der Fraktion nicht gering. Die Entwicklung seiner Karriere vom *homo novus* auf dem Fraktionsparkett bis zum Mitglied des Fraktionsvorstandes war nicht ungewöhnlich. Mit der 1903 erfolgten Delegierung in die Budgetkommission hatte er endgültig den Status eines Fraktionsneulings abgestreift und konnte auf dem Parteitag des folgenden Jahres als parlamentarischer Berichterstatter auftreten.[71] Da Ledebour über hervorragende Kenntnisse auf dem Gebiet der Kolonialpolitik verfügte, griff die Fraktion seit der Legislaturperiode 1903/06 bei der Behandlung von Kolonialvorlagen so häufig auf Ledebour zurück,[72] daß das Kolonialressort in der Folgezeit als eine von ihm in Erbpacht gehaltene Domäne betrachtet werden konnte.[73]

In der durch die Reichstagswahlen von 1907 stark reduzierten Fraktion hat Ledebour seine Stellung ausgebaut, wozu die ständige Entsendung in die Budgetkommission, die Häufigkeit seiner Plenarreden und die nun erreichte Anciennität beitrugen. Für die Anerkennung, die er als Experte auf verschiedenen Fachgebieten innerhalb der Fraktion genoß, spricht seine häufige Nominierung zum Mitglied fraktions-

[71] Vgl. *Die Reichstagsfraktion* ... (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus ..., Reihe 1, Bd. 3), T. 1, S. 129. *Prot. PT SPD 1904,* S. 199—206 (mündlicher Bericht Ledebours).

[72] Vgl. *Die Reichstagsfraktion* ... (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus ..., Reihe 1, Bd. 3), T. 1, S. 125, 131, 144, 149, 167. In der Schlußberatung des Nachtragsetats für die Schutzgebiete von 1906 hat Ledebour als sozialdemokratischer Sprecher die Regierungsvorlage abgelehnt, was dann die Reichstagsauflösung zur Folge hatte, vgl. *Sten. Ber. RT,* Bd. 218, S. 4365—4367 (Rede vom 13. 12. 1906).

[73] Dittmann fand 1912 bei seinem Versuch, auf kolonialpolitischem Gebiet in der Fraktion Fuß zu fassen, die Unterstützung des „alten Kolonialredners Ledebour", vgl. Wilhelm Dittmann, *Erinnerungen.* Manuskript. Publikation vorbereitet von Georg Kotowski.

Im letzten Jahrfünft vor Ausbruch des Weltkrieges sah sich Ledebour allerdings der stets wachsenden Konkurrenz Noskes gegenüber, der ihm zusehends den Rang auf diesem Sektor ablief, vgl. *Die Reichstagsfraktion* ... (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus ..., Reihe 1, Bd. 3), T. 1, S. 269: als Redner für den Kolonialetat werden Noske und Henke bestimmt.

interner Ausschüsse, die sich mit der Redaktion von Entwürfen für Gesetzesinitiativen, Resolutionen, Abänderungsanträgen zu Regierungsvorlagen und an die Öffentlichkeit gerichteten Aufrufen der Fraktion befaßten.[74]

Nicht nur die umfangreiche Plenar- und Ausschußarbeit hat Ledebours Position innerhalb der Fraktion gefestigt. Seinem Bestreben nach Aufstieg in den Fraktionsführungskern kamen die innerparteilichen Richtungsstreitigkeiten zustatten, die zwar bis zum Kriegsausbruch wesentlich durch die Führungskraft Bebels in Schranken gehalten wurden, aber dennoch den Fraktionsalltag maßgebend bestimmten.[75] Nach der Darstellung in Scheidemanns Memoiren stand von der 1907 43 Mitglieder umfassenden Fraktion jeweils die Hälfte auf „radikalem" bzw. „revisionistischem Boden". Beide Gruppen hielten vor den Fraktionsverhandlungen getrennte Sondersitzungen ab, in der eine Art Vorintegration der Meinungen stattfand.[76] Scheidemann berichtet darüber: „Da von den 43 Mitgliedern der Fraktion meistens nicht mehr als 34 oder 35 in Berlin gewesen sein dürften, betrug die Mehrheit, die jeden Beschluß in der Fraktion durchsetzen konnte, 18 bis 19 Stimmen. Da auch die Sondersitzungen niemals von allen Kollegen, die sich, sei es rechts, sei es links, engagiert hatten, besucht waren, wurden die in der Fraktion herbeizuführenden Entscheidungen in den Sondersitzungen mitunter von ganz wenigen Abgeordneten bestimmt. Das soll ganz deutlich gemacht werden, um die Verwerflichkeit solcher Sonderunternehmungen für eine Partei praktisch darzustellen. Nehmen wir an, daß von den etwa 20 Mitgliedern einer jeden Gruppe 9 bis 10 erschienen, dann hatten von diesen wiederum in Wirklichkeit 5 Mann die Entscheidung in der Hand, denn die ‚Mehrheit' entschied natürlich nicht nur in der und für die Sondersitzung, sondern die dort getroffene ‚Mehrheitsentscheidung' war auch bindend für alle der

[74] Ledebour gehörte beispielsweise — wie schon erwähnt — der *ad hoc* gebildeten Kommission zur Ausarbeitung von Verfassungs- und Geschäftsordnungsanträgen im Jahre 1908 an, vgl. *a. a.* O., T. 1, S. 200; ferner war er Mitglied der dreiköpfigen Kommission zur Abfassung eines Aufrufs, der die Wähler über die Haltung der Fraktion zu den Steuergesetzen informieren sollte, *a. a.* O., T. 1, S. 208, und er beteiligte sich an der Vorbereitung von Verbesserungsvorschlägen zum elsaß-lothringischen Verfassungsentwurf, *a. a.* O., T. 1, S. 239. In den seit 1907 auf der Basis freiwilliger Mitarbeit eingerichteten ständigen Fachausschüssen war er auf dem Gebiet der Handels- und Kolonialpolitik tätig, *a. a.* O., T. 1, S. 181.

[75] Vgl. dazu die im Nachlaß Vollmar befindlichen Briefe Heines und Franks.

[76] Vgl. Ph. Scheidemann, *Memoiren* . . ., Bd. 1, S. 175.

Gruppe sich zuzählenden Kollegen. Die radikale Gruppe wurde von Ledebour ‚geführt'. Ledebour suchte sich aber nicht erst in der Gruppensitzung vier oder fünf Genossen, um die Mehrheit zu erlangen, sondern er legte schon im Reichstag diesen und jenen ihm als radikal sicheren Kollegen fest. Mit anderen Worten: In Wirklichkeit herrschte dieser Mann in der Fraktion lange Zeit hindurch, denn auf der radikalen Seite standen ja, wenn auch nicht offiziell, die großen Autoritäten Bebel und Singer."[77] Scheidemann will zunächst auch ins radikale Lager geraten sein, sich aber später von den Radikalen distanziert und deren Sondersitzungen gesprengt haben.

Man muß bei dieser Schilderung der Fraktionskonstellation berücksichtigen, daß Scheidemann gegenüber Ledebour nicht unvoreingenommen war, da er bei seinen hochgespannten Karriereintentionen[78] in ihm einen Rivalen sah. Gleichwohl läßt sich an Hand der, wenn auch spärlichen, Hinweise in den Fraktionsprotokollen feststellen, daß Ledebour innerhalb des vor 1912 vorherrschenden radikalen Flügels eine wichtige Rolle spielte und die bestehenden innerfraktionellen Spannungen geschürt hat.[79]

Trotz seines nicht unbedeutenden Einflusses in der Fraktion und seiner parlamentarischen Qualifikation hat es Ledebour erst in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch zu einer Spitzenposition in der Fraktion gebracht. Erst durch Bebels häufige Abwesenheit in der Fraktion und mit der Übernahme des zweiten Vorsitzendenpostens durch Haase gelang es Ledebour, Aufgaben zu übernehmen, die nur der Fraktionsführungsgarnitur vorbehalten waren. So konnte er erst seit 1912 als offizieller sozialdemokratischer „Etatredner" neben Frank und David auftreten.[80]

[77] *A. a. O.*, S. 176.

[78] Scheidemann war in der Partei bekannt für seine Karrieresucht. Am 12. 1. 1913 schrieb Karl Kautsky an seine Frau: „Unsere Fraktion wurde eingeladen, einen Vertreter zur Eröffnung des Parlaments nach Peking zu senden. Die Einladung wurde angenommen und der unvermeidliche Scheidemann designiert, wahrscheinlich, weil er kein Wort englisch u[nd] französisch kann. Für diesen Zweck wäre Ledebour weit besser gewesen" (Familienarchiv Kautsky).

Auch Molkenbuhr berichtet von der Zurückdrängung älterer Kommissionsmitglieder durch Scheidemann (Molkenbuhr-Tagebuch).

[79] In einem Brief an Vollmar vermerkt Heine mit Genugtuung, daß Ledebour bei einem Vorstoß Davids gegen die „Taktik der revolutionären Phrase und Negation" in der Fraktion keine Gelegenheit erhalten habe, wie gewöhnlich „gegen den Revisionismus loszupauken", Heine an Vollmar am 27. 3. 1907 (Nachlaß Vollmar).

[80] Vgl. *Die Reichstagsfraktion* ... (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus ..., Reihe 1, Bd. 3), T. 1, S. 259, 276, 280, 317.

Im Sommer 1913 glückte Ledebour der Vorstoß in das Fraktionsführungsgremium. Er wurde am 25. Juni 1913 anstelle des verstorbenen August Kaden im 2. Wahlgang mit 51 gegen 40 Stimmen in den Fraktionsvorstand gewählt.[81] Kurz darauf standen sich beim Kampf um die Nachfolge Bebels Ledebour und Scheidemann als Kandidaten für das Amt des Fraktionsvorsitzenden gegenüber. In zwei Wahlgängen am 2. Dezember 1913 hatte Ledebour jeweils eine Stimme Vorsprung, ohne jedoch die absolute Mehrheit zu erreichen, so daß Frank angesichts einer fehlenden Fixierung der Fraktionsgeschäftsordnung das Wahlresultat anfechten konnte.[82] Als man eine Woche später die Vorstandswahlen wiederholte, siegte Scheidemann über Ledebour mit einer knappen Mehrheit von 51 gegen 48 Stimmen.[83] Nach Dittmanns *Erinnerungen* war dieses Resultat nur möglich, weil „mehrere unserer radikalen Fraktionskollegen" sich für diesen Tag von „rechtsstehenden Kollegen" als Veranstaltungsredner außerhalb Berlins hatten verpflichten lassen und daher an der zuvor unangekündigten Sitzung nicht teilnehmen konnten. „Durch diesen Trick seiner Freunde von rechts", meint Dittmann, „wurde Philipp Scheidemann einer der beiden Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion."[84]

Diese Episode zeigt, daß, entgegen den Erfahrungen früherer Jahre, nach 1912 der linke Flügel stärker der Gefahr ausgesetzt war, von rechts überspielt zu werden. Für Ledebours Ehrgeiz bedeutete die damalige Niederlage einen schweren Schlag. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß dieses Ereignis auf seine im Weltkrieg gegenüber der Fraktionsmehrheit eingenommene Haltung zurückwirkte und vor allem seine Aversion gegen Scheidemann und die ihn unterstützenden Freunde verstärkte. Dieses Ringen um die Besetzung des obersten Fraktionspostens ist zugleich symptomatisch für die inneren Spannungen, die nach Bebels Ausscheiden — vor allem dann im Zusammenhang mit den Wehr- und Deckungsvorlagen — ausbrachen, und macht deutlich, daß es nur einer Initialzündung bedurfte, um die bis dahin mühsam gewahrte Einheit vollständig zu zerstören.

[81] *A. a. O.*, T. 1, S. 300.
[82] *A. a. O.*, T. 1, S. 306.
[83] *A. a. O.*, T. 1, S. 307.
[84] W. Dittmann, *Erinnerungen*, zitiert nach *Die Reichstagsfraktion* ... (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus ..., Reihe 1, Bd. 3), T. 1, S. CII/III.

Zum Nationalitätenproblem im Deutschen Reich

Die Minderheitenfrage in Deutschland

In seiner letzten im alten Reichstag gehaltenen Rede, die die Frage der künftig einzuschlagenden Nationalitätenpolitik aufgriff, flocht Ledebour über sich selbst die Bemerkung ein, daß er während seiner gesamten langjährigen politischen Tätigkeit stets „gegen die Unterdrückung aller Fremdvölker aufgetreten" sei. Niemand bestritt ihm das Recht zu einer solchen Feststellung. Auch widersprach keiner der Abgeordneten, als er darüber hinaus behauptete, daß „kein anderes Mitglied dieses Hauses" so wie er sich seit Beginn seiner parlamentarischen Laufbahn für die Abstellung des an den Polen geübten Unrechts eingesetzt habe.[85]

Im Aufriß von Ledebours frühem Wirken ist bereits auf die von ihm bekundete Aufgeschlossenheit für die Belange nationaler Minderheiten hingewiesen worden. Im Anschluß daran haben wir die wesentlichen während seiner Zeit in der Demokratischen Partei entwickelten Kerngedanken zum Nationalitätenproblem skizziert. Ledebours Reichstagsreden zu Gesetzesvorlagen und Interpellationen, deren Verhandlungsobjekt die größte in Deutschland lebende nationale Minderheit, die Polen, war, sowie seine Stellungnahmen in den Auseinandersetzungen zwischen der SPD und der als Unterorganisation gegründeten polnischen Bruderpartei, der PPS, geben hinlänglich Aufschluß über die Einstellung, die er als Sozialdemokrat zu diesem Fragenkomplex eingenommen hat.

Das vom Londoner Kongreß der Zweiten Internationale abgelegte Bekenntnis zum vollen Selbstbestimmungsrecht für alle Nationen und die dort proklamierte Kampfansage an jeden militärischen und nationalen Despotismus[86] hat Ledebour stets als verbindliche Verpflichtung aufgefaßt. Schon durch den internationalen Solidaritätsgedanken war die Sozialdemokratie nach Ansicht Ledebours aufgefordert, „für jede Nation Freiheit und Selbstbestimmungsrecht [zu] erstreben".[87] Außerdem sah Ledebour die SPD in der Tradition der Verfechter des „wahren" nationalen Gedankens wie Fichte und Johann Jacoby ste-

[85] Vgl. *Sten. Ber. RT,* Bd. 314, S. 6234 (Rede vom 24. 10. 1918).

[86] Vgl. Günter Decker, *Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen,* Göttingen 1955, S. 153.

[87] Ledebour auf dem Kongreß der Internationale in Kopenhagen, zitiert nach *Vorwärts,* Nr. 202 vom 30. 8. 1910, 1. Beilage.

hen. Von daher sei ihr die Rolle zugedacht, Freiheit zu verwirklichen, die sich gründe auf „die Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt".[88] Aus diesem Auftrag leitete er für die Sozialdemokratie die doppelte Aufgabe her, einerseits für die Gleichheit der in Deutschland lebenden Minoritäten zu kämpfen und andererseits allen noch nicht in einem selbständigen Staatswesen organisierten Völkern Hilfe zu leisten.

Mit dem nationalen Egalitätsprinzip der Sozialdemokraten kontrastierte Ledebour die Nationalitätenpolitik der herrschenden Machthaber in Deutschland. Während diese unter Verkennung des echten Nationalgedankens die „Entnationalisierung" fremder Bevölkerungsteile betrieben und damit den Keim zu neuen Kriegen legten, achteten die Sozialdemokraten „die nationale Sonderheit anderer" und handelten im Interesse des Weltfriedens.[89] Eine Beseitigung des Nationalitätenhaders erwartete Ledebour in Übereinstimmung mit seiner Partei erst von der Einführung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung.[90] Gleichwohl verlangten die anstehenden Probleme der deutschen Nationalstaatswirklichkeit, daß die SPD schon in der Gegenwart zu verstehen gab, welche Heilmittel sie zur Verminderung der herrschenden nationalen Spannungen bereithielt. Hatten die Sozialdemokraten konkrete Vorstellungen zur Lösung der Nationalitätenfrage oder begnügten sie sich mit einer Kritik an den gegebenen Zuständen und vagen Sympathieerklärungen an die im Reich lebenden fremdsprachigen Minderheiten? Ledebour galt in der Partei als exponierter Sprecher auf dem Sektor der Nationalitätenpolitik. Auf ihn griff die Fraktion zurück, wenn es galt, den sozialdemokratischen Standpunkt auf diesem Gebiet im Reichstag vorzutragen. Auch hat sich Ledebour selbst keine Gelegenheit entgehen lassen, im Reichstag oder in der Parteiöffentlichkeit die Minderheitenfrage anzuschneiden. Eine Untersuchung seiner Äußerungen müßte demnach eine Antwort auf die oben gestellte Frage ergeben. Waren Ansätze zu einer sozialdemokratischen Minderheitenpolitik vorhanden, bei ihm hätten sie sich finden müssen.

Wie uns bereits aus den 80er Jahren bekannt ist, hat Ledebour die Nation vornehmlich als Sprachgemeinschaft verstanden. An dieser Auffassung, die sich übrigens auch mit der von Kautsky gegebenen

[88] *Sten. Ber. RT*, Bd. 288, S. 3994 f. (Rede vom 18. 2. 1913).

[89] *A. a. O.*, Bd. 183, S. 4551 (Rede vom 4. 3. 1902); *a. a. O.*, Bd. 187, S. 7696 (Rede vom 5. 2. 1903).

[90] *A. a. O.*, Bd. 182, S. 3111 (Rede vom 10. 12. 1901).

Interpretation des Nationsbegriffs deckt,[91] hielt er auch später fest. Es erstaunt daher nicht, daß Ledebour im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen, die der Prozeß der rechtlichen Durchsetzung der deutschen Staatssprache mit sich brachte, bevorzugt das Wort ergriffen hat.

Die dilatorische Behandlung polnisch adressierter Briefschaften durch die deutschen Postbehörden veranlaßte Ledebour, im Reichstag die durch die preußisch-deutsche Sprachgesetzgebung angestrebte Verdrängung der polnischen Sprache zu kritisieren. Unter Protest gegen die schikanösen Manifestationen des preußischen „Polizeipatriotismus" und das „schnöde Spiel", das die Hakatisten mit dem Wort „Deutscher" trieben, wandte er sich gegen die sprachliche Ausnahmebehandlung der Polen und wies sie als verfassungsrechtlich unzulässig zurück. Zwar müsse die Zugehörigkeit der Polen zum preußischen Staatswesen als historisches Faktum hingenommen werden, gab er zu, doch habe Deutschland mit der Aufnahme fremdsprachiger Bevölkerungssplitter in seinen Verband auch die Verpflichtung, ihnen den Gebrauch ihrer Muttersprache zu sichern.[92]

Im Dezember 1901 mußte sich der Reichstag mit dem als Folge der Einführung der deutschen Schulsprache für die Unter- und Mittelstufe entstandenen „Wreschener Schulkrawall" befassen. Ledebour benutzte die Gelegenheit, um die Wurzeln des neuzeitlichen „Staatsgrundsatzes" aufzudecken, der da laute, daß es „das Recht der Majorität in einem Lande ist, der anderssprachigen Minorität ihre Sprache aufzuzwingen". Diesen Grundsatz des „cuius regio, eius lingua", das moderne Seitenstück des Prinzips „cuius regio, eius religio", nannte er „barbarisch" und „kulturmörderisch".[93] Solange nicht mit diesem verhängnisvollen Axiom gebrochen werde, drohe stets die Gefahr neuer Kriege in Europa.[94] Als sozialdemokratisches Heilmittel empfahl Ledebour die Anerkennung einer echten „Nationalitätentoleranz" — also die Herbeiführung des jetzt schon in der Schweiz bestehenden Rechtszustandes, bei dem alle „Nationalitäten das gleiche Recht in der Ausnutzung ihrer Sprache in Handel und Wandel, in Familie, Schule und Verkehr"

[91] Siehe dazu und zum Thema allgemein Hans-Ulrich Wehler, *Sozialdemokratie und Nationalstaat. Die deutsche Sozialdemokratie und die Nationalitätenfragen in Deutschland von Karl Marx bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges* (= Marburger Ostforschungen, Bd. 18), Würzburg 1962, S. 197 ff.

[92] Vgl. *Sten. Ber. RT*, Bd. 180, S. 1424 (Rede vom 16. 2. 1901).

[93] Ähnlich hatte er sich schon 1885 geäußert, vgl. oben S. 24 f.

[94] Vgl. *Sten. Ber. RT*, Bd. 182, S. 3108 (Rede vom 10. 12. 1901).

besäßen.[95] Doch angesichts der in Deutschland vorherrschenden nationalstaatlichen Auffassung bezweifelte er, daß der Staat die Forderung aufgreifen und den fremdsprachigen Volksteilen sprachliche Autonomie gewähren werde. Die Reaktion auf die Wreschener Vorfälle im Reichstag bestätigte Ledebours Pessimismus. Die Parteien der Rechten verteidigten die vom preußischen Kultusminister getroffenen Sprachverfügungen. Konservative und Nationalliberale stimmten mit Reichskanzler Bülow darin überein, daß die „Pflicht gegenüber dem Deutschtum" solche Maßnahmen erforderlich mache. Die Deutschen müßten sich vor dem nationalpolnischen Extremismus schützen, der ja in den Auseinandersetzungen der polnischen Elternschaft mit dem Wreschener Schulpersonal seine handgreiflichsten Formen angenommen habe.[96] Das Sprachenproblem sollte demnach nicht in der von Ledebour angedeuteten Richtung, sondern auf dem Wege gewaltsamer „Eindeutschung" gelöst werden.

Bei dem Bestreben, die Hintergründe der deutschen Nationalitätenpolitik zu beleuchten, versäumte es Ledebour nie, auf die Folgen hinzuweisen, über die selbst die ausgesprochenen Vorkämpfer des deutschnationalen Gedankens nicht glücklich sein konnten. So hat er beispielsweise auf die pädagogischen Auswirkungen hingedeutet, die mit der Durchsetzung der deutschen Schulsprache in den Volksschulen der polnisch sprechenden Gebiete verbunden waren. Die an und für sich schon miserablen Zustände an den deutschen Volksschulen, an denen nur das „Notdürftigste" gelehrt werde, wurden nach Ansicht Ledebours noch dadurch verschlechtert, daß man den nicht einmal über genügende polnische Sprachkenntnisse verfügenden Schülern noch die deutsche Sprache oktroyieren wolle. Das Ergebnis werde sein, daß die Kinder auch das Deutsche nur „stümpern" lernten. Da die Grundlage der Bildung die „Ausbildung in der Muttersprache" sei, müsse die deutsche Sprachgesetzgebung notwendigerweise den Stand der allgemeinen Volksbildung herabdrücken. „Volksbildung und Germanisation erlangen Sie nicht", versuchte er den Parteien klarzumachen.[97] Doch die übergroße Mehrheit der Abgeordneten verschloß sich seiner Argumentation.

[95] *A. a. O.*, Bd. 180, S. 1425 (Rede vom 16. 2. 1901).

[96] Vgl. die Reden Bülows, des Konservativen Graf Limburg-Stirum und des Nationalliberalen Sattler vom 10. 12. 1901, *a. a. O.*, Bd. 182, S. 3088 (Bülow), S. 3095 (Limburg), S. 3099 (Sattler).

[97] *A. a. O.*, Bd. 182, S. 3108 f. (Rede vom 10. 12. 1901); ähnlich *a. a. O.*, Bd. 227, S. 628 (Rede vom 19. 3. 1907).

Ledebour hat bei seinen Stellungnahmen zur Nationalitätenfrage nicht vergessen, die Gründe aufzuführen, die selbst vom Blickpunkt konservativer Staatsraison aus dem angesteuerten Germanisierungskurs widersprachen. Schon der Demokrat hatte auf die verheerenden Rückwirkungen aufmerksam gemacht, die dem Deutschtum im Ausland aus der deutschen Nationalitätenhetze erwüchsen. Würden nicht, fragte Ledebour 1902 im Reichstag, zehn Millionen deutschsprachiger „Volksgenossen" in allen Teilen der Welt vor zwangsweiser „Entnationalisierung" geschützt, wenn Deutschland mit der Anerkennung der Nationalitätentoleranz beispielhaft voranginge?[98] „Wenn wir in Deutschland die Politik der Zwangsgermanisierung gegen Polen und Dänen und die französisch sprechenden Staatsangehörigen in Preußen und Elsaß-Lothringen fortsetzen, dann flechten wir damit die Geißel, die in Rußland und in anderen Ländern, wo zahlreiche Deutsche leben ... auf dem Rücken dieser Minderheiten geschwungen wird."[99] Die historischen Erfahrungen in der Vergangenheit — man denke an den Russifizierungsukas des Zaren von 1887 als Antwort auf die deutsche Ausweisungsordre in diesen Jahren — lehrten, daß die von Ledebour in dieser Richtung ausgesprochenen Befürchtungen nicht unberechtigt waren. Zwar fand Herbert von Bismarck die deutsche Minderheitenpolitik im Vergleich zu der im Zarenreich und in Ungarn betriebenen Russifizierung und Magyaisierung noch harmlos, und er pries die in Deutschland herrschende „milde Maienluft" gegenüber der eisigen Kälte in jenen Ländern.[100] Als sich jedoch kurz darauf die „patriotischen" Parteien über die von der ungarischen Regierung ausgeübte Unterdrückung deutschsprachiger Ungarn beschwerten, bestritt ihnen Ledebour das moralische Recht eines Protestes, da sie dieses Recht durch die im eigenen Lande betriebene Germanisierungspolitik verwirkt hätten.[101] Seine in diesem Zusammenhang an die deutsche Regierung gerichtete Aufforderung, im wohlverstandenen Eigeninteresse „bahnbrechend" in der Behandlung fremdsprachiger Minoritäten voranzugehen und nicht — wie er es später einmal ausdrückte — „zwischen preußisch-deutschen Scheuklappen durch die Geschichte zu wandern",[102] blieb auch jetzt ein Plädoyer ohne konkrete Konsequenzen für die allgemeine staatliche Marschroute.

[98] *A. a.* O., Bd. 183, S. 4551 (Rede vom 3. 3. 1902).
[99] *A. a.* O., Bd. 285, S. 2238 (Rede vom 22. 5. 1912).
[100] *A. a.* O., Bd. 180, S. 1575 (Rede vom 27. 2. 1901).
[101] *A. a.* O., Bd. 188, S. 8771 (Rede vom 20. 3. 1903).
[102] So Ledebour anläßlich der Behandlung der Poleninterpellation betr. die Aus-

Indes versuchte Ledebour von einem anderen Blickwinkel her der Regierung die Fehlerhaftigkeit ihrer Politik aufzurechnen. War der Germanisationskurs unter außenpolitischem Aspekt nicht ein Schlag ins Wasser? Wenn heute Deutschland in einen Krieg gerate — und das könne „kaum mit einem anderen Staate in Europa" geschehen als mit Rußland —, dann werde das durch die Volkstumshetze aufgebrachte Polentum in prinzipieller Opposition zu Deutschland stehen. Ganz anders werde sich die polnische Bevölkerung bei einer polenfreundlichen Generallinie verhalten. Ledebour glaubte, dem Reichstag versichern zu dürfen, daß im Falle einer positiven deutschen Minderheitenpolitik „die Polen sich der Landesverteidigung mit derselben Wärme annehmen werden, wie es die Deutschen tun würden gegen ein russisches Eroberungsheer". Ja, sogar die geknechteten Polen in Rußland würden dann auf die Deutschen als ihre „Retter" blicken.[103] Die Germanisierungspolitik aber müsse „kritische Tage" für Deutschland noch gefährlicher machen.[104] Noch war allerdings in den Augen Ledebours einer aktiven Irredentapolitik der Polen in Deutschland ein Riegel vorgeschoben durch den noch despotischeren Kurs des Zaren. Er verhindere zur Zeit noch, daß sich die antipolnischen Bestrebungen zu größerem Schaden für das Reich auswüchsen. Aber darin sah Ledebour keine Garantie für die Zukunft. Seitdem mit der russischen Revolution erste Anzeichen für ein Absterben des russischen Absolutismus sichtbar geworden seien, biete das Vertrauen auf die jederzeit abschreckende Wirkung des Zarenregiments keine zuverlässige Basis mehr für die „polenfeindlichen" Politiker in Deutschland. Ledebours Warnung vor den außenpolitischen Rückwirkungen eines liberaleren Regiments im „Weichselgouvernement"[105] ließ jedoch die preußisch-deutsche Minderheitenpolitik vor dem Ersten Weltkrieg unbeeindruckt.

Im Gegenteil — mit dem Erlaß des vor allem auf den Druck des Deutschen Ostmarkenvereins und der Alldeutschen zustande gekommenen preußischen Enteignungsgesetzes von 1908, demzufolge bis zu 70 000 ha Land den Besitzer wechseln konnten, wurde eine neue Phase der Bekämpfung der Minderheiten im Reich eingeleitet. Denn wenn auch das Gesetz nicht ausdrücklich eine bestimmte Nationalität diskriminierte, so war doch klar, daß mit den Enteignungsmaßnahmen

weisung polnischer Schüler von höheren und mittleren Lehranstalten, *a. a. O.*, Bd. 227, S. 630 (Rede vom 19. 3. 1907).

[103] *A. a. O.*, Bd. 180, S. 1585 (Rede vom 27. 2. 1901).

[104] *A. a. O.*, Bd. 182, S. 3109 (Rede vom 10. 12. 1901).

[105] *A. a. O.*, Bd. 227, S. 629 (Rede vom 19. 3. 1907).

„zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen“[106] die in Preußen ansässigen Polen getroffen werden sollten. Auch diesmal versäumten es Ledebour und seine Freunde nicht, im Reichstag auf die „Unerhörtheit“ dieses gesetzgeberischen Vorgehens hinzuweisen.

Ledebour bezeichnete es als „staatsrechtliches Novum“, daß man jemanden, für den es keine verfassungsrechtliche Definition gebe, zum Gegenstand der Gesetzgebung mache. Der Begriff „Deutscher“, der sich nach der Verfassung mit dem Wort „Reichsangehöriger“ decke, sei eine staatsrechtliche Fixierung und daher unabhängig von Abstammung, Sprache und Glauben.[107] Der landläufige Begriff „Pole“, der in die Verwaltungspraxis Eingang gefunden habe, sei der Reichsverfassung unbekannt. Daß die Polen als „vollkommen gleichberechtigte Mitbürger des preußischen Staates und Deutschen Reiches“ durch Ausnahmegesetze verfolgt würden, sei außerdem ein Verstoß gegen den in der Verfassung verbrieften staatsbürgerlichen Gleichheitsgrundsatz.[108] Zugleich geißelte er die Bodenpolitik als Ausdruck unstillbaren Landhungers des ostdeutschen Großgrundbesitzes. In ihrem unermüdlichen Streben nach ökonomischen Vorteilen hätten die preußischen Agrarier den Staat eingeschaltet, um durch Enteignung polnischen Besitztums ihre materiellen Interessen auf Kosten anderer Bevölkerungsteile zu befriedigen. Die zur Rechtfertigung der Enteignung von den Rechtsparteien vorgebrachten staatspolitischen Argumente waren in den Augen Ledebours nur ein Manöver zur Vertuschung ihrer eigentlichen materiellen Antriebsmotive.[109] Trotz des Abscheus vor dem Enteignungsgesetz als einem Extrem der Politik von Preußens herrschender Agrarkaste konstatierte er mit Genugtuung, daß die Expropriateure mit ihren Maßnahmen in die Arme des Sozialismus arbeiteten, der ja „im Interesse der Gesamtheit die Vorrechte, auch die Besitzprivilegien der einzelnen, beseitigen“ werde.[110]

Damit hatte Ledebour einen Punkt berührt, der auch in konservativen Kreisen einiges Unbehagen hervorrief. Der Gedanke, daß das

[106] Zitiert nach H.-U. Wehler, *Sozialdemokratie* ... (= Marburger Ostforschungen, Bd. 18), S. 167.

[107] Vgl. *Sten. Ber. RT,* Bd. 229, S. 2466 f. (Rede vom 16. 1. 1908); *a. a.* O., Bd. 183, S. 4570 (Rede vom 4. 3. 1902).

[108] *A. a.* O., Bd. 235, S. 7159 f. (Rede vom 25. 2. 1909).

[109] *A. a.* O., Bd. 229, S. 2468 ff. (Rede vom 16. 1. 1908).

[110] *A. a.* O., Bd. 235, S. 7161 (Rede vom 25. 2. 1909).

Enteignungsgesetz das Grundprinzip der Unverletzlichkeit des Privateigentums antaste und damit staatssozialistischen Eingriffen die Tür öffne, sowie die Furcht, es könne das Enteignungsrecht auch auf deutsche Besitzer Anwendung finden, hielten anfangs einen Großteil der Konservativen von der Zustimmung zur Enteignungsvorlage ab. Doch die von der preußischen Regierung den Agrariern in Aussicht gestellten Vorteile und eindringliche Appelle an die „nationalen Instinkte" von seiten des Bundes der Landwirte brachen schließlich den Widerstand der gemäßigten Konservativen, so daß die Novelle Gesetzeskraft erlangen konnte.[111]

Insgesamt war der materielle Erfolg der preußisch-deutschen Bodenpolitik bescheiden.[112] Die vor allem von den Hakatisten und vom Hugenberg-Kreis mit der Agrarpolitik beabsichtigte Zurückdrängung des polnischen Elements wurde keineswegs erreicht, die Polonisierung eher vorangetrieben. Als sich Bülow einmal im Reichstag darüber beklagte, die Polen vermehrten sich wie die „Hasen", belehrte ihn Ledebour, daß gerade die antipolnische deutsche Nationalitätenpolitik einen der Gründe für die polnische Bevölkerungszunahme darstelle. Es sei ein unabänderliches „Bevölkerungsgesetz", meinte er, daß die proletarisierte Bevölkerung stärker wachse als die besitzende, da bei ihr die kapitalistische „Hemmungstendenz" wegfalle.[113] Wenn Ledebour die polnische Bevölkerungsvermehrung als ein Produkt der Härten des bestehenden Systems charakterisierte, so hat er doch nicht übersehen, daß ein weiterer Motor in dem ständigen Anschwellen des polnischen Nationalbewußtseins zu suchen sei. Mit seinem Hinweis auf das überall in der Welt zu beobachtende „hochgespannte Nationalgefühl", dem nicht durch „Entnationalisierung", sondern nur auf dem Wege der

[111] Vgl. dazu die Arbeit von Puhle, der zeigt, wie gerade beim Enteignungsgesetz die radikalen Agrarier und die Radikalen des Bundes der Landwirte für die nationalistische Aufladung des alt-preußischen Konservatismus sorgten, Hans-Jürgen Puhle, *Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893—1914). Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei* (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung. B. Historisch-politische Schriften), Hannover 1967, S. 256 ff.

[112] H.-U. Wehler, *Sozialdemokratie ...* (= Marburger Ostforschungen, Bd. 18), S. 172, hebt hervor, daß durch die Ansiedlungspolitik die polnischen Siedlungswilligen in ostpreußische, pommersche und oberschlesische Bezirke abgedrängt wurden. Vom Enteignungsrecht hat die Regierung — abgesehen von einer Ausnahme im Jahre 1912 — keinen Gebrauch gemacht.

[113] Vgl. *Sten. Ber. RT*, Bd. 187, S. 7695 (Rede vom 5. 2. 1903).

Nationalitätentoleranz beizukommen sei,[114] traf er ein für das Zeitalter des integralen Nationalismus entscheidendes Merkmal. Mit dieser realistischen Einschätzung der polnischen Nationalbewegung, deren Impulse er nicht allein auf die preußisch-deutsche Repressivpolitik zurückführte, stand er ziemlich allein in seiner Partei. Weder Rosa Luxemburg und ihre Freunde, die im Nationalismus ein bloßes Relikt der absterbenden bürgerlichen Epoche sahen, noch die Mehrheit der im deutschen Nationalstaat aufgewachsenen sozialdemokratischen Funktionäre folgten ihm hierin.

Trotz dieser tieferen Einsicht in die Problematik der Nationalitätenfrage hat Ledebour ebensowenig wie seine Partei ein konkretes Programm formuliert, sondern sich auf eine Kritik der verfassungsrechtlichen Ausnahmebehandlung der Minderheiten im Reich beschränkt. Gegen die Bestrebungen des kleindeutschen Nationalstaates, die vier Millionen Fremdsprachigen durch Bekämpfung der nationalen Eigenart einzuschmelzen, haben er und seine Parteifreunde stets mit Verve opponiert und für die Anerkennung des Grundsatzes der Nationalitätentoleranz geworben, die für sie im wesentlichen identisch war mit der Gewährung von sprachlicher und kultureller Gleichberechtigung für alle in einem Staatsverband lebenden Personen. Nach Vorschlägen zur Behebung der aktuellen Spannungen wird man bei Ledebour und den übrigen Sozialdemokraten vergeblich suchen. Der einsame Vorstoß Simon Katzensteins im Jahre 1893, die Reichstagsfraktion möge auf eine verfassungsrechtliche Fixierung der Gleichberechtigung nichtdeutscher Volkssprachen mit der deutschen Staatssprache dringen, war an formalen Bedenken gescheitert.[115] In dem 1903 der Parteiöffentlichkeit unterbreiteten Vorschlag, ins Erfurter Programm die Bestimmung einzufügen, daß der Unterricht in der Volkssprache zu erteilen sei,[116] erschöpfte sich Ledebours positiver Beitrag zur Bewältigung der Nationalitätenfrage.

Während Karl Renner in Österreich mit einer festumrissenen Konzeption, durch die Verbindung des Territorialitätsprinzips mit der Idee staatsrechtlich autonomer nationaler Personenverbände, dem Nationa-

[114] *A. a. O.*, Bd. 180, S. 1425 (Rede vom 16. 2. 1901); *a. a. O.*, Bd. 180, S. 1584 (Rede vom 27. 2. 1901).

[115] Vgl. H.-U. Wehler, *Sozialdemokratie* ... (= Marburger Ostforschungen, Bd. 18), S. 124.

[116] Vgl. Georg Ledebour, *Zur Polenfrage*, in: *Vorwärts*, Nr. 284 vom 5. 12. 1903, 1. Beilage.

litätenproblem beizukommen suchte,[117] begnügte sich die SPD mit grundsätzlicher Opposition gegen die deutsche Germanisationspolitik und der Proklamation von Nationalitätentoleranz. Die tiefere Ursache für das Fehlen eines positiven Minderheitenprogramms mag darin zu suchen sein, daß die Nationalstaatswirklichkeit des Deutschen Reiches das Nationalitätenproblem nicht zu einer erstrangigen Frage gemacht hat.[118] Ein mit der Lage im habsburgischen Vielvölkerstaat vergleichbarer Zwang, ein sozialdemokratisches Nationalitätenrecht zu formulieren, existierte in Deutschland nicht. Diese Tatsache, vielleicht auch eine gewisse Unfähigkeit, tragbare politische Konzeptionen zu entwickeln, ließen die Anregungen Karl Renners oder Otto Bauers selbst bei einem aufgeschlossenen Sozialdemokraten wie Ledebour nicht fruchtbar werden.

SPD und „Polnische Sozialistische Partei in Preußen" (PPS)

In seiner Haltung gegenüber der polnischen Nationalität folgte Ledebour den Spuren Wilhelm Liebknechts, der als einer der prononciertesten sozialdemokratischen Polonophilen gelten darf.[119] Ledebour sah sich selbst in der Nachfolge des alten Liebknecht,[120] und Rosa Luxemburg, seine stärkste Kontrahentin in der polnischen Frage, attestierte ihm bereitwillig und nicht ohne Ironie, daß er in seiner Stellung zu den Polen den „Alten" zu ersetzen versuche.[121]

Seit der Gründung der „Polnischen Sozialistischen Partei in Preußen" (PPS) hatte die deutsche Sozialdemokratie Gelegenheit, die von ihr postulierte Nationalitätentoleranz in den eigenen Reihen zu praktizieren. Die Gründung einer selbständigen Parteiformation der sozialdemokratischen Polen in Deutschland hat Ledebour in einem Leitartikel im *Vorwärts* lebhaft begrüßt. Zwar könne mit einigem Recht gefragt werden, warum „nationale Spaltungen in das Proletariat eines Staatsganzen" hineingetragen würden. Doch die Installierung einer

[117] Vgl. Rudolf Springer (= Karl Renner), *Der Kampf der österreichischen Nationen um den Staat,* Leipzig 1902.

[118] Vgl. Theodor Schieder, *Nationalstaat und Nationalitätenproblem,* in: *Zeitschrift für Ostforschung,* 1. Jg. (1952), S. 176.

[119] Für Liebknechts Position in der polnischen Frage und die Motive seiner propolnischen Haltung siehe H.-U. Wehler, *Sozialdemokratie* ... (= Marburger Ostforschungen, Bd. 18), S. 102 ff.

[120] Vgl. Ledebours Rede im 6. Berliner Wahlkreis, in: *Vorwärts,* Nr. 237 vom 10. 10. 1901, 1. Beilage.

[121] Vgl. Rosa Luxemburg, *Nachträgliches zur Polendebatte, a. a.* O., Nr. 251 vom 27. 10. 1903, 1. Beilage.

eigenen Organisation der „Preußen polnischer Zunge" sei wegen des von ihnen zu führenden Sprachverteidigungskampfes gegen die deutsche Germanisationspolitik berechtigt.[122]

Ledebour hat sich diese wohlwollende Haltung gegenüber der PPS in der Folgezeit bewahrt. Von einem vergleichsweise guten Einvernehmen zwischen der Mehrheit der SPD und der PPS kann allerdings nicht gesprochen werden. Das Streben der sozialdemokratischen Polen nach institutioneller Unabhängigkeit von der SPD und ihr nie aufgegebener Anspruch auf Wiederherstellung eines unabhängigen polnischen Staatswesens haben schon bald das Verhältnis der beiden Parteien zueinander belastet.[123]

Bereits vor den Reichstagswahlen von 1898, bei denen die PPS mit eigenen Kandidaten aufzutreten wünschte, sah sich die SPD ernsten Schwierigkeiten gegenüber. Zwei Fragen tauchten damals auf, die sich in den folgenden Jahren immer wieder stellten: 1. Würde die SPD mit ihrem organisatorischen Zentralismus auf die Dauer ein gesondertes Vorgehen der PPS in den Reihen ihrer Wählerschaft zulassen? 2. War es der deutschen Sozialdemokratie ernst mit ihrem offiziellen Bekenntnis zur polnischen Unabhängigkeitsidee? Wilhelm Liebknecht hat auf dem Parteitag von 1897, der sich als erster mit der Polenangelegenheit zu befassen hatte, keinen Zweifel daran gelassen, daß er „die polnischen Bestrebungen nach Unabhängigkeit für ebenso berechtigt" halte wie die eines jeden anderen Volkes.[124] Doch diese Solidaritätsbekundung wurde schon damals durch den Einwand eines SPD-Sprechers abgeschwächt, daß die Klassenkampfgesinnung den Vorrang vor dem nationalpolnischen Gedanken haben müsse.[125]

Nach harten Kämpfen zwischen beiden sozialdemokratischen Organisationen kam es um die Jahrhundertwende vor allem auf Betreiben Rosa Luxemburgs, die als Führerin der in Kongreßpolen agitierenden „Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen" (SDKPiL) von Anfang an der PPS und ihren nationalpolnischen Bestrebungen feindselig gegenübergestanden hatte,[126] zum Bruch. In der Bestands-

[122] Vgl. Georg Ledebour, *Die Sonderorganisation der polnischen Sozialdemokraten, a. a. O.*, Nr. 255 vom 29. 10. 1893.

[123] Siehe dazu ausführlich H.-U. Wehler, *Sozialdemokratie* ... (= Marburger Ostforschungen, Bd. 18), S. 124 ff.

[124] Vgl. *Prot. PT SPD 1897*, S. 133.

[125] So Albin Gerisch, vgl. H.-U. Wehler, *Sozialdemokratie* ... (= Marburger Ostforschungen, Bd. 18), S. 133.

[126] Für eine eingehende Analyse von Rosa Luxemburgs Einstellung zur nationalen Frage siehe Peter Nettl, *Rosa Luxemburg*, Köln—Berlin 1967, S. 809 ff.

aufnahme des Parteivorstandes auf dem Parteitag zu Lübeck wurde die PPS der Verletzung des sakrosankten Prinzips der Einheitsorganisation angeklagt. Da es unmöglich sei, daß neben der SPD eine selbständige polnisch-sozialdemokratische Partei bestehe, lehne der Parteivorstand die weitere Gemeinschaft mit den polnischen Sozialdemokraten innerhalb der Reichsgrenzen ab.[127] Einzig Ledebour übernahm die Rolle des verstorbenen Liebknecht und warb für die doch noch „in den Kinderschuhen" steckenden Polen. Mit einem bewundernden Seitenblick auf die österreichischen Sozialdemokraten gab er zu bedenken, daß „wir ... in Deutschland sehr rückständig in bezug auf das Verständnis für die Bedürfnisse fremder Nationalitäten innerhalb unseres Reichsgebiets" seien.[128] Er empfahl den Delegierten, nochmals ihr Verhältnis zu den Polen zu überprüfen, und ermahnte sie, das auch unter den Sozialdemokraten hochentwickelte nationale Empfinden zu berücksichtigen.[129] Doch Rosa Luxemburg warf ihm vor, das Wesen des Streites nicht verstanden zu haben und nur aus seinem bekannten „Gefühl der Gerechtigkeit und des Mitleids mit allen Unterdrückten" zu sprechen. Rosa Luxemburgs Standpunkt schien auf der ganzen Linie zu triumphieren. Wenn einer der Parteitagsdelegierten äußerte, daß die Sozialdemokraten bei ihrer Agitation keine Rücksicht auf das „Nationalitätsgefühl" zu nehmen brauchten,[130] so war das eine Variante der Luxemburgschen Feststellung, daß der gegenwärtige Konflikt nur als Kampf zwischen polnischen Sozialdemokraten auf „internationalem" und solchen auf „nationalem" Boden anzusehen sei.[131] Allerdings konnte es dem aufmerksamen Beobachter nicht entgehen, daß dies eine mehr äußerliche Übereinstimmung war. Während Rosa Luxemburg von ihrem rigorosen Internationalismus her eine Schwächung der mit ihrer Parteiorganisation in Russisch-Polen konkurrierenden national-polnischen Sozialdemokraten in Deutschland wünschte, war die Zurückweisung der polnischen Forderungen durch die deutschen Parteivertreter eher ein Zeichen dafür, wie weit der nationaldeutsche Integrationsprozeß in den Reihen der SPD schon fortgeschritten war und deshalb jede Störung von außen als unbequem empfunden wurde.

[127] Vgl. *Prot. PT SPD 1901*, S. 119.

[128] *A. a.* O., S. 125.

[129] *A. a.* O., S. 129.

[130] So Otto Braun, *ebda.*

[131] *A. a.* O., S. 127.

Ledebours in Lübeck beantragte Resolution, in der die Erwartung ausgesprochen wurde, daß „ein gedeihliches Zusammenwirken der Partei mit der Organisation der polnischen Sozialdemokraten in Deutschland wieder hergestellt wird“,[132] wurde vom Vorstand abgelehnt. Erst wenn die Polen ihre „Sonderbündelei“ aufgegeben hätten, erklärte Pfannkuch,[133] stünde ihnen der Weg in die SPD wieder offen. Für den Augenblick war damit Ledebours einsame Vermittlertätigkeit gescheitert. Um so mehr dürfte Ledebour Genugtuung darüber empfunden haben, daß eine Polenveranstaltung in Berlin kurz nach dem Parteitag ihm „für seine wirklich internationalen sozialistischen Ansichten ... ihre tiefgefühlteste Hochachtung“ zollte.[134]

Die in derselben Polenversammlung geäußerte Hoffnung, mit der Zeit möchten auch diejenigen deutschen Genossen, die „heute noch der polnisch-sozialistischen Partei feindlich“ gegenüberstünden, zur brüderlichen Zusammenarbeit bereit sein,[135] schien nicht unbegründet. Der Parteitag des folgenden Jahres zeigte eine gewisse Aufweichung der Standpunkte in der Polenfrage. Trotz heftiger Attacken Rosa Luxemburgs auf die „demoralisierende Sonderbündelei“ der PPS erklärte diesmal Bebel, daß der Bruch ein Ergebnis von Fehlern beider Seiten darstelle.[136] Als Auer in seinem Vorstandsbericht sogar Verständnis für den aus den brutalen Angriffen auf Sprache, Sitte und Religion resultierenden „Trieb zur Selbständigkeit und Unabhängigkeit“ der Polen durchblicken ließ,[137] da hatte man für Augenblicke den Eindruck, daß Ledebours Plädoyer des Vorjahres auf fruchtbaren Boden gefallen sei.

[132] *A. a.* O., S. 125.

[133] *A. a.* O., S. 130.

[134] Zitiert nach *Vorwärts,* Nr. 239 vom 12. 10. 1901. Ledebours Eintreten für die Polen hebt Ignaz Daszyński rühmend in seinen Memoiren hervor, vgl. *Pamiętniki (Erinnerungen),* Bd. 1, Krakau 1925, zitiert nach einer Besprechung von G. Waletzki unter dem Titel *Die Memoiren eines Sozialpatrioten,* in: *Die Kommunistische Internationale,* 6. Jg. (1925), S. 704.

Ledebours Popularität bei den polnischen Sozialdemokraten entging den in der SPD Maßgeblichen nicht. Sie benutzten deshalb Ledebour als Wahllokomotive unter den polnischen Wählern, vgl. das deutsch-polnischsprachige Flugblatt vom Januar 1907, das in Posen gedruckt worden war, Hauptabteilung XII, Zeitgeschichtliche Sammlung, IV. Flugblätter, Nr. 47, Bl. 91 (Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin).

[135] Vgl. *Vorwärts,* Nr. 239 vom 12. 10. 1901.

[136] Vgl. *Prot. PT SPD 1902,* S. 151 und 154.

[137] *A. a.* O., S. 105.

Der Zeitpunkt für eine Aussöhnung, zu der auch der Parteitag seine Zustimmung gab,[138] war günstig. Voll Besorgnis über die deutsche Entwicklung hatte von Österreich aus Ignaz Daszyński zur Feder gegriffen und zum Ausgleich gemahnt. Mit einer deutlichen Warnung an alle Genossen, die mit „fetischhafter" Starrheit den Klassenkampf ausschließlich als das Wesen der Sozialdemokratie bezeichneten, wies er auf die geschichtliche Aufgabe der Sozialdemokraten hin, neben der Befreiung von sittlicher, religiöser, politischer und sozialer Knechtschaft auch für die nationale Gleichheit unter den Völkern kämpfen zu müssen.[139] Der wohlgemeinte Appell Daszyńskis blieb allerdings ohne praktische Auswirkung. Die bis Anfang 1902 zwischen der SPD und der PPS gepflogenen Verhandlungen, bei denen Rosa Luxemburg und ihre Emissäre gegen die PPS, ja für deren Auflösung agitierten, verliefen ergebnislos.[140]

Unter diesen traurigen Auspizien beriet der Parteitag in Dresden die Ergebnisse in der Polenangelegenheit. „Unter der auf deutschen Parteitagen stets bei der Behandlung internationaler Fragen üblichen Teilnahmslosigkeit", schrieb später Michels resignierend,[141] traten nur Ledebour, Konrad Haenisch und Simon Katzenstein auf, um die Sache der PPS zu verteidigen. Sie ziehen den Parteivorstand der Anwendung falscher Verhandlungsmethoden und wandten sich besonders gegen das der PPS vorgelegte Nebenprotokoll, das den ausdrücklichen Verzicht auf jedes die Wiederherstellung Polens verlangende „Sonderprogramm" forderte. Den Verfechtern der polnischen Interessen war es unerfindlich, wie man zwischen dem schon im Erfurter Programm garantierten, durch den Beschluß der Internationale von 1896 bekräftigten Selbstbestimmungsrecht und der Forderung der Polen nach nationaler Selbständigkeit einen Gegensatz herauslesen konnte.[142] Für Ledebour bestand kein Zweifel, daß der Verzichtwunsch ein ausgesprochenes Produkt der Luxemburggruppe war, auf deren Konto er

[138] *A. a.* O., S. 163.

[139] Vgl. Ignaz Daszyński, *Nationalität und Socialismus,* in: *Sozialistische Monatshefte,* 6. Jg. (1902), Bd. 2, S. 733—737; zur Antwort Bebels vgl. *Prot. PT SPD 1902,* S. 153.

[140] Vgl. H.-U. Wehler, *Sozialdemokratie* ... (= Marburger Ostforschungen, Bd. 18), S. 147 ff.

[141] Vgl. Robert Michels, *Die deutsche Sozialdemokratie im internationalen Verbande. Eine kritische Untersuchung,* in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik,* Bd. 25 (1907), S. 164 f.

[142] Vgl. *Prot. PT SPD 1903,* S. 275 f. (Haenisch und Katzenstein).

auch das Scheitern der Einigungsbemühungen buchte.[143] Die schon seit Jahren zwischen Rosa Luxemburg und „Ledebourski", wie Luxemburg ihren Kontrahenten spöttisch titulierte,[144] angestauten Animositäten kamen bei dieser Gelegenheit offen zum Ausbruch. Luxemburg hielt Ledebour vor, „auf jedem Parteitage eine lustige Aufführung bei der Polenfrage zu inszenieren" und es sich mit der Übernahme des Liebknechtschen Wahlkreises zur „Ehrenpflicht" gemacht zu haben, „Polen unbedingt wiederherzustellen". Sie sah in Ledebour das „Werkzeug der ehrabschneiderischen Absichten einer fanatischen Gruppe von Leuten", die zahlenmäßig unbedeutend sei und außerdem sich mit ihren „nationalistischen[n] Verhetzungen" vom Boden des Parteiprogramms entfernt habe.[145]

Ledebour antwortete in seiner Replik auf die Vorwürfe Rosa Luxemburgs ebenso sachlich wie bestimmt. Zwar konnte er den Vorwurf einer mangelnden Vertrautheit mit den polnischen Dingen nicht entkräften.[146] Denn nach eigenem Eingeständnis war er nicht einmal der polnischen Sprache mächtig.[147] Auch zu den Besuchern der polnischen Landeskonferenzen gehörte er nicht,[148] so daß sich seine Kontakte zu den Polen vornehmlich auf schriftliche Mitteilungen beschränkten.[149] Ledebour versuchte jedoch, an Hand von statistischen Auswertungen der Wahlergebnisse das Argument Luxemburgs von der Bedeutungslosigkeit der PPS zu widerlegen und für die hinter den Erwartungen der PPS zurückgebliebenen Erfolge politische, ökonomische und soziale Gründe aufzuführen.[150] Der Kernpunkt der existierenden Streitigkeiten war für Ledebour das Bekenntnis der PPS zur Errichtung eines selbständigen polnischen Staatswesens. Gegen diese Forderung hatte Luxemburg auf dem Dresdener Parteitag scharf opponiert, da es nicht Aufgabe des Proletariats sei, „neue Klassenstaaten zu schaf-

143 *A. a. O.*, S. 276 f.

144 Vgl. *Prot. PT SPD 1902*, S. 154.

145 Vgl. Rosa Luxemburg, *Nachträgliches zur Polendebatte*, in: *Vorwärts*, Nr. 251 vom 27. 10. 1903, 1. Beilage.

146 Rosa Luxemburg hatte Ledebour vorgeworfen, daß er die polnischen Provinzen „wahrscheinlich nicht einmal aus dem Coupéfenster" gesehen habe, *ebda.*

147 Vgl. *Prot. PT SPD 1901*, S. 124.

148 Vgl. *Prot. PT SPD 1902*, S. 148.

149 Vgl. *Prot. PT SPD 1903*, S. 433: Ledebour verliest einen an ihn gerichteten Brief der Posener Revisionskommission über den Abonnentenstand der *Gazeta Ludowa*.

150 Vgl. Georg Ledebour, *Die Wahlergebnisse in Posen und Oberschlesien*, in: *Vorwärts*, Nr. 297 vom 20. 12. 1903, 3. Beilage.

fen".[151] Nun hat auch Ledebour in seiner Antwort an Luxemburg unterstellt, daß es den preußischen Polen nicht um die Wiedererweckung des ehemaligen Königreichs Polen gehe, das „ein Gewaltstaat schlimmster Art" gewesen sei.[152] Das bedeute aber noch lange nicht, daß die Polen ihren Wunsch nach nationaler Selbständigkeit aufzugeben hätten.

Interessant ist nun, wie Ledebour das Festhalten der Polen an der Unabhängigkeitsforderung begründete. Ausgehend von einer „ideale[n] Volkseinheit" aller Polen trotz der Grenzpfähle zwischen den drei Teilungsgebieten, glaubte er, daß eine Preisgabe des Unabhängigkeitspostulats durch die preußischen Polen einem Verrat an den „unter dem barbarischen, kulturvernichtenden Druck des Zarenregiments" lebenden russischen Polen gleichkomme, für die „die Errichtung eines eigenen Staatswesens" identisch sei mit der politischen Befreiung. Die polnischen Sozialisten in Deutschland dürften aus zwei Gründen dem Unabhängigkeitsgrundsatz nicht abschwören: erstens, weil sie damit den „obersten Grundsatz jeder Befreiungsbewegung, das Selbstbestimmungsrecht der Völker", verleugnen würden, zweitens, weil sie ihre „doppelt unterdrückten Brüder in Russisch-Polen" nicht schmählich im Stich lassen und verraten dürften. Dem letzteren Gesichtspunkt maß Ledebour entscheidendes Gewicht bei. Er meinte nämlich, daß für die polnischen Sozialdemokraten in Deutschland und Österreich die Schaffung eines eigenen polnischen Staatswesens „an sich keine Lebensfrage" sei.[153]

Diese Annahme Ledebours muß indes auf gewisse Skepsis stoßen. Die Unterstellung, daß die Polen in Deutschland an der Unabhängigkeitsforderung vorrangig aus Solidaritätsempfinden mit ihren Brüdern in Kongreßpolen festhielten, traf sicher nicht das Wesen der nationalpolnischen Aspirationen. Ebensowenig dürfte die schon 1893 von Ledebour geäußerte Vermutung, daß das polnische Proletariat die Abgrenzung des Deutschen Reiches als eine geschichtlich gegebene Tatsache hinnehme,[154] die Zustimmung der PPS gefunden haben. In dieser Feststellung kommt die auch in der SPD verbreitete Ansicht zum Ausdruck, daß die östlichen Reichsgrenzen ein Tabu seien. Die Sozialdemokratie hatte sich im Zuge des stetigen Hineinwachsens in den deutschen

[151] *Prot. PT SPD 1903*, S. 278.

[152] *A. a. O.*, S. 277.

[153] Georg Ledebour, *Zur Polenfrage*, in: *Vorwärts*, Nr. 284 vom 5. 12. 1903, 1. Beilage.

[154] Vgl. G. Ledebour, *Die Sonderorganisation ...*, *a. a. O.*, Nr. 255 vom 29. 10. 1893.

Nationalstaat nicht nur mit dessen territorialen Gegebenheiten abgefunden, sondern bekannte sich auch entschieden zur Integrität des Reiches. Der Ruf nach einem selbständigen polnischen Staat wurde daher von Jahr zu Jahr schwächer, ja, er stieß bei einem Großteil der sozialdemokratischen Parteifunktionäre auf offene Ablehnung. Daß die Erfüllung nationalpolnischer Wünsche auf Kosten des Reiches gehen müsse, hat Ignaz Auer schon 1896 den mit der polnischen Nationalbewegung Sympathisierenden klarzumachen versucht. Er schrieb damals an Kautsky: „Ich stehe der Wiederherstellung Polens mit Danzig als polnischem Seehafen kühl bis ans Herz hinan gegenüber... Sollen wir unsere deutschen Arbeiter und Bauern von Memel bis zur Oder unter Schlachtschitzen-Herrschaft bringen, damit eine Vorhut gegen die östliche Barbarei geschaffen wird?“[155] Angesichts dieser Einstellung verwundert es nicht, daß die polnische Unabhängigkeitsidee in den Reihen der Sozialdemokratie immer mehr an Verbindlichkeit verlor. Da die PPS jedoch an der Wiederherstellung Polens unabdingbar festhielt, die SPD aber auf Grund ihrer Integration in den deutschen Nationalstaat diesem Postulat mit Zurückhaltung oder Abneigung begegnete, war dem Zusammenwirken beider Parteiorganisationen letztlich eine Grenze gesetzt. Selbst ein Mann vom Zuschnitt Ledebours, der über ein geschärftes Verständnis für die Sonderbelange nationaler Minderheiten verfügte und dem die polnische Unabhängigkeitsforderung mehr als ein Lippenbekenntnis war, konnte daher den totalen Bruch nicht verhindern.

Die Wilhelminische Weltpolitik

Sozialdemokratie und Kolonialpolitik

Der Burenkrieg und die Verwicklungen der europäischen Mächte im ostasiatischen Raum hatten die SPD an der Schwelle des neuen Jahrhunderts dazu gedrängt, ihr Interesse in verstärktem Maße der „Weltpolitik“ zuzuwenden. Auf dem Parteitag in Mainz hatte sie den Imperialismus als überseeische Eroberungs- und Raubpolitik der „habgierigen Bourgeoisie“ verurteilt und der Kolonialpolitik, der stärksten Manifestation des Imperalismus, eine glatte Absage erteilt. In Übertragung ihrer innenpolitischen Ideale auf die äußere Politik verlangte die Partei, daß „die Rechte, die Freiheiten sowie die Unabhängigkeit“ der unterworfenen Völker „geachtet und gewahrt“ und diese „durch

[155] Auer an Kautsky am 23. 7. 1896 (Nachlaß Kautsky).

Lehre und Beispiel für die Aufgaben moderner Kultur und Zivilisation gewonnen werden".[156]

Im Widerspruch zur prinzipiell ablehnenden Haltung der Parteimehrheit gegenüber überseeischer Expansion und Beherrschung von Kolonialvölkern hatte damals Eduard Bernstein die „guten Seiten" der Kolonisierung hervorgehoben und sogar von einer Verpflichtung zu kolonialen Eroberungen gesprochen. Die sich hier abzeichnende Aufweichung der kolonialpolitischen Ansichten in der SPD, die in der Folgezeit sichtbare Veränderungen für die sozialdemokratische Auseinandersetzung mit der Kolonialpolitik zeitigte, hat allerdings die parteioffizielle Haltung der Kolonialnegation weitgehend unberührt gelassen. Daß die Partei als solche von dieser Position nicht abrückte, darf in hohem Maße der Gesinnungstüchtigkeit Ledebours auf diesem Sektor zugeschrieben werden, der als anerkannter Kolonialfachmann in der Partei und neben Bebel zeitweise Hauptsprecher der Fraktion in Kolonialfragen[157] zur Konservierung des kolonialpolitischen Proteststandpunktes beigetragen hat.

In einer im Auftrag des Parteivorstandes für den Kongreß der Internationale in Stuttgart verfaßten Denkschrift *Die deutsche Kolonialpolitik*[158] aus dem Jahre 1907 hat Ledebour den Grundcharakter der damaligen deutschen Kolonialpolitik analysiert und ist zu folgendem Ergebnis gelangt:[159]

1. Die Kolonialpolitik bedeute eine starke finanzielle Belastung für das Mutterland. Weit entfernt, die deutsche Volkswirtschaft zu fördern — nur „vereinzelte Kapitalisten" zögen wirklichen Profit aus den kolonialen Unternehmungen —, wirke sie sich als zusätzliche Steuerschraube aus.

2. Wenn auch die Eingeborenen durch die Kolonisation vom Sklavenhandel und manchen Mißbräuchen heimischer Despoten befreit worden seien, so hätten sie diese Vorteile doch gegen eine noch rücksichtslosere kapitalistische Ausbeutung eingetauscht. Überall gehe der

[156] *Prot. PT SPD 1900*, S. 93.

[157] Dies bestätigt Karl Kautsky, *Sozialismus und Kolonialpolitik. Eine Auseinandersetzung*, Berlin 1907, S. 13.

[158] Die 16seitige Broschüre erschien anonym. Die Verfasserschaft Ledebours wird bestätigt durch einen am Kopf der Broschüre angebrachten handschriftlichen Vermerk Dittmanns „Georg Ledebour". Die Denkschrift, ein Teil der Sammlung Dittmann, befindet sich im SPD-Archiv. Gustav Noske, *Kolonialpolitik und Sozialdemokratie*, Stuttgart 1914, S. 208 und 225, beurteilt die Schrift recht abfällig.

[159] Vgl. G. Ledebour, *Die deutsche Kolonialpolitik* . . ., S. 14—16.

kolonisatorische Trend dahin, „die Eingeborenen zu landlosen und unterwürfigen Ausbeutungsobjekten für die Unternehmer zu machen".

3. Auch für das Mutterland selbst zeitige die Kolonialpolitik höchst unheilvolle Erscheinungen. Sie verstärke im Innern die „aggressiven militaristischen Tendenzen in der Bourgeoisie" und trage zu einer „Verrohung des Empfindens innerhalb der herrschenden Klassen" bei. Die Kolonialskandale der jüngsten Zeit[160] seien sichtbare Beweise für die „moralische Degradation der deutschen Bourgeoisie".

4. Schließlich führe die Kolonialpolitik zur Vermehrung der internationalen Reibungsflächen, zur „Verstrickung in weltpolitische Händel", zur ernsthaften Bedrohung des Weltfriedens.

Als Schlußfolgerung aus diesem negativen Befund ergab sich nach den Worten Ledebours „die runde Ablehnung der Kolonialpolitik für die deutsche Sozialdemokratie". Ihr verbleibe nur die Aufgabe, „in fortdauernder kritischer und kontrollierender Betätigung im Parlament und in der Presse die Übel möglichst abzuschwächen, die dem Volkskörper überhaupt und dem Proletariat insbesondere aus den Kolonialabenteuern erwachsen". Außerdem obliege ihr die Pflicht, „die unterdrückten und ausgebeuteten Eingeborenen in den Kolonien nach Möglichkeit zu schützen".[161]

Vergleicht man Ledebours kolonialpolitische Bestandsaufnahme mit den allgemeinen parteioffiziellen Verlautbarungen zur Kolonialpolitik in dieser Zeit,[161a] so zeigt sich eine frappierende Übereinstimmung der Auffassungen sowohl was die Gesamtbeurteilung des Phänomens als auch was die Betonung der einzelnen Merkmale der Kolonialpolitik betrifft. Rentabilitätserwägungen, außenpolitische Einwände, innenpolitische Argumente — insbesondere der Hinweis auf die negativen moralischen Folgen des Kolonialismus für die herrschende Oberschicht —

[160] Ledebour erinnert dabei an den damals die Öffentlichkeit erregenden Prozeß des ostafrikanischen Gouverneurs Peters. Vgl. auch G. Noske, *Kolonialpolitik* ..., S. 90 ff.

[161] G. Ledebour, *Die deutsche Kolonialpolitik* ..., S. 16.

[161a] Für die Haltung der SPD zum Kolonialproblem vor 1914 siehe Hans-Christoph Schröder, *Sozialismus und Imperialismus. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit dem Imperialismusproblem und der „Weltpolitik" vor 1914* (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung. B. Historisch-politische Schriften) T. 1, Hannover 1968, S. 137 ff. Schröder bemüht sich — im Gegensatz zu früheren Arbeiten — vor allem, bestimmte Topoi der sozialdemokratischen Kolonialkritik auf ihre genealogische Qualität hin zu prüfen und das sozialdemokratische Verhalten gegenüber den kolonialpolitischen Fragen im Gesamtzusammenhang mit der Geschichte der SPD und des Kaiserreiches von 1871 zu sehen.

und nicht zuletzt der humanitäre Aspekt fließen in Ledebours Ablehnung der Kolonialpolitik zusammen. Diese Kolonialkritik war es, auf die auch Kautsky, Bebel, Liebknecht und die sozialdemokratische Publizistik den kolonialpolitischen Oppositionskurs vor 1914 stützten, wobei ohne Zweifel das humanitäre Moment, die Verwerfung jeglicher Ausbeutung der Eingeborenen, im Mittelpunkt der Überlegungen stand.[161b] Bei Ledebours bekanntem Mitgefühl mit den unterdrückten Völkern und Rassen und seiner Bereitschaft, für die Rechte fremder Gruppen und Nationalitäten einzutreten, bildete dieser ethisch-humanitäre Gedanke geradezu einen Eckpfeiler seines Protestes gegenüber der deutschen Kolonialpolitik.

Das erste größere Ereignis auf kolonialem Sektor, mit dem die Partei nach der Jahrhundertwende konfrontiert wurde, war der Herero- und Hottentottenkrieg. Nach Ansicht Ledebours bestätigte der südwestafrikanische Krieg vollauf die sozialdemokratische Auffassung, daß das Kolonialsystem „nur eine höhere Potenzierung des an sich schon verwerflichen kapitalistischen Ausbeutungssystems überhaupt" darstelle.[162] Ledebour und Bebel griffen damals aufs schärfste die Kriegführungsmethoden und vor allem die von den deutschen Generälen praktizierte Ausrottungsstrategie an.[163] Zusammen mit der gegen die südwestafrikanische Regierungspolitik opponierenden Reichstagsmehrheit lehnte daher die SPD auch die Mittel zum Bau der Kriegseisenbahn ab.[164] Ihre Vorstellungen von einer friedlichen Beendigung der Kämpfe faßte sie in einer Resolution zusammen, die Ledebour im Reichstag vortrug. Danach versprach sich die Partei die Rückkehr zu friedlichen Zuständen in der Kolonie, wenn „den Eingeborenen ein zu ihrem Lebensunterhalt im selbständigen Wirtschaftsleben ausreichender Landbesitz zugeführt werde".[165] Der Reichstag stimmte dem sozialdemokratischen Antrag zu. Gleichwohl wurde — trotz zahlreicher sozialdemokratischer Vorstöße, der letzte wurde 1912 unternommen — den Eingeborenen nicht der für die Großviehhaltung notwendige

[161b] *A. a. O.*, bes. S. 154 ff.

[162] *Sten. Ber. RT*, Bd. 214, S. 670 (Rede vom 19. 1. 1906).

[163] *A. a. O.*, Bd. 204, S. 5885 ff. (Rede vom 6. 4. 1905); *a. a. O.*, Bd. 214, S. 90 (Rede vom 2. 12. 1905). Für Bebels Stellungnahmen vgl. G. Noske, *Kolonialpolitik ...*, S. 113.

[164] Vgl. Georg Ledebour, *Die neue Propaganda für die Wüstenbahn*, in: *Vorwärts*, Nr. 217 vom 18. 9. 1906.

[165] *Sten. Ber. RT*, Bd. 217, S. 3576 (Rede vom 28. 5. 1906). Georg Ledebour, *Wie steht es in Südwestafrika?*, in: *Vorwärts*, Nr. 223 vom 25. 9. 1906.

Landbesitz zur Verfügung gestellt. Immerhin konnte die Sozialdemokratie für sich verbuchen, in den Debatten um den Nachtragsetat des Jahres 1906 für die Schutzgebiete neben dem Zentrum durch die Anprangerung kolonialer Mißstände und die Ablehnung der Regierungsvorlage[166] maßgebend zur Niederlage der Regierung und zur schließlichen Reichstagsauflösung beigetragen zu haben.

Trotz der aus dem negativen Ergebnis der Reichstagswahlen für die Partei erwachsenen Warnung — von revisionistischer Seite wurde die Niederlage auf die falsche Taktik in der Kolonialfrage zurückgeführt —[167] blieb die offizielle sozialdemokratische Haltung zur Kolonialpolitik unverändert. Ledebour bestritt, daß die von Dernburg inaugurierte „kapitalistische Kolonialpolitik" eine wesentliche Änderung gegenüber der früheren mehr „bureaukratisch geleiteten Kolonialpolitik" gebracht habe,[168] wiewohl er anerkannte, daß sich die Regierung in der Behandlung mancher Eingeborenenfragen dem sozialdemokratischen Standpunkt angenähert habe. Die Sozialdemokratie könne jedoch, so meinte er, ihre grundsätzliche Oppositionshaltung gegenüber der Kolonialpolitik nicht aufgeben, da sie einerseits Gegnerin der „Anwendung kapitalistischer Machtmittel zur Unterjochung und Ausbeutung fremder Völker" sei, andererseits die Kolonialpolitik als einen „integrierenden Bestandteil der gesamten kapitalistisch-imperialistischen Weltpolitik" bekämpfen müsse.[169] Wenn Sozialdemokraten in kolonialpolitischen Einzelfragen dennoch „positiv" mitarbeiteten, so geschehe dies nur im Interesse der Verbesserung des Eingeborenenloses.[170]

Im Sinne dieses Leitfadens befürwortete die Fraktion durch ihren Sprecher Ledebour beispielsweise den Ausbau der Eingeborenenkulturen und wehrte sich gegen die künstliche Forcierung der mit Eingeborenenkräften betriebenen Plantagenwirtschaft.[171] Ebenso wider-

[166] Vgl. Ledebours Reichstagsrede vom 13. 12. 1906, *Sten. Ber. RT*, Bd. 218, S. 4365 ff.

[167] Gegen die von Bernstein und Richard Calwer in dieser Richtung lautgewordene Kritik verwahrte sich Ledebour in seiner Rede im 6. Berliner Wahlkreis, vgl. *Vorwärts*, Nr. 69 vom 22. 3. 1907, 1. Beilage.

[168] *Sten. Ber. RT*, Bd. 228, S. 1499 (Rede vom 8. 5. 1907).

[169] *A. a. O.*, Bd. 231, S. 4058 (Rede vom 18. 3. 1908).

[170] *A. a. O.*, Bd. 265, S. 5839 f. (Rede vom 24. 3. 1911); *a. a. O.*, Bd. 285, S. 1582 f. (Rede vom 1. 5. 1912). Vgl. auch K. Kautsky, *Sozialismus . . .*, S. 13.

[171] Vgl. Ledebours Äußerungen in der Budgetkommission vom 3. 3. 1908 und vom 26. 2. 1913, Gesandtschaft Berlin, E 74 I, XII 13 (Hauptstaatsarchiv Stuttgart); ferner *Sten. Ber. RT*, Bd. 258, S. 754 f. (Rede vom 21. 1. 1910).

setzte sie sich lange Zeit der Anlage von Kolonialbahnen.[171a] Neben dem finanziellen Argument spielte hier bei Ledebour unter anderem der Gedanke mit hinein, daß die von skrupellosen Spekulantengruppen bei dem Ankauf von Eingeborenenländereien betriebene Übervorteilung der Negerbevölkerung diese zu Aufständen treiben könne.[172]

Ledebour trat bei der Erörterung solcher Fragen stets als entschiedener Verfechter der Eingeborenenrechte auf. In ihm hatten die Völkerschaften der Schutzgebiete einen ebenso wortgewaltigen Anwalt ihrer Interessen wie die fremdsprachigen Minderheiten im Reich. Immer, wenn in Kolonialdebatten Zwischenfälle zwischen Farbigen und Weißen zur Diskussion standen, waltete er seines Amtes als Schutzpatron der Neger. Dabei waren seine Sympathien durchaus nicht — wie bei einigen seiner Parteifreunde — von einem herablassenden, paternalistischen Wohlwollen gefärbt, sondern entsprangen vielmehr dem Empfinden einer zwischen dem europäischen Proletariat und der Eingeborenenbevölkerung bestehenden Klassensolidarität. Ledebour trug keine Bedenken, den in Europa herrschenden Klassengegensatz von Arbeitern und Unternehmern direkt auf die Kolonien zu übertragen,[173] wobei seine Erklärungen oft mit einem beträchtlichen Maß an Naivität und aufklärerisch-unproblematischem Zukunftsoptimismus behaftet waren. Stets fand er Entschuldigungsgründe für bestimmte Verhaltensweisen und Handlungen der Neger[174] und scheute auch nicht vor gelegentlichen Idealisierungen der Eingeborenen und ihrer Lebensweise zurück. Daß Ledebour auch ein ausgesprochener Anhänger der Einge-

[171a] Ein erster Schritt zur Unterstützung der verkehrsmäßigen Erschließung der Kolonien, dem ein weiteres Vortasten in dieser Richtung folgte, unternahm die SPD im Jahre 1912, vgl. G. Noske, *Kolonialpolitik . . .*, S. 205.

[172] Vgl. Ledebours Reichstagsrede vom 14. 6. 1904, *Sten. Ber. RT*, Bd. 200, S. 3128 ff.

[173] *A. a.* O., Bd. 231, S. 4059 (Rede vom 18. 3. 1908); Protokoll der Budgetkommission vom 27. 2. 1908, Gesandtschaft Berlin, E 74 I, XII 13 (Hauptstaatsarchiv Stuttgart).

[174] Ein eindrucksvolles Beispiel solcher Verteidigungstaktik lieferte Ledebour in einer Sitzung der Budgetkommission vom 22. 3. 1911, in der die tätliche Auseinandersetzung zwischen deutschem Militär und den bei einer südwestafrikanischen Firma als Arbeiter angestellten Transvaalkaffern verhandelt wurde. Ledebour hielt das handgreifliche Vorgehen der Kaffern für völlig verständlich, da gegenüber den in einem Arbeitsverhältnis stehenden Arbeitern keine militärischen Einheiten aufgeboten werden dürften. Arbeitskonflikte müßten durch zivile Stellen gütlich beigelegt werden, wobei sich die Regierung auf die Seite der eingeborenen Arbeitskräfte, nicht der Unternehmer zu stellen habe, Protokoll der Budgetkommission, *a. a.* O.

borenenselbstverwaltung war,[175] ergab sich mit Konsequenz aus dieser Einschätzung der Kolonialvölker. Nach Ledebours Ansicht erwies sich eine Selbstverwaltung der Eingeborenen nicht nur vom Standpunkt intellektueller Hebung der Neger als eine Notwendigkeit, sondern war auch unter dem Aspekt künftiger Selbständigkeit der Kolonien ein erster Schritt auf dem Weg in eine „vernünftigere" Zukunft.

Das Verlangen nach Freigabe der Kolonien gehörte überhaupt zu den Paradestücken sozialdemokratischer „Kolonialpolitik". Besonders nachdrücklich engagierte man sich für die Rückgabe Kiautschous an China.[176] Die angebliche wirtschaftliche Bedeutungslosigkeit sollte die Entbehrlichkeit kolonialen Besitzes plausibel machen. Ledebour hat in seiner Denkschrift nachzurechnen versucht, daß sich sowohl von der Export- als auch der Importbilanz her die Hoffnungen der deutschen „Kolonialschwärmer" nicht erfüllt hätten.[177] Auch die Eisenbahnbauten, die zwar zur Erschließung des Landes beigesteuert hätten, wurden von Ledebour als unrentabel ausgewiesen.[178] Es verwundert nicht, daß in diesem Negativkatalog auch alle Unternehmungen, wie Bergwerks-, Viehzucht- und Plantagenbetriebe, ihren Platz fanden.

Schließlich ist Ledebour der damals in Deutschland weitverbreiteten Ansicht entgegengetreten, daß man durch den Ausbau bestimmter Eingeborenenkulturen in den Kolonien nationale wirtschaftliche Autarkie erlangen könne. Die Vorstellung, daß die „monopolistischen Tendenzen der Einzelländer in der Entwicklung der Weltwirtschaft sich verschärfen und zur Einteilung des Kulturgebiets der Erde in eine Anzahl nationaler Ausbeutungsreservate führen müßten", sei zwar typisch für das Denken der „kapitalistischen Wirtschaftspolitiker", aber ganz und gar veraltet.[179] Die Phase der Kolonialpolitik, in der es jede Nation darauf abgesehen habe, für sich „Monopolpferche" anzulegen, sei endgültig überwunden. Der gegenwärtige weltwirtschaftliche Trend gehe vielmehr dahin, „in der ganzen Welt allmählich ein großes einheitliches Wirtschaftsgebiet" herzustellen, Länderschranken niederzureißen und „eine möglichste Verbindung der Nationen" zu schaffen.[180]

[175] Vgl. Ledebours Reden in der Budgetkommission vom 24. und 25. 4. 1912, *a. a. O.*

[176] Vgl. Ledebours Reichstagsrede v. 27. 3. 1909, *Sten. Ber. RT,* Bd. 235, S. 7779 ff.

[177] Vgl. G. Ledebour, *Die deutsche Kolonialpolitik* . . ., S. 9—11.

[178] *A. a. O.,* S. 11/12. Vgl. dagegen die positive und ausgewogenere Beurteilung bei G. Noske, *Kolonialpolitik* . . ., S. 203 ff.

[179] Vgl. G. Ledebour, *Die deutsche Kolonialpolitik* . . ., S. 8.

[180] *Sten. Ber. RT,* Bd. 216, S. 3982 (Rede vom 28. 11. 1906). Diese Auffassung, mit der sich Ledebour über die nationalstaatliche Gliederung der Weltwirtschaft hinweg-

Demnach waren für Ledebour Kolonien auch unter dem Aspekt des entwicklungsgeschichtlichen Fortschritts völlig überflüssig. Was die politische Seite angehe, meinte er, so seien die überseeischen Gebiete für Deutschland geradezu eine Belastung, vor allem wenn man bedenke, daß sie im Kriegsfall die Verteidigungskraft des Reiches beträchtlich verminderten. Eine Preisgabe der Kolonien würde Deutschlands „Unverwundbarkeit ganz bedeutend erhöhen".[181]

Auf welche Weise sich der Rückzug der Kolonialländer aus ihren überseeischen Besitzungen vollziehen solle, wußte Ledebour nicht zu beantworten. Kautsky, der sich ebenso lautstark für eine koloniale Verzichtpolitik einsetzte, hatte auch keine Lösung parat. Er meinte, daß sich die Sozialdemokratie darüber nicht den Kopf zu zerbrechen brauche, da die Kolonialmächte ja doch nicht freiwillig ihre Okkupationsgebiete räumen würden. Die Idee vom freiwilligen Aufgeben der Kolonien habe für die Sozialdemokratie nur den „Wert eines Kompasses", der die von ihr einzuschlagende Richtung angebe, nicht den „Wert eines praktischen Vorschlags", an dessen Durchführung gearbeitet werden könne.[182]

Der kolonialpolitischen Selbstgenügsamkeit der Partei mit ihrer Beschränkung auf Kritik und Kontrolle der Regierungsmaßnahmen und auf gelegentliche Verbesserungsvorschläge zugunsten der Eingeborenen widersetzte sich eine kleine Anzahl sozialdemokratischer Politiker wie Eduard David, Eduard Bernstein, Max Schippel und Gustav Noske, in dessen 1914 erschienenem Buch *Kolonialpolitik und Sozialdemokratie* sich eine nüchterne, differenziertere Auffassung manifestiert. Diese kleine, publizistisch agile Gruppe wollte den kolonialpolitischen Enthaltsamkeitskurs abgelöst wissen von einer Politik, die mit positiven Gegenvorschlägen, etwa einem konkreten sozialdemokratischen Kolonialprogramm, aufwarten konnte.

Daß sich die SPD nicht in jedem Fall auf die Rolle des unbeteiligten

setzt, ist charakteristisch für eine in der SPD anzutreffende Überschätzung der ausgleichenden Wirkungen des Kapitalismus. Obwohl sich gerade in den Vorkriegsjahren die Tendenz zur nationalen Abschließung, zur Vertiefung der vertikalen Trennungslinien, verstärkte, hat die Sozialdemokratie weitgehend an dieser Zukunftsperspektive festgehalten, vgl. dazu August Bebel, *Charles Fourier. Sein Leben und seine Theorien*, 3. Aufl., Stuttgart 1907, S. 271. Auch der Kartellgedanke im Imperialismuskonzept von Kautsky und Ledebour (siehe dazu im folgenden Kapitel) ist im Zusammenhang mit dieser Prognose der weltwirtschaftlichen Entwicklung zu sehen.

[181] *Sten. Ber. RT*, Bd. 188, S. 8778 (Rede vom 20. 3. 1903).

[182] Vgl. K. Kautsky, *Sozialismus . . .*, S. 76; ders., *Sozialistische Kolonialpolitik*, in: *Die Neue Zeit*, 27. Jg. (1909), Bd. 2, S. 41.

Kritikers zurückziehen konnte, zeigte sich bei der Abstimmung über die Hererokredite. Die Fraktion hatte zunächst Stimmenthaltung geübt. Dabei war sie von folgender Überlegung geleitet worden: Mit einer Ablehnung der Kredite hätte sie die von der Regierung zum Schutz der deutschen Siedler geplante Rettungsaktion sabotiert. Eine Zustimmung wiederum hielt sie für indiskutabel, da sie sicher war, daß die militärische Expedition über diesen Auftrag hinaus zur Niederwerfung des Aufstandes dienen sollte. Nachdem die belagerte Station der weißen Siedler entsetzt und damit die humanitäre Aufgabe der Aktion erfüllt war, lehnte die Fraktion alle weiteren Vorlagen ab.[183]

Diese Verfahrensweise wurde auf dem Bremer Parteitag von verschiedenen Delegierten gerügt. Ein Antrag Essens verlangte, daß die Fraktion in Zukunft sämtliche Kolonialforderungen ablehnen müsse.[184] Ledebour versuchte die Fraktionsentscheidung nach besten Kräften zu verteidigen: Die Stimmenthaltung sei weder ein Verstoß gegen das sozialdemokratische Prinzip gewesen, noch sei sie als Auftakt zur Anerkennung der kapitalistischen Kolonialpolitik anzusehen. Es könne aber Situationen geben, in denen man genötigt sei, „positiv bessernd in die Kolonialpolitik einzugreifen, um der Aufgabe gerecht zu werden, schützend die Hand über die in den Kolonien Ausgebeuteten und Unterdrückten zu halten".[185]

Durch diese ambivalente Haltung der Fraktion in der Hererokreditfrage erhielten diejenigen in der Partei Auftrieb, die für eine nuancierte Beurteilung kolonialer Probleme eintraten. Aber Ledebour und Kautsky, um die Hauptwortführer des kolonialpolitischen Abstinenzkurses zu nennen, verschlossen sich jeder Argumentation von rechts. So ging eine scharfe Trennungslinie mitten durch die deutsche Partei, als auf dem Kongreß der Internationale von 1907 eine Reflexion über das Thema Kolonialpolitik auf internationaler Ebene stattfand.

Auf dem Stuttgarter Kongreß stießen von Anfang an zwei entgegengesetzte Meinungen aufeinander. Die Kongreßmehrheit, angeführt von dem ehemaligen holländischen Kolonialbeamten van Kol, stellte in einer Resolution fest, daß der Nutzen der Kolonien für die Arbeiterklasse im allgemeinen übertrieben werde. Trotzdem verwerfe der Kongreß „nicht prinzipiell und für alle Zeiten jede Kolonialpolitik, die un-

[183] Vgl. den von Ledebour auf dem Parteitag gegebenen Fraktionsbericht, *Prot. PT SPD 1904*, S. 203 f.

[184] *A. a.* O., S. 116.

[185] *A. a.* O., S. 203 f.; ähnlich A. Bebel, *a. a.* O., S. 211 f.

ter sozialistischem Regime zivilisatorisch wird wirken können".[186] Die Kongreßminderheit vertrat dagegen durch ihren Sprecher Ledebour den Standpunkt, „daß die kapitalistische Kolonialpolitik ihrem innersten Wesen nach zur Knechtung, Zwangsarbeit oder Ausrottung der eingeborenen Bevölkerung der Kolonialgebiete führen muß. Die zivilisatorische Mission, auf die sich die kapitalistische Gesellschaft beruft, dient ihr nur als Deckmantel für die Eroberungs- und Ausbeutungsgelüste. Erst die sozialistische Gesellschaft wird allen Völkern die Möglichkeit bieten, sich zur vollen Kultur zu entfalten."[187] In der vom Kongreß zum Studium der Kolonialfrage eingesetzten Spezialkommission unterstrich Ledebour diesen Gedankengang. Er behauptete, daß sich Kolonialpolitik als das „unvermeidliche Resultat des Kapitalismus" stets nur in Scheußlichkeiten und Brutalitäten äußern könne.[188] Diese Ansicht setzte sich dank der Stimmen der kleinen, meist nicht-kolonialen Staaten auf dem Kongreß durch.

Analysieren wir die Gründe, mit denen beide Seiten ihre jeweiligen Standpunkte motivierten! Mit den prinzipiellen Gegnern jeder Kolonialpolitik war sich die auf dem Kongreß unterlegene Majorität darin einig, daß die kapitalistische Methode der Kolonialpolitik, die „Ausbeutung des Menschen durch den Menschen", zu verwerfen sei.[189] Trotzdem könne der Kolonialpolitik nicht jede Reformfähigkeit abgesprochen werden. Van Kol berief sich dabei auf Bebel, der im Reichstag erklärt hatte, Kolonialpolitik könne unter Umständen eine Kulturtat darstellen, wenn die Vertreter kultivierter Länder zu den fremden Völkern als Wohltäter, Erzieher und Kulturförderer kämen.[190] Warum sollten sich die Sozialisten nicht schon in der Gegenwart um den Entwurf eines kolonialen Reformprogramms bemühen, fragte van Kol. Ein konstruktives sozialdemokratisches Kolonialprogramm könne neue Wege weisen, um sowohl der Unterdrückung der Eingeborenen zu steuern als auch ihr Kulturniveau zu heben.[191]

Noch einen Schritt weiter ging Eduard Bernstein. Unter positiver sozialdemokratischer Kolonialpolitik verstand er das Recht der Kulturvölker, gegenüber „Nichtkulturvölkern" eine „gewisse Vormundschaft"

[186] *Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart* . . ., S. 24.

[187] *A. a. O.*, S. 25.

[188] *A. a. O.*, S. 110.

[189] *A. a. O.*, S. 24, 30.

[190] *A. a. O.*, S. 27, ferner S. 31 und 110.

[191] *A. a. O.*, S. 26—28.

auszuüben,[192] und Eduard David verlangte sogar, die koloniale Idee als „einen integrierenden Bestandteil des universalen Kulturziels der sozialistischen Bewegung" anzuerkennen.[193] Allen diesen Äußerungen lag der Kerngedanke zugrunde, daß Kolonialpolitik notwendig sei, um rückständige Gebiete ökonomisch und kulturell zu erschließen und zur Entwicklung der Produktivkräfte beizutragen. Außerdem stelle sie ein Mittel dar, um den Prozeß des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus in den Kolonien zu beschleunigen.

Die Kongreßminorität war durch die reichhaltigen Argumente der Gegenseite in die Defensive gedrängt. Dies zeigte sich beim schwächlichen Korreferat Ledebours. Sein Hinweis, daß die deutsche Sozialdemokratie zugunsten der Eingeborenen stets „positiv" Stellung genommen habe und deshalb ein „spezielles" theoretisches Programm überflüssig sei,[194] konnte nicht überzeugen. Auch Kautskys Unterstützung der Minderheit war dürftig. Er betrachtete den Gedanken einer sozialistischen Kolonialpolitik als eine über Nacht aufgetauchte Idee, die erst einmal gründlich diskutiert werden müsse. Zur Sache selbst meinte er: Kolonialpolitik, das heiße „Eroberung und gewaltsame Festhaltung eines überseeischen Landes", stehe mit den fundamentalen Prinzipien des Sozialismus im Widerspruch. Kolonialpolitik selbst in Form eines „wohlwollenden Despotismus" habe mit Zivilisationspolitik nichts gemein. Ein sozialistisches System könne niemals Kolonialpolitik betreiben, die immer nur Fremdherrschaft und Unterdrückung der Völker bedeute.[195]

Diese vor internationalem Forum geführten Debatten fanden ihre Fortsetzung auf der deutschen Parteiebene. Sowohl der Parteitag in Essen als auch zahlreiche Versammlungen und Presseartikel befaßten sich eingehend mit der Kolonialfrage. Kautsky griff zur Feder, um in einer ausführlichen Analyse das Verhältnis von Sozialismus und Kolonialpolitik zu untersuchen.

Das Ergebnis seiner Deduktionen war eine glatte Verneinung von Notwendigkeit und Nutzen kapitalistischer Kolonialpolitik und eine Absage an jede Kolonialpolitik auch unter sozialistischen Auspizien.[195a] Dieser Beurteilung schlossen sich Ledebour, Emanuel Wurm und Karl Liebknecht an, die auf dem Essener Parteitag das Ergebnis des Stutt-

[192] *A. a. O.*, S. 28 f.

[193] *A. a. O.*, S. 111.

[194] *A. a. O.*, S. 29. Ledebours sachlich völlig ungerechtfertigten Ausfälle gegen Bernstein können als Zeichen seiner Unsicherheit gedeutet werden, *a. a. O.*, S. 30.

[195] *A. a. O.*, S. 34 f.

[195a] Siehe K. Kautsky, *Sozialismus . . .*, passim.

garter Kongresses verteidigten. Wurm rechtfertigte die Haltung der Kongreßminorität: Bei der Abfassung der Resolution habe sie sorgsam darauf geachtet, daß keine Formulierung den Eindruck erwecken könne, als ob man der bürgerlichen Kolonialpolitik à la Bülow-Dernburg irgendwelche Konzessionen machen wolle.[196] Ledebour bemühte sich, die Debatte um einige persönlich-polemische Ingredienzen zu bereichern. Er unterstellte David, Bernstein und van Kol, sie hätten auf dem Kongreß der „Anwendung staatlicher Zwangsmittel gegenüber fremden Staaten und Völkern“ das Wort geredet. Für ihn waren die in Stuttgart aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten ausgesprochen prinzipieller Natur und charakteristisch für den Gegensatz zwischen Revisionismus und Radikalismus.[197]

Die Richtung Kautsky-Ledebour, die schon auf internationalem Felde ihre Auffassung durchgesetzt hatte, triumphierte auch auf dem deutschen Parteitag, der sich mit der in Stuttgart angenommenen Minderheitsresolution einverstanden erklärte. Der eindringliche Appell van Kols, die deutsche Sozialdemokratie möge doch endlich einmal praktische Maßnahmen ergreifen und ein koloniales Minimalprogramm aufstellen, ließ die Mehrheit der Parteitagsdelegierten ungerührt. Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Parlamentarier, verkündete Singer, erschöpfe sich in der Forderung nach „Zivilisationspolitik, eine[r] Politik der Wahrnehmung der Rechte der Eingeborenen gegenüber den Eroberern“.[198] In dieser Richtung habe sich die praktische Arbeit der Fraktion bisher stets bewegt, fügte Ledebour ergänzend hinzu, und alles, was darüber hinausgehe, sei nichts anderes als Unterstützung kapitalistischer „Ausbeutungspolitik“.[199]

Den aus den Reihen der Parteitagsdelegierten kommenden Vorschlag, die Fraktion solle sich einen „Beirat“ für koloniale Fragen schaffen,[200] lehnte Ledebour rundweg ab. Seiner Meinung nach reichte die kolonialpolitische Erfahrung der Fraktion aus, so daß sich „Spritz-

[196] Vgl. *Prot. PT SPD 1907*, S. 282.

[197] *A. a. O.*, S. 269 f., 274 ff. Aus der Perspektive der 20er Jahre erschien ihm der Sieg der Minorität in Stuttgart als ein Triumph der revolutionären Gesinnung über den Revisionismus, vgl. *Das Flammenzeichen vom Palais Egmont. Offizielles Protokoll des Kongresses gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus. Brüssel, 10.—15. Februar 1927*, hrsg. von der Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit, Berlin 1927, S. 177 ff.

[198] *Prot. PT SPD 1907*, S. 267.

[199] Vgl. Ledebours Rede im 6. Berliner Wahlkreis, in: *Vorwärts*, Nr. 207 vom 5. 9. 1907, 2. Beilage.

[200] Vgl. *Prot. PT SPD 1907*, S. 237.

fahrten" in die Kolonien zum Studium dortiger Verhältnisse ganz und gar erübrigten.[201] Recht einleuchtend ist die Motivierung, die Arthur Dix für diese negative Reaktion Ledebours gibt. Er meint, daß Ledebour, der sich selbst als „die Inkarnation alles kolonialpolitischen Wissens und Denkens" wähnte, in der Institution eines Kolonialbeirats eine Gefahr für seine Stellung als Kolonialexperte der Fraktion witterte.[202] In der Tat hatte Ledebour in diesem Zusammenhang auf seine eigene 30jährige Beschäftigung mit Kolonialfragen hingewiesen, um die Entbehrlichkeit solch einer neuartigen Institution zu unterstreichen.[203]

Obwohl eine allmähliche Annäherung der SPD an die Kolonialpolitik in den letzten Vorkriegsjahren nicht verhindert werden konnte,[203a] haben es die kolonialpolitischen Dogmatiker wie Kautsky und Ledebour doch erreicht, daß die Partei als solche nicht prinzipiell aus der Kolonialverneinung ausgebrochen ist. Reformistische und revisionistische Vorstöße gegen die allgemeine Ignoranz und mangelnde Sachkunde in Kolonialangelegenheiten haben sie weitgehend abzufangen verstanden. Im Jahre 1908 bekämpften in der Fraktion Ledebour und Bebel — letzterer allerdings mit einer mehr formalen Begründung — erfolgreich den Antrag Davids, eine Kommission zur Ausarbeitung eines Kolonialprogramms einzusetzen.[204] Die SPD war schon der Aufforderung des Internationalen Sozialistenkongresses von 1904, in allen Ländern koloniale Studienkommissionen einzurichten, nicht nachgekommen.[205] Vier Jahre später, auf der 3. Konferenz der Interparlamentarischen Kommission im Oktober 1908, verfiel die Anregung van Kols, eine internationale Spezialkommission zur Erarbeitung eines Kolonialprogramms zu schaffen, der Ablehnung, vor allem weil Kautsky und Ledebour ihre Autorität dagegen geltend gemacht hatten.[206] Detaillierte Kolonialberichte, wie sie die Holländer und Bel-

[201] *A. a. O.*, S. 241 f.

[202] Vgl. Arthur Dix, *Sozialdemokratie, Militarismus und Kolonial-Politik auf den Sozialisten-Kongressen 1907*, Berlin (1908), S. 28.

[203] Vgl. *Prot. PT SPD 1907*, S. 241.

[203a] Vgl. Hans Spellmeyer, *Deutsche Kolonialpolitik im Reichstag*, Stuttgart 1931, S. 134 ff. Ferner H.-Chr. Schröder, *Sozialismus ...*, S. 183 ff.

[204] Vgl. Fraktionssitzung vom 26. 2. 1908, *Die Reichstagsfraktion ...* (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus ..., Reihe 1, Bd. 3), T. 1, S. 196.

[205] Vgl. G. Noske, *Kolonialpolitik ...*, S. 224.

[206] Vgl. *Bureau Socialiste International. Compte-rendu officiel de la 3me conférence de la Commission Interparlementaire (12 octobre 1908)*, Gand 1909, S. 89, 91 f. (Kautsky), S. 90, 93 (Ledebour).

gier der Internationale vorlegten,[207] sucht man bei der deutschen Sozialdemokratie vergeblich. Wie auf die Ausarbeitung eines Nationalitätenrechts so hat sie auch auf die Formulierung eines Eingeborenenprogramms verzichtet.[207a] Die allgemeine Haltung zu Kolonialfragen orientierte sich auch weiterhin an dem negativen Leitbild, das Kautsky 1909 in einem Artikel in der *Neuen Zeit* entwickelte und das in der Formel gipfelte, daß die Sozialdemokraten „durch die unermüdliche und energische Bekämpfung jeglicher Kolonialpolitik und des Kolonialgedankens selbst" am wirksamsten für die Erhaltung des Weltfriedens arbeiteten.[208]

Außenpolitische Fragen in den letzten Jahren vor Ausbruch des Weltkrieges

Trotz der prinzipiell ablehnenden Haltung der Parteimehrheit gegenüber der „Weltpolitik"[209] hat die theoretische Beurteilung des Imperialismus im letzten Jahrfünft vor 1914 einen Wandel erfahren, der auch zu einer veränderten sozialdemokratischen Einschätzung mancher außenpolitischen Probleme führte. Deutlich sichtbar wird die neue Auffassung des Imperialismus in den literarischen Erörterungen des Parteipräzeptors Kautsky. Während er noch 1909 in seinem *Weg zur Macht* prophezeite, daß die weltpolitische Entwicklung naturnotwendig auf ein kriegerisches Chaos zusteuere,[210] hat er wenig später diese Ansicht modifiziert. Zwar hielt er auch weiterhin das für die Epoche des Imperialismus charakteristische Streben des Kapitals nach Ausdehnung und Unterwerfung noch nicht monopolisierter agrarischer Gebiete für unabänderlich und nur durch den Sozialismus für überwindbar. Gleichwohl glaubte er, daß die bei der Schaffung neuer Märkte und Anlagemöglichkeiten angewandte „Methode der Gewaltsamkeit" keine ökonomische Notwendigkeit darstelle. Vielmehr erweise sich die friedliche Durchsetzung imperialistischer Expansion für

[207] Vgl. *Bulletin périodique du Bureau Socialiste International,* Nr. 6 [1910], S. 203 ff.

[207a] Auf die Gründe für das Fehlen eines sozialdemokratischen Kolonialkonzepts geht H.-Chr. Schröder, *Sozialismus . . .,* S. 174 ff., ein.

[208] Vgl. K. Kautsky, *Sozialistische Kolonialpolitik . . .,* in: *Die Neue Zeit,* 27. Jg. (1909), Bd. 2, S. 43.

[209] Die auf dem äußersten rechten Flügel beheimateten Anwälte territorialer Expansion, der Zoll- und Rüstungspolitik müssen hier unberücksichtigt bleiben. Dazu vgl. Abraham Ascher, *Imperialists within German Social Democracy prior to 1914,* in: *Journal of Central European Affairs,* vol. 20 (1960/61), S. 397—422.

[210] Vgl. K. Kautsky, *Der Weg zur Macht . . .,* S. 90.

den Kapitalismus als viel rentabler denn der ruinöse, die Profite verschlingende Konkurrenzkampf der kapitalistischen Mächte gegeneinander. Kautsky war sicher, daß sich die Gewalt-Komponente des Imperialismus ausschalten lasse. Er war überzeugt, daß in nicht allzu ferner Zukunft der Konkurrenzkampf der kapitalistischen Länder abgelöst werde durch ein Staatenkartell zur friedlichen gemeinsamen Eroberung des Weltmarktes. Damit würde sich auch das internationale Wettrüsten als sinnfälligster Ausdruck der gewaltsamen Ausdehnung des Kapitals erübrigen. Kautsky befürwortete daher eine Politik der internationalen Abrüstung, in der er nicht nur ein Mittel sah zur Hinauszögerung, wenn nicht gar Vermeidung eines Weltkrieges, sondern auch eine entscheidende Etappe auf dem Weg zum ökonomischen Fortschritt.

Ledebour hat Kautskys Auffassung voll und ganz geteilt.[211] Schon bevor dieser mit seinem Imperialismuskonzept hervortrat, hatte Ledebour ähnliche Gedankengänge entwickelt. In einer Untersuchung der innerhalb des Kapitalismus wirkenden Kräfte und Strömungen gelangte er zu dem Resultat, daß die auf Frieden und Abrüstung gerichteten Tendenzen so zahlreich und stark seien, „daß der Kapitalismus als restlos kriegerisch in seinem Gesamtwirken nicht mehr angesehen werden" könne.[212] Wie Kautsky hielt auch er das Bedürfnis der kapitalistischen Staaten nach friedlicher Ausbeutung des Weltmarktes für stärker als den Drang nach gewaltsamer Durchsetzung des kapitalistischen Ausdehnungsstrebens. Er war deshalb ebenso wie Kautsky von der Durchführbarkeit und dem Erfolg einer auf Abrüstung und Ausgleich gerichteten Politik überzeugt.[213]

Von da her ist es nur allzu verständlich, daß Ledebour und Kautsky den Standpunkt der äußersten Linken in der Partei bekämpften, die dem Imperialismus als dem im höchsten und letzten Stadium stehenden

[211] Für die Beurteilung des Imperialismus durch Kautsky und Ledebour und ihre Auseinandersetzung mit der Parteilinken im Zusammenhang mit der Abrüstungskontroverse vgl. den Aufsatz der Verf.: *Karl Kautsky und die Abrüstungskontroverse in der deutschen Sozialdemokratie 1911—12*, in: *International Review of Social History*, vol. 11, 2 (1966), S. 197 ff. Es können hier nicht im einzelnen die theoretischen Vorbilder der Imperialismusauffassung von Kautsky—Ledebour behandelt werden. Auf Gemeinsamkeiten der Imperialismustheorien Schumpeters und Kautskys (also auch Ledebours) weist John H. Kautsky hin, *J. A. Schumpeter and Karl Kautsky: Parallel Theories of Imperialism*, in: *Midwest Journal of Political Science*, vol. 5 (1961), S. 101 ff.

[212] Georg Ledebour, *Sozialdemokratie und Rüstungsbeschränkung*, in: *Vorwärts*, Nr. 84 vom 8. 4. 1911, 1. Beilage.

[213] Vgl. *Prot. PT SPD 1912*, S. 431.

Kapitalismus die Möglichkeit friedlicher Fortentwicklung absprach. Nach der Interpretation der Parteilinken — bei den damaligen Auseinandersetzungen repräsentiert von Radek, Lensch und Pannekoek — war das Wettrüsten ein integraler Bestandteil des Imperialismus, das erst vom Sozialismus beseitigt werden könne. Aus der theoretischen Gewißheit unmittelbar bevorstehender revolutionärer Umwälzungen verlangten sie Massenaktionen gegen den Imperialismus und hielten den Ruf nach Rüstungsbeschränkung ideologisch wie politisch für verfehlt. Doch die taktische Generallinie, die die SPD vor 1914 verfolgte, wurde nicht von der Linken bestimmt, sondern das von Kautsky literarisch entwickelte und von Ledebour parlamentarisch verteidigte Konzept bildete die Grundlage für die Marschroute der Partei. Auf dem Parteitag in Chemnitz von 1912 legte die Parteimehrheit ein klares Bekenntnis zur Politik der Rüstungsbeschränkung, des Freihandels und der friedlichen Verständigung der Nationen ab. In der dort verabschiedeten Resolution hieß es: „Wenn auch der Imperialismus, der ein Ausfluß der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist, nur mit dieser vollständig überwunden werden kann, so darf doch nichts unterlassen werden, um seine gemeingefährlichen Wirkungen zu mildern.“[214]

Damit war die SPD in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch in ihren außenpolitischen Anschauungen völlig auf bürgerlich-pazifistische Vorstellungen eingeschwenkt.

Die Forderung nach internationaler Abrüstung verschwand nicht mehr von der sozialdemokratischen Tagesordnung, für die sich Ledebour in Wort und Schrift mit Beharrlichkeit und Ausdauer einsetzte.[215] Der Abrüstungspolitik schrieb er dabei eine doppelte Funktion zu: Die Stärkung der in der kapitalistischen Welt vorhandenen Tendenz zur Beseitigung des Wettrüstens diene einerseits der „Förderung der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung, die über den Kapitalismus hinaus zum Sozialismus“ führe; andererseits komme sie dem Friedenswillen und der Friedensbereitschaft der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen entgegen.[216] Als wichtigstes konkretes Ergebnis internationaler Abrüstungsabkommen betrachtete Ledebour die Herbeiführung einer Verständigung zwischen Deutschland und England. Zum Herz-

[214] *A. a. O.*, S. 529.

[215] Für seine Äußerungen in der Parteiöffentlichkeit, auf internationalem Forum und im Reichstag vgl. den Beitrag der Verf., *Karl Kautsky* ..., in: *International Review* ..., vol. 11, 2 (1966), S. 198 ff.

[216] Vgl. *Prot. PT SPD 1912*, S. 432.

stück seiner politischen Vorstellungen gehörte seit jeher der Wunsch nach einem guten deutsch-englischen Einvernehmen. Hierbei wirkte die emotionale Anglophilie eines Mannes nach, der seine ersten politischen Eindrücke in England empfangen hatte. Auch Ledebours zeitlebens gehegten Sympathien für das englische Regierungssystem schlugen sich in dieser pro-englischen Haltung nieder. Nicht zuletzt ließ ihn die Hochschätzung des von England verfochtenen Freihandelsgrundsatzes für eine deutsch-englische Interessengemeinschaft plädieren. Als entschiedener Anhänger des Freihandelsprinzips[217] hat Ledebour in England das wirtschaftspolitische Vorbild für Deutschland gesehen. Nicht zuletzt, meinte er, habe England durch seine Freihandelspolitik in den Kolonien Deutschland große wirtschaftliche Vorteile gebracht.[218]

Beim Fehlen jedes ökonomischen Gegensatzes zwischen Deutschland und England lag nach seiner Ansicht kein Grund für eine Fortsetzung des beiderseitigen Wettrüstens vor.[219] Ein Abkommen zur Einschränkung der Flottenrüstungen, für das sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion 1909 und 1911 — wenn auch vergeblich — einsetzte, müsse deshalb im Interesse Deutschlands wie Englands liegen: Die deutsche Bereitschaft zur Reduzierung der Seerüstungen würde Englands Angst vor einer deutschen Flottenübermacht beseitigen. Bei einem englischen Verzicht auf das Prisenrecht entfiele für Deutschland ein wesentlicher Grund für die Flottenrüstungen, die ja, wie von der Regierung immer wieder behauptet werde, wesentlich zum Zweck des

[217] Vgl. dazu *Vorwärts,* Nr. 226 vom 28. 9. 1900, 2. Beilage. *Sten. Ber. RT,* Bd. 187, S. 7696 (Rede vom 5. 2. 1903); *a. a. O.,* Bd. 231, S. 4064 (Rede vom 18. 3. 1908).

Gegenüber der gelegentlich in den eigenen Reihen aufgetauchten Kritik an der handelspolitischen Orientierung der Partei hat Ledebour stets das liberale Freihandelsdogma verteidigt, vgl. Georg Ledebour, *Der Parteitag in Stuttgart,* in: *Sozialistische Monatshefte,* 2. Jg. (1898), S. 444 f.; *Prot. PT SPD 1904,* S. 199—206, 260—262, 288 f. (gegen Schippel); ferner *Prot. PT SPD 1900,* S. 195 f. (gegen Calwer); *Prot. PT SPD 1912,* S. 430 (gegen Quessel).

[218] Vgl. *Vorwärts,* Nr. 54 vom 5. 3. 1897, Beilage.

1909 äußerte Ledebour die Befürchtung, eine konservative englische Regierung werde sofort zur Einführung des Schutzzolls übergehen, was vor allem zur Festsetzung von Ausnahmetarifen in den Kolonien zugunsten des Mutterlandes führen müsse, vgl. Georg Ledebour, *Die Einschränkung der Seerüstungen,* in: *Die Neue Zeit,* 27. Jg. (1909), Bd. 2, S. 102.

[219] Vgl. Ledebours Bemerkung in der Budgetkommission vom 7. 2. 1913: „Daß die gesamten wirtschaftlichen Interessen Englands und Deutschlands einen Krieg zwischen diesen Staaten geradezu unmöglich machen ... müsse in der Öffentlichkeit mit vollkommener Klarheit verbreitet werden“, Protokoll der Budgetkommission, Gesandtschaft Berlin, E 74 I, XII 13 (Hauptstaatsarchiv Stuttgart).

Schutzes der Handelsflotte betrieben würden.[220] Praktisch stellte sich Ledebour ein Übereinkommen in der Abrüstungsfrage so vor, daß jedes Land sich verpflichtet, über eine bestimmte Maximalsumme für Marinezwecke nicht hinauszugehen bzw. im kommenden Jahr nicht mehr auszugeben als im vergangenen.[221] Von einer Rüstungsverständigung zwischen Deutschland und England, die nicht nur einen Seekrieg zwischen beiden Ländern, sondern auch einen allgemeinen Weltenbrand verhindern würde, versprach sich Ledebour weitreichende Konsequenzen für die Zukunft. Eine deutsch-englische Politik der „offenen Tür", für die der Weg frei werde, sobald der bestehende Flottengegensatz ausgeräumt sei, mußte nach seiner Meinung auch andere Staaten zur Nachahmung dieses Beispiels anspornen. Dadurch könne eine Entwicklung eingeleitet werden, die in einem fortgeschrittenen Stadium dazu führe, daß überall für alle ein „wirtschaftliches Indigenat" geschaffen werde, so daß ein jeder Angehöriger eines Landes in jedem anderen Lande sich ungehindert wirtschaftlich betätigen dürfe.[222] Diesen Gedankengang spann er weiter zu der Zukunftsvision von einem wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas ohne Zollschranken und ohne jede die industrielle Entfaltung hemmenden Rüstungen. Die wirtschaftliche Einigung Europas, die auf politischem und kulturellem Sektor ihre Ergänzung finden sollte, war für ihn der Auftakt zur Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa. Wenngleich die Vereinigung der europäischen Staaten mit Sicherheit erst in der Ära des Sozialismus stattfinden werde, gab er ihr doch schon unter dem Kapitalismus eine reale Chance.[223] Damit zeigte er sich optimistischer als Kautsky, der die Errichtung eines europäischen Staatenbundes ausschließlich für ein Produkt der sozialen Revolution erklärt hatte.[224] Ledebours Hoffnung, daß die bürgerlichen Politiker im wohlverstandenen kapitalistischen Eigeninteresse auf den wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas hinarbeiten würden, um gegenüber dem aufstrebenden Amerika konkurrenzfähig bleiben zu können, wurde auch von Parvus-Helphand geteilt, der schon wenige Jahre zuvor in der Erkenntnis, daß die industrielle Zukunft Amerika und Rußland gehören werde,

[220] Vgl. *Sten. Ber. RT*, Bd. 236, S. 7818—7825 (Rede vom 29. 3. 1909).

[221] *A. a. O.*, Bd. 236, S. 7822. Vgl. ferner *a. a. O.*, Bd. 286, S. 2480 (Rede vom 2. 12. 1912).

[222] *Ebda.*

[223] *A. a. O.*, Bd. 266, S. 6139—6143 (Rede vom 3. 4. 1911).

[224] Vgl. Karl Kautsky, *Krieg und Frieden. Betrachtungen zur Maifeier*, in: *Die Neue Zeit*, 29. Jg. (1911), Bd. 2, S. 106/107.

die wirtschaftliche und politische Vereinigung Europas postuliert hatte.[225]

Von der deutsch-englischen Aussöhnung in der Rüstungsfrage erwartete Ledebour ferner das Zurücktreten der Präponderanz Rußlands. Daß das Zarenreich seine „friedensstörende“ Rolle in Europa spielen könne, schrieb er vor allem der herrschenden Uneinigkeit unter den Westmächten zu.[226] Immer wieder forderte er, daß sich Deutschland innerlich wie äußerlich von der russischen Abhängigkeit befreien und dessen weltpolitisches Übergewicht eindämmen müsse. Gehörte die Russophobie schon zu den Traditionselementen der deutschen Sozialdemokratie, so war sie bei Ledebour in potenziertem Maß vorhanden. Das „verrottete“ und „morsche“ Rußland stellte für ihn den Prototyp eines barbarischen Staatswesens dar.[227] Die internationale Sozialdemokratie habe „keinen gefährlicheren und brutaleren Feind als das Zarenregiment“, das der stärkste Hinderungsfaktor der Menschheitsbefreiung sei, erklärte er einmal in einer Berliner Volksversammlung.[228] Rußland, der Hort der Barbarei und Reaktion, Inbegriff der Fortschrittsfeindlichkeit — das waren gängige Vorstellungen innerhalb der Sozialdemokratie, für deren Einbürgerung besonders Wilhelm Liebknecht mit seinem jahrelangen Feldzug gegen den „Tod- und Erbfeind“ Rußland maßgeblich beigetragen hatte.[229] Liebknechts aus der Erfahrung von 1848 genährter Haß gegen Rußland dürfte sich sicher auf den ihm in der Persönlichkeitsstruktur und dem politischen Credo verwandten Ledebour übertragen haben. Auch die Forderung beider nach Wiederherstellung Polens war nicht zuletzt eine Funktion ihrer Antipathien gegen Rußland. Der Abscheu Ledebours vor der

[225] Vgl. Parvus, *Die Kolonialpolitik und der Zusammenbruch*, Leipzig 1907, S. 21 ff. und passim.

[226] Vgl. *Sten. Ber. RT*, Bd. 236, S. 7825 (Rede vom 29. 3. 1909); *a. a. O.*, Bd. 286, S. 2479 (Rede vom 2. 12. 1912).

[227] *A. a. O.*, Bd. 188, S. 8769 ff. (Rede vom 20. 3. 1903). Vgl. auch *Die russische Revolution von 1905—1907 im Spiegel der deutschen Presse. Quellenmaterial*, zusammengestellt und bearbeitet von dem Assistentenkollektiv Rudolf Sauerzapf u. a. (= Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. von Leo Stern, Bd. 2), T. 3, Berlin 1961, S. 230.

[228] Vgl. *Vorwärts*, Nr. 160 vom 12. 7. 1902.

[229] Ein bezeichnendes Dokument der antirussischen Frontstellung Liebknechts ist die während der Orientkrise 1878 erschienene Broschüre Liebknechts, *Zur orientalischen Frage oder Soll Europa kosakisch werden? Ein Mahnwort an das deutsche Volk. Zweite, um einen Bogen vermehrte Auflage, in der die neuesten Phasen der politischen Lage berücksichtigt sind*, Leipzig (1878).

zaristischen Polenpolitik bildete den Schlußstein im antirussischen Emotionsmosaik.

Von der Gegnerschaft zum zaristischen Rußland war auch weitgehend Ledebours Einstellung zur Landesverteidigung bestimmt. Es fehlt nicht an Zeugnissen für seine Bereitschaft zur Vaterlandsverteidigung. An dem bestehenden Militärsystem bemängelte er vor allem, daß es das Prinzip der Landesverteidigung zu wenig in den Vordergrund stelle. Durch die Erniedrigung des Heeres zur „Büttelarmee" der herrschenden Klassen werde die Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes geschwächt, von der Ledebour wünschte, daß sie im „größte[n] Maß ... das überhaupt erzielt werden kann", vorhanden sei.[230] Ähnlich wie Bebel in seiner „Flintenrede" und Noske mit seinem Patriotismusbekenntnis im Jahre 1907[231] hat auch er die Verteidigung Deutschlands rückhaltlos bejaht. Bei einem russischen Eroberungskrieg, versicherte er im Reichstag, werde der „deutsche Sozialismus und der Sozialismus der ganzen Welt die Abwehr des russischen Unterdrückers in die Hand nehmen".[232] Die Feindschaft gegen den russischen Zarismus war für Ledebour wie für die Mehrheit seiner Parteifreunde ein Leitfaden für die Beurteilung der internationalen Verhältnisse. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß seine recht lauen Gefühle für Frankreich wesentlich aus dem Unbehagen resultierten, das er über die Liaison Frankreichs mit Rußland empfand. Er hoffte aber, daß mit der Übernahme der Staatsmacht durch Frankreichs Sozialisten der franko-russischen Allianz ein Ende bereitet werde.[233]

[230] Vgl. *Sten. Ber. RT*, Bd. 203, S. 5507 (Rede vom 22. 3. 1905); *a. a.* O., Bd. 216, S. 2527 (Rede vom 2. 4. 1906).

[231] Zu Noskes Reichstagsrede und ihrem Echo in der Partei vgl. Carl E. Schorske, *German Social Democracy 1905—1917. The Development of the Great Schism* (= Harvard Historical Studies, vol. 65), Cambridge/Mass. 1955, S. 77 ff. Noskes Patriotismus-Confessio war Verhandlungsgegenstand auf dem Parteitag in Essen. Ledebour befand sich dabei in einer sehr prekären Lage. Einerseits wollte er, daß dem Revisionisten Noske eine *nota censoria* wegen seiner Rede erteilt werde. Andererseits hatte Noske aber nichts gesagt, was nicht auch er inhaltlich unterschreiben konnte. So reduzierte sich Ledebours Angriff auf den Vorwurf, Noskes Patriotismusappell sei zu einem falschen Zeitpunkt erfolgt. In einer Situation, in der die Regierung für einen Krieg gegen Frankreich und England Stimmung gemacht habe, nicht aber „für einen Krieg gegen den russischen Zaren" [!!], habe Noskes Rede als eine Unterstützung der kriegstreiberischen Absichten der Regierung gegen die Westmächte aufgefaßt werden müssen, vgl. *Prot. PT SPD 1907*, S. 260. Vgl. auch Ledebours Vortrag im 6. Berliner Wahlkreis, in: *Vorwärts*, Nr. 228 vom 29. 9. 1907, 1. Beilage.

[232] *Sten. Ber. RT*, Bd. 198, S. 1631 (Rede vom 8. 3. 1904).

[233] *Ebda.*

Auch seine Haltung zu Deutschlands südlichen Nachbarn orientierte sich weitgehend an seinem antirussischen „Weltbild". Während der Balkanwirren in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch ermahnte er die Regierung, sie möge ihren Zweibundpartner Österreich zu einer angemessenen Neuordnung auf dem Balkan drängen, damit Rußland die Möglichkeit der „Belebung des panslawistischen Phantoms" genommen werde.[234] Praktisch bedeute das, daß sich Österreich zu einem „Nationalitätenbundesstaat" entwickeln müsse, in dem der Grundsatz der Nationalitätentoleranz herrsche und die südslawischen Gebiete zu einem dritten Bestandteil der Gesamtmonarchie zusammengefaßt seien.[235] Ledebour glaubte, daß bei einem guten Verhältnis Österreichs zu den neugebildeten Balkanstaaten diese niemals im Konfliktsfall auf die Seite Rußlands treten würden.[236] Die panslawistische Idee hielt er überhaupt für eine „Erfindung russischer Zarenpolitiker", mit der Männer wie Bethmann Hollweg „eingeseift" werden sollten. Weder die geschichtliche Erfahrung noch eine innere Notwendigkeit zwinge sogenannte stammverwandte Völker zu einer gemeinsamen Politik gegen dritte Staaten. Rußland gehe es nicht um die „unerlösten" slawischen Brüder, sondern um bloße machtpolitische Interessen auf dem Balkan.[237] Er hat deshalb nach den Balkankriegen für eine weitgehende Erhaltung des Besitzstandes der kleinasiatischen Türkei plädiert, um Rußlands Vordringen zum Schwarzen Meer zu verhindern.[238]

Wie bei der Mehrheit der Partei blieb auch bei Ledebour die außereuropäische Welt jenseits des politischen Blickfeldes. Zwar trat er für gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ein,[239] im übrigen lagen jedoch Amerika und die Länder der östlichen Hemisphäre außerhalb seiner eurozentrischen Sehweise. Verständigung mit den Westmächten, vor allem mit England, Abwehr der von Rußland ausgehenden Friedensbedrohung, Bereitschaft zur Verteidigung des eigenen Landes — das waren Kerngedanken seiner außenpolitischen Vorstellungen, die ganz im Einklang standen mit den traditionellen Ansichten der

[234] *A. a. O.*, Bd. 236, S. 7824 (Rede vom 29. 3. 1909).

[235] *A. a. O.*, Bd. 286, S. 2476 ff. (Rede vom 2. 12. 1912).

[236] Vgl. Protokoll der Budgetkommission vom 3. 4. 1913, Gesandtschaft Berlin, E 74 I, XII 13 (Hauptstaatsarchiv Stuttgart).

[237] Vgl. Georg Ledebour, *Ein fadenscheiniger Rüstungsvorwand*, in: *Die Neue Zeit*, 31. Jg. (1912/13), Bd. 1, S. 933. *Sten. Ber. RT*, Bd. 289, S. 4771 (Rede vom 15. 4. 1913).

[238] Vgl. Protokoll der Budgetkommission vom 29. 4. 1914, Gesandtschaft Berlin, E 74 I, XII 13 (Hauptstaatsarchiv Stuttgart).

[239] Vgl. *Sten. Ber. RT*, Bd. 188, S. 8771 (Rede vom 20. 3. 1903).

Partei. Ohne Zweifel war es im Sinne dieses Konzepts, wenn Ledebour im Falle eines russischen Angriffs für das gefährdete Vaterland optieren würde. Das Gefühl der Bedrohung Deutschlands durch Rußland im August 1914 war ein ausschlaggebendes Motiv dafür, daß sich Ledebour trotz starker Bedenken gegen die Kreditbewilligung dem Mehrheitsvotum der Partei unterwarf und sich lange Zeit einer offenen Ablehnung der Kredite versagte.

Im Richtungsstreit der SPD vor 1914

Die Massenstreikfrage

In den Debatten um Taktik und Grundanschauungen der Partei um die Jahrhundertwende und danach war Ledebour als ausgesprochener „Radikaler" aufgetreten. Es verwundert daher nicht, daß er das auf dem Dresdener Parteitag von 1903 über den Revisionismus verhängte Verdikt als einen Sieg „zu Gunsten unserer alten revolutionären Taktik" feierte.[240] Zwar teilte er nicht die Hoffnung mancher seiner Gesinnungsfreunde, daß nun „der Revisionismus abgetan sei". Gleichwohl hielt er nach Dresden die Gefahr für gebannt, daß die Partei durch eine, wie er es formulierte, „verderbliche Unterströmung in falsche Bahnen gedrängt" werden könne.[241] Wie wenig mit dem Dresdener Beschluß die innerparteilichen Richtungsstreitigkeiten beendet waren, zeigten die Auseinandersetzungen der kommenden Jahre, die sich allerdings nicht mehr in das grobe Schema — hie radikal, hie revisionistisch — pressen ließen. Vor allem die unterschiedlichen Auffassungen in der Massenstreik- und Wahlrechtsfrage bewirkten eine zunehmende Differenzierung in den Reihen der SPD, die eine Aufsplitterung des radikalen Lagers in ein marxistisches Zentrum unter der politischen Leitung Bebels und der theoretischen Führung Kautskys sowie einen linksaktivistischen Flügel mit Rosa Luxemburg zur Folge hatte. Auf Grund der Differenzen innerhalb des Lagers der Radikalen konnte der Gegensatz zwischen diesen und der Parteirechten zeitweise zurücktreten, wenngleich sich in bestimmten Situationen, wie etwa in der Budgetfrage, die alten Fronten schnell reaktivierten. Um den Standort Ledebours innerhalb dieser Richtungskontroversen zu bestimmen, ist es

[240] Ledebour im 6. Berliner Wahlkreis, in: *Vorwärts*, Nr. 199 vom 25. 8. 1904, 1. Beilage.

[241] *A. a.* O., Nr. 229 vom 1. 10. 1903, 2. Beilage.

notwendig, seine Einstellung zu den die Partei in der letzten Dekade vor dem Weltkrieg beschäftigenden Problemen, wie z. B. dem des Massenstreiks, zu skizzieren.

Schon bevor die SPD unter dem Eindruck der ersten russischen Revolution ihr Verhältnis zum Massenstreik erstmals gründlich ausdiskutiert hatte, war der Gedanke des politischen Streiks gelegentlich aufgetaucht. Die Problematik dieses Mittels hatte sich vor allem bei den Streiks in Belgien und Holland in den Jahren 1902/03 enthüllt, so daß sich die Parteien der Zweiten Internationale zu einer eingehenden Stellungnahme auf ihrem Kongreß in Amsterdam gezwungen sahen. Man distanzierte sich dort von dem Generalstreik als dem prinzipiell-proletarischen, vom Parlamentarismus unabhängigen Kampfinstrument aller und jeder proletarischen Betätigung, der eigentlichen Waffe des Anarcho-Syndikalismus.[242] Der politische Massenstreik wurde unter bestimmten Umständen für möglich gehalten als äußerstes Mittel, um bedeutende gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen oder sich reaktionären Anschlägen auf die Rechte der Arbeiter zu widersetzen. Die vom Kongreß verabschiedete Resolution betonte jedoch, daß die Stärkung der Einigkeit und der Machtstellung der Arbeiter durch eine Weiterentwicklung ihrer Organisationen als Voraussetzung für das Gelingen politischer Streiks anzusehen sei.[243] Dieser Auffassung wurde von deutscher Seite allgemein applaudiert, und auch Ledebour fand sie akzeptabel. Er war vor allem zufrieden darüber, daß dem Generalstreik, für den sich damals der intellektuelle Kopf der lokalistischen Gewerkschaften, der zum Anarchismus neigende Raphael Friedeberg begeisterte, als einem Mittel zur Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft eine Absage erteilt worden war. Ledebour bezeichnete es als Torheit, wolle man „die Waffe, die uns die Beteiligung am Parlamentarismus bietet, fortwerfen".[244] Bevor an einen Generalstreik gedacht werden könne, müsse man sich auf die Hauptaufgabe konzentrieren, die darin bestehe, „unsere Organisationen zu entwikkeln".[245] In Übereinstimmung mit Carl Legien lehnte er deshalb 1903

[242] Vgl. Elsbeth Georgi, *Theorie und Praxis des Generalstreiks in der modernen Arbeiterbewegung*, Jena 1908, S. 18.

[243] Vgl. Karl Kautsky, *Der politische Massenstreik. Ein Beitrag zur Geschichte der Massenstreikdiskussionen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie*, Berlin 1914, S. 104 f.

[244] *Vorwärts*, Nr. 199 vom 25. 8. 1904, 1. Beilage; *a. a. O.*, Nr. 235 vom 6. 10. 1904, 1. Beilage.

[245] *Prot. PT SPD 1903*, S. 433.

eine offizielle Erörterung des Generalstreiks durch den Parteitag als „unnötig, ja sogar gefährlich" ab.[246]

Seine Abneigung gegen Massenaktionen überhaupt bekundete Ledebour auch auf dem Parteitag der Sozialdemokratie Preußens im Jahre 1904. Hier war es der „Revisionist" Bernstein, der „Massenaktionen größten Stils" als Mittel zur Durchsetzung des demokratischen Wahlrechts in Preußen verlangte.[247] Bernstein, der schon zwei Jahre zuvor mit der Massenstreiklosung hervorgetreten war,[248] wünschte, daß sich der Kampf um die Reform des preußischen Wahlrechts nicht allein auf die vom Parteitagsreferenten Ledebour empfohlene „Agitation in Wort und Schrift"[249] beschränke, sondern daß schärfere Formen des Protestes gewählt würden. Auch Karl Liebknecht unterstützte Bernsteins Forderung, um eine „größere revolutionäre Beweglichkeit in das Volk" hineinzutragen, wiewohl er den Generalstreik in absehbarer Zukunft für undurchführbar hielt.[250] Die Mehrheit der preußischen Parteitagsdelegierten schloß sich der Ansicht Ledebours an, der betonte, daß vor der Anwendung von Massenaktionen zunächst einmal das Interesse der Bevölkerung für die preußischen Angelegenheiten durch „langsame systematische Agitation in Presse und in Versammlungen" geweckt werden müsse. Außerdem könnten Demonstrationen nicht „vorgeschrieben" werden, sie müßten aus der Situation „herauswachsen".[251] Damit waren Bernsteins Vorschläge auf Eis gelegt.

Die traditionellen Bedenken gegen den Massenstreik, die nicht nur bei Ledebour, sondern auch bei der Parteimehrheit vorhanden waren, wurden erst durch die Stimmungswoge im Anschluß an die russische Revolution von 1905 aufgeweicht. Auf den Parteitagen der Gesamtpartei von 1905 und 1906 wurde der Massenstreik als ein mögliches Kampfmittel formell akzeptiert. Aber die Parteileitung — vor allem Bebel — ließ keinen Zweifel aufkommen, daß der Massenstreik nur dann aktuell werden würde, wenn es gelte, Anschläge der politischen

[246] *Ebda.* Friedebergs und Legiens Stellungnahme *a. a.* O., S. 432 f. Friedebergs Antrag, die Frage des Generalstreiks auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags zu setzen, wurde „gegen wenige Stimmen" verworfen.

[247] Vgl. *Prot. PT SPD Preußen 1904,* S. 129 (Resolution Bernstein).

[248] Vgl. Eduard Bernstein, *Der Kampf in Belgien und der politische Massenstreik,* in: *Sozialistische Monatshefte,* 6. Jg (1902), Bd. 1, S. 413 ff.

[249] *Prot. PT SPD Preußen 1904,* S. 128.

[250] *A. a.* O., S. 112 f.

[251] *A. a.* O., S. 102, 117.

Gegner auf das Wahlrecht und die Koalitionsfreiheit abzuwehren.[252] Damit war die Distanzierung vom linksaktivistischen Flügel um Rosa Luxemburg deutlich angezeigt, der damals allerdings noch mit der Parteiführung zusammenging,[253] in Wirklichkeit aber von einer in die Revolution einmündenden Massenstreikära träumte. Für Rosa Luxemburg war der Massenstreik nicht lediglich „passives Mittel der parlamentarischen Defensive", sondern der Sammelbegriff für eine lange Periode des Klassenkampfes, in der sich die Ordnung allmählich in einen chaotischen Zustand verwandele.[254] Von solchen Massenstreikromanzen hat sich Bebel schon damals abgegrenzt.

Weit wichtiger war es für die Partei im Jahre 1905, die Abneigung der Gewerkschaften gegen den Massenstreik zu überwinden. Angesichts des negativen Vorentscheids des Kölner Gewerkschaftskongresses, der „alle Versuche, durch die Propagierung des politischen Massenstreiks eine bestimmte Taktik festlegen zu wollen, für verwerflich" erklärt hatte,[255] mußte nun der Führungsanspruch der Partei in der Massenstreikfrage betont werden. War man in der SPD anfangs geneigt, über die Köpfe der Gewerkschaften hinweg zu handeln, so hatten eingehende Beratungen zwischen den maßgebenden Partei- und Gewerkschaftsinstanzen zur Überzeugung geführt, daß ohne Zustimmung der Gewerkschaftler „an die Ausführbarkeit eines Massenstreiks nicht gedacht werden kann".[256] Dies war auch die Meinung Ledebours, der schon vor der ersten parteioffiziellen Erörterung des Massenstreiks gesagt hatte: „Sollten wir uns einmal entschließen, den politischen Massenstreik als Kampfmittel zu gebrauchen, kann es nur in vollem Einverständnis mit den Gewerkschaften geschehen."[257] Dem-

[252] Vgl. *Prot. PT SPD 1905,* S. 285 ff., 336 ff.; zur Resolution Bebel, *a. a.* O., S. 142 f.

[253] Vgl. Rosa Luxemburgs Bemerkung in einem Brief an Henriette Roland Holst vom 2. 10. 1905: „Wie schon mehrmals, sahen wir, ‚äußerste Linke', uns gezwungen, trotz wichtiger Differenzen mit Bebel, nicht ihn, sondern zusammen mit ihm die Opportunisten zu bekämpfen . . .", zitiert bei Henriette Roland Holst-van der Schalk, *Rosa Luxemburg. Ihr Leben und Wirken,* Zürich 1937, S. 218.

[254] Vgl. Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke,* hrsg. von Clara Zetkin und Adolf Warski, Bd. 4: *Gewerkschaftskampf und Massenstreik,* eingeleitet und bearbeitet von Paul Frölich, Berlin 1928, S. 410 ff.

[255] K. Kautsky, *Der politische Massenstreik . . .,* S. 115.

[256] So Bebel auf dem Parteitag von 1906, vgl. *Prot. PT SPD 1906,* S. 231. Für die Verhandlungen zwischen Partei und Gewerkschaften vgl. Hedwig Wachenheim, *Die deutsche Arbeiterbewegung 1844 bis 1914,* Köln—Opladen 1967, S. 414 ff.

[257] *Vorwärts,* Nr. 197 vom 24. 8. 1905, 1. Beilage; *a. a. O.,* Nr. 283 vom 3. 12. 1905, 5. Beilage.

gemäß entschied der Mannheimer Parteitag, daß der Parteivorstand nur in Verbindung mit der Generalkommission der Gewerkschaften zum Massenstreik aufrufen dürfe.[258]

Hatte sich die Partei damit den Gewerkschaften unterworfen? Um dem Eindruck der Kapitulation der Partei vorzubeugen, hatte Kautsky auf dem Parteitag von 1906 eine Zusatzresolution vorgelegt, die unter anderem forderte, daß zur Sicherstellung der Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaften „die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie erfüllt" sein müsse.[259] Diesem Beschluß maß Ledebour entscheidende Bedeutung bei. Mit ihm sei, so meinte er, dem von den Gewerkschaften propagierten Neutralitätsgedanken, der „jede Erörterung politischer Fragen aus den Gewerkschaften ausschließen wolle", ein schwerer Schlag versetzt worden.[260] Ferner sei die politische Führungsrolle der Partei gegenüber den Gewerkschaften bestätigt worden. In Wirklichkeit konnte jedoch von einer Unterordnung der Gewerkschaften unter die Partei, die Ledebour damals aus dem Mannheimer Entscheid herauslas, nicht die Rede sein, da die Gewerkschaften von nun an als gleichberechtigte Partner in allen wichtigen Fragen gehört werden mußten und von ihrer Zustimmung die Durchführung eines politischen Streiks abhing.

Die Zurückhaltung der maßgebenden Instanzen gegenüber dem Massenstreik war nach Mannheim eher noch stärker als zuvor. Daß der Massenstreik weiterhin als die *ultima ratio* des proletarischen Kampfes aufgefaßt wurde, zeigte sich besonders während der im letzten Jahrfünft vor Ausbruch des Weltkrieges entbrannten preußischen Wahlrechtsbewegung. Anläßlich der neuen Wahlrechtsvorlage der preußischen Regierung fühlte sich die Sozialdemokratie Anfang 1910 zu umfangreichen Straßendemonstrationen aufgerufen, die nicht ohne Eindruck auf den politischen Gegner blieben.[261] Doch an einem Umschlagen der Massenaktionen in einen Bürgerkrieg war die Parteiführung auch jetzt nicht interessiert. Der Magdeburger Parteitag bekannte sich zur Führung des Wahlrechtskampfes mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, „nötigenfalls" — so hieß es in dem Amendement Rosa Lu-

[258] Vgl. *Prot. PT SPD 1906*, S. 305.

[259] *Ebda.*

[260] Vgl. Ledebours Vortrag über Sozialdemokratie und Gewerkschaft, in: *Vorwärts*, Nr. 283 vom 3. 12. 1905, 5. Beilage.

[261] Vgl. dazu ausführlich C. E. Schorske, *German Social Democracy* ... (= Harvard Historical Studies, vol. 65), S. 177 ff.

xemburgs — auch zur Anwendung des politischen Massenstreiks.[262] Eine bindende Verpflichtung, die Änderung des preußischen Wahlrechts mit Hilfe des Massenstreiks zu erzwingen, hatte die Partei damit nicht übernommen.

In der damaligen Wahlrechtsdebatte wurde auch der bis dahin latente Gegensatz zwischen dem linken Flügel um Rosa Luxemburg und dem Parteizentrum unter der Ägide Bebels und Kautskys offenkundig. Während Luxemburg den Massenstreik als das natürliche Mittel pries, um die Arbeiterschaft in der Aktion zu rekrutieren, zu organisieren und zu revolutionieren, wurde dem Massenstreik in dem von Kautsky entwickelten Konzept der „Ermattungsstrategie" nur eine bescheidene Rolle eingeräumt. Im Gegensatz zu Luxemburgs „Niederwerfungsstrategie" bezeichnete es Kautsky als das wesentliche Merkmal der „Ermattungsstrategie", daß sie den Entscheidungskampf langsam mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts, des Koalitionsrechts und der Presse- und Vereinsfreiheit vorbereite. Erst wenn der Gegner genügend geschwächt sei, dürfe die Sozialdemokratie zum letzten Mittel, dem politischen Massenstreik, greifen. Damit rückte Kautsky die von der Partei stets praktizierte Taktik der Gewinnung von Mitglieder- und Wählerstimmen in den Vordergrund und grenzte sich gegen die „rebellische Ungeduld" der äußersten Linken ab.[263]

Ledebour übte bei den Auseinandersetzungen um die preußische Wahlrechtsfrage Zurückhaltung. Zwar hat er das Wort Massenstreik nach 1906 öfter in die Debatte geworfen, seine Skepsis gegenüber dessen praktischer Anwendung jedoch nicht aufgegeben. Auf dem preußischen Parteitag von 1907 rechnete er zu den Maßnahmen des Wahlrechtskampfes „unter Umständen" auch die Anwendung des Massenstreiks. Er schwächte diesen Gedanken allerdings sofort wieder mit der Bemerkung ab, der Massenstreik könne selbstverständlich nicht für einen bestimmten Termin angekündigt werden.[264] Als erfahrener Redner, der die Stimmung seiner Zuhörerschaft geschickt zu manipulieren wußte, hat Ledebour gelegentlich versucht, seinen Reden zur Wahlrechtsfrage stärkere Zugkraft zu verleihen, indem er den Massenstreik ins Spiel brachte. Doch fehlte bei solchen Gelegenheiten nie der dämpfende Hinweis, daß der Gebrauch dieser „äußersten" Waffe

[262] Vgl. *Prot. PT SPD 1910,* S. 178, 489.

[263] Vgl. K. Kautsky, *Der politische Massenstreik ...,* S. 222 ff. Zur Kontroverse Kautsky—Luxemburg, die zum Bruch zwischen beiden führte, vgl. P. Nettl, *Rosa Luxemburg ...,* S. 405 ff.

[264] Vgl. *Prot. PT SPD Preußen 1907*, S. 74.

umfangreiche organisatorische Vorbereitungen voraussetze.[265] Wenn Ledebour im Reichstag verkündete, die Sozialdemokratie werde, um ein demokratisches Wahlrecht in Preußen zu erzwingen, künftighin Straßendemonstrationen veranstalten und „vielleicht auch noch schärfere Mittel gebrauchen“,[266] so entsprang diese Drohung vor allem dem Bedürfnis, der Gegenseite zu imponieren und Entschlossenheit zu demonstrieren.

In Wirklichkeit war er ebensowenig wie die Parteiführung ein Freund „direkter Aktionen“. Auf dem Kongreß der Internationale in Kopenhagen hat er die Forderung englischer und französischer Delegierter, den Generalstreik als Instrument zur Verhinderung eines Krieges ins Auge zu fassen, schroff zurückgewiesen. Seine Argumente gegen eine internationale Festlegung des Generalstreiks für den Kriegsfall liefen in zwei Richtungen: einerseits sei der Erlaß von Vorschriften zur Durchführung eines Generalstreiks, die für alle Parteien der Zweiten Internationale verbindlich seien, auf Grund der Verschiedenartigkeit der wirtschaftlichen und organisatorischen Entwicklung in den einzelnen Ländern unmöglich, andererseits müsse die Proklamation eines Generalstreiks, etwa eines Transportarbeiterstreiks, sofort zur Zertrümmerung der Arbeiterorganisationen führen. Ledebour befürwortete seinerseits, daß die Entscheidung über die Anwendung zweckentsprechender Mittel ins Ermessen der klassenbewußten Arbeiter der einzelnen Parteien gestellt werde.[267] Die in der deutschen Sozialdemokratie vorhandenen Bedenken gegenüber dem politischen Streik — Kautsky nannte damals den Massenstreik im Kriegsfall einen „heroischen Wahnsinn“[268] — wurden demnach von Ledebour voll und ganz geteilt. So verwundert es nicht, daß Ledebour auf dem Kopenhagener Kongreß statt einer Empfehlung des Generalstreiks auf die Bedeutung des Parlamentarismus hinwies, der ihm als „Mittel zum Eindringen in

[265] Auf einer Veranstaltung seines Wahlkreises erklärte Ledebour, daß man den politischen Massenstreik zwar als „Mittel“ ins Auge fassen dürfe, „wir dürfen ihn aber nicht etwa übermorgen proklamieren wollen. Wir dürfen uns keinem Zweifel hingeben, daß die Bewegung noch nicht zu der dazu erforderlichen Glut und dem Feuer gekommen sei. Um eine solche Machtentfaltung bewirken zu können, müssen wir erst noch ganz andere Erfolge erzielen als bisher. Wir müssen also erst noch mit allen Mitteln die Vorarbeiten betreiben“, zitiert im *Vorwärts*, Nr. 287 vom 9. 12. 1909, 1. Beilage.

[266] *Sten. Ber. RT*, Bd. 259, S. 1432 ff. (Rede vom 19. 2. 1910).

[267] Vgl. *Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Kopenhagen, 28. August bis 3. September 1910*, Berlin 1910, S. 32 f.

[268] K. Kautsky, *Krieg . . .*, in: *Die Neue Zeit*, 29. Jg. (1911), Bd. 2, S. 104.

das Gefühl und zur Eroberung der Gedankenwelt der noch indifferenten proletarischen Massen“[269] viel geeigneter und zuverlässiger erschien als die gefährlichen Waffen der „direkten Aktion“.

Der letzte Parteitag der SPD vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges, der sich auch mit dem Thema Massenstreik befaßte, fiel in eine Zeit gewisser Stockung des Parteilebens. Nach den Angaben Kautskys hatte die Sozialdemokratie 1913 ein Stagnieren der Organisation, den Rückgang der Abonnenten der Parteipresse sowie der Stimmenzahlen bei den Nachwahlen zu verzeichnen.[270] Die preußischen Abgeordnetenwahlen vom Frühjahr 1913 brachten zwar eine Zunahme der sozialdemokratischen Mandate, aber von einer Erschütterung des Dreiklassenwahlrechts konnte keine Rede sein. Dieser traurige Befund veranlaßte den Rechtsaktivisten Ludwig Frank, in einer Berliner Versammlung den Massenstreik als politische Offensivwaffe für den preußischen Wahlrechtskampf zu fordern.[271]

Um unerwarteten Vorstößen von rechts und links vorzubeugen, hatte der Parteivorstand dem Parteitag einen Antrag unterbreitet, der die Beschlüsse von 1905 und 1906 bestätigte und ferner konstatierte: „Der politische Massenstreik kann nur bei vollkommener Einigung aller Organe der Arbeiterbewegung von klassenbewußten, für die letzten Ziele des Sozialismus begeisterten und zu jedem Opfer bereiten Massen geführt werden. Der Parteitag macht es deshalb den Parteigenossen zur Pflicht, unermüdlich für den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zu wirken.“[272] Diesem Antrag stand eine Resolution Rosa Luxemburgs gegenüber, die ähnliche Gedankengänge enthielt, darüber hinaus aber als Voraussetzung erfolgreicher Massenaktionen „eine offensive, entschlossene und konsequente Taktik der Partei auf allen Gebieten“ proklamierte.[273] Damit holte Luxemburg zum Schlag gegen die vor allem seit den Stichwahlen von 1912 befolgte „Dämpfungstaktik“ und den attentistischen Kurs der Parteileitung aus, der sich, wie sie sagte, in einem „Nichts-als-Parlamentarismus“ erschöpfe.[274]

Die Tatsache, daß Rosa Luxemburg mit ihrer Massenstreikresolu-

[269] *Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Kopenhagen* ..., S. 102.

[270] Vgl. K. Kautsky, *Der politische Massenstreik* ..., S. 290.

[271] Vgl. *Prot. PT SPD 1913*, S. 304 ff.

[272] *A. a.* O., S. 192 f.

[273] *A. a.* O., S. 194 f. Für Kautskys Urteil vgl. K. Kautsky, *Der politische Massenstreik* ..., S. 292 ff.

[274] *Prot. PT SPD 1913*, S. 288 ff.

tion in erster Linie zur Attacke gegen die Generallinie der Parteiführung blies, sicherte ihr die Unterstützung all jener, die seit der Marokkokrise von 1911 mit den oberen Parteiinstanzen unzufrieden waren. Auch Ledebour, der seit 1911 in wachsendem Maße mit dem Parteivorstand zerfallen war,[275] gehörte mit zu den Antragstellern der Resolution. Außerdem glaubte er, daß die Sozialdemokratie aus der allgemeinen parlamentarischen „Stagnation" der letzten Jahre nur herauskommen könne, wenn sie sich zur Einleitung von Massenaktionen entschlösse. Da „Parlamentarismus und Massenaktionen ... richtig verstanden keine Widersprüche" darstellten, sondern sich gegenseitig ergänzten, erwartete er von der Durchführung einer Massenbewegung neue Impulse für eine erfolgreiche parlamentarische Tätigkeit der Partei.[276]

Mit seinem Plädoyer für Massenaktivität war demnach Ledebour nicht ins Lager der Linksaktivisten abgeschwenkt. Dies unterstrich er auch in einer Berliner Parteiversammlung: Er habe, so bemerkte er fast entschuldigend, die Resolution Rosa Luxemburgs unterstützt, damit auf dem Parteitag wieder einmal die Notwendigkeit des Massenstreiks betont werde, nachdem die letzten preußischen Landtagswahlen der Sozialdemokratie eine ihrer Größe entsprechende Vertretung versagt hätten.[277] Sein Zusammengehen mit der Gruppe Luxemburg war daher nicht viel mehr als eines der *pro tempore* geschlossenen Zweckbündnisse, zu deren Abschluß er sich damals öfter wegen seiner Oppositionshaltung gegenüber der Parteiführung gezwungen sah. Ledebours Betrachtung des Massenstreiks als einer in ihrer Anwendung eng begrenzten, zur Unterstützung des Parlamentarismus anwendbaren Waffe zeigt, daß er dem linken Flügel originär nicht zugerechnet werden kann, sondern prinzipiell dem marxistischen Zentrum näherstand.[278] Innerhalb der Parteiströmungen der Vorkriegszeit nahm er somit eine Stellung ein, die ihn — „richtungstopographisch" gesehen — an die linke Flanke des Parteizentrums placierte, von wo aus er in bestimmten politischen Situationen weiter nach links ausscherte.

[275] Vgl. dazu das folgende Kapitel.
[276] Vgl. *Prot. PT SPD 1913*, S. 307.
[277] Vgl. *Vorwärts*, Nr. 264 vom 9. 10. 1913, 3. Beilage.
[278] Ledebours Haltung zum Imperialismusproblem und der Abrüstungsfrage bestätigt diese Zuordnung. Es muß deshalb Coles Meinung, „Georg Ledebour ... stood less far to the left than either Mehring or Clara Zetkin but he belongs rather with them than with the centre", in Frage gestellt werden, G. D. H. Cole, *A History of Socialist Thought*, vol. 3, 1: *The Second International 1889—1914*, London 1956, S. 315.

Marokkokonflikt und Reorganisationsfrage

Bei einer Überprüfung der Parteidiskussionen der Vorkriegssozialdemokratie gewinnt man den Eindruck, daß kein Parteitag so harte Kritik und Angriffe gegen die Führungsspitze zeitigte wie der Parteitag in Jena im Jahre 1911. Hier stand der Parteivorstand, im Gegensatz zur Konstellation des Vorjahres unterstützt von der gesamten Rechten, einem festen Block von Radikalen gegenüber, der neben der engeren Klientel Rosa Luxemburgs auch alle gegen die Haltung des Vorstandes in der Marokkokrise Opponierenden umfaßte. Der Unmut der Radikalen resultierte aus der angeblichen Untätigkeit der Parteileitung beim Ausbruch des zweiten Marokkokonflikts. Den Hauptanstoß bildete dabei ein im Namen des Vorstandes verfaßtes Schreiben Hermann Molkenbuhrs. Dieser hatte auf eine Anfrage des Internationalen Sozialistischen Büros, ob angesichts der internationalen Spannungen eine Sitzung der Delegierten des Büros gewünscht werde, ablehnend reagiert. Ein allzu starkes Engagement in der Marokkoangelegenheit hielt er für unangebracht, da daraus leicht eine wirksame Wahlparole der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie geschmiedet werden könne.[279] Daß die Parteileitung den „imperialistischen Machenschaften" mit dem Gedanken an den Primat von Wahlüberlegungen begegnet war, brachte die Radikalen in Aufruhrstimmung.

Gegen Ende Juli 1911 veröffentlichte Rosa Luxemburg den Molkenbuhrschen Brief in der *Leipziger Volkszeitung* und gab damit schon vor dem Parteitag das Startsignal zur Diskussion dieser Frage in Presse und Versammlungen. Obwohl der Marokkokonflikt seiner kriegerischen Spitze durch die deutsche Regierungsnote vom 5. 8. 1911 längst beraubt war, sah sich der Parteivorstand auf Grund der Kritik der Radikalen dennoch nachträglich zur Herausgabe eines Manifestes in der Marokkosache genötigt. Das ganze Vorgehen, auch die spektakulären, Anfang September abgehaltenen Friedenskundgebungen,[280] zeigten, daß der Vorstand aus der Defensive heraus agierte. Bebel versuchte auf dem Jenaer Parteitag die Vorstöße der Radikalen dadurch abzufangen, daß er die „Marokkoaffaire" zu einer „Affaire Luxem-

[279] Zur Korrespondenz des Parteivorstandes mit dem Internationalen Sozialistischen Büro vgl. *Prot. PT SPD 1911,* S. 464 ff. Eine ausführliche Darstellung der innerparteilichen Auswirkungen der Marokkokrise bei C. E. Schorske, *German Social Democracy . . .* (= Harvard Historical Studies, vol. 65), S. 197 ff.

[280] Vgl. die Berichte im *Vorwärts,* Nr. 206 a vom 4. 9. 1911, Extra-Ausgabe.

burg“ ausgestaltete und — den endgültigen Bruch zwischen sich und Rosa Luxemburg dokumentierend — diese der Illoyalität und Indiskretion wegen der Publikation des Molkenbuhrbriefes zieh.[281] Bebels Bestreben, den Vorstand in der Rolle des Anklägers auftreten zu lassen und Luxemburg zur Angeklagten zu stempeln, stieß auf eine breite Front der Ablehnung. Nach den Worten von Paul Lensch hatte sich gerade Rosa Luxemburg durch ihr Verhalten ein „Verdienst“ erworben, während der Vorstand der eigentlich Schuldige sei.[282] Ledebour, der schon vor dem Parteitag in Berliner Versammlungen scharfe Töne gegen die Vorstandspolitik angeschlagen hatte,[283] stimmte in den Chor der Ankläger ein. Seiner Meinung nach hatte sich vor dem Parteitag „niemand zu verteidigen außer dem Parteivorstand“. Rosa Luxemburg, so ließ er sich in Jena vernehmen, habe mit ihm „sehr häufig in Konflikten gestanden, und wie ich die Genossin Luxemburg kenne, und wie ich mich kenne, werden wir im Laufe unseres hoffentlich noch recht langen Wirkens für die Partei noch öfter in Konflikt geraten. Aber das hält mich doch nicht ab, ausdrücklich zu erklären, daß, wenn es überhaupt jetzt in Deutschland zu großen Aktionen, zu großen Demonstrationen gegen den Krieg und die Kriegshetzer gekommen ist, nicht [Hermann] Müller [vom Parteivorstand] ... das Hauptverdienst daran hat, sondern die Genossin Luxemburg durch ihre Kritik. Wenn die Kritik nicht gekommen wäre, Genossen vom Parteivorstand, Sie säßen heute noch vergnügt da und hätten den Finger nicht gerührt ...“[284]

Welches waren nun nach Ledebours Ansicht die Unterlassungssünden des Vorstands? Zunächst glaubte er, dem Vorstand ein Versagen auf internationaler Ebene nachweisen zu können. Im Moment der Kriegsgefahr, sagte er in Jena, sei eine internationale Aktion aller Parteien unerläßlich. Im *Halleschen Volksblatt* schrieb er: Ein wirksamer Kampf gegen den Krieg sei nur dann „durchführbar und möglich“, wenn er „gleichzeitig und in gleichen Formen in allen beteiligten Ländern erfolgt“.[285]

[281] Vgl. *Prot. PT SPD 1911*, S. 214 ff.; vgl. ferner den Vorstandsbericht Hermann Müllers, *a. a.* O., S. 192 ff.

[282] *A. a.* O., S. 208.

[283] Vgl. *Vorwärts*, Nr. 179 vom 3. 8. 1911, 1. Beilage.

[284] *Prot. PT SPD 1911*, S. 212.

[285] Georg Ledebour, *Parteivorstand und Internationale*, zitiert nach *Bremer Bürger-Zeitung*, Nr. 212 vom 11. 9. 1911, 2. Beilage. Für Ledebours Rede in Jena vgl. *Prot. PT SPD 1911*, S. 213.

Das waren große Worte, hinter denen sich keine konkreten Vorstellungen verbargen. Ledebour gab auf dem Parteitag selbst zu, daß auch in der Marokkokrise an die Anwendung eines bestimmten Kampfmittels nicht hatte gedacht werden können. Als Referent zum Militarismusproblem auf dem Internationalen Kongreß in Kopenhagen wußte er, daß sich angesichts der — von ihm selbst bestätigten — „Zerfahrenheit der Anschauungen" bei den Sozialisten der verschiedenen Länder ein internationaler Generalstreik nicht durchführen ließ. So schmolz Ledebours Anklage auf den Vorwurf zusammen, der Vorstand habe eine Verständigung mit den benachbarten Parteien zum Zeitpunkt der Krise versäumt. Frühzeitige und gründliche vertrauliche Besprechungen, die sich „vielleicht monatelang hinziehen werden"[!], seien die wichtigste Aufgabe zur Einleitung einer internationalen Aktion.[286]

Im Hinblick auf die reale Entwicklung der Krise blieben jedoch diejenigen im Recht, die darauf hinwiesen, daß der Vorstand die internationale Situation richtig eingeschätzt habe. Selbst der Radikale Adolph Hoffmann gab zu, daß im vorliegenden Falle nichts „verpaßt" worden sei.[287] Richard Fischer bezeichnete deshalb Ledebours Vorhaltungen als „persönliche Wichtigtuerei" und „geschwollene[s] Getue, hinter dem nichts steht".[288] Außer der Haltung des Vorstandes im Marokkokonflikt erregte die Radikalen noch ein anderes Parteiereignis. Aus Anlaß des Streiks der Berliner Buchdrucker und dessen Echo in der Presse hatte der Parteivorstand auf Wunsch der Generalkommission der Gewerkschaften ein Zirkular erlassen, in dem die Parteipresse ermahnt wurde, sich künftig jeder Kritik aller noch den Instanzenweg durchlaufenden Gewerkschaftsstreitigkeiten zu enthalten.[289] Die Parteijournalisten witterten in diesem „Geheimerlaß" den Auftakt zu einer Zensur der Presse. Selbst Kautsky attestierte den Vätern des Zirkulars, daß sie mit dieser Maßnahme keine glückliche Hand gezeigt hätten.[290]

Nach Ledebour war der Erlaß die zweite große Verfehlung des Vorstandes — ein Beweis seines mangelhaften Verständnisses für das, was

[286] *Ebda.*

[287] *A. a.* O., S. 243.

[288] *A. a.* O., S. 238.

[289] Zur Verteidigung dieser Anordnung vgl. *a. a.* O., S. 190 ff. (Müller) und S. 226 f. (Legien).

[290] Vgl. Karl Kautsky, *Zum Parteitag,* in: *Die Neue Zeit,* 29. Jg. (1911), Bd. 2, S. 794.

er der sozialdemokratischen Bewegung „schuldig“ sei. Wenn Wilhelm Dittmann, ein führender Kopf der Radikalen, aus dem Vorgehen des Vorstandes schloß, daß dieser sich „in einer gewissen Abhängigkeit von der Zentralleitung der Gewerkschaften“ befinde,[291] so hieß das bei Ledebour, die Parteileitung habe sich als „blinder Handlanger der Generalkommission“ betätigt.[292] Insgesamt lautete Ledebours Pauschalverdikt, daß „nicht nur bei der Erfüllung der Obliegenheiten, die der deutschen Sozialdemokratie aus ihren Beziehungen zur Internationale erwachsen ... dem Parteivorstand Unterlassungssünden und Mißgriffe“ unterlaufen seien, sondern daß „auch auf den Gebieten, die man als die innere Politik bezeichnen kann“, der Vorstand „sich seiner Aufgabe nicht völlig gewachsen gezeigt“ habe.[293]

Ton und Argumentationsweise Ledebours lassen klar erkennen, daß dieser es damals auf einen offenen Kampf mit der Führung anlegte. Auf dem Jenaer Parteitag scheute er sich nicht, selbst gegen Bebel, dessen Person der Mehrheit der Parteigenossen als sakrosankt galt,[294] die giftigsten Pfeile zu schleudern. Das Bestreben einiger Parteitagsdelegierten, die Übereinstimmung Bebels mit der brieflichen Aktion Molkenbuhrs herauszustreichen, bezeichnete Ledebour als Versuch, Bebel „vorzuschieben“, um dem Vorstand aus der „Patsche“ zu helfen. Bebel, sonst in der Rolle des Moderators auftretend, ließ sich durch solche Beschuldigungen aus seiner gewohnten Zurückhaltung locken. Er sprach vom „Tiefstand“ der Ledebourschen Auffassung und bescheinigte ihm, daß er an „Taktlosigkeit“ alle Parteigenossen übertreffe.[295] Bebels hochgradige Erregung über Ledebours Zwischenrufe und Anwürfe wird in folgenden Worten spürbar: „Es ist doch in der Tat ein sehr starkes Stück, einem Manne, der 50 Jahre in der Bewegung steht und 47 Jahre mit an der Spitze, zuzumuten, er lasse sich schieben, als habe er keine eigene Meinung. Ich hoffe, daß Ledebour niemals dieses Kompliment gemacht wird.“[296]

Ledebour hatte mit seiner Polemik weit über die Stränge geschlagen. Dem damaligen Anliegen der Radikalen, eine Reorganisation der Par-

[291] *Prot. PT SPD 1911*, S. 209.

[292] Georg Ledebour, *Reorganisation des Parteivorstandes*, zitiert nach *Leipziger Volkszeitung*, Nr. 211 vom 12. 9. 1911.

[293] *Ebda.*

[294] C. Severing, *Mein Lebensweg ...*, Bd. 1, S. 149, spricht von seiner großen, fast ehrfürchtigen Liebe zu Bebel.

[295] Vgl. *Prot. PT SPD 1911*, S. 257 und 265.

[296] *A. a. O.*, S. 259.

teileitung durchzusetzen, schadeten seine rhetorischen Eskapaden sehr. Kautsky schrieb damals, daß die „3 L" — Ledebour, Lensch und Luxemburg — „keine Politiker" seien, „die ein bestimmtes Ziel erreichen wollen, sondern eigensinnige Rechthaber, die allen, die nicht ihrer Meinung sind, unangenehm werden wollen ..."[297] Nach Ansicht von Luise Kautsky hatte Ledebour mit seinem Verhalten auf dem Parteitag seinen „Nichtbefähigungsnachweis glänzend erbracht; war er wirklich der Protegé der Clique um Rosa [Luxemburg], so können sie einpacken".[298] Sogar Rudolf Hilferding, der einige Sympathien für Ledebour und sein politisches Temperament empfand, war über den Zwischenfall Bebel—Ledebour „sehr unglücklich".[299]

In den Versammlungen der Berliner Parteiorganisationen, die im September und Oktober 1911 zu dem Ergebnis des Parteitages Stellung nahmen, wurde nicht mit Tadel an Ledebours Auftreten gespart. Die sonst so radikalen Genossen des 6. Berliner Kreises äußerten sich reserviert oder tadelnd über das Jenaer Verhalten ihres Reichstagsvertreters. Der Verbandsvorsitzende der sozialdemokratischen Wahlvereine von Groß-Berlin, Eugen Ernst, der zwar die Inaktivität des Vorstandes während der Marokkokrise bedauerte, meinte trotzdem, daß Ledebour bei der Behandlung dieser Frage in Jena seine Zunge besser hätte zügeln sollen. Eine Ledebour verteidigende Resolution wurde „mit erheblicher Mehrheit" abgelehnt.[300] So befand sich Ledebour wieder einmal in einer von ihm selbst heraufbeschworenen Isolierung. —

Es wurde bereits angedeutet, daß ein großer Teil der Radikalen auf eine Reorganisation der Parteispitze hinarbeitete. In Jena hatten diese Bemühungen nicht zum gewünschten Erfolg geführt. Dittmann, Hoffmann, Liebknecht, Henke und Ledebour[301] stimmten darin überein, daß die Parteiführungsspitze verändert werden müsse, da sie sich den tagespolitischen Anforderungen nicht mehr gewachsen zeige. Die Vorschläge, mit denen die Radikalen der „bureaukratischen Verknöcherung" des Vorstandes abhelfen wollten, liefen darauf hinaus, zusätzliche Sekretäre in den bis dahin 10köpfigen Parteivorstand zu wählen[302] oder

[297] Kautsky an seine Frau am 13. 9. 1911 (Familienarchiv Kautsky).

[298] Luise Kautsky an Karl Kautsky am 13. 9. 1911 (Familienarchiv Kautsky).

[299] *Ebda.*

[300] Vgl. *Vorwärts,* Nr. 227 vom 28. 9. 1911, 1. Beilage; *a. a.* O., Nr. 239 vom 12. 10. 1911, 1. Beilage.

[301] Vgl. *Prot. PT SPD 1911,* S. 209, 243, 244 f., 252, 213.

[302] Zum Vorschlag Dittmanns vgl. *Vorwärts,* Nr. 202 vom 30. 8. 1911. Vgl. ferner

ihn durch unbesoldete „politische Köpfe“ zu ergänzen. Für letzteren Weg plädierte Ledebour. Um das „bureaukratische Element“ im Vorstand zu neutralisieren, wollte er einen „politischen Beirat“ von 7 bis 9 Mitgliedern schaffen, der an den „eigentlichen Verwaltungsgeschäften“ des Vorstandes nicht teilzunehmen habe, aber bei allen Vorstandssitzungen, insbesondere bei politisch relevanten Entscheidungen, gehört werden müsse.[303] Nach einem Eingeständnis von Alfred Henke in Jena hofften die Radikalen, daß durch eine Reorganisierung der Parteileitung der Vorstand auf dem nächsten Parteitag nicht mehr die ihn damals stützende revisionistische Majorität finde, sondern hinter ihm wieder die „alte Mehrheit“ stehen werde, „mit der er ja bisher zufrieden“ gewesen sei.[304] Diese Äußerung macht deutlich, daß den „Reorganisatoren“ nicht so sehr an organisationstechnischen Änderungen gelegen war, sondern daß sie mit der Erweiterung der Führungsspitze eine Umbesetzung in ihrem Sinne anstrebten. Daher traf die Feststellung Richard Fischers, durch die Reorganisierung solle ein Parteivorstand „von Dittmanns Gnaden“ geschaffen werden, genau den Kern der radikalen Bestrebungen.[305]

Seitdem sich 1910 auf dem Magdeburger Parteitag eine sogenannte „Siebener Kommission“ unter Leitung Dittmanns zunächst mit dem ausgesprochenen Ziel, ein Gegengewicht gegen die Budgetbewilligungsfreunde in der Partei zu schaffen, konstituiert hatte,[306] drängten die Radikalen zur Bildung eines festen radikalen Blocks. Lange bevor die Reorganisationsfrage Gegenstand der öffentlichen Diskussion geworden war, wirkten Radikale wie Clara Zetkin, Rosa Luxemburg und Ledebour auf eine personelle Umbesetzung im Vorstand hin. Schon in Magdeburg war Dittmann von Ledebour, Zetkin und Heinrich Schulz „bestürmt“ worden, sich in den Vorstand wählen zu lassen.[307] Nach

Georg Kotowski, *Friedrich Ebert. Eine politische Biographie*, Bd. 1: *Der Aufstieg eines deutschen Arbeiterführers 1871 bis 1917* (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Sonderbd. 1), Wiesbaden 1963, S. 171 f.

[303] Vgl. G. Ledebour, *Reorganisation ...*, zitiert nach *Leipziger Volkszeitung*, Nr. 211 vom 12. 9. 1911.

[304] Vgl. *Prot. PT SPD 1911*, S. 252.

[305] *A. a. O.*, S. 236.

[306] Vgl. W. Dittmann, *Erinnerungen ...*, S. 272 ff.

[307] Wie einem Schreiben Ledebours an Dittmann vom 14. 6. 1910 zu entnehmen ist, hatte Ledebour schon im Sommer 1910 an eine Kandidatur Dittmanns als Sekretär gedacht (Nachlaß Dittmann).

dem Tode Singers im Januar 1911 intensivierten sich diese Bemühungen beträchtlich.[308]

Als der Parteitag in Jena zusammentrat, hatte sich ein Teil der Radikalen schon so weit gesammelt, daß die Gegenseite von der Existenz eines „Wohlfahrtsausschusses" sprach. Nach Angaben von Otto Wels rief der Ausschuß zu Beginn des Parteitages eine Konferenz von 120 Mitgliedern des radikalen Flügels zusammen, um ein einheitliches Vorgehen in der Frage der Vorstandswahlen zu beschließen. Wels' Darstellung zufolge gehörte dort neben Stadthagen und Rosa Luxemburg Ledebour zu den agilsten und aggressivsten Kräften. Dieser sei von der festen Absicht beseelt gewesen, den Vorstand zu stürzen bzw. „abzumurksen".[309] Selbst wenn man bei dieser schweren Anklage berücksichtigt, daß Wels Ledebour gegenüber persönlich stark voreingenommen war und deshalb zu überspitzten Formulierungen neigte, so enthält sein Vorwurf dennoch einen von Ledebour selbst bestätigten wahren Kern. Ledebour hatte auf der besagten Zusammenkunft der Linken nach heftiger Kritik an den abwesenden Vorstandsmitgliedern erklärt, er könne auf dem Parteitag für die amtierenden Sekretäre Ebert und Müller nicht seine Stimme abgeben. Sein offenkundiges Bestreben, die übrigen Konferenzteilnehmer für seinen Standpunkt zu gewinnen, fand aber keine Gegenliebe bei seinen radikalen Freunden. Diese verpflichteten sich schließlich, alle auf dem Parteitag in Vorschlag kommenden Vorstandsvertreter zu wählen.[310]

Damit war der Versuch in sich zusammengebrochen, die Entschließung der obersten Parteiinstanz, des Parteitages, durch eine Sonderaktion einseitig zu präjudizieren. Der Jenaer Parteitag brachte dann auch keine Veränderungen in der Parteispitze; die Wahlen bestätigten vielmehr die früheren Mitglieder.[311] Den Wünschen der Radikalen

[308] Vgl. dazu den Briefwechsel Dittmanns mit Rosa Luxemburg und Clara Zetkin im Nachlaß Dittmann.

[309] So Wels im 5. Berliner Wahlkreis, in: *Vorwärts*, Nr. 227 vom 28. 9. 1911, 1. Beilage. Vgl. ferner *a. a.* O., Nr. 230 vom 1. 10. 1911, 1. Beilage; *a. a.* O., Nr. 229 vom 30. 9. 1911, 2. Beilage. Wels nahm an der erwähnten Zusammenkunft der Linken teil, blieb aber späteren Sitzungen fern, da er sich zu einer weiteren Teilnahme von seinem Wahlkreis für nicht legitimiert hielt.

Über die personelle Zusammensetzung der Konferenz läßt sich nichts Näheres sagen. Von den 120 Teilnehmern stellten die Berliner Organisationen 31 Delegierte; die von Ledebour instruierten radikalen Fraktionsmitglieder dürften ebenfalls zugegen gewesen sein.

[310] *A. a.* O., Nr. 230 vom 1. 10. 1911, 1. Beilage.

[311] Zur Vorstandswahl vgl. *Prot. PT SPD 1911,* S. 410.

kam der Parteitag nur darin entgegen, daß er die Anstellung zweier weiterer Sekretäre — Braun und Scheidemann — beschloß und eine 21köpfige Statutenkommission zur Beratung der Reorganisation des Parteivorstandes und der Kontrollkommission einsetzte.[312]

Die ungefähr paritätisch von Vertretern der verschiedenen Richtungen beschickte Reorganisationskommission, an deren Beratungen der Vorstand mit zehn Mitgliedern stimmberechtigt teilnahm, legte im Mai 1912 einen neuen Statutenentwurf vor. Dieser brachte die Installierung eines Parteiausschusses, der aus 32 Vertretern der Bezirksorganisationen bestehen und über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen gemeinsam mit dem Vorstand entscheiden sollte. Die Kontrollkommission wurde im wesentlichen auf administrative Funktionen beschränkt, während die Reichstagsfraktion nur noch zu einem Drittel, und zwar mit beratender Stimme auf dem Parteitag präsent sein sollte.[313] Die Schaffung eines „sozialdemokratischen Bundesrates" in Gestalt des Parteiausschusses[314] entsprach durchaus nicht den auf „Politisierung" des Vorstandes bedachten Radikalen. Die föderalistische und bureaukratische Struktur des Ausschusses, so lautete das radikale Echo auf den Reorganisationsentwurf, müsse auf die Dauer zu einer Verstärkung des revisionistischen Einflusses in der Parteizentrale führen. Die vierteljährliche Einberufung des Parteiausschusses, schrieb Ledebour in der *Neuen Zeit,* bedeute in der Praxis, daß der Ausschuß nur die vorher gefaßten Beschlüsse der Vorstandsmitglieder sanktionieren werde. Der Ausschuß diene somit als spanische Wand, „hinter der der Vorstand mit seiner bureaukratischen Mehrheit nach wie vor tatsächlich die Geschäfte führt". Ledebour hielt den Ausschuß außerdem für eine bedenkliche Institution, da in ihm infolge der vom Vorstand entworfenen Bezirkseinteilung Landesteile mit schwachen Organisationen unverhältnismäßig stärker vertreten seien und damit „erfahrungsgemäß der revisionistischen Richtung überall Vorschub" geleistet werde.[315]

Aus Enttäuschung über den Organisationsentwurf, der alles „beim

[312] *A. a. O.,* S. 473.

[313] Zum Mai-Entwurf vgl. *Prot. PT SPD 1912,* S. 154 ff.

[314] Die Formulierung stammt von Georg Weill, *Parteiorganisation und politische Aktion. Zur Reform des sozialdemokratischen Organisationsstatuts,* in: *Sozialistische Monatshefte,* 18. Jg. (1912), Bd. 2, S. 832.

[315] Vgl. Georg Ledebour, *Parteiausschuß, Kontrollkommission und Fraktionsvertretung,* in: *Die Neue Zeit,* 30. Jg. (1912), Bd. 2, S. 509 f. Vgl. auch Ledebours Rede im 6. Berliner Wahlkreis, in: *Vorwärts,* Nr. 201 vom 29. 8. 1912, 1. Beilage.

alten" belasse,[316] beschlossen Ledebour und einige radikale Gesinnungsfreunde, die anstehende Reorganisationsfrage noch einmal auf einer Konferenz „streng privaten Charakters" zu beraten. Ledebour lud deshalb dreißig Abgeordnete zu einer Tagung am 16. Juni 1912 nach Eisenach ein. In seinem Einladungsschreiben hieß es: „Zweck der Zusammenkunft ist die Besprechung des Kommissions-Entwurfs zur Reform des Parteistatuts und die eventuelle Verständigung über Verbesserungsanträge."[317]

An der unter der Ägide Ledebours tagenden „Eisenacher Sonderkonferenz" nahmen Radikale wie Wilhelm Dittmann, Gustav Hoch, Wilhelm Bock, Adolf Albrecht, Leopold Emmel und Arthur Stadthagen teil.[318] Zu den konkreten Ergebnissen der Beratung gehörten die Forderungen nach uneingeschränkter Vertretung der Reichstagsabgeordneten auf dem Parteitag[319] und nach „Politisierung" des Parteivorstandes durch Vermehrung der (unbesoldeten) Beisitzer auf 7 bis 9. Als solche Beisitzer, die nach der Vorstellung Ledebours „bei allen politischen Aktionen der Partei beständig mittätig" sein sollten — bei „rein verwaltungstechnischen Angelegenheiten" nicht unbedingt mitberaten mußten —,[320] wurden von den Konferenzteilnehmern Abgeordnete,

[316] Georg Ledebour, *Die Reorganisation des Parteivorstandes,* in: *Die Neue Zeit,* 30. Jg. (1912), Bd. 2, S. 457.

[317] Ein Durchschlag des maschinenschriftlichen Schreibens von Ledebour befindet sich im Nachlaß Dittmann. Zur Charakterisierung von Ledebours Arbeitsstil sei hier der weitere Wortlaut des Briefes wiedergegeben: „Da der Entwurf Anfang nächster Woche veröffentlicht werden soll, werden Sie gebeten, sich den in der Presse abgedruckten Text mitzubringen. Es ist zu erwarten, dass wir am Samstag Abend mit der Besprechung zu Ende kommen. Diejenigen Kollegen, die auch noch Montag und die folgenden Tage zur Verfügung haben, können sich dann vielleicht über eine gemeinschaftliche Wanderung verständigen. Da das Lokal durch den Genossen Bock-Gotha besorgt ist, werden Sie gebeten, sich bei der Ankunft in Tivoli nach dem von ihm genommenen Zimmer zu erkundigen. Wenn es Ihnen irgend möglich ist, bitte ich Sie dringend, in Eisenach zu erscheinen und mir vorher Nachricht zukommen zu lassen. Diejenigen Kollegen aber, die behindert sein sollten, an der Zusammenkunft teilzunehmen, bitte ich, eventuelle Verbesserungsvorschläge, zu der [!] Sie bei Lesung des Entwurfs angeregt werden, mir, bestimmt formuliert, an meine untenstehende Adresse einzusenden, so dass ich sie spätestens Sonnabend, 15. Juni, früh in Händen habe.
Mit freundlichem Gruß G. Ledebour."

[318] Über die Vorgeschichte der Zusammenkunft vgl. den Bericht von Hoch auf dem Parteitag, *Prot. PT SPD 1912,* S. 382 f. Karl Liebknecht war nach eigener Darlegung durch eine Sitzung seines Wahlkreises am Erscheinen in Eisenach verhindert, vgl. *Vorwärts,* Nr. 201 vom 29. 8. 1912, 1. Beilage.

[319] Vgl. *Prot. PT SPD 1912,* S. 305 f. (Emmel).

[320] *A. a. O.,* S. 315.

Redakteure, „Organisatoren" und auch ein „hervorragend gewerkschaftlich tätiger Genosse" in Betracht gezogen. Die Mehrzahl der Beisitzer sollte aus „rein praktischen Erwägungen" „ihren Wohnsitz in Groß-Berlin" haben.[321]

Mit diesem Vorschlag, der darauf hinauslief, den Parteivorstand zu einem Unterausschuß der radikalen Berliner Parteiorganisation zu machen,[322] hatten Ledebour und seine Freunde ihre wahren Intentionen enthüllt. Da der Vorstand in der Praxis unabsetzbar war, versuchten sie, auf dem Weg über die Erweiterung der Parteileitung der radikalen Richtung ein Übergewicht im Vorstand zu verschaffen. Obwohl die „Sonderkonferenzler" den sofort nach Bekanntwerden ihrer Tagung erhobenen Vorwurf zurückwiesen, sie hätten bestimmte Abmachungen über personelle Veränderungen im Vorstand getroffen,[323] ist es dennoch wahrscheinlich, daß auf der Zusammenkunft über den als Beisitzer in Frage kommenden Personenkreis gesprochen worden ist. Kautsky hatte recht, wenn er feststellte, daß es sich bei der Besetzung des Vorstandes um eine reine Personenfrage handele: Wem die Zusammensetzung nicht gefalle, müsse anstelle der jetzt dort sitzenden Mitglieder andere wählen.[324]

Es gelang den Radikalen nicht, eine ihren Wünschen entsprechende Lösung herbeizuführen. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Die Gruppe der „Sonderkonferenzler" war numerisch klein und keineswegs homogen.[325] Außerdem gehörten ihr nicht gerade die geschicktesten Parteitaktiker an.[326] Die sofort in Presse und Versammlungen laut-

[321] G. Ledebour, *Die Reorganisation ...*, in: *Die Neue Zeit*, 30. Jg. (1912), Bd. 2, S. 460.

[322] Diese offenkundige Absicht versuchte Heinrich Schulz zu verschleiern. Er meinte, daß nicht alle in Berlin Wohnenden „Norddeutsche" seien, sondern quasi nur *in corpore* in Berlin weilten, während sie sich innerlich und auf Grund ihrer Parteitätigkeit mit irgendwelchen Landesteilen im Süden verbunden fühlten, vgl. Heinrich Schulz, *Parteiausschuß oder erweiterter Parteivorstand, a. a. O.*, 30. Jg. (1912), Bd. 2, S. 924.

[323] Dies wurde von Hoch auf dem Chemnitzer Parteitag bestritten, vgl. *Prot. PT SPD 1912*, S. 384. Ledebour versicherte, „bindende Beschlüsse" seien in Eisenach nicht gefaßt worden, *Die Reorganisation ...*, in: *Die Neue Zeit*, 30. Jg. (1912), Bd. 2, S. 458. Ähnlich W. Dittmann, *Erinnerungen ...*, S. 371.

[324] Vgl. Karl Kautsky, *Zum Parteitag*, in: *Die Neue Zeit*, 30. Jg. (1912), Bd. 2, S. 886.

[325] Beispielsweise war Dittmann der Einladung nach Eisenach nur widerwillig gefolgt. Er hielt die Zusammenkunft für „überflüssig" und „schädlich", da sie der Rechten nur Gelegenheit geben würde, „über die ‚Sonderkonferenzen' der Linken zu zetern", *Erinnerungen ...*, S. 371.

[326] So die Feststellung Molkenbuhrs, *Molkenbuhr-Tagebuch*, Eintragung vom 16. 6.

werdende Kritik tat ihr übriges, um die Ledebour-Fronde in Mißkredit zu bringen. Diese war fortan gezwungen, sich ganz auf die Abwehr der gegen sie von allen Seiten erhobenen Vorwürfe zu konzentrieren. Zahlreiche Wahlkreisorganisationen, darunter auch Ledebours Kreis, beantragten in scharfen Resolutionen, daß Sonderkonferenzen à la Eisenach künftig verboten werden sollten.[327] Zur Verteidigung ihres Vorgehens hoben die „Eisenacher" hervor, daß es sich bei ihrer Tagung nur um die Fortsetzung der in der Fraktion zwischen verschiedenen Richtungen üblichen Vorbesprechungen gehandelt habe, zu deren Abhaltung die Radikalen seit Einführung dieser Praxis durch den revisionistischen Flügel gezwungen worden seien.[328] Daß die „Süddeutschen" mit den Sonderkonferenzen begonnen hätten, wurde von Bebel bestätigt. Dieser sorgte dann auch auf dem Chemnitzer Parteitag dafür, daß eine scharfe Verurteilung der „Eisenacher" vermieden und statt dessen nur eine allgemeingehaltene Resolution verabschiedet wurde, die den Wunsch aussprach, „Sonderkonferenzen bestehender Richtungen" künftig zu unterlassen.[329] Trotz dieser teilweisen Rehabilitierung haftete der Ledebour-Gruppe noch lange das Odium eines Disziplinbruches an.

Der auf dem Chemnitzer Parteitag erstattete Bericht der Reorganisationskommission enthielt für die „Eisenacher" nur bittere Enttäuschungen.[330] Zwar hatte man das im Mai-Entwurf vorgesehene Mitentscheidungsrecht des Parteiausschusses in allen wichtigen Parteifragen fallengelassen. Doch war keine Rede von einer Vergrößerung des Vorstandes durch „politische" Beisitzer. Auch eine Erweiterung der Kontrollkommission hatte nicht durchgesetzt werden können. Sofort stellte Ledebour auf dem Parteitag den Antrag, die Zahl der Beisitzer nicht auf zwei zu beschränken, sondern überhaupt offenzulassen, damit „sobald wie möglich eine Erweiterung des Parteivorstandes im Sinne und Geiste des vorjährigen Beschlusses vorgenommen werden" könne. Eine solche Maßnahme sei notwendig, „weil wir unbedingt angesichts der großen politischen Ereignisse, die bevorstehen, angesichts der Erfüllung

1912. Molkenbuhr geht allerdings zu weit, wenn er unterstellt, die „Sonderkonferenzler" hätten systematisch auf eine Parteispaltung hingearbeitet.

[327] Vgl. *Vorwärts,* Nr. 201 vom 29. 8. 1912, 1. Beilage. Ferner Wolfgang Heine, *Sonderkonferenzen,* in: *Sozialistische Monatshefte,* 16. Jg. (1912), Bd. 3, S. 1139 ff.

[328] Vgl. *Vorwärts,* Nr. 201 vom 29. 8. 1912, 1. Beilage (Ledebour und Liebknecht). *Prot. PT SPD 1912,* S. 384 f. (Hoch).

[329] *A. a. O.,* S. 529. A. Bebels Rede, *a. a. O.,* S. 391 f.

[330] Zum Bericht der Kommission vgl. *a. a. O.,* S. 296 ff.

unserer großen Aufgaben die Partei fähiger für Massenaktionen zu machen" haben.[331] In der Schaffung einer Majorität ehrenamtlicher Vorstandsmitglieder sah Ledebour das Heilmittel zur Beseitigung der politischen Inaktivität, des bureaukratischen Kastengeistes und der Mitgliederferne des Vorstandes. Die Fragwürdigkeit der von Ledebour empfohlenen Therapie erkannte selbst ein Radikaler wie Richard Lipinski. Es sei doch sehr zweifelhaft, meinte er, ob die vorgesehenen Beisitzer, die zum Teil aus den Organisationen kämen, also ebenfalls mit bureaukratischen Arbeiten belastet seien, ein wirksames Gegengewicht zu den festangestellten Vorstandsmitgliedern bilden könnten. Außerdem ließen sich administrative und politische Geschäfte nicht fein säuberlich voneinander trennen.[332] Paul Löbe vermutete hinter Ledebours Antrag nichts weiter als die Absicht, schließlich „die Spitze der Eisenacher Konferenz" in den Vorstand hineinzumanövrieren.[333] Ähnlich scheint auch die Mehrheit des Parteitages empfunden zu haben. Denn sie lehnte Ledebours Resolution ab und nahm das neue Organisationsstatut, in dem das uneingeschränkte Vertretungsrecht der Fraktion auf dem Parteitag wiederhergestellt war, mit nur acht Gegenstimmen an.[334]

Damit war der Vorstoß der Gruppe um Ledebour, die Macht in die Hände der Radikalen zu bringen, endgültig gescheitert. Die Organisationsdisziplin der Parteimehrheit sowie das Bestreben der Parteiführung, das mühsam ausbalancierte Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Richtungen aufrechtzuerhalten, machten es unmöglich, daß eine der existierenden Strömungen das Übergewicht in der Partei bekam.

Trotzdem war die radikale Offensive von 1912 nicht ohne parteigeschichtliche Bedeutung.[335] Wie Wolfgang Heine sehr zutreffend feststellte, hatte die Gruppe der „Sonderkonferenzler" nichts mit jenem äußersten Flügel gemein, dem die Politik der Negation alles bedeute

[331] *A. a. O.*, S. 307.

[332] *A. a. O.*, S. 303 f.

[333] *A. a. O.*, S. 321.

[334] *A. a. O.*, S. 327.

[335] C. E. Schorske, *German Social Democracy* ... (= Harvard Historical Studies, vol. 65), S. 205 ff., hat das Reorganisationsproblem eingehend dargestellt. Allerdings sollte man den Gegensatz zwischen Parteileitung und „Sonderkonferenzlern" nicht so sehr unter prinzipiellem Aspekt sehen, wie er es tut. Die andersartigen taktischen Vorstellungen der Ledebour-Gruppe bedeuteten keine Abweichung von der grundsätzlichen Politik des Vorstandes.

und der das Wort vom Kriegsstreik im Munde führe.[336] In der Tat befand sich Ledebour auf demselben Parteitag, der seine Reorganisationsforderungen zurückwies, zugleich in der Frage des Imperialismus und seiner Bekämpfung in Übereinstimmung mit dem Parteizentrum und im scharfen Gegensatz zu Lensch, Radek und Pannekoek. Er bildete demnach mit seinen Anhängern gewissermaßen ein linkes Zentrum, das damals zum erstenmal in Erscheinung trat. Diese linke Gruppierung, in der Ledebour eine gewisse Führungsrolle zukam und aus deren Mitte später ein großer Teil der Mitglieder der USPD hervorging, hatte sich aus Unzufriedenheit mit der Politik der Parteileitung aus der Mitte herauskristallisiert. Für die Zukunft mußte mit dieser Gruppe von *Dissenters* gerechnet werden, die sich aus bestimmten Anlässen noch weiter vom Parteizentrum entfernen konnte, so daß schließlich eine Trennung unvermeidlich wurde.[337] Es bedurfte allerdings erst der inneren und äußeren Erschütterungen des Weltkrieges, damit dieser vor 1914 eingeleitete Differenzierungsprozeß zu einer ernsthaften Organisationskrise führen konnte.

Die Steuerdebatten

Die Frage der Bewilligung von Mitteln für den Klassenstaat war in der deutschen Sozialdemokratie seit jeher umstritten. Schon in den Budgetdebatten der 90er Jahre standen sich hier zwei Auffassungen konträr gegenüber. Während die Süddeutschen das Budgetvotum als Frage der Taktik und der Zweckmäßigkeit ansahen, betrachtete Bebel die Zustimmung zum Etat als prinzipielles Vertrauensvotum für die Regierung.[338] Auf die Dauer setzte sich jedoch in der Partei die Ansicht durch, daß zur Demonstration der grundsätzlichen Gegnerschaft der SPD zum herrschenden System das Budget abzulehnen sei. Dem-

[336] Vgl. W. Heine, *Sonderkonferenzen,* in: *Sozialistische Monatshefte,* 16. Jg. (1912), Bd. 3, S. 1145 f.

[337] Schorske, der in seinem Buch die Entwicklung der linken Opposition zur späteren USPD herauszuarbeiten versucht, kann bei seiner Feststellung zugestimmt werden, daß die Organisationskrise von 1911/12 „a milestone in the development of the great schism in Social Democracy" darstellte, *German Social Democracy* ... (= Harvard Historical Studies, vol. 65), S. 220. Wenn auch manche Vorbehalte gegen Details des von Schorske gezeichneten Bildes gemacht werden müssen, so hat er doch recht mit der Behauptung, daß der personelle Kern der USPD — von einigen Ausnahmen abgesehen — bereits vor dem Weltkrieg sichtbar war.

[338] Zu den Debatten der 90er Jahre siehe G. A. Ritter, *Die Arbeiterbewegung* ... (= Studien zur europäischen Geschichte ..., Bd. 3), S. 131 ff.

entsprechend wurde auf dem Parteitag in Lübeck angesichts der Bewilligungsfreude der süddeutschen Landtagsfraktionen die Forderung aufgestellt, daß in Beachtung des Parteiprogramms und der Grundsätze des proletarischen Klassenkampfes durch die Sozialdemokratie in den Einzelstaaten das Gesamtbudget „normalerweise" zu verwerfen sei. Eine Abweichung von diesem Gebot war nur „ausnahmsweise aus zwingenden, in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen" möglich.[339] Diese Ausnahmeklausel wurde nach dem erneuten badisch-bayrischen Disziplinbruch 1908 noch enger gefaßt. Nach dem Nürnberger Parteitagsbeschluß war die Zustimmung nur dann erlaubt, wenn dadurch die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets verhindert wurde.[340]

Selbst die heftigsten Drohungen gegen die süddeutschen Budgetbewilliger hatten deren Votierungseifer nicht gedämpft. Bereits im Sommer 1910 stimmten die Sozialdemokraten im badischen Landtag wieder für den Etat, was ihnen die Mißbilligung vom Parteizentrum bis zur äußersten Linken eintrug. Auch Ledebour tadelte die Badener aufs heftigste. Wie Kautsky damals an seine Frau schrieb, war Ledebour „außer sich" über die Budgetbewilliger und beschwor ihn, seinen mit Rosa Luxemburg schwebenden Streit in der Massenstreikfrage abzubrechen, um gegen die badischen Frondeure „los zu gehen".[341] In einer vor dem Parteitag abgehaltenen Versammlung seines Wahlkreises fand Ledebour die härtesten Worte für das Vorgehen der Badener. Er erklärte, wer so handele wie die badischen Abgeordneten, höre auf, Parteigenosse zu sein.[342]

Im Geist dieser Stellungnahme agierte er auch auf dem Magdeburger Parteitag. Die Ablehnung des Budgets betrachtete er als eine „politische Handlung", in der sich die feindliche Stimmung der Sozialdemokratie gegen den herrschenden Klassenstaat manifestiere. Eine solche Demonstration sei in Deutschland unentbehrlich, da man hier im Gegensatz zu England „noch nicht einmal in den bürgerlichen Parlamen-

[339] *Prot. PT SPD 1901,* S. 99 (Bebel).

[340] Vgl. *Prot. PT SPD 1908,* S. 189.

[341] Karl Kautsky an Luise Kautsky am 15. 7. 1910 (Familienarchiv Kautsky).

[342] Vgl. *Vorwärts,* Nr. 174 vom 28. 7. 1910, 2. Beilage. Die Parteiversammlung nahm eine Resolution an, in der es hieß, daß „der die Parteibewegung schwer schädigende Disziplinbruch ... mit der Verwaltung der höchsten Vertrauensämter in der Partei unvereinbar" sei. David nannte diesen von „Stadthagen, Ledebour und Genossen" inspirierten Antrag „unglaublich frivol", Brief von David an Vollmar am 29. 7. 1910 (Nachlaß Vollmar).

tarismus des Klassenstaates hineingekommen" sei. Die badische Budgetbewilligung trage dazu bei, die Existenz der „jämmerlichen deutschen Bureaukratenwirtschaft" zu verlängern. Da die Haltung der Badener einen Verstoß gegen die Parteitagsbeschlüsse und eine Schädigung der Einheitlichkeit der Abgeordnetentätigkeit darstelle,[343] unterstützte er eine von 211 Delegierten unterzeichnete Resolution, in der betont wurde, daß sich die Budgetbewilliger „ohne weiteres außerhalb der Partei" gestellt hätten.[344] Dieser Antrag war eine Verschärfung der vom Parteivorstand und Kautsky eingebrachten Resolution. Diese sprach den Badenern wegen Mißachtung der Parteitagsentschließungen und der Verletzung der Parteieinheit die „allerschärfste Mißbilligung" aus.[345] Dem taktischen Geschick Bebels gelang es schließlich, eine Kompromißentscheidung herbeizuführen, wonach die Befürworter der Budgetbewilligung erst nach abermaligem Verstoß ihrer Parteimitgliedschaft verlustig gehen sollten.[346]

Hatten somit diese Beschlüsse gewisse Richtlinien für die sozialdemokratische Haltung bei Abstimmungen über den Gesamthaushalt festgelegt, so waren damit noch keine Feststellungen darüber getroffen worden, wie sich die Abgeordneten in den verschiedenen Parlamenten zu einzelnen Gesetzen zu verhalten hatten. Die Mitwirkung am Zustandekommen einzelner Gesetze wurde nicht als prinzipienwidrig angesehen. Für die Annahme oder Ablehnung von Gesetzesvorlagen gab es keine allgemeinverbindlichen Kriterien. Die Parlamentsfraktionen waren deshalb gezwungen, über ihre Stellungnahme von Fall zu Fall zu entscheiden. In welch schwierige Situationen die Partei dabei geraten konnte, zeigte sich anläßlich der Bülowschen Finanzreform von 1909.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wurde hier mit der Frage konfrontiert, ob sie die in der Steuervorlage geforderte Erbschaftssteuer bewilligen solle. Nach dem Buchstaben des Erfurter Programms war die Antwort darauf einfach. Ergab sich doch zum erstenmal für die sozialdemokratischen Parlamentarier die Gelegenheit, eine ihrer Forderungen, nämlich die Einführung einer direkten Steuer durchzusetzen. Für einen Teil der Abgeordneten — vor allem für den revisionistischen Flügel — war daher die Zustimmung zur Erbschaftssteuer ein selbstverständliches Gebot zur Erfüllung des Parteiprogramms. Die Radikalen in der Fraktion dagegen betrachteten das Problem unter

[343] Vgl. *Prot. PT SPD 1910,* S. 324 f.
[344] *A. a.* O., S. 179 f.
[345] *A. a.* O., S. 177 f.
[346] *A. a.* O., S. 487 f.; die verschiedenen Abstimmungen *a. a.* O., S. 383 ff.

einem anderen Aspekt: 1. Sollte die Partei einer direkten Steuer zustimmen, die nach den Worten Ledebours nur als „Schönheitspflästerchen" für die Erhebung einer viermal so hohen indirekten Steuer diente? 2. Durfte für eine direkte Steuer votiert werden, die im Endeffekt zur Förderung des Militarismus und des Wettrüstens verwendet werden würde?[347]

Trotz erheblicher Meinungsverschiedenheiten beschloß die Fraktion, in der 2. Lesung der Gesetzesvorlage für die Erbschaftssteuer zu stimmen, ohne sich damit für die entscheidende Abstimmung gebunden zu haben. Zur 3. Lesung kam es indes nicht mehr, da die Erbschaftssteuer schon vorher zu Fall gebracht worden war. Die SPD war somit zwar einer schwerwiegenden Entscheidung enthoben worden, doch wurde die Diskussion darüber nicht gegenstandslos. Jederzeit konnte die Regierung mit neuen Steuerforderungen aufwarten, die der Partei eine konkrete Stellungnahme abverlangten. Der Leipziger Parteitag von 1909 war deshalb zu einer grundsätzlichen Klärung der Frage aufgerufen.[348]

Auch auf dem Parteitag herrschten, wie schon vorher in der Fraktion, zwei entgegengesetzte Auffassungen. Nach Ansicht Davids hätte die Fraktion entsprechend ihrem Programm unbedingt für die Erbschaftssteuer eintreten müssen, wenn sie ihren Wählern gegenüber glaubwürdig bleiben wollte. Das stetige Anschwellen der Rüstungen könne die Sozialdemokratie sowieso nicht verhindern. Dagegen müsse die Partei, wo immer sich die Möglichkeit biete, dafür Sorge tragen, daß die Kosten des Militarismus vom Rücken des Proletariats auf die Schultern der Besitzenden geladen würden. Wenn die Flotten- und Rüstungsschwärmer die Steuerlasten selbst zu tragen hätten, würde sich außerdem ihr Enthusiasmus von allein „abkühlen".[349]

Demgegenüber bezeichnete Ledebour als Exponent der Gegenseite und parlamentarischer Berichterstatter auf dem Parteitag die Erbschaftssteuer als „Feigenblatt" für eine „Massenschröpfung", die 450 Millionen Mark durch neue indirekte Steuern erbringen solle.[350] Die-

[347] Für die verschiedenen Positionen innerhalb der Fraktion vgl. Ledebours parlamentarischen Bericht, *Prot. PT SPD 1909*, S. 289 ff. und passim.

[348] Vgl. *Eine notwendige Aussprache*, in: *Leipziger Volkszeitung*, Nr. 177 v. 4. 8. 1909.

[349] Vgl. *Prot. PT SPD 1909*, S. 312 f.; ähnlich Frank, *a. a. O.*, S. 339 f. Vgl. auch Eduard Bernstein, *Zur Reichsfinanzaufbesserung*, in: *Sozialistische Monatshefte*, 13. Jg. (1909), Bd. 2, S. 767 ff.

[350] Vgl. *Prot. PT SPD 1909*, S. 292, 294; ähnlich Stadthagen, *a. a. O.*, S. 303, und Hoch, *a. a. O.*, S. 310.

sem Urteil schloß sich auch Kautsky an, der den Parteitagsdelegierten klarzumachen versuchte, daß der Bülowsche „Wechselbalg von Erbschaftssteuer" nicht als eine „Erfüllung unserer Programmforderung" anzusehen sei.[351] Ledebour, Kautsky und Singer stimmten darin überein, daß sich die Partei bei der Bewilligung von Mitteln von der Frage des Verwendungszweckes leiten lassen müsse. Unter diesem Aspekt laufe die Antwort zur Erbschaftssteuer auf ein glattes Nein hinaus.[352] Ledebour bekannte offen, daß er sich in der Endabstimmung gegen die Erbschaftssteuer ausgesprochen hätte.[353] Die Befolgung des Grundsatzes „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen" war ihm wichtiger als ein Augenblickserfolg. Nur die Politik der Prinzipienfestigkeit, sagte er in seinem Schlußwort auf dem Parteitag, werde die „Bewegung vorwärts bringen" und das geknechtete Proletariat „um das rote Banner der Sozialdemokratie" scharen.[354]

Ledebour war fest davon überzeugt, daß die Ablehnung der Erbschaftssteuer von der Mehrheit der Arbeiterschaft gebilligt worden wäre. Doch diese Einschätzung der *opinio communis* trog. Verschiedentlich wurde draußen im Lande gefragt, ob sich die SPD mit einer Ablehnung der Erbschaftssteuer nicht in die Bundesgenossenschaft der jeder direkten Steuererhebung abgeneigten Konservativen begeben hätte.[355] Bot sich bei der damaligen parteipolitischen Konstellation nicht vielmehr die Möglichkeit an, den bestehenden konservativ-liberalen Antagonismus in der Steuerfrage für eine Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokratie und Liberalen auszunutzen? Der Zerfall des Bülow-Blocks ermutigte einen Teil des rechten Parteiflügels zu einem Plädoyer für eine sozialdemokratische Liaison mit den Parteien der Mittelklassen.[356]

Der Gedanke eines Bündnisses mit den bürgerlichen Parteien, das eine Auflockerung der bisherigen sozialdemokratischen Abkapselungspolitik bedeutet hätte, fand aber weder das Plazet Ledebours noch die Zustimmung des „Chefideologen". Im Unterschied zu seiner späteren Auffassung über den Liberalismus glaubte Kautsky damals, daß die

[351] *A. a. O.,* S. 348 f.

[352] *A. a. O.,* S. 295 (Ledebour), *a. a. O.,* S. 332 (Singer). Karl Kautsky, *Zum Parteitag,* in: *Die Neue Zeit,* 27. Jg. (1909/10), Bd. 2, S. 838 ff.

[353] Vgl. *Prot. PT SPD 1909,* S. 354 ff.

[354] *A. a. O.,* S. 298; ähnlich Singer, *a. a. O.,* S. 332.

[355] Vgl. *Vorwärts,* Nr. 228 vom 30. 9. 1909, 1. Beilage. *Prot. PT SPD 1909,* S. 313.

[356] Vgl. Wolfgang Heine, *Theodor Barths Vermächtnis,* in: *Sozialistische Monatshefte,* 13. Jg. (1909), Bd. 2, S. 771 ff.

bürgerlichen Parteien immer mehr zu einem reaktionären Block gegen die Sozialdemokratie zusammenrückten. Er hielt deshalb eine Koalitionspolitik weder für praktikabel noch im Interesse der politischen und moralischen Integrität der Partei für wünschenswert.[357] Ledebours Appell, daß die SPD ihre Politik nicht „aus der Seele anderer Parteien heraus" gestalten dürfe, lag auf derselben Linie.[358] Nicht ein Verwischen der Gegensätze durch Kooperation, sondern Wahrung der Unterschiede, lautete seine Devise.

Der Leipziger Parteitag ließ die Frage des Zusammengehens mit den Liberalen und auch das Problem der Erbschaftssteuer ungeklärt.[359] Die Entscheidung, ob für die Stellungnahme zu einer Steuervorlage die Art der Steuer oder ihr Verwendungszweck maßgebend sei, blieb auch weiterhin in das Ermessen der Parlamentsfraktionen gestellt. Für die Zustimmung oder Ablehnung einer Steuer konnte demnach bei Gelegenheit die richtungsmäßige Zusammensetzung der Reichstagsfraktion von Bedeutung werden. Im Jahre 1909 war Ledebour noch zuversichtlich und fest davon überzeugt, daß die Fraktion in letzter Lesung die Steuer abgelehnt hätte;[360] denn „glücklicherweise" sei hier eine, wenn auch knappe, radikale Mehrheit vorhanden, die „gegenüber den revisionistischen Bestrebungen" Front mache.[361] Die gleichzeitig geäußerte Befürchtung Ledebours, es könnten „eines schönen Tages" die revisionistischen Kräfte das Übergewicht erlangen und eine Änderung der bis dahin verfolgten Politik erzwingen, traf schon auf die Zusammensetzung der Reichstagsfraktion in der nächsten Legislaturperiode zu.

Bei der Deckung der Wehrvorlage im Jahre 1913 hatte sich die innerparteiliche Situation erheblich gewandelt. Mit dem 1912 zwischen Fortschrittlicher Volkspartei und Sozialdemokratie geschlossenen Stichwahlabkommen war ein neuer Weg der Taktik beschritten worden.[362]

[357] Vgl. K. Kautsky, *Der Weg zur Macht* ..., S. 103; ders., *Zum Parteitag*, in: *Die Neue Zeit*, 27. Jg. (1909/10), Bd. 2, S. 841 ff.

[358] Vgl. *Prot. PT SPD 1909*, S. 291.

[359] Das *Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands*, 19. Jg. (1909), S. 602, stellte fest, daß der Leipziger Parteitag Regeln für die künftige Politik nicht fixiert habe.

[360] Vgl. *Vorwärts*, Nr. 180 vom 5. 8. 1909, 1. Beilage. Das Abstimmungsergebnis war indessen unsicher. Bebel beispielsweise, der an den Steuerdebatten im Reichstag nicht teilgenommen hatte, erklärte später, daß er für die Steuer gestimmt hätte, vgl. *Prot. PT SPD 1909*, S. 364.

[361] Georg Ledebour, *Erklärung*, in: *Vorwärts*, Nr. 213 vom 12. 9. 1909.

[362] Zum Wahlbündnis von 1912 siehe C. E. Schorske, *German Social Democracy* ... (= Harvard Historical Studies, vol. 65), S. 226 ff.

Die entscheidende Bestimmung dieser Vereinbarung, das sogenannte „Dämpfungsabkommen", welches sozialdemokratische Wahlkampfaktionen in den für den Fortschritt sicheren Wahlkreisen verbot, bekämpften die Radikalen, darunter auch Ledebour, sehr heftig. Doch konnten sie nicht verhindern, daß nun das Prinzip, wonach Stimmenzuwachs wichtiger war als Mandategewinn, nicht mehr unbedingt eingehalten wurde. Die aus dem Stichwahlabkommen gezeitigten sozialdemokratischen Wahlerfolge veranlaßten Kautsky zu einer positiveren Einschätzung des Liberalismus als noch vor drei Jahren. Von dem durch den Mittelstand neubelebten Liberalismus erwartete er sogar, daß er mit der Sozialdemokratie auf den Gebieten des Arbeiterschutzes, der politischen Rechte und in Zoll- und Steuerfragen zusammengehen werde.[363] Unter solchen Auspizien mußte damit gerechnet werden, daß die zu einer bedeutsamen Macht im Reichstag aufgerückte sozialdemokratische Fraktion das Gewicht ihrer Stimme bei der Deckung der Wehrvorlage entscheidend zur Geltung bringen würde.

Im Unterschied zur Situation im Jahre 1909 waren jetzt die sozialdemokratischen Stimmen für die Annahme oder Ablehnung der in der Deckungsvorlage vorgesehenen Wehr- und Besitzsteuern von ausschlaggebender Bedeutung, während die Wehrvorlage auch ohne die SPD einer breiten Mehrheit im Reichstag sicher sein konnte.[364] Über die Frage der Deckung gab es in der Fraktion etwa ein halbes Dutzend verschiedener Meinungen,[365] die sich auf drei Grundauffassungen reduzieren lassen. Die eine Gruppe bejahte die Bewilligung des Wehrbeitrages und des Besitzsteuergesetzes, da an der Annahme der Wehrvorlage nicht zu zweifeln sei und nun der Grundsatz befolgt werden müsse, wo immer möglich, für direkte Steuern zu stimmen. Die Arbeiterschaft würde es nicht verstehen, wenn die Partei Reichssteuern ablehne, die sie zum erstenmal mit ihren Stimmen durchzusetzen in der Lage sei.[366] Eine andere Gruppe wünschte die Ablehnung des Wehrbeitrags, sonst aber Stimmenthaltung. Die Parteien, die die Wehrvorlage beschlössen, müßten auch für ihre Deckung sorgen. Gerate die Be-

[363] Vgl. K. Kautsky, *Der politische Massenstreik ...*, S. 247 ff.

[364] Eine ausführliche Schilderung der Vorgänge im Parlament findet sich im Bericht der Reichstagsfraktion, *Prot. PT SPD 1913*, S. 146 ff.

[365] So G. Ledebour, *a. a. O.*, S. 503.

[366] Über die Stellung der Fraktion zur Deckungsvorlage vgl. *a. a. O.*, S. 169 ff. Zu den Vertretern der ersten Gruppe gehörten u. a. Frank, David, Südekum. Auch Kautsky schloß sich im Gegensatz zu seinem Verhalten im Jahre 1909 dieser Seite an, vgl. Karl Kautsky, *Zum Parteitag*, in: *Die Neue Zeit*, 31. Jg. (1913), Bd. 2, S. 1003 f.

sitzsteuer in Gefahr, so könne die SPD-Fraktion immer noch zu ihrer Rettung einspringen. Eine dritte Gruppe, angeführt von Friedrich Geyer, Stadthagen und Ledebour, lehnte beide Gesetze entschieden ab.[367] Wie schon 1909 hielt Ledebour auch jetzt die Deckung gegenüber dem Verwendungszweck, oder wie er es formulierte, dem „Besteuerungsanlaß“,[368] für zweitrangig. Keinesfalls dürfe die Sozialdemokratie diesem Staat Mittel zur Verfügung stellen, die zur Stärkung des Militarismus dienten. Er unterstützte daher auf dem Parteitag eine Minderheitsresolution, nach der alle Steuern, die zur Deckung der Kosten des Militarismus gefordert würden, grundsätzlich abzulehnen seien.[369]

Die Fraktion entschied sich nach harten internen Auseinandersetzungen mit 52 gegen 37 Stimmen bei 7 Enthaltungen für die Zustimmung zu den Steuergesetzen[370] und erreichte zusammen mit den Liberalen die Annahme der Deckungsvorlage. Die damit bestätigte neue Taktik, die, wenn sie weiter verfolgt worden wäre, aus der sozialdemokratischen Selbstisolierung hätte herausführen müssen, entsprach nicht den Vorstellungen Ledebours. Er hat sich gerade in den Jahren vor Ausbruch des Weltkrieges auf seine alte These versteift, daß die Sozialdemokratie einem geschlossenen reaktionären Bürgerblock gegenüberstehe und daher auf Exklusivität angewiesen sei.[371] Dieser Glaube, daß die SPD isoliert *sei*, war die fatale Konsequenz seiner seit der Jahrhundertwende mit dogmatischer Starrheit propagierten Auffassung, daß die Partei isoliert bleiben *müsse*. Der „Renegat“ Ledebour widersetzte sich auch weiterhin jeder Taktik, die aus der sozialdemokratischen Abkapselung herausführen und die Operationsbasis erweitern wollte. Mit seinem Beharren auf „Prinzipienfestigkeit“ und Distanz zu den bürgerlichen Parteien erhob er Kompromißlosigkeit und Abstinenz zu den höchsten politischen Tugenden. Eine Politik, die bestrebt war, die potentielle Macht der Partei in tatsächliche umzuwandeln, durfte auf seine Unterstützung nicht hoffen.

[367] Vgl. *Prot. PT SPD 1913*, S. 475 ff., 495 ff., 502 ff.

[368] *A. a. O.*, S. 503.

[369] Resolution Geyer, *a. a. O.*, S. 197 f. Für Ledebours Haltung in der Steuerfrage vgl. ferner *Vorwärts*, Nr. 264 vom 9. 10. 1913, 3. Beilage.

[370] Vgl. *Prot. PT SPD 1913*, S. 171. Der Parteitag billigte den Fraktionsbeschluß „ausdrücklich“, *a. a. O.*, S. 557.

[371] Vgl. Georg Ledebour, *Der neue Reichstag im Probejahr*, in: *Die Neue Zeit*, 30. Jg. (1912), Bd. 2, S. 308; *Vorwärts*, Nr. 135 vom 13. 6. 1913, 2. Beilage; *Prot. PT SPD 1913*, S. 307.

VIERTES KAPITEL

Weltkrieg und Parteispaltung

Die Spaltung der Reichstagsfraktion

Mit Recht meint Arthur Rosenberg in seinem Rückblick auf die Ereignisse des 4. August 1914, daß nicht der Entschluß der Sozialdemokratie überraschend erscheine, an der Verteidigung Deutschlands mitzuwirken, sondern die Tatsache, daß sich die Partei mit dem Burgfrieden abfand und auf jede Oppositionspolitik gegen die Regierung verzichtete.[1] Diese Politik mit allen ihren Konsequenzen ist es gewesen, die Ledebour seit den Tagen des Kriegsausbruches von der Parteimehrheit trennte. Zwar stand er seit den ersten Debatten im Fraktionsvorstand am 2. August 1914 auf seiten der Kreditbewilligungsgegner.[2] Gleichwohl gehörte er nicht zu den Fraktionsmitgliedern, die die Kredite prinzipiell ablehnten. Für ihn war die Bewilligungsfrage keine Grundsatzangelegenheit, sondern nach seiner eigenen Formulierung eine „Tatfrage".[3] Das sozialdemokratische Programm sowie die Beschlüsse der Parteitage, so beteuerte Ledebour damals häufig, ließen die Kreditbewilligung im Kriegsfalle frei,[4] und auf den Kongressen der Internationale, die sich mit der Kriegsfrage befaßt hätten, sei ausdrücklich bestä-

[1] Vgl. Arthur Rosenberg, *Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik,* hrsg. von Kurt Kersten, Frankfurt/Main 1955, S. 73.

[2] Bei der gemeinsamen Sitzung von Partei- und Fraktionsvorstand am 31. Juli 1914 zeigte sich Ledebour noch schwankend, vgl. *Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918* (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Reihe 1, Bd. 4). In Verbindung mit Erich Matthias bearbeitet von Susanne Miller, Düsseldorf 1966, S. 4. Seit dem 2. August war seine Haltung ablehnend; ebenso in den folgenden Fraktionssitzungen vom 3. 8. 1914 und vom 29. 11. 1914, *a. a.* O., S. 6, 8 f., 73. Für die Fraktionssitzung vom 18. 3. 1915 vgl. Eugen Prager, *Geschichte der U. S. P. D. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,* 2. Aufl., Berlin 1922, S. 58.

[3] Vgl. *Die Reichstagsfraktion* ... (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus ..., Reihe 1, Bd. 3), T. 2, S. 29 und 119. Vgl. auch Karl Liebknecht, *Klassenkampf gegen den Krieg,* Berlin (1915), S. 35, 89.

[4] Vgl. die Fraktionssitzung vom 2. 2. 1915, *Die Reichstagsfraktion* ... (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus ..., Reihe 1, Bd. 3), T. 2, S. 30.

tigt worden, daß „jedes Volk seine Freiheit und Unabhängigkeit zu verteidigen, das Recht und die Pflicht hat".[5]

Unter zwei Bedingungen hielt Ledebour die Kreditbewilligung für unbedingt geboten:

1., wenn es sich um einen Krieg zur Niederwerfung des Zarismus und zur Befreiung der von Rußland unterdrückten Völker handele,

2., wenn „die Franzosen am Rhein und die Russen an der Oder" stünden.[6]

Beide Voraussetzungen waren nach Ledebours Ansicht im August 1914 nicht gegeben. Dennoch hat er sich wegen der damals ungeklärten Lage, die ein genaues Urteil über die Art des Krieges nicht zuließ, und auf Grund des Gefühls einer ernsthaften Bedrohung durch Rußland dem Beschluß der Fraktionsmehrheit gebeugt und die Bewilligung sogar anfangs als „Notstandsaktion" verteidigt. Im Jahre 1916 gab er die Stimmung in der Fraktion vom August 1914 so wieder: „Die Mehrheit der Fraktion vertrat den Standpunkt, daß Deutschland zu einem Verteidigungskrieg gezwungen sei, wir müßten also die Kredite bewilligen... Weil aber die Frage, ob Verteidigungs- oder Angriffskrieg, nicht völlig geklärt war, folgte die Minderheit der Mehrheit und stimmte im Plenum für den Kriegskredit."[7] Der Eindruck Scheidemanns, Ledebour sei ebenso wie Haase im August 1914 „froh gewesen", mit seinem Veto „in der Minderheit geblieben zu sein",[8] trifft genau die gefühlsmäßige Einstellung Ledebours zur Kreditfrage in den Augusttagen und den darauffolgenden Wochen, so daß die Vermutung berechtigt erscheint, Ledebour habe sich den Kreditgegnern anfangs hauptsächlich aus traditioneller Verpflichtung an die noch immer für verbindlich erachteten Vorkriegsmaximen zugesellt. Auch im Februar 1915 lehnte er die Stimmfreigabe im Plenum für die dissentierenden

[5] So Ledebour in einem Vortrag vor dem sozialdemokratischen Ortsverein für Groß-Kiel am 20. 1. 1916, zitiert nach *Die Internationale und der Weltkrieg. Materialien*, gesammelt von Carl Grünberg, 1. Abteilung: *Vor dem Kriege und während der ersten Kriegswochen*, Leipzig 1916, S. 297.

[6] Ledebour im Zentralvorstand von Groß-Berlin am 6. 12. 1914, zitiert nach *Die Fackel* (Berlin) Nr. 6 (1916); von Ledebour inhaltlich bestätigt auf der Reichskonferenz der SPD von 1916, vgl. *Protokoll der Reichskonferenz der Sozialdemokratie Deutschlands vom 21., 22. und 23. September 1916*, hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Als Manuskript gedruckt!, Berlin 1916, S. 165.

[7] Zitiert nach *Die Internationale und der Weltkrieg* ..., 1. Abt.: *Vor dem Kriege* ..., S. 297 f. Ähnlich äußerte sich Ledebour auf einer Parteiversammlung in Breslau, vgl. *Bremer Bürger-Zeitung*, Nr. 145 vom 23. 6. 1916.

[8] Vgl. Ph. Scheidemann, *Memoiren* ..., Bd. 1, S. 249.

Abgeordneten ab und tadelte Karl Liebknecht wegen seines Alleingangs am 2. Dezember 1914.[9]

Erst allmählich gegen Ende des Jahres 1915 hat Ledebour seine Haltung geändert. Mit der Mehrheit der Opponenten teilte er die Ansicht, daß nunmehr Deutschland einen Eroberungs- und Angriffskrieg führe und deshalb die Minderheit den Kurs der Mehrheit nicht länger schweigend, d. h. durch Beschränkung ihrer andersartigen Auffassung auf das Forum der Fraktion bzw. durch Fernbleiben von der Abstimmung im Plenum, wie es am 20. März 1915 praktiziert worden war, dulden dürfe. Er billigte jetzt ein Separatvotum der Opposition und beteiligte sich an der Redaktion der am 21. Dezember 1915 von Friedrich Geyer im Namen von 19 Fraktionsmitgliedern im Reichstag verlesenen Stellungnahme. Die auf Ledebours Anregung zurückgehende Motivierung der Kreditverweigerung[10] mit dem Hinweis, daß die „Landesgrenzen" und die „Unabhängigkeit" Deutschlands gesichert seien,[11] zeigt, daß Ledebour auch jetzt noch nicht den Standpunkt des „Verteidigungsnihilismus" bezogen hatte.[12] Aber zwischen der Ansicht der Parteimehrheit, die Sozialdemokratie sei im Sinne der von ihr am 4. August abgegebenen Zustimmungserklärung weiterhin zur Kreditbewilligung verpflichtet, und der Überzeugung der Minderheit, daß diese Erklärung angesichts des eindeutig nur noch Eroberungszwecken dienenden Krieges ihre Verbindlichkeit verloren habe, gab es keine Übereinstimmung mehr. In der dem entscheidenden Schritt am 21. Dezember 1915 voraufgehenden Fraktionssitzung erklärte Ledebour: „Wir von der Minderheit haben sechzehn Monate gezögert und der Schritt ist uns nicht leicht gefallen... Wir sind der Überzeugung, daß die Regierung jetzt schon eine Kriegs-Eroberungspolitik eingeschlagen hat, die wir nicht mehr mitmachen können und deshalb stimmen wir gegen die Kredite. Dazu sind wir verpflichtet gerade auf Grund der Grundgesetze der Partei, gegen die Ihr von der Mehrheit handelt, indem Ihr die Eroberungspolitik unterstützt. Wir von der Minderheit befinden uns im Einklang mit den Beschlüssen der Partei und der Internationale, und darin sehen wir die Rechtfertigung für unser Vorgehen."[13]

[9] Vgl. *Die Reichstagsfraktion* ... (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus ..., Reihe 1, Bd. 3), T. 2, S. 29 f.

[10] Vgl. K. Liebknecht, *Klassenkampf* ..., S. 91.

[11] Zur Erklärung Geyers vgl. *Sten. Ber. RT*, Bd. 306, S. 507 f. (21. 12. 1915).

[12] Dies betonte Ledebour nachdrücklich in der Fraktionssitzung vom 20. 12. 1915, *Die Reichstagsfraktion* ... (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus ..., Reihe 1, Bd. 3), T. 2, S. 119.

[13] *A. a. O.*, T. 2, S. 119, 120.

Das Verhalten der Minderheit im Dezember 1915 und die konsequente Fortführung dieser Politik bei der Beratung des Notetats im März 1916 gaben den Anlaß zur Trennung der beiden Gruppen. Diese Entwicklung war nicht überraschend, da die Gegensätze zwischen dem auf Burgfrieden eingestellten Mehrheitsflügel und der Minderheit, die sich nach der Grundsatzopposition der Vorkriegszeit zurücksehnte, unüberbrückbar geworden waren. Zur Summierung des Reibungsstoffes in der Fraktion hatte Ledebour nicht unwesentlich beigetragen.

Am 9. Januar 1915 legte er sein Amt im Fraktionsvorstand nieder, da er — wie es in seinem an mehrere Kollegen versandten Schreiben hieß — nicht länger die Mitverantwortung „für die andauernde Verschleppungs- und Vertuschungstaktik der Mehrheit des Fraktionsvorstandes" tragen könne.[14] In einer 15seitigen Denkschrift zur Begründung seines Schrittes wies er auf die „Mißstände" in der Geschäftsführung des Vorstandes hin.[15] Vor allem die Weigerung der Fraktionsleitung, zwischen den Sessionen die Fraktion zur Aussprache über angeblich vordringliche Parteifragen einzuberufen, wertete er als ein Zeichen verstärkter Einflußnahme der Reichsregierung einerseits und der Generalkommission der Gewerkschaften andererseits auf die Fraktionspolitik.[16]

In der Fraktionszusammenkunft am 3. Februar 1915 kam es zur Besprechung des „Falles Ledebour". Ebert ging heftig mit Ledebour ins Gericht, und die Fraktion verurteilte sein Vorgehen „aufs Schärfste".[17] Heine berichtete darüber an Vollmar: „Ledebour hatte eine Broschüre verteilen lassen, worin er nach Querulantenart seinen Austritt aus dem Fraktionsvorstand begründete. Ebert sprach sehr scharf gegen ihn. Auch Haase lehnte die Vorwürfe ab. Es wurde schließlich mit großer Mehrheit ein Tadelsvotum gegen Ledebour ausgesprochen und seine Anschuldigung als unbegründet erklärt."[18] Niemand dachte daran, so schrieb David damals in sein Tagebuch, Ledebour „zur Wiederaufnahme seines Sitzes im Fraktionsvorstand zu verhelfen. Eine fürchterliche Blamage und Niederlage, die jeden anderen politisch tö-

[14] Dieses Schreiben ist mitgeteilt in der Denkschrift Ledebours im Nachlaß Dittmann. Jetzt abgedruckt *a. a.* O., T. 2, S. 15 ff.

[15] Die Denkschrift trägt die Überschrift: „Aufklärung über die Mißstände in der Geschäftsführung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion".

[16] *A. a.* O., T. 2, S. 26.

[17] *A. a.* O., T. 2, S. 33.

[18] *A. a.* O., T. 2, S. 35.

ten würde".[19] Es war das erste Mal, daß ein Mitglied des radikalen Flügels ein so wichtiges Amt freiwillig aufgab. Damit hatte Ledebour zweifellos eine „große Torheit" begangen, die Dittmann dem hitzigen Temperament Ledebours zuschrieb.[20] Nach außen hin mußten sein Entschluß sowie die Veröffentlichung seiner Anklage gegen die Fraktionsleitung[21] als Symptom wachsender Auflösungserscheinungen in der Fraktion angesehen werden und auf die zur Trennung drängenden Elemente in der Partei stimulierend wirken.

Einen offenen Zwischenfall, der die Fraktion zum Eingreifen nötigte, provozierte Ledebour mit einer Rede am 20. März 1915 im Reichstag, als er die Maßnahmen der Heeresleitung, vor allem deren Androhung von Vergeltungsmaßnahmen in Russisch-Polen scharf kritisierte.[22] Ebert rief ihm zu: „Sie sagen das nicht im Auftrag der Partei",[23] und Scheidemann distanzierte sich im Namen der Fraktion offiziell von Ledebours Äußerungen.[24] In einer Parteiausschuß-Sitzung rügte Ebert das Vorgehen Ledebours, der ohne Fraktionsauftrag die Heeresleitung angegriffen habe. Seine Vorwürfe seien durch Liebknechts Zwischenruf — Liebknecht hatte die von Ledebour zitierte Repressaliendrohung der Obersten Heeresleitung als „Barbarei" bezeichnet —[25] verschärft und „im feindlichen Ausland in schlimmster Weise ausgeschlachtet worden".[26] Der allmähliche Verfall der Einheit wurde damit auch vor der Öffentlichkeit dokumentiert. „Die Verhältnisse in der Fraktion sind scheußlich", klagte in diesem Zusammenhang Heine seinem Freund Vollmar.[27]

[19] *Das Kriegstagebuch* ... (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus ..., Reihe 1, Bd. 4), S. 102.

[20] Vgl. W. Dittmann, *Erinnerungen* ..., S. 480.

[21] Die *Berner Tagwacht* hatte Ledebours Protestschreiben ohne dessen Wissen publiziert, vgl. dazu Ledebours *Erklärung,* in: *Vorwärts,* Nr. 31 vom 31. 1. 1915, 2. Beilage. David schrieb in sein Tagebuch: „Die Berner Tagwacht bringt Mitteilungen über den Protest Ledebours und die Niederlegung des Vorstandsamtes. Die internsten Dinge werden nun dort berichtet und vor der Welt ausgebreitet", *Das Kriegstagebuch* ... (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus ..., Reihe 1, Bd. 4), S. 100.

[22] Vgl. *Sten. Ber. RT,* Bd. 306, S. 108—113.

[23] *Das Kriegstagebuch* ... (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus ..., Reihe 1, Bd. 4), S. 114.

[24] Vgl. *Sten. Ber. RT,* Bd. 306, S. 115.

[25] *A. a. O.,* S. 112.

[26] *Protokolle der Sitzungen des Partei-Ausschusses, 1914—1916,* hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Als Manuskript gedruckt!, Berlin o. J., S. 61 ff.

[27] *Die Reichstagsfraktion* ... (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus ..., Reihe 1, Bd. 3), T. 2, S. 51.

Das Verhalten Ledebours in den folgenden Wochen und Monaten war gekennzeichnet von dem Bestreben, die Fraktionsmehrheit von ihrem Kurs der Rücksichtnahme auf den Burgfrieden abzubringen. Durch Unterstützung zahlreicher Protestaktionen bekämpfte er die sozialdemokratische Tolerierungspolitik. Zweifellos stand sein Handeln dabei unter dem Zwang der Vorkriegstradition und im Banne der Vorstellung, die Partei könne „auf das Niveau einer national-sozialen Regierungspartei herabsinken".[28]

Mitte Mai 1915 verlangte Ledebour, die Fraktion solle im Reichstag eine Friedensinterpellation an die Regierung richten, obwohl angesichts des drohenden Kriegseintritts Italiens selbst Haase einen solchen Vorstoß für inopportun hielt.[29] Die Reichstagsrede Eberts vom 29. Mai 1915, mit der dieser sich rückhaltlos zur sozialdemokratischen Erklärung vom 4. August bekannte, gab Anlaß zu einem von fast tausend Parteigenossen unterzeichneten, von Ledebour mitredigierten[30] Protestschreiben, in dem die Parteileitung wegen ihrer „Politik des Durchhaltens" aufs schärfste angegriffen wurde.[31]

Im August 1915 trat die Fraktion zur Aussprache über die Annexions- und Friedensfrage zusammen. Ledebours Antrag, im Reichstag die Annexionsfrage anzuschneiden, wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt.[32] In diesem Zusammenhang erklärte er, es sei „Blödsinn", Elsaß-Lothringen freizugeben, da dort die Arbeiter deutsch, die Bourgeoisie französisch sei.[33] Diese Äußerung überrascht nicht. Als der Lusitania-Zwischenfall die öffentliche Meinung erregte, behauptete Ledebour, der die Schuld daran der englischen Regierung zuschob, daß der U-Boot-Krieg „berechtigt [sei] gegen die Aushungerungspläne Englands (Konzentrationslagertaktik!)".[34] Diese gelegentlichen Bemerkungen sowie seine im Dezember 1914 ausgesprochene Hoffnung auf

[28] So Ledebour in seiner Denkschrift vom Januar 1915, *a. a. O.*, T. 2, S. 26.

[29] Vgl. W. Dittmann, *Erinnerungen . . .*, S. 544 ff.; *Die Reichstagsfraktion . . .* (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus . . ., Reihe 1, Bd. 3), T. 2, S. 52.

[30] Vgl. K. Liebknecht, *Klassenkampf . . .*, S. 95.

[31] Zwei Exemplare des Flugblattes vom 9. Juni 1915 befinden sich im SPD-Archiv Bonn, Ordner: Parteikonflikt 1. Weltkrieg, abgedruckt in: *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Reihe 2, Bd. 1, Berlin 1958, S. 169 ff.

[32] Vgl. *Die Reichstagsfraktion . . .* (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus . . ., Reihe 1, Bd. 3), T. 2, S. 77.

[33] Vgl. W. Dittmann, *Erinnerungen . . .*, S. 597.

[34] Vgl. Giebels Notiz vom 27. 5. 1915 (Nachlaß Giebel).

einen militärischen Sieg Deutschlands[35] vervollständigen nur das Bild des Mannes, der von der „nationalen" Welle nicht unberührt geblieben war, wiewohl er solche Regungen infolge des Distanzierungsbedürfnisses von der Politik der Parteimehrheit nur selten laut werden ließ.

Das Einbringen der sozialdemokratischen Friedensinterpellation am 9. Dezember 1915 und deren Behandlung durch die Plenarsprecher Scheidemann und Landsberg führten in der Fraktion zu scharfen Kontroversen. Sie bildeten gewissermaßen das Präludium zur schließlichen Trennung. Ledebour warf Landsberg vor, der sich im Reichstag nicht eindeutig gegen die von den übrigen Parteien erhobene Forderung nach Gebietserwerbungen abgegrenzt und die Rede Bethmann Hollwegs in einem dem Willen der SPD naheliegenden Sinne gedeutet hatte, er habe den „annexionistischen Bestrebungen Vorschub geleistet".[36] Als Landsberg die Frage stellte, ob denn ein Deutscher Widerspruch erheben dürfe, wenn wirklich zur besseren Verteidigung Deutschlands im Osten die Annexion der Narew-Linie verlangt würde, antwortete ihm Ledebour: „Soweit ist es also nun glücklich gekommen, daß die Wortführer der Fraktionsmehrheit hinter verschlossenen Türen sich mit Annexionsplänen verderblichster Art hervorwagen, während in der Öffentlichkeit die Mehrheitsvertreter versichern, sie seien auch gegen Annexionen."[37]

Zwischen den beiden Fraktionsflügeln war eine unüberbrückbare Kluft entstanden. Als sich die beiden Teile am 24. März 1916 endgültig voneinander trennten, versuchte jede Seite, der anderen die Schuld am Bruch zuzuschieben. Die neu konstituierte „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft" mit ihren Vorsitzenden Haase, Ledebour und Dittmann betrachtete sich als Opfer der „Hinausdrängungs"-Bemühungen der Mehrheit,[38] während die Mehrheit das Auseinanderfallen der Fraktion als das Resultat bewußter Spaltungsbestrebungen der Anhän-

[35] Im Berliner Zentralvorstand sagte Ledebour im Dezember 1914: „Ich fühle so deutsch wie nur irgend einer, und ich lasse mich an Vaterlandsliebe von keinem Patrioten übertreffen ... und wie nur irgend einer wünsche auch ich den Sieg Deutschlands ...", zitiert nach *Protokoll des Zentralvorstandes der Provinz Brandenburg, 16. 1. 1916,* in: Ordner: Parteikonflikt 1. Weltkrieg (SPD-Archiv).

[36] *Die Reichstagsfraktion* ... (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus ..., Reihe 1, Bd. 3), T. 2, S. 99 ff.

[37] Zitiert nach Fritz Fischer, *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18,* 3., verbesserte Aufl., Düsseldorf 1964, S. 216.

[38] Vgl. *Die Bildung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.* Als Manuskript

ger Haases und Ledebours darstellte.[39] Angesichts der vollendeten Tatsachen war es jedoch müßig, nach dem ursächlich Schuldigen zu forschen. Die Zukunft hatte mit zwei getrennten Fraktionen zu rechnen.

Der Weg zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Zwischen SPD und Spartakus

Trotz des Fraktionsschismas zögerte sich die Spaltung der Partei bis ins Frühjahr 1917 hinaus. Die Mehrheit der Opposition war zu tief in der Parteitradition mit ihrem Organisationspatriotismus und ihrer strengen Disziplin verwurzelt, als daß sie sich der alten organisatorischen Fesseln sofort hätte entledigen können. Auf der Zimmerwalder Konferenz vom September 1915 verteidigte Ledebour energisch den Gedanken der Priorität organisatorischer Einheit[40] und stand der Zumutung von Henriette Roland Holst abweisend gegenüber, die forderte: „Ihr Deutschen sollt das Opfer bringen der Partei-Tradition, der Legalität und Disziplin. Und dies ist doppelt schwer, weil die deutsche Arbeiterbewegung sich durch legale Aktion und starke Disziplin so gewaltig entwickelt hat. Jedoch wie wichtige Waffen Disziplin und Einheit sind, eine ist wichtiger: Der Sozialismus."[41] Selbst nach der Fraktionsspaltung wagten es die Vertreter der Haase-Ledebour-Gruppe auf dem Treffen der oppositionellen Sozialisten in Kiental nur, unter der Kennmarke „Opposition in der Organisation" aufzutreten. Noch auf der Konferenz der Parteiopposition im Januar 1917 setzten sich die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft gegen die von der Spartakusgruppe schon seit der Fraktionsspaltung geforderte Beitragssperre zu Wehr,[42] da es — nach den Worten Ledebours in einer Berliner Versammlung — gelte, an der Organisation festzuhalten.[43]

gedruckt!, o. O. o. J., S. 3; ferner Georg Ledebour, *Zur Vorgeschichte der Fraktionsspaltung*, in: *Bremer Bürger-Zeitung*, Nr. 77 vom 31. 3. 1916.

[39] Vgl. Molkenbuhrs Brief an seinen Sohn Arthur vom 29. 3. [1916] (Nachlaß Molkenbuhr).

[40] Vgl. dazu unten S. 165 f.

[41] *Die Zimmerwalder Bewegung. Protokolle und Korrespondenz*, hrsg. von Horst Lademacher, Bd. 1, The Hague—Paris 1967, S. 142.

[42] Vgl. den Konferenzbericht in: *Protokoll über die Verhandlungen des Gründungs-Parteitags der USPD vom 6. bis 8. April 1917 in Gotha*, Berlin 1921, S. 89, 90 f.

[43] Ledebour in einer Groß-Berliner Generalversammlung, in: *Vorwärts*, Nr. 174 vom 27. 6. 1916, 2. Beilage.

Dem Bemühen, die organisatorische Einheit so lange wie möglich zu wahren, lag der Zweckgedanke zugrunde, sich über die alte Parteiorganisation den Zulauf der oppositionell eingestellten Massen zu sichern. Dies erwies sich indes als Fehlrechnung. Deshalb entschloß sich die Opposition im April 1917 zur Gründung einer selbständigen Organisation in der Hoffnung, auf diese Weise alle mit der Burgfriedenspolitik Unzufriedenen auf seiten der Mehrheit zur neuen Partei herüberziehen zu können. Ihre Legitimation bezog die USPD aus dem Anspruch, die rechtmäßige Nachfolgerin der Vorkriegspartei zu sein. Da die Mehrheit dem Programm, den Parteitagsbeschlüssen sowie den Grundsätzen der Internationale untreu geworden sei, betrachtete sich die Opposition als eigentliches Sammelbecken aller grundsatztreuen Elemente. Die aus diesem Selbstverständnis resultierende Politik, die in der Folgezeit zu einer harten Bekämpfung der Mehrheit führte, hat nicht nur in verhängnisvoller Weise zu einer Schwächung der Kräfte beider Arbeiterorganisationen beigetragen, sondern letztlich auch die politische Rechte und ihre Forderungen im Weltkrieg wie in den Anfängen der Weimarer Republik gestärkt.[44]

An diesem Oppositionskurs war Ledebour maßgebend beteiligt. Er hat durch seine von Jahr zu Jahr sich steigernden Angriffe auf die Repräsentanten der Mehrheitspolitik — Ebert, Scheidemann, David — geholfen, den Graben zwischen beiden Gruppen zu vertiefen und wurde somit zu einem der Hauptverantwortlichen für die Aufrechterhaltung dauernder Feindschaft zwischen SPD und USPD.[45] Auf der Reichskonferenz der SPD vom September 1916 rief er den Mehrheitsvertretern zu, sie seien doch nichts weiter als „Frosch-Molluskenbreinaturen", und drohend fügte er hinzu: „Die Abrechnung mit Euch wird kommen."[46] Diese Worte kennzeichnen seine Einstellung zur Mehrheit, die er fortan nicht mehr aufgegeben hat. Seit dem November 1918 konnten seine rhetorischen Attacken gegen die Inauguratoren der Mehrheitspolitik nur noch durch Tätlichkeiten überboten werden.

Daß die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft und spätere USPD mit doppelter Frontstellung einerseits gegen die alte SPD, zum anderen gegen die Spartakusgruppe kämpfen mußte, hat ihre Aktions-

[44] Vgl. G. Kotowski, *Friedrich Ebert* ... (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin ..., Sonderbd. 1), Bd. 1, S. 32.

[45] Diese Ansicht vertritt auch Georg Kotowski, *Die deutsche Novemberrevolution. Warum der 9. November 1918 nicht zum Staatsfeiertag erklärt wurde,* in: *Aus Politik und Zeitgeschichte,* Beilage zum *Parlament* vom 7. 12. 1960, S. 768.

[46] *Protokoll der Reichskonferenz* ..., S. 125 f.

fähigkeit von Anfang an stark gemindert. Der in prinzipiellen Fragen zwischen Arbeitsgemeinschaft und Spartakus existierende Auffassungsgegensatz war vielfach tiefer als die Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeitsgemeinschaft und Mehrheitssozialdemokratie. Dies gilt auch für Ledebours Verhältnis zur Spartakusgruppe.[47] Nach einer Phase freundschaftlicher Kontaktnahme der Berliner Opposition um Ledebour, Adolph Hoffmann und Joseph Herzfeld zur Gruppe „Internationale" seit dem Sommer 1915 trat schon Ende des Jahres eine starke Entfremdung ein. Im Februar 1916 kam es zum offenen Bruch. Die Gruppe „Internationale" stieß sich an der in der Erklärung vom 21. Dezember 1915 zum Ausdruck gebrachten Anschauung über die Landesverteidigung. Darüber hinaus empörte sie sich über den Anspruch der Ledebour-Hoffmann-Anhänger, auf der erweiterten Konferenz des Zimmerwalder Komitees im Februar 1916 ausschließlich als Vertretung der Großberliner Opposition anerkannt zu werden. Ledebour und seine Freunde wiederum betrachteten die mit den „Leitsätzen" vom Januar 1916 verfolgte Taktik der Spartakusgruppe als verhängnisvollen Auftakt zur Zerrüttung der oppositionellen Bewegung und kündigten jede weitere Zusammenarbeit mit der Linken auf.[48]

Ihre Kritik an den „Leitsätzen" faßten Ledebour und Hoffmann in einem Rundschreiben vom 25. Februar 1916 zusammen. Vor allem die vom Spartakusbund verkündeten Richtlinien in der Frage der Internationale hielten sie für unannehmbar. In den „Leitsätzen" hieß es dazu: „Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen anderen Organisationspflichten voran. Nationale Sektionen, die ihren Beschlüssen zuwider handeln, stellen sich außerhalb der Internationale."[49] Dagegen schrieben Ledebour und Hoffmann:

„Die Durchführung dieses Programms würde die einzelnen Landesparteien zu untergeordneten Organen der zentralisierten Internationale herabdrücken. Bisher waren die sozialistischen Landesparteien völ-

[47] Ein gutes Bild der Spannungen zwischen beiden Gruppen geben die *Spartakusbriefe*. Vgl. vor allem die an Polemik gegen Haase und Ledebour reichen Briefe vom 27. 1., 9. 3. und 30. 3. 1916, in: *Spartakusbriefe*, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1958, S. 86 ff., 118 ff., 127 ff.

Gegen diese Angriffe sahen sich Haase und Ledebour genötigt, in einer Flugblattserie, den sogenannten Losen Blättern, die seit März 1916 in zwangloser Folge erschienen, zu antworten. Eine Sammlung der Losen Blätter befindet sich im Internationalen Institut für Sozialgeschichte Amsterdam.

[48] Vgl. *Spartakusbriefe* . . ., S. 118 ff.; *Dokumente und Materialien* . . ., Bd. 1, S. 313 f.

[49] *A. a.* O., Bd. 1, S. 282. Mit dieser Formulierung rückte Rosa Luxemburg, die Ver-

lig selbständige, über ihre Satzungen und ihre Betätigung endgültig entscheidende Organisationen, die zu internationalen Zwecken nur föderativ verbunden waren. Alle Beschlüsse der internationalen Kongresse bedurften deshalb zur Durchführung in den einzelnen Ländern der Zustimmung der Landesorganisationen. Um da keinen Zwiespalt aufkommen zu lassen, arbeiteten die internationalen Kongresse auf möglichste Einmütigkeit der Beschlüsse hin. Niemals aber waren die Landesparteien nur unselbständige Glieder einer großen internationalen Gesamtpartei ... Diese parteirechtliche Grundlage müßte völlig umgeändert werden, wenn der Spartakus-Plan verwirklicht werden sollte ... Der demokratische Grundgedanke unserer proletarischen Partei, daß alle Beschlüsse von unten herauf sich durchsetzen müssen, würde in dieser zentralisierten Internationale sich fast verflüchtigen ... In der jetzigen Zeit, wo die Bewegung in den einzelnen Ländern so gewaltig erstarkt ist, würde ein solcher Versuch sehr bald an den verschiedenen Reifegraden dieser Parteien und an der Verschiedenartigkeit der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und rechtlichen Zustände scheitern ...“[50]

Drei Jahre später hat Ledebour ähnliche Argumente gegen den Anschluß der USPD an die Dritte Internationale vorgebracht.

Ein weiteres wesentliches Trennungsmoment zwischen der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft und der Spartakusgruppe bildete ihre unterschiedliche Einstellung zur Landesverteidigung. Die Dezember-Erklärung von 1915 sowie zahlreiche spätere Verlautbarungen der Arbeitsgemeinschaft lassen klar erkennen, daß Ledebour und seine Gesinnungsfreunde von der Notwendigkeit der Vaterlandsverteidigung überzeugt waren. Das Rechtfertigungsdokument der Arbeitsgemeinschaft von 1916 bezeichnete die Bewilligung von Krediten als politischen Akt, für den die Art des Krieges und die Regierungspolitik entscheidend seien, die Vaterlandsverteidigung dagegen sei eine für den einzelnen aus seiner Zugehörigkeit zu einem Staatswesen erwachsende staatsrechtliche Pflicht.[51] Diese Zweiteilung erlaubte es, die Kredite

fasserin der „Leitsätze“, in die Nähe Lenins, der ja gerade in der losen, föderativen Struktur der Zweiten Internationale eine Hauptursache für ihren Zusammenbruch erblickte. Diese Übereinstimmung darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß zwischen Rosa Luxemburg und Lenin in der Frage der neu zu gründenden Internationale erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestanden, vgl. P. Nettl, *Rosa Luxemburg* ..., S. 597 ff.

[50] Das Rundschreiben liegt im Nachlaß Grimm. Jetzt abgedruckt in: *Die Zimmerwalder Bewegung* ..., Bd. 2, S. 452 ff. Die Erklärung Ledebours und Hoffmanns wurde im *Bulletin* Nr. 4 des Zimmerwalder Komitees veröffentlicht.

[51] Vgl. *Die Bildung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft* ..., S. 4.

abzulehnen und dennoch die Landesverteidigung zu bejahen. Die Ansicht der Spartakusgruppe, daß im Zeitalter imperialistischer Kriege die Pflicht der Landesverteidigung entfalle,[52] wies Ledebour energisch zurück. Ein solcher „Verteidigungsnihilismus" sei völlig unsozialdemokratisch. Nach den Beschlüssen der Internationale stehe jedem Sozialdemokraten das Recht auf Selbstverteidigung zu. Auch die russischen Arbeiter würden, wenn sie die Regierung stellten, gegen jeden Angreifer mit der Waffe in der Hand weiterkämpfen.[53] Diese Auffassung Ledebours fand nur geteilte Zustimmung bei den Angehörigen der Arbeitsgemeinschaft. Während einige die Verteidigungspflicht grundsätzlich negierten, stellten sich andere zwar nicht auf den Boden des „Verteidigungsnihilismus", hielten aber die „Vaterlandsverteidigung für Betrug und grobe Fälschung und für eine Irreführung der Völker, soweit es sich um Kriege zwischen hochkapitalistischen Völkern handelt".[54] Diese Meinungsdivergenz im Hinblick auf das Problem der Landesverteidigung macht deutlich, welch uneinheitliches, innerlich zerrissenes Gebilde die Arbeitsgemeinschaft und spätere USPD gewesen ist.

In der Frage des Imperialismus prallten die Ansichten von Arbeitsgemeinschaft und Spartakusbund ebenfalls aufeinander. Hierbei wurden die alten Vorkriegspositionen sichtbar. Der Auffassung des Imperialismus als einer durch Schiedsgerichte und Abrüstung heilbaren Krankheitserscheinung, die Ledebour, Haase und Kautsky vertraten,[55] stand die Überzeugung der Spartakusanhänger gegenüber, daß dem Imperialismus als der letzten Lebensphase der politischen Weltherrschaft des Kapitalismus nur durch die Haltung „Krieg dem Kriege" begegnet werden könne.[56] Aus der theoretischen Gewißheit eines baldigen Zusammenbruches des Kapitalismus rief deshalb Spartakus das Proletariat zur Sammlung und zur Vorbereitung der Revolution auf, während die Arbeitsgemeinschaft sich weitgehend einem naiven Neu-

[52] Vgl. *Protokoll des Gründungs-Parteitags der USPD ...*, S. 93.

[53] *A. a. O.*, S. 55 ff.

[54] So Hoffmann, *Die Zimmerwalder Bewegung ...*, Bd. 1, S. 307. Für die kritisch-ablehnenden Stimmen vgl. auch *Protokoll des Gründungs-Parteitags der USPD ...*, S. 106, 112 und passim.

[55] *A. a. O.*, S. 56, 73 f., 76, 25. In dem von Kautsky verfaßten „Friedensmanifest der Opposition" heißt es: „Was die Internationale vor allem gemäß den Beschlüssen ihrer Kongresse zu fordern hat, sind internationale Abkommen über die Entscheidung aller Konflikte zwischen den Staaten durch Schiedsgerichte und über eine allseitige Einschränkung der Kriegsrüstungen" (Nachlaß Kautsky).

[56] Vgl. *Protokoll des Gründungs-Parteitags der USPD ...*, S. 20, 66 ff.

tralismus hingab, der von den Linksradikalen als Kurs des Schwankens, der Inkonsequenz und der Halbheit angeprangert wurde.[57]

Auch das Problem des Parlamentarismus und der Massenaktionen wurde von beiden Gruppen verschieden behandelt. Auf dem USPD-Gründungsparteitag forderten die Spartakusvertreter von der Opposition schärferes Auftreten im Reichstag durch Obstruktion und andere parlamentarische Kampfmittel zur Aktivierung der Stimmung im Lande. Wenn auf diese Weise die parlamentarische Vertretung „vollkommen verschwände", meinte ein Spartakusmitglied, so würde das kein Schade sein.[58] Es war Ledebour, der gegen solches Ansinnen heftig zu Felde zog. Der Kampf sei zu führen durch Massenaktionen *und* parlamentarische Vertretung. Der Parlamentarismus sei eine „Notwendigkeit". „Wenn wir aus irgendeinem Grunde den Parlamentarismus heute abschafften, morgen müßten wir ihn wieder einführen."[59] Allerdings hatte er nichts gegen Massenaktionen überhaupt einzuwenden. Die russischen Ereignisse vom Februar 1917 hatten auch ihn nicht unbeeindruckt gelassen. Mit der Mehrheit der neugegründeten Partei war er sich jedoch zum damaligen Zeitpunkt noch darin einig, daß der Kampf um die innere Freiheit auf parlamentarischem Boden auszufechten sei.

Zimmerwald

Auf der Reichskonferenz der Sozialdemokratie im September 1916 erklärte Ledebour, daß seine Mitwirkung in Zimmerwald zu seinen „erfreulichsten Tätigkeiten" zähle.[60] Diese emphatische Huldigung an Zimmerwald entsprang vor allem dem Bedürfnis, sich vor den Mehrheitsvertretern zu rechtfertigen und die Gegenseite zu provozieren. Denn die Begegnung oppositioneller Sozialisten aus den kriegführenden und neutralen Ländern in dem Berner Vorort Zimmerwald im September 1915 gestaltete sich für Ledebour in keiner Weise zu einem ungetrübten Erlebnis. Allerdings stand der Beginn des Treffens unter einem guten Auspizium. Ledebour und Adolph Hoffmann als Vertreter Deutschlands hatten sich mit den Delegierten Frankreichs, dem Sekretär des Metallarbeiterverbandes Merrheim und dem Sekretär des Bött-

[57] Vgl. Rosa Luxemburgs Aufruf vom April 1916 mit besonderer Kritik an Haase und Ledebour, in: *Dokumente und Materialien* . . ., Bd. 1, S. 341 ff.

[58] Vgl. *Protokoll des Gründungs-Parteitags der USPD* . . ., S. 21.

[59] *A. a. O.*, S. 52.

[60] Vgl. *Protokoll der Reichskonferenz* . . ., S. 125.

cherverbandes Bourderon, sofort verständigt und in einem Manifest die Einigkeit der deutsch-französischen Arbeiterschaft in ihrem Streben nach Frieden bekräftigt.[61] Diese Verständigung von Angehörigen zweier nationaler Organisationen, zwischen denen im Zuge von Burgfriedenspolitik und Union Sacrée eine tiefe Kluft aufgerissen worden war, wurde mit Recht von Ledebour als eine große Befreiungstat gefeiert. Sie schien der Konferenz einen hoffnungsvollen Auftakt zu geben.

Allein — Zimmerwald war keine Manifestation von Geschlossenheit und Einmütigkeit. Vielmehr zeigte sich im Verlauf der Verhandlungen das Weiterwirken der Belastungen, an denen die Vorkriegsinternationale getragen hatte. Wie einst auf den Kongressen von Amsterdam, Stuttgart und Kopenhagen die Divergenz der Konzeptionen zu harten Kämpfen zwischen den einzelnen Richtungen geführt hatte, so gaben auch die unterschiedlichen Zielvorstellungen den Oppositionellen in Zimmerwald Anlaß zu tiefgreifenden Auseinandersetzungen.

Besonders die deutschen Delegierten sahen sich in Zimmerwald einer breiten Front von Kritikern gegenüber. Das Verhalten der deutschen Partei im August 1914 stand zeitweise im Zentrum der Diskussion. Bis 1914 hatte die SPD mit ihrer vielbewunderten Organisation, ihrer politischen Erfahrung und mit der von ihr verwalteten Marx-Exegese bestimmende Maßstäbe im internationalen Verbande gesetzt. Die Tatsache, daß die große deutsche „Lehrmeisterin" auf die Burgfriedenslinie eingeschwenkt war, hatte — nach den Worten der Russen, Schweizer und Rumänen in Zimmerwald[62] — das sozialistische Bewußtsein der übrigen Parteien schwer erschüttert. Die Konferenzteilnehmer geizten nicht mit Vorwürfen an die Adresse der Deutschen. Die Skala reichte von Enttäuschung, Entrüstung und Erbitterung bis zu Verachtung, so daß der Italiener Modigliani eingriff und beschwichtigte: „Die Deutschen sollen sich nicht ärgern, weil gerade über sie so viel diskutiert worden ist. Sie sind der große starke Bruder in der Familie, von

[61] Zum Manifest vgl. *Die Internationale und der Weltkrieg. Materialien,* gesammelt von Carl Grünberg, 2. Abteilung: Angelica Balabanoff, *Die Zimmerwalder Bewegung 1914—1919,* Leipzig 1928, S. 13 f.

Die Geschichte der Zimmerwalder Bewegung steht noch aus. Als wichtige Vorleistung für eine Gesamtdarstellung muß die schon erwähnte Edition *Die Zimmerwalder Bewegung . . .*, hrsg. von Horst Lademacher, Bd. 1 u. 2, angesehen werden. Dort auch die wichtigste Literatur zu diesem Thema.

[62] Vgl. *Die Zimmerwalder Bewegung . . .*, Bd. 1, S. 84, 88, 93, 104, 113, 143.

dem recht viel erwartet wurde: Kommt es dann zur Enttäuschung, desto schlimmer fällt man über ihn her.“[63]

Der massive Protest ließ die deutschen Oppositionellen nicht unbeeindruckt, obwohl sie alle — entweder in den parlamentarischen Gremien oder in den Parteiorganisationen — die offizielle Burgfriedenspolitik bekämpften. Sichtlich aus der Defensive heraus gab Ledebour einen Überblick über die Entwicklung in der deutschen Partei seit Kriegsausbruch, wobei er sich darauf beschränkte, die Tätigkeit der wachsenden inneren Opposition herauszustreichen.[64] Mehrmals bat er die Anwesenden, sich doch nicht mit „Rekriminationen über die Vergangenheit“ aufzuhalten, sondern sich darum zu bemühen, „eine sozialistische Friedensbewegung einzuleiten“.[65]

Alle in der Schweiz versammelten Oppositionellen waren sich darin einig: Der Krieg mußte beendet werden. Auf die zweite, letztlich entscheidende Frage, wie dies zu geschehen habe, wußten nur wenige eine konkrete Antwort. Mit einem festen Programm war Lenin nach Zimmerwald gekommen. Er hatte schon auf einer Vorkonferenz einigen Vertretern der radikalen Linken einen detaillierten Kampfplan vorgelegt und versuchte, ihn nun zur Verhandlungsgrundlage der Zimmerwalder Beratungen zu machen. Thesenhaft zusammengefaßt lauteten Lenins Forderungen, die von der „Zimmerwalder Linken“ unterstützt wurden: Kampf den „sozialpatriotischen“, „opportunistischen“ Arbeiterführern in den sozialistischen Parteien, Organisierung von revolutionären Aktionen, Umwandlung des Burgfriedens in einen Bürgerkrieg und Bruch mit der Zweiten Internationale.[66]

Als ein Mittel zur Durchführung des „Burgkrieges“ wurde von Lenin und seinen Anhängern die Ablehnung der Kriegskredite proklamiert. Darüber kam es zu einem heftigen Zusammenstoß mit Ledebour. Dieser war keinesfalls bereit, sich auf eine Kreditverweigerung verpflichten zu lassen. Schon vom „juristischen“ Standpunkt aus, meinten Ledebour, Hoffmann und Vogtherr, könnten sie sich nicht „andern gegenüber für irgendeine Haltung formell“ festlegen; die Entscheidung liege hier allein in den Händen der Deutschen. Aus grundsätzlichen Erwägungen heraus widersetzte sich Ledebour damals noch der offenen Kreditablehnung, da dies mit dem Zerfall der Fraktion und damit der Spaltung der Partei gleichbedeutend sei. Ledebours unbeugsamer Haltung in dieser Frage war es zuzuschreiben, daß die von Lenin und sei-

[63] *A. a.* O., Bd. 1, S. 145. [64] *A. a.* O., Bd. 1, S. 73 ff.

[65] *A. a.* O., Bd. 1, S. 79, 144.

[66] Resolution und Manifest der Zimmerwalder Linken *a. a.* O., Bd. 1, S. 117 ff.

nen Parteigängern inspirierte Forderung, einen Passus über die Kreditverweigerung in das Konferenzmanifest einzufügen, schließlich unterblieb.[67]

Nicht nur in der Kreditfrage waren die Auffassungen Ledebours und Lenins unvereinbar. Ledebour fand Lenins Resolution insgesamt „unannehmbar. Wir alle wünschen, daß es zu einer revolutionären Aktion komme, aber die detaillierte Aufforderung zu revolutionären Aktionen soll man nicht in die Welt hinausposaunen ... Wir können nicht weitergehen, als dazu auffordern, den Klassenkampf wieder aufzunehmen, ihn mit den gewöhnlichen Mitteln fortzusetzen, solchen Mitteln, die auch im Frieden zur Anwendung gelangen."[68] Selbst die Vertreter der Gruppe „Internationale" in Zimmerwald räumten ein, daß der Kampf für den Frieden nicht „direkt" erfolgen könne, da das deutsche Proletariat noch nicht für die von Lenin ins Auge gefaßten Aktionen zu haben sei.[69] Es schien, als ob die Gegensätze der Vorkriegsinternationale zu neuem Leben erwacht seien. Wieder schieden sich die Geister an der vieldiskutierten Frage: Soll der Kampf mit den „herkömmlichen" Mitteln oder mit Hilfe „direkter" Aktionen geführt werden? Man erinnert sich an das heftige Wortgefecht zwischen Bebel und Hervé auf dem Stuttgarter Kongreß und an Ledebours Auftritt gegen die Generalstreiksforderung der Vaillant-Keir Hardie in Kopenhagen. Die Mehrzahl der oppositionellen Sozialisten ankerte auch im Weltkrieg noch immer in den Traditionen der alten Internationale. Die von Lenin und seinen Anhängern verkündete taktische Neuorientierung fand daher in Zimmerwald kein Echo.

Ebenso gegensätzlich waren die Fronten in der Frage der Internationale. Für Lenin war der Zusammenbruch der Zweiten Internationale im August 1914 kein trübes Ende, sondern das Signal zu einem Neubeginn. Bereits im November 1914 hatte er völlig ungerührt festgestellt: „Die II. Internationale ist tot, vom Opportunismus besiegt." Nun sei es nötig, die Gründung einer dritten Internationale vorzubereiten.[70] Die Mehrheit der Zimmerwalder opponierte entschieden ge-

[67] *A. a. O.*, Bd. 1, S. 75, 103, 138, 152. Vgl. auch Zinov'evs Darstellung in: Olga Hess Gankin/H. H. Fisher, *The Bolsheviks and the World War. The Origin of the Third International* (= The Hoover Library on War, Revolution and Peace, Publication No. 15), Stanford/Calif. 1960, S. 338 f.

[68] *Die Zimmerwalder Bewegung* ..., Bd. 1, S. 128.

[69] *A. a. O.*, Bd. 1, S. 132 (Ernst Meyer), *a. a. O.*, Bd. 1, S. 141 (Berta Thalheimer).

[70] Vgl. N. Lenin/G. Sinowjew, *Gegen den Strom. Aufsätze aus den Jahren 1914—1916*, Hamburg 1921, S. 6.

gen den von Lenin propagierten Bruch mit der Zweiten Internationale. Wir haben uns in Zimmerwald nicht eingefunden, um die dritte Internationale zu gründen, erklärte Ledebour bestimmt.[71] Der Franzose Merrheim betonte: „Sie, Genosse Lenin, sind beherrscht nicht von dem Verlangen nach dem Frieden, sondern von dem Wunsche, die Grundpfeiler einer neuen Internationalen aufzurichten: dies ist es, was uns trennt."[72]

Die Argumente gegen die von Lenin beantragte Resolution faßte der offizielle Konferenzbericht folgendermaßen zusammen: „In keiner Weise dürfe der Anschein erweckt werden, als wolle diese Konferenz eine Spaltung herbeiführen und eine neue Internationale gründen. Das würde indes durch die Annahme der vorgelegten Resolution geschehen, die zudem Kampfmittel vorschlage, die aus der heutigen Diskussion ausscheiden müßten. Die Konferenz dürfe nicht das Werkzeug irgendeiner Richtung werden, sondern müsse versuchen, eine internationale Friedensaktion des Proletariats einzuleiten, bei der alle Elemente mitwirken können, die, auf dem Boden der sozialistischen Weltanschauung stehend, gegen den Burgfrieden kämpfen und, unbekümmert um die gegebene militärische Situation in den einzelnen Ländern, für die rasche Beendigung des Krieges eintreten wollen. Nicht das trennende, sondern das auf diesem Boden einigende sei zu betonen."[73] Das an die „Proletarier Europas" gerichtete Manifest trug den Stempel des von Lenin verfemten Zentrums. Es war ein allgemeingehaltener Aufruf gegen den imperialistischen Charakter des Krieges und für einen Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen und für das Selbstbestimmungsrecht der Völker.[74]

Man gewinnt den Eindruck, daß Ledebour die Konferenz nicht in euphorischer Stimmung verließ. Obwohl er zu den „Siegern" des Treffens gehörte, scheint er doch über die Rolle des „Bewahrers", in die er in Zimmerwald gedrängt worden war, nicht sonderlich glücklich gewesen zu sein. Da die „Scheidemänner" und Davids dem Kongreß ferngeblieben waren, hatte er keine Gelegenheit, sich an dem Popanz der „Burgfriedler" abzureagieren, den er sonst auf Parteiveranstaltungen so agitatorisch wirksam aufzubauen wußte. Statt dessen traf er auf die ziel-

[71] Vgl. *Die Zimmerwalder Bewegung* ..., Bd. 1, S. 127, 161.

[72] *A. a.* O., Bd. 1, S. 147.

[73] Vgl. *Die Internationale und der Weltkrieg* ..., 2. Abt.: A. Balabanoff, *Die Zimmerwalder Bewegung* ..., S. 17.

[74] Zum Zimmerwalder Manifest vgl. *Die Zimmerwalder Bewegung* ..., Bd. 1, S. 166 ff.

bewußte, rigorose Taktik eines Lenin, Zinov'ev und Radek, die ihn befremdete, ja abstieß. Es mag sein, daß sich Ledebour besonders wegen des Einflusses der radikalen Linken in dem in Bern residierenden Zimmerwalder Komitee während der kommenden Wochen und Monate so völlig still verhielt. Zeitweise scheint der Kontakt zu dem Zimmerwalder Gremium ganz abgebrochen zu sein, und Robert Grimm, der Sekretär der Zimmerwalder Kommission, zeigte sich darüber höchst besorgt.[75]

An der für April 1916 in Kiental einberufenen zweiten Konferenz der Zimmerwalder konnte Ledebour wegen Paßschwierigkeiten nicht teilnehmen.[76] Die Gruppe Haase-Ledebour war in Kiental durch Adolph Hoffmann und Hermann Fleißner vertreten, die sich „Opposition in der Organisation" titulierte, um sich nach der Interpretation Zinov'evs von den „Schismatikern" abzugrenzen.[77] Die Mehrheit der Kientaler Konferenz stand ebenso wie die Mehrheit in Zimmerwald noch auf dem „zentristischen" Standpunkt, allerdings war diesmal die Orientierung nach links schon stärker spürbar. Der Bruch mit der Zweiten Internationale wurde wiederum vermieden. Aber in einem Punkt ging das Kientaler Manifest über das Zimmerwalder hinaus: Es wurde die „sofortige Ablehnung jeglicher Unterstützung der Kriegspolitik der Regierungen", vor allem die Verweigerung aller Kriegskredite durch die sozialistischen Parlamentarier verlangt.[78] Diesen Passus konnten auch die Vertreter der Ledebour-Gruppe unterschreiben, da sie seit Dezember 1915 offen die Kreditablehnung praktizierten.

Anfang September 1917 trafen sich die Oppositionellen der sozialistischen Parteien zur dritten Konferenz in Stockholm. Differenzen gab es über die Frage, ob man die geplante allgemeine sozialistische Konferenz beschicken solle. Eine Gruppe lehnte die Teilnahme kategorisch ab, während etwa Haase eine solche Veranstaltung benutzen wollte, um die Mehrheitssozialisten zu demaskieren. Ledebour sprach sich gegen eine Konferenz mit den „Regierungssozialisten" aus, war jedoch bereit, sich dem Beschluß der USPD zu unterwerfen.[79]

[75] *A. a. O.*, Bd. 2, S. 305, 503.

[76] *A. a. O.*, Bd. 1, S. 273.

[77] Vgl. O. H. Gankin/H. H. Fisher, *The Bolsheviks* ... (= The Hoover Library ..., Publ. No. 15), S. 440.

[78] Vgl. *Die Zimmerwalder Bewegung* ..., Bd. 1, S. 406.

[79] Vgl. *Die Internationale und der Weltkrieg* ..., 2. Abt.: Angelica Balabanoff, *Die Zimmerwalder Bewegung* ..., S. 91. *Die Zimmerwalder Bewegung* ..., Bd. 1, S. 460, 464.

Während seines Aufenthaltes in Stockholm hatte Ledebour Gelegenheit zum Gedankenaustausch mit verschiedenen Vertretern der russischen Gruppen über die Situation in Rußland nach der Februarrevolution. Auf der Vorkonferenz im August 1917 sprachen Ledebour und Dittmann mit dem Menschewik Ermanskij. Dieser vertrat den Standpunkt, so berichtet Dittmann in seinen *Erinnerungen*, daß die bäuerliche Masse infolge ihrer durch den Zarismus verschuldeten Kulturlosigkeit noch nicht reif für den Sozialismus sei. Deshalb müsse zunächst die politische Demokratie eingeführt werden, dann könne man allmählich zu sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsformen kommen. „Diese Auffassung schien Ledebour und mir als die den Tatsachen entsprechende.“[80]

Es existieren nur wenige Stellungnahmen Ledebours zur russischen Frühjahrsrevolution. Aus den spärlichen Äußerungen geht eindeutig hervor, daß er der Revolution bürgerlich-demokratischen Charakter zusprach und sie als einen Schritt auf dem Wege zur internationalen Demokratie betrachtete. Im Reichstag begrüßte er die russische Revolution als ein Fanal dafür, daß „eine 48er Zeit... in höherem und größerem Maße wieder aufleben wird und ... muß“, und als ein Ereignis, das „werbend für die Republik auch in Deutschland gewirkt“ habe.[81] Während auf dem April-Parteitag der USPD das russische Beispiel Ledebours Bedenken gegenüber Massenaktionen noch nicht beseitigt hatte, scheint er im Herbst 1917 zur Überzeugung gekommen zu sein, daß außerparlamentarische Aktionen zur Erringung des Friedens notwendig seien. Er will selbst auf der Konferenz in Stockholm einen Antrag eingebracht haben, „der das internationale sozialistische Proletariat aller Länder aufforderte, möglichst gleichzeitig in einen allgemeinen Massenstreik zur Beseitigung des Krieges einzutreten“.[82] Der in Stockholm beschlossene Aufruf an die „Proletarier aller Länder“ war die weitestgehende aller Kundgebungen der Zimmerwalder. In dem Manifest hieß es: „Die Stunde hat geschlagen für den Beginn des großen gemeinsamen Kampfes in allen Ländern zur Herbeiführung des Friedens, für die Völkerbefreiung durch das sozialistische Proletariat. Das Mittel dazu ist der gemeinsame internationale Massenstreik.“[83] Erst kurz nach der Oktoberrevolution wurde vor allem we-

[80] W. Dittmann, *Erinnerungen* ..., S. 804 f.

[81] *Sten. Ber. RT*, Bd. 309, S. 2930 (Rede vom 30. 3. 1917); *a. a. O.*, Bd. 310, S. 3854 (Rede vom 10. 10. 1917).

[82] *Der Ledebour-Prozeß* ..., S. 23.

[83] *Die Zimmerwalder Bewegung* ..., Bd. 1, S. 484.

gen Bedenken der USPD das Manifest veröffentlicht. Reale Bedeutung hat es nie erlangt.

Außenpolitische Stellungnahmen

Als Mitglied des Fraktionsvorstandes der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft und der USPD nahm Ledebour neben Haase im Reichstag häufig zu Fragen der Außenpolitik das Wort. In seinen Stellungnahmen zeigt sich eine starke Anlehnung an Vorstellungsreihen aus der Vorkriegszeit. Es versteht sich von selbst, daß Ledebour als erklärter Gegner „imperialistischer Weltpolitik" Annexionen ablehnte und sich auch der von der Mehrheit gegenüber solcher Politik geübten Tolerierung oder wohltemperierten Opposition widersetzte. Da eine Rücksichtnahme auf bestimmte Kriegszielforderungen für ihn nicht in Frage kam, war er, der stets die Probleme auswärtiger Politik unter dem Blickwinkel eines naiven Pazifismus betrachtete, von der Möglichkeit eines jederzeit erreichbaren Friedens überzeugt. Ein solcher Friede, sagte er im Oktober 1916, müsse im Westen auf der Basis des *status quo ante* und im Osten auf der Grundlage des „Selbstbestimmungsrechts der Polen und der anderen gegenwärtig von Deutschland besetzten Länder" geschlossen werden.[84]

Die Proklamation des Königreichs Polen durch die Mittelmächte hielt er nicht nur für einen völkerrechtswidrigen Akt, sondern auch für einen Verstoß gegen das „volle, freie Selbstbestimmungsrecht". Dieses Vorgehen sei nur dadurch wieder gutzumachen, daß für die Einberufung einer aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen hervorgehenden Vertretung des polnischen Volkes gesorgt werde. Er versäumte nicht, daran zu erinnern, daß zur Beseitigung der Animosität der Polen in Rußland und Galizien gegen Preußen nunmehr die Ausnahmegesetzgebung gegen die polnischen Bevölkerungsteile in Deutschland aufgehoben werden müsse. In der Budgetkommission führte er dazu aus: „Man könne nicht für die Befreiung des polnischen Volkes in Rußland eintreten, wenn man im eigenen Lande die polnische Bevölkerung unterdrücke und ihrer Sprache berauben wolle. Selbstverständlich sei es, daß auch dem neuen polnischen Staate die Verpflichtung auferlegt werde, sprachliche Minderheiten nicht zu unterdrücken. Nicht bloß die Religionsgemeinschaften, sondern auch die Sprachgemeinschaften müßten die Gleichberechtigung erhalten, auch da, wo sie in der Minderheit

[84] Vgl. Protokoll der Budgetkommission vom 5. und 7. 10. 1916, Staatsministerium E 130 V, Xa 30, Fasz. II (Hauptstaatsarchiv Stuttgart).

seien. Dieser Grundsatz müßte in der ganzen Welt durchgeführt werden, dann würde eine der Ursachen der gegenwärtigen Völkerverhetzung beseitigt werden."[85] Ähnlich äußerte er sich bei der Besprechung der Flamenfrage: „Wenn man der vlämischen Sprache in Belgien zu ihrem Recht verhelfen wolle, dann müsse man diese Wohltat auch in Deutschland denjenigen fremden Volksteilen gewähren, die wie die Polen, die Dänen und die Franzosen in Elsaß-Lothringen jetzt in ihrer Kultur und in ihrer Sprache durch staatlichen Zwang bedrängt würden; dazu komme noch, daß es sich bei diesen fremden Volksteilen in Deutschland um ausgebildete Kultursprachen handele und nicht, wie bei den Vlamen, um einen Dialekt. Wenn die preußisch-deutsche Regierung das nicht tue, dann werde sie in der ganzen Welt wegen ihrer Vlamenpolitik ausgelacht."[86] Ledebour war sich klar darüber, daß die Anwendung des Selbstbestimmungsrechts in Polen und in den von Deutschland besetzten Ländern zu gewaltigen Veränderungen führen würde. Er hat auch vor der Tatsache nicht die Augen verschlossen, daß die nach dem Kriege unumgängliche Neugestaltung der Karte Europas für den Territorialbestand des Deutschen Reiches nicht ohne Folgen bleiben würde.

Die Gewährung des Selbstbestimmungsrechts an die ehemals zu Rußland gehörenden Völker bedeutete nach Ledebour, daß den Kongreßpolen, Esten, Letten, Litauern usw. die Möglichkeit eines freien Entscheids über ihre künftige Staatszugehörigkeit eingeräumt werden müsse. Spräche sich die „Mehrheit der erwachsenen Männer und Frauen" in einer nach Abzug der Besatzungstruppen abgehaltenen Abstimmung für staatliche Selbständigkeit aus, so stünde diesen Völkern das Recht zur Loslösung aus dem bisherigen Staatsverband zu.[87]

Es gilt festzuhalten, daß Ledebour die „sprachliche Zusammengehörigkeit der Bevölkerung" als eigentliche Rechtsgrundlage einer jeden Abstimmung betrachtete. Er hat Wilsons Forderung nach einem polnischen Staat mit einer „unzweifelhaft polnischen Bevölkerung" als ein erfreuliches Zeichen dafür angesehen, daß sich die Staatsmänner der Welt allmählich zu der Erkenntnis durchgerungen hätten, die Gestaltung Europas müsse auf der Grundlage der „sprachlichen Zusammengehörigkeit der Völker" geschehen.[88]

[85] Protokoll der Budgetkommission vom 9. 11. 1916, *a. a.* O., Fasz. II.

[86] Protokoll der Budgetkommission vom 3. 3. 1917, *a. a.* O., Fasz. III.

[87] Vgl. *Sten. Ber. RT*, Bd. 307, S. 1542 (Rede vom 6. 6. 1916); *a. a.* O., Bd. 311, S. 4480 (Rede vom 19. 3. 1918).

[88] *A. a.* O., Bd. 314, S. 6233 (Rede vom 24. 10. 1918).

Daß die Berücksichtigung dieses Prinzips Deutschland zu territorialen Verzichtleistungen zwingen werde, hat Ledebour in seiner Reichstagsrede vom 24. Oktober 1918 angedeutet. Er ließ keinen Zweifel daran, daß „ein polnischer Kern der Provinz Posen an den künftigen polnischen Staat abgetreten werden“ müsse, wenn sich die Bevölkerung dieses Gebiets in der Abstimmung dafür entscheide. Die Grenze zwischen Polen und Deutschland würde dann so verlaufen, daß „Fraustadt, Lissa, Meseritz noch bei Deutschland bleiben, ebenso das Netzegebiet mit Bromberg“. Über den Verlauf der Teilungslinie in Oberschlesien hat er keine näheren Angaben gemacht, da hier „die Sache“ zweifelhaft sei.[89]

Bei Ledebours Nationsbegriff — die Sprachgemeinschaft ist „das Entscheidende“, die Staatszugehörigkeit etwas „Ephemeres“ —[90] ist es verständlich, daß er Grenzveränderungen auf Grund „historischer Tatsachen“ nicht in Betracht zog. Der einzig gültige Rechtstitel für neue Grenzziehungen war für ihn die „sprachliche Zusammengehörigkeit“. Deshalb müßten Westpreußen, das „in seiner überwiegenden Mehrzahl ein deutschsprechendes Land“ sei, und Danzig, „eine fast nahezu deutschsprechende Stadt“, bei Deutschland verbleiben.

Obwohl Ledebour die auf Sprachgrenzen sich stützende Neugliederung Mitteleuropas — den habsburgischen Raum ließ er unberücksichtigt — als Fortschritt gegenüber der bisherigen „staatlichen“ Grenzziehung betrachtete, wußte er doch, daß bei der Bevölkerungsgemengelage im Osten niemals sprachlich homogene Staaten würden geschaffen werden können. Das Minderheitenproblem würde auch in Zukunft nicht von der Tagesordnung verschwinden, aber es sollte seines Stachels beraubt werden dadurch, daß in den künftigen Friedensverträgen der Grundsatz der „Kulturautonomie“ verankert werde. Darunter verstand er, „daß jeder Bestandteil eines Volkes ... das Recht hat, seine Muttersprache im öffentlichen Leben zu betätigen und in der Schule und Kirche in seiner Muttersprache sich unterrichten und belehren zu lassen“.[91] Diese Einengung des Begriffs Kulturautonomie auf die Forderung nach Sicherung sprachlicher Toleranz ist charakteristisch für Ledebour. Sie zeigt, daß er sich auch im Weltkrieg nicht von seinen Vorkriegsansichten loszulösen vermochte.

Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts, Gewährung von Natio-

[89] *Ebda.*

[90] *A. a.* O., Bd. 314, S. 6234.

[91] *A. a.* O., Bd. 314, S. 6235.

nalitätengleichberechtigung, Schaffung eines Ausgleichsfriedens und Bildung der Vereinigten Staaten von Europa mit ihrer schließlichen Ausweitung zu einem Weltstaatenbund — das waren Fixpunkte in Ledebours außenpolitischen Darlegungen. An diesen Postulaten maß er die Vorgänge auf der außenpolitischen Bühne wie die Friedenssondierungen der Reichsregierung und die Friedensschlüsse des Jahres 1918.

Die deutsche Friedensnote vom 12. Dezember 1916 nannte Ledebour eine leere Geste. Die Vorwegnahme bestimmter Kriegsziele wie die Proklamation des Königreichs Polen habe die Friedensanbahnung stark erschwert. Solange Deutschland nicht ausdrücklich auf die Angliederung fremder Volks- und Landesteile verzichte, sei jede Friedensinitiative zur Wirkungslosigkeit verurteilt.[92] Zwar verschwieg er nicht, daß sich auch die Entente zu „ausschweifenden Eroberungsplänen" bekenne. Er glaubte jedoch, daß die feindlichen Regierungen durch ein echtes, den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker berücksichtigendes Friedensangebot Deutschlands zur Raison gebracht werden könnten.[93]

Die Februarvorgänge in Rußland bestärkten Ledebours Hoffnungen auf Abschluß eines Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen.[94] Nach dem Sieg der Bolschewiki erklärte Ledebour im Reichstag, daß auch die USPD einem Sonderfrieden mit Rußland ihre Zustimmung geben werde, sofern es sich um einen wirklichen Verständigungsfrieden handele, für dessen Zustandekommen seiner Ansicht nach die Interpretation des Selbstbestimmungsrechts durch die Bolschewiki, die sich mit der Auffassung aller Sozialisten decke, eine sichere Gewähr bot.[95]

Erbittert war er über den Abschluß des Brester Friedens, den er als „Vergewaltigungsfrieden", als „Sieg des Annexionismus" brandmarkte.[96] Nun sei auch die Friedensresolution vom 19. Juli 1917, dieses bloß „platonische" Bekenntnis gegen Annexionen,[97] zu einem „Fetzen Papier" geworden.[98]

Durch die Entwicklung der Kriegsereignisse fühlte sich Ledebour 1918 in der seit 1916 gestellten Prognose für die deutsche Reichspolitik

[92] *A. a. O.*, Bd. 309, S. 2366 f. (Rede vom 23. 2. 1917).
[93] *A. a. O.*, Bd. 309, S. 2435 (Rede vom 28. 2. 1917).
[94] *A. a. O.*, Bd. 310, S. 3139 (Rede vom 7. 5. 1917).
[95] *A. a. O.*, Bd. 311, S. 4035 (Rede vom 20. 2. 1918).
[96] *A. a. O.*, Bd. 311, S. 4473 ff. (Rede vom 19. 3. 1918).
[97] *A. a. O.*, Bd. 310, S. 3854 (Rede vom 10. 10. 1917).
[98] *A. a. O.*, Bd. 311, S. 4483 (Rede vom 19. 3. 1918).

bestätigt. Nicht nur das Beharren der für die Reichspolitik Verantwortlichen auf ihren Kriegszielen war seiner Meinung nach schuld am Scheitern eines allgemeinen Friedens, sondern auch deren falsche Vorstellungen von einem künftigen Friedenszustand. Seine Partei plädiere nicht nur für einen Waffenstillstand auf Zeit, so beteuerte er öfter im Reichstag, sie verlange vielmehr einen dauerhaften Frieden der „Verständigung“, der den Grundsatz der Nationalitätentoleranz zur Geltung bringe, für Abrüstung, internationale Schiedsgerichtsbarkeit, wirtschaftliche Freizügigkeit für jeden Bürger in jedem Lande eintrete und endlich die Bildung eines wirtschaftlich und politisch geeinten Europas vorbereite als Vorstufe zu einem Weltbund sämtlicher Kulturstaaten.[99] Diese Wunschvorstellungen vom friedlichen Zusammenleben der Völker in einer Atmosphäre universellen Pazifismus ließen jedoch die offizielle Politik ungerührt.

Hatte sich Ledebour zu Beginn des Krieges noch der Hoffnung hingegeben, sein Programm sei auch unter kapitalistischem Vorzeichen durchführbar,[100] so scheint in der zweiten Hälfte des Krieges diese Zuversicht hinter der Gewißheit zurückgetreten zu sein, daß der Zusammenschluß der Völker Europas und der Welt nur ein Produkt der Revolution sein könne. Deshalb wurde auch in zunehmendem Maße seine Forderung zur Revolutionierung der politischen Verhältnisse lauter, und selbst Ordnungsrufe im Reichstag ließen ihn nicht vor revolutionären Appellen zurückschrecken.[101]

[99] *A. a. O.*, Bd. 309, S. 2440 f. (Rede vom 28. 2. 1917); *a. a. O.*, Bd. 310, S. 3402 ff. (Rede vom 15. 5. 1917). Protokoll der Budgetkommission vom 28. 9. 1917, Staatsministerium E 130 V, Xa 30, Fasz. IV (Hauptstaatsarchiv Stuttgart).

[100] In der Sitzung der Budgetkommission am 5. 10. 1916 sagte Ledebour: „Die deutsche Politik müsse jetzt vollkommen andere Bahnen einschlagen und sich nicht mehr in sklavischer Nachahmung der englischen, französischen oder russischen imperialistischen Politik bewegen. Ihr Ziel müsse ein Zusammenschluß der europäischen Staaten zu einem Bunde sein, aus dem sich später vereinigte Staaten von Europa entwickeln könnten. Auf solche Weise könnten künftige Kriege unmöglich gemacht werden, nicht also auf Grund eines einseitigen militärischen Übergewichts, sondern durch Verständigung und Ausgleich der gegenseitigen Interessen. Derjenige Staatsmann, der einen solchen Ausgleich herbeiführen könne, werde sich und sein Volk an die Spitze der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der ganzen Welt stellen. Er wünsche aber, daß dieses Volk das deutsche Volk sein werde“, Protokoll der Budgetkommission, *a. a. O.*, Fasz. I.

[101] Vgl. *Sten. Ber. RT*, Bd. 313, S. 5713 (Rede vom 3. 7. 1918). Im Interfraktionellen Ausschuß zitierte Gröber den Aufruf Ledebours zur Revolution als Beweis für die Notwendigkeit gewisser Beschränkungen der Meinungsfreiheit, vgl. *Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18* (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der poli-

Auftakt zur Novemberrevolution

Entwicklung und Verlauf des Weltkrieges führten dazu, daß die USPD — von den der Partei korporativ angeschlossenen revolutionären Gruppen einmal abgesehen — der Frage der Massenaktionen allmählich größere Aufgeschlossenheit entgegenbrachte. Massenaktionen, um den Frieden zu erringen, die in den letzten beiden Kriegsjahren in Deutschland verschiedentlich aufflammten, hat die USPD-Leitung gebilligt[102] und zum Teil tatkräftig unterstützt.

Während des Aprilstreiks von 1917 agitierten Haase, Ledebour, Vogtherr und Hoffmann für die politischen und wirtschaftlichen Forderungen der streikenden Arbeiter und wurden in diesem Sinne beim Reichskanzler vorstellig.[103] Im Januar 1918 nahm die USPD-Führung nicht nur Einfluß auf den Ablauf des Streiks, sondern beteiligte sich auch zusammen mit den Revolutionären Obleuten an der Einleitung der Aktion. Bei den vorbereitenden Besprechungen des Unternehmens zeigten sich die verschiedenen Positionen innerhalb der USPD: Eine kleine Gruppe um Heinrich Ströbel stand dem Streik sehr skeptisch gegenüber; die größte Gruppe um Haase hielt eine Massenaktion zur Erringung des Friedens für notwendig; eine dritte Gruppierung um Ledebour und Adolph Hoffmann befürwortete entsprechend dem Wunsch der Obleute außerdem den Erlaß eines öffentlichen Kampfaufrufs.[104]

Nach Richard Müllers Darstellung stand Ledebour seit dem Januarstreik „in ständiger Verbindung" mit den Revolutionären Obleuten.[105] Enge Kontakte zwischen einem Mitglied des USPD-Partei- und Fraktionsvorstandes und den Obleuten waren keineswegs etwas

tischen Parteien, Reihe 1, Bd. 1), bearbeitet von Erich Matthias unter Mitwirkung von Rudolf Morsey, T. 2, Düsseldorf 1959, S. 425.

[102] Vgl. dazu die Aussage Dittmanns vor dem Untersuchungsausschuß, *Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919—1930,* 4. Reihe: *Die Ursachen des deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918,* Bd. 7, 2, Berlin 1928, S. 324 (6. 5. 1927).

[103] Vgl. *Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland. Quellenmaterial,* bearbeitet von Gerhard Schrader und Hellmut Weber (= Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. von Leo Stern, Bd. 4), T. 2, Berlin 1959, S. 451 ff.

[104] Vgl. Richard Müller, *Vom Kaiserreich zur Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung während des Weltkrieges* (= Wissenschaft und Gesellschaft, Bd. 3), Bd. 1, Wien 1924, S. 101.

[105] *A. a. O.,* Bd. 1, S. 127.

Selbstverständliches. Obwohl die Obleute fast alle der USPD angehörten und die Partei als Rahmen und Plattform ihrer Tätigkeit benutzten, betrachteten sie sich doch als selbständige Gruppe. So hatten sie es beispielsweise im Herbst 1916 abgelehnt, mit den USPD-Führern auf die Dauer nähere Fühlung aufzunehmen.[106] Dieser Einstellung lag einerseits das Bestreben zugrunde, den Streit zwischen den Richtungen Haase-Ledebour und Liebknecht-Luxemburg von der Betriebsarbeiterschaft fernzuhalten, andererseits beruhte sie auf einer grundsätzlichen Zurückhaltung gegenüber den Intellektuellen und Parlamentariern der Parteiopposition.[107] Daß der „Intellektuelle" Ledebour trotzdem über gute Beziehungen zu den Obleuten verfügte, mag in erster Linie daran gelegen haben, daß Ledebour, der sich bei den Arbeitermassen insbesondere Berlins großer Beliebtheit erfreute, den Obleuten als zugkräftiger Mittelsmann für ihre oppositionelle Agitation erschien. Ferner dürfte Ledebours zunehmende Bereitschaft, außerparlamentarische Aktionen zu führen, die Resonanz bei den Obleuten gefunden haben.

Während Ledebour noch Anfang 1918 dem Streik nur den Charakter einer Demonstration zur Herbeiführung des Friedens zubilligte, scheint er sich in den folgenden Monaten zu der Ansicht durchgerungen zu haben, daß der Streik zum Aufstand weitergetrieben werden müsse. Die Ereignisse der Oktoberrevolution dürften hierbei stimulierend gewirkt haben. Seine Begeisterung für die russische Revolution[108] muß sich damals auch auf die Beurteilung der Bolschewiki übertragen haben, die er in Zimmerwald noch heftig bekämpft hatte. Im Reichstag verkündete er, die Unabhängigen in Deutschland seien dasselbe wie die Bolschewiki in Rußland.[109] Diese Charakterisie-

[106] *A. a.* O., Bd. 1, S. 65/66.

[107] Vgl. Peter v. Oertzen, *Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19* (= Beitr. zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 25), Düsseldorf 1963, S. 72.

[108] Abgesehen von einigen allgemeinen Bemerkungen in seinen Reichstagsreden fehlt es völlig an Zeugnissen Ledebours zur Oktoberrevolution, vgl. *Sten. Ber. RT*, Bd. 313, S. 5713 (Rede vom 3. 7. 1918), wo er den Regierenden einen Massenstreik im Falle einer Niederschlagung der russischen Revolution androhte.

[109] Zitiert nach Peter Lösche, *Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903—1920* (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Bd. 29. Publikationen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Bd. 1). Mit einem Vorwort von Georg Kotowski, Berlin 1967, S. 129.

rung darf nicht so aufgefaßt werden, als ob Ledebour die von den Bolschewiki angewandten Methoden vorbehaltlos gutgeheißen habe. Ledebour billigte das von den Bolschewiki herbeigeführte revolutionäre Ergebnis und hielt eine Übertragung des in Rußland geschaffenen Staatsmodells auf Deutschland für wünschenswert. Eine sklavische Nachahmung des bolschewistischen Beispiels lehnte er ab. In seinem Prozeß sprach er ausdrücklich von einem deutschen, von den Bolschewiki unabhängigen Weg zum Sozialismus. „Es ist wichtig, gerade wegen der systematischen Stimmungsmache darauf hinzuweisen, daß wir uns niemals in der Gefolgschaft unserer russischen Parteifreunde befunden haben. Die Russen haben auf Grund ihrer Landesverhältnisse und wir auf Grund der unseren eine selbständige Politik getrieben."[110]

Seit Sommer 1918 trat Ledebour in verstärktem Maße für die Fortführung des in Rußland begonnenen Revolutionierungsprozesses ein.[111] Die enge Fühlungnahme mit den Revolutionären Obleuten, die seit 1917 gewillt waren, über das Friedensziel hinaus die sozialistische Revolution anzustreben,[112] bestärkten ihn in seiner Überzeugung, daß es für Deutschland nur „eine Rettung" geben könne, nämlich „die Umgestaltung unserer gesamten staatlichen Verhältnisse im Sinne des revolutionären Sozialismus".[113] Seine und der Obleute Vorstellungen vom Ablauf des geplanten Staatsumsturzes faßte Ledebour später so zusammen: Nach dem siegreichen Aufstand habe man am folgenden Tag in Berlin und in ganz Deutschland Arbeiter- und Soldatenräte wählen lassen wollen, die eine Regierung einsetzen sollten. Da „wir uns genierten, für uns im voraus Machtbefugnisse in Anspruch zu nehmen, haben wir damals davon Abstand genommen, unter uns auch nur Verabredungen zu treffen, wie die Ämterverteilung nach erfolgter Revolution vorgenommen werden sollte".[114] An konkreten Vorstellungen über das, was nach der Machtergreifung zu geschehen habe, fehlte es den revolutionären Führern demnach vollständig. Anfang November 1918 trat der Führungskreis der Obleute zusammen, um einen Termin für die revolutionäre Aktion festzulegen. Ledebour war bei allen

[110] *Der Ledebour-Prozeß* . . ., S. 24.

[111] Vgl. *Sten. Ber. RT,* Bd. 313, S. 5713 (Rede vom 3. 7. 1918); *a. a.* O., Bd. 314, S. 6236 (Rede vom 24. 10. 1918).

[112] Vgl. Eberhard Kolb, *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918—1919* (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 23), Düsseldorf 1962, S. 39.

[113] *Der Ledebour-Prozeß* . . ., S. 22.

[114] *A. a.* O., S. 39.

diesen Besprechungen zugegen. Auf der entscheidenden Konferenz am 2. November plädierten Ledebour, Däumig und Barth dafür, die Revolution am 4. November beginnen zu lassen, während die Vertreter des USPD-Vorstandes, Haase und Dittmann, die ebenfalls an der Sitzung teilnahmen, den Termin ablehnten. Auch Richard Müller wollte eine Vertagung der Aktion, und die Abgesandten der kleinen Betriebe berichteten von einer geringeren Bereitschaft in ihrem Bereich. Auf Vorschlag Ledebours wurde nun eine Umfrage unter den Obleuten durchgeführt, bei der sich herausstellte, daß von 123 000 erfaßten Arbeitern nur 75 000 „zum Losschlagen" bereit waren. Daraufhin wurde nach Abstimmung der Obleute der von Müller vorgeschlagene Termin, der 11. November, zum Beginn des Aufstandes bestimmt.[115] Von der revolutionären Welle wurden die Obleute völlig überrascht. Sie konnten nach der Verhaftung Däumigs am 8. November nur noch einen Kampfaufruf erlassen.[116] Die revolutionäre Bewegung in Berlin vollzog sich ohne Zutun Ledebours und der Revolutionären Obleute.

[115] *A. a. O.*, S. 28 f. Vgl. ferner Emil Barth, *Aus der Werkstatt der deutschen Revolution*, Berlin (1919), S. 47 ff. *Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution*, Berlin 1929, S. 203 f.

In einem Anfang der 30er Jahre verfaßten Rückblick auf die Novemberrevolution gibt Ledebour vor allem Karl Liebknecht, der statt Massenstreik „tägliche, sich steigernde Massendemonstrationen" gefordert habe, die Hauptschuld am Aufschub, vgl. Georg Ledebour, *Die deutsche Novemberrevolution*, in: *Sozialistische Arbeiter Zeitung*, Nr. 12 vom 14. 11. 1931.

[116] Zum Aufruf des „Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates" gezeichnet Barth, Brühl, Eckert, Franke, Haase, Ledebour, Liebknecht, Neuendorf, Pie[c]k, Wegmann vgl. E. Barth, *Aus der Werkstatt . . .*, S. 53. An der Abfassung waren jedoch nur Eckert und Barth beteiligt.

FÜNFTES KAPITEL

Novemberrevolution und Januaraufstand

Mitglied des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte

Anders als die Mehrheitssozialdemokratie, die von vornherein Revolution und politischen Massenstreik ablehnte, trat die USPD in ihrer Propaganda für die Revolutionierung Deutschlands ein. Sie verfügte jedoch ebensowenig wie die Mehrheitspartei über ein wirtschaftliches und politisches Programm für den Tag nach der Erringung der politischen Macht.[1] Auch Ledebour hatte kein Rezept für die revolutionäre Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Um so fester klammerte er sich in den Revolutionsmonaten an seine während der Kriegsjahre geprägte „Negativformel“, die ihm gewissermaßen als Programmersatz diente. Sie lautete: kein Pakt mit der vom Burgfriedensvirus befallenen Mehrheitssozialdemokratie. Diese Haltung brachte er dezidiert zum Ausdruck, als am Morgen des 9. November Ebert, Scheidemann und David Verbindung mit der Bruderpartei wegen einer gemeinsamen Regierungsbildung aufnahmen. Während Dittmann und Vogtherr, die neben Ledebour von der USPD-Leitung im Reichstag anwesend waren, grundsätzlich nichts gegen eine Beteiligung der USPD an einem rein sozialistischen Kabinett einzuwenden hatten, gab Ledebour „durch Gesten, Mienenspiel und Zwischenbemerkungen seiner Ablehnung unverhohlen Ausdruck“. Er sprach schließlich, so berichtet Dittmann in seinen Memoiren, „in schroffster Weise gegen unseren Eintritt in die Regierung“.[2]

Infolge der Abwesenheit des in Kiel weilenden Parteivorsitzenden Haase und der Unmöglichkeit, die Ansichten der divergierenden Richtungen in der Partei zu koordinieren, war die USPD-Führung erst am Abend des 9. November zu einer einheitlichen Willensbildung fähig.[3] Die Mehrheit der versammelten USPD-Funktionäre stimmte

[1] Vgl. P. Lösche, *Der Bolschewismus* ... (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin ..., Bd. 29), S. 175.

[2] W. Dittmann, *Erinnerungen* ..., S. 865.

[3] Zur Regierungsbildung vgl. E. Kolb, *Die Arbeiterräte* ... (= Beiträge zur Ge-

einer Regierungsbeteiligung unter der Voraussetzung zu, daß die sechs hauptsächlich unter dem Druck Liebknechts zustande gekommenen Forderungen akzeptiert würden.[4] Als Kandidaten für das neue Kabinett wurden neben Haase Ledebour und Liebknecht vorgeschlagen. Da Ledebour jedoch bei seinem kategorischen Nein blieb, einigte man sich auf die Person Barths. Liebknecht, der „nach allgemeiner Auffassung" der Regierung bereits angehörte, zog am Morgen des 10. November seinen Entschluß, in der Regierung mitzuwirken, wieder zurück, da ihm Spartakus den „Kopf gewaschen" hatte. So traten dann, nachdem die USPD die wichtigsten Bedingungen des Vortages fallengelassen hatte und auf einige Forderungen der SPD eingegangen war, Haase, Dittmann und Barth in den Rat der Volksbeauftragten ein.[5]

Zwei Gründe führte Ledebour für seine Entscheidung an, dem SPD-USPD-Kabinett fernzubleiben: Einerseits halte er es aus politischen Erwägungen nicht für gut, eine Koalitionsregierung zu bilden, in der die beiden Kräfte — SPD und USPD — sich die Waage hielten, „weil drei Pferde vor und drei Pferde hinter den Wagen gespannt waren". Eine Regierung müsse einen „einheitlichen Charakter" tragen.[6] Andererseits habe er den Eintritt in den Rat der Volksbeauftragten abgelehnt, da er „mit politisch kompromittierten Persönlichkeiten, die sich durch Begünstigung der bisherigen Kriegspolitik im Inlande und Auslande als Politiker vollkommen diskreditiert haben, nicht auf einer Ministerbank sitzen" wolle.[7] Das letztere Motiv wog bei seinem Entschluß weit schwerer als das sachliche Argument. Dies bestätigen übereinstimmend die an dem Ringen um die Kabinettsbildung Beteiligten. Hermann Müller meint, daß „in der gegebenen geschichtlichen Situation" der Haß, den Ledebour gegen die Führer der Mehrheitssozial-

schichte des Parlamentarismus ..., Bd. 23), S. 114 ff. Wolfgang Elben, *Das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution. Die Politik der Staatssekretäre und der militärischen Führung vom November 1918 bis Februar 1919* (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 31), Düsseldorf 1965, S. 15 ff.

[4] Für den Text vgl. R. Müller, *Vom Kaiserreich ...* (= Wissenschaft und Gesellschaft, Bd. 4), Bd. 2, Wien 1925, S. 28.

[5] Vgl. *Der Ledebour-Prozeß ...*, S. 562 (Aussage Dittmanns). W. Dittmann, *Erinnerungen ...*, S. 868 ff. E. Barth, *Aus der Werkstatt ...*, S. 57 ff.

[6] *Der Ledebour-Prozeß ...*, S. 35.

[7] Vgl. *Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Vom 16. bis 21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhause zu Berlin. Stenographische Berichte*, Berlin o. J., Sp. 95. Vgl. ferner *Der Ledebour-Prozeß ...*, S. 35.

demokratie hegte, besonders hinderlich gewesen sei.[8] Emil Barth schreibt dazu: „Ledebour war gegen eine Beteiligung, weil er sich mit den Leuten im allgemeinen und mit Ebert und Scheidemann im besonderen nicht an einen Tisch, viel weniger in eine Regierung setzen würde. Keine prinzipielle, sondern eine rein persönliche Gegnerschaft."[9] Ledebours Haltung in den entscheidenden Novembertagen offenbart seine Schwächen als Politiker. Weder war er geneigt, persönliche Animositäten hinter den Versuch einer Kooperation zurückzustellen, noch konnte er sich von den Hemmungen der sozialdemokratischen Oppositionstradition befreien. Obwohl auch Ebert und Haase nicht an den Umgang mit staatlicher Macht gewöhnt waren und völlig unvorbereitet ihr Amt antraten, zeigten sie sich doch gewillt, aus der bisherigen Isolierung herauszutreten und das Risiko — auch eines Scheiterns in der politischen Verantwortung auf sich zu nehmen. Ledebour hingegen, der stets der Abstinenz das Wort geredet hatte, blieb auch in dem Augenblick, als die Parteien des Proletariats zur Machtübernahme gerufen wurden, Gefangener seiner Doktrin und war unfähig, sich den gewandelten Verhältnissen anzupassen. Damit benahm er sich der einmaligen Gelegenheit, von staatlicher Stelle aus unmittelbar gestaltend und bestimmend in das politische Geschehen einzugreifen. Er zog es vor, in die Opposition zu gehen und die Regierung der beiden sozialistischen Parteien zu bekämpfen. Die Frage, in welche Richtung eine Regierung mit Ledebour und Karl Liebknecht die politische Entwicklung damals getrieben hätte, ist zwar nicht ohne Reiz, gehört aber in den Bereich der Spekulation, da wegen Ledebours konsequentem Nein und dem Zwang, dem Liebknecht in seiner Partei unterlag, die reale Voraussetzung für eine Koalition der USPD-Linken mit den Mehrheitssozialdemokraten fehlte. Immerhin darf als sicher angenommen werden, daß die mehrheitssozialdemokratischen Kabinettsmitglieder gegenüber Männern wie Liebknecht und Ledebour ihre politischen Vorstellungen weniger leicht hätten durchsetzen können als mit den „Gemäßigten" Dittmann und Haase.

Seit dem 10. November 1918 war Ledebour Mitglied des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte. Er will diesem Aktionsausschuß in der Hoffnung beigetreten sein, „dort in voller Öffentlichkeit den reaktionären Machenschaften, die von den verschiedenen Regierungsbehör-

[8] Vgl. Hermann Müller-Franken, *Die November-Revolution. Erinnerungen*, Berlin 1928, S. 102.

[9] Vgl. E. Barth, *Aus der Werkstatt* . . ., S. 58.

den zu erwarten waren, erfolgreich entgegenwirken zu können". „Ich gestehe, daß das ein Fehler von mir war", schrieb er aus der Distanz in den 30er Jahren. „Der Vollzugsrat hatte tatsächlich keinerlei Machtbefugnisse gegenüber den Volksbeauftragten oder sonstigen Regierungsorganen. Seine Gegenbeschlüsse gegen dessen Maßregeln hatten nur den Wert öffentlicher Rügen. Aber selbst dazu kam es nicht, weil wir revolutionären Sozialisten im Vollzugsrat einer geschlossenen Mehrheit von reaktionären Vertretern der SPD und der Soldaten gegenüberstanden. So rieb ich mich Tag für Tag in endlosen Debatten auf. Ich hätte meine Zeit und Kraft nützlicher außerhalb des Vollzugsrats in völlig ungebundener Stellung anwenden können."[10]

Es muß bezweifelt werden, daß diese aus der Resignation der 30er Jahre entsprungene Motivation seine wirkliche Einstellung zum Vollzugsrat im November 1918 wiedergibt. Nichts deutet darauf hin, daß Ledebour damals die Wahl in die Berliner Rätekörperschaft als unangenehm empfunden hätte. Er scheint im Gegenteil sehr befriedigt darüber gewesen zu sein, von diesem revolutionären Gremium aus die Kabinettsmitglieder der SPD kontrollieren und attackieren zu können.

Eines seiner erklärten Ziele als Vertreter des Vollzugsrates war es, die USPD-Volksbeauftragten aus dem Bündnis mit der SPD zu lösen. Eine weitere Aufgabe bei seiner Tätigkeit im Vollzugsrat sah er darin, den Machtanspruch der Rätevertretung, der sich auf den Grundsatz: „Die politische Macht liegt bei den Arbeiter- und Soldatenräten", stützte, gegenüber dem Rat der Volksbeauftragten durchzusetzen. Während die „Gunst" der revolutionären Verhältnisse seinem Bestreben, die USPD aus der Umklammerung der Mehrheitssozialdemokratie herauszudrängen, entgegenkam, war dem Bemühen, den Vollzugsrat zur entscheidenden politischen Institution der Revolution werden zu lassen, kein Erfolg beschieden.

Daß die Berliner Rätekörperschaft nicht die von den Radikalen gewünschte Schlagkraft und Funktionsfähigkeit entwickelte, lag nicht zuletzt an der politischen Unfähigkeit ihrer Mitglieder. Auch Ledebour hat nichts zur Überwindung der organisatorischen Hilflosigkeit der Rätevertretung unternommen, sondern im Gegenteil noch zur allgemeinen Ziellosigkeit beigesteuert. Hermann Müller berichtet, wie Ledebour durch Entfesselung langer, sachlich völlig unerheblicher Debatten kost-

[10] Georg Ledebour, *Die deutsche Novemberrevolution*, in: *Sozialistische Arbeiter Zeitung*, Nr. 20 vom 25. 11. 1931, Beilage.

bare Zeit zu verschwenden verstand und dazu beitrug, die Aktionskraft dieser Revolutionskörperschaft wirksam zu unterbinden.[11]

Hinsichtlich der Kompetenzverteilung zwischen dem Vollzugsrat und dem Rat der Volksbeauftragten erwies sich Ledebour als hartnäckiger Anwalt der Räteinstitution. Seinen Intentionen entsprechend sollte die Kompetenzabgrenzung in die Hände einer Vertretung sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte gelegt werden.[12] Nachdem durch Beschluß vom 23. November 1918 die gesamte exekutive Gewalt an die Volksbeauftragten delegiert worden war,[13] konnte er für den Vollzugsrat nur noch „die Exekutive gegenüber konterrevolutionären Bewegungen" retten.[14] Die Rätevertretung behielt weiterhin das Recht der Kontrolle über den Rat der Volksbeauftragten und nach ihrer eigenen Interpretation auch die Aufsicht über die Reichsbehörden. Als Anfang Dezember 1918 der „Reichsausschuß des Vollzugsrates" über die Ernennung neuer Beauftragter für verschiedene Reichsämter beriet, empfahl sich Ledebour in seiner Eigenschaft als außenpolitischer Experte für den Posten im Auswärtigen Amt.

Hermann Müller hat die Atmosphäre dieser Sitzung beschrieben, die einen guten Eindruck von Ledebours Eigenwilligkeit vermittelt und seine damalige Haltung gegenüber der Mehrheitssozialdemokratie in charakteristischer Weise beleuchtet. In dieser Besprechung, schreibt Müller, wandte sich Ledebour „gegen den gleichfalls vorgeschlagenen Cohen-Reuß, weil dieser früher Scheidemann-Politik getrieben hätte. Das vertrage sich nicht mit den Errungenschaften der Revolution. Als ich ihm erwiderte, daß es sich jetzt nicht um die Politik handele, die vor der Revolution getrieben worden sei, ging er gegen mich und Cohen-Reuß los, deren Politik dazu beigetragen habe, Deutschlands Ruin herbeizuführen. Cohen machte den Vermittlungsvorschlag, Ledebour und

[11] Vgl. H. Müller-Franken, *Die November-Revolution* . . ., S. 108 f.

[12] Vgl. das Protokoll der gemeinsamen Sitzung von Vollzugsrat und Kabinett vom 18. 11. 1918, Reichskanzlei R 43 I/1324, S. 35 (Bundesarchiv Koblenz).

[13] Vgl. W. Elben, *Das Problem der Kontinuität* . . . (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus . . ., Bd. 31), S. 19 f.

[14] So E. Barth, *Aus der Werkstatt* . . ., S. 71.

Vgl. auch Ledebours Bericht im Vollzugsrat über seine und Däumigs Besprechungen mit dem Kabinett bei Klaus Krone, *Die Stellung der USPD zur Grundfrage der Revolution bis zum ersten Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der linken Kräfte im Vollzugsausschuß des Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrates*, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe*, 7. Jg. (1957/58), H. 4, S. 424 f.

ihn vorzuschlagen, da er auf ein ersprießliches Zusammenwirken mit Ledebour hoffe. Däumig unterstützte diesen Vermittlungsvorschlag mit der Begründung, daß es sich um die Kontrolle des Amts und nicht um Politiktreiben auf eigene Faust handeln könne. Aber der eigensinnige Ledebour blieb unerbittlich. Bergmann schlug dann vor, daß die beiden Genannten und ein später zu ernennender Süddeutscher zusammen die Kontrolle des Auswärtigen Amts ausüben sollten. Wenn sich Ledebour der Mehrheit nicht fügen wolle, so habe er eben den Geist der Revolution nicht erfaßt. Ledebour lehnte Bergmanns Theorie, daß man sich unbedingt der Mehrheit fügen müsse, ab. Er würde eine Politik, die er nicht billige, auch nicht vertreten. Darauf erwiderte Däumig, daß bei der Kontrolle nur der Gesamtwillen des Arbeiter- und Soldatenrats zu berücksichtigen sei... Es handelte sich im übrigen nur um ein Provisorium von zwei Wochen. Nun schlug Ledebour Paasche vor. Cohen-Reuß erinnerte daran, daß die Entente die unkompromittierten Arbeiter- und Soldatenräte nicht empfange, sondern anscheinend lieber mit kompromittierten Bourgeoisvertretern verhandele. Er sei im übrigen nicht kompromittiert. Er habe zwar Kriegskredite bewilligt, aber im übrigen die Politik der Fraktion in auswärtigen Angelegenheiten dauernd bekämpft... Durch Parteistreit gehe die Revolution zugrunde. Nach längerer weiterer Debatte erhielten bei der Abstimmung Stimmen: Lemke 10, Paasche 16, Cohen-Reuß 7, und Ledebour 3. Aus Ärger über diese durch seinen Eigensinn und sein unkameradschaftliches Verhalten hervorgerufene wohlverdiente Niederlage lehnte Ledebour nun auch ab, als Beauftragter für das Innere zu fungieren, desgleichen Däumig."[15]

In der Frage der Nationalversammlung plädierte Ledebour für eine lange Vorbereitungszeit vor der Wahl, um die während des Krieges entbehrte Zeit und Gelegenheit zu haben, sich den Massen durch Aufklärung als die richtige Partei zu empfehlen. In einer Berliner USPD-Versammlung sagte er dazu: „Wir unabhängigen Sozialdemokraten waren vier Jahre hindurch mundtot gemacht und hatten nicht die Macht, unsere Ideen überall hinzutragen. Wenn jetzt die Wahlen zur Nationalversammlung schon für den 16. Februar angesetzt würden, wären wir wieder geknebelt, denn in drei Monaten kann nicht das, was vier Jahre Krieg verbrochen haben, gutgemacht werden."[16] Nach schweren

[15] H. Müller-Franken, *Die November-Revolution* ..., S. 136 f.

[16] *Freiheit*, Nr. 39 vom 6. 12. 1918; ähnlich sprach er in der Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte vom 19. 11. 1918, vgl. K. Krone, *Die Stellung der USPD* ..., in: *Wissenschaftliche Zeitschrift* ..., 7. Jg. (1957/58), H. 4, S. 428.

Auseinandersetzungen hatte der Vollzugsrat in seiner Sitzung vom 16. November unter Zurückweisung der radikalen Forderungen Däumigs eine Resolution angenommen, die die Wahl eines Zentralrates verlangte, der eine Verfassung ausarbeiten und sie einer von ihm zu berufenden konstituierenden Versammlung zur Beschlußfassung vorlegen sollte. Die Mehrheit hatte sich demnach im Prinzip mit der Einberufung einer Nationalversammlung einverstanden erklärt, allerdings sollte dies noch nicht zu früh geschehen.[17] Ledebour stimmte gegen diesen Beschluß.[18] Nach der Erinnerung Walter Oehmes sprach sich Ledebour in der besagten Sitzung „konsequent für das Rätesystem und gegen die Nationalversammlung" aus.[19] Diese Darstellung scheint Ledebours Haltung korrekt wiederzugeben. Dieser war damals an der Einsetzung einer Konstituante uninteressiert, da er überhaupt die Errichtung einer parlamentarischen Demokratie ablehnte. Dagegen sah er in den Räten, den politischen Kampforganisationen des Proletariats, das geeignete Mittel, um das sozialistische Gemeinwesen der Zukunft zu verwirklichen, dessen Herrschaftsform die „unmittelbare" Demokratie sein sollte.

Eine Anfang 1919 veröffentlichte Studie *Der Aufbau des sozialistischen Gemeinwesens in Deutschland*[20] gibt einen ungefähren Eindruck von dem, was sich Ledebour unter dem sozialistischen Zukunftsstaat vorstellte. Er entwickelte hier die Utopie eines auf „Urgemeinden" aufgebauten dezentralisierten Staatswesens. Als Modell der das Ideal eines sozialistischen Gemeinwesens verkörpernden Urzelle diente ihm die „ländliche Normalgemeinde" mit einer Bevölkerungszahl von nicht mehr als 2000 Einwohnern, die abwechselnd bald landwirtschaftlich, bald industriell, bald auf technisch-bildungsmäßigem Sektor tätig zu sein hätten. Durch Abschaffung der einseitigen Berufsarbeit sollte einerseits der „kulturellen, physischen und moralischen Verkümmerung des Menschen" gesteuert werden, andererseits der Unterschied zwischen „Hand- und Kopfarbeitern" eingeebnet werden.[21] Hier in der ländlichen Kommune herrschte nach Ansicht Ledebours

[17] Vgl. H. Müller-Franken, *Die November-Revolution* ..., S. 128.

[18] Vgl. das Protokoll des Vollzugsrates bei K. Krone, *Die Stellung der USPD* ..., in: *Wissenschaftliche Zeitschrift* ..., 7. Jg. (1957/58), H. 4, S. 427.

[19] Walter Oehme, *Damals in der Reichskanzlei. Erinnerungen aus den Jahren 1918/19*, Berlin 1958, S. 118.

[20] In: *Der Arbeiter-Rat*, 1. Jg. (1919), Nr. 3, S. 10—13; Nr. 4, S. 14—17; Nr. 6, S. 13—19.

[21] *A. a. O.*, Nr. 3, S. 12 f.

„wirkliche Demokratie", da alle Angelegenheiten durch die Gesamtheit der erwachsenen Gemeindemitglieder erledigt würden, also die „fortlaufende Selbstentscheidung des Volkes über alle seine gemeinsamen Angelegenheiten" gewährleistet sei.[22] Das „Vertretersystem", nur ein „Notbehelf für wirkliche Demokratie", sei in den ländlichen Urgemeinden überflüssig. Dies finde erst Anwendung in den städtischen Gemeinwesen, deren einzelne Bezirke — auch wieder als Urgemeinden organisiert — Vertreter in einen Gemeinderat zu entsenden hätten. Es gilt festzuhalten, daß Ledebour bei der Erörterung der beiden damals im Widerstreit der Meinungen stehenden Repräsentativsysteme weder als Anbeter des Rätesystems auftritt, noch sich zu einer pauschalen Verdammung des parlamentarischen Prinzips hinreißen läßt. Da sich die Urgemeinde des sozialistischen Zukunftsstaates als „Siedlungs- und Betriebsgemeinschaft" präsentiere, meinte er, verschwinde der Gegensatz zwischen dem Rätesystem, das auf Wahlen durch „Betriebsgemeinschaften" basiere, und dem parlamentarischen Vertretungssystem mit seinen Wahlen durch „Siedlungsgemeinschaften". So könnten in den Städten Betriebsräte und Gemeindevertretung friedlich nebeneinander existieren und sich gegenseitig ergänzen.[23]

Es wäre demnach ein Fehlurteil, wollte man aus Ledebours Agitation für die Räte während der Revolutionsmonate schließen, daß er zu den Fanatikern des Rätegedankens gehörte. Wohl erschienen ihm die Räte als Motoren der Revolution unentbehrlich, ein Ziel waren sie ihm nicht. Das System der Arbeiterräte, schrieb er in seiner Studie, sei „nur eine Übergangserscheinung"; später müßten diese in den sozialistischen Produktionsprozeß organisch eingegliedert werden.[24] Vielleicht erklärt diese Einstellung auch, warum Ledebour nicht — wie die dezidierten Räteanhänger — in einen blinden Antiparlamentarismus verfallen konnte.

Ledebour hat die hier skizzierten Gedanken, das einzige, was in dieser Hinsicht von ihm überliefert ist, nicht weiterverfolgt, auch nicht als Gegenstand eines positiven politischen Programms politisch aktualisiert, mag sein aus Resignation über die allgemeine Entwicklung nach dem Umsturz, oder weil er sich der Lückenhaftigkeit und Widersprüchlichkeiten in seinem Zukunftsgemälde bewußt war. Mußte er doch selbst zugeben, daß sich beispielsweise seine Forderung nach wechselseitiger

[22] *A. a.* O., Nr. 4, S. 15.
[23] *A. a.* O., Nr. 4, S. 16.
[24] *Ebda.*

Verwendung von Hand- und Kopfarbeitern nicht für alle Berufsarten verwirklichen lasse, daß Ärzte nicht als Industriearbeiter tätig sein könnten und umgekehrt.[25] Recht ratlos war er auch gegenüber dem Problem der Verpflanzung landwirtschaftlicher Betriebe in die Städte, um die Strukturunterschiede zwischen städtischen und ländlichen Kommunen aufzuheben. Doch er vertraute auf die „Praxis", die sicher auch hier eine Lösung bringen würde.[26] Wie in der zu Kreisen, Gauen und Landschaften zusammengeschlossenen Kommunenföderation die auswärtigen Angelegenheiten und obersten Regierungs- und Verwaltungsaufgaben geregelt werden sollten, darüber blieben Ledebours Leser ebenfalls im Ungewissen. Wenn es dem Entwurf auch an Geschlossenheit und Systematik mangelte, so ist doch die Tendenz der Ausführungen eindeutig. Hier vermischen sich radikal-demokratische Forderungen mit dem Protest gegen Obrigkeit, bürokratisch-straffen Staatsapparat und „bürgerliche" Demokratie. Darin ähnelt Ledebour den Vertretern des „reinen" Rätegedankens,[27] obwohl — soweit sich sehen läßt — Ledebours Erörterungen in der Rätediskussion keine Rolle gespielt haben.

Seiner Skizze über den Aufbau des sozialistischen Gemeinwesens hatte Ledebour einen kartographisch und tabellarisch fixierten Entwurf zur Neugliederung Deutschlands angefügt, den er als Produkt ausführlicher, schon vor dem Kriege gereifter und immer wieder überprüfter Überlegungen bezeichnete. Charakteristisch für Ledebours Vorstellung von einem allein auf wirtschaftliche Zwecke und Interessen abgestellten sozialistischen Staat ist die dort von ihm entwickelte Neueinteilung des Deutschen Reiches in zwanzig gebietsmäßig annähernd gleich große, nach „wirtschaftsgeographischen Gesichtspunkten" voneinander abgegrenzte „Landschaften".[28] Dabei nimmt Ledebour keine Rücksicht auf historische

[25] *A. a.* O., Nr. 3, S. 13.

[26] *A. a.* O., Nr. 4, S. 15.

[27] Vgl. P. v. Oertzen, *Betriebsräte* ... (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus ..., Bd. 25), S. 89 ff.

[28] Vgl. G. Ledebour, *Der Aufbau* ..., in: *Der Arbeiter-Rat,* 1. Jg. (1919), Nr. 6, S. 15—18. Ledebour führt folgende „möglichst die Stammesnamen oder sonstige eingebürgerte Provinznamen" tragende Landschaften mit ihren „Hauptorten" auf: Ostpreußen (Königsberg), Westpreußen (Danzig), Posen (Posen), Pommern (Stettin), Brandenburg (Berlin), Schlesien (Breslau), Obersachsen (Dresden), Ostthüringen (Leipzig), Westthüringen (Erfurt), Ostfalen (Magdeburg), Niedersachsen (Hannover), Nordelbingen (Hamburg), Friesland (Bremen), Westfalen (Dortmund), Hessen (Cassel), Niederrheinland (Cöln), Rheinfranken (Frankfurt a. M.), Ostfranken (Nürnberg), Schwaben (Stuttgart), Bayern (München).

Gegebenheiten. Preußen und die übrigen Mittel- und Kleinstaaten, die ihre Abgrenzung und ihre Verwaltungseinteilung hauptsächlich „der diplomatischen Länder- und Völkerverschacherung vom Westfälischen Frieden 1648 bis zur napoleonischen Aufteilung des Reichs und dem Wiener Frieden von 1815“ verdankten,[28a] haben für ihn nur die Bedeutung von „Ruinen auf Abbruch“. Die unproblematische Zuversicht, daß sich alle von den traditionellen „Einzelstaaten“ repräsentierten „obrigkeitlichen“ und bureaukratischen Kräfte in einem bloß nach wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnissen gegliederten Landschaftsverband neutralisieren ließen, entspricht Ledebours festem Vertrauen, ein vollkommen herrschaftsfreies, auf die Verwaltung von Sachen beschränktes Ordnungsgefüge errichten zu können.

Wie immer man den Entwurf zur Umgestaltung Deutschlands bewerten mag, es gilt festzuhalten, daß Ledebour bei bestimmten Gelegenheiten, wie anläßlich der damals aktuellen Auseinandersetzung um die Neugliederung des Reiches, durchaus imstande war, sich an der Diskussion mit konkreten, auf sachlicher Kleinarbeit basierenden Vorschlägen zu beteiligen. Leider blieben diese höchst sporadischen Äußerungen „positiven Wollen[s]“[28b] meist im Ansatz stecken oder wurden sehr bald wieder von den Trieben seines oppositionell-kritischen Wirkens überwuchert. Allerdings hatte Ledebour den Neugliederungsplan im Vollzugsrat zur Sprache gebracht. „Doch zur eingehenden Erörterung der Frage des Einheitsstaates und der Reichsverwaltungsreform fehlte im Vollzugsrat die Zeit“, bemerkt dazu Hermann Müller.[29] Dieser kaum verhüllte Vorwurf gegen den Vollzugsrat trifft auch Ledebour. Denn nicht zuletzt waren sein eigenwilliger Arbeitsstil und seine „revolutionäre“ Betriebsamkeit mit schuld daran, daß solche Themen wie das Problem der Neugestaltung Deutschlands keinen Platz auf der Tagesordnung der Berliner Rätekörperschaft fanden.

Je mehr der Rat der Volksbeauftragten gegenüber dem Vollzugsrat an Boden gewann und je geringer die Hoffnungen der Radikalen wurden, die Rätevertretung zu einer Aktionsbasis gegen den wachsenden Einfluß der SPD in den revolutionären Körperschaften auszubauen, desto stärker drängte Ledebour in den USPD-Gremien und in der Öffentlichkeit auf den Austritt der Unabhängigen aus der Regie-

[28a] *A. a. O.*, Nr. 4, S. 17.

[28b] So Felix Stössinger, *Zu Ledebours 70. Geburtstag*, in: *Freie Welt*, 2. Jg. (1920), H. 10, S. 3.

[29] Vgl. H. Müller-Franken, *Die November-Revolution* ..., S. 102.

rung.[30] „Die Intransigenten um Ledebour", klagte Dittmann, „die Überradikalen bei den Revolutionären Obleuten, die Spartakisten um Liebknecht und Pieck sowie die mit ihnen liebäugelnden unserer Räteanhänger um Däumig taten alles, uns wieder aus der Reichsregierung hinauszumanövrieren."[31]

Inzwischen gaben die Ereignisse des 6. Dezember 1918, die Ausrufung Eberts zum Präsidenten der Republik durch eine Handvoll aufgebrachter Soldaten sowie die anschließende Verhaftung des Vollzugsrates Ledebour Gelegenheit, um mit den in der Regierung sitzenden SPD-Mitgliedern „Generalabrechnung" zu halten. In einer gemeinsamen Sitzung von Vollzugsrat und Kabinett bezichtigte er Ebert der Mitwisserschaft an den Vorgängen des 6. Dezember. Durch zweideutiges Verhalten habe er die „konterrevolutionären Machenschaften" begünstigt und einen Verfassungsbruch vorbereitet.[32] Ledebours Auftreten als Inquisitor bei dieser Zusammenkunft — Scheidemann zu Ledebour: „In welcher Rolle befinden Sie sich eigentlich hier? Sie behandeln uns, als ob wir Schulbuben wären!" — veranlaßte Scheidemann dazu, die Sitzung demonstrativ zu verlassen.[33] Gemeinsam mit dem Vollzugsratsvertreter Obuch forderte Ledebour, daß Ebert sein Amt als Kabinettsmitglied niederlegen solle.[34]

Sein blinder Haß gegen die sozialdemokratischen Volksbeauftragten kannte jetzt keine Grenzen mehr. Auf dem 1. Rätekongreß im Dezember 1918 sorgte er für tumultartige Szenen, die zeitweilig die Fortdauer der Veranstaltung in Frage stellten. Als eine Deputation der Soldatenvertreter in das Abgeordnetenhaus eindrang, trat er für eine sofortige Beratung der von diesen ultimativ gestellten Anträge mit der Begründung ein: „Wir müssen die konterrevolutionären Machenschaften der Landsberg und Genossen niedertrampeln und niederreißen."[35] Hart ging er auch mit seinen eigenen Parteifreunden ins Gericht. Eine harmlose Äußerung Dittmanns, hinter der Ledebour eine

[30] Vgl. Ledebours Rede während einer Protestdemonstration am 8. 12. 1918; K. Krone, *Die Stellung der USPD* ..., in: *Wissenschaftliche Zeitschrift* ..., 7. Jg. (1957/58), H. 4, S. 425.

[31] W. Dittmann, *Erinnerungen* ..., S. 900.

[32] Vgl. *Sitzung des Vollzugsrats in Gegenwart des Kabinetts am 7. Dezember 1918 abends 7 Uhr in der Reichskanzlei,* Reichskanzlei R 43 I/1324, S. 95 f., 107 (Bundesarchiv Koblenz).

[33] *A. a. O.*, S. 105.

[34] Der Antrag wurde „gegen wenige Stimmen" abgelehnt, *a. a. O.*, S. 108.

[35] *Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte* ..., Sp. 125.

von diesem gar nicht beabsichtigte Herabsetzung der Revolutionsvorbereitungen der Obleute vermutete, nahm er zum Anlaß, um Dittmann vorzuwerfen, er habe zusammen mit Haase durch seine pessimistische Stimmungsmache Anfang November 1918 das „Einschleichen" Eberts und seiner Anhänger in die Revolution ermöglicht.[36] Vergeblich bemühte sich der Vorsitzende des Kongresses, Ledebours persönliche Gehässigkeiten in parlamentarischen Schranken zu halten. „Durch die Maßlosigkeit seiner Angriffe und ihren haßerfüllten Ton", so gibt Dittmann den Eindruck der rhetorischen Eskapaden auf die Versammelten wieder, „brachte Ledebour sich um jede Wirkung und steigerte nur die Animosität gegen sich und den Vollzugsrat." Seine leidenschaftlichen Anklagen, meint Dittmann, hätten Eberts Stellung noch gefestigt, während Ledebour „seinen eigenen politischen Kredit dadurch schädigte, daß er mit größter taktischer Ungeschicklichkeit und ohne psychologische Rücksichtnahme auf die Mentalität der Hörerschaft losdonnerte".[37] Ledebours am Schluß der Sitzung an die Versammelten gerichteter Appell, eine Einigung aller Sozialisten herbeizuführen,[38] mußte angesichts solcher Ausfälle wie eine Farce wirken.

Die verhängnisvolle Entscheidung der USPD, keine Vertreter in den Zentralrat zu entsenden, ging auf das Konto der Gruppe um Ledebour, Heckert, Braß und Richard Müller.[39] Nach Ledebour war der Boykott die Quittung für die von Ebert inspirierte Einengung des Kontrollrechts des Zentralrats über die Volksbeauftragten.[40] Mit diesem Beschluß war es dem linken Flügel in der USPD gelungen, die Position der USPD-Volksbeauftragten zu unterminieren bzw. nach einer Formu-

[36] *A. a. O.*, Sp. 94 f.

[37] W. Dittmann, *Erinnerungen . . .*, S. 911 f., 968.

[38] Vgl. *Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte . . .*, Sp. 349.

[39] Vgl. Heinrich Ströbel, *Die deutsche Revolution. Ihr Unglück und ihre Rettung*, hrsg. von „Aufbau und Werden", Gesellschaft für praktische Volksaufklärung und Steigerung der nationalen Arbeitskraft, Berlin 1922, S. 76. E. Barth, *Aus der Werkstatt . . .*, S. 90.

[40] Vgl. Georg Ledebour, *Gegen die Rechtsverkümmerung des zentralen Vollzugsrats*, in: *Freiheit*, Nr. 69 vom 22. 12. 1918. Aus der Perspektive der 30er Jahre motivierte Ledebour den Entschluß so: „Ausschlaggebend war dann für uns die Erwägung, daß wir sogar, wenn wir unter den Arbeiterräten eine gleiche Anzahl wie die SPD für die USP durchsetzen könnten, doch die Soldatenvertreter uns wieder in eine hoffnungslose Minderheit bringen würden. Alle hatten aber nach den Erfahrungen im Vollzugsrat solche aussichtslosen Streitereien satt. Es wurde deshalb beschlossen: Die USP nimmt keine Vertretung an", Georg Ledebour, *Die deutsche Novemberrevolution*, in: *Sozialistische Arbeiter Zeitung*, Nr. 21 vom 26. 11. 1931, Beilage.

lierung Ströbels, „Haase, Dittmann und Barth von hinten herum zum Austritt aus der Regierung zu zwingen".[41]

Ende Dezember 1918 ging die Linke zur Offensive über und versuchte, die Macht in der Partei an sich zu reißen. In einer Generalversammlung der Groß-Berliner Wahlvereine der USPD legten Däumig und Ledebour eine Kandidatenliste für die Nationalversammlung vor, die die Namen Ledebours, Däumigs und Karl Liebknechts enthielt. „Bei der Aufstellung der Listen handele es sich darum, daß ausschließlich Genossen heraufgesetzt [!] würden, die den Standpunkt der Berliner Genossen vertreten, die also auf dem äußersten linken Flügel stünden", so begründete Ledebour diesen Schritt.[42] Er wandte sich ausdrücklich gegen die Kandidatur Haases, der ihm seit seiner Beteiligung an der Regierung als „Verräter an der Revolution" verdächtig war.[43] Auf derselben Versammlung setzte er sich für ein Zusammengehen von USPD und Spartakus ein, nachdem er sich von dessen „putschistischen Gebaren" distanziert hatte.[44]

Um die Jahreswende verhandelte eine Kommission der Obleute unter Ledebour, Däumig und Richard Müller mit dem zur Trennung entschlossenen Spartakusbund über die Bildung einer neuen Linkspartei. Die Obleute legten fünf Bedingungen vor, unter denen sie zu einem Zusammenschluß mit Spartakus bereit waren.[45] Ledebour verlangte vor allem Zurücknahme des von Spartakus beschlossenen Wahlbeteiligungsboykotts und Preisgabe der „putschistische[n] Bestrebungen".[46] Die Verhandlungen scheiterten schließlich an der Frage der Wahlbeteiligung und der paritätischen Zusammensetzung der Programmkommission, so daß die Obleute erklärten, sie würden zunächst noch Mitglieder der USPD bleiben, auf die Abhaltung eines Parteitages in nächster Zeit drängen und von dessen Entscheidung ihr weiteres Verhalten abhängig machen. Ledebour legte am 1. Januar 1919 sein Amt in der Parteileitung nieder, da er durch seine ohne Autorisierung und Wissen seiner Kollegen gepflogenen Verhandlungen mit Spartakus die Parteiführung desavouiert und sich als Vorsitzender unmöglich gemacht hatte.[47]

[41] H. Ströbel, *Die deutsche Revolution . . .*, S. 77.
[42] *Freiheit,* Nr. 79 vom 29. 12. 1918.
[43] Vgl. W. Dittmann, *Erinnerungen . . .*, S. 896.
[44] Vgl. *Freiheit,* Nr. 79 vom 29. 12. 1918.
[45] Über die Reichskonferenz des Spartakusbundes vgl. *a. a.* O., Nr. 2 vom 2. 1. 1919.
[46] Vgl. *Der Ledebour-Prozeß . . .*, S. 530 (Aussage Ernst Meyers).
[47] Vgl. Georg Ledebour, *Erklärung,* in: *Freiheit,* Nr. 4 vom 3. 1. 1919.

Die Januarerhebung

Die Berliner Ereignisse vom 4. bis 11. Januar 1919

Nach dem Ausscheiden der USPD-Volksbeauftragten aus dem Kabinett hatten die Revolutionären Obleute und linken Kräfte in der USPD genügend Bewegungsspielraum erhalten, um den Kampf gegen die ihrer Meinung nach den Revolutionsprozeß hemmende Regierung durch Massenaktionen und gegebenenfalls durch einen bewaffneten Aufstand vorantreiben zu können.[48] Einen günstigen Anlaß für eine Kampfmaßnahme bot die Entlassung Emil Eichhorns aus dem Polizeipräsidium, einer der wenigen Machtpositionen, die den Linksradikalen nach dem Rücktritt der USPD-Mitglieder des preußischen Kabinetts noch verblieben waren.

Am Abend des 4. Januar fand eine Sitzung des Zentralvorstandes der Groß-Berliner USPD-Organisationen und der Revolutionären Obleute statt, die über die durch Eichhorns Entlassung entstandene Lage beriet. Man war sich einig, berichtet darüber Richard Müller, „daß der Schlag gegen Eichhorn abgewehrt werden müsse, aber wie weit man dabei gehen könne, wurde weder eingehend erörtert, noch festgelegt".[49] Die Entscheidung, ob man zum Angriff übergehen werde, wollte die USPD-Linke von der Situation und der Stimmung der Massen abhängig machen. Um die Bereitschaft der Massen zu erkunden, wurde deshalb zu einer Protestdemonstration für den folgenden Tag, den 5. Januar, aufgerufen.[50]

Die Demonstration am 5. Januar gestaltete sich zu einer riesenhaften Massenkundgebung. Vor dem Polizeipräsidium hielt Ledebour eine flammende Rede, in der er die Versammelten ermutigte, „auszuharren, zusammenzuhalten, um eventuell einer gewaltsamen Beseitigung von Eichhorn Widerstand zu leisten".[51] Gleichzeitig warnte er vor „Un-

[48] Vgl. *Der Ledebour-Prozeß* . . ., S. 42/43.

[49] Vgl. Richard Müller, *Der Bürgerkrieg in Deutschland. Geburtswehen der Republik*, Berlin 1925, S. 30. *Der Ledebour-Prozeß* . . ., S. 44.

[50] *Ebda.*

[51] *A. a. O.*, S. 82.

Das Protokoll des Ledebourprozesses sowie der Bericht des Preußischen Untersuchungsausschusses erlauben eine fast lückenlose Rekonstruktion des Ablaufs der Januarereignisse. Das vom USPD-Parteiverlag ‚Freiheit' 1919 herausgegebene Protokoll des Prozesses stellt bis auf geringfügige, sachlich unerhebliche Abweichungen eine originalgetreue Wiedergabe des amtlichen Stenogramms dar, das sich in den Strafakten der Staatsanwaltschaft des Landgerichts I Berlin befindet: *Staatsanwaltschaft bei*

vorsichtigkeiten", rief zur Besonnenheit und forderte die Massen auf, nach Hause zu gehen.[52] Diese Ambivalenz — einerseits die Emotionen der Massen zu schüren, andererseits den Appell an die Aktivität der Massen sofort wieder durch Mahnung zur Besonnenheit zurückzunehmen — ist charakteristisch für Ledebours Haltung in der Revolutionszeit.[53] Sie ist symptomatisch für seine innere Unsicherheit und sein starkes Schwanken und zeigt die vorhandenen traditionellen Hemmungen gegenüber einem Handeln, das den Schwerpunkt in der Aktivität der Massen sucht.

Unter dem Eindruck der gewaltigen Demonstration, die als Zeichen der Kampfbereitschaft der Massen aufgefaßt wurde, beschlossen die revolutionären Führer — es waren Mitglieder der Berliner USPD, der Revolutionären Obleute und gegen den Willen von Rosa Luxemburg und Leo Jogiches als Vertreter der KPD Pieck und Liebknecht anwesend — gegen sechs Stimmen, darunter Däumig und Richard Müller,[54] die Regierung Ebert-Scheidemann zu stürzen.[55]

Ledebour hat den Beschluß vom 5. Januar voll und ganz unterstützt, wie er überhaupt den Januaraufstand insgesamt als „historisch notwendig" bejaht hat.[56] Man kann diese Erhebungsbereitschaft nicht nur mit seiner, wie es sich später herausstellte, allzu optimistischen Einschätzung der revolutionären Situation[57] erklären. Das eigentliche Motiv seines Dranges zum Handeln war psychologischer Natur. Die Erbitterung Ledebours über die Sozialdemokratie und die von ihr ge-

dem Landgerichte I Berlin. Akten in der bei dem Schwurgericht anhängigen Strafsache gegen Ledebour & Gen. wegen Aufruhrs pp., Generalstaatsanwalt bei dem Landgericht, Rep. 58, Acc. 399, Nr. 466, Bd. 1—12 (Landesarchiv Berlin).

Es wird im folgenden auch weiterhin nach dem gedruckten Protokoll zitiert.

[52] Vgl. *Der Ledebour-Prozeß* . . ., S. 51, 412.

[53] Ähnlich hatte er als Vermittler zwischen Matrosen und Regierung zu Weihnachten 1918 gesprochen, vgl. *a. a. O.*, S. 203, 292.

[54] Daß sich Däumig und Müller der Beteiligung entzogen, wurde ihnen von Ledebour später schwer angelastet, vgl. Georg Ledebour, *Zur Rechtfertigung der Januarerhebung*, in: *Freiheit*, Nr. 15 vom 9. 1. 1920.

[55] Vgl. *Der Ledebour-Prozeß* . . ., S. 51—53.

[56] Vgl. Georg Ledebour, *Die Erhebung im Januar 1919*, in: *Freiheit*, Nr. 7 vom 5. 1. 1920.

[57] Die in der Sitzung vom 5. Januar überbrachte Nachricht, daß sämtliche Berliner Garnisonen auf seiten der Revolutionäre ständen (*Der Ledebour-Prozeß* . . ., S. 52), beruhte auf einer Falschmeldung. Vgl. auch den Bericht des Untersuchungsausschusses über die Januarunruhen 1919 in Berlin in: *Sammlung der Drucksachen der Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung (Anlagen zu den Sitzungs-Berichten) Tagung 1919/21*, Bd. 15, Berlin 1921, Nr. 4121 A, S. 7687, Sp. 37.

leitete Regierung, der er die Hauptschuld an der Liquidierung der „Revolutionserrungenschaften“ zumaß,[58] hatte damals ihren Siedepunkt erreicht. Während er noch Ende 1918 den hektischen und ziellosen Aktivismus der Spartakisten verurteilt hatte, ließ er nun in einer unbändigen Haßstimmung alle Bedenken gegenüber der putschistischen Taktik fallen. Seit dem militärischen Eingreifen der Volksbeauftragten gegen die Matrosen in den Weihnachtstagen war er bereit, jede Gelegenheit zu nutzen, um die Regierung Ebert-Scheidemann, wenn notwendig auch unter Anwendung von Gewalt, zu stürzen.[59] Dieser „revolutionäre Wille“, wie es die *Freiheit* nannte,[60] führte zu einer Überschätzung der Masse und machte ihn blind gegenüber der politischen Realität.

Sofort nach dem Beschluß der Revolutionäre, „aufs Ganze [zu] gehen“,[61] wurde ein „provisorischer Revolutions-Ausschuß“ eingesetzt, der mit der Leitung der Bewegung betraut wurde und eventuell Funktionen der Regierung und Verwaltung übernehmen sollte, bis ein provisorisch gewählter Arbeiter- und Soldatenrat eine Regierung eingesetzt haben würde.[62] Als Vorsitzende dieses Ausschusses wurden Ledebour als Vertreter der USPD, Liebknecht für die KPD und Paul Scholze für die Revolutionären Obleute gewählt.[63] Der Revolutionsausschuß verfaßte einen von den drei Vorsitzenden unterzeichneten und auf den 6. Januar datierten Aufruf, der nach der Machtergreifung in die Öffentlichkeit gebracht werden sollte, durch einen Mißgriff jedoch schon am Morgen des 6. Januar von einigen Matrosen bei dem Versuch, das Kriegsministerium zu besetzen, als revolutionäre Legitimation verwendet wurde.[64] In dem Schriftstück heißt es:

„Kameraden! Arbeiter!

Die Regierung Ebert-Scheidemann hat sich unmöglich gemacht. Sie ist von dem unterzeichneten Revolutionsausschuß der Vertretung der revolutionären sozialistischen Arbeiter und Soldaten (Unabhängige sozialdemokratische Partei und kommunistische Partei) für abgesetzt er-

[58] Vgl. *Der Ledebour-Prozeß . . .*, S. 43.

[59] *A. a.* O., S. 85.

[60] Vgl. *Dem Kämpfer Georg Ledebour. Zu seinem 70. Geburtstage*, in: *Freiheit*, Nr. 40 vom 7. 3. 1920.

[61] *Der Ledebour-Prozeß . . .*, S. 53.

[62] *Ebda.*

[63] *A. a.* O., S. 54. Scholze war damals Vorsitzender der Revolutionären Obleute.

[64] Das Original des „Revolutions-Dokuments“ befindet sich bei den Strafakten, *Staatsanwaltschaft . . .*, Bd. 2, Bl. 85. Der Abdruck des Dokuments in: *Der Ledebour-Prozeß . . .*, S. 55.

klärt. Der unterzeichnete Revolutionsausschuß hat die Regierungsgeschäfte vorläufig übernommen. Kameraden! Arbeiter! schließt Euch den Maßnahmen des Revolutions-Ausschusses an. Berlin, den 6. Januar 1919. Der Revolutions-Ausschuß, i. V. Ledebour, Liebknecht, Scholze."[65]

Irgendwelche organisatorischen Maßnahmen zur Beseitigung der Regierung waren nicht getroffen worden,[66] wie überhaupt der Revolutionsausschuß ein kaum überbietbares Maß an Dilettantismus in allen mit der Machteroberung und Machtbehauptung zusammenhängenden Fragen bewies. Die machtpolitische Naivität zeigte sich in geradezu erschreckender Weise, als in der Sitzung vom 5. Januar bekannt wurde, daß durch spontane Aktionen bewaffneter Arbeiter der „Vorwärts" und andere Zeitungsgebäude besetzt worden seien. Obwohl der Revolutionsausschuß diese Besetzungen vom militärischen und politischen Standpunkt aus für verfehlt hielt,[67] unternahm er nichts, um die Okkupationen rückgängig zu machen oder etwa die strategisch wichtigen Positionen in Besitz zu nehmen resp. die Massen zu organisieren oder zu bewaffnen. „Es fehlte eben für jede Aktion, die über den Rahmen der Demonstration hinausging, alle Führung, mit diesem Fall war ernsthaft nicht gerechnet worden", so gibt Eichhorn die Situation wieder.[68]

Bei seiner Rundfahrt zu den Kasernen der Berliner Regimenter am 6. Januar mußte Ledebour feststellen, daß die Mehrheit der Soldaten nicht für die Revolutionäre eingenommen war. Auch die als sichere Stütze angesehene Volksmarinedivision erklärte sich im Laufe des Tages für neutral,[69] so daß die Aufständischen bar jeder militärischen Hilfe waren. Angesichts der verfahrenen und wenig aussichtsreichen Lage gingen die revolutionären Führer mit Erleichterung auf die schon am 6. Januar vom USPD-Vorstand unter Dittmanns Führung eingeleitete Vermittlungsaktion ein.[70] Ledebour, eben noch eifriger Usurpator, wußte nichts Eiligeres zu tun, als an der Spitze einer sieben-

[65] *Ebda.*

[66] *A. a. O.,* S. 86.

[67] *A. a. O.,* S. 64. Durch diese Maßnahme habe „die Masse bereits die Offensive ... in ganz verkehrter Richtung eingeleitet", *a. a. O.,* S. 86 (Aussage Ledebours).

[68] Vgl. Emil Eichhorn, *Über die Januar-Ereignisse. Meine Tätigkeit im Berliner Polizeipräsidium und mein Anteil an den Januar-Ereignissen,* Berlin 1919, S. 80. Vgl. ferner den Bericht des Untersuchungsausschusses, *Sammlung ...,* Nr. 4121 B, S. 7869, Sp. 175.

[69] Vgl. *Der Ledebour-Prozeß ...,* S. 65 f.

[70] *A. a. O.,* S. 66.

köpfigen Delegation der Aufständischen Verhandlungen aufzunehmen, um die bereits durchgeführten revolutionären Schritte mit möglichst geringem Prestigeverlust wieder rückgängig zu machen.

Die Verhandlungen am Abend des 6. Januar zwischen den Volksbeauftragten, Mitgliedern des Zentralrates, der USPD-Vermittlergruppe und den Vertretern des Revolutionsausschusses unter Ledebour brachten keine Einigung über die eigentlichen Streitfragen. Es wurde lediglich ein Waffenstillstand vereinbart,[71] durch den die Regierung wertvolle Zeit für Gegenmaßnahmen gewann. Für die Aufständischen bedeutete diese Abmachung das eindeutige Eingeständnis, daß sie nunmehr in der Defensive waren. Das Schwergewicht des Konfliktes hatte sich auf die Verhandlungsebene verlagert. Die Vermittlungsaktion wurde am 7. und 8. Januar fortgesetzt, verlief jedoch insgesamt ergebnislos. Die SPD-Vertreter verlangten, daß vor dem Eintritt in sachliche Verhandlungen (Belassung Eichhorns im Amt) der „Vorwärts" freigegeben werden müsse. Auf diese Bedingung ging der Revolutionsausschuß, der den „Vorwärts" als Faustpfand betrachtete, nicht ein.[72]

Ledebour war seit Beginn der Unterhandlungen nicht mehr Mitglied der Revolutionsleitung.[73] An der Vermittlungsaktion, deren zweite Phase unter dem Eindruck einer spontanen Einigungsbewegung der Berliner Arbeiterschaft am 9. Januar begann, beteiligte er sich nur noch kurze Zeit. Als die Verhandlungen am 11. Januar resultatlos abgebrochen wurden, da die Revolutionäre zur bedingungslosen Wiederherstellung der Pressefreiheit nicht bereit waren, und die Regierung, die Noske bereits mit militärischen Vollmachten ausgestattet hatte, sich an ernsthaften Verhandlungen uninteressiert zeigte, war Ledebour schon verhaftet.[74] Am 13. Januar zog Noske in Berlin ein und setzte der „Revolutionsherrschaft" ein unsanftes Ende.

Der Ledebourprozeß

Die ohne Wissen der Regierung auf Veranlassung der Berliner Kommandantur angeordnete Haft Ledebours[75] wurde nach der Veröffentlichung des „Revolutions-Dokuments" vom 6. Januar 1919 im *Vor-*

[71] Vgl. H. Müller-Franken, *Die November-Revolution . . .*, S. 261 f. W. Oehme, *Damals in der Reichskanzlei . . .*, S. 306.

[72] Vgl. *Der Ledebour-Prozeß . . .*, S. 573 (Aussage Dittmanns).

[73] *A. a. O.*, S. 67.

[74] Zur Verhaftung siehe *a. a. O.*, S. 68 ff.

[75] So Landsberg in der Kabinettsitzung vom 15. 1. 1919, Reichskanzlei 43 I/1326,

wärts[76] auf Antrag der Staatsanwaltschaft am 15. Januar in reguläre Untersuchungshaft umgewandelt.[77] In der Anklageschrift des Staatsanwalts wurde Ledebour der Anstiftung zum Aufruhr, des Landfriedensbruches, der Bildung eines bewaffneten Haufens und des Vergehens gegen das Dynamitgesetz beschuldigt.[78] Aus Ledebours Rede vor dem Polizeipräsidium am 5. Januar und seiner Tätigkeit im Revolutionsausschuß konstruierte die Staatsanwaltschaft eine strafrechtliche Verantwortlichkeit für die Besetzung der Zeitungsgebäude und anderer öffentlicher Institutionen sowie für die im Verlauf der Protestdemonstration am selben Tag durchgeführten Bewaffnungen.

Der 23tägige Prozeß vor dem Berliner Landgericht I — vom 19. Mai bis 23. Juni 1919 — erbrachte trotz eines eindrucksvollen Zeugenaufgebots der Staatsanwaltschaft keinen durchschlagenden Beweis für Ledebours Beteiligung an den Waffenausgaben und Zeitungsbesetzungen. Die Anklage wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz wurde schon während der Verhandlungen fallengelassen.[79] Für die Ratlosigkeit der Staatsanwaltschaft im „Fall Ledebour" spricht die am Schluß des staatsanwaltlichen Plädoyers an Ledebour gerichtete Frage: „Sollen wir glauben, daß der Angeklagte Ledebour vielleicht seinen Anhängern, um diesen Beschluß, aufs ganze zu gehen, auszuführen, geraten hätte, nach Hause zu gehen und hübsch hinter dem warmen Ofen zu sitzen, — oder daß er vielleicht seinen Anhängern anempfohlen hätte, einen Demonstrationszug mit Regenschirmen in die Wilhelmstraße zu unternehmen und dort die Herren Ebert, Scheidemann und Landsberg freundlichst zu bitten, sich von ihren hohen Sesseln zu entfernen und ihm Platz zu machen?"[80] Daß sich die Usurpatoren, ohne militärische Vorkehrungen zu treffen, in ein solches Unternehmen eingelassen hatten, erschien der Anklagebehörde unglaubwürdig.

Seine Verteidigung gestaltete Ledebour zu einer lodernden Anklage gegen Ebert und Scheidemann. Für mich liegt „das dringende Bedürfnis vor", so eröffnete er seine *defensio,* „daß ich endlich die Gelegenheit

S. 113 f. (Bundesarchiv Koblenz). Vgl. auch Anton Fischer, *Die Revolutions-Kommandantur Berlin,* Berlin o. J., S. 69 ff.

[76] *Das Dokument der Schuld,* in: *Vorwärts,* Nr. 23 vom 14. 1. 1919.

[77] Vgl. *Staatsanwaltschaft . . .,* Bd. 1, Bl. 1 ff.

[78] Anklageschrift der Staatsanwaltschaft, gez. Gysae, 1. Staatsanwalt bei dem Landgericht I Berlin vom 25. 3. 1919, *a. a. O.,* Bd. 1, Bl. 175—193. Vgl. ferner *Der Ledebour-Prozeß . . .,* S. 19 f.

[79] Vgl. *Staatsanwaltschaft . . .,* Bd. 10, Bl. 181.

[80] *Der Ledebour-Prozeß . . .,* S. 768.

erhalte, mit dieser Regierung abzurechnen, mit dieser Regierung, die uns die Revolution vom 9. November verpfuscht hat (auf den Tisch schlagend), die in Deutschland eine Gewaltherrschaft mit Söldnertruppen aufrichtet, die uns im Auslande diskreditiert und jetzt drauf und dran ist, Deutschland durch ihre törichte Politik noch tiefer ins Unglück hineinzustürzen. Nicht nur als Person, als Vertreter der Arbeiterklasse habe ich das Interesse, endlich öffentlich mit dieser Regierung abrechnen zu können."[81] In seiner breitangelegten, bis auf die Ereignisse zu Beginn des Weltkrieges zurückgreifenden Verteidigungsrede bekannte er sich rückhaltlos zum Januaraufstand. Er erklärte: „Ich übernehme die volle Verantwortung für die revolutionäre Aktion der Arbeiterschaft gegen die Regierung Ebert-Scheidemann, weil ich es im Arbeiterinteresse und im Interesse des ganzen Volkes für notwendig hielt, daß diese verbrecherische Regierung so schleunig wie möglich beseitigt würde. Ich will indes noch einen Grund anführen, weshalb ich speziell für meine Person mich für berechtigt hielt und noch halte, eine solche Aktion durchzuführen. Wir standen in Deutschland zu jener Zeit vor den Friedensverhandlungen, und die Regierung, die damals wie heute das Ruder in der Hand hielt, ist meiner Ansicht nach absolut nicht geeignet, in der unglücklichen Lage, in der sich Deutschland befindet, die Friedensverhandlungen zu einem günstigen Abschluß zu bringen. Ich spreche es ruhig aus, daß ich infolge der ganzen Tätigkeit, die ich während der Kriegszeit und vorher entwickelt habe, ersprießlicher im Interesse Deutschlands hätte wirken können."[82]

Der unbändige Haß gegen die Führer der Mehrheitssozialdemokratie bildete den Generalbaß aller seiner Ausführungen. Die lockere Handhabung der Prozeßführung ermöglichte es Ledebour und seinen vier Verteidigern — Dr. Kurt Rosenfeld, Dr. Joseph Herzfeld, Theodor Liebknecht und Gerhard Obuch (alle Mitglieder der USPD) —, ungehindert Angriffe gegen die SPD-Führer in die Welt zu schleudern.

Der Gerichtsvorsitzende gewährte Ledebour den weitesten Spielraum bei seiner Verteidigung.[83] Ledebour hatte Gelegenheit zu Rechtsbelehrungen, Reformvorschlägen für die Verbesserung des Strafverfahrens

[81] *A. a. O.*, S. 9/10.

[82] *A. a. O.*, S. 56/57.

[83] Schon während seiner Inhaftierung genoß Ledebour große Freiheiten. Die Gefängnisleitung erlaubte ihm, mehrere Tageszeitungen zu halten *(Freiheit, Die Republik, Vorwärts, Die Rote Fahne)*, vgl. *Staatsanwaltschaft* ..., Bd. 1, Bl. 7 R. Ledebour benutzte die großzügige Behandlung dazu, um zahlreiche Invektiven in die unabhängige Presse zu lancieren.

und Strafvollzugs sowie zu zahlreichen humoresken Einlagen.[84] Sein selbstsicheres, offenes Auftreten und seine trotz hohen Alters — Ledebour stand im 69. Lebensjahr — physische und psychische Agilität sicherten ihm sowohl bei der Zuhörerschaft als auch bei den Gerichtsinstanzen große Sympathien. Er bot das Bild eines integren, uneigennützigen, bloß um der Sache willen engagierten Revolutionärs, der für sich in Anspruch nahm, gemäß dem Jheringschen Leitsatz mit dem Kampf um sein persönliches Recht zugleich einen Kampf um das allgemeine Recht zu führen.[85] Daß die Gerichtsleitung Ledebours harte Ausfälle gegen die Mehrheitssozialdemokratie fast einspruchslos hinnahm, kann dabei als Symptom für die Konkordanz der dem neuen Staat teils gleichgültig, teils unfreundlich oder feindlich gegenüberstehenden Richterschaft angesehen werden.[86]

Der Prozeß endete mit einem glatten Freispruch Ledebours.[87] Für ihn bedeutete der Spruch der Geschworenen einen „gewaltigen Triumph". Seine Politik vom Januar 1919 hatte dadurch eine offizielle Sanktionierung erhalten. Von der politischen Linken wurde das Prozeßergebnis voller Genugtuung als moralische und politische Bloßstellung Eberts, Scheidemanns und Noskes gefeiert.[88] Die kommunistische Presse frohlockte. „Sozialdemokratische Blamage — Ledebours Freispruch" — so lautete die großaufgemachte Überschrift eines Leitartikels im Frankfurter KPD-Organ *Freiheit*. Dort hieß es: „Wenn auch Ledebour kein Kommunist ist, haben wir doch ausführlich über die Verhandlung berichtet, weil im Verlauf des Prozesses nicht nur Enthüllungen über die politische Schiebertaktik der Ebert und Scheidemänner zum Ausdruck kamen, sondern auch die Haasemänner, die führenden Geister in der USPD durch Ledebour erheblich bloßgestellt wurden."[89] Zur Stabilisierung der innenpolitischen Verhältnisse der jungen Weimarer Republik und zur Festigung des Ansehens der gerade gebildeten Weimarer Koalition haben Verlauf und Resultat des Prozesses sicher nicht beigetragen.

[84] Vgl. *Der Ledebour-Prozeß* ..., S. 18, 104 f., 112 ff., 117, 148 f., 275, 324 ff., 792 ff., 809 ff.

[85] *A. a. O.*, S. 789 f., 812.

[86] Vgl. Richard Schmid, *Die Haltung der Richterschaft im Spiegel bedeutsamer Strafprozesse*, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, *Politische Strafprozesse*, Hannover 1962, S. 58.

[87] Zur Urkunde der Geschworenen vgl. *Staatsanwaltschaft* ..., Bd. 2, Bl. 71—73.

[88] Vgl. W. Dittmann, *Erinnerungen* ..., S. 1049.

[89] *Freiheit* (Frankfurt/Main), Nr. 93 vom 25. 6. 1919.

SECHSTES KAPITEL

Tätigkeit in der Weimarer Republik

In der USPD nach 1918

Das Problem der Internationale

Durch sein unerschrockenes Auftreten im Prozeß gewann Ledebour „seine arg zurückgegangene Popularität in der Partei" wieder.[1] Während noch auf dem „Revolutionsparteitag" der USPD vom März 1919 niemand daran dachte, ihn als Vorsitzenden vorzuschlagen, da er sich durch seine intransigente Politik in den Revolutionsmonaten, vor allem mit seiner Weigerung, zusammen mit Haase auf derselben Liste für die Nationalversammlung zu kandidieren, alle Gunst bei seinen früheren Anhängern verscherzt und mit seinem Versuch, eine neue Linkspartei zu etablieren, „zwischen zwei Stühle gesetzt" hatte,[2] bestand auf dem Leipziger Parteitag Ende 1919 begründete Aussicht für ein *come back* als Vorsitzender. Aspiranten für diesen Posten waren neben Ledebour Ernst Däumig, Exponent der auf einen Anschluß der USPD an die Kommunistische Internationale eingeschworenen Parteigruppierung, und Arthur Crispien, der Kandidat der Gegner der bedingungslosen Unterwerfung unter das Moskauer Diktat. Ledebour nahm damals eine vermittelnde Haltung ein, wenngleich er dem Crispienflügel sehr viel näher stand als den Moskauhörigen um Däumig, Stoecker und

[1] W. Dittmann, *Erinnerungen* . . ., S. 1071.
Die *Freiheit* hatte durch fortlaufende Berichterstattung und *Verbatim*-Wiedergabe des Verhandlungsprotokolls die Parteimitgliederschaft ständig über den Verlauf des Prozesses unterrichtet; auch die übrige USPD-Presse informierte ihre Leser ununterbrochen über die Verhandlungen. Für die Anteilnahme der USPD-Mitglieder an dem Prozeß spricht die Tatsache, daß die in Broschürenform erschienene Verteidigungsrede Ledebours Ende 1919 bereits eine Auflage von Fünfzigtausend erreicht hatte, vgl. *Ledebour vor den Geschworenen. Seine Verteidigungsrede — eine Anklage gegen die Regierung Ebert—Scheidemann. Die Rede des Genossen Ledebour vor dem Schwurgericht des Landgerichts I in Berlin am 20. Mai 1919 in wörtlicher Wiedergabe nach dem stenographischen Bericht,* Berlin 1919, 48 Seiten.

[2] Vgl. W. Dittmann, *Erinnerungen* . . ., S. 1028.

Geyer. Crispien und Däumig gingen schließlich als Favoriten aus den Vorstandswahlen hervor,[3] so daß nun beide Tendenzen in der Parteileitung repräsentiert waren. Diese ausgesprochene „Richtungswahl" dokumentiert den bereits fortgeschrittenen Prozeß innerparteilicher Differenzierung, den die Moskauer Emissäre der Dritten Internationale gemäß den auf ihrem Gründungskongreß aufgestellten Richtlinien nach Kräften forcierten.

Der Leipziger Parteitag war der Auftakt des schließlich die Substanz der Partei verzehrenden inneren Bruderkampfes. Im Gegensatz zu dem für den Moskauer Kurs engagierten Stoecker[4] beschwor Hilferding die Partei, sich nicht durch vorschnelle, einseitige Orientierung an Moskau vom westeuropäischen Proletariat zu lösen. Der Entscheidungskampf zwischen Kapital und Arbeit werde in den Industriestaaten des Westens und nicht im ökonomisch rückständigen Rußland ausgetragen.[5]

Es verdient beachtet zu werden, daß Hilferding hier einen Gedanken aufgriff, der auch Rosa Luxemburg in den letzten Wochen vor ihrem Tode beschäftigt hatte und der ein wesentliches Element ihrer kritischen Einstellung zur Neugründung der Internationale bildete. Bekanntlich sprach sie während der Dezemberberatungen von 1918 dafür, die neue Partei solle sich unter der Bezeichnung „Sozialistische Partei" konstituieren. Das Firmenschild „Kommunistische Partei" schien ihr eine zu starke Verpflichtung auf den Kurs der Bolschewiki zu implizieren, während es doch gerade die Aufgabe der deutschen Revolutionäre sei, zwischen den Revolutionären des Ostens und den Sozialisten des Westens zu vermitteln. Aus diesem Grunde gab sie auch den deutschen Delegierten zu der für Frühjahr 1919 einberufenen Konferenz, die dann die Dritte Internationale aus der Taufe hob, die Weisung, gegen die Schaffung der von Lenin geforderten neuen Internationale zu stimmen. Sie hielt diesen Akt einfach für verfrüht, da hierfür noch der entsprechende Rückhalt im revolutionären Proletariat

[3] Crispien erhielt 268 Stimmen, Däumig 151 und Ledebour 124 Stimmen, vgl. *Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages [der] USPD in Leipzig vom 30. November bis 6. Dezember 1919*, Berlin o. J. (im folgenden *Prot. PT USPD 1919 [Leipzig]* zitiert), S. 456.

[4] Zum Referat Stoeckers vgl. *a. a.* O., S. 326 ff.

[5] *A. a.* O., S. 316; ähnlich sprach Hilferding auf der Reichskonferenz der USPD vom September 1919, vgl. E. Prager, *Geschichte der U. S. P. D. ...*, S. 205.

der westeuropäischen Staaten fehle.[6] Sie scheint demnach nicht so sehr von der Furcht beseelt gewesen zu sein, die neue Internationale könne unter russische Vorherrschaft geraten,[7] sie wollte vielmehr, daß der neuerweckten Internationale das Schicksal der Isolierung, der Sektenhaftigkeit erspart bleibe. Der frühe Tod der Revolutionärin läßt die Frage offen, ob Rosa Luxemburg in der Frage der Internationale diese anti-leninistische Position weiter verfochten und vielleicht sogar die Anschlußgegner in der USPD unterstützt hätte. Argumente hatte sie den Opponenten des Moskaukurses jedenfalls an die Hand gegeben.

Ebenso wie Hilferding wehrte sich auch Ledebour gegen eine einseitige Bindung an Moskau. Allerdings schloß er sich Hilferdings positiver Einschätzung der Zweiten Internationale nicht an. „Der Parteitag der USPD beschließt ... die Absage an die sogenannte zweite Internationale", hieß es in einer von Ledebour den Delegierten unterbreiteten Resolution.[8] Die „Internationale der revolutionären Phraseologie, wie wir sie jahrzehntelang vor dem Kriege ausgekostet haben", sei tot, meinte Ledebour.[9] Nun gelte es, eine leistungsfähige, weltumfassende Internationale der Aktion zu schaffen durch „Zusammenberufung einer Konferenz aller zur Räteorganisation und zur Diktatur des Proletariats sich bekennenden revolutionären sozialistischen Organisationen einschließlich insbesondere der kommunistischen Internationale".[10]

Die von Ledebour gewünschte „revolutionäre Internationale der Tat" sollte demnach auch alle Glieder der Dritten Internationale umfassen. Das war ein großes Entgegenkommen gegenüber Moskau, das Ledebour starke Überwindung gekostet haben mag; denn er hatte sich damals bereits von einem begeisterten Bewunderer zu einem dezidierten Kritiker des jungen Sowjetstaates gewandelt. Zwar distanzierte er sich von dem in einem Teil der USPD verbreiteten emotionalen Antibolschewismus, fühlte sich jedoch von den durch die sowjetische Parteioligarchie praktizierten innenpolitischen Maßnahmen abgestoßen. Trotz aller Vorbehalte gegenüber der von Moskau gelenkten Dritten Internationale war er zu einem Verständigungsversuch bereit, wobei er

[6] Vgl. den Bericht Hugo Eberleins in: *Der deutsche Kommunismus. Dokumente*, hrsg. und kommentiert von Hermann Weber, Köln—Berlin 1963, S. 199 f.

[7] Dies hebt besonders P. Nettl, *Rosa Luxemburg* ..., S. 743 f., hervor.

[8] *Prot. PT USPD 1919 (Leipzig)*, S. 41. Der Resolutionsentwurf Ledebours befindet sich im Nachlaß Dittmann.

[9] Georg Ledebour, *Betrachtungen über den Parteitag*, in: *Freiheit*, Nr. 614 vom 18. 12. 1919.

[10] *Prot. PT USPD 1919 (Leipzig)*, S. 41.

allerdings voraussetzte, daß sich Moskau in der Frage der neu zu gründenden Internationale den Vorstellungen der USPD anschließen würde.

Zu den äußeren Gründen, die eine Annäherung zwischen der USPD und Moskau erschwerten, rechnete Ledebour die Aussperrung der USPD von der Gründungsveranstaltung der Kommunistischen Internationale im März 1919 und das Bestreben der „Moskowiter", den Keim der Spaltung in die Partei hineinzutragen, indem sie die Loslösung der sogenannten revolutionären Elemente von dem als wurmstichig stipulierten „Zentrum", den „Kautskyanern", forderten. Eine warme Welle der Zustimmung schlug Ledebour auf dem Leipziger Parteitag entgegen, als er erklärte, daß er Kautsky als „Charakter und als Sozialist" die größte Achtung zolle und ihn trotz der bestehenden Meinungsverschiedenheiten gegenüber Angriffen, wie sie Lenin vorgebracht habe — „jeder Satz ein Kübel Unflat" — , stets in Schutz nehmen werde.[11]

Die verschiedenartigen Auffassungen von der Diktatur des Proletariats bildeten nach Ledebours Ansicht ein weiteres Trennungsmoment zwischen USPD und den Moskauer Kommunisten, das er aber als ein taktisches akzentuierte.[12] Die deutsche Partei begreife die Diktatur des Proletariats als eine Herrschaft der Mehrheit über die Mehrheit, betonte er, während die Bolschewisten „die Diktatur einer proletarischen Minderheitspartei" nicht nur über die kapitalistischen Klassen, sondern auch über das Proletariat unter Anwendung der grausamsten „terroristischen" Mittel ausübten.[13] Der russische „Regierungsterrorismus" manifestiere sich in der Unterdrückung der freien Meinungsäußerung, der Niederhaltung der gegnerischen Presse und des Versammlungswesens sowie in der Installierung von „außerordentlichen Kom-

[11] Das Protokoll verzeichnet hier „Bravorufe" und „Lebhafter Beifall", *a. a.* O., S. 350. Zum Gegensatz Kautsky—Ledebour vgl. Georg Ledebour, *Antwort an Kautsky I* und *II*, in: *Freiheit*, Nr. 34 und 35 vom 15. und 16. 2. 1920. *Protokoll der Reichskonferenz [der] USPD vom 1. bis 3. September 1920 zu Berlin*, Berlin o. J., S. 81.

[12] Vgl. *Prot. PT USPD 1919 (Leipzig)*, S. 349.

[13] Vgl. *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages [der] USPD in Leipzig vom 8. bis 12. Januar 1922*, Leipzig o. J. (im folgenden *Prot. PT USPD 1922 [Leipzig]* zitiert), S. 92.

Auf dem Hallenser Parteitag sagte Ledebour: „Die Diktatur des Proletariats wird von den Moskowitern einfach aufgefaßt als eine Schreckensherrschaft einer Minderheit nicht nur über die Bourgeoisie, sondern auch über das Proletariat insgesamt", *Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages [der] USPD in Halle vom 12. bis 17. Oktober 1920*, Berlin [1920] (im folgenden *Prot. PT USPD 1920 [Halle]* zitiert), S. 283. Vgl. auch Georg Ledebour, *Worauf kommt es an?*, in: *Freiheit*, Nr. 406 vom 28. 9. 1920.

missionen, denen volle richterliche Befugnisse übertragen werden, ohne daß gegenüber der Ausübung dieser richterlichen Funktionen den Angeklagten irgendwelche Rechtsgarantie gegeben ist".[14] „Wenn wir gegen Unterdrückung bei uns zulande kämpfen", hielt er den Anhängern Moskauer Regierungspraktiken vor, „so tun wir das mit einem guten Maße moralischer Entrüstung... Wir verwirken aber das Recht auf moralische Entrüstung, wenn wir uns grundsätzlich zum Terrorismus durch eine revolutionäre proletarische Regierung bekennen."[15] Ledebour gab zu, daß auch die USPD keine Gegnerin von Gewaltanwendung sei. „Wir wissen aber zwischen Gewalt und Terror zu unterscheiden", beteuerte er im Reichstag.[16] Im Augenblick der Machtergreifung könne auf Gewaltausübung gegenüber den Klassenunterdrückern nicht verzichtet werden; auch sei es unmöglich, in der entscheidenden Revolutionsphase statistisch ermitteln zu wollen, ob die Mehrheit des Volkes auf seiten der Revolution stehe. Aber sofort nach der Machtusurpation müßten die Revolutionsträger den Berechtigungsnachweis für ihre Schritte erbringen. Versage ihnen die Mehrheit des Proletariats ihre Unterstützung, so seien sie „reif für den Sturz".[17]

Mit seinem Vorwurf, die Bolschewisten hätten durch ihre Regierungsmethoden die Diktatur des Proletariats in Mißkredit gebracht, setzte sich Ledebour bei den Anschlußbeflissenen in seiner Partei heftigen Anfeindungen aus.[18] Auch Lenin ordnete ihn in seiner Anfang 1920 verfaßten Schrift *Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus* den des „Opportunismus" und der „Charakterlosigkeit" verdächtigen Elementen in der USPD zu,[19] die es vor einem Anschluß der Partei an die Dritte Internationale auszuschalten gelte.

Durch seine von Woche zu Woche zunehmende „Anschlußfeindlichkeit" wurde Ledebour *pro tempore* zum Verbündeten des rechten Flügels. Dieses Band verstärkte sich, je mehr die USPD-Linke den Kurs zu

[14] *Prot. PT USPD 1919 (Leipzig)*, S. 360. Ähnliche kritische Äußerungen finden sich bei Rosa Luxemburg, vgl. P. Nettl, *Rosa Luxemburg ...*, S. 668 ff.

[15] *Prot. PT USPD 1919 (Leipzig)*, S. 360.

[16] *Sten. Ber. RT*, Bd. 345, S. 781 (Rede vom 20. 10. 1920).

[17] Vgl. Georg Ledebour, *Diktatur des Proletariats, keine Minderheitsherrschaft*, in: *Bremer Arbeiter-Zeitung*, Nr. 30 vom 9. 2. 1920, S. 5. Vgl. auch *Prot. PT USPD 1919 (Leipzig)*, S. 298. *Prot. PT USPD 1922 (Leipzig)*, S. 93 f.

[18] Vgl. *Prot. PT USPD 1919 (Leipzig)*, S. 380. Georg Ledebour, *Zur Abwehr*, in: *Freiheit*, Nr. 631 vom 29. 12. 1919.

[19] Vgl. W. I. Lenin, *Sämtliche Werke*. Einzige vom Lenin-Institut in Moskau autorisierte Ausgabe, Bd. 25: *Das Jahr 1920. Strategie und Taktik der proletarischen Revolution*, Wien—Berlin 1930, S. 217.

bestimmen trachtete. Die „Moskauer Richtung" hatte bereits auf dem Leipziger Parteitag einen Präliminarsieg errungen. Sie setzte es durch, daß der Resolution über die Internationale ein Amendement angefügt wurde, in dem sie verlangte: „Sollten die Parteien der anderen Länder nicht gewillt sein, mit uns in die Moskauer Internationale einzutreten, so ist der Anschluß der U.S.P. allein vorzunehmen."[20]

Seitdem eine Delegation der USPD unter Dittmann, Crispien, Däumig und Stoecker im Sommer 1920 vom 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale mit einem Bündel Direktiven zurückgekehrt war, schritt der Spaltungsprozeß unaufhörlich fort. Die nach dem Novemberumsturz erheblich radikalisierte, durch die Juni-Wahlen von 1920 neben der SPD als stärkste proletarische Massenpartei bestätigte USPD bot im Herbst 1920 ein Bild tragischer Selbstzerfleischung. Warnend und mahnend versuchte Ledebour in letzter Stunde den Anschluß an Moskau zu verhindern. Er versäumte nicht, auf die verhängnisvolle Wirkung der 21 Bedingungen hinzuweisen. Vor allem die Forderung nach Ausstoßung der „Zentristen" und „notorischen Opportunisten" wie Kautsky und Hilferding erschien ihm als eine unerhörte „Zumutung" der Moskauer Zentrale. Wer sich einem solchen Ansinnen beuge, zeige einen Mangel an proletarischer „Selbstachtung". In der *Freiheit* schrieb er: „Auch wenn die Leistungen der Bolschewiki noch weit vollkommener wären, als sie selbst und ihre größten Bewunderer behaupten, so dürften wir den Eintritt in die dritte Internationale doch nicht durch die blinde Unterwerfung unter das Moskauer Diktat erkaufen, das uns einen moralischen Selbstmord zumutet."[21]

Bekanntlich hatte sich Ledebour schon während des Krieges der Gründung einer die Autonomie der einzelnen Landesparteien negierenden Internationale widersetzt. Auch jetzt wollte er die USPD nicht zu einer „Sektion" der Moskauer Befehlszentrale degradiert wissen.

Hinter den sowjetrussischen Zentralisationsbestrebungen sah er ein dreifaches Verlangen wirken: Die Moskauer wünschten erstens, sämtliche proletarischen Aktionen in anderen Ländern zu lenken; zweitens wollten sie durch Zentralsteuerung den Beginn der Weltrevolution diktieren und drittens durch dirigistische Einflußnahme auf andere Parteien Sowjetrußland vor Anschlägen seitens der Entente und anderer

[20] Vgl. *Prot. PT USPD 1919 (Leipzig),* S. 535. Dieser Antrag sei, so behauptete Ledebour, nur durch einen Bruch der Geschäftsordnung zur Abstimmung gelangt, Georg Ledebour, *Betrachtungen über den Parteitag,* in: *Freiheit,* Nr. 614 vom 18. 12. 1919.

[21] Georg Ledebour, *In letzter Stunde, a. a. O.,* Nr. 414 vom 2. 10. 1920.

kapitalistischer Unternehmungen schützen. Diesen Gedankengängen liege jedoch eine völlig falsche Einschätzung der inneren und äußeren Situation zugrunde. Weder könne das internationale Proletariat gegen die Entente-Interventionen mehr unternehmen als zu protestieren, noch gestatte es die wirtschaftliche, politische und kulturelle Verschiedenheit der Länder, daß eine Zentralstelle internationale Aktionen oder gar den Beginn der Weltrevolution festsetze. Die gegenwärtige Entwicklung in den einzelnen Ländern erlaube nur die Errichtung einer auf „föderaler Grundlage" sich aufbauenden internationalen Organisation.[22]

Indes vermochten Ledebour, Hilferding, Dittmann und Crispien den Anschluß des linken Flügels an Moskau nicht aufzuhalten. Auf dem Hallenser Parteitag, wo Zinov'ev vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale die Spaltung wortgewaltig schürte, kam es zum Bruch. 236 Delegierte sprachen sich für die Annahme der Moskauer Bedingungen aus und vollzogen damit den Übertritt zur KPD. Der Rest stimmte für die die 21 Punkte ablehnende Resolution Ledebours.[23]

Ledebour, der neben Crispien zum neuen Vorsitzenden der Rest-USPD gewählt worden war, beschloß den Parteitag mit folgenden Worten: „Wir unterscheiden uns gerade von den Kommunisten und den Neukommunisten ... daß wir nicht den Versuch machen, alle Parteigenossen in ein und dieselbe in Moskau gegossene Zwangsform einzupferchen, um dann, nachdem sie eine Zeitlang darin zurechtgeknetet sind, sie in Reih und Glied auf moskowitisches Kommando hin auf ein bestimmtes Ziel kommandieren zu lassen. Wir erkennen die individuelle Berechtigung des Einzelnen an. Mir ist es gar nicht zweifelhaft, daß unter uns noch sehr starke Meinungsverschiedenheit über alle mögliche[n] Einzelfragen bei aller Übereinstimmung mit den Grundbedingungen vorhanden sind. Das ist nicht nur unvermeidlich, das ist gerade etwas, was uns von Moskau scheidet. Wir wollen nicht eine schablonenhafte Partei sein, die jeden, der einmal von der allgemeinen Anschauung abweicht, aus der Partei herausschmeißt. Von einer solchen sektenhaften Verknöcherung halten wir uns fern. Nur eine große selbständige Massenpartei kann den Sieg dauernd erringen."[24]

[22] Vgl. Georg Ledebour, *Worauf kommt es an?, a. a. O.*, Nr. 406 vom 28. 9. 1920. *Protokoll der Reichskonferenz der USPD 1920 ... (Berlin)*, S. 79 f.

[23] Vgl. *Prot. PT USPD 1920 (Halle)*, S. 262.

[24] *A. a.* O., S. 282.

Während der Anschlußverhandlungen hatte sich Ledebours Verhältnis zur KPD, insbesondere durch die systematische Hetze der *Roten Fahne* gegen die USPD-„Führer" Ledebour, Crispien, Hilferding, zunehmend verschlechtert. Es wurde in den folgenden Monaten noch frostiger. Ledebours Erbitterung über die Moskauer Kommunisten, die es verstanden hatten, „unsere aufblühende Partei zu zerspalten und damit den proletarischen Emanzipationskampf in Deutschland ... zu lähmen und zu hemmen", übertrug sich auf die bolschewistische Filiale in Deutschland. Die deutschen Kommunisten seien „in der sklavischen Nachahmung russischer Methoden zu terroristischen Putschisten degeneriert", stellte er 1921 mit Bitterkeit fest.[25] Angesichts dieser „bedauerlichen" Entwicklung sah er in naher Zukunft keine Möglichkeit eines Zusammenwirkens zwischen USPD und KPD.

Nach der Entscheidung von Halle suchte die USPD in der Frage der Internationale einen dritten Weg zu beschreiten. Gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und der Independent Labour Party beschloß sie, die organisatorischen Voraussetzungen für eine „allumfassende" Internationale zu schaffen, die institutionell und programmatisch über die bereits bestehenden internationalen Organisationen hinausreichen sollte. Im Anschluß an eine Vorbesprechung in Bern Ende 1920, an der Ledebour als USPD-Delegierter teilgenommen hatte,[26] trafen sich im Februar 1921 in Wien 20 sozialistische Parteien aus 13 Ländern und konstituierten die „Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien", für die Moskau den Spitznamen „Zweieinhalbte Internationale" prägte.[27]

Die Hauptaufgabe der Arbeitsgemeinschaft war für Ledebour, der der Konferenz präsidierte, die Errichtung einer „Internationale der Zukunft", in der das gesamte Weltproletariat zusammengefaßt, d. h. auch die in der Zweiten und Dritten Internationale organisierten klassenbewußten Arbeiter vertreten sein sollten. Über die Ziele der Arbeitsgemeinschaft führte er abschließend auf der Konferenz folgendes aus: „Wir haben eine Arbeitsgemeinschaft gegründet, die sich die hohen

[25] Vgl. Georg Ledebour, *Ziel und Wege,* in: *Bremer Arbeiter-Zeitung,* Nr. 115 vom 20. 5. 1921.

[26] Vgl. Georg Ledebour, *Unsere Aufgabe in Bern,* in: *Freiheit,* Nr. 530 vom 14. 12. 1920.

[27] Für eine Gesamtdarstellung der Geschichte der „Wiener Arbeitsgemeinschaft" vgl. André Donneur, *Histoire de l'union des partis socialistes pour l'action internationale (1920—1923).* Thèse No 185 (Université de Genève. Institut Universitaire de Hautes Études Internationales), Sudbury/Ontario 1967.

Ziele der Verwirklichung aller internationalen sozialistischen Ideale stellt. Unsere Arbeitsgemeinschaft erhebt nicht den Anspruch darauf, eine neue Internationale mit irgend einem arithmetischen Beiwort zu sein ... Wir wollen eben nur eine Gemeinschaft der Vorbereitung für die Zusammenfassung des ganzen klassenbewußten Proletariats der Welt sein, das gegenwärtig organisatorisch auseinandergerissen ist. Es wäre falsch, wenn wir uns diejenige Fragestellung zu eigen machen würden, die von einer Seite dem internationalen Proletariat gestellt ist: ob wir uns für eine östliche oder westliche Orientierung zu entscheiden hätten. Der Versuch, das Proletariat entweder westlich oder östlich zu orientieren, führt in logischer Konsequenz dahin, daß sich die östlichen und westlichen Proletarier, im Schlepptau der imperialistischen Bestrebungen ihrer Bourgeoisien, gegenseitig bekämpfen, wie das leider im Gefolge des blutigen Weltkrieges fast von allen Proletariern geschehen ist. Deshalb lehnen wir diese Auseinanderreißung ab; wir wollen die einheitliche Internationale."[28]

Das vordringliche Interesse der zur Wiener Arbeitsgemeinschaft gehörenden Parteien galt nach Ansicht Ledebours der Abwehr der Reaktion im eigenen Lande und der Bekämpfung der „imperialistischen Bestrebungen" auf internationaler Ebene.[29] Als deutsches Mitglied des fünfköpfigen Wiener Büros[30] war er bestrebt, in diesem Sinne die Arbeiterparteien vor allem Englands und Frankreichs zu beeinflussen. Auf den Kongressen, denen er als Gast beiwohnte, hat er sich der gestellten doppelten Aufgabe in der Weise unterzogen, daß er einerseits die englischen und französischen Proletarier zu einer Verschärfung der Klassenkampftaktik mahnte, wobei er stets auf die USPD als Vorbild hinwies, andererseits auf die Bildung einer gemeinsamen Solidaritätsfront drängte, um den „Sanktions- und Reparationskurs" der Ententeregierungen gegen Deutschland einzudämmen.[31]

[28] *Protokoll der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Wien vom 22. bis 27. Februar 1921*, hrsg. vom Sekretariat der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien, Wien 1921, S. 108. Vgl. auch *Ledebour über die Wiener Sozialistenkonferenz*, in: *Bremer Arbeiter-Zeitung*, Nr. 59 vom 11. 3. 1921, S. 1.

[29] *Ebda.*

[30] Dem Büro gehörten neben Ledebour Friedrich Adler (Österreich), Jean Longuet (Frankreich), R. C. Wallhead (England) und Robert Grimm (Schweiz) an.

[31] Vgl. Georg Ledebour, *Der Kongreß der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands*, in: *Freiheit*, Nr. 143 vom 27. 3. 1921; ders., *Die Methoden des Klassenkampfes in England*, in: *Bremer Arbeiter-Zeitung*, Nr. 91 vom 20. 4. 1921, S. 1; ders., *Gemeinsamer Kampf in England und Deutschland gegen den Imperialismus*, in: *Freiheit*, Nr. 219 vom 13. 5. 1921, 1. Beilage; ders., *Der Kongreß der I. L. P. in Southport*,

Um die Jahreswende 1921/22 zog Ledebour Bilanz, inwieweit sich die Wiener Arbeitsgemeinschaft ihrem bei der Gründung gesteckten Ziel, die Spaltung des Weltproletariats zu überwinden, genähert habe. Das Ergebnis seiner Betrachtung war recht deprimierend: Weder auf nationaler Ebene könne von einem Fortschritt der proletarischen Einigungsbewegung gesprochen werden — „in ihrem Denken und Tun weichen bisher noch die bestehenden sozialistischen und kommunistischen Parteien zu sehr von einander ab“[32] —, noch gebe es zur Zeit greifbare Anzeichen für einen internationalen Zusammenschluß der „klassenbewußten Proletarier aller Länder zu einer tatbereiten und tatfähigen Gemeinschaft“.[33] Den Parteien der Zweiten Internationale hafte das „Odium der burgfriedlichen Unterstützung der imperialistischen Kriegspolitik“ an; die Dritte Internationale trage einen „zu sektenhaften Charakter in Programm und Taktik“, ein „übertriebener Zentralismus“ raube ihren Einzelmitgliedern die Lebenskraft.[34]

Angesichts der Unmöglichkeit, die drei bestehenden internationalen Organisationen miteinander zu verschmelzen, empfahl Ledebour, wenigstens ein Bundesverhältnis zum Zweck gemeinsamer Aktionen zwischen ihnen herzustellen. Das Wiener Büro berief deshalb die Exekutive der drei Internationalen Anfang April 1922 nach Berlin zu einer gemeinsamen Konferenz ein, die den Prozeß der Wiedervereinigung der zersplitterten Arbeiterbewegung einleiten sollte.[35] Hauptsächlich an der kommunistischen Taktik scheiterte eine Verständigung der drei Richtungen. Daraufhin vereinbarte die Wiener Arbeitsgemeinschaft mit der Zweiten Internationale ein Treffen für Mai 1923, auf dem die Fusion der beiden Organisationen vollzogen werden sollte. Von der USPD, die sich im Herbst 1922 mit der SPD vereinigt hatte, waren gegen die angestrebte Fusionierung der beiden internationalen Bewegungen keine Hindernisse zu erwarten. Nur Ledebour, jetzt Führer einer kleinen unabhängigen Splittergruppe, stemmte sich gegen die allseits als historisch notwendig betrachtete Entwicklung. Auf dem März-

a. a. O., Nr. 239 vom 26. 5. 1921; *Die Internationale auf dem französischen Sozialistenkongreß*, in: *Bremer Arbeiter-Zeitung*, Nr. 261 vom 8. 11. 1921, S. 1.

32 Georg Ledebour, *Wie kommen wir zu internationalen Aktionen?*, *a. a. O.*, Nr. 301 vom 27. 12. 1921, S. 1.

33 Georg Ledebour, *Unsere internationalen Aufgaben*, in: *Leipziger Volkszeitung*, Nr. 6 vom 7. 1. 1922.

34 *Ebda.*

35 Zum Verlauf der Konferenz siehe Julius Braunthal, *Geschichte der Internationale*, Bd. 2, Hannover 1963, S. 263 ff.

Parteitag der von ihm geleiteten USPD legte er den Delegierten folgende Resolution zur Abstimmung vor: „Sie [die USPD] lehnt es ab, der geplanten einseitigen Verschmelzung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien mit der sogenannten 2. Internationale ihre Zustimmung zu geben und wird unter allen Umständen im Interesse der gesamten proletarischen Emanzipationsbewegung für die Aufrechterhaltung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien eintreten."[36]

Auf dem der Konferenz vorausgehenden Treffen der in der Arbeitsgemeinschaft organisierten Parteien beharrte Ledebour fast als einziger auf dieser ablehnenden Haltung. Es war der Protest eines ganz und gar Isolierten. Das *Hamburger Echo* schrieb damals: „Es war ein menschlich erschütternder Augenblick, als er [Ledebour] schließlich ... mit wenigen Getreuen allein stand. Hatte er bisher immer noch die Illusion, er könnte in der Wiener Arbeitsgemeinschaft für seine Ideen werben, so steht er nun am Ende eines kämpferischen Lebens in einer ‚glänzenden Einsamkeit', in die ihn der doktrinäre Starrsinn und unerlöschliche Geist der Opposition getrieben hat. Mag es menschlich erschütternd sein, politisch ist er und seine Bewegung unerheblich."[37]

Mit der Zusammenfassung der beiden Internationalen zur Sozialistischen Arbeiter-Internationale polarisierte sich die Weltarbeiterbewegung in eine alle Strömungen des demokratischen Sozialismus umschließende und eine die autokratischen Parteien vereinigende Richtung. Die Hoffnung Ledebours auf eine allumfassende, Kommunisten wie Sozialisten beherbergende Internationale hatte sich damit endgültig zerschlagen.

Die USPD bis zur Verschmelzung

Die Spaltung der USPD bedeutete nicht nur eine Schwächung der sozialrevolutionären Arbeiterbewegung, sondern war auch praktisch das Ende eines dritten Weges zwischen Bolschewismus und Mehrheitssozialdemokratie, auf den ein Teil der USPD seit den Novembertagen zugesteuert war. Dem Gedanken von der USPD als einer Partei des dritten Weges hatte noch auf dem Dezemberparteitag von 1919 Crispien Ausdruck gegeben. In Ablehnung des Noskesozialismus auf der

[36] *Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 30. März bis 2. April 1923 im Bürgersaal des Rathauses zu Berlin*, Berlin (1923), (im folgenden *PT USPD 1923 [Berlin]* zitiert), S. 33.

[37] *Hamburger Echo*, Nr. 138 vom 22. 5. 1923.

einen und des Anarchismus und Syndikalismus auf der anderen Seite forderte er die „sozialistische Demokratie" als Ziel der USPD. Für die von der Partei zu verfolgende Taktik heiße dies: Zusammenfassung der Massen in den Räteorganisationen und in den revolutionären Gewerkschaften und gleichzeitig Mitarbeit im Parlament.[38] Für eine Verbindung von Parlamentarismus und Massenaktionen trat auch Ledebour ein. Er wehrte sich gegen den „antiparlamentarischen Spuk" und grenzte sich von den Verfechtern „anarchistelnder Gedankengänge" scharf ab. Der Parlamentarismus bedeutete ihm ein wichtiges Agitations- und Schulungsinstrument.[39] Zwar würden „die Geschicke der Menschheit" nicht auf der Parlamentstribüne entschieden, erklärte er in einer Berliner USPD-Versammlung, „aber wir wären Toren, wenn wir nicht die Gelegenheit benutzen würden, von dort aus in die breiten Massen hineinzudringen".[40] Er identifizierte sich daher ganz mit dem Parteitagsbeschluß, daß in der Übergangszeit bis zur völligen Durchführung des Sozialismus „alle politischen Kampfmittel, auch die parlamentarischen, für unsere Sache auszunutzen sind".[41] Nach der Loslösung ihres „Moskauer" Flügels näherte sich die Rest-USPD allmählich ideologisch der SPD, wenngleich sich die offizielle Rhetorik noch bis zum Frühjahr 1922 bemühte, die Unterschiede zwischen beiden Parteien herauszustreichen. Doch die organisatorische Einigung zeichnete sich bereits ab. Dabei war die Bereitschaft der USPD zum Eintritt in ein rein sozialistisches bzw. ein nach rechts erweitertes sozialistisches Koalitionskabinett ein Gradmesser für ihre Verschmelzungsreife. Die Bildung einer sozialistischen Regierung nach dem Kapp-Putsch, die Hermann Müller zusammen mit der USPD anstrebte, scheiterte zunächst vor allem an dem „doktrinären Starrsinn" des in der Berliner Parteiorganisation maßgebenden Däumig.[42] Auch Ledebour bestand auf regierungspolitischer Enthaltsamkeit, die er nur preisgeben wollte, wenn sich das Kabinett in seiner Mehrheit aus USPD-Mitgliedern zusammensetzen und auf den Boden des USPD-Programms treten würde.[43] Die auf Abstinenz drängende Linke diktierte damals noch das Gesetz des Handelns und überspielte die politisch flexiblere Gruppe um Hilfer-

[38] Vgl. *Prot. PT USPD 1919 (Leipzig)*, S. 160, 233 ff.
[39] *A. a.* O., S. 297.
[40] Vgl. *Freiheit*, Nr. 159 vom 5. 5. 1920.
[41] Georg Ledebour, *Betrachtungen über den Parteitag, a. a.* O., Nr. 614 vom 18. 12. 1919.
[42] Vgl. A. Rosenberg, *Entstehung* . . ., S. 368.
[43] Vgl. *Sten. Ber. RT*, Bd. 344, S. 22 (Rede vom 28. 6. 1920).

ding und Breitscheid. In der Fraktion konnte Ledebour — seit Juni 1920 zu einem der Vorsitzenden gewählt — in besonderem Maße dieser Auffassung Gehör verschaffen, und er hat sie auch als Delegierter in den verschiedenen Gremien des Reichstages nach außen hin repräsentiert.

Anläßlich der durch das Londoner Ultimatum vom 5. Mai 1921 erfolgten Demission der Regierung Fehrenbach wurde die Koalitionswilligkeit der USPD erneut auf die Probe gestellt. Ledebour berichtete der Fraktion am 10. Mai: „Durch eine Deputation der Rechtssozialisten ist uns folgende Frage gestellt worden: Würde die USP-Fraktion bereit sein, in eine Regierung, die für die Unterzeichnung des Ultimatums eintritt, also Rechtssozialisten und Zentrum, einzutreten? Eine zweite Frage, die allerdings die Rechtssozialisten nicht gestellt haben, wäre, ob wir bereit sein würden, in eine reinsozialistische Regierung einzutreten."[44] Noch während der Fraktionsdiskussion verständigte sich die SPD mit Zentrum und Demokratischer Partei. Angesichts dieser Konstellation lehnte die USPD-Fraktion „einstimmig" den Eintritt in eine „bürgerlich-kapitalistische Regierung" ab, ließ aber in der durch Ledebour formulierten Antwort ihre Bereitwilligkeit zur Bildung einer rein sozialistischen Regierung durchblicken.[45] Der neugebildeten Regierung Wirth kündigte die USPD eine loyale Opposition an, und ihr Fraktionssprecher Ledebour gab die Zustimmung zur Unterzeichnung des Londoner Ultimatums.[46]

Die latenten Sympathien für Wirth hinderten Ledebour und die Mehrheit der USPD-Fraktion nicht, diesem das im Februar 1922 gestellte Vertrauensvotum zu verweigern. Ungeachtet des USPD-Fraktionsbeschlusses enthielten sich bei der fraglichen Abstimmung 13 USPD-Abgeordnete der Stimme. Ledebour entrüstete sich über die „Disziplinbrecher" in der *Freiheit:* Es sei wichtiger, sozialistische „Eigenpolitik" zu betreiben, die getragen sei vom „Vertrauen zu den an Zahl und Einsicht zunehmenden Massen des klassenbewußten Proletariats", als eine „kapitalistisch orientierte Koalitionsregierung" künstlich am Leben zu erhalten.[47] Wie schon vor 1914 war Ledebour

[44] *Protokoll der Fraktion der USPD (1920—1922)*, Eintragung vom 10. 5. 1921.

[45] *Ebda.* Vgl. auch *Freiheit*, Nr. 233 vom 22. 5. 1921, 1. Beilage; Georg Ledebour, *Die Verhandlungen wegen der Regierungsbildung, a. a. O.*, Nr. 235 vom 24. 5. 1921.

[46] Vgl. *Sten. Ber. RT*, Bd. 349, S. 3637 f. (Rede vom 10. 5. 1921). *Protokoll der Fraktion der USPD ...*, Eintragung vom 9. und 10. 5. 1921.

[47] Vgl. Georg Ledebour, *Koalitionsunterstützung oder Eigenpolitik?*, in: *Freiheit*, Nr. 87 vom 21. 2. 1922.

auch jetzt in der Vorstellung befangen, daß die Unterstützung einer bürgerlich gefärbten Regierung dem Grundprinzip proletarischer Klassenpolitik widerstreite. Mit seinem Distanzierungsverlangen geriet er nicht nur in Konflikt mit den bündnisbereiten Männern seiner Partei, sondern entfernte sich auch aus dem Bereich des politisch Realen und glitt zusehends in ein illusionistisches Fahrwasser ab.

Ledebours Obstruktion gegen jede Koalitionspolitik[48] vermochte es nicht, das Vordringen jener Kräfte innerhalb der USPD aufzuhalten, die einer Annäherung von USPD und SPD und damit der Überwindung der Spaltung zuneigten. Seit Anfang 1922 bemühte sich der Flügel Hilferding-Breitscheid ernsthaft, die durch die sechsjährige Gegnerschaft entstandene Trennwand zwischen beiden sozialistischen Organisationen abzubauen. Hilferding benutzte die Spalten der von ihm redigierten *Freiheit,* um dieser Verständigungspolitik Ausdruck zu geben.

In einer Denkschrift der Redaktion kritisierte Hilferding die auf dem Januar-Parteitag der USPD von 1922 bekräftigte Absage an eine bürgerlich-sozialistische Koalitionspolitik,[49] solidarisierte sich mit den 13 dissentierenden Abgeordneten, befürwortete die Annahme eines von den drei Koalitionsparteien beschlossenen Steuerkompromisses (indirekte Steuern) und setzte sich warm für die Wiedervereinigung mit der SPD ein. Seine Ausführungen gipfelten in der an seine Partei gerichteten Frage, ob denn in der USPD „der Standpunkt reiner Agitations- oder der einer ihrer Verantwortung für die gesamte Arbeiterbewegung sich stets bewußten Politik überwiegen“ solle.[50] In einer Gegendenkschrift widersprach Ledebour Hilferding in allen Punkten und forderte „eine gründliche Umgestaltung der Redaktion“.[51] Während einer Sitzung der Parteizentrale griff er — sekundiert von Crispien — Hilferding „in leidenschaftlicher und persönlicher Weise“ an.[52] Daraufhin legte Hilferding die Redaktionsführung nieder, und Dittmann

[48] Vgl. besonders Georg Ledebour, *USP und Koalitionspolitik, a. a.* O., Nr. 186 vom 21. 4. 1922.

[49] Vgl. *Prot. PT USPD 1922 (Leipzig),* S. 5. Der sich gegen jede Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien wendende Passus des Leipziger Manifests stammte von Ledebour, vgl. *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der USPD abgehalten in Gera vom 20. bis 23. September 1922,* Berlin 1923 (im folgenden *Prot. PT USPD 1922 [Gera]* zitiert), S. 151.

[50] Zitiert nach *Die Gegendenkschrift Ledebours,* in: *Freiheit,* Nr. 155 vom 1. 4. 1922, Beilage.

[51] *Ebda.*

[52] Vgl. W. Dittmann, *Erinnerungen ...,* S. 1275.

übernahm Anfang April 1922 die Leitung des Blattes. Der Prozeß der Annäherung von USPD und SPD war indes nicht aufzuhalten. Verstärkt wurde er durch den nach der Ermordung Rathenaus in der Arbeiterschaft spontan entstandenen Einigungswillen. Am 14. Juli 1922 schlossen sich die beiden Fraktionen zur Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien zusammen. Eine Reichskonferenz der USPD stimmte am 22. Juli dem Vorschlag Dittmanns zu, mit der SPD wegen eines Eintritts in die Regierung zu verhandeln. Crispien willigte damals „zögernd" ein, während Ledebour „schroff" ablehnte.[53]

Daß Ledebour in der entscheidenden Stunde dem Zusammenschluß abweisend gegenüberstand, war die Konsequenz seiner seit der Spaltung eingenommenen Haltung. Allerdings hatte er in Reden und Artikeln nach den Novemberereignissen immer wieder die Einigung des „Gesamtproletariats" propagiert, von einer Einigung der Parteien wollte er dagegen nichts wissen. Wer von „Einigung der Parteien" spreche, stelle das Problem auf eine „rein formalistische Grundlage", behauptete er 1919.[54] Zusammenschluß des Proletariats, das hieß für ihn nach der einen Seite hin — Gewinnung der zur SPD sich bekennenden Arbeitermassen ohne die „diskreditierten" Führer,[55] auf der anderen Seite — Sammlung der vorübergehend in die „Irre" geleiteten kommunistischen Proletariermassen unter Einschluß aller „ideal" veranlagten und revolutionsgewillten Männer und Frauen.[56]

Mit seiner Forderung nach Trennung der SPD-Führer von den Arbeitermassen rückte Ledebour ungewollt in die Nähe Lenins, der ebenfalls die obere Schicht der Sozialdemokratie, die „Arbeiteraristokratie", auszuscheiden empfohlen hatte. Der Wunsch Ledebours nach Eliminierung der Führer aus der „revolutionär-sozialistischen Bewegung" hatte seinen psychologischen Kern in dem alten Haß gegenüber den „Verpfuschern" der Novemberrevolution. Ledebours Feststellung auf dem Parteitag in Gera, daß er sich mit Männern wie Noske und Heine „nie zusammen an einen Tisch setzen würde",[57] war nur ein verbaler Neuaufguß seiner Begründung, mit der er 1918 den Eintritt in den Rat der Volksbeauftragten abgelehnt hatte. Zu diesem sentimentbedingten Motiv traten drei weitere Gründe, die Ledebour als die Vereinigung

[53] *A. a. O.*, S. 1283.

[54] *Prot. PT USPD 1919 (Leipzig)*, S. 295.

[55] Vgl. *Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte . . .*, Sp. 349 f.

[56] Vgl. *Prot. PT USPD 1919 (Leipzig)*, S. 296 f.

[57] Vgl. *Prot. PT USPD 1922 (Gera)*, S. 155.

hindernd betrachtete: Ein Anschluß an die durch Tolerierung der „imperialistischen Kriegspolitik" und Verrat der Revolution kompromittierte SPD bedeute erstens für die USPD einen Bruch mit ihrer „revolutionären Vergangenheit"[58] und zweitens eine Verleugnung ihrer Parteigrundsätze. Denn das neue, zwischen USPD und SPD vereinbarte Verschmelzungsprogramm schwenke vollständig auf den programmatischen Kurs der SPD ein, vor allem dadurch, daß es auf das Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats verzichte und Regierungskoalitionen mit bürgerlichen Parteien vorsehe.[59] Daß durch die Verbindung der Unabhängigen mit der Sozialdemokratie der Abstand zwischen der sozialistischen und kommunistischen Bewegung vergrößert werde, war das dritte Argument Ledebours gegen die Verschmelzung. Als er auf einer Berliner USPD-Funktionärsversammlung Ende Juli 1922 vor der dauernden „Zerreißung der politischen Bewegung des Proletariats in einen reformistischen und einen revolutionären Flügel" warnte, erntete er bei seinen Zuhörern lebhaften Beifall.[60]

Die Befürworter der Einigung waren jedoch numerisch stärker als ihre Kritiker. Deshalb stand zu erwarten, daß Ledebour schließlich mit seiner starren Haltung an der Spitze einer kleinen Gruppe allein bleiben würde. Die *Bremer Arbeiter-Zeitung*, die jahrelang bereitwillige Abnehmerin Ledebourscher Artikel gewesen war, mahnte ihn in letzter Minute: „Es würde allen Genossen aufrichtig leid tun, den Genossen Ledebour beim Abgang eines verdienstvollen Lebens im Kampf um proletarische Lebensinteressen den einsamen Weg gehen zu sehen, den er sich selbst vorgezeichnet [hat] ... Das Schicksal Adolf Hoffmanns und anderer revolutionärer Kämpfer, aufrichtig Strebende in den Irrtum oder den Indifferentismus zu führen, dabei auf kurze Zeit von einem Massenführer zu einem Sektenführer degradiert zu werden, und dann gebrochen, verbittert und enttäuscht doch zurückzukehren ... möchten wir dem Genossen Ledebour schon in Anbetracht seiner unvergänglichen Verdienste um die Partei und die Revolution doch erspart sehen. Denn die Einigung ist auf dem Marsche und läßt sich auch durch ‚heroische Selbstmorde' nicht aufhalten."[61]

[58] *A. a. O.*, S. 146.

[59] Vgl. Georg Ledebour, *Zum Verschmelzungsprogramm*, in: *Freiheit*, Nr. 330 vom 12. 9. 1922, *Prot. PT USPD 1922 (Gera)*, S. 152.

[60] Vgl. *Freiheit*, Nr. 278 vom 22. 7. 1922, Beilage.

[61] *Vom Massenführer zum Sektenführer? Eine Partei Ledebour?*, in: *Bremer Arbeiter-Zeitung*, Nr. 195 vom 22. 8. 1922, S. 1.

In Gera, wo die USPD vom 20. bis 23. September 1922 zum letztenmal als selbständige Partei auftrat, hielt Ledebour das Korreferat gegen die Einigung.[62] Seine Kassandrarufe verhallten ungehört. Die von Ledebour, Kurt Rosenfeld, Theodor Liebknecht und Gerhard Obuch unterzeichnete Resolution, in der die Verschmelzung sowohl mit der SPD als auch mit der KPD abgelehnt[63] und die Notwendigkeit betont wurde, „die USPD als selbständige Partei des revolutionären proletarischen Klassenkampfes aufrechtzuerhalten",[64] fand nur die Unterstützung von sieben Delegierten.

Nachdem sich die überwiegende Mehrheit für die Vereinigung ausgesprochen hatte, trennte sich Ledebour mit Liebknecht, Obuch, Gustav Laukant und wenigen Getreuen von der Partei. Dieser Rest nannte sich weiterhin USPD und ließ ein Wochenblatt *Klassenkampf* erscheinen, als dessen Chefredakteur zunächst Ledebour fungierte.[65] Damit war der „Massenführer" zum „Sektenführer" geworden.

Der Unabhängige

Die von Ledebour weitergeführte USPD war ein sehr heterogenes Gebilde. Hier vereinigten sich Sozialisten aller politischen Schattierungen von den heimlichen Befürwortern einer Anlehnung an die Kommunisten bis zu den offenen Bekennern zum Anarcho-Syndikalismus. Auf dem vom 30. März bis 2. April 1923 abgehaltenen Parteitag kam es in der Ruhrfrage zu einer ernsthaften Auseinandersetzung zwischen Ledebour und den engeren Anhängern um Theodor Liebknecht. Der Liebknecht-Flügel bezeichnete den Ruhrkampf als ein „Ablenkungsmanöver" des deutschen Kapitalismus und forderte, daß die deutsche Arbeiterschaft den Konflikt benutze, um die „ganze Kraft auf den Klassenkampf gegen die einheimischen Machthaber" zu konzentrieren.[66] Demgegenüber erklärten Ledebour und sechs Parteitagsdelegierte:

„Die militärische Besetzung des Ruhrgebiets ist ein im Interesse der Ausbeutungsbedürfnisse des französischen Schwerkapitals unter nichti-

[62] Vgl. *Prot. PT USPD 1922 (Gera)*, S. 145—156, 166—170.

[63] Ledebour hielt die KPD für „ebensowenig verschmelzungsreif" wie die „Rechtssozialisten", *a. a.* O., S. 154.

[64] *A. a.* O., S. 130.

[65] Einige Nummern der Zeitung befinden sich im Internationalen Institut für Sozialgeschichte Amsterdam.

[66] Vgl. *PT USPD 1923 (Berlin)*, S. 10 f., 15, 30.

gen Vorwänden durchgeführter imperialistischer Gewaltakt der stärksten Militärmacht Europas gegen ein zur Zeit militärisch wehrloses Land... Die Durchführung der Poincaréschen Pläne würde die Arbeiterschaft der besetzten Gebiete auf das Niveau rechtloser Kolonialkulis herabdrücken und die deutsche Volkswirtschaft völlig zerrütten. Der von dem gesamten internationalen Sozialismus anerkannte Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker sowie die eigene Selbstachtung verbieten dem deutschen Arbeiter, sich diesem Gewaltakt widerspruchslos zu fügen, oder gar ihm Beihilfe zu leisten."[67]

Ledebours Befürwortung des passiven Widerstandes an der Ruhr lag auf der von ihm bislang vertretenen politischen Linie. Er hatte den Versailler Vertrag stets als einen „Akt der Vergewaltigung" angeprangert[68] und die sich aus ihm ergebenden politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen, vor allem die Sanktionspolitik Poincarés, heftig angegriffen.[69] Als sich die Mehrheit auf dem USPD-Parteitag seinen Vorstellungen nicht anschloß, zog er sich zusammen mit Paul Wegmann aus der Partei zurück.[70]

Im Januar 1924 erschien ein Flugblatt *Einigt Euch zum Klassenkampf*, gezeichnet von Georg Ledebour. Dort wurde die Liebknechtsche USPD erbarmungslos kritisiert und zur Gründung einer neuen Partei aufgefordert, die „unbelastet mit dem Odium der üblichen Mißgriffe bestehender Parteien" das Vertrauen der Arbeitermassen verdiene.[71] Am 22. März 1924 wurde der Öffentlichkeit das *Programmatische Manifest* des von Ledebour eben ins Leben gerufenen „Sozialistischen Bundes" unterbreitet. Ledebour ließ in der Bekanntmachung die drei übrigen proletarischen Parteien, Vereinigte Sozialdemokratie, Unabhängige Sozialdemokratie und Kommunistische Partei, Revue passieren und bescheinigte ihnen, daß keine imstande sei, „grundsätzliche sozialistische Politik" zu betreiben. Deshalb müsse der „Bund" alle „Enttäuschten und Verärgerten zurückgewinnen für unsere Bewe-

[67] *A. a. O.*, S. 30.

[68] *Sten. Ber. RT*, Bd. 349, S. 3483 (Rede vom 28. 4. 1921).

[69] *A. a. O.*, Bd. 358, S. 9522 ff. (Rede vom 26. 1. 1923); vgl. auch *a. a. O.*, S. 9996 ff. (Rede vom 7. 3. 1923) und *a. a. O.*, S. 9669 (Rede vom 13. 2. 1923): „Auch meiner Überzeugung nach ist die Poincarésche Ruhrbesetzung ein rechtswidriger Eingriff in unser Wirtschaftsleben, dem alle Volksteile entgegentreten sollten — alle Volksteile."

[70] Vgl. *PT USPD 1923 (Berlin)*, S. 35.

[71] Ein Exemplar des Flugblattes befindet sich im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin, Hauptabteilung XII, Zeitgeschichtliche Sammlung, IV. Flugblätter, Nr. 221, Bl. 4 und 5.

gung."[72] In den im Manifest aufgeführten Gegenwartsforderungen erkennt man altvertraute Leitgedanken Ledebours wieder wie die Ablehnung jeder Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien, den Wunsch nach internationaler Schiedsgerichtsbarkeit, nach Schaffung eines Weltparlaments und nach Gleichberechtigung der Völker.[73]

Ledebours Gruppe konnte kein großes Wählerreservoir aktivieren, da ihr Einfluß nicht wesentlich über Berlin hinausging. Bei den Reichstagswahlen vom Mai 1924 erhielt sie 0,1 % der Stimmen, die Liebknechtsche USPD bekam damals 0,8 %.[74] Der Sozialistische Bund blieb politisch bedeutungslos. Nach dem Erlöschen seines Reichstagsmandats im Frühjahr 1924 wurde Ledebour zu einer politischen Randfigur. Er spielte in den folgenden Jahren nur noch eine Statistenrolle auf den Kongressen und Veranstaltungen verschiedener linkssozialistischer und kommunistischer Splittergruppen. Aus diesem Epilog politischer Tätigkeit seien deshalb nur noch die wesentlichen Stationen angeführt.

In den Jahren 1925/26 kam eine kurzfristige Aktionsgemeinschaft zwischen Ledebours Bund, der „Gruppe Revolutionärer Pazifisten" und dem „Internationalen Sozialistischen Kampfbund" in der Frage der Fürstenabfindung zustande.[75] Auf den Kongressen der kommunistisch gesteuerten „Internationalen Arbeiterhilfe" war Ledebour gerngesehener Gast.[76] Wiewohl er sich ausdrücklich als „Nicht-Kommunist" bezeichnete — „aber wenn immer die Kommunisten ein praktisch-revolutionäres Ziel oder eine Aktion verfolgen, so schließe ich mich ihnen an"[77] —, erhielt er von den Inauguratoren solcher eindeutig als kommunistisch ausgewiesener Veranstaltungen häufig das Wort, da er als bekannter Arbeiterveteran ein gutes Aushängeschild zur Gewinnung von Indifferenten oder von Anhängern war, die der kommunistischen Bewegung zunächst noch skeptisch gegenüberstanden.

[72] *A. a. O.*, Bl. 1—3.

[73] *Ebda.*

[74] Vgl. *Statistik des Deutschen Reichs*, bearbeitet im Statistischen Reichsamt, Bd. 315, H. 2—4: *Die Wahlen zum Reichstag am 4. Mai 1924 und am 7. Dezember 1924 (Zweite und dritte Wahlperiode)*, Berlin 1925, H. 2, S. 5.

[75] Vgl. Alf Enseling, *Die Weltbühne. Organ der Intellektuellen Linken* (= Studien zur Publizistik, Bd. 2), Münster 1962, S. 126.

[76] Vgl. Willi Münzenberg, *Solidarität. Zehn Jahre Internationale Arbeiterhilfe 1921—1931*, hrsg. im Auftrage des Zentralkomitees der Internationalen Arbeiterhilfe, Berlin 1931, S. 170, 174, 183, 184.

[77] *Das Flammenzeichen vom Palais Egmont . . .*, S. 183.

Zeitweise hat Ledebour mit den KPD-Vertretern sehr eng zusammengearbeitet. 1928 agitierte er gemeinsam mit den Kommunisten für die Durchführung des Volksentscheids gegen den Panzerkreuzerbau und zeichnete neben Willi Münzenberg als Mitglied des „Reichsausschusses für Volksentscheid gegen Panzerkreuzerbau".[78] Bei den Reichstagswahlen vom September 1930 forderte der Sozialistische Bund sogar offiziell zur Wahl eines KPD-Kandidaten auf, obwohl, wie es in der Zuschrift Ledebours hieß, KPD und Bund in „manchen innenpolitischen und internationalen Ansichten" nicht übereinstimmten.[79]

Nachdem im Oktober 1931 eine Gruppe oppositioneller Sozialdemokraten die Gründung einer neuen Partei, der „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD)", beschlossen hatte, glaubte Ledebour, daß nun ein geeignetes Zentrum für eine Sammlungsbewegung des Proletariats entstanden sei. Als er sicher war, daß sich die SAPD nicht der Zweiten Internationale, dieser „Schaumschläger"-Organisation, anschließen werde,[80] trat er noch im Oktober 1931 der neuen Partei bei. Wenngleich er der SAPD nicht viele Mitglieder zuführte, gewann sie in ihm doch einen populären Vertreter der Arbeiterbewegung.

Ledebour begrüßte die SAPD als Kern einer proletarischen Einheitsfront, an der sich, wie er hoffte, auch die SPD und KPD beteiligen würden.[81] Die Programmberatungen verfolgte er mit lebhaftem Interesse.[82] Doch konnten sich angesichts tiefgehender Meinungsverschiedenheiten die einzelnen Richtungen der Partei bis zum nächsten Parteitag nicht auf ein gemeinsames Programm einigen.[83]

Besondere Beachtung verdient eine Rede Ledebours auf dem März-Parteitag von 1932, in der er einerseits für eine nicht-trotzkistische

[78] Vgl. die Flugblätter vom 9. und 12. 9. 1928, Hauptabteilung XII, Zeitgeschichtliche Sammlung, IV. Flugblätter, Nr. 291 (Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin).

[79] Vgl. *Der Rote Aufbau,* 3. Jg. (September 1930), S. 506 f.

[80] Zitiert nach Hanno Drechsler, *Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik* (= Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 2), Meisenheim 1965, S. 138.

[81] Vgl. Georg Ledebour, *Appell in letzter Stunde. Für die Einheitsfront,* in: *Sozialistische Arbeiter Zeitung,* Nr. 47 vom 28. 12. 1931.

[82] Für Ledebours Programmvorschläge vgl. *a. a.* O., Nr. 58—60 vom 9.—11. 3. 1932.

[83] Vgl. dazu H. Drechsler, *Die Sozialistische Arbeiterpartei ...* (= Marburger Abhandlungen ..., Bd. 2), S. 203 ff.

Beurteilung der Sowjetunion eintrat und sich andererseits gegen die apodiktische Verurteilung der Sozialdemokraten wandte. Er gehöre zwar, so meinte er dort, seit 1916 nicht mehr der SPD an und sei von den sozialdemokratischen Führern „auf Tod und Leben bekämpft" worden. Gleichwohl dürfe man schon im Interesse des Gedankens einer Einheitsfront die sozialdemokratischen Arbeiter nicht „in Grund und Boden" verdammen und als „entwicklungsunfähige Leute in die Wolfsschlucht" werfen.[84]

Bei der Reichspräsidentenwahl im März 1932 hatte die SAPD zunächst an die Möglichkeit einer eigenen Kandidatur mit Ledebour gedacht, sich aber dann doch für die Unterstützung Thälmanns entschieden.[85] In die Novemberwahlen von 1932 trat die SAPD mit einer eigenen Reichsliste ein, die Ledebour als Spitzenkandidat anführte.[86] Die Wahlen brachten der Partei indes nur 0,1 % der Stimmen — eine große Enttäuschung für Ledebour und seine Freunde in der SAPD.

Unermüdlich warb Ledebour in der SAPD für die Schaffung einer „antifaschistischen Einheitsfront". Komme „der Hitlerfaschismus" an die Macht, so verkündete er in dunkler Vorahnung, dann würden nach Goebbels' Rezepten „in der Nacht der langen Messer nicht nur sozialistische Arbeiter aller Richtungen ermordet werden, sondern auch alle Männer und Frauen, die irgendwie sich für Freiheit und Menschenrechte eingesetzt haben".[87] In zahlreichen Artikeln der *Sozialistischen Arbeiter Zeitung* versuchte er, SPD und KPD für eine „antifaschistische Verständigung" mit der SAPD zu gewinnen. Im Hinblick auf dieses Ziel war er sogar zeitweise gewillt, auf eine „Einzelkritik der mancherlei Fehlgriffe im Klassenkampf, die sich beide Parteien haben zuschulden kommen lassen", zu verzichten.[88] Als der Appell ungehört blieb, ließ er sich im November 1932 doch wieder zu polemischen Äußerungen über die Bruderparteien hinreißen: „Die Sozialdemokratische Partei kann sich trotz bitterster Erfahrungen noch immer nicht

[84] Zitiert nach dem Parteitagsbericht in: *Sozialistische Arbeiter Zeitung*, Nr. 75 vom 30. 3. 1932, Beilage.

[85] Vgl. H. Drechsler, *Die Sozialistische Arbeiterpartei* ... (= Marburger Abhandlungen ..., Bd. 2), S. 184.

[86] *A. a. O.*, S. 278.

[87] Georg Ledebour, *Der Faschismus ist nicht unbesiegbar*, in: *Sozialistische Arbeiter Zeitung*, Nr. 159 vom 19. 7. 1932.

[88] Georg Ledebour, *Tut Euch zusammen! Ein Appell in letzter Stunde an Deutschlands Arbeiterschaft*, *a. a. O.*, Nr. 170 vom 31. 7. 1932.

freimachen von der Illusion einer Rettung vor dem Untergang durch Verbrüderung mit kapitalistischen Parteien ... Die Kommunistische Partei führt zwar die Einheitsfront beständig im Munde; sie versteht darunter aber nicht etwa ein Kampfbündnis mit anderen Organisationen des klassenbewußten Proletariats, sondern verlangt deren widerspruchslose Unterordnung unter kommunistische Parolen. Die Verbrüderung mit den sozialdemokratischen Arbeitern erschwert sie sich obendrein noch dadurch, daß sie deren Partei als ‚Sozialfaschisten' verunglimpft."[89]

Ledebour spürte wohl, daß sich die „Einheitsfront gegen den Faschismus" nicht auf der bloßen Negation begründen ließ. „Nur ein positives Ziel beseelt die Menschen zum Kämpfen", schrieb er in der *Sozialistischen Arbeiter Zeitung*. Als solches apostrophierte er die „Verwirklichung des Sozialismus", die Durchführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, „die keine Herren mehr kennt und keine Knechte, sondern nur ein Volk von Freien und Gleichen, die in dem sozialistischen Gemeinwesen über ihr Geschick selbst entscheiden".[90] Doch 1932 war das Schlagwort von der „Verwirklichung des Sozialismus" ein ebensowenig zugkräftiges Einigungsrezept wie 1918. Die „proletarischen" Parteien folgten ihren eigenen Gesetzen und standen sich in dem Endkampf der Weimarer Republik getrennt gegenüber.

Kurz nach der nationalsozialistischen Machtergreifung ließ ein Bekannter im Berliner Polizeipräsidium Ledebour wissen, daß seine Verhaftung bevorstehe.[91] Fluchtartig verließ er mit seiner Frau Berlin, wo er fast fünfzig Jahre politisch gewirkt hatte.

In der Schweiz besorgten ihm Robert Grimm und seine Familie Asyl und eine zum Lebensunterhalt ausreichende Pension.[92] Es fiel dem alten, leidenschaftlichen Politiker schwer, sich dem von den Schweizer Behörden für Emigranten erlassenen politischen Betätigungsverbot zu fügen. So frönte er seiner Wanderliebe und hörte gelegentlich Vorlesungen an der Universität in Bern. Im Anschluß an die Lektüre Darwins schrieb er noch im hohen Alter einen Aufsatz über *Die Abstammung des Menschen*,[93] eine unbedeutende Kompilation und Gelegen-

[89] Georg Ledebour, *Mahnruf an die deutschen Arbeiter, a. a.* O., Nr. 250 vom 2. 11. 1932.

[90] G. Ledebour, *Der Faschismus ..., a. a.* O., Nr. 159 vom 19. 7. 1932.

[91] Schreiben von Alida de Jager vom 5. 8. 1964.

[92] Mündliche Auskunft von Jenny Grimm vom 18. 4. 1966.

[93] Ein maschinenschriftlicher Durchschlag dieses 15seitigen Manuskripts liegt im Restnachlaß Ledebour.

heitsarbeit, um das „lähmende Nichtstun durch irgendwelche neutrale Betätigung zu überwinden".[94]

Umgeben von wenigen Freunden, darunter seinem ehemaligen Mitstreiter Wilhelm Dittmann, erlebte er in Bern das Kriegsende. Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten ließ ihn im Dezember 1945 nochmals zur Feder greifen, um gegen „das Unrecht jenseits Oder und Neiße" zu protestieren.[95] Die feste Absicht, den 100. Geburtstag in Deutschland zu verleben, vereitelte der Tod. Am 31. März 1947 starb Ledebour in Bern im Alter von 97 Jahren.

[94] Schreiben von Alida de Jager vom 5. 8. 1964.

[95] Georg Ledebour, *Für Recht und Menschlichkeit. Verbessert die Zustände in dem Totenland jenseits Oder und Neiße!*, in: *Neue Volks-Zeitung (New York)*, Nr. 51 vom 22. 12. 1945.

SCHLUSSBETRACHTUNG

Eine Einstufung Ledebours innerhalb der sozialdemokratischen Führerschaft erweist sich nicht nur deshalb als schwierig, weil Ledebour nach einer Formulierung Veit Valentins zeitlebens ein „Eigenbrötler des Sozialismus“ war,[1] sondern weil er verhältnismäßig spät, darin etwa Franz Mehring vergleichbar, zur Sozialdemokratie gestoßen und durch sein „bürgerliches“ Erlebnis bereits stark vorgeformt war. Generationsmäßig gehörte der bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges 64jährige zur Gruppe sozialdemokratischer Parteiveteranen wie Bernstein, Molkenbuhr, Vollmar und Kautsky. Nach sozialdemokratischen „Dienstjahren“ bemessen, müßte er mit Severing, Ebert und Keil auf eine Stufe gestellt werden, wiewohl er nach Herkunft und Bildungsgang diesen aus dem Arbeiterstande emporgewachsenen Funktionären fernstand. An ehesten könnte er der Schicht der Parteiintellektuellen zugerechnet werden, obgleich er weder mit Rosa Luxemburg noch mit Ludwig Frank, um nur zwei der profiliertesten Persönlichkeiten des linken und rechten Flügels herauszugreifen, in ihrer geistigen Potenz und politischen Bedeutung vergleichbar ist.

Ledebours politisches Wirken und sein persönlicher Werdegang waren nicht frei von inneren und äußeren Spannungen. Als früh Verwaister und durch ein körperliches Leiden an der Entfaltung seiner künstlerischen Fähigkeiten gehindert, war er gezwungen, auf eine seiner Veranlagung adäquate Ausbildung zu verzichten und einer seiner Neigung entsprechenden Berufswahl zu entsagen. Ein erstes Betätigungsfeld fand er in der liberalen Arbeiterbewegung, für die er seine in England gesammelten Erfahrungen mit den *trade unions* nutzbar machen konnte. Die Erkenntnis der Grenzen der Bewegung und ein starkes Interesse am Politischen ließen den gemäßigten Sozialreformer, der die Arbeiteremanzipation damals noch von der Befriedigung des Bildungsdranges, der organisierten wirtschaftlichen Selbsthilfe und dem gewerkschaftlichen Kampf auf der Basis wachsender Produktivität der Wirtschaft in einem Koalitionsrecht und demokratisches Wahlrecht garan-

[1] Veit Valentin, *Deutsche Geschichte*, Frankfurt/Main—Wien—Zürich 1960, S. 647.

tierenden Staat erwartete, den Weg zu einer der politischen Parteien der Bismarckära finden.

Er schloß sich der von einer Gruppe rebellierender Fortschrittler und radikaler Demokraten gebildeten Demokratischen Partei an, die alle mit dem bestehenden Linksliberalismus Unzufriedenen um sich zu scharen suchte. Die radikal-demokratische Zielsetzung der Partei entsprach den Vorstellungen Ledebours, der von der Notwendigkeit einer Reform der politischen Verhältnisse überzeugt war. Von einer maßvoll betriebenen staatlichen Arbeiterschutzgesetzgebung, die dennoch die Selbsttätigkeit und Bewegungsfreiheit der Arbeiter nicht über Gebühr begrenzte, erhoffte er die Lösung der sozialen Frage, die sowohl der Anwendung revolutionärer Mittel nach dem Muster der Sozialdemokratie entriet als auch in Distanz zur Selbstgenügsamkeit des Manchesterliberalismus stand. Trotz angestrengter Bemühungen, die in der Bewegung vereinten divergierenden Kräfte und Strömungen zu bändigen und die anstehenden politischen Hindernisse zu überwinden, mußten die demokratischen Führer mit Ledebour bald einsehen, daß eine Massenbasis für ihre Partei nicht zu gewinnen war. Die bittere Erkenntnis, daß die liberalen Parteien nicht bereit und fähig waren, eine alle Bevölkerungsklassen umschließende demokratische Volkspartei im Sinne der programmatischen Forderungen der Demokraten zu schaffen, nahm Ledebour als Trauma mit hinüber zur Sozialdemokratie.

Ledebours Übergang zur SPD erfolgte ohne scharfen Bruch, wiewohl er eine innere Metamorphose bewirkte. Der ausgleichende, flexible Zug in seinem Wesen wurde allmählich durch eine immer stärker werdende Intransigenz und Starrheit verdrängt — Charaktereigenschaften, von denen sich auch der *homo politicus* später nicht mehr zu emanzipieren vermochte. Die aus der Enttäuschung genährte Abneigung gegenüber den liberalen Parteien weitete sich bei ihm bald zu einem massiven Vorbehalt gegenüber dem Bürgertum und dem als „bürgerlich" apostrophierten Staat und seiner Gesellschaft aus. Es verwundert daher nicht, daß er schon in den ersten Jahren seiner Parteizugehörigkeit zu den „Radikalen" gerechnet wurde.

Ledebour war seit seinem Eintritt in die Sozialdemokratie fest davon überzeugt, daß der Politik aller übrigen Parteien nur mit Unversöhnlichkeit und Kompromißlosigkeit entgegengetreten werden könne. Er hat sich deshalb auch energisch gegen eine sozialdemokratische Beteiligung an den preußischen Dreiklassenwahlen ausgesprochen und jedes sozialdemokratisch-liberale Zusammengehen in den Stichwahlen oder bei Abstimmungen im Reichstag abgelehnt. Auch später als Mitver-

antwortlicher für die USPD-Politik blieb er der Taktik der Enthaltung, des permanenten Verweilens in der wohlbehüteten Festung, verschworen und hielt jede bürgerlich-sozialistische Regierungsgemeinschaft für inakzeptabel. Die unmarxistische Auffassung, daß alle Parteien gegenüber der Sozialdemokratie „eine reaktionäre Masse" bildeten, war zwar in der SPD weit verbreitet, bei Ledebour aber gehörte sie zum Herzstück seiner politischen Vorstellungswelt. Seine unablässige Forderung nach Abstinenz hatte ihren Ursprung in der Furcht, eine Kollaboration oder Machtteilung mit den bürgerlichen Kräften werde die Substanz der sozialdemokratischen Doktrin aufzehren, die bestehenden Gegensätze verwischen und damit die SPD zu einer bürgerlich-demokratischen Reformpartei absinken lassen. Das aber wollte der gescheiterte demokratische Reformer gerade verhindern. Nicht von der Einebnung der Unterschiede erhoffte er sich eine Umgestaltung der politischen und sozialen Verhältnisse, sondern vom Festhalten an der sozialdemokratischen Besonderheit. Deshalb war er ein unerbittlicher Verfechter der sozialdemokratischen Absolutheitsansprüche.

In dem Bestreben, kein Jota von der Doktrin preiszugeben, traf er sich mit dem Grundanliegen der von Kautsky geführten Marx-Orthodoxie. Ledebour hat die offizielle Parteiideologie vor 1914 — man könnte sagen bis in den Weltkrieg hinein — literarisch und rhetorisch unterstützt und zu ihrer Festigung beigetragen, ohne sich jedoch in allen Fragen bedingungslos den Parteiaxiomen zu unterwerfen. Wie etwa seine Haltung in der Nationalitätenfrage zeigt, beharrte Ledebour auf einer Eigenständigkeit im Urteil, das er nötigenfalls mit rücksichtsloser Offenheit zu vertreten wußte. Einen Ausbruch aus dem Gehäuse überlieferter Parteianschauungen hat er weder versucht noch angestrebt. Der Weg, den ein Teil der als revisionistisch apostrophierten sozialdemokratischen Politiker einschlug, um die Kluft zwischen Ideologie und Wirklichkeit zu überbrücken, kam für Ledebour nicht in Frage. Andererseits hat er seinen Protest gegen das Bestehende auch nicht in Forderungen artikuliert, wie sie der Kreis um Rosa Luxemburg erhoben hat.

Wenngleich er vor 1914 im Prinzipiellen dem offiziellen Parteidogma verpflichtet war, so hat er sich doch in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch in manchen Fragen der Taktik vom allgemeinen Parteikurs distanziert. Der Versuch der neuen Führergeneration nach Bebel, die Trennwände, die die Theorie und Rabulistik der Partei zwischen Nation und Arbeiterschaft aufgerichtet hatte, in bescheidenem Maße abzubauen, kollidierte mit Ledebours isolationistischen Vorstellungen.

Der dadurch entstandene Graben weitete sich zum Abgrund, als mit der Akzeptierung des Burgfriedens durch die Parteimehrheit der alte Oppositionskurs seine Berechtigung verloren hatte. Doch selbst nach der Loslösung von der alten Partei blieb Ledebour bis 1918 weitgehend dem engen Kreis der Vorkriegsanschauungen verhaftet.

Die Kriegsereignisse und enge Zusammenarbeit mit den Revolutionären Obleuten machten Ledebour zunehmend radikalen Forderungen gegenüber aufgeschlossen. Sie befreiten ihn von seinen früheren Hemmungen gegenüber der Anwendung außerparlamentarischer Mittel und nahmen ihm die Scheu vor den Waffen der „direkten Aktion".

In den entscheidenden Wochen des Staatsumsturzes zeigte sich bei ihm die lähmende Wirkung der Belastungen aus der Vorkriegszeit. Die Betätigung einer starren, grundsätzlichen Opposition und das Beharren auf dem Abstinenzgrundsatz hatten die Bereitschaft zur Übernahme von Regierungsverantwortung erstickt. Seine Hilflosigkeit im Handeln und das Fehlen eines auf die politischen Realitäten anwendbaren Konzepts offenbarten sich in verhängnisvoller Weise während des Januaraufstands von 1919. Weder wußte er, was er mit der ihm zufallenden Macht anfangen sollte, noch konnte er der von ihm erbittert bekämpften SPD-Regierung eine Alternative entgegenstellen.

Nach dem mißlungenen Aufstandsversuch verhärtete sich Ledebours politischer Stil zusehends; seine Kompromißlosigkeit entzweite ihn schließlich mit den engsten Anhängern in seiner Partei. Wie seine seit 1920 gehaltenen Reichstagsreden zeigen, verfiel er mehr und mehr einem Illusionsdenken und einem naiven Glauben an die Heilswirkung des Sozialismus. Konkrete Wege zur Erreichung dieses Zieles hat er nicht aufgezeigt.

Daß sich Ledebour schließlich mit der Rolle eines resignierten Außenseiters begnügen mußte, rührt nicht allein daher, daß er unter dem Bann überkommener Verhaltensmuster stand, sondern liegt vor allem auch in seiner Persönlichkeit begründet. Bei Ledebour offenbart sich in geradezu typischer Weise die Identität von Persönlichkeit und Politik. Schon seit Anfang der 90er Jahre, spätestens seit den Revisionismusdebatten war es den engeren Parteigängern und auch den politischen Kontrahenten Ledebours bekannt, daß dieser nicht nur ein intransigenter Verteidiger der überlieferten Parteidogmen, sondern auch ein unversöhnlicher Charakter war. Bernstein, Heine und David, später Ebert und Scheidemann waren die Hauptzielscheiben seiner schroffen, verletzenden polemischen Ausfälle. Selbst die Ledebour Nahestehenden in den Redaktionen und in der Fraktion verhehlten nicht, daß

er eine „ausgeprägte Persönlichkeit mit scharfen Kanten und Ecken" sei, wie es die *Freiheit* einmal in einer verhaltenen Kritik andeutete.[2] Allerdings gab es weder bei Freunden noch Feinden Zweifel an seiner redlichen, aufrechten Gesinnung, seiner Uneigennützigkeit und seinem persönlichen Mut. Er war kein Mann der halbherzigen Kompromisse, Akkommodation und Opportunismus waren ihm verhaßt.

Im Hinblick auf die Möglichkeiten, die ihm auf Grund seiner Fähigkeiten als Massenagitator und Parlamentarier offenstanden, bleibt zu bedauern, daß er Persönliches und Sachliches nicht zu trennen vermochte. Da er bei seiner „persönlichen" Politik ein wenig verläßlicher Faktor war, scheuten die in der Vorkriegssozialdemokratie Maßgeblichen davor zurück, ihn mit wichtigen Führungsaufgaben zu betrauen.[3] Der kurz nach Bebels Tod aufblitzende Gedanke, Ledebour zum Parteivorsitzenden zu designieren, wurde schnell wieder fallengelassen.[4] Sogar in der USPD bestanden 1917 starke Bedenken gegen ihn als Parteivorsitzenden „wegen seines auch im persönlichen Verkehr oft schroffen und intransigenten Auftretens".[5] Die Mehrheit der USPD war Anfang 1919 nicht geneigt, Ledebour als Vorsitzenden vorzuschlagen, da seine „verbohrte und verraute Politik" Anstoß erregt hatte.[6] Erst in der durch den Hallenser Aderlaß dezimierten USPD konnte er wieder als zweiter Vorsitzender neben Crispien inthronisiert werden.

Aus vorrangig persönlichen Motiven ließ Ledebour im November 1918 die Chance vorübergehen, im Rat der Volksbeauftragten mitzuwirken. Die Abneigung gegen die ihm persönlich „unsympathischen" SPD-Führer war größer als der Wille zur Meisterung eines politisch bedeutsamen Auftrags. Statt einem Minimum an Integration seinen Tribut zu zollen, beschritt er den Weg des Frondeurs, der mit allen zu Gebote stehenden Mitteln der Rhetorik — durch Schürung der Hetze gegen Ebert und Scheidemann —, durch Opposition und Obstruktion auf seine Weise den politischen Kurs zu bekämpfen suchte, den von verantwortlicher Stelle aus mitzubestimmen, er am 9. November abgelehnt hatte. Durch seine in den Revolutionsmonaten betriebene Politik hat Ledebour erheblich zur innenpolitischen Radikalisierung beigetra-

[2] Vgl. *Dem Kämpfer Georg Ledebour. Zu seinem 70. Geburtstage,* in: *Freiheit,* Nr. 73 vom 7. 3. 1920.

[3] Das bestätigt Ph. Scheidemann, *Memoiren* . . ., Bd. 1, S. 174.

[4] Vgl. dazu den Brief Südekums an Vollmar vom 23. 8. 1913 (Nachlaß Vollmar).

[5] W. Dittmann, *Erinnerungen* . . ., S. 795.

[6] *A. a. O.,* S. 1028.

gen und damit letztlich dem Totalitarismus der äußersten Rechten und Linken Vorschub geleistet. Insofern mag Scheidemann im Recht sein, wenn er Ledebour der Mitverantwortlichkeit für die Schwierigkeiten der jungen Weimarer Republik zeiht. Obwohl man Scheidemann bei seiner Beurteilung der Gestalt Ledebours nicht in allen Punkten zustimmen kann, scheint sie doch richtiger zu sein als die apologetische Würdigung Anna Siemsens. Daß Ledebour sich am Ende seiner politischen Laufbahn in „glänzender Einsamkeit" vorfand, lag nicht primär an widrigen „Umständen" und war nicht die Folge eines Wirkens von Kräften und Mächten, die Ledebour nicht zum Zuge kommen ließen, sondern hatte seine tiefere Ursache in Ledebours kompromißloser Persönlichkeit und in seinem Unvermögen, sich von bestimmten Denk- und Verhaltensformen zu lösen.

BIBLIOGRAPHIE GEORG LEDEBOUR

I. Schriften, Reden und Artikel

1882—1890

1. Vortrag vom 4. 11. 1882 im Berliner Ortsverein der Metallarbeiter (Hirsch-Duncker) über den Normalarbeitstag, in: *Der Gewerkverein,* Nr. 46, 17. 11. 1882, S. 183.
2. Vortrag vom 25. 11. 1882 im Berliner Ortsverein der Tischler über die englischen Gewerkvereine, in: *Der Gewerkverein,* Nr. 49, 8. 12. 1882, S. 195.
3. *Die Kürzung der Arbeitszeit auf Grund des Dollfus-Vertrages,* in: *Der Gewerkverein,* Nr. 13, 30. 3. 1883, S. 49.
4. *Reichstägliche Rückwärtsrevidierung!,* in: *Der Gewerkverein,* Nr. 17, 27. 4. 1883, S. 65.
5. *Wie hoch sind die Verwaltungskosten der englischen Gewerkvereine?,* in: *Der Gewerkverein,* Nr. 24, 15. 6. 1883, S. 93.
6. *Die Gründe der Kassentrennung bei den Gewerkvereinen der Bauhandwerker in England,* in: *Der Gewerkverein,* Nr. 26, 29. 6. 1883, S. 101—102.
7. *Ein Vorschlag zur Begründung von Frauengewerkvereinen,* in: *Der Gewerkverein,* Nr. 29, 20. 7. 1883, S. 113.
8. *Zur Begründung von Frauen-Gewerkvereinen,* in: *Der Gewerkverein,* Nr. 35, 31. 8. 1883, S. 137—138.
9. *Zur Begründung von Frauengewerkvereinen,* in: *Der Gewerkverein,* Nr. 37, 14. 9. 1883, S. 146.
10. Vortrag vom 6. 10. 1883 im Berliner Ortsverein der Tischler über Arbeiterinteressen, in: *Der Gewerkverein,* Nr. 41, 12. 10. 1883, S. 163.
11. Vortrag vom 20. 4. 1885 im Berliner Demokratischen Verein über den Normalarbeitstag, in: *Demokratische Blätter,* Nr. 17, 29. 4. 1885, S. 136.
12. Vortrag vom 18. 5. 1885 im Berliner Demokratischen Verein über die Sonntagsruhe und ihre Gegner im Parlament, in: *Demokratische Blätter,* Nr. 23, 10. 6. 1885, S. 182—183.
13. Zuschrift vom 10. 6. 1885 an die Redaktion der *Demokratischen Blätter* über den Maximalarbeitstag, in: *Demokratische Blätter,* Nr. 23, 10. 6. 1885, S. 184.
14. Vortrag vom 24. 9. 1885 vor Berliner Hausdienern über die Sonntagsruhe im kaufmännischen Gewerbe, in: *Demokratische Blätter,* Nr. 39, 30. 9. 1885, S. 311—312.
15. Vortrag vom 15. 10. 1885 vor Berliner Hausdienern über die Notwendigkeit einer berufsgenossenschaftlichen Organisation der Berliner Hausdiener, in: *Demokratische Blätter,* Nr. 42, 21. 10. 1885, S. 335—336.
16. Vortrag vom 26. 11. 1885 im Berliner Demokratischen Verein über die Angriffe auf das Ansehen des Parlaments, in: *Demokratische Blätter,* Nr. 48, 5. 12. 1885, S. 384.

17. Vortrag vom 7. 12. 1885 in Berlin über die Ziele der Demokratie, in: *Demokratische Blätter,* Nr. 49, 12. 12. 1885, S. 392.

1891

18. Vortrag vom 26. 6. 1891 in der Berliner Arbeiter-Bildungsschule über die Menschenrasse, in: *Vorwärts,* Nr. 150, 1. 7. 1891, 2. Beilage.
19. *Erklärung vom 11. 9. 1891,* in: *Vorwärts,* Nr. 213, 12. 9. 1891, Beilage.
20. Vortrag vom 24. 9. 1891 in der Berliner Arbeiter-Bildungsschule über den neuen Lehrplan, in: *Vorwärts,* Nr. 226, 27. 9. 1891, 2. Beilage.
21. Vortrag vom 17. 11. 1891 vor Berliner Hausdienern über die Beziehungen der gewerkschaftlichen zu den politischen und den Bildungsbestrebungen der proletarischen Bewegung, in: *Vorwärts,* Nr. 274, 22. 11. 1891, 2. Beilage.

1892

22. *Ein Staatsanwalt als Zeuge,* in: *Vorwärts,* Nr. 2, 3. 1. 1892, 2. Beilage.
23. *Zur Charakterisierung Herrn Eugen Richters,* in: *Vorwärts,* Nr. 111, 13. 5. 1892, 1. Beilage.
24. *Zur Krisis der Freien Volksbühne. Eine Erwiderung,* in: *Die Neue Zeit,* 6. Jg. (1892/93), Bd. 1, S. 284—289.

1893

25. *Die Behandlung politischer Gefangener,* in: *Sozialpolitisches Centralblatt,* 2. Jg. (1892/93), S. 289—291.
26. Vortrag vor Berliner Textilarbeitern über gewerkschaftliche und politische Bildungsbestrebungen, in: *Vorwärts,* Nr. 185, 9. 8. 1893, 1. Beilage.
27. *Die Lage der russischen Bauern,* in: *Sozialpolitisches Centralblatt,* 2. Jg. (1892/93), S. 549—550.
28. *Die Regierungs-Vorschläge zur Organisation des Handwerks,* in: *Sozialpolitisches Centralblatt,* 2. Jg. (1892/93), S. 569—572.
29. Rede vom 30. 8. 1893 in einer Berliner Parteiversammlung über die Behandlung der Anarchistenfrage auf dem Internationalen Kongreß in Zürich, in: *Vorwärts,* Nr. 205, 1. 9. 1893, Beilage.
30. *Der englische Gewerkvereins-Kongreß in Belfast,* in: (1) *Sozialpolitisches Centralblatt,* 2. Jg. (1892/93), S. 623—624; (2) *Vorwärts,* Nr. 216, 14. 9. 1893.
31. *Die deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker),* in: *Sozialpolitisches Centralblatt,* 3. Jg. (1893/94), S. 30—31.
32. *Die Sonderorganisation der polnischen Sozialdemokraten,* in: *Vorwärts,* Nr. 255, 29. 10. 1893.
33. *Zur Beurteilung der deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker),* in: *Sozialpolitisches Centralblatt,* 3. Jg. (1893/94), S. 79—80.
34. *Zur Polemik über die deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker),* in: *Sozialpolitisches Centralblatt,* 3. Jg. (1893/94), S. 103.
35. *Zur Reorganisation der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins,* in: *Vorwärts,* Nr. 278, 26. 11. 1893, 3. Beilage.
36. *Die Regelung des Lehrlingswesens,* in: (1) *Sozialpolitisches Centralblatt,* 3. Jg. (1893/94), S. 121—124; (2) *Vorwärts,* Nr. 207, 3. 9. 1893.

1894

37. *Sitzschemel für Pferdekutscher!*, in: (1) *Sozialpolitisches Centralblatt*, 3. Jg. (1893/94), S. 178—179; (2) *Vorwärts*, Nr. 7, 10. 1. 1894, 1. Beilage.
38. Rezension: *Unter der rothen Fahne. Blätter aus dem Tagebuch eines Volksschullehrers im Jahre 151 (1943)* von Hermann Lahrssen, Leipzig, in: *Vorwärts*, Nr. 36, 13. 2. 1894.
39. Rezension: *Die ethische Lebensansicht*. Von W. M. Salter. Übersetzt von G. v. Gizycki, Berlin 1894, in: *Vorwärts*, Nr. 43, 21. 2. 1894, 2. Beilage.
40. Rede vom 1. 3. 1894 in einer Berliner Akademiker-Versammlung über Nation und Nationalismus, in: *Vorwärts*, Nr. 52, 3. 3. 1894, 1. Beilage.
41. Rezensionen: Corvin, *Pfaffenspiegel. Historische Denkmäler des Fanatismus*, Rudolstadt.
    Corvin, *Die Geißler*, Rudolstadt.
    Emil König, *Ausgeburten des Menschenwahns im Spiegel der Hexenprozesse und des Auto da fés*, in: *Vorwärts*, Nr. 59, 11. 3. 1894, 2. Beilage.
42. Vortrag vom 3. 4. 1894 im 4. Berliner Wahlkreis über die Zeichen der Zeit, in: *Vorwärts*, Nr. 78, 5. 4. 1894, Beilage.
43. Rezension: *Des Seemanns Leben und Leiden*, Berlin 1894, in: *Vorwärts*, Nr. 81, 8. 4. 1894, 1. Beilage.
44. *Die Naturwissenschaft und die sozialdemokratische Theorie*, in: *Der Sozialdemokrat*, Berlin, Nr. 12 und 13, 19. 4. und 26. 4. 1894.
45. Rezension: *Der Antisemitismus und die Juden im Lichte der modernen Wissenschaft* von Prof. C. Lombroso. Übersetzt von Dr. H. Kurella, Leipzig 1894, in: *Vorwärts*, Nr. 100, 1. 5. 1894, 1. Beilage.
46. Rezension: *Die Theorie des Anarchismus* von Dr. R. Stammler, Berlin 1894, in: *Vorwärts*, Nr. 109, 13. 5. 1894, 3. Beilage.
47. *Nutzen und Lehren des 5. Internationalen Bergarbeiter-Kongresses*, in: (1) *Sozialpolitisches Centralblatt*, 3. Jg. (1893/94), S. 415—417; (2) *Vorwärts*, Nr. 120, 27. 5. 1894.
48. Rezension: *Die Untrennbarkeit und die Durchführung der nothwendigen religiösen und sozialen Reformen*. Von Dr. H. Stolp, Berlin 1894, in: *Vorwärts*, Nr. 124, 1. 6. 1894, 2. Beilage.
49. Rezension: *Sozialistische und ethische Erziehung im Jahre 2000*. Von Dr. F. Kemsies, Berlin 1893, in: *Vorwärts*, Nr. 135, 14. 6. 1894, 2. Beilage.
50. Rezension: *Der Caligula-Unfug*. Von Dr. Steinhammer, Berlin, in: *Vorwärts*, Nr. 135, 14. 6. 1894, 1. Beilage.
51. Rezension: *Die wahre Natur des Menschen und der soziale Fortschritt*. Von O. Köhler, Leipzig 1894, in: *Vorwärts*, Nr. 139, 19. 6. 1894, 2. Beilage.
52. Rezension: *Das rothe ABC oder sozialdemokratischer Katechismus. Ein Gesprächsbüchlein für das arbeitende Volk*. Von F. Berner, Aussig 1894, in: *Vorwärts*, Nr. 139, 19. 6. 1894, 2. Beilage.
53. Rezension: *Natürliche und soziale Religion*. Von F. Lütgenau, Stuttgart 1894, in: *Vorwärts*, Nr. 175, 31. 7. 1894, 2. Beilage.
54. Rezension: *Der Anarchismus und das Recht der Schwachen oder die drei Grundübel unserer Zeit*. Von Dr. E. Loewenthal, Berlin 1894, in: *Vorwärts*, Nr. 191, 18. 8. 1894, 2. Beilage.
55. Rezension: *Sibirien in Frankreich. Schilderungen* von E. v. Nordeck, Berlin 1894, in: *Vorwärts*, Nr. 191, 18. 8. 1894, 2. Beilage.

56. Rezension: *Fontanes Führer durch die Umgegend Berlins,* 3. Theil, *Westen und Süden,* Berlin, in: *Vorwärts,* Nr. 191, 18. 8. 1894, 2. Beilage.
57. Vortrag vom 15. 8. 1894 im 4. Berliner Wahlkreis über den Entwurf zur Reorganisation der Berliner Wahlvereine, in: *Vorwärts,* Nr. 191, 18. 8. 1894, 2. Beilage.
58. Rezension: *Die sieben Todsünden der modernen Gesellschaft. Ein Protest gegen die bestehende Wirtschaftsordnung und ihre Folgen.* Von J. v. Tyche, Wien 1894, in: *Vorwärts,* Nr. 234, 7. 10. 1894, 1. Beilage.
59. *Ein Beitrag zur Arbeitslosenfrage,* in: *Sozialpolitisches Centralblatt,* 4. Jg. (1894/95), S. 16—17.
60. Rezension: *Wer zerstört die Familie?* Von G. Keßler, in: *Vorwärts,* Nr. 246, 21. 10. 1894.
61. Rezension: *Die Stellung der Sozialdemokratie zur Religion.* Von Th. v. Wächer, Stuttgart, in: *Vorwärts,* Nr. 269, 17. 11. 1894, 1. Beilage.
62. *Zur Diskussion über den Frankfurter Parteitag,* in: *Vorwärts,* Nr. 272, 21. 11. 1894.
63. Schreiben auf eine Entgegnung Kautskys, in: *Vorwärts,* Nr. 276, 27. 11. 1894.
64. *Zur Diskussion über den Frankfurter Parteitag,* in: *Vorwärts,* Nr. 282, 4. 12. 1894.
65. *Der Sang an Thor,* in: *Vorwärts,* Nr. 291, 14. 12. 1894.
66. Antwort auf eine Erklärung Kautskys, in: *Vorwärts,* Nr. 295, 19. 12. 1894.

1895

67. *Was lehrt uns der Zug der Zehntausend?,* in: *Der Sozialdemokrat,* Berlin, Nr. 2, 10. 1. 1895.
68. *Die Konstituierung der Agrarkommission,* in: *Der Sozialdemokrat,* Berlin, Nr. 7, 14. 2. 1895.
69. Vortrag vom 6. 3. 1895 im 2. Berliner Wahlkreis über den Umsturz des Rechts, der Wissenschaft und der Kunst, in: *Vorwärts,* Nr. 61, 13. 3. 1895, 2. Beilage.
70. Rezension: J. Timm, *Das Sweating-System in der deutschen Konfektions-Industrie,* Flensburg 1895, in: *Vorwärts,* Nr. 113, 16. 5. 1895.
71. Rezension: *Die Weltkrisis und ihre Ärzte.* Von K. Rößler, Berlin 1895, in: *Vorwärts,* Nr. 159, 11. 7. 1895.
72. *Zum Agrarprogramm,* in: *Vorwärts,* Nr. 174, 28. 7. 1895.
73. *Was sollen wir dem Landproletarier sagen?,* in: *Vorwärts,* Nr. 183, 8. 8. 1895, 2. Beilage.
74. Vortrag vom 13. 8. 1895 im 6. Berliner Wahlkreis über die Vorschläge der Agrarkommission, in: *Vorwärts,* Nr. 189, 15. 8. 1895, 2. Beilage.
75. Rezension: *Wilhelm II als Erzieher. Von einem Deutschen,* Berlin 1895, in: *Vorwärts,* Nr. 192, 18. 8. 1895, 2. Beilage.
76. *Die Resolution des Parteitages zum Agrarprogramm,* in: *Vorwärts,* Nr. 258, 3. 11. 1895.
77. Rede vom 10. 12. 1895 in Berlin über die polizeiliche Auflösung der Berliner Parteiorganisation, in: *Vorwärts,* Nr. 290, 12. 12. 1895, 2. Beilage.

1896

78. Vortrag vom 14. 4. 1896 im 2. Berliner Wahlkreis über die Bedeutung des 1. Mai, in: *Vorwärts,* Nr. 89, 16. 4. 1896, 2. Beilage.
79. Erklärung vom 9. 9. 1896 an die Redaktion des *Vorwärts,* in: *Vorwärts,* Nr. 212, 10. 8. 1896.

1897

80. Rede vom 19. 1. 1897 im Berliner Verein „Vorwärts“ über die Unvermeidbarkeit des Klassenkampfes, in: *Vorwärts*, Nr. 17, 21. 1. 1897, Beilage.
81. Rede vom 3. 3. 1897 in Berlin über die Gemeinsamkeit der deutsch-englischen Interessen, in: *Vorwärts*, Nr. 54, 5. 3. 1897, Beilage.
82. Rede vom 18. 3. 1897 im 3. Berliner Wahlkreis über den 18. März und seine Bedeutung für das Proletariat, in: *Vorwärts*, Nr. 66, 19. 3. 1897.
83. Rede vom 1. 6. 1897 in einer Berliner Akademiker-Versammlung über das Vordringen der sozialistischen Ideen, in: *Vorwärts*, Nr. 127, 3. 6. 1897, 2. Beilage.
84. Rede vom 12. 9. 1897 in einer Berliner Parteikonferenz über die Wahlbeteiligungsfrage, in: *Vorwärts*, Nr. 214, 14. 9. 1897.
85. *Der Hamburger Parteitag und die preußischen Landtagswahlen*, in: *Sozialistische Monatshefte*, 1. Jg. (1897), S. 525—530.

1898

86. Rede vom 11. 2. 1898 im 3. Berliner Wahlkreis über die taktischen Meinungsverschiedenheiten in der SPD, in: *Vorwärts*, Nr. 36, 12. 2. 1898, 1. Beilage.
87. *Zur Vorgeschichte der 48er Revolution in Deutschland*, in: *Vorwärts*, Nr. 48 und 50, 26. 2. und 1. 3. 1898.
88. Vortrag vom 4. 4. 1898 in einer Berliner Volksversammlung über die sozialdemokratische „Weltpolitik“, in: *Vorwärts*, Nr. 81, 6. 4. 1898, Beilage.
89. *Wie die Sozialdemokratie an den Opportunismus gewöhnt wird*, in: *Sozialistische Monatshefte*, 2. Jg. (1898), S. 169—178.
90. Rede vom 24. 5. 1898 in einer Berliner Volksversammlung über die bevorstehenden Reichstagswahlen, in: *Vorwärts*, Nr. 121, 26. 5. 1898, Beilage.
91. Vortrag vom 8. 8. 1898 im Berliner Arbeiterbildungs-Verein über die Aufgaben der SPD und ihrer Organisation, in: *Vorwärts*, Nr. 191, 17. 8. 1898, Beilage.
92. Vortrag vom 23. 8. 1898 in Berlin zur Frage der Beteiligung an den preußischen Dreiklassenwahlen, in: *Vorwärts*, Nr. 197, 24. 8. 1898.
93. Vortrag vom 24. 8. 1898 in Berlin zur Wahlbeteiligungsfrage, in: *Vorwärts*, Nr. 199, 26. 8. 1898.
94. Rede in Berlin zur Wahlbeteiligungsfrage, in: *Vorwärts*, Nr. 202, 30. 8. 1898.
95. Rede vom 13. 9. 1898 in Berlin über den kommenden Parteitag, in: *Vorwärts*, Nr. 216, 15. 9. 1898, 1. Beilage.
96. *Der Parteitag in Stuttgart*, in: *Sozialistische Monatshefte*, 2. Jg. (1898), S. 441—445.

1899

97. *Will Bernstein die Taktik unserer Partei umstürzen?*, in: *Sächsische Arbeiter-Zeitung*, Nr. 198, 200, 201, 203 und 205, 27., 30., 31. 8., 2. und 5. 9. 1899, Beilage.
98. Reden vom 9., 12. und 14. 10. 1899 auf dem Parteitag in Hannover über die Registrierung der im Löbtauer Prozeß Verurteilten und zu den Anschauungen Bernsteins, verbunden mit Angriffen gegen Heine und Schippel, in: *Prot. PT SPD 1899*, S. 77—79, 80—81, 195—197, 217, 222, 273—275.
99. Erklärung zu einem Bericht des *Vorwärts* vom 22. 10. 1899, in: *Vorwärts*, Nr. 262, 8. 11. 1899.

1900

100. Reden vom 18., 19. und 20. 9. 1900 auf dem Parteitag in Mainz über die Weltpolitik, zu Fragen der Handelspolitik und gegen Wahlbündnisse mit bürgerlichen Parteien, in: *Prot. PT SPD 1900,* S. 166—167, 195—196, 218—219.
101. Rede vom 26. 9. 1900 im 6. Berliner Wahlkreis über aktuelle Fragen der Weltpolitik, in: *Vorwärts,* Nr. 226, 28. 9. 1900, 2. Beilage.
102. Rede vom 2. 10. 1900 im 6. Berliner Wahlkreis über die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagsnachwahl, in: *Vorwärts,* Nr. 231, 4. 10. 1900, 1. Beilage.
103. Rede vom 4. 10. 1900 im 6. Berliner Wahlkreis über die deutsche Weltpolitik, in: *Vorwärts,* Nr. 233, 6. 10. 1900.
104. Rede vom 11. 10. 1900 im 6. Berliner Wahlkreis über die bevorstehende Reichstagsnachwahl, in: *Vorwärts,* Nr. 239, 13. 10. 1900.
105. Rede vom 18. 10. 1900 im 6. Berliner Wahlkreis über die politische Lage in Deutschland, in: *Vorwärts,* Nr. 245, 20. 10. 1900, 1. Beilage.
107. Rede vom 23. 10. 1900 im 6. Berliner Wahlkreis über die Wahlagitation der bürgerlichen Parteien, in: *Vorwärts,* Nr. 249, 25. 10. 1900, 2. Beilage.
108. Reichstagsrede vom 20. 11. 1900 (persönlich), in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 179, S. 69.

1901

109. Reichstagsrede vom 25. 1. 1901 über die Lage der arbeitenden Klassen in Preußen und die 12 000 Mark-Affaire, verbunden mit Angriffen auf das preußische Regierungssystem, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 179, S. 891—897.
110. Reichstagsrede vom 25. 1. 1901 (persönlich), in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 179, S. 910 und 911.
111. Reichstagsrede vom 16. 2. 1901 gegen die Benachteiligung der polnischen Minderheit im Postverkehr, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 180, S. 1423—1425.
112. Reichstagsrede vom 27. 2. 1901 für die Gleichberechtigung der nationalen Minderheiten in Deutschland, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 180, S. 1583—1585.
113. Reichstagsrede vom 5. 3. 1901 über Versäumnisse der deutschen Regierung im Burenkrieg, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 180, S. 1697—1702.
114. Reichstagsrede vom 18. 3. 1901 zu einer Petition betr. das tierärztliche Studium, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 181, S. 1961—1962.
115. Reichstagsrede vom 18. 3. 1901 (persönlich), in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 181, S. 1965.
116. Reichstagsrede vom 20. 3. 1901 über den Tuckerbrief, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 181, S. 2021—2023.
117. Reichstagsrede vom 20. 3. 1901 (persönlich), in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 181, S. 2037.
118. Rede vom 18. 4. 1901 vor Berliner Gastwirtsgehilfen über den Arbeitsschutz im Gaststättengewerbe, in: *Vorwärts,* Nr. 92, 20. 4. 1901, 2. Beilage.
119. Rede in einer Berliner Parteiversammlung gegen die Erhöhung der Getreidezölle, in: *Vorwärts,* Nr. 99, 28. 4. 1901.
120. Rede vom 1. 5. 1901 im 1. Berliner Wahlkreis über die Bedeutung des Achtstundentages, in: *Vorwärts,* Nr. 101 a, 2. 5. 1901.
121. Reichstagsrede vom 3. 5. 1901 zu einer Petition betr. Honighandel, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 181, S. 2539.
122. Rede vom 7. 5. 1901 vor Berliner Bäckern gegen die Verschlechterung der Bäcker-Verordnung, in: *Vorwärts,* Nr. 106, 8. 5. 1901, 2. Beilage.
123. Rede vom 21. 5. 1901 im 4. Berliner Wahlkreis über die politische Lage, in: *Vorwärts,* Nr. 118, 23. 5. 1901.

124. Rede vom 6. 8. 1901 über die SPD im Kampfe gegen „Scharfmacherei und Flaumacherei“, in: *Vorwärts*, Nr. 183, 8. 8. 1901.
125. Reden vom 23. und 25. 9. 1901 auf dem Parteitag in Lübeck für ein gutes Zusammenwirken von SPD und PPS und über die sozialdemokratische Presse, in: *Prot. PT SPD 1901*, S. 129—130, 199—200, 204.
126. Zuschrift vom 1. 10. 1901 zum Organisationsstreit im 6. Berliner Wahlkreis, in: *Vorwärts*, Nr. 230, 2. 10. 1901, 2. Beilage.
127. Zuschrift vom 3. 10. 1901 zum Organisationsstreit im 6. Berliner Wahlkreis, in: *Vorwärts*, Nr. 232, 4. 10. 1901, 2. Beilage.
128. Zuschrift zum Organisationsstreit im 6. Berliner Wahlkreis, in: *Vorwärts*, Nr. 233, 5. 10. 1901, Beilage.
129. Rede vom 8. 10. 1901 im 6. Berliner Wahlkreis über den Parteitag in Lübeck, in: *Vorwärts*, Nr. 237, 10. 10. 1901, 1. Beilage.
130. Rede vom 22. 10. 1901 über den südafrikanischen Krieg und seine Lehren, in: *Vorwärts*, Nr. 250, 25. 10. 1901, 1. Beilage.
131. Reden vom 4. und 5. 11. 1901 in Dortmund und Witten über den Kampf gegen die Reaktion, in: *Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung*, Nr. 261, 7. 11. 1901, Beilage.
132. *Was revolutioniert die Arbeiterschaft?*, in: *Die Neue Zeit*, 20. Jg. (1901/02), Bd. 1, S. 301—306.
133. Reichstagsrede vom 10. 12. 1901 über die Nationalitätenpolitik in Deutschland und den Wreschener Schulkrawall, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 182, S. 3106—3111.

1902

134. Reichstagsrede vom 27. 2. 1902 zu einer Petition betr. die Einführung des Postscheckverfahrens, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 183, S. 4444—4445, 4446.
135. Reichstagsrede vom 3. 3. 1902 über die deutsche Chinapolitik und über den Burenkrieg, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 183, S. 4547—4551.
136. Reichstagsrede vom 4. 3. 1902 über das Verhalten der Parteien zur Burenfrage, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 183, S. 4570—4572.
137. Reichstagsrede vom 6. 3. 1902 über Mißstände in der Kolonie Kamerun, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 183, S. 4629—4630.
138. Rede vom 22. 3. 1902 in Offenbach über den südafrikanischen Krieg und die Sozialdemokratie, in: *Offenbacher Abendblatt*, Nr. 70, 24. 3. 1902.
139. Reichstagsrede vom 1. 5. 1902 für die Einführung des Stimmzettel-Couverts und der Wahlzelle, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 184, S. 5201—5202.
140. Rede vom 1. 5. 1902 im 6. Berliner Wahlkreis über den 1. Mai, in: *Vorwärts*, Nr. 101a, 2. 5. 1902.
141. Rede vom 27. 5. 1902 im 6. Berliner Wahlkreis über die Brüsseler Zuckerkonvention und die Zuckersteuervorlage, in: *Vorwärts*, Nr. 122, 29. 5. 1902.
142. Reichstagsrede vom 10. 6. 1902 für die Abschaffung der Zuckersteuer, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 184, S. 5555—5558.
143. Reichstagsrede vom 11. 6. 1902 über das Süßstoffgesetz, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 184, S. 5593—5594.
144. Rede vom 11. 6. 1902 in einer Berliner Volksversammlung gegen die preußische Polenpolitik, in: *Vorwärts*, Nr. 136, 14. 6. 1902.
145. *Zum Friedensschluß in Südafrika*, in: *Die Neue Zeit*, 20. Jg. (1901/02), Bd. 2, S. 308—311.

146. Rede vom 25. 6. 1902 in einer Berliner Volksversammlung über die deutsche Zuckergesetzgebung, in: *Vorwärts*, Nr. 150, 1. 7. 1902.
147. Rede vom 30. 6. 1902 in Verden über Brotwucher und Weltpolitik, in: *Bremer Bürger-Zeitung*, Nr. 152, 3. 7. 1902, Beilage.
148. Rede vom 2. 7. 1902 in Bremen über die allgemeine politische Lage, in: *Bremer Bürger-Zeitung*, Nr. 153, 4. 7. 1902.
149. Rede vom 10. 7. 1902 in einer Berliner Volksversammlung gegen die Politik des Zaren, in: *Vorwärts*, Nr. 160, 12. 7. 1902.
150. Reden vom 14., 16. und 19. 9. 1902 auf dem Parteitag in München über das Verhältnis der SPD zur PPS und die politische Lage vor den Reichstagswahlen, in: *Prot. PT SPD 1902*, S. 151—152, 154—155, 241—242, 305—306.
151. Rede vom 20. 10. 1902 in Berlin gegen die Fleischteuerung, in: *Vorwärts*, Nr. 248, 23. 10. 1902, 2. Beilage.
152. Reichstagsrede vom 21. 11. 1902 über die Zolltarifvorlage, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 185, S. 6512—6514.
153. Reichstagsrede vom 27. 11. 1902 gegen die Beschneidung parlamentarischer Rechte in der Zolltarifdebatte, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 186, S. 6663—6665.
154. Rede vom 27. 11. 1902 im 6. Berliner Wahlkreis über das Verhalten der Reichstagsmehrheit in der Zolltarifdebatte, in: *Vorwärts*, Nr. 279, 29. 11. 1902, 1. Beilage.
155. Reichstagsrede vom 2. 12. 1902 über Verstöße gegen die Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 186, S. 6802—6803.
156. Reichstagsrede vom 4. 12. 1902 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 186, S. 6924.
157. Reichstagsrede vom 10. 12. 1902 zur Petition betr. Papierzölle, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 186, S. 7057—7058.
158. Reichstagsrede vom 10. 12. 1902 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 186, S. 7075—7076.
159. Rede vom 9. 12. 1902 im 6. Berliner Wahlkreis über die Vorgänge im Reichstag, in: *Vorwärts*, Nr. 289, 11. 12. 1902, 2. Beilage.
160. Rede vom 16. 12. 1902 im 6. Berliner Wahlkreis über die politischen Verhältnisse, in: *Vorwärts*, Nr. 295, 18. 12. 1902.

1903

161. Reichstagsrede vom 3. 2. 1903 über mangelhafte Zustände verschiedener Reichstagseinrichtungen, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 187, S. 7633—7635.
162. Reichstagsrede vom 5. 2. 1903 über das Jesuitengesetz, zur Diätenfrage, über die Abgrenzung der Wahlkreise und die deutsche Welt- und Polenpolitik, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 187, S. 7685—7697.
163. Reichstagsrede vom 5. 2. 1903 (persönlich), in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 187, S. 7714—7715.
164. Reichstagsrede vom 12. 2. 1903 (persönlich), in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 187, S. 7899, 7900.
165. Reichstagsrede vom 18. 2. 1903 gegen den Abgeordneten Stöcker, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 187, S. 8007—8010.
166. Vortrag vom 24. 2. 1903 in Berlin über die Aufgaben der Frau in der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, in: *Vorwärts*, Nr. 48, 26. 2. 1903, 1. Beilage.
167. Reichstagsrede vom 7. 3. 1903 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 187, S. 8477.

168. Reichstagsrede vom 11. 3. 1903 über die privilegierte Stellung von Militärmusikkapellen, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 188, S. 8575—8576.
169. Reichstagsrede vom 16. 3. 1903 über die Haftungsvorschriften im Straßen- und Motorwesen, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 188, S. 8679.
170. Reichstagsrede vom 16. 3. 1903 für die Ausdehnung gesetzlicher Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 188, S. 8680—8682, 8683.
171. Reichstagsrede vom 16. 3. 1903 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 188, S. 8693.
172. Reichstagsrede vom 16. 3. 1903 zu einer Petition betr. die Einführung des Zehnstundentages in der Textilindustrie, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 188, S. 8697.
173. Reichstagsrede vom 20. 3. 1903 für Nationalitätengleichberechtigung in Deutschland, verbunden mit Angriffen gegen den Zaren, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 188, S. 8769—8772, 8778—8779.
174. Rede vom 28. 4. 1903 im 6. Berliner Wahlkreis über die bevorstehenden Wahlen, in: *Vorwärts*, Nr. 100, 30. 4. 1903, 2. Beilage.
175. Rede vom 29. 4. 1903 im 5. Berliner Wahlkreis über die Volksvertretung, in: *Vorwärts*, Nr. 101, 1. 5. 1903, 2. Beilage.
176. Rede vom 12. 5. 1903 im 4. Berliner Wahlkreis über die Reichstagswahl, in: *Vorwärts*, Nr. 111, 14. 5. 1903, 1. Beilage.
177. Rede vom 14. 5. 1903 im 6. Berliner Wahlkreis über die SPD und ihre Gegner, in: *Vorwärts*, Nr. 113, 16. 5. 1903.
178. Rede vom 19. 5. 1903 im 6. Berliner Wahlkreis über die Wahlbewegung, in: *Vorwärts*, Nr. 117, 21. 5. 1903, 2. Beilage.
179. Rede vom 4. 6. 1903 im 6. Berliner Wahlkreis über die bevorstehende Reichstagswahl, in: *Vorwärts*, Nr. 129, 6. 6. 1903, 1. Beilage.
180. Rede vom 25. 8. 1903 im 6. Berliner Wahlkreis zur Präsidentenfrage, in: *Vorwärts*, Nr. 199, 27. 8. 1903, 1. Beilage.
181. Reden vom 16. und 20. 9. 1903 auf dem Parteitag in Dresden über die Rolle Rosa Luxemburgs bei den Verhandlungen zwischen SPD und PPS und gegen die Erörterung der Massenstreikfrage, in: *Prot. PT SPD 1903*, S. 276—277, 279, 433.
182. Rede vom 29. 9. 1903 im 6. Berliner Wahlkreis über die Ergebnisse des Dresdener Parteitags, in: *Vorwärts*, Nr. 229, 1. 10. 1903, 1. Beilage.
183. Rede vom 27. 10. 1903 im 6. Berliner Wahlkreis über die Aufgaben des preußischen Landtages, in: *Vorwärts*, Nr. 253, 29. 10. 1903.
184. Erklärung vom 29. 10. 1903 an die Redaktion des *Vorwärts*, in: *Vorwärts*, Nr. 254, 30. 10. 1903, 1. Beilage.
185. Rede vom 11. 11. 1903 in Berlin über die Landtagswahlen in Preußen, in: *Vorwärts*, Nr. 265, 12. 11. 1903, 2. Beilage.
186. *Soldatenschutzgesetze!*, in: *Die Neue Zeit*, 22. Jg. (1903/04), Bd. 1, S. 108—113.
187. *Zur Polenfrage. Eine Erwiderung*, in: *Vorwärts*, Nr. 284, 5. 12. 1903, 1. Beilage.
188. *Die Wahlergebnisse in Posen und Oberschlesien*, in: *Vorwärts*, Nr. 297, 20. 12. 1903, 3. Beilage.

1904

189. Reichstagsrede vom 8. 3. 1904 über Mißstände im Heerwesen mit einem Exkurs über Patriotismus und Sozialdemokratie, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 198, S. 1626—1634.

190. Reichstagsrede vom 12. 3. 1904 gegen eine Verstärkung des Unteroffizierskorps und über den deutschen Parlamentarismus, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 198, S. 1760—1762.
191. Reichstagsrede vom 18. 3. 1904 gegen die Einstellung von Marineleutnants, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 199, S. 1940—1941, 1945—1946, 1958.
192. Reichstagsrede vom 20. 4. 1904 für die Rückberufung der deutschen Truppen aus China, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 199, S. 2272—2273.
193. Reichstagsrede vom 22. 4. 1904 über den Hereroaufstand und seine Folgen, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 199, S. 2331, 2347.
194. Reichstagsrede vom 25. 4. 1904 gegen die finanzielle Beteiligung des Reiches am Bahnbau in Deutsch-Ostafrika und Togo, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 199, S. 2400—2401, 2407, 2411.
195. Reichstagsrede vom 14. 6. 1904 gegen den Bau einer Kolonialbahn in Togo, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 200, S. 3128—3132, 3138, 3139.
196. Rede im 6. Berliner Wahlkreis über den bevorstehenden Parteitag in Bremen, in: *Vorwärts*, Nr. 199, 25. 8. 1904, 1. Beilage.
197. Reden vom 20., 21. und 23. 9. 1904 auf dem Parteitag in Bremen über den Fall Schippel und die Tätigkeit der Reichstagsfraktion, in: *Prot. PT SPD 1904*, S. 199—206, 214, 260—262, 288—289.
198. Rede im 6. Berliner Wahlkreis über Friedebergs Äußerungen zum Generalstreik, in: *Vorwärts*, Nr. 235, 6. 10. 1904, 1. Beilage.
199. Reden vom 30. und 31. 12. 1904 auf dem Parteitag der sozialdemokratischen Partei Preußens in Berlin über das Landtagswahlrecht, verbunden mit Angriffen gegen Bernstein, in: *Prot. PT Preußen (1904)*, S. 93—102, 115—117, 118.

1905

200. *Zur Abwehr*, in: *Vorwärts*, Nr. 11, 13. 1. 1905.
201. Reichstagsrede vom 16. 1. 1905 über Vorwürfe gegen die SPD, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 201, S. 3799—3802, 3811—3812.
202. Reichstagsrede vom 24. 2. 1905 für Reformmaßnahmen im Eisenbahnwesen, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 202, S. 4782.
203. Reichstagsrede vom 8. 3. 1905 für eine Neueinteilung der Reichstagswahlkreise, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 203, S. 5075—5078, 5086—5088, 5089.
204. Reichstagsrede vom 18. 3. 1905 für eine Untersuchung der Landverhältnisse in Deutsch-Südwestafrika, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 203, S. 5391—5392, 5399—5400.
205. Reichstagsrede vom 22. 3. 1905 für eine Verbesserung des Heerwesens, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 203, S. 5505—5508.
206. Vortrag vom 17. 3. 1905 im 4. Berliner Wahlkreis über Junkerschutz und Junkertrutz, in: *Vorwärts*, Nr. 70, 23. 3. 1905.
207. Reichstagsrede vom 28. 3. 1905 für eine Senkung der Zuckersteuer, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 203, S. 5661.
208. Reichstagsrede vom 31. 3. 1905 über die Politik der Kolonialverwaltung in Deutsch-Südwestafrika, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 204, S. 5818—5819.
209. Reichstagsrede vom 6. 4. 1905 über die Folgen des Hereroaufstandes, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 204, S. 5884—5886, 5887—5888, 5890—5891.
210. Reichstagsrede vom 7. 4. 1905 gegen eine Ausweitung des Krieges in Deutsch-Südwestafrika, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 204, S. 5906—5907.
211. Reichstagsrede vom 11. 5. 1905 gegen den Bau einer Bahn in Kamerun, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 204, S. 5942—5943.

212. Reichstagsrede vom 25. 5. 1905 über ein Bahnprojekt in Kamerun, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 204, S. 6157—6160, 6180—6182.
213. Rede vom 15. 8. 1905 im 6. Berliner Wahlkreis über die Außenpolitik der Regierung, in: *Vorwärts*, Nr. 193, 19. 8. 1905.
214. Rede vom 22. 8. 1905 im 6. Berliner Wahlkreis über den bevorstehenden Parteitag, in: *Vorwärts*, Nr. 197, 24. 8. 1905, 1. Beilage.
215. Rede vom 20. 9. 1905 auf dem Parteitag in Jena über eine Resolution Bernsteins, in: *Prot. PT SPD 1905*, S. 228—230.
216. Rede vom 3. 10. 1905 im 6. Berliner Wahlkreis über den Jenaer Parteitag, in: *Vorwärts*, Nr. 233, 5. 10. 1905, 1. Beilage.
217. *Eine Literatenrevolte*, in: (1) *Die Neue Zeit*, 24. Jg. (1905/06), Bd. 1, S. 189—194; (2) *Vorwärts*, Nr. 262, 8. 11. 1905, 1. Beilage.
218. *Erwiderung* [auf eine Erklärung von Paul Büttner], in: *Die Neue Zeit*, 24. Jg. (1905/06), Bd. 1, S. 270.
219. Vortrag vom 30. 11. 1905 vor Berliner Steinarbeitern über Sozialdemokratie und Gewerkschaft, in: *Vorwärts*, Nr. 283, 3. 12. 1905, 5. Beilage.
220. Reichstagsrede vom 2. 12. 1905 gegen den Bau einer Kriegsbahn in Deutsch-Südwestafrika, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 214, S. 88—92, 108—111, 112.
221. Reichstagsrede vom 15. 12. 1905 gegen die Einmischung der Militärverwaltung in Kolonialangelegenheiten, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 214, S. 372—378, 380.

1906

222. Reichstagsrede vom 18. 1. 1906 gegen den Bau einer Bahn in Kamerun, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 214, S. 643—647, 663.
223. Reichstagsrede vom 19. 1. 1906 über die sozialdemokratische Auffassung von Kolonialpolitik, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 214, S. 670—674, 681—682.
224. Reichstagsrede vom 20. 2. 1906 gegen den Ausbau der Hohkönigsburg/Vogesen, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 215, S. 1432—1434, 1437.
225. Reichstagsrede vom 9. 3. 1906 für die Einbeziehung der Berliner Vororte in den Berliner Postverkehrstarif, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 216, S. 1898.
226. Reichstagsrede vom 15. 3. 1906 über die demoralisierende Wirkung der Kolonialpolitik, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 216, S. 2041—2046.
227. Reichstagsrede vom 16. 3. 1906 über das Schulwesen in den deutschen Kolonien, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 216, S. 2072—2077.
228. Reichstagsrede vom 17. 3. 1906 gegen die Errichtung von Konfessionsschulen in den afrikanischen Kolonien, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 216, S. 2099, 2101.
229. Erklärung zum Fall Peters, in: *Vorwärts*, Nr. 65, 18. 3. 1906, 1. Beilage.
230. Reichstagsrede vom 19. 3. 1906 über den Krieg in Deutsch-Südwestafrika, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 216, S. 2122—2123, 2127—2128.
231. Reichstagsrede vom 20. 3. 1906 über Mißstände in der Verwaltung Kameruns, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 216, S. 2156—2161.
232. Reichstagsrede vom 23. 3. 1906 über Schutzmaßnahmen für die Einwohner Kameruns, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 216, S. 2222—2223, 2224—2225.
233. Reichstagsrede vom 24. 3. 1906 über die Kriegstüchtigkeit der Buren, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 216, S. 2266—2267.
234. Reichstagsrede vom 26. 3. 1906 für die Abschaffung der Prügelstrafe in den Kolonien, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 216, S. 2297—2299.
235. Reichstagsrede vom 2. 4. 1906 über die Folgen der Exklusivität des Offizierskorps, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 216, S. 2520—2522, 2525—2527.

236. Reichstagsrede vom 4. 4. 1906 für die Einrichtung von Simultanschulen in Deutsch-Ostafrika, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 216, S. 2603—2604.
237. Reichstagsrede vom 5. 4. 1906 gegen die Ausweisung von Domela Nieuwenhuis aus Deutschland, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 216, S. 2651—2652.
238. Reichstagsrede vom 28. 4. 1906 für die Verbesserung des Vogelschutzes, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 217, S. 2751—2752.
238a. *Gegen Militarismus und kapitalistische Weltpolitik*, in: *Maifest-Zeitung der SPD* (1906), S. 6—7.
239. Reichstagsrede vom 22. 5. 1906 über Maßnahmen der Kolonialverwaltung in Deutsch-Südwestafrika, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 217, S. 3434—3436.
240. Reichstagsrede vom 26. 5. 1906 gegen die Bewilligung von Geldern für Bahnbauten in Deutsch-Südwestafrika, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 217, S. 3531—3532, 3541—3542.
241. Reichstagsrede vom 28. 5. 1906 für die Beendigung des Kriegszustandes in Deutsch-Südwestafrika, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 217, S. 3576.
242. *Die neue Propaganda für die Wüstenbahn*, in: *Vorwärts*, Nr. 217, 18. 9. 1906.
243. *Wie steht es in Südwestafrika?*, in: *Vorwärts*, Nr. 223, 25. 9. 1906.
244. Reden vom 25. und 27. 9. 1906 auf dem Parteitag in Mannheim zum Verhältnis von Partei und Gewerkschaften, in: *Prot. PT SPD 1906*, S. 199—200, 286—287, 291—292, 318—319.
245. Rede vom 17. 10. 1906 im 6. Berliner Wahlkreis über den Mannheimer Parteitag, in: *Vorwärts*, Nr. 243, 18. 10. 1906, 2. Beilage.
246. Rede vom 4. 11. 1906 im 3. Berliner Wahlkreis über die Landtagswahlen in Preußen, in: *Vorwärts*, Nr. 259, 6. 11. 1906.
247. Reichstagsrede vom 28. 11. 1906 über die wirtschaftliche Ertragsfähigkeit der Kolonien, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 218, S. 3976—3983.
248. Reichstagsrede vom 29. 11. 1906 (persönlich), in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 218, S. 4015—4016.
249. Reichstagsrede vom 30. 11. 1906 (persönlich), in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 218, S. 4040, 4050.
250. Reichstagsrede vom 1. 12. 1906 (persönlich), in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 218, S. 4080.
251. Reichstagsrede vom 3. 12. 1906 (persönlich), in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 218, S. 4119—4120.
252. Rede vom 4. 12. 1906 im 6. Berliner Wahlkreis über das Ergebnis der preußischen Landtagswahlen, in: *Vorwärts*, Nr. 284, 6. 12. 1906, 2. Beilage.
253. Reichstagsrede vom 13. 12. 1906 über den Nachtragsetat für die Kolonien, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 218, S. 4365—4367.
254. Rede vom 18. 12. 1906 im 6. Berliner Wahlkreis über den bevorstehenden Wahlkampf, in: *Vorwärts*, Nr. 295, 19. 12. 1906.

1907

255. *Die deutsche Kolonialpolitik*, Berlin, Verlag Buchhandlung Vorwärts, o. J. [1907], 16 S.
256. Rede vom 3. 1. 1907 im 6. Berliner Wahlkreis über die Kolonialpolitik der Regierung, in: *Vorwärts*, Nr. 4, 5. 1. 1907, 2. Beilage.
257. Reichstagsrede vom 6. 3. 1907 über die Lage in Deutsch-Südwestafrika, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 227, S. 284—292.
258. Reichstagsrede vom 12. 3. 1907 über die Folgen des Aufstandes in Deutsch-Südwestafrika, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 227, S. 410—412.

259. Reichstagsrede vom 19. 3. 1907 über die Rückwirkungen der preußischen Polenpolitik, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 227, S. 627—630.
260. Rede vom 19. 3. 1907 im 6. Berliner Wahlkreis über das Ergebnis der Reichstagswahlen, in: *Vorwärts*, Nr. 69, 22. 3. 1907, 1. Beilage.
261. Reichstagsrede vom 3. 5. 1907 gegen die Errichtung eines selbständigen Kolonialamtes, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 228, S. 1382—1385, 1388.
262. Reichstagsrede vom 4. 5. 1907 über die Amtsführung des Oberrichters von Kamerun, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 228, S. 1423—1426.
263. Reichstagsrede vom 8. 5. 1907 über die Kolonialpolitik in der Ära Dernburg, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 228, S. 1498—1500, 1502.
264. Reden vom 19. und 21. 8. 1907 auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart zur Kolonialfrage, in: *Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart, 18. bis 24. August 1907*, Berlin 1907, S. 30—31, 110—111.
265. Rede im 6. Berliner Wahlkreis über die Ergebnisse des Kongresses in Stuttgart, in: *Vorwärts*, Nr. 207, 5. 9. 1907, 2. Beilage.
266. Reden vom 17. und 18. 9. 1907 auf dem Parteitag in Essen gegen die Ernennung eines sozialdemokratischen Kolonialbeirates und zum Fall Noske, in: *Prot. PT SPD 1907*, S. 241—242, 259—261, 269—270, 274—276.
267. Rede vom 15. 10. 1907 im 6. Berliner Wahlkreis über den bevorstehenden Parteitag der sozialdemokratischen Partei Preußens, in: *Vorwärts*, Nr. 243, 17. 10. 1907, 1. Beilage.
268. Rede vom 21. 11. 1907 auf dem Parteitag der sozialdemokratischen Partei Preußens in Berlin über die Taktik bei den bevorstehenden Landtagswahlen, in: *Prot. PT Preußen (1907)*, S. 73—74.
269. *Das Ergebnis des preußischen Parteitags*, in: *Die Neue Zeit*, 26. Jg. (1907/08), Bd. 1, S. 284—288.
270. Rede vom 17. 12. 1907 im 6. Berliner Wahlkreis über Sozialdemokratie und Kolonialpolitik, in: *Vorwärts*, Nr. 296, 19. 12. 1907, 1. Beilage.

1908

271. *Bureaukratismus und Kamarillaregierung oder demokratischer Parlamentarismus? Rede des Reichstagsabgeordneten des 6. Berliner Wahlkreises Georg Ledebour in der Verfassungsdebatte am 2. Dezember 1908*, Berlin, Vorwärts Buchdruckerei, o. J. [1908], 16 S.
272. Reichstagsrede vom 16. 1. 1908 über das Enteignungsgesetz und seine Bedeutung für die polnischen Bevölkerungsteile Preußens, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 229, S. 2465—2471, 2482, 2487.
273. Reichstagsrede vom 30. 1. 1908 zu einer Petition der Werftarbeiter, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 230, S. 2767.
274. Reichstagsrede vom 31. 1. 1908 über die Tarifbestimmungen in Regierungsbetrieben, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 230, S. 2784—2787, 2790, 2793—2794.
275. Reichstagsrede vom 11. 2. 1908 für eine Änderung des Zuckersteuergesetzes, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 230, S. 3019—3020.
276. Reichstagsrede vom 12. 2. 1908 für die Einführung der Haftpflicht für Automobilbesitzer, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 230, S. 3078—3081.
277. Reichstagsrede vom 26. 2. 1908 (persönlich), in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 230, S. 3420.
278. Rede vom 25. 2. 1908 im 6. Berliner Wahlkreis über Sozialdemokratie und Kolonialpolitik, in: *Vorwärts*, Nr. 49, 27. 2. 1908, 2. Beilage.

279. *1848 und 1908*, in: *Die Neue Zeit*, 26. Jg. (1907/08), Bd. 1, S. 846—848.
280. Reichstagsrede vom 18. 3. 1908 über die Einstellung der SPD zu den kolonialpolitischen Maßnahmen der Ära Dernburg, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 231, S. 4058—4066, 4088—4089.
281. Reichstagsrede vom 20. 3. 1908 über den Baumwollanbau in den Kolonien, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 231, S. 4144—4145.
282. Reichstagsrede vom 26. 3. 1908 über Beschwerden deutscher Reichsangehöriger im Ausland, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 231, S. 4317—4318.
283. Reichstagsrede vom 31. 3. 1908 über die sogenannte Ostmarkenzulage, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 232, S. 4515—4516.
284. Reichstagsrede vom 8. 4. 1908 über den Sprachenparagraphen des Reichsvereinsgesetzes, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 232, S. 4825—4831.
285. Reichstagsrede vom 30. 4. 1908 gegen die Einführung der Automobilsteuer, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 232, S. 4936—4937, 4938.
286. Reichstagsrede vom 4. 5. 1908 über die Ostmarkenzulage, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 232, S. 5056—5058.
287. Reichstagsrede vom 5. 5. 1908 über Bahnbauten in den deutschen Kolonien, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 232, S. 5126—5131, 5137.
288. Reichstagsrede vom 7. 5. 1908 über Änderungen des Münzwesens, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 232, S. 5219.
289. Rede vom 14. 5. 1908 vor Berliner Jugendlichen über das neue Vereinsgesetz, in: *Vorwärts*, Nr. 114, 16. 5. 1908, 3. Beilage.
290. Rede vom 12. 10. 1908 auf der 3. Interparlamentarier-Konferenz zur Kolonialfrage, in: *Bureau Socialiste International. Compte-rendu officiel de la 3me conférence de la Commission Interparlementaire (12 octobre 1908)*, Gand 1909, S. 90—91, 93, 94.
291. Rede vom 8. 11. 1908 in Leipzig über das persönliche Regiment Wilhelms II., in: *Vorwärts*, Nr. 264, 10. 11. 1908.
292. Reichstagsrede vom 25. 11. 1908 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 233, S. 5738.
293. Reichstagsrede vom 2. 12. 1908 für die Einführung der Ministerverantwortlichkeit, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 233, S. 5915—5922.
294. Reichstagsrede vom 11. 12. 1908 über den Sprachenparagraphen des Reichsvereinsgesetzes, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 233, S. 6173—6177, 6185—6186.

1909

295. Reichstagsrede vom 23. 1. 1909 über das neue Vereinsgesetz, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 234, S. 6501—6510, 6520.
296. Reichstagsrede vom 15. 2. 1909 über die Bedeutung der Reichstagskommissionen, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 235, S. 6985—6987, 6991.
297. Reichstagsrede vom 25. 2. 1909 gegen die Ansiedlungsbeschränkungen für die polnischen Bevölkerungsteile, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 235, S. 7158—7161.
298. Reichstagsrede vom 2. 3. 1909 für die Einführung eines Bewirtschaftungszwanges in Togo, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 235, S. 7262—7264.
299. Reichstagsrede vom 3. 3. 1909 über die Politik der Regierung in Deutsch-Südwestafrika, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 235, S. 7291—7297.
300. Reichstagsrede vom 6. 3. 1909 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 235, S. 7402.

301. Reichstagsrede vom 9. 3. 1909 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 235, S. 7457.
302. *Zum 1. Mai*, in: *Die Neue Zeit*, 27. Jg. (1908/09), Bd. 2, S. 97—99.
303. Reichstagsrede vom 27. 3. 1909 für die Freigabe von Kiautschou, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 235, S. 7779—7782, 7787—7788, 7790.
304. Reichstagsrede vom 29. 3. 1909 für ein Abrüstungsabkommen zwischen Deutschland und England, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 236, S. 7818—7825, 7837.
305. *Die Einschränkung der Seerüstungen*, in: *Die Neue Zeit*, 27. Jg. (1908/09), Bd. 2, S. 99—106.
306. Reichstagsrede vom 17. 5. 1909 über Finanzen und Kolonien, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 236, S. 8494—8495.
307. Rede vom 3. 8. 1909 über die Haltung der Reichstagsfraktion zur Erbschaftssteuer, in: *Vorwärts*, Nr. 180, 5. 8. 1909, 1. Beilage.
308. *Erklärung vom 11. 9. 1909*, in: *Vorwärts*, Nr. 213, 12. 9. 1909.
309. Rede vom 14. 9. 1909 auf dem Parteitag in Leipzig über die Reichsfinanzreform und die Haltung der Fraktion zur Erbschaftssteuer, in: *Prot. PT SPD 1909*, S. 289—298, 351—359, 361—362, 364.
310. Rede vom 28. 9. 1909 im 6. Berliner Wahlkreis über die Haltung der Fraktion zur Erbschaftssteuer, in: *Vorwärts*, Nr. 228, 30. 9. 1909, 1. Beilage.
311. Rede vom 19. 10. 1909 über die Abstimmung der Fraktion in der Steuerdebatte, in: *Vorwärts*, Nr. 246, 21. 10. 1909, 2. Beilage.
312. Reichstagsrede vom 3. 12. 1909 zu Äußerungen des Abgeordneten Trimborn, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 258, S. 39—40, 42—43, 44.
313. Rede vom 7. 12. 1909 im 6. Berliner Wahlkreis über die preußische Wahlrechtsbewegung, in: *Vorwärts*, Nr. 287, 9. 12. 1909, 1. Beilage.

1910

314. Reichstagsrede vom 21. 1. 1910 über den Nachtragsetat für die Kolonien, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 259, S. 753—755, 759—760.
315. Reichstagsrede vom 25. 1. 1910 über die Haltung des Kolonialamtes gegenüber den Diamanteninteressenten in Deutsch-Südwestafrika, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 259, S. 789—794.
316. Reichstagsrede vom 31. 1. 1910 zur Landfrage in Deutsch-Südwestafrika, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 259, S. 920—921, 922.
317. Reichstagsrede vom 3. 2. 1910 gegen die Eingeborenenpolitik der Regierung in Deutsch-Südwestafrika, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 259, S. 1013—1016.
318. Reichstagsrede vom 4. 2. 1910 für die Verbesserung der Geschäftsordnung des Reichstages, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 259, S. 1054—1057.
319. Reichstagsrede vom 11. 2. 1910 über Äußerungen des Kriegsministers von Heeringen, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 259, S. 1157—1159.
320. Reichstagsrede vom 12. 2. 1910 über Heer und Reichsverfassung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 259, S. 1205—1209.
321. Reichstagsrede vom 15. 2. 1910 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 259, S. 1269, 1270.
322. Reichstagsrede vom 19. 2. 1910 für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 259, S. 1426—1435, 1436.
323. Reichstagsrede vom 7. 3. 1910 für die Einschränkung der Flottenrüstungen, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 260, S. 1825—1830, 1845.

324. Reichstagsrede vom 11. 3. 1910 über die Berliner Wahlrechtsdemonstrationen, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 260, S. 1980—1987, 2021.
325. Reichstagsrede vom 15. 3. 1910 für die Einschränkung der Rüstungsausgaben und für die Einführung der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 260, S. 2112, 2117—2123.
326. Reichstagsrede vom 17. 3. 1910 für die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems in Deutschland, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 260, S. 2227—2228, 2246.
327. *Oldenburg und seine Präsidenten,* in: *Vorwärts,* Nr. 71, 25. 3. 1910.
328. Reichstagsrede vom 21. 4. 1910 über die Pflichten des Reiches in den Kolonien, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 261, S. 2597.
329. Reichstagsrede vom 30. 4. 1910 über die Arbeiten der Reichstagskommission zur Überprüfung der Landverhältnisse in Deutsch-Südwestafrika, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 261, S. 2778—2785, 2808—2809.
330. Reichstagsrede vom 4. 5. 1910 über die Amtsführung Dernburgs, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 261, S. 2908—2910, 2911—2912.
331. Rede vom 14. 6. 1910 im 6. Berliner Wahlkreis über den bevorstehenden Kongreß der Internationale, in: *Vorwärts,* Nr. 138, 16. 6. 1910, 2. Beilage.
332. Rede vom 3. 7. 1910 vor dem Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Groß-Berlins zur Abrüstungsfrage, in: (1) *Mitteilungs-Blatt des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend,* 5. Jg. (1910/11), Nr. 1; (2) *Vorwärts,* Nr. 154, 5. 7. 1910, 1. Beilage.
333. *Die Interessenkämpfe in Südwestafrika,* in: *Die Neue Zeit,* 28. Jg. (1909/10), Bd. 2, S. 516—522, 578—585.
334. Rede vom 26. 7. 1910 im 6. Berliner Wahlkreis über den bevorstehenden Parteitag, in: *Vorwärts,* Nr. 174, 28. 7. 1910, 2. Beilage.
335. Rede vom 28. 8. 1910 in Kopenhagen zur Eröffnung des Internationalen Sozialistenkongresses, in: *Vorwärts,* Nr. 202, 30. 8. 1910.
336. Reden vom 29., 30., 31. 8. und 2. 9. 1910 auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Kopenhagen zur Abrüstungs- und Friedensfrage, in: *Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Kopenhagen, 28. August bis 3. September 1910,* Berlin 1910, S. 28—34, 43, 98, 99—100, 101—102.
337. Rede vom 18. 9. 1910 in Magdeburg über die Verfassungszustände in Deutschland, in: (1) *Vorwärts,* Nr. 220, 20. 9. 1910, 1. Beilage; (2) *Bremer Bürger-Zeitung,* Nr. 219, 19. 9. 1910, 1. Beilage.
338. Rede vom 21. 9. 1910 auf dem Parteitag in Magdeburg gegen die Badener Budgetbewilliger, in: *Prot. PT SPD 1910,* S. 323—325.
339. Reichstagsrede vom 26. 11. 1910 über die staatsrechtliche Stellung des Kaisers und für die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 262, S. 3166—3173.
340. Reichstagsrede vom 3. 12. 1910 über Äußerungen der *Bremer Bürger-Zeitung,* in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 262, S. 3404.
341. Vortrag vom 4. 12. 1910 vor dem Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Groß-Berlins über die politische Situation, in: *Mitteilungs-Blatt des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend,* 5. Jg. (1910/11), Nr. 6.
342. *Die Wahlparole der Reaktion,* in: *Vorwärts,* Nr. 288, 9. 12. 1910.

1911

343. Reichstagsrede vom 13. 1. 1911 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 263, S. 3837—3838.
344. Reichstagsrede vom 6. 2. 1911 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 263, S. 4392.
345. Reichstagsrede vom 13. 2. 1911 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 264, S. 4592, 4593, 4594, 4596.
346. Reichstagsrede vom 13. 2. 1911 für eine Beschränkung der Flottenrüstungen, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 264, S. 4611—4616, 4617.
347. Reichstagsrede vom 15. 2. 1911 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 264, S. 4664.
348. Reichstagsrede vom 16. 2. 1911 über eine Beschwerde Flensburger Fischer, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 264, S. 4735, 4736.
349. Reichstagsrede vom 17. 2. 1911 für die Rückgabe Kiautschous an China, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 264, S. 4764—4767, 4773—4775, 4776.
350. Rede vom 28. 2. 1911 in Berlin über die Veräußerung freien Geländes in der Umgegend Berlins, in: *Vorwärts*, Nr. 53, 3. 3. 1911, 1. Beilage.
351. Reichstagsrede vom 7. 3. 1911 gegen die Lösung strittiger Rechtsfragen im Sinne des Verwaltungsabsolutismus, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 264, S. 5204—5208.
352. Reichstagsrede vom 17. 3. 1911 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 265, S. 5594.
353. Reichstagsrede vom 20. 3. 1911 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 265, S. 5690—5691, 5692.
354. Reichstagsrede vom 22. 3. 1911 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 265, S. 5772.
355. Reichstagsrede vom 23. 3. 1911 über die Behandlung der Eingeborenen in Deutsch-Südwestafrika, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 265, S. 5792—5797.
356. Reichstagsrede vom 24. 3. 1911 über die wirtschaftliche Rentabilität der Kolonien, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 265, S. 5834—5836, 5839—5840.
357. Reichstagsrede vom 29. 3. 1911 über Mängel in der Geschäftsführung des Reichstages, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 266, S. 5958—5961, 5964—5965.
358. Reichstagsrede vom 31. 3. 1911 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 266, S. 6046.
359. Reichstagsrede vom 3. 4. 1911 zur Stichwahlfrage und für die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 266, S. 6134—6145, 6163—6165.
360. *Sozialdemokratie und Rüstungsbeschränkung*, in: *Vorwärts*, Nr. 82 und 84, 6. und 8. 4. 1911, 1. Beilage.
361. Reichstagsrede vom 3. 5. 1911 zur Verteidigung des Abgeordneten Stadthagen, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 266, S. 6305.
362. Reichstagsrede vom 23. 5. 1911 über den elsaß-lothringischen Verfassungsentwurf, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 267, S. 7062, 7063.
363. Rede vom 1. 8. 1911 im 6. Berliner Wahlkreis über den bevorstehenden Parteitag, in: (1) *Vorwärts*, Nr. 179, 3. 8. 1911, 1. Beilage; (2) *Leipziger Volkszeitung*, Nr. 177, 3. 8. 1911.
364. Rede vom 3. 9. 1911 in Berlin gegen die Marokkopolitik der Regierung, in: *Vorwärts*, Nr. 206 a, 4. 9. 1911, Extra-Ausgabe.

365. Reden vom 11. und 12. 9. 1911 auf dem Parteitag in Jena über das Verhalten des Parteivorstandes während der Marokkokrise, verbunden mit Angriffen gegen Bebel, in: *Prot. PT SPD 1911,* S. 212—213, 249—251, 263—264, 265.
366. *Reorganisation des Parteivorstandes,* in: (1) *Leipziger Volkszeitung,* Nr. 211, 12. 9. 1911; (2) *Bremer Bürger-Zeitung,* Nr. 213, 12. 9. 1911, 2. Beilage.
367. Rede vom 26. 9. 1911 im 6. Berliner Wahlkreis über die Ergebnisse des Jenaer Parteitages, in: *Vorwärts,* Nr. 227, 28. 9. 1911, 2. Beilage.
368. *Erklärung,* in: *Vorwärts,* Nr. 229, 30. 9. 1911, 2. Beilage.
369. Reichstagsrede vom 14. 11. 1911 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 268, S. 7879—7880.
370. Rede vom 15. 11. 1911 in Berlin über die politische Lage, in: *Vorwärts,* Nr. 269, 16. 11. 1911, 2. Beilage.
371. *Das Regierungsspiel mit dem Kriegsfeuer,* in: *Vorwärts,* Nr. 276, 25. 11. 1911.
372. Rede vom 9. 12. 1911 in Dortmund über die innen- und außenpolitische Lage, in: *Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung,* Nr. 289, 11. 12. 1911, Beilage.
373. *Das Duell Bethmann-Heydebrand,* in: *Die Neue Zeit,* 30. Jg. (1911/12), Bd. 1, S. 308—313.

1912

374. *Die Verantwortung des Liberalismus,* in: *Vorwärts,* Nr. 14, 18. 1. 1912.
375. Reichstagsrede vom 17. 2. 1912 über das Ergebnis der Reichstagswahlen, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 283, S. 87—102, 117.
376. Reichstagsrede vom 29. 2. 1912 (persönlich), in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 283, S. 366.
377. Rede vom 7. 3. 1912 in Berlin gegen den Justizmord an sozialdemokratischen Duma-Abgeordneten, in: *Vorwärts,* Nr. 58, 9. 3. 1912, 2. Beilage.
378. Reichstagsrede vom 28. 3. 1912 über die Ostmarkenzulage, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 284, S. 1088—1090, 1115—1116.
379. Rede vom 31. 3. 1912 vor dem Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Groß-Berlins über das Stichwahlabkommen, in: *Vorwärts,* Nr. 78, 2. 4. 1912, 1. Beilage.
380. Reichstagsrede vom 1. 5. 1912 über das Verhältnis von Sozialdemokratie und Kolonialpolitik, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 285, S. 1582—1583.
381. Reichstagsrede vom 2. 5. 1912 für die wirtschaftliche Besserstellung der Eingeborenen in Deutsch-Südwestafrika, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 285, S. 1630—1632.
382. Reichstagsrede vom 2. 5. 1912 über das Eheverbot zwischen Weißen und Farbigen, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 285, S. 1649—1651.
383. Reichstagsrede vom 3. 5. 1912 über die Bedeutung der Kleinen Anfragen, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 285, S. 1657—1659, 1668—1669.
384. Reichstagsrede vom 7. 5. 1912 über das Mischlingsproblem in den deutschen Kolonien, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 285, S. 1734—1737.
385. Reichstagsrede vom 13. 5. 1912 über das Duellwesen in Deutschland, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 285, S. 1924—1927, 1944—1946.
386. Reichstagsrede vom 18. 5. 1912 für eine Verständigung Deutschlands mit England in der Frage der Flottenrüstungen, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 285, S. 2106—2110, 2114—2115.
387. Reichstagsrede vom 21. 5. 1912 über die neue Wehrvorlage, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 285, S. 2180—2183, 2195, 2198.
388. Reichstagsrede vom 22. 5. 1912 über das Diätengesetz, die Verfassungslage und für Nationalitätentoleranz, in *Sten. Ber. RT,* Bd. 285, S. 2233—2239, 2240—2241.

389. *Polizei gegen Abgeordnete,* in: *Die Neue Zeit,* 30. Jg. (1912/13), Bd. 2, S. 217—221.
390. *Der neue Reichstag im Probejahr,* in: *Die Neue Zeit,* 30. Jg. (1912/13), Bd. 2, S. 305—308.
391. Vortrag vom 11. 6. 1912 über innenpolitische Fragen, in: *Vorwärts,* Nr. 135, 13. 6. 1912, 2. Beilage.
392. *Die Reorganisation des Parteivorstandes,* in: (1) *Bremer Bürger-Zeitung,* Nr. 151, 1. 7. 1912; (2) *Vorwärts,* Nr. 148, 28. 6. 1912, 1. Beilage; (3) *Die Neue Zeit,* 30. Jg. (1912/13), Bd. 2, S. 457—461.
393. *Parteiausschuß, Kontrollkommission und Fraktionsvertretung,* in: (1) *Bremer Bürger-Zeitung,* Nr. 168, 20. 7. 1912; (2) *Vorwärts,* Nr. 154, 5. 7. 1912, 1. Beilage; (3) *Die Neue Zeit,* 30. Jg. (1912/13), Bd. 2, S. 509—512.
394. Rede vom 27. 8. 1912 im 6. Berliner Wahlkreis über das neue Organisationsstatut der Partei, in: *Vorwärts,* Nr. 201, 29. 8. 1912, 1. Beilage.
395. Reden vom 18. und 20. 9. 1912 auf dem Parteitag in Chemnitz zur Organisationsfrage und über das Imperialismusproblem, in: *Prot. PT SPD 1912,* S. 306—307, 314—316, 322, 430—432, 433.
396. Reichstagsrede vom 27. 11. 1912 für Koalitionsfreiheit in staatlichen Betrieben, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 286, S. 2358—2359.
397. Reichstagsrede vom 2. 12. 1912 über die Balkankrise und ihre Folgen, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 286, S. 2472—2483, 2495.

1913

398. Reichstagsrede vom 24. 1. 1913 über die Minderheiten auf dem Balkan, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 287, S. 3212.
399. Reichstagsrede vom 29. 1. 1913 über das Enteignungsgesetz, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 287, S. 3362—3366, 3368—3369.
400. Reichstagsrede vom 7. 2. 1913 über das Verhältnis von Preußen und Reich, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 287, S. 3569—3572, 3574, 3575.
401. Reichstagsrede vom 18. 2. 1913 gegen die Unterdrückung fremdsprachiger Minderheiten in Deutschland, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 288, S. 3892—3895.
402. *Ein fadenscheiniger Rüstungsvorwand,* in: *Die Neue Zeit,* 31. Jg. (1912/13), Bd. 1, S. 929—934.
403. Reichstagsrede vom 8. 3. 1913 über Vorkommnisse in der Budgetkommission, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 288, S. 4410—4413.
404. Reichstagsrede vom 9. 4. 1913 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 289, S. 4610.
405. Reichstagsrede vom 15. 4. 1913 über die Orientpolitik Deutschlands, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 289, S. 4766—4773.
406. Reichstagsrede vom 23. 4. 1913 für die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission zur Überprüfung der Rüstungslieferungen, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 289, S. 5045—5046, 5056—5057.
407. Reichstagsrede vom 12. 6. 1913 über die neue Wehrvorlage, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 290, S. 5483—5497, 5503.
408. Reichstagsrede vom 13. 6. 1913 (persönlich), in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 290, S. 5519.
409. Reichstagsrede vom 30. 6. 1913 für die jährliche Festsetzung der Steuerquoten, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 290, S. 5931, 5932, 5933.
410. Reden vom 16., 17., 19. und 20. 9. 1913 auf dem Parteitag in Jena zur Massen-

streik- und Steuerfrage und gegen den Ausschluß der PPS, in: *Prot. PT SPD 1913,* S. 306—308, 335, 357—358, 502—504, 508, 551—552.

411. Rede vom 7. 10. 1913 im 6. Berliner Wahlkreis zur Massenstreik- und Steuerfrage, in: *Vorwärts,* Nr. 264, 9. 10. 1913, 3. Beilage.
412. Reichstagsrede vom 9. 12. 1913 (persönlich), in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 291, S. 6300—6301.
413. Reichstagsrede vom 12. 12. 1913 für die Zulassung Karl Liebknechts zur Reichstagskommission für Prüfung der Rüstungslieferungen, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 291, S. 6438—6443.

1914

414. *Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis. Festschrift zur Feier des 25jährigen Bestehens des Wahlvereins.* Im Auftrage des Vorstandes verfaßt von Eugen Ernst. Mit einem Nachwort von Georg Ledebour, Berlin, Verlag Hermann Müller, 1914, S. 61—63.
415. Reichstagsrede vom 23. 1. 1914 über die Zaberner Vorgänge, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 292, S. 6776—6783, 6784—6785.
416. Reichstagsrede vom 28. 2. 1914 über die Mosel- und Saarkanalisierung, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 293, S. 7712—7713.
417. *Reform des Diätengesetzes,* in: *Die Neue Zeit,* 32. Jg. (1913/14), Bd. 1, S. 728—733.
418. Reichstagsrede vom 5. 3. 1914 über die Auswirkungen der Ostmarkenzulage, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 293, S. 7837—7839.
419. Reichstagsrede vom 11. 3. 1914 zur Mischehenfrage in Samoa, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 294, S. 8015—8018, 8119—8120, 8127—8128.
420. Reichstagsrede vom 21. 3. 1914 für eine Reduzierung der Truppen in Deutsch-Südwestafrika, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 294, S. 8166.
421. Reichstagsrede vom 23. 3. 1914 über das Budgetrecht des Reichstages, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 294, S. 8206—8207, 8210—8211, 8212.
422. Reichstagsrede vom 24. 3. 1914 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 294, S. 8236—8237.
423. Reichstagsrede vom 27. 3. 1914 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 294, S. 8285, 8286.
424. Reichstagsrede vom 8. 5. 1914 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 295, S. 8601.
425. Reichstagsrede vom 11. 5. 1914 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 295, S. 8699.
426. Reichstagsrede vom 12. 5. 1914 über eine Denkschrift der Kolonialverwaltung zur Eingeborenenfrage, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 295, S. 8786, 8787—8789, 8790.
427. Reichstagsrede vom 13. 5. 1914 (persönlich), in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 295, S. 8821—8822.
428. Reichstagsrede vom 16. 5. 1914 für eine Reform des Diätengesetzes, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 295, S. 8945—8948.
429. Reichstagsrede vom 19. 5. 1914 über die Verhandlungsergebnisse der letzten Session, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 295, S. 9081—9088, 9106—9107, 9137—9138, 9141.
430. Vortrag vom 7. 7. 1914 in Berlin über Imperialismus und Kolonialpolitik, in: *Vorwärts,* Nr. 184, 9. 7. 1914, 2. Beilage.
431. *Zur Aufklärung,* in: *Vorwärts,* Nr. 345, 18. 12. 1914.
432. *Zur Angelegenheit des Dr. Weill,* in: *Vorwärts,* Nr. 356, 31. 12. 1914.

1915

433. *Aufklärung über die Mißstände in der Geschäftsführung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion,* [Berlin 1915], 15 S.
434. *Unter dem Belagerungszustand. Stenographischer amtlicher Bericht über die Reden der Abgeordneten Stadthagen und Ledebour nebst einigen anderen Reden im Reichstage am 20. März 1915,* [Berlin 1915], 32 S.
435. *Die Beziehungen des Dr. Weill zum Berliner Tageblatt,* in: *Vorwärts,* Nr. 5, 5. 1. 1915.
436. *Erklärung vom 30. 1. 1915,* in: *Vorwärts,* Nr. 31, 31. 1. 1915, 2. Beilage.
437. Reichstagsrede vom 20. 3. 1915 gegen Vergeltungsmaßnahmen der Obersten Heeresleitung, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 306, S. 108—113, 115.
438. Reichstagsrede vom 9. 12. 1915 gegen mißbräuchliche Handhabung der Geschäftsordnung des Reichstages, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 306, S. 439.
439. Reichstagsrede vom 14. 12. 1915 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 306, S. 457.
440. *Eine Feststellung,* in: (1) *Vorwärts,* Nr. 351, 21. 12. 1915, 1. Beilage; (2) *Volksstimme,* Chemnitz, Nr. 297, 22. 12. 1915, 1. Beilage.
441. *Erklärung vom 26. 12. 1915,* in: (1) *Vorwärts,* Nr. 357, 28. 12. 1915; (2) *Volksstimme,* Chemnitz, Nr. 302, 29. 12. 1915, Beilage.

1916

442. Reichstagsrede vom 15. 1. 1916 zum Fall Baralong, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 306, S. 651, 674—675.
443. Reichstagsrede vom 17. 1. 1916 gegen die Einschränkung der Redefreiheit des Abgeordneten Liebknecht, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 306, S. 705—707.
444. Reichstagsrede vom 18. 1. 1916 gegen die Vertagung des Reichstages, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 306, S. 714—715.
445. Rede vom 20. 1. 1916 in Kiel über die Stellung der SPD während des Krieges, in: *Die Internationale und der Weltkrieg. Materialien,* gesammelt von Carl Grünberg, 1. Abt.: *Vor dem Kriege und während der ersten Kriegswochen,* Leipzig 1916, S. 296—298.
446. *Zur Richtigstellung,* in: *Vorwärts,* Nr. 47, 17. 2. 1916, Beilage.
447. *Zur Vorgeschichte der Fraktionsspaltung,* in: (1) *Vorwärts,* Nr. 88, 29. 3. 1916; (2) *Bremer Bürger-Zeitung,* Nr. 77, 31. 3. 1916.
448. *Erklärung,* in: *Vorwärts,* Nr. 90, 31. 3. 1916.
449. Reichstagsrede vom 6. 4. 1916 über den U-Boot-Krieg, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 307, S. 896, 897—899.
450. Reichstagsrede vom 10. 4. 1916 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 307, S. 979—980.
451. Reichstagsrede vom 12. 5. 1916 gegen die Beschränkung der Redefreiheit des Abgeordneten Liebknecht, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 307, S. 1048—1053.
452. Reichstagsrede vom 6. 6. 1916 zur Friedensfrage, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 307, S. 1538—1548.
453. Reichstagsrede vom 8. 6. 1916 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 308, S. 1673, 1674.
454. Rede vom 21. 6. 1916 in Breslau über die deutsche Arbeiterklasse im Weltkrieg, in: *Bremer Bürger-Zeitung,* Nr. 145, 23. 6. 1916.
455. Rede vom 25. 6. 1916 in Berlin über den Fall Baralong, in: *Vorwärts,* Nr. 174, 27. 6. 1916, 2. Beilage.

456. Rede vom 21. 9. 1916 auf der Reichskonferenz der Sozialdemokratie in Berlin zur Kreditbewilligungsfrage, in: *Protokoll der Reichskonferenz der Sozialdemokratie Deutschlands vom 21., 22. und 23. September 1916,* hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Als Manuskript gedruckt!, Berlin 1916, S. 9—10, 12, 13—14, 124—126, 138, 165—166.

457. Reichstagsrede vom 28. 9. 1916 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 308, S. 1694—1695.

458. *Der Entwicklungsgang des deutschen Parlamentarismus,* in: *Vorwärts,* Nr. 289, 20. 10. 1916, 1. Beilage.

459. Reichstagsrede vom 26. 10. 1916 für die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 308, S. 1827—1831.

460. Reichstagsrede vom 25. 11. 1916 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 308, S. 2151, 2152—2153.

461. Reichstagsrede vom 29. 11. 1916 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 308, S. 2181.

462. Reichstagsrede vom 30. 11. 1916 über das Hilfsdienstgesetz, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 308, S. 2240—2241, 2277.

463. Reichstagsrede vom 2. 12. 1916 über das Hilfsdienstgesetz, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 308, S. 2320—2321, 2323, 2325.

464. Reichstagsrede vom 12. 12. 1916 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 308, S. 2333.

1917

465. *Zwei Reichstagsreden. I. Proletariat und Frieden! Reichstagsrede des Abgeordneten Ledebour am 10. Oktober 1917. Nach dem amtlichen Stenogramm. II. Gegen die Militärdiktatur! Reichstagsrede des Abgeordneten Dittmann am 11. Oktober 1917. Nach dem amtlichen Stenogramm,* [Berlin 1917], 40 S.

466. Reichstagsrede vom 23. 2. 1917 gegen die Bewilligung des 15-Milliarden-Kredits, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 309, S. 2366—2368, 2369.

467. Reichstagsrede vom 28. 2. 1917 über die Auswirkungen des Belagerungszustandes, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 309, S. 2429—2441, 2443.

468. Reichstagsrede vom 20. 3. 1917 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 309, S. 2566.

469. Reichstagsrede vom 30. 3. 1917 über die Verfassungsanträge und die russische Revolution, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 309, S. 2923—2930, 2931—2932.

470. Reichstagsrede vom 24. 4. 1917 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 309, S. 2940—2942, 2943—2944.

471. Reichstagsrede vom 7. 5. 1917 über die Auswirkungen des Streiks und zur Friedensfrage, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 310, S. 3134—3140, 3141—3142.

472. Reichstagsrede vom 15. 5. 1917 über die Friedensvorstellungen der USPD, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 310, S. 3398—3408, 3421, 3422.

473. Reichstagsrede vom 16. 5. 1917 gegen die Annahme des Etats, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 310, S. 3498.

474. Reichstagsrede vom 6. 7. 1917 über einen Gesetzentwurf betr. den elsaß-lothringischen Landtag, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 310, S. 3525.

475. Reichstagsrede vom 19. 7. 1917 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 310, S. 3597.

476. Reichstagsrede vom 20. 7. 1917 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 310, S. 3614—3615.

477. Reichstagsrede vom 26. 9. 1917 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 310, S. 3627.
478. Reichstagsrede vom 5. 10. 1917 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 310, S. 3711.
479. Reichstagsrede vom 6. 10. 1917 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 310, S. 3756.
480. Reichstagsrede vom 10. 10. 1917 über die Äußerungen des Reichskanzlers zur Friedensresolution, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 310, S. 3848—3856.
481. Reichstagsrede vom 11. 10. 1917 über die Einrichtung eines Vizekanzlerpostens und den vaterländischen Unterricht bei der Truppe, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 311, S. 3880—3882.
482. Reichstagsrede vom 1. 12. 1917 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 311, S. 3985—3986.

1918

483. *Die Unabhängige Sozialdemokratie und der ‚Brotfriede' mit der Ukraine. Amtliches Stenogramm der Reichstagsreden des Abgeordneten Ledebour in der 130. Sitzung vom 20. Februar 1918 und des Abgeordneten Dr. Cohn (Nordhausen) in der 131. Sitzung vom 22. Februar 1918,* Berlin, Druck von Schmiedecke, o. J. [1918], 31 S.
484. Rede vom 9. 2. 1918 in Frankfurt/Main über Friedensfragen und Deutschlands Demokratisierung, in: *Frankfurter Zeitung,* Nr. 42, 11. 2. 1918, S. 3.
485. Reichstagsrede vom 19. 2. 1918 über ein Versammlungsverbot, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 311, S. 3991—3992.
486. Reichstagsrede vom 20. 2. 1918 über den Brester Frieden und den Abschluß des Friedensvertrages mit der Ukraine, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 311, S. 4034—4040, 4046.
487. Reichstagsrede vom 23. 2. 1918 gegen die Einberufung sogenannter Hetzer zum Militärdienst, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 311, S. 4131—4133.
488. Reichstagsrede vom 19. 3. 1918 über die Bestimmungen des Brester Friedens, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 311, S. 4473—4484, 4491.
489. Reichstagsrede vom 22. 3. 1918 über den Brester Friedensvertrag, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 311, S. 4559—4561, 4562.
490. Reichstagsrede vom 14. 5. 1918 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 312, S. 5161—5162.
491. Reichstagsrede vom 7. 6. 1918 über die Abänderung der Geschäftsordnung des Reichstages, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 312, S. 5292, 5295.
492. Reichstagsrede vom 21. 6. 1918 über die Bestimmungen des Friedensvertrages mit Rumänien, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 313, S. 5554—5561, 5563.
493. Reichstagsrede vom 3. 7. 1918 über das militärische Vorgehen Deutschlands im Baltikum, in der Ukraine und in Finnland, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 313, S. 5709—5713, 5721—5722, 5743.
494. *Verpfuschter Proporz,* in: *Mitteilungs-Blatt des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend,* 13. Jg. (1918), Nr. 17.
495. Reichstagsrede vom 23. 10. 1918 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 314, S. 6206.
496. Reichstagsrede vom 24. 10. 1918 über die künftige Gestaltung Deutschlands, insbesondere die Regelung der Minderheitenfrage, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 314, S. 6226—6237, 6238—6239.

497. Reichstagsrede vom 25. 10. 1918 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 314, S. 6251, 6252, 6270—6271.
498. *Der Kampf ums Recht*, in: *Mitteilungs-Blatt des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend*, 13. Jg. (1918), Nr. 32.
499. *Zum Ausgleich zwischen Deutschen und Polen*, in: *Freiheit*, Nr. 17, 24. 11. 1918.
500. Rede vom 3. 12. 1918 in einer Berliner USPD-Versammlung über die Revolution und ihre Folgen, in: *Freiheit*, Nr. 39, 6. 12. 1918, Beilage.
501. *Eine Frage an das Kabinett*, in: *Freiheit*, Nr. 42, 7. 12. 1918.
502. *Eine Richtigstellung*, in: *Freiheit*, Nr. 56, 15. 12. 1918.
503. Reden vom 17., 18. und 19. 12. 1918 auf dem 1. Rätekongreß in Berlin über die Politik des Rats der Volksbeauftragten und die revolutionären Vorbereitungen im November 1918, in: *Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Vom 16. bis 21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhause zu Berlin. Stenographische Berichte*, Berlin o. J., Sp. 81, 83—95, 167—170, 172—173, 305, 321, 349—351.
504. *Gegen die Rechtsverkümmerung des zentralen Vollzugsrats*, in: *Freiheit*, Nr. 69, 22. 12. 1918.
505. Rede in einer Berliner USPD-Versammlung gegen die Aufstellung Haases als Kandidat für die Nationalversammlung, in: *Freiheit*, Nr. 79, 29. 12. 1918.

1919

506. *Ledebour vor den Geschworenen. Seine Verteidigungsrede — eine Anklage gegen die Regierung Ebert-Scheidemann. Die Rede des Genossen Ledebour vor dem Schwurgericht des Landgerichts I in Berlin am 20. Mai 1919 in wörtlicher Wiedergabe nach dem stenographischen Bericht*, Berlin, Verlagsgenossenschaft Freiheit, 1919, 48 S.
507. *Der Ledebour-Prozeß. Gesamtdarstellung des Prozesses gegen Ledebour wegen Aufruhr etc. vor dem Geschworenengericht Berlin-Mitte vom 19. Mai bis 23. Juni 1919*, auf Grund des amtlichen Stenogramms bearbeitet und mit einem Vorwort versehen von Georg Ledebour, Berlin, Verlagsgenossenschaft Freiheit, 1919, 831 S.
508. *Der Aufbau des sozialistischen Gemeinwesens in Deutschland*, in: *Der Arbeiter-Rat*, 1. Jg. (1919), Nr. 3, S. 10—13; Nr. 4, S. 14—17; Nr. 6, S. 13—19.
509. *Erklärung*, in: *Freiheit*, Nr. 4, 3. 1. 1919.
510. *Erklärung*, in: *Freiheit*, Nr. 42, 24. 1. 1919.
511. *Wie ich verhaftet wurde*, in: *Freiheit*, Nr. 55, 31. 1. 1919.
512. *Herr Heine als oberster Hüter des Rechts*, in: *Freiheit*, Nr. 176 und 177, 12. 4. 1919 (Morgen- und Abend-Ausgabe).
513. *Der Zusammenstoß vor dem Reichstage am 17. November*, in: *Freiheit*, Nr. 566, 22. 11. 1919.
514. Reden vom 3., 4. und 5. 12. 1919 auf dem Parteitag der USPD in Leipzig über Programm und Taktik und die Haltung der USPD zur Internationale, in: *Prot. PT USPD 1919 (Leipzig)*, S. 294—298, 305—306, 308, 342, 344, 345, 348—364, 381—384, 387—388.
515. *Betrachtungen über den Parteitag*, in: (1) *Freiheit*, Nr. 614, 18. 12. 1919; (2) *Bremer Arbeiter-Zeitung*, Nr. 257, 20. 12. 1919, S. 1.
516. *Zur Abwehr*, in: *Freiheit*, Nr. 631, 29. 12. 1919.

1920

517. *Schulprogramm. Ein Entwurf der vom Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei eingesetzten Kommission für das Erziehungs- und Bildungswesen.* Mit einem Vorwort von Georg Ledebour, Berlin, Verlagsgenossenschaft Freiheit, 1920, S. 3—7. — 2. Auflage 1921, ebda.
518. *Die Erhebung im Januar 1919,* in: *Freiheit,* Nr. 7, 5. 1. 1920.
519. *Methode Heine,* in: *Bremer Arbeiter-Zeitung,* Nr. 18, 22. 1. 1920, S. 1.
520. *Diktatur des Proletariats, keine Minderheitsherrschaft,* in: *Bremer Arbeiter-Zeitung,* Nr. 30, 9. 2. 1920, S. 5.
521. *Errechnete Restvertreter,* in: *Bremer Arbeiter-Zeitung,* Nr. 91, 22. 4. 1920, S. 1.
522. *Scheidemanns und Noskes Geschichtsfälschung,* in: *Freiheit,* Nr. 163, 7. 5. 1920.
523. *Nochmals das Scheidemannsche Wahlmanöver,* in: *Freiheit,* Nr. 170, 11. 5. 1920.
524. Reichstagsrede vom 25. 6. 1920 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 344, S. 4, 5, 6.
525. Reichstagsrede vom 28. 6. 1920 über die Regierungserklärung des Reichskanzlers, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 344, S. 15, 16, 21—29, 40.
526. Reichstagsrede vom 1. 7. 1920 über den Januaraufstand, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 344, S. 113—115.
527. Reichstagsrede vom 3. 7. 1920 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 344, S. 184, 185—186.
528. Reichstagsrede vom 5. 7. 1920 für die Verstärkung der Geschäftsordnungskommission, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 344, S. 215, 216.
529. Reichstagsrede vom 6. 7. 1920 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 344, S. 249, 250.
530. *Zur Einigung der Gewerkschaften mit der Rätebewegung,* in: (1) *Freiheit,* Nr. 286, 20. 7. 1920; (2) *Bremer Arbeiter-Zeitung,* Nr. 165, 22. 7. 1920, S. 1.
531. Reichstagsrede vom 26. 7. 1920 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 344, S. 267, 268.
532. Reichstagsrede vom 28. 7. 1920 für die Sozialisierung des Kohlebergbaus und gegen die Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes durch die Entente, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 344, S. 352—353, 358—359.
533. Reichstagsrede vom 2. 8. 1920 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 344, S. 522, 578.
534. Reichstagsrede vom 3. 8. 1920 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 344, S. 648.
535. Reden vom 2. und 3. 9. 1920 auf der Reichskonferenz der USPD in Berlin gegen den Anschluß der USPD an die Kommunistische Internationale, in: *Protokoll der Reichskonferenz [der] USPD vom 1. bis 3. September 1920 zu Berlin,* Berlin o. J., S. 3, 79—82, 211—214.
536. *Die Geschichtsfälschungen der „Roten Fahne“,* in: *Freiheit,* Nr. 402, 25. 9. 1920.
537. *Worauf kommt es an?,* in: *Freiheit,* Nr. 406, 28. 9. 1920.
538. *In letzter Stunde,* in: *Freiheit,* Nr. 414, 2. 10. 1920.
539. Reden vom 13., 14., 15., 16. und 17. 10. 1920 auf dem Parteitag der USPD in Halle gegen Äußerungen Lozovskijs und über die Aufgaben der USPD, in: *Prot. PT USPD 1920 (Halle),* S. 61, 113—114, 224—225, 235, 256, 266—267, 282—284.
540. Reichstagsrede vom 19. 10. 1920 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 345, S. 740.
541. Reichstagsrede vom 20. 10. 1920 gegen die Ausweisung Zinov'evs und Lozovskijs, in: *Sten. Ber. RT,* Bd. 345, S. 777—781.

542. Reichstagsrede vom 28. 10. 1920 (persönlich), in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 345, S. 843.
543. Reichstagsrede vom 5. 11. 1920 (persönlich), in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 345, S. 1015, 1017.
544. Reichstagsrede vom 6. 11. 1920 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 345, S. 1072.
545. Reichstagsrede vom 25. 11. 1920 gegen die Abtrennung Oberschlesiens von Deutschland und für eine Neugliederung des Deutschen Reiches, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 345, S. 1261—1266.
546. *Unsere Aufgabe in Bern*, in: *Freiheit*, Nr. 530, 14. 12. 1920.
547. *Gemeinsame Kämpfe und gemeinsame Arbeit*, in: (1) *Freiheit*, Nr. 556, 30. 12. 1920; (2) *Bremer Arbeiter-Zeitung*, Nr. 2, 4. 1. 1921, S. 1.

1921

548. Reichstagsrede vom 25. 1. 1921 zum Fall Erzberger, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 347, S. 2091—2092, 2094—2095.
549. Reichstagsrede vom 1. 2. 1921 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 347, S. 2306.
550. Reichstagsrede vom 2. 2. 1921 über die Reparations- und Entwaffnungsforderungen der Entente, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 347, S. 2312—2316, 2321—2322.
551. Reden vom 26. 2. 1921 auf der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Wien über den internationalen Kampf gegen die Konterrevolution, in: *Protokoll der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Wien vom 22. bis 27. Februar 1921*, hrsg. vom Sekretariat der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien, Wien 1921, S. 19—20, 69—75, 107—108.
552. Reichstagsrede vom 4. 3. 1921 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 348, S. 2647—2648.
553. Reichstagsrede vom 5. 3. 1921 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 348, S. 2656.
554. Reichstagsrede vom 7. 3. 1921 über eine Rede Lloyd Georges, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 348, S. 2716—2717, 2718.
555. *Über die Wiener Sozialistenkonferenz*, in: *Bremer Arbeiter-Zeitung*, Nr. 59, 11. 3. 1921, S. 1.
556. Reichstagsrede vom 15. 3. 1921 über Äußerungen des Abgeordneten Levi, verbunden mit Angriffen gegen die KPD, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 348, S. 2973—2978, 2981—2982.
557. Reichstagsrede vom 19. 3. 1921 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 348, S. 3302.
558. *Der Kongreß der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands*, in: *Freiheit*, Nr. 143, 27. 3. 1921.
559. *Die internationale sozialistische Konferenz in Amsterdam*, in: *Freiheit*, Nr. 161, 8. 4. 1921.
560. *Die Methoden des Klassenkampfes in England*, in: *Bremer Arbeiter-Zeitung*, Nr. 91, 20. 4. 1921, S. 1.
561. Reichstagsrede vom 20. 4. 1921 für die Haftentlassung des Abgeordneten Thomas, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 349, S. 3325—3326, 3332—3333.
562. Reichstagsrede vom 26. 4. 1921 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 349, S. 3424.
563. Reichstagsrede vom 28. 4. 1921 über die Reparationsforderungen, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 349, S. 3483—3489.

564. *Was sollen wir tun?*, in: *Bremer Arbeiter-Zeitung*, Nr. 100, 30. 4. 1921, S. 10—11.
565. Reichstagsrede vom 3. 5. 1921 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 349, S. 3543—3544.
566. Reichstagsrede vom 6. 5. 1921 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 349, S. 3624, 3625—3626.
567. Reichstagsrede vom 10. 5. 1921 für die Annahme des Ultimatums vom 5. Mai 1921, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 349, S. 3637—3640.
568. Reichstagsrede vom 11. 5. 1921 zur Frage der Besetzung des Reichstagspräsidiums, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 349, S. 3656, 3657, 3679, 3680, 3681—3682.
569. Reichstagsrede vom 21. 5. 1921 für die Besprechung eines Antrages betr. Amnestie, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 349, S. 3694, 3695, 3696.
570. *Gemeinsamer Kampf in England und Deutschland gegen den Imperialismus*, in: *Freiheit*, Nr. 219, 13. 5. 1921, Beilage.
571. *Ziel und Wege*, in: (1) *Freiheit*, Nr. 223, 15. 5. 1921, 1. Beilage; (2) *Bremer Arbeiter-Zeitung*, Nr. 115, 20. 5. 1921, S. 1.
572. Rede vom 19. 5. 1921 in einer Berliner USPD-Versammlung über die politische Lage, in: *Freiheit*, Nr. 233, 22. 5. 1921, 1. Beilage.
573. *Die Verhandlungen wegen der Regierungsbildung*, in: *Freiheit*, Nr. 235, 24. 5. 1921.
574. *Der Kongreß der I.L.P. in Southport*, in: *Freiheit*, Nr. 239, 26. 5. 1921, Beilage.
575. Rede vom 25. 5. 1921 in einer Berliner USPD-Versammlung über die nationalistische Gefahr, in: *Freiheit*, Nr. 239, 26. 5. 1921.
576. Reichstagsrede vom 31. 5. 1921 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 349, S. 3699—3700.
577. Reichstagsrede vom 1. 6. 1921 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 349, S. 3718—3719.
578. Reichstagsrede vom 4. 6. 1921 (persönlich), in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 349, S. 3823.
579. Reichstagsrede vom 22. 6. 1921 über die Geschäftsordnung des Reichstages, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 350, S. 4057, 4082.
580. Reichstagsrede vom 27. 6. 1921 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 350, S. 4186.
581. *Ein Beitrag zur Novembererhebung und eine Abrechnung mit ihren Verleumdern*, in: *Bremer Arbeiter-Zeitung*, Nr. 148 und 149, 27. und 28. 6. 1921, S. 1—2.
582. *Auch internationale Einigung durch den gemeinsamen Klassenkampf*, in: (1) *Freiheit*, Nr. 325, 15. 7. 1921; (2) *Bremer Arbeiter-Zeitung*, Nr. 166, 19. 7. 1921, S. 1.
583. *Die falsche Rechnung. Der Zank um die Teilung Oberschlesiens*, in: *Freiheit*, Nr. 422, 9. 9. 1921.
584. Reichstagsrede vom 1. 10. 1921 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 351, S. 4726, 4729.
585. Reichstagsrede vom 26. 10. 1921 für baldige Einberufung des Reichstages, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 351, S. 4775, 4776, 4777.
586. Reden auf dem 19. congrès national du parti socialiste S.F.I.O. für die Schaffung einer Internationale der Tat, in: *Le Populaire*, Nr. 206—208, 31. 10. — 2. 11. 1921.
587. *Die Frage der sozialistischen Einigung. Die Internationale auf dem französischen Kongreß*, in: (1) *Freiheit*, Nr. 521, 6. 11. 1921, 1. Beilage; (2) *Bremer Arbeiter-Zeitung*, Nr. 261, 8. 11. 1921, S. 1—2.
588. *Allumfassende oder halbierte Internationale?*, in: *Freiheit*, Nr. 526, 10. 11. 1921, Beilage.
589. Reichstagsrede vom 19. 11. 1921 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 351, S. 5052—5053.

590. Reichstagsrede vom 19. 11. 1921 für einen Amnestieerlaß für politisch Verurteilte, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 351, S. 5116, 5118, 5119—5120, 5135—5137, 5141, 5150, 5160.
591. Reichstagsrede vom 15. 12. 1921 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 351, S. 5255.
592. *Wie kommen wir zu internationalen Aktionen?*, in: (1) *Freiheit*, Nr. 598, 23. 12. 1921; (2) *Bremer Arbeiter-Zeitung*, Nr. 301, 27. 12. 1921; S. 1.
593. *Zur Erklärung*, in: *Freiheit*, Nr. 602, 25. 12. 1921.

1922

594. *Unsere internationalen Aufgaben*, in: *Leipziger Volkszeitung*, Nr. 6, 7. 1. 1922.
595. Rede vom 9. 1. 1922 auf dem Parteitag der USPD in Leipzig über Programmforderungen, in: *Prot. PT USPD 1922 (Leipzig)*, S. 86—95, 142.
596. *Gemeinwirtschaft und Gemeinsinn in der Menschheitsentwicklung*, in: *Prot. PT USPD 1922 (Leipzig)*, S. 255—260.
597. Rede vom 16. 1. 1922 in einer Berliner USPD-Versammlung über die Aufgaben des internationalen Proletariats, in: *Freiheit*, Nr. 26, 16. 1. 1922.
598. Reichstagsrede vom 27. 1. 1922 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 352, S. 5621—5622.
599. *Geschäftszerrüttung durch die Reichstagsmehrheit*, in: *Freiheit*, Nr. 49, 29. 1. 1922.
600. Reichstagsrede vom 11. 2. 1922 über einen Antrag betr. Arbeitseinstellung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 352, S. 5823—5824.
601. *Koalitionsunterstützung oder Eigenpolitik?*, in: *Freiheit*, Nr. 87, 21. 2. 1922.
602. *USP und KAG. Eine Etappe auf dem Einigungsweg*, in: *Bremer Arbeiter-Zeitung*, Nr. 52, 2. 3. 1922, S. 1.
603. *Die Gegendenkschrift Ledebours*, in: (1) *Freiheit*, Nr. 155, 1. 4. 1922, Beilage; (2) *Bremer Arbeiter-Zeitung*, Nr. 80, 4. 4. 1922, S. 10—11 [Teilabdruck].
604. *USP und Koalitionspolitik*, in: *Freiheit*, Nr. 186, 21. 4. 1922.
605. *Bürgerliche oder proletarische Demokratie*, in: *Freiheit*, Nr. 215, 15. 5. 1922.
606. *Unsere Stellung zum Prozeß gegen die Sozialisten-Revolutionäre*, in: *Freiheit*, Nr. 223, 23. 5. 1922.
607. *Zu Kautskys Parteikritik*, in: *Freiheit*, Nr. 244, 14. 6. 1922.
608. Reichstagsrede vom 30. 6. 1922 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 356, S. 8192.
609. Reichstagsrede vom 4. 7. 1922 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 356, S. 8284.
610. Reichstagsrede vom 10. 7. 1922 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 356, S. 8402.
611. Rede in einer Berliner USPD-Versammlung gegen die Verschmelzung von USPD und SPD, in: *Freiheit*, Nr. 278, 22. 7. 1922, Beilage.
612. *Zum Verschmelzungsprogramm*, in: *Freiheit*, Nr. 330, 12. 9. 1922.
613. *Bitte keine Ableugnungen*, in: *Freiheit*, Nr. 335, 17. 9. 1922.
614. Reden vom 22. und 23. 9. 1922 auf dem Parteitag der USPD in Gera gegen die Vereinigung von USPD und SPD, in: *Prot. PT USPD 1922 (Gera)*, S. 145—156, 166—170.
615. *Unsere internationalen Beziehungen*, in: *Klassenkampf*, Nr. 2, 11. 10. 1922.
616. Reichstagsrede vom 19. 10. 1922 gegen die Anhebung des Getreidepreises, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 357, S. 8805—8809.

617. Reichstagsrede vom 24. 10. 1922 für eine Auflösung des Reichstages, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 357, S. 8925, 8926, 8927, 8928, 8929—8930, 8931—8932.
618. Reichstagsrede vom 14. 11. 1922 für eine Vertagung des Reichstages, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 357, S. 8982, 8983.
619. Reichstagsrede vom 16. 11. 1922 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 357, S. 9034.
620. Reichstagsrede vom 17. 11. 1922 über die Geschäftsordnung des Reichstages, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 357, S. 9045—9048, 9058—9059, 9061—9062.
621. Reichstagsrede vom 18. 11. 1922 über die Stellung der Reichstagskommissionen, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 357, S. 9065—9066, 9068—9069.
622. Reichstagsrede vom 23. 11. 1922 über die geschichtliche Entwicklung der Kleinen Anfragen, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 357, S. 9086—9087, 9088—9089, 9091—9092.
623. Reichstagsrede vom 25. 11. 1922 über die Regierungserklärung des Reichskanzlers, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 357, S. 9146—9150.
624. Reichstagsrede vom 4. 12. 1922 über den Entwurf einer neuen Geschäftsordnung des Reichstages, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 357, S. 9194, 9195, 9196, 9198, 9200—9201.

1923

625. Reichstagsrede vom 17. 1. 1923 gegen die Anwendung des § 48 der Reichsverfassung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 357, S. 9483—9485.
626. Reichstagsrede vom 26. 1. 1923 über die französische Besatzungspolitik, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 358, S. 9522—9526.
627. Reichstagsrede vom 2. 2. 1923 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 358, S. 9610—9611.
628. Reichstagsrede vom 13. 2. 1923 für die Amnestierung der wegen Beteiligung an revolutionären Kämpfen Verurteilten, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 358, S. 9668—9673.
629. Reichstagsrede vom 16. 2. 1923 über die Auswirkungen der französischen Ruhrbesetzung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 358, S. 9759—9760.
630. Reichstagsrede vom 23. 2. 1923 gegen Diskriminierungen der in Deutschland lebenden Ausländer, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 358, S. 9873.
631. Reichstagsrede vom 27. 2. 1923 über die Politik der Reichswehr, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 358, S. 9883—9887, 9897—9899.
632. Reichstagsrede vom 7. 3. 1923 über die Folgen der Ruhrbesetzung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 358, S. 9996—10000.
633. Reichstagsrede vom 23. 3. 1923 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 359, S. 10388.
634. *Auf Umwegen zu den Vereinigten Staaten von Europa*, in: *Berner Tagwacht*, Nr. 69, 23. 3. 1923.
635. Reichstagsrede vom 24. 3. 1923 über Geschäftsordnungsprobleme, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 359, S. 10427, 10430.
636. Reden vom 30. 3. und 1. 4. 1923 auf dem Parteitag der USPD in Berlin über die politische Lage und die USPD und die Internationale, in: *Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 30. März bis 2. April 1923 im Bürgersaal des Rathauses zu Berlin*, Berlin (1923), S. 2, 4—7, 18—20, 32—33, 34—35.
637. Reichstagsrede vom 18. 4. 1923 über den passiven Widerstand an der Ruhr, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 359, S. 10615—10617.
638. Reichstagsrede vom 11. 5. 1923 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 359, S. 10985.

639. Reichstagsrede vom 14. 5. 1923 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 360, S. 11047.
640. Reichstagsrede vom 15. 5. 1923 für eine Änderung des Diätengesetzes, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 360, S. 11089—11090.
641. Reichstagsrede vom 9. 6. 1923 über die wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands und gegen die Methoden Schlageters, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 360, S. 11260—11265.
642. Reichstagsrede vom 20. 6. 1923 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 360, S. 11517.
643. Reichstagsrede vom 3. 7. 1923 über die Rechtsprechung im Fechenbach-Prozeß, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 360, S. 11569—11573.
644. Reichstagsrede vom 6. 7. 1923 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 360, S. 11688.
645. Reichstagsrede vom 7. 7. 1923 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 360, S. 11741—11742.
646. Reichstagsrede vom 10. 8. 1923 über die Ruhrpolitik der Regierung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 361, S. 11820—11825.
647. Reichstagsrede vom 14. 8. 1923 gegen ein Vertrauensvotum für den Reichskanzler, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 361, S. 11853—11855.
648. Reichstagsrede vom 27. 9. 1923 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 361, S. 11901—11902, 11905.
649. Reichstagsrede vom 8. 10. 1923 gegen das Ermächtigungsgesetz und über die Politik der Regierung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 361, S. 11948, 12017—12024.
650. Reichstagsrede vom 9. 10. 1923 über die Politik der Regierung Stresemann, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 361, S. 12062—12063.
651. Reichstagsrede vom 11. 10. 1923 gegen das Ermächtigungsgesetz, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 361, S. 12120, 12125, 12129, 12130—12131, 12140, 12141.
652. Reichstagsrede vom 13. 10. 1923 zur Geschäftsordnung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 361, S. 12148—12149.
653. Reichstagsrede vom 22. 11. 1923 über eine Erklärung Stresemanns, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 361, S. 12218, 12223, 12236, 12237.
654. Reichstagsrede vom 5. 12. 1923 über eine Erklärung des Reichskanzlers Marx, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 361, S. 12327—12333.
655. Reichstagsrede vom 6. 12. 1923 über die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes getroffenen wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen der Regierung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 361, S. 12343—12345.

1924

656. Reichstagsrede vom 22. 2. 1924 über die Separatistenbewegung, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 361, S. 12438—12442, 12460.
657. Reichstagsrede vom 29. 2. 1924 über die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen, in: *Sten. Ber. RT*, Bd. 361, S. 12573—12577.

1925

658. Rede vom 16. 8. 1925 auf dem Kongreß der Internationalen Arbeiterhilfe in Berlin über Aktionen für China, in: Willi Münzenberg, *Solidarität. Zehn Jahre Internationale Arbeiterhilfe 1921—1931*, hrsg. im Auftrage des Zentralkomitees der Internationalen Arbeiterhilfe, Berlin 1931, S. 182—183.

1927

659. Reden auf dem Kongreß gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus in Brüssel über die Taktik des proletarischen Klassenkampfes und für Unterstützung des kolonialen Freiheitskampfes, in: *Das Flammenzeichen vom Palais Egmont. Offizielles Protokoll des Kongresses gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus. Brüssel, 10.—15. Februar 1927*, hrsg. von der Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit, Berlin 1927, S. 177—185, 197—200.

1928

660. *Wird das Sturmjahr 1928 auch ein Erntejahr für uns?*, in: *Arbeiter Illustrierte Zeitung*, 7. Jg. (1928), Nr. 1, S. 2.
661. *Der 1. Mai ist ein Kampftag! Rückblick und Ausblick*, in: *Arbeiter Illustrierte Zeitung*, 7. Jg. (1928), Nr. 17, S. 2.

1929

662. Rede auf dem Antifaschisten-Kongreß in Berlin über den faschistischen Terror, in: *Faschismus. Bericht vom (1.) Internationalen Antifaschisten-Kongreß Berlin 9. bis 10. März 1929*, hrsg. vom Internationalen Antifaschisten-Komitee, Berlin 1930, S. 30—35.

1930

663. *Englische Charakterköpfe*. Zeichnungen von Georg Ledebour, in: *Arbeiter Illustrierte Zeitung*, 9. Jg. (1930), Nr. 10, S. 186.

1931

664. Brief vom 29. 10. 1931 [an die Jugend der SAPD], in: *Sozialistische Arbeiter Zeitung*, Nr. 1, 1. 11. 1931.
665. *Was ist die Aufgabe der SAP?*, in: *Sozialistische Arbeiter Zeitung*, Nr. 2, 2. 11. 1931.
666. *Die deutsche Novemberrevolution* [17 Fortsetzungen und Schluß], in: *Sozialistische Arbeiter Zeitung*, Nr. 10—27, 12. 11. bis 3. 12. 1931.
667. *Appell in letzter Stunde*, in: *Sozialistische Arbeiter Zeitung*, Nr. 47, 28. 12. 1931.

1932

668. *Programm-Entwürfe*, in: *Sozialistische Arbeiter Zeitung*, Nr. 58—60, 9.—11. 3. 1932.
669. *Für die Selbständigkeit der SAP. Eine Erwiderung auf den Vorschlag Düby-Rück-Schaber*, in: *Sozialistische Arbeiter Zeitung*, Nr. 73, 25. 3. 1932.
670. Rede vom 26. 3. 1932 auf dem Parteitag der SAPD in Berlin über die Stellung zur Sowjetunion und das Verhältnis der SAPD zur SPD, in: *Sozialistische Arbeiter Zeitung*, Nr. 75, 30. 3. 1932.
671. *Der Faschismus ist nicht unbesiegbar*, in: *Sozialistische Arbeiter Zeitung*, Nr. 159, 19. 7. 1932.
672. *Tut Euch zusammen! Ein Appell in letzter Stunde an Deutschlands Arbeiterschaft*, in: *Sozialistische Arbeiter Zeitung*, Nr. 170, 31. 7. 1932.
673. *Auf zum zielklaren Kampf*, in: *Sozialistische Arbeiter Zeitung*, Nr. 224, Sondernummer [1. 10. 1932].
674. *Mahnruf an die deutschen Arbeiter*, in: *Sozialistische Arbeiter Zeitung*, Nr. 250, 2. 11. 1932.

1945

675. *Für Recht und Menschlichkeit. Verbessert die Zustände in dem Totenland jenseits Oder und Neiße!*, in: (1) *Neue Volks-Zeitung*, New York, Nr. 51, 22. 12. 1945; (2) *Georg Ledebour. Mensch und Kämpfer*, zusammengestellt von Minna Ledebour, Zürich 1954, S. 166—169.

II. Schrifttum über Georg Ledebour

1. Johannes Fischart, *Georg Ledebour*, in: *Das alte und das neue System. Die politischen Köpfe Deutschlands*, Berlin 1919, S. 64—69.
2. Felix Stössinger, *Ledebour vor Gericht*, in: *Freie Welt*, 1. Jg. (1919), H. 5, S. 2.
3. Felix Stössinger, *Zu Ledebours 70. Geburtstag*, in: *Freie Welt*, 2. Jg. (1920), H. 10, S. 2—3.
4. Emil Unger, *Georg Ledebour*, in: *Politische Köpfe des sozialistischen Deutschlands. Skizzen*, Leipzig 1920, S. 93—95.
5. *Dem Kämpfer Georg Ledebour. Zu seinem 70. Geburtstage*, in: *Freiheit*, Nr. 73, 7. 3. 1920.
6. *Politisches Handwörterbuch*, hrsg. von Paul Herre unter redaktioneller Mitwirkung von Kurt Jagow, Bd. 2, Leipzig 1923, S. 33.
7. *Aus der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung*, in: *Arbeiter Illustrierte Zeitung*, 8. Jg. (1929), Nr. 7, S. 4.
8. Berthold Jacob, *Georg Ledebour. Zum 80. Geburtstag*, in: *General-Anzeiger für Dortmund*, Nr. 66, 7. 3. 1930, 4. Blatt.
9. Wilhelm Dittmann, *Georg Ledebour, dem 88jährigen Veteranen des Sozialismus zum Gruß*, in: *Berner Tagwacht*, Nr. 54, 5. 3. 1938, Beilage.
10. Otto Krille, *Georg Ledebour 96jährig am 7. März*, in: *Volksrecht*, Zürich, Nr. 56, 7. 3. 1946.
11. Wilhelm Dittmann, *Georg Ledebour*, in: *Volksrecht*, Zürich, Nr. 77, 1. 4. 1947.
12. sch[?], *Abschied von Georg Ledebour*, in: *Berner Tagwacht*, 5. 4. 1947.
13. Fernand Coussy, *Grand socialiste Georg Ledebour vient de mourir*, in: *Le Populaire*, 7. 4. 1947.
14. A. J. Smalan, *G. Ledebour död*, in: *Ny Dag*, Stockholm, 18. 4. 1947.
15. Benedikt Kautsky, *Georg Ledebour. Persönliche Erinnerungen*, in: *Volksrecht*, Zürich, Nr. 93 und 94, 22. und 23. 4. 1947.
16. Franz Josef Furtwängler, *Georg Ledebour*, in: *Männer, die ich sah und kannte*, Hamburg 1951, S. 138—142.
17. *Georg Ledebour. Mensch und Kämpfer*, zusammengestellt von Minna Ledebour, Zürich 1954, 169 S.
18. Walter Hammer, *Georg Ledebour*, in: *Hohes Haus in Henkers Hand. Rückschau auf die Hitlerzeit, auf Leidensweg und Opfergang deutscher Parlamentarier*, Frankfurt/Main 1956, S. 62.
19. Paul Mayer, *Revolutionär und Künstler. Erinnerungen an Georg Ledebour. Aus seinem literarischen Rest-Nachlaß*, in: *Vorwärts*, Nr. 41, 10. 10. 1958, S. 6.
20. *Biographisches Staatshandbuch. Lexikon der Politik, Presse und Publizistik* von Wilhelm Kosch, Berlin und München 1959, S. 743—744.
21. *Biographisches Lexikon des Sozialismus*, Bd. 1: *Verstorbene Persönlichkeiten*, Hannover 1960, S. 183—184.
22. Georg Kotowski, *Georg Ledebour*, in: *Geschichte in Gestalten*, hrsg. von Hans Herzfeld, Bd. 3, Frankfurt/Main 1963, S. 24.

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

Archivalien

Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam:
Nachlaß August Bebel
Nachlaß Robert Grimm
Nachlaß Karl Kautsky
Familienarchiv Kautsky
Nachlaß Wilhelm Liebknecht
Nachlaß Georg von Vollmar
Protokoll der Fraktion der USPD (1920—1922)
Wilhelm Dittmann, *Erinnerungen*. Manuskript. Publikation vorbereitet von Georg Kotowski.

SPD-Archiv Bonn:
Nachlaß Wilhelm Dittmann
Nachlaß Carl Giebel
Nachlaß Alfred Henke
Nachlaß Hermann Molkenbuhr (einschließlich der Molkenbuhr-Tagebücher)
Restnachlaß Georg Ledebour
Ordner: Parteikonflikt 1. Weltkrieg

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin:
Hauptabteilung XII, Zeitgeschichtliche Sammlung
III. Broschüren
IV. Flugblätter

Landesarchiv Berlin:
Generalstaatsanwalt bei dem Landgericht, Rep. 58 Acc. 399 Nr. 466: *Staatsanwaltschaft bei dem Landgerichte I Berlin. Akten in der bei dem Schwurgericht anhängigen Strafsache gegen Ledebour & Gen. wegen Aufruhrs pp.*, Bd. 1—12.

Stadtarchiv Hannover:
Varia

Bundesarchiv Koblenz:
Zeitgeschichtliche Sammlung
Reichskanzlei (1919—1933) R 43 I
Preußisches Justizministerium P 135/11760

Hauptstaatsarchiv Stuttgart:
Protokolle der Budgetkommission (1905—1918):
1. Gesandtschaft Berlin E 74 I, XII 13 (Reichsfinanzreform)
2. Staatsministerium E 130 V, X a 30 (Niederschriften über Sitzungen von Reichstagsausschüssen)

Hauptstaatsarchiv Wiesbaden:
Preußisches Polizeipräsidium Frankfurt/Main, Abteilung 407

Schriftliche und mündliche Mitteilungen

Schreiben des Stadtarchivs Hannover vom 10. 5. 1965, vom 28. 3. 1966 und vom 30. 1. 1967.
Schreiben der Paul-Neumann-Stiftung Bonn vom 12. 2. 1966.
Schreiben von Alida de Jager Tannay vom 28. 4. 1964 und vom 5. 8. 1964.
Mündliche Auskunft von Jenny Grimm, Bern, vom 18. 4. 1966.
Mündliche Auskunft des Leiters des SPD-Archivs, Paul Mayer.

Zeitungen und Zeitschriften

Arbeiter Illustrierte Zeitung, Berlin 1928 ff.
Der Arbeiter-Rat, Berlin 1919 f.
Archiv für Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, Leipzig 1911 ff.
Der Beobachter, Stuttgart 1885.
Berner Tagwacht, 1923 ff.
Bremer Arbeiter-Zeitung, 1918 ff.
Bremer Bürger-Zeitung, 1902 ff.
Bulletin périodique du Bureau Socialiste International, 1910.
Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin 1909 ff.
Demokratische Blätter, Berlin 1884 ff.
Deutsche Bergarbeiter-Zeitung verbunden mit Glück-Auf, Bochum 1901 ff.
Die Fackel, Berlin 1916 f.
Frankfurter Zeitung und Handelsblatt, 1885.
Freie Welt. Illustrierte Wochenschrift der USPD, Berlin 1919 f.
Freiheit, Berlin 1918 ff.
Freiheit, Hanau und Frankfurt/Main 1919.
General-Anzeiger für Dortmund, Dortmund 1930.
Der Gewerkverein, Berlin 1882 ff.
Hamburger Echo, 1923.
Hannoversche Tagespost, 1859.
Klassenkampf. Organ der USPD, Berlin 1922.
Die Kommunistische Internationale, 1925.
Leipziger Volkszeitung, 1909 ff.
Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse, Berlin 1905 ff.
Mitteilungsblatt des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend, 1910 ff.
Neue Volkszeitung, New York 1945.
Die Neue Zeit, Stuttgart 1883 ff.
Offenbacher Abendblatt, Offenbach 1902.
Le Populaire, Paris 1921.
Die Republik, Berlin 1919.
Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung, Dortmund 1901 ff.

Der Rote Aufbau, Berlin 1929 ff.
Die Rote Fahne, Berlin 1919 ff.
Sächsische Arbeiter-Zeitung, Dresden 1899.
Der Sozialdemokrat, Berlin 1894 f.
Der Sozialdemokrat, Zürich 1883.
Sozialistische Arbeiter Zeitung, Breslau—Berlin 1931 f.
Sozialistische Monatshefte, Berlin 1897 ff.
Sozialpolitisches Centralblatt, Berlin 1892 ff.
Volksrecht, Zürich 1946 f.
Volksstimme, Chemnitz 1915.
Vorwärts, Berlin 1891 ff.
Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin 1957 ff.

Protokolle, Quellensammlungen, Nachschlagewerke

Adler, Victor, *Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky sowie Briefe von und an Ignaz Auer, Eduard Bernstein, Adolf Braun, Heinrich Dietz, Friedrich Ebert, Wilhelm Liebknecht, Hermann Müller und Paul Singer*, gesammelt und erläutert von Friedrich Adler, hrsg. vom Parteivorstand der Sozialistischen Partei Österreichs, Wien 1954.

Adreßbuch der Königlichen Haupt- und Residenzstadt Hannover und ihrer Vorstädte für 1853 u. ff., Hannover.

Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Vom 16. bis 21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhause zu Berlin. Stenographische Berichte, Berlin o. J.

Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland. Quellenmaterial, bearbeitet von Gerhard Schrader und Hellmut Weber (= Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. von Leo Stern, Bd. 4, 1—4), Berlin 1959.

August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels (= Quellen und Untersuchungen zur Geschichte der deutschen und österreichischen Arbeiterbewegung, Bd. 6), hrsg. von Werner Blumenberg, London-The Hague-Paris 1965.

Bericht über die Verhandlungen des zweiundzwanzigsten Kongresses deutscher Volkswirthe in Nürnberg am 20., 21. und 22. September 1885. Im Auftrage der ständigen Deputation hrsg. von Max Broemel, Berlin 1885.

Bureau Socialiste International. Compte-rendu officiel de la 3me conférence de la Commission Interparlementaire (12 octobre 1908), Gand 1909.

Chronik der deutschen Sozialdemokratie (Franz Osterroth/Dieter Schuster), Hannover 1963.

Cohn, Gustav, *System der Nationalökonomie. Ein Lesebuch für Studi[e]rende*, Bd. 1: *Grundlegung der Nationalökonomie*, Stuttgart 1885.

Der deutsche Kommunismus. Dokumente, hrsg. und kommentiert von Hermann Weber, Köln—Berlin 1963.

Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Reihe 2, Bd. 1—3, Berlin 1958.

Drahn, Ernst, *Führer durch das Schrifttum des deutschen Sozialismus*, 2., vermehrte und verbesserte Aufl., Berlin 1920.

Drahn, Ernst/Leonhard, Susanne, *Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges*, Berlin—Fichtenau 1920.

Friedrich Engels' Briefwechsel mit Karl Kautsky. Zweite, durch die Briefe Karl Kautskys vervollständigte Ausgabe von „Aus der Frühzeit des Marxismus" (= Quellen und Untersuchungen zur Geschichte der deutschen und österreichischen Arbeiterbewegung, Bd. 1), hrsg. und bearbeitet von Benedikt Kautsky, Wien 1955.

Faschismus. Bericht vom (1.) Internationalen Antifaschisten-Kongreß Berlin 9. bis 10. März 1929, hrsg. vom Internationalen Antifaschisten-Komitee, Berlin 1930.

Das Flammenzeichen vom Palais Egmont. Offizielles Protokoll des Kongresses gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus. Brüssel, 10.—15. Februar 1927, hrsg. von der Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit, Berlin 1927.

Geschichte in Gestalten, hrsg. von Hans Herzfeld, Bd. 1—4, Frankfurt/Main 1963.

Handbuch der politischen Ökonomie, hrsg. von Dr. Gustav Schönberg, 2., stark vermehrte Aufl., Bd. 1: *Volkswirtschaftslehre*, Teil 1, Tübingen 1885.

Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, hrsg. vom Vorstand des Vereins Arbeiterpresse, 3. Jg. (1914), Neue Folge des Jahrbuches für Partei- und Gewerkschafts-Angestellte, Berlin 1914.

Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18 (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Reihe 1, Bd. 1), bearbeitet von Erich Matthias unter Mitwirkung von Rudolf Morsey, T. 1 u. 2, Düsseldorf 1959.

Internationale Bibliographie der marxistischen Zeitschriftenliteratur, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Jg. 1950—1959, Berlin 1951—1962.

Die Internationale und der Weltkrieg. Materialien, gesammelt von Carl Grünberg, 1. Abteilung: *Vor dem Kriege und während der ersten Kriegswochen*, Leipzig 1916.

Die Internationale und der Weltkrieg. Materialien, gesammelt von Carl Grünberg, 2. Abteilung: Angelica Balabanoff, *Die Zimmerwalder Bewegung 1914—1919*, Leipzig 1928.

Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Amsterdam, 14. bis 20. August 1904, Berlin 1904.

Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart, 18. bis 24. August 1907, Berlin 1907.

Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Kopenhagen, 28. August bis 3. September 1910, Berlin 1910.

Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie in der Zeit des Sozialistengesetzes 1878—1890. Die Tätigkeit der Reichs-Commission. Quellenmaterial, bearbeitet von Herbert Buck (= Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. von Leo Stern, Bd. 3, 1—2), Berlin 1956.

Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918 (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Reihe 1, Bd. 4). In Verbindung mit Erich Matthias bearbeitet von Susanne Miller, Düsseldorf 1966.

Der Ledebour-Prozeß. Gesamtdarstellung des Prozesses gegen Ledebour wegen Aufruhr etc. vor dem Geschworenengericht Berlin-Mitte vom 19. Mai bis 23. Juni 1919, auf Grund des amtlichen Stenogramms bearbeitet und mit einem Vorwort versehen von Georg Ledebour, Berlin 1919.

Ledebour vor den Geschworenen. Seine Verteidigungsrede — eine Anklage gegen die Regierung Ebert—Scheidemann. Die Rede des Genossen Ledebour vor dem Schwurgericht des Landgerichts I in Berlin am 20. Mai 1919 in wörtlicher Wiedergabe nach dem stenographischen Bericht, Berlin 1919.

Lenin, N./Sinowjew, G., *Gegen den Strom. Aufsätze aus den Jahren 1914—1916*, Hamburg 1921.

Lenin, W. I., *Sämtliche Werke*. Einzige vom Lenin-Institut in Moskau autorisierte Ausgabe, Bd. 25: *Das Jahr 1920. Strategie und Taktik der proletarischen Revolution*, Wien—Berlin 1930.

Luxemburg, Rosa, *Gesammelte Werke*, hrsg. von Clara Zetkin und Adolf Warski, Bd. 4: *Gewerkschaftskampf und Massenstreik*, eingeleitet und bearbeitet von Paul Frölich, Berlin 1928.

Politisches Handwörterbuch, hrsg. von Paul Herre unter redaktioneller Mitwirkung von Kurt Jagow, Bd. 1 u. 2, Leipzig 1923.

Protokoll der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Wien vom 22. bis 27. Februar 1921, hrsg. vom Sekretariat der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien, Wien 1921.

Protokoll der Reichskonferenz der Sozialdemokratie Deutschlands vom 21., 22. und 23. September 1916, hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Als Manuskript gedruckt!, Berlin 1916.

Protokolle der Sitzungen des Partei-Ausschusses, 1914—1916, hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Als Manuskript gedruckt!, Berlin o. J.

Protokolle über die Verhandlungen der Parteitage der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1890 ff.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Partei Preußens. Abgehalten zu Berlin vom 28. bis 31. Dezember 1904, Berlin 1905.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Partei Preußens. Abgehalten zu Berlin vom 21. bis 23. November 1907, Berlin 1907.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Partei Preußens. Abgehalten in Berlin vom 3. bis 5. Januar 1910, Berlin 1910.

Protokoll über die Verhandlungen des Gründungs-Parteitags der USPD vom 6. bis 8. April 1917 in Gotha, Berlin 1921.

Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages [der] USPD in Leipzig vom 30. November bis 6. Dezember 1919, Berlin o. J.

Protokoll der Reichskonferenz [der] USPD vom 1. bis 3. September 1920 zu Berlin, Berlin o. J.

Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages [der] USPD in Halle vom 12. bis 17. Oktober 1920, Berlin [1920].

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages [der] USPD in Leipzig vom 8. bis 12. Januar 1922, Leipzig o. J.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der USPD abgehalten in Gera vom 20. bis 23. September 1922, Berlin 1923.

Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 30. März bis 2. April 1923 im Bürgersaal des Rathauses zu Berlin, Berlin (1923).

Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918 (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Reihe 1, Bd. 3), bearbeitet von Erich Matthias und Eberhard Pikart, T. 1 u. 2, Düsseldorf 1966.

Amtliches Reichstags-Handbuch. Zehnte Legislaturperiode 1898/1903, hrsg. vom Reichstags-Bureau, Berlin 1898.

Amtliches Reichstags-Handbuch. Elfte Legislaturperiode 1903/1908, hrsg. vom Reichstags-Bureau, Berlin 1903.

Reichstags-Handbuch. Zwölfte Legislaturperiode, hrsg. vom Bureau des Reichstags, Berlin 1907.

Reichstags-Handbuch. 13. Legislaturperiode, hrsg. vom Bureau des Reichstags, Berlin 1912.

Reichstags-Handbuch. I. Wahlperiode 1920, hrsg. vom Bureau des Reichstags, Berlin 1920.

Die russische Revolution von 1905—1907 im Spiegel der deutschen Presse. Quellenmaterial, zusammengestellt und bearbeitet von dem Assistentenkollektiv Rudolf Sauerzapf u. a. (= Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. von Leo Stern, Bd. 2, 3—7), Berlin 1961.

Sammlung der Drucksachen der Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung (Anlagen zu den Sitzungs-Berichten) Tagung 1919/21, Bd. 15, Drucksachen Nr. 4094—4154, Berlin 1921.

(Scheffler, Hildegard/Noack, Lutz), *Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Eine Auswahl der seit 1945 im Gebiet der DDR erschienenen Veröffentlichungen*, hrsg. vom Zentralinstitut für Bibliothekswesen, Leipzig 1955.

Schröder, Wilhelm, *Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1863 bis 1909*, München 1910.

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Neue Folge, 1885 ff.

Sozialistischer Literaturführer, hrsg. vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit Berlin, Bd. 1 u. 2, o. O. o. J.

Spartakusbriefe, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1958.

Spartakus im Kriege. Die illegalen Flugblätter des Spartakusbundes im Kriege, gesammelt und eingeleitet von Ernst Meyer, Berlin 1927.

Statistik des Deutschen Reichs, bearbeitet im Statistischen Reichsamt, Bd. 315, H. 2—4: *Die Wahlen zum Reichstag am 4. Mai 1924 und am 7. Dezember 1924 (Zweite und dritte Wahlperiode)*, Berlin 1925.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, Berlin 1900 ff.

Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919—1930, 4. Reihe, *Die Ursachen des deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918*, Bd. 7, 2, Berlin 1928.

Die Zimmerwalder Bewegung. Protokolle und Korrespondenz, hrsg. von Horst Lademacher, Bd. 1 u. 2, The Hague-Paris 1967.

Literatur

Achajus, *Der Werth der Berliner politischen Presse*, Berlin 1889.

Ahrens, Heinrich, *Geschichte der Garten-Gemeinde in der Königlichen Residenzstadt Hannover*, Hannover 1883.

Ascher, Abraham, *Imperialists within German Social Democracy prior to 1914*, in: *Journal of Central European Affairs*, vol. 20 (1960/61), no. 4, S. 397—422.

Balabanoff, Angelica, *Erinnerungen und Erlebnisse*, Berlin 1927.

Barth, Emil, *Aus der Werkstatt der deutschen Revolution*, Berlin (1919).

Bebel, August, *Charles Fourier. Sein Leben und seine Theorien*, 3. Aufl., Stuttgart 1907.

Bernstein, Eduard, *Die Geschichte der Berliner Arbeiter-Bewegung. Ein Kapitel zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie*, Bd. 1—3, Berlin 1907—1910.

Bernstein, Eduard, *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*, Stuttgart 1899.

Die Bildung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. Als Manuskript gedruckt!, o. O. o. J.

Blumenberg, Werner, *Einige Briefe Rosa Luxemburgs und andere Dokumente,* in: *Bulletin of the International Institute of Social History Amsterdam,* vol. 7 (1952), S. 9—39.

Braunthal, Julius, *Geschichte der Internationale,* Bd. 1 u. 2, Hannover 1961—1963.

Brentano, Lujo, *Die Arbeitergilden der Gegenwart,* Bd. 1 u. 2, Leipzig 1871—1872.

Brentano, Lujo, *Das Arbeitsverhältnis gemäß dem heutigen Recht. Geschichtliche und ökonomische Studien,* Leipzig 1877.

Buchner, Eberhard, *Revolutionsdokumente. Die deutsche Revolution in der Darstellung der zeitgenössischen Presse,* Berlin 1921.

Calmann, Hanns Maximilian, *Die Finanzpolitik der deutschen Sozialdemokratie 1867—1914* (= Bibliothek der Weltgeschichte [Bd. 2]), München—Berlin 1922.

Cole, G. D. H., *A History of Socialist Thought,* vol. 3, 1—2: *The Second International 1889—1914,* London 1956.

Conze, Werner, *Sozialgeschichte,* in: *Moderne deutsche Sozialgeschichte* (= Neue wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 10), hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Köln—Berlin 1966.

Damaschke, Adolf, *Aus meinem Leben,* neue, durchgearbeitete Aufl., Berlin 1928.

Decker, Günter, *Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen,* Göttingen 1955.

Dix, Arthur, *Sozialdemokratie, Militarismus und Kolonial-Politik auf den Sozialisten-Kongressen 1907,* Berlin (1908).

Donneur, André, *Histoire de l'union des partis socialistes pour l'action internationale (1920—1923).* Thèse No 185 (Université de Genève. Institut Universitaire de Hautes Études Internationales), Sudbury/Ontario 1967.

Drechsler, Hanno, *Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik* (= Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 2), Meisenheim 1965.

Edinger, Lewis J., *Politische Wissenschaft und politische Biographie,* in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie,* 17. Jg. (1965), S. 477—486.

Eichhorn, Emil, *Über die Januar-Ereignisse. Meine Tätigkeit im Berliner Polizeipräsidium und mein Anteil an den Januar-Ereignissen,* Berlin 1919.

Elben, Wolfgang, *Das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution. Die Politik der Staatssekretäre und der militärischen Führung vom November 1918 bis Februar 1919* (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 31), Düsseldorf 1965.

Enseling, Alf, *Die Weltbühne. Organ der Intellektuellen Linken* (= Studien zur Publizistik, Bd. 2), Münster 1962.

Fischart, Johannes, *Das alte und das neue System. Die politischen Köpfe Deutschlands,* Berlin 1919.

Fischer, Anton, *Die Revolutions-Kommandantur Berlin,* Berlin o. J.

Fischer, Fritz, *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18,* 3., verbesserte Aufl., Düsseldorf 1964.

Frauendienst, Werner, *Demokratisierung des deutschen Konstitutionalismus in der Zeit Wilhelms II. Joseph Lortz in Verehrung zum 70. Geburtstag,* in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft,* Bd. 113 (1957), S. 721—746.

Fricke, Dieter, *Die sozialdemokratische Parteischule (1906—1914),* in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft,* 5. Jg. (1957), Heft 2, S. 229—248.

Frölich, Paul, *Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat,* Paris 1939.

Furtwängler, Franz Josef, *Männer, die ich sah und kannte,* Hamburg 1951.

Gankin, Olga Hess/Fisher, H. H., *The Bolsheviks and the World War. The Origin of the Third International* (= The Hoover Library on War, Revolution and Peace. Publication No. 15), Stanford/Calif. 1960.

Georgi, Elsbeth, *Theorie und Praxis des Generalstreiks in der modernen Arbeiterbewegung,* Jena 1908.

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 1—8, Berlin 1966.

Gilg, Peter, *Die Erneuerung des demokratischen Denkens im Wilhelminischen Deutschland. Eine ideengeschichtliche Studie zur Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert* (= Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte, Mainz, Bd. 37), Wiesbaden 1965.

Gilles, Ferdinand, *Demokratie und Bismarck. Ein ehrliches Wort über das Recht auf Arbeit,* Düsseldorf 1885.

Gleichauf, W., *Geschichte des Verbandes der deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker),* Berlin-Schöneberg 1907.

Grambow, Ludolf, *Die deutsche Freihandelspartei zur Zeit ihrer Blüte* (= Sammlung nationalökonomischer und statistischer Abhandlungen des staatswissenschaftlichen Seminars zu Halle a. d. S., Bd. 38), Jena 1903.

(Haase, Hugo), *Hugo Haase. Sein Leben und Wirken.* Mit einer Auswahl von Briefen, Reden und Aufsätzen hrsg. von Ernst Haase, Berlin-Frohnau 1929.

Hatschek, Julius, *Das Parlamentsrecht des Deutschen Reiches.* Im Auftrage des Deutschen Reichstages dargestellt, T. 1, Berlin—Leipzig 1915.

Höhle, Thomas, *Franz Mehring. Sein Weg zum Marxismus. 1869—1891* (= Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte an der Karl-Marx-Universität Leipzig, Bd. 1), Berlin 1956.

Hue, Otto, *Neutrale oder parteiische Gewerkschaften? Ein Beitrag zur Gewerkschaftsfrage zugleich eine Geschichte der deutschen Bergarbeiterbewegung,* Bochum 1900.

Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, Berlin 1929.

Jansen, Reinhard, *Georg von Vollmar. Eine politische Biographie* (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 13), Düsseldorf 1958.

Joll, James, *The Second International 1889—1914,* London 1955.

Jungheim, Bernhard, *Die Geschäftsordnung für den Reichstag mit Anmerkungen,* Berlin 1916.

Kautsky, John H., *J. A. Schumpeter and Karl Kautsky: Parallel Theories of Imperialism,* in: *Midwest Journal of Political Science,* vol. 5 (1961), S. 101—128.

(Kautsky, Karl), *Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Theil erläutert von Karl Kautsky,* Stuttgart 1892.

Kautsky, Karl, *Handelspolitik und Sozialdemokratie. Populäre Darstellung der handelspolitischen Streitfragen,* Berlin 1901.

Kautsky, Karl, *Der Parlamentarismus, die Volksgesetzgebung und die Sozialdemokratie,* Stuttgart 1893.

Kautsky, Karl, *Der politische Massenstreik. Ein Beitrag zur Geschichte der Massenstreikdiskussionen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie,* Berlin 1914.

Kautsky, Karl, *Sozialismus und Kolonialpolitik. Eine Auseinandersetzung,* Berlin 1907.

Kautsky, Karl, *Der Weg zur Macht. Politische Betrachtungen über das Hineinwachsen in die Revolution,* Berlin 1909.

Kolb, Eberhard, *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918—1919* (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 23), Düsseldorf 1962.

Koszyk, Kurt, *Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914 bis 1933* (= Deutsche Presseforschung, Bd. 1), Heidelberg 1958.

Kotowski, Georg, *Die deutsche Novemberrevolution. Warum der 9. November 1918 nicht zum Staatsfeiertag erklärt wurde*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zum *Parlament* vom 7. 12. 1960.

Kotowski, Georg, *Friedrich Ebert. Eine politische Biographie*, Bd. 1: *Der Aufstieg eines deutschen Arbeiterführers 1871 bis 1917* (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Sonderbd. 1), Wiesbaden 1963.

Krone, Klaus, *Die Stellung der USPD zur Grundfrage der Revolution bis zum ersten Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der linken Kräfte im Vollzugsausschuß des Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrates*, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe*, 7. Jg., (1957/58), Heft 4, S. 413—433.

Kulemann, Wilhelm, *Die Berufsvereine*, 1. Abteilung: *Geschichtliche Entwicklung der Berufsorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aller Länder*, 2., völlig neu bearbeitete Aufl. der Gewerkschaftsbewegung, Bd. 2: *Deutschland II*, Jena 1908.

Lange, Friedrich Albert, *Die Arbeiterfrage. Ihre Bedeutung für Gegenwart und Zukunft*, 4. Aufl., Winterthur 1879.

Liebknecht, Karl, *Klassenkampf gegen den Krieg*, Berlin (1915).

Liebknecht, Wilhelm, *Zur orientalischen Frage oder Soll Europa kosakisch werden? Ein Mahnwort an das deutsche Volk. Zweite, um einen Bogen vermehrte Auflage, in der die neuesten Phasen der politischen Lage berücksichtigt sind*, Leipzig (1878).

Lösche, Peter, *Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903—1920* (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Bd. 29. Publikationen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Bd. 1). Mit einem Vorwort von Georg Kotowski, Berlin 1967.

Mandelbaum, Kurt, *Die Erörterungen innerhalb der Sozialdemokratie über das Problem des Imperialismus (1895—1914)*, Frankfurt/Main 1926.

Mayer, Gustav, *Erinnerungen. Vom Journalisten zum Historiker der deutschen Arbeiterbewegung*. Zürich—Wien 1949.

Mehring, Franz, *Der Fall Lindau*. Dargestellt und erläutert von Dr. Franz Mehring, Berlin 1890.

Mehring, Franz, *Kapital und Presse. Ein Nachspiel zum Falle Lindau*, Berlin 1891.

Michels, Robert, *Die deutsche Sozialdemokratie. I. Parteimitgliedschaft und soziale Zusammensetzung*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Bd. 23 (1906), S. 471—556.

Michels, Robert, *Die deutsche Sozialdemokratie im internationalen Verbande. Eine kritische Untersuchung*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Bd. 25 (1907), S. 148—231.

Müller-Franken, Hermann, *Die November-Revolution. Erinnerungen*, Berlin 1928.

Müller, Richard, *Der Bürgerkrieg in Deutschland. Geburtswehen der Republik*, Berlin 1925.

Müller, Richard, *Vom Kaiserreich zur Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung während des Weltkrieges* (= Wissenschaft und Gesellschaft, Bd. 3 u. 4), Bd. 1 u. 2, Wien 1924—1925.

Münzenberg, Willi, *Solidarität. Zehn Jahre Internationale Arbeiterhilfe 1921—1931,* hrsg. im Auftrage des Zentralkomitees der Internationalen Arbeiterhilfe, Berlin 1931.

Nettl, Peter, *Rosa Luxemburg,* Köln—Berlin 1967.

Neubach, Helmut, *Die Ausweisungen von Polen und Juden aus Preußen 1885/86. Ein Beitrag zu Bismarcks Polenpolitik und zur Geschichte des deutsch-polnischen Verhältnisses* (= Marburger Ostforschungen, Bd. 27), Wiesbaden 1967.

Neumann-Hofer, Adolf, *Die Wirksamkeit der Kommissionen in den Parlamenten,* in: *Zeitschrift für Politik,* Bd. 4 (1911), S. 51—85.

Nipperdey, Thomas, *Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918* (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 18), Düsseldorf 1961.

Noske, Gustav, *Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie,* Offenbach 1947.

Noske, Gustav, *Kolonialpolitik und Sozialdemokratie,* Stuttgart 1914.

Oehme, Walter, *Damals in der Reichskanzlei. Erinnerungen aus den Jahren 1918/19,* Berlin 1958.

Oertzen, Peter von, *Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19* (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 18), Düsseldorf 1963.

Parvus, *Die Kolonialpolitik und der Zusammenbruch,* Leipzig 1907.

Polke, Hugo, *Die deutschen Gewerkvereine,* Stuttgart 1879.

Prager, Eugen, *Geschichte der U.S.P.D. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,* 2. Aufl., Berlin 1922.

Puhle, Hans-Jürgen, *Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893—1914). Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei* (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung. B. Historisch-politische Schriften), Hannover 1967.

Rachfahl, Felix, *Eugen Richter und der Linksliberalismus im Neuen Reiche,* in: *Zeitschrift für Politik,* Bd. 5 (1912), S. 261—374.

Ratz, Ursula, *Karl Kautsky und die Abrüstungskontroverse in der deutschen Sozialdemokratie 1911—12,* in: *International Review of Social History,* vol. 11, 2 (1966), S. 197—227.

Ritter, Gerhard A., *Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890—1900* (= Studien zur europäischen Geschichte aus dem Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Bd. 3), 2., durchgesehene Aufl., Berlin 1963.

(Carl Rodbertus-Jagetzow), *Briefe und sozialpolitische Aufsätze von Dr. Rodbertus-Jagetzow,* hrsg. von Rudolph Meyer, Bd. 1 u. 2, Berlin o. J.

Roland Holst-van der Schalk, Henriette, *Rosa Luxemburg. Ihr Leben und Wirken,* Zürich 1937.

Rosenberg, Arthur, *Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik,* hrsg. von Kurt Kersten, Frankfurt/Main 1955.

Schäfer, Heinrich, *Tagebuchblätter eines rheinischen Sozialisten,* Bonn 1919.

Scharlau, Winfried B. / Zeman, Zbyněk A., *Freibeuter der Revolution. Parvus-Helphand. Eine politische Biographie*, Köln 1964.

Scheidemann, Philipp, *Memoiren eines Sozialdemokraten*, Bd. 1 u. 2, Dresden 1928.

Schieder, Theodor, *Nationalstaat und Nationalitätenproblem*, in: *Zeitschrift für Ostforschung*, 1. Jg. (1952), S. 161—181.

Schleifstein, Josef, *Franz Mehring. Sein marxistisches Schaffen, 1891—1919* (= Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte an der Karl-Marx-Universität Leipzig, Bd. 5), Berlin 1959.

Schmid, Richard, *Die Haltung der Richterschaft im Spiegel bedeutsamer Strafprozesse*, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, *Politische Strafprozesse*, Hannover 1962, S. 55—77.

Schorske, Carl E., *German Social Democracy 1905—1917. The Development of the Great Schism* (= Harvard Historical Studies, vol. 65), Cambridge/Mass. 1955.

Schröder, Hans-Christoph, *Sozialismus und Imperialismus. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit dem Imperialismusproblem und der „Weltpolitik" vor 1914* (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung. B. Historisch-politische Schriften), T. 1, Hannover 1968.

Schröder, Wilhelm, *Geschichte der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Deutschland* (= Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung, H. 4/5), Dresden 1912.

Schulze-Delitzsch, Hermann, *Schriften und Reden*, hrsg. im Auftrage des Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, e. V., von Friedrich Thorwart unter Mitwirkung von Hans Crüger u. a., Bd. 1—5, Berlin 1909—1913.

Severing, Carl, *Mein Lebensweg*, Bd. 1 u. 2, Köln 1950.

Spellmeyer, Hans, *Deutsche Kolonialpolitik im Reichstag*, Stuttgart 1931.

Springer, Rudolf (= Renner, Karl), *Der Kampf der österreichischen Nationen um den Staat*, Leipzig 1902.

Steinberg, Hans-Josef, *Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem I. Weltkrieg* (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung. B. Historisch-politische Schriften), Hannover 1967.

Stern, Carola, *Die Biographie — ein Brachland*, in: *Die Zeit*, Nr. 51 vom 16. 12. 1966.

Ströbel, Heinrich, *Die deutsche Revolution. Ihr Unglück und ihre Rettung*, hrsg. von „Aufbau und Werden", Gesellschaft für praktische Volksaufklärung und Steigerung der nationalen Arbeitskraft, Berlin 1922.

Tormin, Walter, *Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie. Die Geschichte der Rätebewegung in der deutschen Revolution 1918/19* (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 4), Düsseldorf 1954.

Trotzki, Leo, *Mein Leben. Versuch einer Autobiographie*, o. O. 1961.

Unger, Emil, *Politische Köpfe des sozialistischen Deutschlands. Skizzen*, Leipzig 1920.

Valentin, Veit, *Deutsche Geschichte*, Frankfurt/Main—Wien—Zürich 1960.

Varain, Heinz Josef, *Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890—1920)* (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 9), Düsseldorf 1956.

Vorwärts und nicht vergessen. Erlebnisberichte aktiver Teilnehmer der Novemberrevolution 1918/19. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1958.

Wachenheim, Hedwig, *Die deutsche Arbeiterbewegung 1844 bis 1914*, Köln-Opladen 1967.

Walcker, Karl, *Die Arbeiterfrage mit besonderer Berücksichtigung der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker)*, Eisenach 1881.

Wehler, Hans-Ulrich, *Sozialdemokratie und Nationalstaat. Die deutsche Sozialdemokratie und die Nationalitätenfragen in Deutschland von Karl Marx bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges* (= Marburger Ostforschungen, Bd. 18), Würzburg 1962.

Wille, Bruno, *Aus Traum und Kampf. Mein 60jähriges Leben* (= Wie ich wurde. Selbstbiographien volkstümlicher Persönlichkeiten), Berlin 1920.

Zarnow, Gottfried, *Der 9. November 1918. Die Tragödie eines großen Volkes.* Unter Mitarbeit von Ernst Drahn, Hamburg 1933.

NAMEN- UND SACHREGISTER

Die *kursiv* gesetzten Zahlen des Registers verweisen auf die Anmerkungen der betreffenden Seite des Buches.

HISTORISCHE KOMMISSION ZU BERLIN

BEIM FRIEDRICH-MEINECKE-INSTITUT
DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN

Berlin 45 (Lichterfelde) · Tietzenweg 79

*Das periodische Publikationsorgan
der Historischen Kommission zu Berlin ist das*

JAHRBUCH FÜR DIE GESCHICHTE
MITTEL- UND OSTDEUTSCHLANDS

Herausgegeben von

WILHELM BERGES · HANS HERZFELD
HENRYK SKRZYPCZAK

Redaktion:

HENRYK SKRZYPCZAK und SABINE WILKE

Band 1 OTTO BÜSCH, *Geschichte der Berliner Kommunalwirtschaft in der Weimarer Epoche.* Mit einem Vorwort von HANS HERZFELD. Geleitwort zur Publikationsreihe von WILLY BRANDT. XII, 230 Seiten. 1960. Ganzleinen DM 24,—

Band 2 J. A. SCHMOLL gen. EISENWERTH, *Das Kloster Chorin und die askanische Architektur in der Mark Brandenburg 1260—1320.* Mit 48 Abbildungen auf 24 Tafeln, 32 Textabbildungen und 1 Karte. IX, 254 Seiten. 1961. Ganzleinen DM 28,—

Band 3 HANS-HEINZ KRILL, *Die Rankerenaissance — Max Lenz und Erich Marcks.* Ein Beitrag zum historisch-politischen Denken in Deutschland 1880—1935. Mit einem Vorwort von HANS HERZFELD. XIV, 271 Seiten. 1962. Ganzleinen DM 38,—

Band 4 JACOB JACOBSON, *Die Judenbürgerbücher der Stadt Berlin 1809—1851.* Mit Ergänzungen für die Jahre 1791—1809. Mit 29 Tafeln. IX, 725 Seiten. 1962. Ganzleinen DM 58,— (Quellenwerke Band 1)

Band 5 RUDOLF LEHMANN, *Geschichte der Niederlausitz.* Mit 26 Tafeln und 2 mehrfarbigen Kartenbeilagen. XII, 813 Seiten. 1963. Ganzleinen DM 68,—

Band 6 *Die brandenburgischen Kirchenvisitations-Abschiede und -Register des XVI. und XVII. Jahrhunderts.* Zweiter Band: Das Land Ruppin. Inspektionen Neuruppin, Wusterhausen, Gransee und Zehdenick. Aus dem Nachlaß von VICTOR HEROLD, herausgegeben von GERHARD ZIMMERMANN. Bearbeitet von GERD HEINRICH. XII, 489 Seiten und eine Kartenbeilage. 1963. Ganzleinen DM 81,— (Quellenwerke Band 2)

Band 7 OTTO BÜSCH, *Militärsystem und Sozialleben im alten Preußen 1713—1807.* Die Anfänge der sozialen Militarisierung der preußisch-deutschen Gesellschaft. Mit einer Einführung von HANS HERZFELD. XV, 203 Seiten. 1962. Ganzleinen DM 28,—

Band 8 GÜNTHER GIERATHS, *Die Kampfhandlungen der brandenburgisch-preußischen Armee 1626—1807.* Ein Quellenhandbuch. XX, 630 Seiten. 1964. Ganzleinen DM 160,— (Quellenwerke Band 3)

Band 9 KURT HINZE, *Die Arbeiterfrage zu Beginn des modernen Kapitalismus in Brandenburg-Preußen 1685—1806.* Bibliographisch vermehrte und verbesserte, mit einem Registeranhang versehene zweite Auflage. Mit einer Einführung von OTTO BÜSCH. XX, 296 Seiten. 1963. Ganzleinen DM 36,— (Neudrucke Band 1)

Band 10 CARL HINRICHS, *Preußen als historisches Problem.* Gesammelte Abhandlungen. Herausgegeben von GERHARD OESTREICH. VI, 430 Seiten. 1964. Ganzleinen DM 28,—

WALTER DE GRUYTER & CO · BERLIN 30

Band 11 FRIEDRICH ZIPFEL, *Kirchenkampf in Deutschland 1933—1945.* Religionsverfolgung und Selbstbehauptung der Kirchen in der nationalsozialistischen Zeit. Mit einer Einleitung von HANS HERZFELD. XVI, 571 Seiten. 1965. Ganzleinen DM 38,— (Publikationen der Forschungsgruppe Berliner Widerstand beim Senator für Inneres von Berlin Band 1)

Band 12 BERNHARD HINZ, *Die Schöppenbücher der Mark Brandenburg,* besonders des Kreises Züllichau-Schwiebus. Bearbeitet und eingeleitet von GERD HEINRICH. Mit 10 Tafeln und einer Kartenbeilage. XII, 269 Seiten. 1964. Ganzleinen DM 42,—

Band 13 JOHANNES SCHULTZE, *Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte.* Ausgewählte Aufsätze. Mit einem Vorwort von WILHELM BERGES und einer Bibliographie von ULF HEINRICH. VIII, 312 Seiten. 1964. Ganzleinen DM 40,—

Band 14 ERNST KAEBER, *Beiträge zur Berliner Geschichte.* Ausgewählte Aufsätze. Mit einem Vorwort von JOHANNES SCHULTZE. Bearbeitet und mit einer biographischen Darstellung versehen von WERNER VOGEL. VIII, 392 Seiten. 1964. Ganzleinen DM 36,—

Band 15 *Berlin-Bibliographie* (bis 1960). In der Senatsbibliothek Berlin bearbeitet von HANS ZOPF und GERD HEINRICH unter Verwendung des von WALDEMAR KUHN gesammelten Materials. Mit einem Vorwort von HANS HERZFELD und RAINALD STROMEYER. Geleitwort von WILLY BRANDT. XXXI, 1012 Seiten. 1965. Ganzleinen DM 98,— (Bibliographien Band 1)

Band 16 ERNST KLEIN, *Von der Reform zur Restauration.* Finanzpolitik und Reformgesetzgebung des preußischen Staatskanzlers Karl August von Hardenberg. X, 352 Seiten. 1965. Ganzleinen DM 48,—

Band 17 HANS-JOACHIM WINKLER, *Preußen als Unternehmer 1923—1932.* Staatliche Erwerbsunternehmen im Spannungsfeld der Politik am Beispiel der Preussag, Hibernia und Veba. Mit einem Vorwort von GERT VON EYNERN und einem Geleitwort von GEORG KOTOWSKI. XVI, 223 Seiten. 1965. Ganzleinen DM 28,—

Band 18 MANFRED STÜRZBECHER, *Beiträge zur Berliner Medizingeschichte.* Quellen und Studien zur Geschichte des Gesundheitswesens vom 17. bis zum 19. Jahrhundert. Mit einer Einführung von JOHANNES SCHULTZE. XII, 234 Seiten. 1966. Ganzleinen DM 48,—

Band 19 ECKART KEHR, *Der Primat der Innenpolitik.* Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Herausgegeben und eingeleitet von HANS-ULRICH WEHLER. Mit einem Vorwort von HANS HERZFELD. VIII, 292 Seiten. 1965. Ganzleinen DM 28,—

WALTER DE GRUYTER & CO · BERLIN 30

Band 20 ILJA MIECK, *Preußische Gewerbepolitik in Berlin 1806—1844.* Staatshilfe und Privatinitiative zwischen Merkantilismus und Liberalismus. Mit einer Einführung von WOLFRAM FISCHER und OTTO BÜSCH. XVI, 276 Seiten. 1965. Ganzleinen DM 38,— (Publikationen zur Geschichte der Industrialisierung Band 1)

Band 21 STEFI WENZEL, *Jüdische Bürger und kommunale Selbstverwaltung in preußischen Städten 1808—1848.* Mit einem Vorwort von HANS HERZFELD. XII, 265 Seiten. 1967. Ganzleinen DM 38,—

Band 22 F. W. A. BRATRING, *Statistisch-topographische Beschreibung der gesamten Mark Brandenburg.* Kritisch durchgesehene und verbesserte Neuausgabe von OTTO BÜSCH und GERD HEINRICH. Mit einer biographisch-bibliographischen Einführung und einer Übersichtskarte von GERD HEINRICH. XLII, 116*, 1508 Seiten. Mit einem Bildnis. 1968. Ganzleinen DM 320,—

Band 23 HANS-HERMANN HARTWICH, *Arbeitsmarkt, Verbände und Staat 1918—1933.* Die öffentliche Bindung unternehmerischer Funktionen in der Weimarer Republik. Mit einem Vorwort von GEORG KOTOWSKI. XVI, 488 Seiten. 1967. Ganzleinen DM 78,—

Band 24 HANS ROSENBERG, *Große Depression und Bismarckzeit.* Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa. XII, 301 Seiten. 1967. Ganzleinen DM 28,— (Publikationen zur Geschichte der Industrialisierung Band 2)

Band 25 *Berlin und die Provinz Brandenburg im 19. und 20. Jahrhundert.* Mit Beiträgen von R. BÖSCHENSTEIN-SCHÄFER, W. BOLLERT, R. DIETRICH, P. DITTMAR, E. DOVIFAT, P. GOELDEL, G. HEINRICH, H. HERZFELD, H. KNUDSEN, G. KOTOWSKI, K. KUPISCH, K. MÜLLER-DYES, P. O. RAVE, M. SCHMIDT, E. SCHMIEDER. Mit einer Kartenbeilage. Herausgegeben von HANS HERZFELD unter Mitwirkung von GERD HEINRICH. XII, 1034 Seiten. 1968. Ganzleinen DM 48,— (Geschichte von Brandenburg und Berlin Band 3)

Band 26 HERRMANN M. Z. MEYER, *Moses Mendelssohn Bibliographie.* Mit einigen Ergänzungen zur Geistesgeschichte des ausgehenden 18. Jahrhunderts. Mit einer Einführung von HANS HERZFELD. Mit acht Abbildungen auf vier Tafeln. XXII, 343 Seiten. 1965. Ganzleinen DM 54,— (Bibliographien Band 2)

Band 27 HARTMUT KAELBLE, *Industrielle Interessenpolitik in der Wilhelminischen Gesellschaft.* Centralverband Deutscher Industrieller 1895—1914. Mit einem Vorwort von GERHARD A. RITTER. XVI, 268 Seiten. 1967. Ganzleinen DM 38,—

Band 28 JACOB JACOBSON, *Jüdische Trauungen in Berlin 1759—1813.* Mit Ergänzungen für die Jahre von 1723 bis 1759. Mit einem Geleitwort von HANS HERZFELD. Mit 18 Abbildungen. XLIV, 668 Seiten. 1968. Ganzleinen DM 84,— (Quellenwerke Band 4)

Ein Verzeichnis aller Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin steht auf Anforderung zur Verfügung.

WALTER DE GRUYTER & CO · BERLIN 30

Historischer Handatlas von Brandenburg und Berlin

Begründet von Archivrat Dr. BERTHOLD SCHULZE †

Wissenschaftliche Leitung des Gesamtwerkes:
Arbeitsgemeinschaft Historischer Handatlas

Prof. Dr. HEINZ QUIRIN (Herausgeber)
Prof. Dr. GERD HEINRICH · Akad. Rat Dr. HANS-GEORG SCHINDLER
Leit. Baudir. Dr. KLAUS SCHRÖDER

Etwa 160 Karten auf etwa 70 Blättern. Format: 44 x 67 cm.
Alle Karten in Mappen und mit Erläuterungsheften.

Der „Historische Handatlas“ möchte über den Kreis der Historiker hinaus den Interessierten und besonders auch dem Schulunterricht eine möglichst vollständige Dokumentation der Geschichte dieser Landschaft bieten. Einige wenige Karten werden durch Generalisierung aus den entsprechenden Karten des großen „Historischen Atlas“ abgeleitet werden können; weitaus die meisten Karten jedoch werden völlig neu erarbeitet aus dem in den zugänglichen Archiven vorhandenen Quellenmaterial, durch Verwertung von Vorarbeiten aus der Zeit vor dem 2. Weltkriege und mit Hilfe der gedruckten Quellen und Darstellungen.

Der „Handatlas“ wurde von Berthold Schulze (†) begründet und wird bearbeitet von der Arbeitsgemeinschaft Historischer Handatlas: Heinz Quirin (Herausgeber), Gerd Heinrich, Hans-Georg Schindler und Klaus Schroeder.

Folgende Sachgebiete werden bearbeitet: Natur / Vor- und Frühgeschichte / Territorium und Verwaltung / Siedlung / Bevölkerung / Verkehr und Wirtschaft / Kirche, Bildung, Kunst / Militärwesen.

Jährlich sollen etwa 10 Kartenblätter erscheinen; zu jedem Blatt gehören etwa 4 Seiten erläuternder Text. Jede Karte mit dem dazugehörigen Erläuterungstext ist auch einzeln lieferbar. Eine Einbanddecke für das Gesamtwerk ist vorgesehen.

Bisher erschienen:

Lfg. 1—6. 1962/1963. Je DM 18,—; Lfg. 7—12. 1964. Je DM 19,50;
Lfg. 13—18. 1965. Je DM 19,50; Lfg. 19—24. 1968. Je DM 19,50.

In Vorbereitung:

F. W. C. Graf v. Schmettau: Karte von Preußen. Ausschnitt Sandau-Rathenow-Rhinow — Verwaltungsgliederung 1608—1808. Beritte und Kreise der Alt-, Kur- und Neumark — Spitäler, Elendgilden und Kalandsbruderschaften bis 1520 / Stifter, Klöster und Kontureien bis 1520 — Säkularisation und Besitzstand 1540—1550 — Kolonistenzuzug und Staatssiedlung 1688—1786 — Besitzstand um 1800 — Kietze und Kietzsiedlungen — Die Mark Brandenburg 1319—1575. Territoriale Entwicklung — Gewerbe um 1849 — Bodenkarte (Geomorphologie) — Juden in der Mark (bis 1572) — Berlin am 18./19. März 1848 — Entwicklung der Kulturlandschaft — Flurnamen der Prignitz.

WALTER DE GRUYTER & CO · BERLIN 30

Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands

Publikationsorgan der Historischen Kommission zu Berlin

Herausgegeben von Wilhelm Berges, Hans Herzfeld und Henryk Skrzypczak
Im Auftrage des Friedrich-Meinecke-Instituts der Freien Universität Berlin
Redaktion: Henryk Skrzypczak und Sabine Wilke

Das Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands betrachtet alle historischen Perioden von der Vor- und Frühgeschichte bis zur unmittelbaren Zeitgeschichte als seinen Forschungsbereich. Vom Bande VIII (1959) an (seit der Umgestaltung als Publikationsorgan der Historischen Kommission) erhielt es einen Rezensionsteil und eine Zeitschriftenumschau, einsetzend mit der Berichterstattung über das Jahr 1957; der Anschluß an die laufende Buchproduktion soll durch Sammelreferate ergänzt werden, die in zwangloser Folge einen Überblick über die wichtigsten Monographien und Zeitschriftenveröffentlichungen der Jahre 1941—1956 vermitteln sollen; die Themen dieser Sammelreferate werden sowohl von den regionalen als auch von sachlichen Gesichtspunkten bestimmt. Das Jahrbuch schließt eine durch Krieg und Nachkrieg entstandene Lücke in der Berichterstattung über die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands. Es will damit nicht nur den Historiker, sondern auch den Politiker und Journalisten mit dem neuesten Stand der Erkenntnis auf diesem Gebiet vertraut machen.
Die Bände I—X des Jahrbuches sind im Max Niemeyer Verlag, Tübingen, erschienen, ab Band XI kommt die Publikation im Verlage Walter de Gruyter & Co., Berlin, heraus.

Band XI (1962). Mit 13 Tafeln. X, 541 Seiten. Ganzleinen DM 74,—
Ergänzungsband zu Band XI. VI, 345 Seiten. 1967. Ganzleinen DM 78,—
Band XII (1963). VIII, 568 Seiten. Ganzleinen DM 78,—
Band XIII/XIV (1965). VI, 749 Seiten. Ganzleinen DM 120,—
Band XV (1966). VI, 646 Seiten. Ganzleinen DM 106,—
Band XVI/XVII (1968). VIII, 747 Seiten. Ganzleinen DM 135,—

WALTER DE GRUYTER & CO · BERLIN 30

Berliner Großkaufleute und Kapitalisten

3 Bände. Groß-Oktav.
Neu herausgegeben, ergänzt und bibliographisch erweitert von
Johannes Schultze, Henryk C. Wallich, Gerd Heinrich

Erster Band

Bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges

von Hugo Rachel, Johannes Papritz, Paul Wallich

1934. XLII, 415 Seiten. Mit 6 Stammtafeln. 1 Frontispiz. 1967.
Ganzleinen DM 58,—

Zweiter Band

Die Zeit des Merkantilismus 1648-1806

von Hugo Rachel und Paul Wallich

1938. VIII, 579 Seiten. Mit 8 Stammtafeln. 1967.
Ganzleinen DM 64,—

Dritter Band

Übergangszeit zum Hochkapitalismus 1807-1856

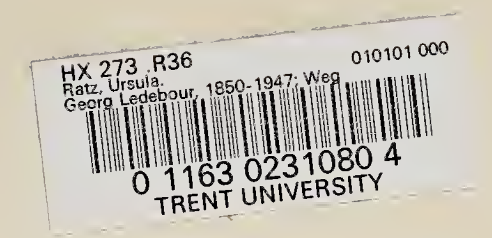
von Hugo Rachel und Paul Wallich

1939. 336 Seiten. Mit 1 Stammtafel. 1967.
Ganzleinen DM 48,—

(Veröffentlichungen des Vereins für Geschichte der Mark Brandenburg, gegr. 1837, Band 32—34, Neudrucke Band 1—3)

WALTER DE GRUYTER & CO · BERLIN 30




HX 273 .R36
010101 000
Ratz, Ursula.
Georg Ledebour, 1850-1947: Weg
0 1163 0231080 4
TRENT UNIVERSITY

